Bauforschung

Wohnumwelt in Stadt und Land

T 1831

Fraunhofer IRB Verlag

T 1831

Dieser Forschungsbericht wurde mit modernsten Hochleistungskopierern auf Einzelanfrage hergestellt.

Die in dieser Forschungsarbeit enthaltenen Darstellungen und Empfehlungen geben die fachlichen Auffassungen der Verfasser wieder. Diese werden hier unverändert wiedergegeben, sie geben nicht unbedingt die Meinung des Zuwendungsgebers oder des Herausgebers wieder.

Die Originalmanuskripte wurden reprotechnisch, jedoch nicht inhaltlich überarbeitet. Die Druckqualität hängt von der reprotechnischen Eignung des Originalmanuskriptes ab, das uns vom Autor bzw. von der Forschungsstelle zur Verfügung gestellt wurde.

© by Fraunhofer IRB Verlag

Vervielfältigung, auch auszugsweise,
nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Verlages.

Fraunhofer IRB Verlag
Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau

Postfach 80 04 69
70504 Stuttgart

Nobelstraße 12
70569 Stuttgart

Telefon (07 11) 9 70 - 25 00
Telefax (07 11) 9 70 - 25 08

E-Mail irb@irb.fraunhofer.de

www.baufachinformation.de

FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR WOHNEN, BAUEN UND PLANEN

MONOGRAPHIE 38



WOHNUMWELT IN STADT UND LAND

Dokumentation und Information über die

4. Internationale Wohnungswoche

vom 22. bis 26. September 1986 in Salzburg

Gefördert aus Mitteln der Wohnbauförderung des Bundesministeriums für Bauten und Technik

Im Selbstverlag - A-1030 Wien, Löwengasse 47

Wien 1986

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort

2. Tagungsablauf

3. Vorträge

O.RAUS, Salzburg
Wohnanlagen der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen im Land Salzburg

E.LIEPOLT, Wien
30 Jahre FGW - Rückblick und Ausblick

H.W.JENKIS, Hannover
Die Wohnumwelt - ein technisches oder wirtschaftliches Problem?

A 1 - HUMANE ASPEKTE

J.UHLMANN, Hamburg
Tendenzen der Siedlungsentwicklung und ihre Folgen für die Wohnumwelt

N.SALICATH, Kopenhagen
Wie können Wohnviertel menschlicher werden?

G.WEBER, Wien
Wohnumweltqualität - Denkanstöße für die Raumplanung

R.GÄRTNER, Kapelln/NÖ
Mindestanforderungen an die Wohn- und Wohnumwelt aus kulturanthropologischer Sicht

H.-G.STIDL, Wien
Zur Umsetzung von Lärmbelastungsgrenzwerten in die Praxis der Wohnumfeldplanung

G.STRAUSS, Wien
Lufthygienische Aspekte der Wohnumwelt

W.BRÖG/E.ERL, München
Wohnumfeld im Bewohnerurteil

A 2 - STÄDTISCHE WOHNUMWELT

R.LEHMKUHL, Düren
Wohnung und Umfeld - Probleme und Chancen für Kinder und Heranwachsende

R.POPP, Salzburg
Freizeitkulturelle Infrastruktur - Sozial- und Freizeitpädagogik als "Instrument" partizipativer Planung und Verwaltung

A.WOCELKA, Mödling/Wien
Gestaltung von Spielorten im Wohnumfeld unter Beteiligung der Nutzer

K.LEMBERG, Kopenhagen
Soziale und humane Aspekte der Wohnumwelt in Kopenhagen

M. van ROOIJEN, Utrecht/NL
Wohnungsorientierte Parkanlagen in den Niederlanden

K.SCHÄFER-BREEDE, Bremen
Verkehrsberuhigung - wünschenswerte Entwicklung, Kritik - Thesen - Beispiele

A 3 - DORFERNEUERUNG

H.NEUHOFER, Linz/Donau
Grundsätze der Dorferneuerung in Österreich

W.J.REITH, Wien
Gemeinde als Lebensraum - Perspektiven zur Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum

W.KVARDA, Klosterneuburg
Vernetztes Denken, Planen und Handeln bei der Dorferneuerung

H.P.JESCHKE, Linz/Donau
Grundsätze und überörtliche Strategien zur Gemeindeentwicklung und Dorferneuerung im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes - Hinweise zur Situation in Österreich und Ansätze (Auswahl)

ST.LUEGINGER, Linz/Donau
Marktorte

W.BÄTZING, Berlin
Gasteinertal - zwischen Ökologie und Tourismus
Die Probleme der Wohnumwelt eines ländlichen Fremdenverkehrszentrums

A 4 - WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

W.R.LUTZ, Tübingen
Wohnumwelt und Ökologie

A.PAUSER, Wien
Technische Aspekte der Wohnumwelt - Die wünschenswerte Zukunftsentwicklung

W.ANDERLE, Hanau
Lebensraum Ruhrgebiet - Beiträge zur Gestaltung der Wohnumwelt

TH.ÖSTERREICHER, Wien
Die Gestaltung der Wohnumwelt durch die gemeinnützigen Bauvereinigungen

H.M.KNOFLACHER, Graz
Ökologie und Technik - Probleme und Lösungsansätze am Beispiel der Wohnumwelt

U.PECHINGER, Wien
Meteorologische Aspekte der Umweltbelastung in Siedlungsgebieten

W.ROSINAK, Wien
Wohnumweltgestaltung am Beispiel "Hörnesviertel" in Wien, Bewertung der Verkehrsberuhigung als Mittel der Assanierung

A 5 - WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

H.WÜRTH, Wien
Der rechtliche Rahmen für die Wohnumwelt

P.WINDISCH, Wien
Volkswirtschaftliche Aspekte der Wohnumweltgestaltung in Stadt und Land

H.GROSSHANS, Köln
Organisatorische und rechtliche Aspekte der Mieterbeteiligung bei der Wohnumfeldgestaltung

B.SCHERZ, Wien
Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zur Gestaltung der Wohnumwelt

E.KNOTH, Wien
Wohnumweltverbesserung: Wünsche der Verwaltung

W.MEDINGER, Linz/Donau
Die Wohnumwelt im bau- und gewerbebehördlichen Verfahren

A 6 - STADTBILD - ORTSBILD

F.MOSER, Wien
Orts- und Stadtbild

R.REINISCH, Braunau/Inn
Ortsbildpflege in der Praxis

CH.REUER, Wien
Architektur und Ästhetik - empirische Befunde

E.SCHMEISSNER-SCHMID
Neue Tendenzen städtebaulicher Gestaltung in Innsbruck

4. Berichte der Arbeitskreisleiter

5. Podiumsdiskussion

* *
*

V O R W O R T

Da die Probleme der Wohnumwelt derzeit sehr aktuell sind und voraussichtlich in nächster Zukunft nicht nur in Österreich, sondern im gesamteuropäischen Raum an Bedeutung gewinnen werden, hat sich die Forschungsgesellschaft entschlossen, gemeinsam mit dem Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) und dem Internationalen Verein für Dokumentation im Bauwesen (IVDB) in der Zeit zwischen 22. und 26. September 1986 in Salzburg die 4. Internationale Wohnungswoche mit dem Generalthema "Wohnumwelt in Stadt und Land" zu veranstalten.
Themen der vorangegangenen Internationalen Wohnungswochen waren im Jahre 1960 "Die Mindestanforderungen an eine Wohnung", im Jahre 1976 "Das klimagerechte Bauen" und 1981 "Der Trend der Wohnungspolitik in Europa".
Die Planung des Tagungsprogrammes litt natürlich unter der Schwierigkeit, das außerordentlich große Fachgebiet in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum zur Sprache zu bringen. Es war daher notwendig,besondere Schwerpunkte zu bilden und aus der Fülle der angebotenen Einzelthemen nach dem Motto "In der Beschränkung liegt der Meister" auszuwählen. Mit dieser Zielsetzung wurden 6 Themengruppen ausgewählt,die die wesentlichsten Probleme der Umwelt erfassen. Es sind dies: die humanen Aspekte, die städtische Wohnumwelt, die Dorferneuerung, die Ökologie und Technik, die volkswirtschaftlichen Aspekte und nicht zuletzt das Orts- und Stadtbild.

Es war selbstverständlich nicht möglich, diese einzelnen Sachgebiete klar gegeneinander abzugrenzen; vielleicht ist dies auch gar nicht erwünscht. Es wurde aber versucht, die wichtigsten Teilprobleme in Referaten darzustellen, diese durch Diskussionsbeiträge zu erweitern und aus zeitökonomischen Gründen in einzelnen Arbeitskreisen mit dem Ziel zur Sprache zu bringen, daraus zukunftsweisende Empfehlungen zu entwickeln.

* *
*

Tagungsablauf

Die von der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen (FGW) aus Anlaß ihres 30jährigen Bestandes gemeinsam mit dem Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) und dem Internationalen Verein für Dokumentation im Bauwesen (IVDB) veranstaltete 4. Internationale Wohnungswoche fand in der Zeit von Montag, dem 22. September, bis Freitag, den 26. September 1986, in Salzburg statt.

Am 22.9. hielt LR Dr.Othmar RAUS einen Vortrag über "Wohnanlagen der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen im Land Salzburg". Anschließend veranstaltete der Österreichische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen - Revisionsverband, Landesgruppe Salzburg, eine Besichtigung von Wohanlagen in Salzburg-Land. Die organisatorische Leitung lag in den Händen des Herrn Dipl.-Volksw.Bruno Oberläuter. Das erste Objekt war der Studentenwohnbau in Rif bei Hallein, der als Baumodell für ein gemeinschaftsorientiertes Wohnen, wachsendes Haus sowie Mitplanung und Mitwirkung durch Selbsthilfe gedacht ist. Der planende Architekt, Herr Dipl.-Ing.Fritz Matzinger, erörterte die technischen Einzelheiten und berichtete über die bisherigen guten Erfahrungen mit dieser Wohnform.

Darauf wurde das Wettbewerbsprojekt "Wohnen morgen" besucht. Dieses Projekt stützt sich auf einen Architekten-Wettbewerb im Bundesland Salzburg zur Erlangung von Entwürfen für eine Ortserweiterung der Marktgemeinde Neumarkt am Wallersee. Über Einzelheiten und Erfahrungen berichtete Herr Dipl.-Volkswirt Bruno Oberläuter.

Montag Vormittag hielt auch Herrn BauR Dipl.-Ing.Wolfgang KREJS als Mitarbeiter der MA IX/1 des Magistrates Salzburg einen Vortrag über "Stadterneuerungs- und Umweltprobleme der Stadt Salzburg" in englischer Sprache. Anschließend fand unter seiner Leitung ein Rundgang durch die Altstadt mit ihren Wohnumweltproblemen statt.

Am Montag Nachmittag hielt der Ständige Ausschuß für Wohnungswesen im Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) eine öffentlich zugängliche Plenarsitzung ab.

Gleichzeitig veranstaltete die MA Raumplanung der Stadt Salzburg eine Rundfahrt in jüngere Wohnanlagen der StaDt Salzburg mit ihren Wohnumweltproblemen.

Auch diese Rundfahrt wurde von Herrn BauR Dipl.-Ing.KREJS geleitet und führte zu nachstehenden Objekten:

Druck- und Verlagshaus Kiesel, Wettbewerb "Bahnhofsvorplatz", Höhere Technische Bundes-Lehranstalt (HTBL) Salzburg, Dorf in der Stadt, Bärengäßchen in Mülln, Restauration "Müllner Hügel", Müllner Hauptstraße 14 und 16, Wohnanlage Berger-Sandhofer, Wohnanlage Schliesselberger, Wohnanlage Haselbergerweg, Wohnanlage Rosittengründe und Neubau der Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Bei den einzelnen Bauvorhaben wurden noch zusätzliche Erläuterungen durch die planenden Architekten gegeben.

Am Dienstag Vormittag veranstaltete der Ständige Ausschuß für Stadterneuerung im Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) eine öffentlich zugängliche Plenarsitzung. Am Nachmittag des gleichen Tages fand im Marmorsaal des Schlosses Mirabell ein Empfang statt, anläßlich dessen der Präsident der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen namens der FGW, Herr Niels SALICATH aus Kopenhagen als Büromitglied des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) und Herr Dir.Curt WEISSER, Basel, als Vorsitzendenstellvertreter des Internationalen Vereines für Dokumentation im Bauwesen (IVDB) alle Teilnehmer begrüßte.

Anläßlich dieser Begrüßung erinnerte der Präsident der FGW an die 1. Internationale Wohnungswoche im Jahre 1960 über das Thema "Mindestanforderungen an eine Wohnung", an die 2. Internationale Wohnugnswoche im Jahre 1976 zum Thema "Klimagerechtes Planen und Bauen" und an die 3. Internationale Wohnungswoche im Jahre 1981, in deren Rahmen "Der Trend der Wohnungspolitik in Europa" erörtert wurde.

Herr Stadtrat D.MASOPUST begrüßte die Teilnehmer namens des Landeshauptmannes und des Bürgermeisters von Salzburg.

Frau Staatssekretär Dr.Beatrix EYPELTAUER teilte telegraphisch mit, daß sie wegen einer überraschend einberufenen Parlamentsitzung an der Teilnahme in Salzburg verhindert ist und übermittelt auf diesem Wege ihre Glückwünsche zur Jubiläumsveranstaltung. In ihrer Vertretung begrüßte Herr SektLtr. MinRat Dipl.-Ing.Hermann LEBEDA die Teilnehmner der Tagung.

Anschließend hielt Prof.LIEPOLT einen Vortrag über das Thema "30 Jahre FGW - Rückblick und Ausblick" und Herr Hans W. JENKIS aus Hannover sprach zum Thema "Die Wohnumwelt - ein wirtschaftliches oder technischen Problem?". Nach einem Buffet, zu dem die FGW eigeladen hatte, veranstalteten das Land und die Stadt Salzburg zu Ehren der Teilnehmer an der 4. Internationalen Wohnunswoche ein Kammerkonzert, das allgemein größte Beachtung fand.

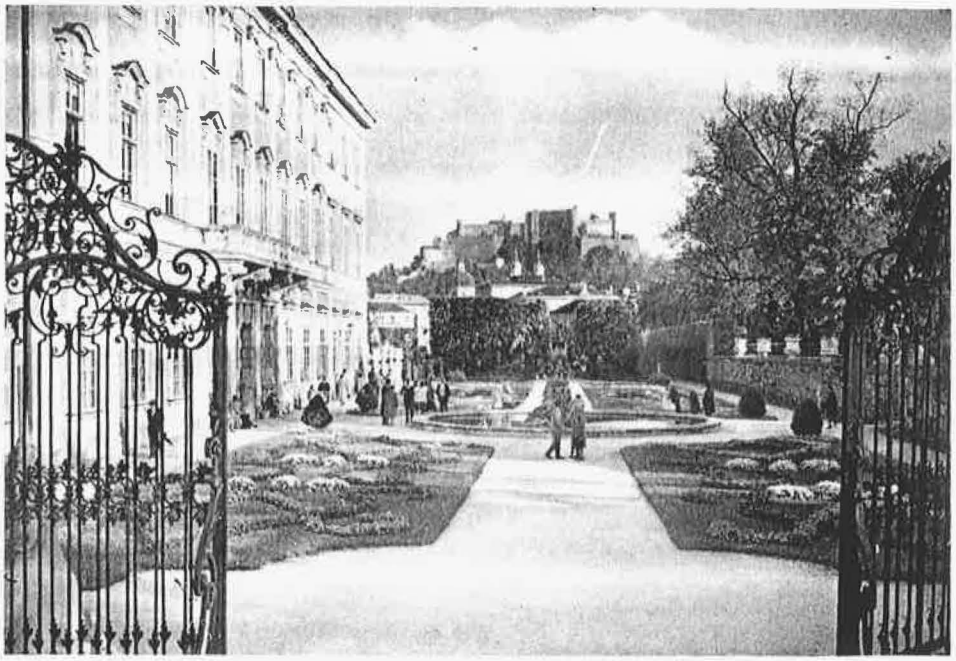
An den Vormittag, des Mittwoch, 24.9., und Donnerstag, 25.9. 1986, wurden in 12 Referaten Einzelfragen der Themengruppen "Humane Aspekte", "Städtische Wohnumwelt", "Dorferneuerung", "Wohnumwelt - Ökologie und Technik", Wirtschaftliche, rechtliche und verwaltungstechnische Aspekte der Wohnumweltgestaltung" und "Stadtbild - Ortsbild" vorgetragen. An den Nachmittagen der beiden Tage wurden die oben erwähnten Themengruppen in 6 Arbeitskreisen besprochen.

Am Freitag, dem 26. September 1986, referierten die Leiter der Arbeitskreise über das Besprechungsergebnis ihrer am Mittwoch und donnerstag abgehaltenen Arbeitskreise.

Anschließend fand dann in Anwesenheit der Vertreter der drei im Österreichischen Nationalrat vertretenen politischen Parteien - für die SPÖ: Abg.Wilhelm REMPLBAUER, für die ÖVP: Abg. Dkfm.Dr.rer.comm.Otto KEIMEL und für die FPÖ: Abg.KommR Hermann EIGRUBER - eine Podiumsdiskussion mit dem Plenum statt. Der Leiter dieser Veranstaltung war Herr Red. Dr. M. MAIR vom ORF - Landesstudio Salzburg.

Die Tagung wurde mit Schlußworten des Präsidenten der FGW, Prof.LIEPOLT beendet, in denen dieser allen Beteiligten, besonders den Abgeordneten zum Nationalrat, den Referenten und diskussionsteilnehmern den Dank der Veranstalter aussprach.

* *
*



V O R T R Ä G E



VORTRÄGE

O. RAUS, Salzburg

Wohnanlagen der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen im Land Salzburg

Landesrat Dr.Othmar RAUS, Salzburg

Wohnanlagen der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen im Land Salzburg

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nicht nur als Wohnbau-Landesrat habe ich Freude über diese Veranstaltung, welche wiederum auf Wohnbaubelange aufmerksam macht, sondern das heurige Thema über die "Wohnumwelt in Stadt und Land" ist gerade auch im Hinblick auf meine Ressortzuständigkeit für Gemeinden und die raumordnung im Bundesland Salzburg von besonderem Interesse.

Einleitend möchte ich Ihnen - vor allem den Gästen, die zum ersten Mal hier in Salzburg sind - unser Bundesland vorstellen: Mit einem Flächenausmaß von 7.154 km^2 umfaßt es als einer der 9 österreichischen Bundesländer 8,5 % des Staatsgebietes. Die Wohnbevölkerung betrug im Jahre 1985 456.200 EinWohner. Damit haben wir einen Anteil von 6 % an der gesamtösterreichischen Bevölkerung.

Die Anzahl der Wohnungen betrug laut der Häuser- und Wohnungszählung 1981 168.971, wovon 147.850 als echt bewohnt zu qualifizieren sind. Geht man von der Bauperiode dieser Wohneinheiten aus, dann zeigt sich, daß der überwiegende Teil - nämlich 126.234 - erst nach dem 2. Weltkrieg errichtet worden ist. Und damit ergibt sich nun auch der direkte Konnex zu den gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen in usnerem Bundesland: So gabe es im Jahr 1955 in Salzburg nur 4 gemeinnützige Wohnbauvereinigungen, die insgesamt 1669 Einheiten verwaltet haben. Im Jahre 1985 gab es 12 "Gmeinnützige", deren Verwaltungsbestand (Wohnungen, Garagen, Lokale) bei 54.946 lag.

Diese Leistung der Gemeinnützigen beruht in erster Linie auf den staatlichen Förderungsvorschriften, die seit 1947 im Rahmen verschiedener Wohnbauförderungsgesetze öffentliche Mittel für den Wohnbau zur Verfügung stellten. Parallel dazu kamen in den Bundesländern Landeswohnbaufonds sowie gesonderte Wohnbauaktionen, welche jedoch in erster Linie den Bau durch physische Bauträger förderten.

Die Regelung des Gemeinnützigkeitsrechtes nahm der Staat bereits um 1910 in Angriff, 1979 kam es dann zu einer umfassenden Neuregelung durch das auch heute geltende Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz 1979.

Der in den Nachkriegsjahren vor allem quantitativ notwendige Wohnungsneubau ließ vor allem in den 70er-Jahren seine Schattenseiten erkennen: Das Bauvolumen wurde zur Erfolgszahl mit der Folge, daß auf die Qualität des Wohnumfeldes und auf die Gestalt der Projekte weniger Wert gelegt wurde. Als weiteres Problem zeigte sich neben der Grundkostenfrage vor allem das der Finanzierung. Aufbauend auf den Grundelementen der Objektförderung (Förderungsdarlehen, Annuitätenstützungen für Kapitalmarktdarlehen, Darlehen, anstelle der Eigenmittel der künftigen Bewohner) und der Subjektförderung (Wohnbeihilfe als Unterstützung für die Rückzahlung dieser Darlehen) erreichten etwa 1985 die Kosten für die Wohnbeihilfe S 165 Millionen, welche als nicht rückzahlbare Zuschüsse ebenso wie die damals noch nicht rückzahlbaren Annuitätenzuschüsse (1985 in Höhe von S 217 Mio.) nicht bauwirksam eingesetzt werden konnten.

Das führte dazu, daß von dem jährlichen Förderungsvolumen von S 1,1 Milliarden immer weniger zur Errichtung von Bauten aufgewendet werden konnte. Damit erlangte der Kreis derjenigen, die von Gemeinnützigen eine Wohnung zur Verfügung gestellt erhielten, gleichsam eine Überfülle an Usnterstützung, die anderen Wohnungssuchenden aber erhielten keinerlei Hilfe.

Dies führte dann zu Beginn der 80er-Jahre dazu, eine grundlegende Neuerung der Bundeswohnbauförderung in Angriff zu nehmen: Mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 und dem Wohnhaussanierungsgesetz wurde nicht nur ein Signal gesetzt, langfristig die Baumaßnahmen vom Neubau in die Sanierung umzuschichten, sondern auch durch eine Erm#chtigung an die Lander, in Verordnungen ihre regionalen Bedürfnisse selbst zu regeln, ein spezieller Salzburger Weg ermöglicht. Die Grundtendenzen dieser Neuregelung waren insbesondere die Überlegungen, den Mietwohnungsbau anzahlungsfrei zu halten, bei Eigentum größtmögliche Unterstützung in den Anfangsjahren zu geben, welche bei gestiegener Belastbarkeit des Wohnungswerbers jedoch zurückzuzahlen ist. Parallel dazu soll das Wohnbauvolumen der Nachfrage entsprechend aufrecht erhalten werden. Damit stellen sich auch für die gemeinnützige Wohnugnswirtschaft in unserem Bundesland neue Zielsetzungen:

So zeigten sich bisher die Leistungen der 12 Salzburger Wohnbauunternehmen (8 gemeinnützige Genossenschaften, 4 Ges.m.b.H.) in erster Linie im mehrgeschoßigen Wohnbau. Aber auch beim Bau von Altenheimen, Studenten- und Ledigenheimen haben die Gemeinnützigen ihren Anteil.

Hervorgerufen zu einem durch den verstärkten Wunsch in der Bevölkerung und zum anderen durch die damals ausgesprochen günstige Förderungsfinanzierung kam es vor allem in den letzten 10 Jahren zu einem Boom an Reihenhäusern. Sie werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Fahrten in Salzburg und über Land einige dieser Projekte sehen. Gerade dieser Reihenhausbau, der in der Kostenrelation nahezu doppel so viel Förderungsaufwand erforderte wie die eigentumswohnung,hat dazu geführt, daß es hiefür in Salzburg eine völlige Änderung der Finanzierungsbasis nach dem WFG 1984 gibt: Es kann wohl jeder sein Reihenhaus erwerben, den Förderungssatz von S 15.000,- pro m^2 erhält er aber nur in dem Ausmaß, als ihm und seine Familie je Familiengröße zusteht. Diese Regelung hat nun auch mit dazu geführt, daß sich die Gemeinnützigen aus diesem Bereich wieder etwas zurückgezogen haben und der verdichtete Flachbau in erster Linie von gewerblichen Bauträgern und Initiativgruppen durchgeführt wird. der Eigenheimbau, der im Rahmen der Bundeswohnbauförderung einen sehr geringen Stellenwert besitzt - abgesehen von einem höheren Energieverbrauch aufgrund der Einzellage und der hohen Infrastrukturkosten für die Ver- und Entsorgung gewinnen raumordnungspolitische Überlegungen immer mehr Stellenwert - wurde auch von Förderungsseite her dem verdichteten flachbau nachgereiht.

Da Salzburg als das Bundesland mit der höchsten zu erwartenden Zuwachsrate rechnen muß - für die nächsten Jahrzehnte werden jährlich rund 2.500 neue Wohneinheiten gebraucht - wird das Aufgabengebiet der Gemeinnützigen in erster Linie immer noch im Wohnungsneubau zu finden sein. Hier zeigt sich nun, daß die Entwicklung in unserem Bundesland verstärkt zum Mietwohnungsbau tendiert.

Das größte Problem dabei bildet die Grundbeschaffung. So wird es notwendig sein, daß sich die Gemeinnützigen selbst mit ihrem Eigenkapital in diesem Bereich mehr engagieren, aber auch seitens der Gemeinden muß ein verstärktes Engagement erfolgen. So haben sich die Wohnungen, errichtet auf einem Baurechtsgrund der öffentlichen Hand, als sehr erstrebensserte Lösung herauskristallisiert.

Mit der Wohnbau-Neuregelung wurden aber auch jene Tendenzen berücksichtigt, welche neben den ökonomischen Kriterien auch einen Anspruch auf humanes Wohnen gewährleisten. So hat Salzburg die Mitbestimmung der Bewohner als verpflichtend eingeführt und auch Maßnahmen gesetzt, die das Wohnumfeld mehr berücksichtigen.

Obwohl die Althaussanierung als ein Aspekt der Stadt- und Dorferneuerung für unser Bundesland aufgrund des relativ jungen Baubestandes noch nicht den Stellenwert wie in anderen Bundesländern besitzt, so wird die künftig sicherlich eine der großen Aufgaben auch der Gemeinnützigen werden. Gerade die Stadt- und Dorferneuerung ist m.E. eine der größten Herausforderungen für die mittel- und langfristige Wohnungspolitik, wobei die Weichen dazu bereits heute gestellt werden. So sollte eine sinnvolle Stadt- und Dorferneuerung sich nicht nur auf einzelobjekte beziehen, sondern vor allem auch das Wohnumfeld berücksichtigen. "Humanes Wohnen" darf dabei kein leeres Schlagwort bleiben. Haben sich die Stadt- und Dorfzentren in den letzten Jahrzehnten als ungeeignete und daher auch nicht angenommene Wohnumwelt erwiesen, sodaß alles Heil in Stadtrandsiedlungen bzw. in Bauten auf der grünen Wiese gesucht worden war, so gilt es heute, die Stadt- und dorfzentren für die Wohnbevölkerung wieder attraktiv zu machen. Stadt- und Dorferneuerung mit all ihren Aspekten und Dimensionen wird daher auch im sozialen Wohnbau der Zukunft ihren Stellenwert haben müssen.

Ich darf daher abschließend allen Teilnehmern und Referenten dieser 4. Internationalen Wohnungswoche einen interessanten Verlauf wünschen und auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich aus den Ergebnissen hinweise auch für unsere raumordnungs- und wohnungspolitischen Ziele ableiten lassen werden.

* *
*

E. LIEPOLT, Wien

30 Jahre FGW - Rückblick und Ausblick

Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Ewald LIEPOLT, Wien

30 Jahre FGW - Rückblick und Ausblick

Die Zeit vor der Gründung der FGW war durch einen ungewöhnlich hohen Bedarf an Wohnungen als Folge der Mietengesetzgebung, der Wirtschaftskrise und nicht zuletzt der Zerstörung des Wohnraumes während des letzten Weltkrieges gekennzeichnet. Staatliche Förderungsmaßnahmen brachten einen Bauboom, wie er seit der Gründerzeit in der Jahrhundertwende nicht mehr aufgetreten war. Bis Mitte der 50er Jahre wurde in Österreich über Wohnbauforschung nicht einmal gesprochen. Es gelang mir jedoch, einen Kreis von Persönlichkeiten aus allen politischen und fachlichen Lagern für diese Sparte der Forschung zu interessieren.

Über Anregung der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Dr.Fritz Bock und für soziale Verwaltung, Anton Proksch, kam es dann nach mehrjährigem Bemühen vor nunmehr 30 Jahren zur Gründung der Forschungsgesellchaft für den Wohnungsbau im Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein, die seit 1969 als eigener Verein mit dem Namen "Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen" tätig ist. Die Anregung zu dieser Gründung erhielten wir aus Anlaß eines internationalen Kongresses des CIB in Paris, bei welchem eine Reihe von Denkanstößen für die Gründung von nationalen Forschungsinstituten gegeben wurde.

Besonders verdient hat sich aus diesem Anlaß der Leiter des Bauforschungsinstitutes Hannover, Prof.Triebel, gemacht, der uns nicht nur in der Gründungsphase, sondern auch im Laufe der weiteren Tätigkeit sehr oft hilreich zur Verfügung stand.

Durch den drückenden Wohnungsmangel nach dem Krieg wurde weniger auf die Qualität als auf die Quantität des neugeschaffenen Wohnraumes geachtet. Daher galt zunächst das Hauptaugenmerk der Forschungsgesellschaft der Qualitätsverbesserung des Wohnens. Es wurden Mindestanforderungen an eine Wohnung hinsichtlich der Lage, der Grundrisses und der technischen Ausstattung aufgestellt. Diese Richtlinien stützten sich auf die vom Ständigen Ausschuß für "Miete und Familieneinkommen" entwickelten "Kölner Richtlinien". Die Mindestanforderungen an eine Wohnung bildeten auch das Generalthema der ersten Internationalen Wohnungswoche im Jahre 1961.

Durch die Ausarbeitung einer Musterbauordnung sowie ihrer Nebengesetze wurde die Vereinheitlichung des österreichischen Baurechtes angestrebt. Dieses Werk bildete in den ersten Jahren den Schwerpunkt der Tätigkeit der FG. Weit über 100 Fachexperten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung aus allen Bundesländern und auch des benachbarten Auslandes der Diszipline Planung, Technik und Recht erarbeiteten in mehrjähriger Tätigkeit, teils durch Korrespondenz, teils durch Tagungen Vorschläge für Bauvorschriften, die vor allem bei den legislativen Dienststellen der Ämter der Landesregierungen allgemeine Beachtung fanden.

Weitere wichtige Aufgaben waren die Erneuerung unserer Städte, Märkte und Dörfer, die Wohnungsverbesserung sowie des Bauens im ländlichen Raum und nicht zuletzt die individuelle Wohnbauförderung.

Die Energiekrise der 70er Jahre veranlaßte die Gesellschaft, die Forschungsarbeiten auf diesem Sektor zu intensivieren und das klimagerechte, energiesparende Bauen 1976 zum Generalthema der 2. Internationalen Wohnungswoche zu wählen.

Dabei war es notwendig, der zunehmenden Umweltproblematik und damit den humanen Aspekten des Wohnungswesens ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Während sich die ersten Forschungsarbeiten auf diesem Sektor auf das Thema Wohnen in der Wohnung und die darauf bezogenen Anforderungen bezogen, wurden in letzter Zeit der Wohnumwelt eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet und die Forschungsarbeiten auf diesem Sektor intensiviert.

Nun einige Bemerkungen zur Effizienz unserer Forschungsarbeiten: Wir freuen uns immer sehr, wenn wir feststellen können, daß die von unserer Gesellschaft gewonnenen Erkenntnisse in der Praxis eine Anwendung gefunden haben. Ich darf stellvertretend für viele andere Arbeiten hiefür einige Beispiele vorbringen.

Die von unserer Gesellschaft veröffentlichten Mindestanforderungen an eine Wohnung fanden nicht nur vielfache Anerkennung, sondern wirkten sich auf die Planung und Erstellung der Wohnungen sehr befruchtend aus. Vielfach wurden auch von einzelnen Bundesländern die Einhaltung dieser Richtlinien als Grundlage für eine öffentliche Förderung genommen.

Auf dem Gebiet der Rechtsvorschriften möchte ich vor allem auf das große Standardwerk der Gesellschaft, die Musterbauordnung, verweisen, die allen Bundesländern bei der Ausarbeitung von Novellierungen der Bauordnungen zur Verfügung stand. Damit konnte weitgehend eine Vereinheitlichung der vielfach sehr heterogenen Bauordnungsbestimmungen angestrebt werden.

Auf dem Gebiet der Wohnbaufinanzierung bringe ich die Forschungsarbeiten und Veranstaltungen in Erinnerung, bei welchen wissenschaftlich begründet, die Einführung der Subjektförderung vorgeschlagen wurde. Wir freuen uns sehr, daß diese Gedanken nunmehr in der österreichischen Gesetzgebung trotz anfänglicher großer Schwierigkeiten weitgehend Eingang gefunden haben.

Auf dem technischen Sektor haben wir vor allem unzählige Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Schall- und Wärmeschutzes sowie wissenschaftliche Grundlagen für die Entwicklung neuer Bauverfahren erarbeitet. Die heute angewendeten Ausbildungen der Bauteile, Wände, Fenster, Dächer u.a.m. stützen sich vielfach auf diese Forschungsarbeiten.

Oder wer denkt heute z.B. schon daran, daß die Forschungsgesellschaft Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Lieferbetons veröffentlicht hat, wenn man täglich auf der Straße Fahrzeuge mit diesem Baumaterial antrifft.

Ganz besonders möchte ich aber in Erinnerung bringen, daß sich unsere Gesellschaft seit ihrer Gründung sehr intensiv mit der Frage der Erneuerung unserer Städte, Märkte und Dörfer befasst hat.

Es hat aber ungefähr 24 Jahre gedauert, bis der von uns immer wieder propagierte Grundsatz, daß es im Interesse der Erhaltung unseres Kulturgutes und nicht zuletzt des Landschaftsschutzes unbedingt erforderlich erscheint, der Erneuerung des Althausbestandes gegenüber der Flächenverbauung unbedingt den Vorrang einzuräumen, allgemeine Anerkennung fand.

Wir freuen uns, daß es nunmehr z.B. ein Stadterneuerungsgesetz, ein Wohnungsverbesserungsgesetz und sonstige einschlägige Rechtsvorschriften gibt, die eine sinnvolle Entwicklung nicht nur der Städte, sondern auch der ländlichen Gebiete zumindest begünstigen.

Auch auf internatinalem Gebiet hat sich die Forschungsgesellschaft sehr intensiv betätigt. So hat sie z.B. im Ständigen Ausschuß des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) "Miete und Familieneinkommen" maßgeblich an der Erarbeitung der allgemein bekannten "Kölner Richtlinien" mitgewirkt, die erwiesenermaßen einen entscheidenden Einfluß auf die Wohnungsplanung in Europa ausübten.

Die FGW hat ferner durch viele Jahre die CIB Steering-Gruppe Stadt- und Bauklimatologie geleitet, die mehrere Symposien z.B. in Stockholm und in Wien veranstaltete. Es wurden internationale Richtlinien für klimagerechtes Bauen entwickelt und diese auch von der FGW bei der Constructa-Bauausstellung 1974 in Hannover gemeinsam mit anderen CIB-Mitgliedern in Bildtafeln zu Schau gebracht.

Nach Beendigung der Tätigkeit dieser CIB-Steering Gruppe übernahm die Forschungsgesellschaft gemeinsam mit der Schweizer Baudokumentation die Leitung des Ständigen Ausschusses für Stadt- und Bauklimatologie im Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR), der neben der Veranstaltung von Symposien wie z.B. in Herzlya (Israel) und in Zürich eine Reihe weiterer wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiet der Gebäudeklimatologie veröffentlichte.

Im Rahmen der Mitwirkung im Ständigen Ausschuß Miete und Familieneinkommen, der bekanntlich nunmehr in den Ständigen Ausschuß für soziales Wohnungswesen im Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung eingegliedert wurde, wurden Richtlinien für die Nahumwelt der Wohnungen entwickelt, die in Anerkennung der besonderen Mitwirkung der Forschungsgesellchaft als "Wiener Empfehlungen" veröffentlicht wurden.

Die Gesellschaft war auch in einigen weiteren ständigen Ausschüssen des IVWSR, wie z.B. "Historische Stadtviertel" und "Stadterneuerung" vertreten. Ich freue mich, daß die zwei ständigen Ausschüsse "Stadterneuerung" und "Soziales Wohnungswesen" bereit waren, in Salzburg gestern und heute offene Plenarsitzungen abzuhalten und wir dadurch in der Lage sind, unsere persönlichen Kontakte weiter zu vertiefen.

Die FGW hat vor 24 Jahren gemeinsam mit der Schweizer Baudokumentation den "Internationalen Verein für Dokumentation im Bauwesen (IVDB)" gegründet und zusammen mit diesem und dem IRB(Informationszentrum Raum und Bau Stuttgart) die Geschäfte dieser Einrichtung geführt.

Nicht unerwähnt möchte ich auch die Mitwirkung der Forschungsgesellschaft bei der Europäischen Union für das Agrément im Bauwesen (UEAtc) lassen, in deren Rahmen im Einvernehmen mit der FGW internationale Richtlinien für die Anwendung neuer Baustoffe und Bauweisen entwickelt werden, die für die Erteilung von Agréments eine Grundlage bilden.

Als österreichisches UEAtc-Sekretariat erteilt die Forschungsgesellschaft über Antrag von Herstellern von Bauprodukten im Einvernehmen mit dem Österreichischen Normungsinstitut Agréments, die von den übrigen europäischen Staaten durch die nationalen UEAtc-Sekretariate durch Bestätigung anerkannt werden können. Damit ist die FGW in der Lage, exportfördernde Maßnahmen zu treffen.

Nach diesen Ausführungen über die vergangenen Aktivitäten der FGW erlaube ich mir, noch einiges zur derzeitigen und weiteren Tätigkeit vorzubringen. Schon seit der Gründung der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen war alles, was mit dem Wohnen im weitesten Sinne zusammenhängt und damit auch die Wohnungspolitik zentraler Punkt ihrer Forschungstätigkeit.

Da heute weltweit Wohnungspolitik in dem Sinne, daß der Staat direkt oder indirekt, generell oder mit gezielten Einzelnamßnahmen in den Wohnungsmarkt eingreift, zur Diskusison steht, erschien es notwendig, auch die in Österreich getroffenen Maßnahmen dahingehend zu überprüfen, ob mit ihnen den derzeitigen gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und im besonderen der Bewußtseinsänderung der Bewohner in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Die daraus entwickelten Zielvorstellungen sollen eine Grundlage für die Neuordnung der österreichischen Wohnungspolitik bilden.

Die Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen hat daher bereits ihre 25jährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Wohnbauforschung in Österreich zum Anlaß genommen, Vorschläge zu entwickeln, die anläßlich der 3. Internationalen Wohnungswoche im Jahre 1981 zur Diskussion gestellt wurden, an der nicht nur eine große Anzahl von in- und ausländischen Fachexperten, sondern auch Vertreter der in Österreich im Nationalrat vertretenen politischen Parteien mitwirkten. Aus diesem Anlaß wurde ein "Forderungsprogramm zur Neuordnung der Wohnungspolitik in Österreich" entwickelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Auf Grund der in der Zwischenzeit zusätzlich gewonnenen Erfahrungen und Gegebenheiten, sowie nicht zuletzt unter Beachtung des Schwerpunktprogrammes des Bundesministeriums für Bauten und Technik wurde für die Tätigkeit der FGW in den nächsten Jahren ebenfalls ein Schwerpunktprogramm erarbeitet. Im Rahmen dieses Programmes wurden u.a. auf dem technischen Sektor bereits umfangreiche Studien über die Probleme der Tragkonstruktion und Verfahrenstechnik bei der Erneuerung von Altbauten sowie über die Erhöhung der Tragfähigkeit der Tramdecken durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Rechtordnung erweckte eine Studie über die Divergenzen in den österreichischen Wohnungsgesetzen ein besonderes allgemeines Interesse. Ebenso stellte auf dem Gebiet der Regionalplanung eine Studie über die Mitwirkungsmöglichkeiten der Planbetroffenen eine wertvolle Entscheidungshilfe dar.

Wie schon das Generalthema der 4. Internationalen Wohnungswoche und die aus diesem Anlaß vorgelegten umfangreichen Untersuchungen über die "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" zeigen, wird der Schwerpunkt der Forschungstätigkeit in nächster Zeit auf dem Gebiet der Wohnumwelt in Stadt und Land liegen.

Weitere Schwerpunkte werden sein: "Die Erneuerung der Städte, Märkte und Dörfer" und die beim "Wohnungsneubau auftretenden Probleme" sowie die Grundlagenforschung und Dokumentation.

Im Rahmen dieses Schwerpunktprogrammes sollen im besonderen folgende Themen Beachtung finden: Vorschläge für die Weiterentwicklung des Raumordnungsrechtes sowie stonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnumwelt im Zuge der Erneuerung der Städte, Märkte und Dörfer unter Beachtung der bei der 4. Internationalen Wohnungswoche gewonnenen Erkenntnisse.

Auf dem Gebiet der Planung werden u.a. Untersuchungen erforderlich sein, die sich auf den Wohnungs- und Siedlungsbedarf sowie auf den Flächenbedarf und auf den Aufwand für Einrichtungen in der Wohnumwelt beziehen. Ein besonderes Augenmerk wird auch den Wohnungsgrundrissen zuzuwenden sein, die den Erfordernissen der veränderten Lebenszyklen ebenso wie der neuen Verhaltensweisen Rechnung tragen.

Auf dem Gebiet der Wohnbaufinanzierung wird die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle mit der Zielsetzung einer Neuordnung des öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungsbaues erforderlich erscheinen. Zur Zeit steht eine Studie über eine verteilungsneutrale Wohnungspolitik vor der Fertigstellung. Darin werden die Zusammenhänge zwischen Steuer- und Förderungspolitik und deren Auswirkungen auf die Subjekt- und Objektförderung aufgezeigt.

Auf dem Gebiet der Rechtsvorschriften sind weitere Untersuchungen zur Schaffung eines widerspruchsfreien Wohnrechtes und im besonderen für ein zeitgerechtes Mietrecht und für eine Verbesserung der Wohnbauförderung erforderlich.

Auf dem Sektor Technik werden wir u.a. dem Schutzraumbau sowie dem klimagerechten Bauen ein erhöhtes Augenmerk zuwenden. Weiterhin werden neue technische und bauphysikalische Grundlagen für die Sanierung von Altbauten zu schaffen sein. Ein erhöhtes Augenmerk wird man auch den Problemen der technischen Infrastruktur einschließlich der KFZ-Stellplätze widmen müssen.

Wir hoffen, mit diesen hier nur angedeuteten Aktivitäten auch in den kommenden Jahren dem Hauptziel unserer Forschungstätigkeit

"Verbesserung der Qualität der Wohnungen und Ermöglichung eines weitgehenden Wohlbefindens der Bewohner"

weiterhin erfolgreich dienen zu können.

* *
*

H. W. JENKIS, Hannover

Die Wohnumwelt - ein technisches oder wirtschaftliches Problem?

Der Begriff "Wohnumwelt" ist zu einem Mode- und Schlagwort geworden, unter dem sehr unterschiedliche Tatbestände, Vorstellungen und Wünsche subsumiert werden. Eine Diskussion ist nur dann möglich, wenn man sich über den Begriffsinhalt einigt.

I.

Alle Lebewesen - Tier und Mensch - haben eine Umwelt im biologischen Sinne. Als einziges Wesen ist der Mensch nicht an eine natürliche Umwelt gebunden, sondern lebt in einer von ihm geschaffenen, in einer eigenen Kultur-Umwelt. Einerseits ist der Mensch das umweltfreieste, andererseits durch seine Bindung an die von ihm geschaffene Umwelt auch zugleich das umweltgebundenste Wesen (Anthropologische Umwelt).

Im kulturell-zivilisatorischen Sinne versteht man unter Umwelt auch den vom Menschen existentiell an seine Lebensbedürfnisse angepaßten und durch Technik und Wirtschaft künstlich veränderten Lebensraum (Zivilisations-Umwelt). Die natürliche Umwelt wird durch die menschlichen Eingriffe in eine künstliche verwandelt, die sowohl positive als auch negative Elemente enthält bzw. enthalten kann. Innerhalb dieser Zivilisations-Umwelt kann man wiederum zwischen der physischen und psychischen sowie zwischen der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwelt unterscheiden. Zur letzteren Gruppe gehören die Arbeits- und Wohnumwelt.

Der Mensch als welt- und umweltoffenes Wesen könnte ohne eine von ihm gestaltete (Kultur-)Umwelt nicht leben. Hierin liegt die Chance, zugleich aber auch die Gefahr für die menschliche Existenz: Die Zivilisations-Umwelt ermöglicht erst das menschliche Leben, das den Menschen über das Tier erhebt, gefährdet ihn aber auch.

II.

Es ist ein Irrtum moderner Zivilisations- und Technikkritik, wenn behauptet wird, erst in jüngster Zeit bedrohe der Mensch die Umwelt und diese den Menschen; denn auch in der Vergangenheit hat der Mensch Raubbau an der Natur getrieben, so zum Beispiel im Mittelmeerraum die Wälder abgeholzt und damit

die Verkarstung der Landschaft begünstigt; die verfügbaren Wasserreserven ausgebeutet und dadurch der Ausbreitung der Wüsten Vorschub geleistet; durch die Jagd Tierrassen ausgerottet usw. Der Mensch lebt in der Umwelt und gestaltet sie. Hierdurch erhebt er sich über das Tier und gefährdet sich zugleich. Somit hat der Mensch ein ambivalentes Verhältnis zur Umwelt: Er muß sie gestalten und wird von ihr bedroht.

Allerdings ist gegenüber den früheren Jahrhunderten ein grundlegender Wandel eingetreten: Die modernen - insbesondere technischen - Wissenschaften haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine explosionsartige Entwicklung genommen, so daß die Beanspruchung der menschlichen Umwelt (Luftverunreinigung, Wasserverschmutzung, Lärmerzeugung, Abfallanhäufung, Verbrauch und Zerstörung von Landschaft, chemische Vergiftung des Bodens) in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gestiegen ist. Dieses gilt insbesondere für die Städte und Agglomerationen, in denen die Negativerscheinungen deutlicher hervortreten.

Galt noch im 19. Jahrhundert der Satz "Stadtluft macht frei", so ist heute zum Teil das Gegenteil der Fall: Die Stadt wird oder muß als Erwerbsstandort akzeptiert werden, als Wohnstandort wird die Schlafstadt außerhalb des Stadtkerns bevorzugt. Die modernen Transportmittel - öffentlicher Personennahmverkehr oder Individualverkehr - begünstigen das tägliche Pendeln zwischen dem Wohn- und Arbeitsort. In dieser Aufteilung der Lebensbereiche Arbeits- und Freizeit kommt die Problematik von Wohnen und Umwelt zum Ausdruck.

III.

Max Weber hat einmal (überspitzt) die moderne Großstadt als einen formlosen Sandhaufen von Individien genannt, in der die soziale Ordnung und die sozialen Bindungen der vor-städtischen mangelte. In der Großstadt dominieren nicht nur Technik und Wirtschaft, sondern auch der Großbetrieb, die Großbank, das große Kaufhaus, das große Krankenhaus usw. Mit diesen Formeln verbinden sich die Vorstellungen von der Vermassung, der Atomisierung und der Rädchenhaftigkeit des Individuums. Die moderne Technik und die Rationalität des Wirtschaftens bestimmen nicht nur die Produktion, sondern auch die Lebensbedingungen des Menschen und damit seine Arbeits- sowie Wohnumwelt.

Diese moderne Zivilisations- und Technikkritik enthält sowohl richtige als auch falsche Elemente:

Es handelt sich um eine nachträgliche Verklärung und Verherrlichung der Dorfgemeinden und Kleinstädte; zwar war die persönliche Einbindung in eine dörfliche oder kleinstädtische Gesellschaft sehr groß, zugleich aber auch die soziale Kontrolle sehr stark. Der individuellen Entfaltung oder heute insbesondere von der jungen Generation geforderten Selbstverwirklichung wurde kein Raum gegeben. Erst die Abwanderung in die sich schnell erweiternden Städte hob die soziale Kontrolle auf ("Stadtluft macht frei"), führte aber auch zur Isolierung und Atomisierung des Individuums. Auch in technischer Hinsicht werden das Dorf und die Kleinstadt des Mittelalters nachträglich verklärt: Ohne Zweifel waren nicht der moderne Verkehr, die daraus resultierende Hektik, Lärm- und Abgasbelästigung vorhanden, aber ohne Zweifel mangelte es auch an der Hygiene - Wasser, Müllbeseitigung - sowie an kulturellen Angeboten, die heute als selbstverständlich gefordert werden.

Folge dieser veränderten Wohnumwelt ist, daß zwar die negativen Folgen der Verstädterung, der Technik und der Wirtschaft beklagt, deren Vorteile aber nicht immer bewußt gemacht und anerkannt werden. Ausdruck dieses ambivalenten Fortschritts ist, daß auch und gerade unter den negativen Einflüssen der Umweltbelastung die Lebenserwartung ständig gestiegen ist. Die viel geschmähte Technik - auch in der Medizin - hat diese Entwicklung begünstigt.

Die Kritik an den modernen Großstädten und der in diesen enthaltenen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwelt ist insbesondere durch Jane Jacobs (Tod und Leben großer amerikanischer Städte) sowie Alexander Mitscherlich (Die Unwirtlichkeit unserer Städte) formuliert worden. Seitdem ist diese Kritik Allgemeingut, wobei allerdings anzumerken ist, daß die Kritik am Ist-Zustand sicherlich zutreffend ist, daß es aber noch konkreter, realisierbarer Lösungsvorschläge mangelt. Der Göttinger Soziologe Hans Paul Bahrdt hat den "Humanen Städtebau" gefordert.

IV.

Neben dieser generellen Kritik gibt es eine Kritik, die sich auf die Stadtentwicklungspolitik in den 6oer und 7oer Jahren bezieht:

In dieser jüngsten Periode der Stadtentwicklung wurde unter dem Einfluß der rapiden technischen Entwicklung - dem Zeitalter des Raumflugs, des Computers und der Atomenergie - ein Fortschrittsglaube entfaltet, der - unausgesprochen - von der Machbarkeit und Beherrschbarkeit nicht nur der technischen Umwelt, sondern auch der sozialen Strukturen ausging. Dieser Machbarkeitsglaube verband sich - weltweit - mit utopischen Ideen der Sozialreform. Wann immer in der Vergangenheit oder in der Gegenwart von einer Sozialreform oder -revolution gesprochen wurde, dann wollte man einen "neuen Menschen", wie er auch den Marxisten vorschwebt. Neue, utopische sozialreformerische Ideen finden ihren konkreten Ausdruck in einer (utopischen) Stadt. Dieses gilt nicht nur für Thomas Morus "Utopia", sondern auch für Campanellas "Sonnenstaat", für Fouriers "Phalange" und nicht zuletzt für die Trabantenstädte der Neuzeit. Der Unterschied zu den Utopisten besteht darin, daß man früher nur derartige Pläne entwickelte und publizierte, sie dagegen heute in die Realität umsetzte - die moderne Technik, die Bereitstellung der finanziellen Mittel und die Zustimmung der Stadtparlamente (der politischen Parteien) wurde schnell erreicht. Von Ausnahmen abgesehen, ist kaum ein Unterschied zwischen Stadt und Land festzustellen.

Dieser in die Realität umgesetzte städtebauliche Utopismus ist weitestgehend gescheitert: Der "neue Mensch" ist nicht vorhanden und der "alte Adam" lehnt - sobald ein ausreichendes Wohnungsangebot mit entsprechender Konsumgutwahl vorhanden ist - diese funktionstüchtigen, aber sterilen Trabantenstädte bzw. Betonburgen ab. Die Bürger stimmen mit den Füßen ab, derartige Siedlungen und Wohnungen laufen leer - Rückbau und Stadtreparatur sind neue Begriffe, Wohnungsabriß ein neuer technischer und ökonomischer Tatbestand.

V.

Vordergründig werden die in den 6oer und 7oer Jahren gebauten "Betonburgen" und Satellitenstädte als ein technisches und wirtschaftliches Problem betrachtet: Technisch deshalb, weil diese Bauten Mängel (zum Beispiel bei den Flachdächern, der Fertigbauweise, bei den Kunststoffdichtungen usw.) aufweisen; wirtschaftlich deshalb, weil unvorhergesehene Instandhaltungs- und Sanierungskosten auftreten, in Extremfällen nach einer Nutzungsdauer von 1o bis 2o Jahren sogar ein Abbruch sinnvoll erscheint.

Meines Erachtens ist dieses eine vordergründige Betrachtung; denn Technik und Wirtschaft sind nicht die Ursache, sondern die Folge einer bestimmten Geisteshaltung, aus der sich der Wohnungs- und Städtebau entwickelte:

Der amerikanische Soziologe David Riesman[1] hat in seiner Untersuchung "Die einsame Masse" zwischen drei Verhaltensformen unterschieden:

(1) Die traditions-geleitete Gesellschaft: Die Mitglieder dieser Gesellschaft werden durch überkommene, sehr konkrete und oft kasuistische soziale Werte bestimmt bzw. geleitet. Diese Gesellschaftsform findet ihren Ausdruck in der institutionellen Veräußerlichung der Sitte, von Brauchtum und Zeremoniell. Vereinfachend kann man von einem Stil sprechen, der über lange Perioden auf die Individuen einwirkt.

(2) Die innen-geleitete Gesellschaft: In dieser Gesellschaftsstruktur bestimmt die persönliche Werthaltung die allgemein gültigen Normen. Eine Gesellschaft, die auf der Innen-Lenkung beruht, gibt - im Gegensatz zum traditions-geleiteten Typ - dem Einzelnen eine reiche Auswahl von verschiedenen Zielen, so daß eine Aufsplitterung der bisherigen Traditionen erfolgt.

---

1) David Riesman: Die einsame Masse, mit einer Einführung von Helmut Schelsky, Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Bd.72/73, Hamburg 1958

(3) Die außen-geleitete Gesellschaft: Dieses Verhaltensmuster tritt erst in jüngster Zeit im Mittelstand in den Städten auf. Dem Konsum von Freizeit und Luxus entspricht die Steigerung des Konsums von Wort und Bild durch die neuen Massenkommunikationsmittel. Das individuelle Verhalten wird angepaßt (sozialisiert), um zum Erfolg zu gelangen. Das Verhalten des Einzelnen wird durch die Zeitgenossen gesteuert, entweder durch solche, die man persönlich kennt oder durch solche, die man aus den Massenkommunikationsmitteln kennt. Es entsteht eine Verhaltenskonformität. Die Verstädterung und die Entwicklung der Massenkommunikationsmittel begünstigen die Außen-Leitung der modernen Menschen.

Ich habe den Eindruck, daß diese drei Verhaltensmuster bisher noch nicht herangezogen worden sind, um den geistigen Ursprung des modernen Städtebaues zu erklären: Der traditions-geleitete Mensch steht der (Bau-)Kultur wie einer einheitlichen Macht gegenüber, der Einzelne hat sich in der allgemein anerkannten Weise zu verhalten, im vorliegenden Falle zu planen und zu bauen. Dem innen-geleiteten Menschen wird die Richtung seines Lebens durch die Leitbilder seines Elternhauses gewiesen. Auch wenn die Achtung der Gesellschaft versagt wird, bleibt der "innere Kompaß" als Richtungweiser. Der außen-geleitete Mensch ist "Weltbürger", er nimmt ständig Neues und Fremdes in sich auf, gestaltet dieses ständig in sich um und macht auf diese Weise aus dem Fremden etwas Bekanntes. Der außen-geleitete Mensch ist geistig überall und nirgends zu Hause, schnell verschafft er sich oberflächlichen Umgang, macht sich mit den publizierten Modetrends vertraut, nimmt diese auf und gibt sie als sein eigenes Produkt weiter. Dieses Verhaltensmuster setzt voraus, daß man schnell Signale aufnimmt, die gesendeten "Programme" verarbeitet, sie zu seinen eigenen erklärt und sie dann wieder nach außen sendet.

Wenn wir diese Verhaltensmuster auf die Menschen im allgemeinen und die Städteplaner sowie Architekten im besonderen übertragen, so erhalten wir überraschende Parallelen:

Der traditions-geleitete Städteplaner fand eine geistige Orientierung vor, in der die gesellschaftlichen Leitbilder, die technische Welt, die Familien- und Handwerksordnung mit der Stadt- und Wohnungsplanung übereinstimmten. Dieser Kongruenz der Leitbilder entsprach auch die materielle und ökonomische Nutzungsdauer der Baulichkeiten: Die Leitbilder veränderten sich nur langsam und stimmten - ungeplant und ungewollt - mit der technischen Nutzungsdauer überein. Ein Beispiel hierfür ist in der Baukunst die Gotik, die in die Früh-, Hoch- und Spät-Gotik unterteilt wird und - in den einzelnen Ländern unterschiedlich - vom 12. bis 16. Jahrhundert dauerte.

In der Periode des innen-geleiteten Menschen haben die Städteplaner und Architekten ihren inneren Wertvorstellungen und Leitbildern gemäß den Städte- und Wohnungsbau konzipiert. In diesem Zeitabschnitt finden wir individuelle Lösungen, die auch heute noch akzeptiert werden, aber auch zugleich eklektizistische Stile, die auf historische Vorbilder zurückgreifen und die heute als kitschig empfunden werden.

Im 2o. Jahrhundert hat sich das außen-geleitete Verhaltensmuster durchgesetzt: Die Massenkommunikationsmittel, die Studienreisen und die Möglichkeit, kurzfristig neueste Tendenzen zu erfahren und für den eigenen Tätigkeitsbereich umzusetzen, führen zu einem weltweiten, austauschbaren Stil, den man als den "Stil der Stillosigkeit" bezeichnen kann. Diese Stillosigkeit wird begleitet durch eine Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit, die sich auf die Politik, die sozialen Reformen und nicht zuletzt auf den Wohnungs- und Städtebau übertragen haben. Es ist das Sputnik-Zeitalter mit dem Glauben an die Machbarkeit und Beherrschung der Technik, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Da man zum Mond fliegen und Satelliten im Weltall stationieren kann, entsteht der Glaube, daß man auch eine Stadt oder einen Stadtteil "machen" (planen) kann, zumal der Computer Rechenoperationen (Optimierungen) ermöglicht, die früher Jahre beanspruchten. Es wird nicht mehr aus einer Tradition oder aus innerem Leitbild heraus gebaut, sondern es schwebt - mehr unbewußt als bewußt - ein futuristisches Weltbild vor, das eine neue Weltordnung und einen neuen Menschen beinhaltet. Nicht mehr der vorhandene Mensch und seine sozialen Ordnungen werden akzeptiert, sondern der "zurückgebliebene" Mensch soll sich den zukunftsweisenden, visionären Baukörpern und Stadtgestaltungen unterwerfen. Beispiel hierfür sind die verdichteten Bauweisen, die Betonburgen, die Hochhausbauten und letztlich die autogerechte

Stadt. Nicht mehr der Mensch ist Mittelpunkt des Bauens und der dadurch geschaffenen Umwelt, sondern imaginäre, häufigen Wechseln unterworfene außen-geleitete Leitbilder.

Der griechische Architekt und Städteplaner Konstantinos A. Doxiadis[1] hat vom "Alptraum Stadt" gesprochen[2]:

> "Ich kenne keine Stadt unserer Epoche, auf die wir stolz und keine Stadt der Vergangenheit, in der wir mit unserer zeitgenössischen Lebensweise glücklich sein könnten. Die Stadtteile, die wir immer gern aufsuchen, sind entweder die nicht mehr bewohnten kunsthistorisch bedeutsamen Altstädte oder die noch nicht vom neuen Lebensrhythmus erreicht werden. ... Das leben in fast jeder zeitgenössischen Stadt gleicht einem Alptraum, einem Stadt-Alptraum, der Symbol ist für so viele Probleme unserer Epoche, denn in den Stadtgebieten finden diese deutlichsten Ausdruck."

Doxiadis[3] beklagt die Rolle des Architekten: "Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir klar feststellen, daß wir als Architekten ratlos sind, da wir weder den Inhalt oder den Umfang unseres Faches noch unsere eigene Rolle darin definiert haben." Meines Erachtens können und werden die Architekten nicht mehr wie in den vergangenen Jahrhunderten ihren Standort und ihre Leitbilder dauerhaft definieren können, da sie als Mitglieder der außen-geleiteten Verhaltensmuster ständig neue, wechselnde "gültige" Wertvorstellungen erhalten, die sie im Anpassungsprozeß in Pläne und Bauten umsetzen, die in der nächsten Periode - die nur noch ein bis zwei Dekaden dauert - bereits ungültig sind.

Hieraus ergibt sich ein Spannungsfeld: Die Zeitabstände, in denen die Leitbilder und Wertvorstellungen sich ändern, werden immer kürzer. Dagegen haben die in einem bestimmten Zeitpunkt unter dem Einfluß eines bestimmten

---

1) Konstantinos A. Doxiadis: Architektur im Wandel, Düsseldorf-Wien 1965

2) Ebenda, S. 16 f

3) Ebenda, S. 18

Zeitgeistes konzipierten Stadt- und Bebauungspläne eine Lebensdauer von 5o oder sogar 1oo Jahren. Das bedeutet, daß ein "mobiler" Zeitgeist eine Immobilie produziert, die bereits in der nächsten Runde des sich gewandelten Leitbildes kritisch oder sogar ablehnend betrachtet wird. Mit anderen Worten: Auch die Architektur ist nunmehr der Mode unterworfen, es wird nicht mehr zeitlos, sondern zeitgebunden gebaut.

VI.

Hans Sedlmayr (1896 - 1981, der zuletzt in Salzburg lehrte) hat die Kunstgeschichte in den weiten Rahmen der Kultur- und Geistesgeschichte eingeordnet, indem er das Kunstwerk - auch die Architektur - aus seiner Vereinzelung löste. Mit seinem Buch "Verlust der Mitte" hat er eine heftige Kontroverse ausgelöst.[1] Sedlmayr stellt diesem Buch einen Satz von Blaise Pascal als Leitmotiv voran: "Die Mitte verlieren, heißt die Menschlichkeit verlieren."

Seit der Französischen Revolution von 1789 ist eine ungeheure innere Katastrophe im Gange, es ist bis heute nicht gelungen, die dadurch geschaffene Lage weder geistig noch praktisch zu bewältigen. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ist auch ein großer Angriff gegen die Architektur in Gang gekommen:[2]

Um 177o - zwanzig Jahre vor der Französischen Revolution - erscheint zum ersten Mal in der gesamten Geschichte der Architektur die Vollkugel als Form eines Gebäudes. Dieser phantastische Entwurf stammt vom Anführer der architektonischen Revolution, von Clauce Nicolas Ledout (1736 - 18o6). Die Kugel ist eine unarchitektonische, sogar eine antiarchitektonische Form. "Ihre Verwendung ist auf keine Weise motiviert, das Ganze macht einen geradezu irrsinnigen Eindruck."[3]

---

1) Hans Sedlmayr: Verlust der Mitte, 8.Aufl., Salzburg 1965

2) Ebenda, S. 93 ff.

3) Ebenda, S. 95

Diese architektonische Revolution geht der politischen voraus, in der zweiten architektonischen Revolution um 19oo bis 192o wird sie weitergeführt: Es ist die Loslösung von der Erdbasis, die Möglichkeit, unten und oben zu vertauschen, womit die Vorliebe für das flache Dach zusammenhängt. Die Wände werden in abstrakte Grenzflächen verwandelt, ohne plastische Elemente und ohne Profil. "Nicht neue Werkstoffe haben also die neuen Ideen hervorgebracht, sondern zuerst sind die neuen Ideen da. Lange vor dem Beton erscheinen die (fälschlich sogenannten) 'Beton-Formen'."[1] - Die architektonische Revolution endet mit der politischen: Napoleon wird 18o4 gekrönt, 19o6 stirbt Ledout.

Um 18oo gab es keinen Werkstoff und keine Technik, durch die die Idee des Kugelbaues hätte verwirklicht werden können. Erst mit dem Eiffelturm, der Stahlkonstruktion, wurden diese technischen Voraussetzungen geschaffen. Auf der Pariser Weltausstellung von 19oo wird ein Kugelbau von ungefähr 5o m Durchmesser - der den Erdball darstellt - vorgestellt. Die extremste Form sollte dieser Gedanke bei den russischen Futuristen annehmen: Die Kugel berührt nicht mehr die Erde, sie schwebt wie ein Ballon aus Glas und Eisen. Das Abstoßen von der Erde ist stärker geworden, der verwirklichte Traum vom Fliegen findet in der Baukunst ihren Ausdruck. Die Erdgebundenheit wird geleugnet, indem Häuser - ohne Notwendigkeit - auf Pfeiler gestellt werden.

Die Gleichsetzung der Architektur mit der Geometrie wird durch das neue Dogma "Jeder Bau ist eine Maschine" noch überboten. Zwischen dem Bauen von Schiffen, Flugzeugen und Fahrzeugen sowie dem Bauen von Häusern besteht kein Unterschied mehr. Da die Maschine beweglich ist, erscheint nunmehr die Idee des drehbaren Hauses, es soll wie die Fahrzeuge fahrbar sein "... klarstes Symbol dafür, daß der Mensch keinen Ort mehr haben will, an dem er bleiben, auf dem der 'bauen' kann."[2] Das Dogma der Maschine findet sprachlich in der "Wohnmaschine" oder "Sitzmaschine" seinen Ausdruck.

---

1) Ebenda, S. 97

2) Ebenda, S. 1o6 f.

In den 2oer Jahren proklamieren die Extremisten die Abschaffung der Architektur, es ist der Kampf der Maschinen gegen die Architekten. Le Courbusier fordert: "Der Kern unserer alten Städte mit ihren Domen und Münstern muß zerschlagen und durch Wolkenkratzer ersetzt werden."[1)]

So umstritten auch diese Thesen Sedlmayrs sein mögen: Entsprechen sie nicht dem außen-geleiteten Menschen im Sinne von David Riesman?

VII.

Sedlmayr hat den Gegensatz zwischen Maschine und Architektur offengelegt. Hierbei handelt es sich offensichtlich um einen Widerspruch, der in die Frage einmündet, ob nicht die technische Entwicklung schneller als die kulturelle oder soziale verläuft.

Der amerikanische Soziologe William Fielding Opburn (1886 - 1959) hat die These vom "cultural lag" entwickelt, d.h., daß sich die technisch-materielle Welt schneller verändert (entwickelt) als die Sozialordnung; es sind "Verspätungserscheinungen". Während also die technische, materielle und ökonomische Welt ständigen Änderungen unterworfen ist, folgt die Gesellschaft mit ihren Sitten, Glaubenssätzen, Rechtsverordnungen usw. erst wesentlich später. Da die technische Entwicklung sich gerade in jüngster Zeit beschleunigt, wird diese Diskrepanz - der cultural lag - immer größer. Die Gesellschaft lebt in einer ideologisch noch nicht verarbeiteten Wirklichkeit, sie urteilt und handelt in Denkweisen von gestern und vorgestern, sie versteht nicht mehr die technische Welt, die sie selbst geschaffen hat.

Vertreter der modernen Architektur können somit die Gegenkritik äußern, daß der moderne Wohnungs- und Städtebau unserer Zeit sowohl hinsichtlich des verwendeten Materials als auch hinsichtlich der Formen "richtig", d.h. zeitgemäß sei, daß lediglich das geistige "Nachhinken" diese Einsicht und daraus folgernd die menschliche Anpassung verhindere. Mit anderen Worten: Die moderne Wohnwelt ist richtig, lediglich die heute lebenden Menschen haben ein falsches Bewußtsein.

---

1) Ebenda, S. 1o8

VIII.

Die Frage, ob die Wohnumwelt ein technisches oder ein wirtschaftliches Problem sei, läßt sich in dieser Weise nicht beantworten; denn Technik und Wirtschaft sind nur vordergründige Erscheinungen, dahinter steht die geistige Haltung sowie die Auffassung darüber, was das "wahre" Wesen des Menschen ist:

Die moderne Architektur und Stadtplanung hat nicht nur Ideen entwickelt, sondern auch realisiert, die von der traditionellen Stadtgestaltung abweichen, das Hochhaus, die verdichtete Bauweise (Betonburgen), die Satellitenstädte usw. So lange eine Wohnungsnot - wie zur Zeit in den Ostblockstaaten - herrscht, werden diese Wohnformen akzeptiert, weil sie akzeptiert werden müssen. Sobald aber der Wohnungsmarkt ausgeglichen ist oder sogar ein Überangebot vorherrscht, stimmen die Bürger "mit den Füßen ab", sie verlassen diese mehr oder minder funktionsfähigen Wohnmaschinen und ziehen in die alten, nicht futuristisch gebauten Stadtviertel und Häuser. Wenn dieses nicht möglich ist, dann weichen sie in das Wochenendhaus in dörfliche Umgebung aus. Typisch hierfür sind die "Datschen" in den sozialistischen Ländern: Man muß in einer Wohnmaschine unweit des Arbeitsplatzes wohnen, wo der Lebensraum durch Fertigteile genormt ist, man lebt aber am Wochenende und in der Freizeit in der Datscha, außerhalb der Stadt, außerhalb des Kollektivs in der ländlichen Idylle, wo man sich seine eigene Wohnumwelt baut.

Wer hat das "richtige" Bewußtsein: Der Architekt und Städteplaner, der moderne Techniken, Baustoffe, wissenschaftliche Erkenntnisse einsetzt oder der Bürger, der aus dieser Anonymität flieht, wenn immer er hierzu die Möglichkeit hat? Ist dieses auch ein Ausdruck des cultural lag?

X.

Friedrich August von Hayek[1)] hat anläßlich der Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaft 1974 in Stockholm in seinem Vortrag in der Universität Stockholm von der "Anmaßung des Wissens" gesprochen. Dieses

---

1) Friedrich A. von Hayek: Die Anmaßung von Wissen, in: Ordo, Bd. 26 (1975), S. 12 - 21

hat er auf die Nationalökonomie bezogen, doch seine Aussagen dürften auch und gerade für die Architekten und Städteplaner gelten:

Die Fachleute haben schlimmes angerichtet; denn in un-wissenschaftlicher Form hat man naturwissenschaftliche Denkmethoden auf die Sozialwissenschaften übertragen. In den Wissenschaften von den Menschen - hierzu gehören auch die Architektur und der Städtebau - hat man oberflächlich das, was als wissenschaftliches Verfahren erscheint, in Wirklichkeit aber un-wissenschaftlich ist, aus den Naturwissenschaften übernommen. Dieser Glaube an die unbegrenzte Macht der Wissenschaft beruht aber auf einem falschen Glauben, denn dem schnellen Fortschritt der exakten Naturwissenschaften sind die auf die Gesellschaft bezogenen Wissenschaften nicht gefolgt.

Wenn der Mensch in seinem Bemühen, die Gesellschaftsordnung zu verbessern, nicht noch mehr Schaden stiften will, wenn er sich nicht vom Erfolg berauschen will, dann darf er nicht - wie ein Handwerker - seine (Wohn-)Umwelt formen, sondern muß sie kultivieren, indem er wie ein Gärtner eine geeignete Umgebung für das Wohnen schafft.

> "Die Erkenntnis der unüberschreitbaren Grenzen seines Wissens sollte den Forscher auf dem Gebiete der Gesellschaft eine Demut lehren, die ihn davor bewahrt, ein Mitschuldiger in des Menschen unglückseligem Streben nach Beherrschung der Gesellschaft zu werden - ein Streben, das ihn nicht nur zum Tyrannen über seine Mitmenschen, sondern auch zum Zerstörer einer Zivilisation machen kann, die kein Verstand entworfen hat, sondern die erwachsen ist aus den freien Bemühungen von Millionen von Individuen." [1)]

Dieses gilt auch für die Architekten und Städtebauer, die unsere Wohnumwelt planen und bauen.

---

1) Ebenda, S. 21

A 1

HUMANE ASPEKTE

J. UHLMANN, Hamburg

Tendenzen der Siedlungsentwicklung und ihre Folgen für die Wohnumwelt

TENDENZEN DER SIEDLUNGSENTWICKLUNG UND IHRE FOLGEN FÜR DIE WOHNUMWELT

von Dr. Jan Uhlmann, GEWOS GmbH Hamburg

Das GEWOS-Institut arbeitet seit vielen Jahren u.a. in Berlin, wo wir für den Senat die regionale Wohnungsentwicklung untersuchen. In Vorbereitung unserer Tagung sprach ich mit unserem zuständigen Projektleiter über Faktoren der Wohnumwelt und ihre Bewertung in den Augen der Berliner Bevölkerung. Er sagte mir nach kurzem Nachdenken, daß man bei der Frage nach der optimalen Wohnumwelt etwa folgende Antwort erhalten würde:

- Vorne Kurfürstendamm,
- hinten Nordsee,
- als Nachbarn Boris Becker und Frank Elstner,
- und das Ganze für DM 4,60 brutto Warmmiete pro Quadratmeter.

Dies sagt eine Menge über Wohnumwelt. Wohnumwelt verstanden als die Summe aller Faktoren im erlebbaren Umfeld der eigenen Wohnung, die die Qualität eines Wohnstandortes, einer Wohnanlage ausmacht:

- Kultur, Infrastruktur, Versorgung (Kurfürstendamm)
- Natur, Klima, Luft (Nordsee)
- soziales Umfeld (Becker, Elstner)

Und darüber hinaus ist sich offensichtlich jedermann darüber im klaren, daß Wohnumwelt für den, der sie als Mieter oder Eigentümer in einer bestimmten Form haben will, ihren Preis hat.

Warum wohnt nun niemand so?

1. Weil es diese Wohnlage real nicht gibt.
2. Selbst wenn es sie gäbe, wäre ihr Preis vermutlich so hoch, daß sich nur sehr wenige diesen Luxus erlauben können.

Wohnlage und Wohnumwelt haben also ihren Preis. Wodurch wird er bestimmt?

- Miete/Kaufpreis (Lagerente)
- Lebenshaltungskosten - relativ zu anderen Wohnlagen
- Fahrtkosten/-zeit für den Weg zur Arbeit, zum Einkaufen etc.
- Menge und Art der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten im weiteren Umfeld (Pendelentfernung)

Zwischen den einzelnen Faktoren bestehen vielfache Zusammenhänge.

Wie sieht nun die Realität der eingangs befragten Berliner häufig aus?

- Vorne Hauptverkehrsstraße, nicht der Kudamm, mit Lärm und Abgasen,
- hinten spärlich gewachsener, heruntergetretener Zierrasen und der Blick auf eintönige Zeilenbauten.
- Nachbarn sind nicht Becker und Elstner, sondern die Rentnerin Meyer oder die Gastarbeiterfamilie aus der Türkei
- Die Miete beträgt DM 7,20 pro qm netto kalt.

Wie bei so vielen Dingen im Leben klaffen auch hier Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. Dies zeigt uns:

- Die Zahlungsfähigkeit für die gewünschte Wohnumwelt in Geld/Zeit ist begrenzt.

- Das gleiche gilt für die Zahlungsbereitschaft. Wenn man bedenkt, daß Wohnung und Wohnumwelt nicht alles sind, sondern daß die Aufwendungen im Rahmen des gesamten Haushaltsbudgets abgewogen werden müssen gegenüber anderen Ausgaben für Lebenshaltung, Urlaub etc. Insoweit konkurrieren Budgets für die Wohnumwelt mit denen für Güter und Dienste.

Bei gleichen Gesamtbudgets können die Präferenzen sehr unterschiedlich sein: Der eine legt Wert auf sehr gute Wohnumwelt und spart dafür beim Urlaub und umgekehrt. Problematisch ist die Situation, wenn keine Wahlmöglichkeiten bestehen, z.B. wegen zu geringen Einkommens.

Ich möchte im folgenden zunächst die verschiedenartigen, sich uns heute darstellenden Phänomene der Siedlungsentwicklung skizzieren und ihre Bestimmungsfaktoren herausarbeiten. Dann werde ich die Auswirkungen unterschiedlicher Erscheinungsformen der Siedlungsentwicklung auf einzelne Komponenten der Wohnumwelt diskutieren und abschließend in Form von 10 Thesen mögliche zukünftige Entwicklungslinien aufzeigen.

1. Phänomene der Siedlungsentwicklung

Die Siedlungsentwicklung nicht nur in Europa, sondern in fast allen Teilen der bewohnten Welt wird durch verschiedene Schlagworte gekennzeichnet, die sich teilweise ergänzen, teilweise aber auch konträre Entwicklungen bezeichnen. In der Fachliteratur ist die Rede von Urbanisierungs- bzw. Entleerungsprozessen, von Suburbanisierung, seit einigen Jahren auch von Reurbanisierung und Revitalisierung. Daneben ist die Rede von ganze Landesteile umfassenden Phänomenen, wie einer Nord-Süd-Wanderung etwa in der Bundesrepublik, einer Süd-Nord-Wanderung etwa in Italien, oder auch von Tendenzen einer Ost-West-Wanderung. Bezeichnend für das Verständnis dieser Prozesse ist, daß es innerhalb eines Landes praktisch nicht möglich ist, von einem einheitlichen Trend zu sprechen: Es handelt sich zumeist um eine Überlagerung unterschiedlicher Phänomene, die unter abweichenden Standortbedingungen auch verschiedenartig wirksam werden.

Zunächst mag es nützlich sein, sich die unterschiedlichen Prozesse noch einmal vor Augen zu führen:

Urbanisierung versus Entleerung

Seit Beginn der fünfziger Jahre sind fast alle größeren Stadtregionen West- und Mitteleuropas durch ein erhebliches Bevölkerungswachstum gekennzeichnet, das sich weniger durch natürliche Geburtenüberschüsse - diese sind im Gegenteil sogar zurückgegangen - speist als durch Zuwanderungen aus anderen, überwiegend ländlich geprägten Landesteilen. Soweit die Abwanderungen aus diesen ländlichen Gebieten größer waren als der traditionell überwiegend hohe Geburtenüberschuß, kam es zu flächenhaften Entleerungsprozessen, wie z.B. in benachteiligten Regionen Italiens und Frankreichs. Insoweit sind Urbanisierung und Entleerung zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir stellen Urbanisierungsprozesse jedoch nicht nur in bezug auf sehr große Siedlungskerne fest, sondern auch in kleinräumigem Maßstab. Die Stadt

als bevorzugter Lebensraum hat ihren Siegeszug scheinbar unaufhaltsam fortgesetzt. Die im wesentlichen ökonomischen Gründe wurden bereits angesprochen.

Suburbanisierung

Die Zuwanderungsströme in die Städte hatten eine mehr oder weniger starke flächenhafte Ausweitung der Siedlungskörper zur Folge. Die flächenhafte Ausdehnung der Stadt in den umgebenden ländlichen Raum hinein wurde darüber hinaus verstärkt durch innerstädtische Abwanderungen: Zum Teil führten die Nutzungskonkurrenz zwischen Gewerbe und Wohnen wie auch steigende Belastungen im Bereich der Wohnumwelt zur Verdrängung des Wohnens an die Peripherie. Zum Teil ermöglichten auch reale Einkommenssteigerungen wachsenden Bevölkerungskreisen einen Wechsel der Wohnform: den Umzug von der städtischen Mietwohnung in das Eigenheim am Stadtrand. In jedem Fall ließ sich der wachsende Flächenverbrauch nur in Randgebieten realisieren.

Reurbanisierung und Revitalisierung

In vielen Stadtsiedlungen, vor allem der Bundesrepublik und Frankreichs setzte im Zusammenhang mit der Arbeitskräftenachfrage der Wirtschaft einerseits, den Freizügigkeit gewährenden internationalen Abkommen, etwa im Rahmen der EG andererseits, in den späten fünfziger, verstärkt dann in den sechziger Jahren, ein Zustrom ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien ein. Aus überwiegend ökonomischen Gründen bevorzugten die Zuwanderer überwiegend innerstädtische Gebiete, so daß ein gewisses Gegengewicht gegen die abwandernde deutsche Bevölkerung geschaffen wurde. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Abwertung von Kernstädten als Wohnstandorte, Verslumungstendenzen, einseitiger Sozialstruktur etc. wurden in einer Reihe von Ländern Revitalisierungsprogramme aufgelegt mit dem Ziel, die Attraktivität der Innenstädte für das Wohnen der eingesessenen Bevölkerung zu erhöhen. In der Bundesrepublik hat das 1969 aufgelegte

Städtebauförderungsgesetz ganz erhebliche Anstoßeffekte in dieser Richtung gezeigt. Revitalisierung und Reurbanisierung kennzeichnen eine Renaissance der Innenstädte, die zwar nicht regelmäßig von steigenden Bewohnerzahlen, immer jedoch von einem Anstieg der citybezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten begleitet sind.

Verdichtung in der Fläche

Seit einer Reihe von Jahren ist darüber hinaus ein Phänomen zu beobachten, das sich mit den klassischen Begriffen von Suburbanisierung oder Reurbanisierung nicht fassen läßt. Teilweise in deutlicher Entfernung zu bevölkerungsstarken Zentren, eher an einer größeren Zahl kleinerer Städte und Gemeinden angelagert, vollziehen sich flächenhafte Verdichtungsprozesse. Polyzentrale Siedlungsstrukturen wachsen zusammen, jedoch ohne einen solchen Grad von Verdichtung zu erreichen, der sich mit dem Stichwort "Verstädterung" im klassischen Wortsinn belegen ließe. Betroffen sind insbesondere Gebiete mit hoher Wohn- und Umweltattraktivität, wie z.B. in der Bundesrepublik der Voralpenbereich oder das Umland des Bodensees. Hier entstehen keine neuen Städte, wohl aber stark be- und zersiedelte Flächen, deren Anbindung an herkömmlichen Infrastrukturen - Einkaufen, Schule, Gesundheit etc. - die Benutzung des privaten PKWs zur Voraussetzung hat. Die überwiegend dörflichen oder auch kleinstädtischen Siedlungsformen in derartigen Bereichen beginnen sich aufzulösen, ohne daß in jedem Fall die Herausbildung starker neuer Strukturen eindeutig erkennbar wäre.

Fazit:

Es gibt sehr unterschiedliche Prozesse, und zwar durchaus gleichzeitig innerhalb eines zusammenhängenden Kultur- und Wirtschaftsraumes. Entsprechend unterschiedliche Effekte sind auch auf die Wohnumwelt bzw. ihre einzelnen Komponenten zu erwarten.

2. Bestimmungsfaktoren der Siedlungsentwicklung

(1) Wanderungs- und Verharrungsmotive

Größe und Entwicklung von Siedlungen werden in der Regel in Einwohnerzahlen gemessen. Insoweit sollen kurz die Motive angesprochen werden, die nicht nur zur Veränderung, sondern im anderen Fall auch zur Beibehaltung des Wohnsitzes führen:

Der wichtigste großräumige Wanderungsfaktor ist derzeit in allen Staaten der Welt die regional unterschiedliche Arbeitsmarktsituation. Mit Ausnahme kurzzeitiger Perioden knapper Arbeitskraftkapazitäten optimieren Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen ihre Standorte nach ökonomischen Kriterien. Sie können zumeist davon ausgehen, daß der Arbeitsmarkt sich anpaßt. Prosperierende Wirtschaftsbetriebe ziehen andere nach, so daß sich ein wechselseitig kumulativer Prozeß aus positiver Wirtschaftsentwicklung und Zuwanderungsströmen in die Region ergibt.

Ein weiteres großräumig wirksames Wanderungsmotiv ist das Bestreben, eine qualifizierte Ausbildung - z.B. an einer Hochschule - zu erlangen. Qualifizierte Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sind nicht ubiquitär, sondern konzentrieren sich auf eine mehr oder minder große Zahl von Standorten. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit des - zumindest zeitweisen - Wohnsitzwechsels zum Zweck der Qualifizierung. Vor allem mittlere Städte mit großen Hochschulen erhalten auf diese Weise ein unverwechselbares Gepräge.

An dritter Stelle ist das Motiv zu nennen, Wohnqualität, Wohnstandort und Wohnumwelt zu optimieren, sei es in Orientierung an die Gegebenheiten des Wohnungsmarktes, sei es unter Berücksichtigung von Bildungs- und Kulturangeboten. Bei Familien im erwerbsfähigen Alter spielt dieses Motiv lediglich in kleinräumiger Hinsicht eine Rolle, nachdem die Wohnortregion durch die Arbeitsplatzwahl vorgegeben

ist. Bei nicht mehr erwerbsfähigen Menschen kann dieses Motiv eine ganz eigenständige Dimension gewinnen und auch zu großräumigen Wanderungen in Richtung auf den gewünschten Altersruhesitz führen. Ein Teil der flächenhaften Verdichtungsprozesse in naturräumlich und klimatisch begünstigten Gebieten wird durch derart motivierte Zuwanderungen gespeist.

Mindestens genauso wichtig wie die Wanderungsmotive sind - obgleich wesentlich weniger beachtet - die Verharrungsmotive. Ich halte es nicht für per se selbstverständlich, daß ein Mensch sein Leben lang den Wohnsitz des Geburtsortes beibehält. Dies geschieht nur dann, wenn besondere Bindungen in Form von Tradition, Familiensituation, sozialem Umfeld, ungünstigen Arbeitsmarktchancen in anderen Gebieten etc. wirksam werden.

Ein weiteres wichtiges Verharrungsmotiv ist das Eigentum an Produktionsmitteln. Der selbständige Handwerker, der Landwirt, der Gastronom etc., die sich eine ökonomische Basis in einem bestimmten Raum geschaffen bzw. diese geerbt haben, geben sie zumeist nur auf, wenn starke ökonomische Zwänge wirksam werden. Die ständig wachsende Zahl von Nebenerwerbs-Landwirten nicht nur in der Bundesrepublik zeigt, daß die Verharrung in der landwirtschaftlichen Produktion selbst dann noch sehr stark ist, wenn schon der überwiegende Teil des Lebensunterhaltes aus einer anderen Tätigkeit - und häufig auch in einer anderen Region - bezogen wird. In der Bundesrepublik weisen weite Landstriche mit einem hohen Anteil von Nebenerwerbslandwirtschaft nur deshalb noch eine akzeptable Bevölkerungsdichte auf und sind Menschen nur deshalb bereit, täglich oder wöchentlich mit erheblichem Zeit- und Geldaufwand zu ihrem Arbeitsplatz zu pendeln, weil die Bindekräfte einiger Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verbunden mit Wohneigentum außerordentlich stark sind.

Schließlich ist auch das Wohneigentum für sich genommen - soweit es nicht zu Anlagezwecken erworben wurde - ein starkes Bindemittel an die jeweilige Region. Lieber wird auch aus peripheren Standorten gependelt als das eigene Haus aufgegeben, und dies insbesondere dann, wenn - was häufig der Fall ist - der Erwerb adäquaten Wohneigentums in der Nähe des Arbeitsplatzes im Verdichtungsraum durch den Verkauf des alten Hauses auch nicht annähernd zu finanzieren ist.

(2) Motorische Faktoren

Bilden die Wanderungs- und Verharrungsmotive ein Parametergeflecht für das Siedlungsgefüge, hängt die Motorik der gesamten Entwicklung ganz wesentlich vom wirtschaftlichen Wachstum und der Einkommensentwicklung im Zusammenhang mit der sich herausbildenden groß- und kleinräumigen Arbeitsteilung ab. In diesem Zusammenhang läßt sich nachweisen, daß sich unterschiedliche Stadien und Perioden der Produktion unterschiedliche Siedlungsformen schaffen.

Die reine Agrargesellschaft benötigte in erster Linie landwirtschaftliche Nutzflächen sowie zum Absatz und zur Beschaffung räumlich verteilte kleinere Handels- und Handwerkszentren. Das sich hieraus ergebende Standortmuster ist beispielhaft von Johann Heinrich von Thünen beschrieben worden. Im Frühstadium einer sich industrialisierenden Gesellschaft mit hohem Bedarf an un- und angelernter Arbeit steht häufig der transportkostenoptimale Standort im Vordergrund, der die erforderlichen Arbeitskräfte an sich zieht. Alfred Weber u.a. haben die sich ergebenden Raummuster beschrieben. In einem späteren Stadium und insbesondere mit einem wachsenden Bedarf an Facharbeitskräften tritt die Transportkostenoptimierung hinter der Frage zurück, welche Standorte die besten Voraussetzungen haben, insbesondere die benötigten Schlüsselqualifikationen zu besetzen. Bei genereller Arbeitskräfteknappheit können auch einfache Tätigkeiten zu Engpaßqualifikationen werden, so daß eine weitreichende räumliche Dezentralisierung der Produktionsstandorte die Folge sein kann.

Eine Dienstleistungsgesellschaft ist schließlich in hohem Maße auf Fühlungsvorteile angewiesen, auf Kommunikation und auch hochqualifizierte Fachkräfte. Einerseits führt dies zur notwendigen Zentralisierung sehr hochrangiger und spezialisierter Dienstleistungsfunktionen. Auf der anderen Seite entstehen allmählich durch die Informations- und Kommunikationstechnik die Voraussetzungen, auch im Rahmen dezentraler - möglicherweise sogar dezentraler werdender - Strukturen zu konkurrenzfähigen Bedingungen zu produzieren. Nachdem viele Staaten Westeuropas die Schwelle zur Dienstleistungsgesellschaft erreicht bzw. schon überschritten haben, wird die zukünftige raumstrukturelle Entwicklung ganz wesentlich davon abhängen, inwieweit durch den Einsatz entsprechender Technologien naturwüchsige Fühlungsvorteile der räumlichen Nähe kompensiert werden können. Während in früheren Zeiten zunächst die Wasserwege, später dann Eisenbahnen, Autostraßen und Autobahnen und neuerdings Luftverkehr, enorme raumstrukturelle und siedlungsstrukturgestaltende Auswirkungen hatten, kommt für die Zukunft den sich entwickelnden Kommunikations-und Informationsnetzen erhöhte Bedeutung zu. Es zeichnen sich Tendenzen ab, daß weltweit ausgewählte Großstädte über "Teleports" oder ähnliche Einrichtungen in eine hochgradige kommunikative Interaktion eintreten werden, die wiederum hochrangige Standortvorteile schafft. Insoweit werden einerseits urbanitätsfördernde Konzentrationsprozesse weiter voranschreiten, andererseits werden aber auch mit Hilfe ausgebauter Kommunikationsnetze Dezentralisierungsmöglichkeiten erschlossen werden können.

Weitere wichtige motorische Faktoren sind im Wertewandel und in dem immer weniger vorzuenthaltenden Recht auf Freizügigkeit zu sehen. Hinsichtlich der hohen Standortqualitäten gewinnen Faktoren wie eine gesunde und leistungsfähige Wohnumwelt zunehmend an Bedeutung. In der Bundesrepublik haben wir Wanderungsbewegungen, die von der Tendenz her

vergleichbar sind mit dem US-amerikanischen Trend von 'Frostbelt' zum 'Sunbelt'. In kleinräumiger Hinsicht sind räumlich teilweise sehr stark differenzierte Wohnimmobilienpreise ein Indikator für die Bevorzugung entsprechender Qualitäten.

Ein generell steigendes Umweltbewußtsein wird flankiert durch eine voranschreitende Individualisierung innerhalb der Gesellschaft. Nicht nur die schichtenspezifische Zuordnung wird zunehmend schwieriger, sondern auch die Homogenität innerhalb einzelner Bevölkerungsschichten ist rückläufig. Wertewandel und Individualisierung konfrontieren Planung und Raumordnung mit den Grenzen der Machbarkeit.

Als Fazit sei noch einmal festgehalten, daß die Siedlungsentwicklung im Einzelfall durch ein differenziertes Bündel unterschiedlicher Ursachen bestimmt und weiterentwickelt wird, wobei durchaus unterschiedliche Entwicklungspfade offenstehen. Eine dieser Ursachen ist die Wohnumwelt, die zwar hinsichtlich der Entwicklung großräumiger Siedlungsstrukturen i.d.R. eine nachgeordnete Rolle spielt. In kleinräumiger Sicht ist ihr Einfluß desto größer.

Wenn ich bislang vom Einfluß der Wohnumwelt und anderer Faktoren auf die Siedlungsentwicklung gesprochen habe, werde ich im folgenden zunächst die unterschiedlichen Phänomene der Siedlungsentwicklung ansprechen und dann über den spiegelbildlichen Zusammenhang, den Einfluß der Siedlungsentwicklung auf die Wohnumwelt sprechen.

3. Folgen der Siedlungsentwicklung für die Wohnumwelt

Zunächst noch einmal zum Begriff "Wohnumwelt":
Wohnumwelt bezeichnet die Summe aller Faktoren im erlebbaren Umkreis der eigenen Wohnung, die die Qualität eines Standortes ausmachen. Es gehören dazu die rein ökologische Umweltsituation (Luft, Lärm, Boden), wie auch unmittelbar zugeordnete Infrastruktur und Versorgung. Die planerisch/bauliche Situation des Wohnumfeldes spielt genauso eine Rolle, wie das soziale Umfeld, also die Sozialstruktur in der Nachbarschaft. Wie ich gezeigt habe, ist die so definierte Wohnumwelt ein gewichtiges Argument hinsichtlich der kleinräumigen Wahl des Wohnsitzes - soweit eine echte Wahlsituation vorhanden ist. Andererseits ist sie gerade wegen ihrer Anziehungs- bzw. Abstossungskraft auf Mieter und Eigentümer im Zuge der sich entwickelnden Siedlungsstrukturen einem ständigen Wandel unterworfen, und sei es nur dadurch, daß die subjektive Gewichtung einzelner Komponenten variiert. Ich möchte im folgenden einzelne Komponenten herausgreifen und sie im Zusammenhang mit dem siedlungsstrukturellen Wandel diskutieren.

Luft und KLima

Die Qualität von Luft und Klima ist vor dem Hintergrund naturräumlicher Gegebenheiten ganz wesentlich durch zwei Faktoren bestimmt:

- die bauliche Beeinflussung der Umwelt und
- die Art der Energieerzeugung und ihre Verwendung.

Urbanisierungsprozesse wirken sich in zweifacher Weise auf Luft und Klima aus. Umgekehrt ist jedoch noch niemand zu der Feststellung gekommen, daß in Entleerungsgebieten Luft und Klima besser geworden wären. Die Effekte sind letztlich nur dann spürbar, wenn sie eine gewisse räumliche Dichte erreichen, die in häufig schwach besiedelten Entleerungsgebieten in aller Regel nicht gegeben ist.

Seit einiger Zeit gibt es einen eigenständigen Forschungszweig, der sich mit dem Stadtklima befaßt. Möglichkeiten bzw. Behinderungen des Frischluftaustauschs durch Bauwerke und bebaute Zonen, die Speicherkapazität von Baumaterialien für Sonnenwärme und andere Themen, sind Gegenstand dieser Forschung. Soweit sich Urbanisierungsprozesse in Form von Bebauung oberhalb gewisser Schwellenwerte vollzieht, verändert sich auch das Klima. Nicht nur das Gesamtklima einer Stadt, wie es z.B. bei Inversionswetterlagen vielen Bewohnern immer wieder vor Augen geführt wird, ist von Belang, sondern auch kleinräumig differenzierte Unterschiede, die einzelne Wohnlagen kennzeichnen. Häufig besteht hier ein Zusammenhang mit der allgemeinen Windrichtung: In vielen Städten Mitteleuropas sind die westlichen Lagen gegenüber den östlichen bevorzugt. In der Stadtplanung wird dem in der Regel Rechnung getragen, so daß emissionsintensive Betriebe eher am östlichen als am westlichen Rand angesiedelt werden. Erfolgt jedoch die Siedlungsentwicklung ohne Rücksicht auf die Luft- und Klimasituation, werden also stark emittierende Betriebe im Westen angesiedelt und im Rahmen großflächiger Neubauvorhaben Frischluftschneisen verbaut, sind negative Auswirkungen auf die Wohnumwelt in mehr oder minder großen Bereichen unabdingbar.

Die Frage, in welcher Weise eine Gesellschaft Energie erzeugt und dieselbe verwendet, hat in erster Linie mit dem Stand technologischer Erkennisse und Anwendungen zu tun. Doch gibt es vor dem Hintergrund gegebener technischer Standards deutliche Unterschiede: Während z.B. in schwach besiedelten Gebieten die Einzelfeuerung und der emittierende Pkw-Verkehr vorherrschen, befinden sich in stark verdichteten Gebieten häufig Sammelheizungen, Fernwärmesysteme, wie auch emissionsarme öffentliche Verkehrsmittel, wie Straßen- und Schnellbahnen. Daß die diesbezügliche Belastung in Verdichtungsräumen trotzdem erheblich höher ist

als in schwach besiedelten Gebieten hängt natürlich mit den absoluten Emissionen je Flächeneinheit zusammen. Bezogen auf den einzelnen Verursacher schneidet der ländliche Raum in vieler Hinsicht schlechter ab. Zweifellos würden Verdichtungsprozesse das Stadtklima in dieser Hinsicht noch sehr viel negativer beeinflussen, wenn nicht von einer bestimmten Dichte - sei es des Baukörpers, sei es der Stadt insgesamt - emissionsärmere Technologien eingesetzt werden könnten, weil erforderliche Rentabilitätsschwellen überschritten werden. In allen europäischen Staaten sind intensive Bemühungen feststellbar, die möglichen negativen Auswirkungen von Verdichtungsprozessen auf Luft und Klima zu begrenzen und ggf. zu reduzieren. Zum Beispiel ist es in erstaunlicher Weise gelungen, wieder "einen blauen Himmel über der Ruhr" zu schaffen. Ein Tatbestand der latenten Abwanderungsbestrebungen in zwar nicht nachweisbarer, aber grundsätzlich vorstellbarer Weise entgegengewirkt hat, weil die Wohnumwelt sich in dieser Hinsicht deutlich verbessert hat.

Das Beispiel zeigt jedoch auch die Grenzen der nachvollziehbaren Zusammenhänge von Siedlungsentwicklung und Wohnumwelt. Großflächig wirksame Emissionen mit negativen Folgen für die Wohnumwelt werden häufig von einzelnen Industriebetrieben verursacht, nicht von "der" Siedlungsentwicklung. Radioaktive Niederschläge in weiten Teilen Westeuropas haben gerade in diesem Jahr deutlich gemacht, daß in vieler Hinsicht die kleinräumige Betrachung in bezug auf Luft und Klima an Bedeutung verliert, die großflächigen, ganze Kontinente überziehenden Verteilungsprozessen weicht, und deren Auswirkungen durch einen schlichten Wohnortwechsel nicht auszuweichen ist.

Lärm

Die Lärmbelastung des Wohnstandortes gewinnt in der Bewertungsrangfolge der Bewohner nach allen vorliegenden Untersuchungen zunehmend an Gewicht. Lärm ist der am häufigsten genannte Störfaktor in der Wohnumwelt. Abgesehen von gewerblichen Lärmquellen, die mit Hilfe von Auflagen und investiven Hilfen in Grenzen steuerbar sind, ist der Hauptlärmverursacher in unseren Siedlungen der Verkehr zu Lande und in der Luft. Eindeutig ist die Tatsache, daß in allen Arten von Siedlungsräumen im Zuge von Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozessen die verkehrsbedingte Lärmbelastung ansteigt. Dem hierarchischen Strassennetz entsprechen häufig vergleichbare Lärmnetze, die sich über die Siedlungen legen. Besonders beeinträchtigt sind Gebiete, die nicht nur einen erheblichen Straßenverkehr aufnehmen müssen, sondern darüber hinaus auch den Lärmfolgen von Bahn- und Luftverkehr ausgesetzt sind. Die wachsende Motorisierung der Bevölkerung wie auch die zunehmende klein- und großräumige Arbeitsteilung führen dazu, daß die verkehrsbedingte Lärmbelastung benachteiligter Wohngebiete weiter zunehmen wird. Bemerkenswert sind hier Bestrebungen, mit Hilfe verkehrslenkender und -konzentrierender Maßnahmen die Lärmquellen wenn nicht auszuschalten, so doch zu konzentrieren. So entstehen auf der einen Seite Wohngebiete mit nur geringer Verkehrslärmbelastung, auf der anderen Seite bilden sich Verkehrsachsen heraus, an denen Wohnen kaum noch möglich ist.

Verdichtungsprozesse wirken insoweit regelmäßig lärmerzeugend, während in Entleerungsgebieten - soweit nicht Durchgangsverkehr besteht - Verkehr und Verkehrslärm zurückgehen. Kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß die Lärmbelastung nur zum geringen Teil in der Wohnumwelt des Erzeugers - sprich bei der neu entstandenen oder bezogenen Wohnung des Pkw-Besitzers entsteht. Der größte Teil wird in die Wohnumwelt anderer Wohngebiete quasi exportiert. Genau dies führt dazu, daß das individuelle Be-

streben zur Reduzierung des Verkehrslärms häufig sehr begrenzt ist, da mögliche positive Effekte für den eigenen Wohnstandort praktisch nicht vorhanden sind. Die Anlagerung immer neuer Siedlungsringe in den Außenbereich führt in wachsenden Verdichtungsräumen häufig zu einer starken, im Einzelfall unerträglich werdenden Verkehrsbelastung nicht nur entlang der radialen Einfallstraßen, sondern auch in der Wohnumwelt von Gebieten mit sogenanntem Schleichverkehr. Verkehrsberuhigende Maßnahmen haben vor allem das Ziel, die Wohnumwelt von der durch die Siedlungsentwicklung erzeugten Lärmquelle Verkehr zu entlasten.

Boden und Vegetation

Urbanisierung und Verdichtung drücken sich durch Bau- und Siedlungstätigkeit aus: Bau von Großsiedlungen mit einem hohen Anteil an Mietwohnungen, von Einzelhausgebieten, von Bürogebäuden, Fabriken, Infrastruktureinrichtungen und Straßen. Dies heißt mit Zwangsläufigkeit, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung

- Versiegelung des Boden uns
- Vernichtung bzw. Denaturierung naturräumlicher Zusammenhänge von Flora und Fauna, i.d.R. verbunden mit einem Rückgang der natürlichen Artenvielfalt.

Die Umwandlung von Boden und Vegetation wird vollkommen, wenn die verbleibenden Grün- und Freiflächen nach sorgfältiger Egalisierungs aller natürlicher Niveauunterschiede mit englischem Zierrasen besät und zum Schutz vor spielenden Kindern mit fremdländischen Stachelgewächsen bepflanzt werden. Die Wohnumwelt verarmt und wird reizlos, wenn - wie in der Vergangenheit häufig der Fall - alle negativen Einflußfaktoren in Gebieten mit Siedlungsdruck gleichzeitig auftreten.

Viele gelungene Beispiele der letzten Jahre zeigen jedoch, daß diese Entwicklung nicht zwangsläufig ist. Auch in Gebieten mit hoher Bebauungsdichte wird versucht, die Versiegelung nach Möglichkeit zu minimieren: Statt großer Asphaltflächen entstehen kleinteilige, druchgrünte Stellflächen. Fußwege mit Sandbelag haben wieder ihre Chance. Wildwiesen entstehen statt des Zierrasens, und die Bepflanzung orientiert sich am heimischen Artenangebot. Selbst in Innenstädten sind im Rahmen von Revitalisierungsbemühungen vorzüglich Beispiele für "Naturschutz in der Stadt" festzustellen. Im Sinne unserer Fragestellung geht es in erster Linie gar nicht darum, wieviele Häuser mit welcher Grundfläche in welcher Siedlungsfläche entstehen, sondern wie mit den Freiflächen umgegangen wird. An dieser Aussage halte ich auch mit Blick auf experimentelle Vorhaben des flächensparenden Bauens fest, die nicht in erster Linie den Zweck verfolgen, die Natur weniger zu belasten, sondern die Grundstücks- und Erschließungskosten gering zu halten. Eine traditionell gepflegte Einzelhaussieldung mit geringer Bebauungsdichte kann als Folge intensiver Verwendung von Unkrautvertilgungs- und Pflanzenschutzmitteln sowie nicht naturräumlich angepaßter Bepflanzung für die Qualität der Wohnumwelt eine geringere Bedeutung haben als ökologisch bewußt gestaltete und gepflegte Freiflächen in stark verdichteten Wohngebieten. Nicht zu Unrecht wird behauptet, daß großflächige landwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen mit Flurbereinigungen mit dem Ergebnis einer vielfach brutalen Maßstabsvergrößerung und Monostruktüren einen stärkeren Eingriff in den Naturhaushalt bedeutet als eine ökologisch bewußt gestaltete Besiedelung.

Bei der Frage nach der Entwicklung von Boden und Vegetation in Gebieten mit Entdichtungs- und Entleerungstendenzen muß man nicht gleich an verfallene, menschenleere Dörfer denken, in denen sich eine eigene Trümmer-Vegetation heranbildet. Mit Wohnumwelt hat dies nichts zu tun. Realistisch ist es jedoch, sich die Situation in abgele-

genen Dörfern oder auch wenig geliebten Stadtrandlagen vor Augen zu führen, wo Flächen brachfallen und zunehmend mehr Gebäude leerstehen. Natürlich breitet sich hier die Vegetation naturwüchsig aus, aber das Wohnumfeld insgesamt wird für die verbleibenden Bewohner sicher nicht besser. Es handelt sich regelmäßig um Armutsgebiete, in denen es an Menschen, Geld und auch öffentlichen Mitteln fehlt, Bedingungen also, die im negativen Sinne so prägend wirken, daß das Hereinkommen der Natur in die Siedlung weniger als Vorteil für das Wohnumfeld gesehen wird, denn als ein Zeichen für Verarmung und Not.

Fazit: Der stark prägende und generell negativ zu bewertende Einfluß der Siedlungsentwicklung auf die Situation von Natur und Boden ist unbestreitbar. Eben, weil dem zwangsläufig so ist, kommt es mehr auf qualitative Aspekte der Wohnumfeldgestaltung an. Eine Automatik wie z.B. "Einzelhausgebiete sind gut für die Natur und eine Erschließung mit mehrgeschossigen Mietwohnungsbauten schlecht" gibt es im strengen Sinne nicht. Entscheidend ist die bewußte Gestaltung.

Öffentliche Infrastruktur

Urbanisierung im Sinne von räumlicher Konzentration von Menschen bietet in aller Regel gute betriebswirtschaftliche Voraussetzungen für die Bereitstellung wohnortnaher öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Spiel- und Freizeiteinrichtungen, die der Wohnumwelt zuzurechnen sind. In der Vergangenheit wurden planerische Verdichtungsbestrebungen häufig gerade mit diesem Argument begründet. Ob jedoch bei fortschreitenden räumlichen Verdichtungstendenzen neue öffentliche Infrastruktureinrichtungen entstehen, hängt von der planerischen Vorausschau und der Finanzkraft der einzelnen Gemeinde ab, die ja i.d.R. Träger des wohnungsbezogenen Infrastrukturangebotes ist.

Vergleichsweise schwierig ist die infrastrukturelle Versorgung in suburbanen wie auch in flächenhaft aufgesiedelten Gebieten mit vergleichsweise geringerer Bevölkerungsdichte. Dies gilt auch dann, wenn die Bevölkerungsentwicklung insgesamt positiv ist. Das Standortnetz ist häufig dünn, die Wege zur Schule weit etc.. Absiedelungen in Gebieten mit geringer Standortgunst führen dazu, daß dort die Tragfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Infrastruktur zunehmend beeinträchtigt wird, so daß häufig eine Schließung einzelner Einrichtungen die Folge ist. In den Zuzugsgebieten entsteht neue wohnortnahe Infrastruktur nur bei größerer Bebauungsdichte. Auf der einen Seite wird wohnortnahe Infrastruktur gefährdet, auf der anderen Seite in großen Teilen des suburbanen Raumes kein adäquater Ausgleich geschaffen.

Zu berücksichtigen ist insbesondere in vergleichsweise homogen aufgesiedelten Gebieten ein weiteres Phänomen: In vielen neu errichteten Siedlungsgebieten rekrutieren sich die Erstbezüge aus jungen Familien mit und ohne Kindern - je nach angebotenem Wohnungsgemenge. Die Nachfrage nach Kindergarten- und Grundschulplätzen ist groß, während kein Bedarf an Einrichtungen für alte Menschen besteht. Mit den Jahren steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung und auch der Kinder an. Es werden vermehrt Plätze an weiterführenden Schulen benötigt. Zehn bis zwanzig Jahre später stehen die Kindergärten leer und werden ggf. geschlossen, während zunehmend Einrichtungen für alte Menschen benötigt werden. Die Planung ist auf den Wandel in aller Regel schlecht eingerichtet, so daß in größeren Zuzugsgebieten allein als Folge einer homogenen Erstbesiedlung zwangsläufig im Zeitablauf Infrastrukturprobleme in der Wohnumwelt auftreten. Mit einer weitgehenden Durchmischung aller Altersgruppen der Bevölkerung kann man erst 60 b 80 Jahre nach dem Erstbezug rechnen, und genau in diesem Zeitraum treten die geschilderten Probleme auf.

Fazit: Der Einfluß der Siedlungsentwicklung auf die Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur ist beträchtlich, obgleich sich Probleme mit Folgenutzungen nicht als naturwüchsiger Prozeß ergeben. Der Aufbau und auch der Abbau öffentlicher Infrastruktur ist die Folge politischer Planungs- und Finanzierungsentscheidungen. Er ist insoweit politisch steuerbar.

Privatwirtschaftliche Versorgung

Die Versorgung von Wohngebieten mit überwiegend privatwirtschaftlich angebotenen Gütern und Diensten wie Einzelhandel, Nahrungsmittelhandwerk, Friseure und Reparaturhandwerk erfolgt ebenfalls nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Im Unterschied zur öffentlichen Infrastruktur besteht der Vermittlungsmechanismus nicht aus politischen Entscheidungen, sondern ergibt sich aus Kaufkraft und Konkurrenzsituation, also über den normalen Marktmechanismus. Bevölkerungswachstum in Zuwachsgebieten heißt deshalb im Rahmen gewisser Grenzen: Ausweitung des Angebots privatwirtschaftlicher Versorgungseinrichtungen. Allerdings spielt auch hier die Planung insoweit eine Rolle, als die entsprechenden baulichen Voraussetzungen für Ladenlokale und ihre Erweiterung i.d.R. rechtlich reglementiert sind und nicht immer dort geschaffen werden, wo aus privatwirtschaftlicher Sicht die besten Standorte wären. Umgekehrt führt in Entleerungsgebieten der Rückgang der Bevölkerung auch zum Rückzug privatwirtschaftlicher Versorgungseinrichtungen aus der Fläche. Die Wohnumwelt der verbleibenden Einwohner verarmt.

So wenig diese Prozesse grundsätzlich zu bestreiten sind, so schwierig ist es, sie in der Wirklichkeit konkret nachzuvollziehen. Der Bestimmungsfaktor "Siedlungsentwicklung" wird nämlich überlagert von anderen Phänomenen wie dem konkurrenzbedingten Trend zur betrieblichen Maßstabsvergrößerung, der Herausbildung neuer Vertriebsformen und dem Wandel von Kaufkraft und Einkaufsgewohnheiten.

Fazit: Die Siedlungsentwicklung beeinflußt in erheblichem Umfang die Versorgung mit privatwirtschaftlichen Diensten im Wohnumfeld. Allerdings wirken auf gerade auf diesem Gebiet auch andersartige Faktoren.

Bauliche Umgebung

Urbanisierung heißt Bautätigkeit einerseits und Funktionsbrache andererseits. Unabhängig von politischer Ausrichtung und traditioneller Herkunft sind aus allen europäischen Staaten großflächige monotone Neubaugebiete bekannt - sei es im Geschoßwohnungsbau, sei es aber auch in Form endloser Reihen- und Einfamilienhaus-Siedlungen. Monotonie kennzeichnet diese Gebiete insbesondere im Vergleich zu alten Siedlungskernen, die über Jahrhunderte hinweg ihr Gesicht bewahrt bzw. langsam und differenziert umgestaltet haben. Die rein bauliche Wohnumwelt stellt sich je nach Art der Besiedelung sehr unterschiedlich dar. Eine als unnatürlich empfundene bauliche Umwelt kann auf die Siedlungsentwicklung zurückwirken: Wohnwunschbefragungen zeigen, daß Monotongebiete zunehmend weniger geschätzt werden und dann, wenn sich Alternativen ergeben, wieder verlassen werden. Eine stärkere bauliche Individualisierung der Wohnumwelt ist gefragt. Neuere Bauformen zeigen, daß Urbanisierung und städtebauliche Monotonie keineswegs siamesische Zwillinge sind.

Auf der anderen Seite entsteht in ländlichen Absiedlungsgebieten in zunehmendem Ausmaß Funktionsbrache, die ihrerseits die Qualität der Wohnumwelt der verbleibenden Bevölkerung beeinträchtigt (vgl. oben). In der Bundesrepublik gibt es vielfach Bestrebungen, derartige Funktionsbrachen einer neuen Nutzung zuzuführen bzw. sie umzugestalten. Nachdem dies jedoch nur mit Hilfe erheblicher finanzieller Investitionen möglich ist, ist die planerische Machbarkeit begrenzt.

Fazit: Die bauliche Wohnumwelt hängt einerseits unmittelbar mit der Siedlungsentwicklung zusammen. Andererseits ist in bezug auf Bewertung und Einschätzung der Situation durch die Bevölkerung das "Wie" nicht minder wichtig als der rein quantitative Umfang der Bebauung.

Sozialstruktur

Daß Wanderungen zur Segregation führen, ist seit langem bekannt. In Abwanderungsgebieten verbleiben häufig alte Menschen, weniger gut ausgebildete Arbeitskräfte und andere, die dem Zug in die Stadt nicht folgen können/wollen. In Zuzugsgebieten sind unterschiedliche Phänomene feststellbar: Soweit es sich um bereits bebaute Gebiete handelt, führen Zuzüge häufig zu einer stärkeren Durchmischung der Bevölkerung und damit zu einer verstärkten Differenzierung. In Neubaugebieten, also vor allem im suburbanen Raum, bilden sich häufig sehr homogene Strukturen heraus, die sich erst im Laufe von Jahrzehnten auflockern und durchmischen (vgl. oben).

In großräumiger Hinsicht sind die urbanen Siedlungsgebiete zweifellos so etwas wie Schmelztiegel - insbesondere wenn man den Ausländerzuzug berücksichtigt. Kleinräumig halten sich jedoch sehr hartnäckige homogene Strukturen, die aus Sicht der Bewohner die Qualität des Wohnumfeldes ganz entscheidend prägen. Entscheidend für die Segmentierung sind nicht nur Art und Größe der Familie bzw. des Haushaltes, sondern auch sein Alter, sein Einkommen, sein sozialer Status und -zunahmend wichtiger werdend - seine nationalstaatliche und kulturelle Herkunft.

Fazit: Siedlungsstrukturen im Wandel haben im groß- und kleinräumigen Maßstab veränderte Sozialstrukturen zur Folge. Die Wohnumwelt wird sehr häufig durch eine vergleichsweise homogene Sozialstruktur bestimmt. Abwanderungen verstärken zumeist die Homogenität, die Wirkung von Zuwanderungen ist nicht einheitlich.

4. Thesen zur zukünftigen Entwicklung

(1) Das Umweltbewußtsein breiter Kreise der Bevölkerung im Sinne der bewußten Wahrnehmung, Wertung und Verarbeitung umweltrelevanter Informationen wird weiter zunehmen und bei immer mehr Menschen zu differenzierten und sehr spezifischen Einschätzungen führen. Dementsprechend wird die Bedeutung der Wohnumwelt für individuelle Lebenspläne und Standortentscheidungen ganz erheblich zunehmen. Die politische, planerische und gesellschaftliche Zuwendung zu diesem Thema muß und wird wachsen.

(2) Diese Tendenz wird verstärkt werden durch die wachsende Tages- bzw. Wochenfreizeit, durch die die Voraussetzungen zum bewußten Erleben bzw. Ertragen der Wohnumwelt besser werden. Insbesondere erwerbstätige Menschen werden in diesem Sinne ihre Wohnortwahl treffen. Die kleinräumige Siedlungsentwicklung wird insoweit stärker noch als bisher von Faktoren der Wohnumwelt bestimmt werden.

(3) Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit wirkt in die gleiche Richtung. Für ältere, nicht mehr erwerbstätige Menschen - insbesondere solche mit vergleichsweise geringem Einkommen - ist die Wohnumwelt der wichtigste Sozial- und Erlebnisraum. Politik für die älteren Menschen wird stärker noch als bisher bei der Wohnumwelt ansetzen müssen.

(4) Großräumige Wanderungsbewegungen (vom Frost-Belt zum Sunbelt) werden aller Voraussicht nach anhalten. Unterhalb dieses großräumigen Trends wird sich jedoch der Urbanisierungsprozeß in einer großen Zahl von Verdichtungsräumen verlangsamen, wenn nicht sogar ganz zum Stillstand kommen. Überdurchschnittliche Wachstumsraten sind zukünftig - in nur bedingter Abhängigkeit von der Einwohnerzahl - vor allem in wirtschaftsstar-

ken Zentren des ländlichen Raumes zu finden. Die Auswirkungen auf die Wohnumwelt sind nur mittelbar darstellbar.

(5) Unbeschadet einer möglichen Verlangsamung der Urbanisierungsprozesse wird die Suburbanisierung weiter voranschreiten. Dies bedeutet Zersiedelung der Landschaft, Bodenversiegelung und Verkehrserzeugung mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Wohnumwelt. Der jeweils spezifische Einfluß auf die Wohnumwelt ergibt sich in starkem Maße durch das "Wie" der Besiedelung und den Umgang mit der Natur.

(6) Voranschreiten wird auch die flächenhafte Besiedelung naturräumlich und klimatisch begünstigter Gebiete mit den negativen Effekten der Zersiedelung etc., auf der anderen Seite dem individuell positiv zu bewertenden Faktor einer zunehmenden Partizipation an "guten" Wohnlagen.

(7) "Naturwüchsige" Reurbanisierungsprozesse sind in wirtschaftsstarken Großstädten, vor allem im Zusammenhang mit der Zuwanderung ausländischer Bürger, zu erwarten. Die segregativen Tendenzen lassen die Auswirkungen auf die Wohnumwelt jedoch nicht unproblematisch erscheinen.

(8) In Abhängigkeit von kommunaler Finanzkraft und staatlichen Programmen wird es in vielen Ländern gelingen, durch Revitalisierungsprogramme die Wohnumwelt auch im innerstädtischen Bereich zu stabilisieren bzw. wieder zu verbessern. Das Bestreben zur Verhinderung von Stadtteilruinen erfordert eine sehr bewußte Gestaltung gerade der Wohnumwelt.

(9) In Abwanderungsgebieten wird es zunehmend schwieriger werden, die für die Qualität der Wohnumwelt wichtigen öffentlichen Infrastruktur- und privatwirtschaftlichen Dienstleistungseinrichtungen zu erhalten. Nur dann, wenn es gelingt, neuartige, flexible und im Einzelfall auch mobile Einrichtungen einzusetzen, können schwerwiegende negative Folgewirkungen verhindert werden.

(10) In welchem Ausmaß die Absiedelung ländlicher Teilräume voranschreiten wird, hängt sehr stark von der Ausgestaltung der Agrarpolitik, wie auch der Entwicklung der sonstigen Arbeitsmarktbedingungen ab. "Sterbende" Dörfer, Kleinstädte Und Marktflecken führen keineswegs automatisch zu einer Verbesserung der Wohnumwelt in diesen Gebieten (passive Sanierung). Wenn auch die natürlichen Ressourcen weniger beansprucht werden, so hat der Bevölkerungsrückstand gravierende negative Folgewirkungen auf Sozialstruktur und Versorgung.

25.09.1986

A 1

HUMANE ASPEKTE

N. SALICATH, Kopenhagen

Wie können Wohnviertel menschlicher werden?

Niels SALICATH, Kopenhagen

Wie können Wohnviertel menschlicher werden?

In allen Ländern in Europa - oder vielmehr in allen Ländern der Welt - gibt es eine Reihe von Wohnvierteln, besonders in den 60er und 70er Jahren erbaut, die in verschiedenen Weisen als mehr oder weniger unmenschlich betrachtet werden. Warum werden diese Viertel denn als unmenschlich betrachtet? Die Antwort ist, kurz und gut: Weil sie von Menschen bewohnt werden.

Die Meinung mit dieser paradoxen Behauptung ist, daß diese Probleme der großen, industrialisierten Siedlungen, der Betonkolosse oder wie man sonst sagt, sie sind in ihrem Ursprung in hohem Grade von menschlicher Art. Von sozialer, wirtschaftlicher, psychologischer oder soziologischer Art. Mit anderen Worten: selbst die am besten geplanten Wohnviertel werden von diesen Problemen nicht befreit, wenn die Bewohner von derartigen menschlichen oder sozialen Problemen getroffen sind. Eine der größten Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang ist eben, daß es hier um ein Zusammenspiel von mehreren Ursachen geht. Das Verständnis von dieser Komplexität ist entscheidend. Ein Versuch, das Problem nur von einem Gesichtspunkt aus zu lösen, ist normalerweise im voraus zum Mißlingen verurteilt.

Was sind aber die Ursachen zu der heutigen Entwicklung? Eine klare ist: die Aufteilung der Städte in unterschiedliche Funktionsbereiche. Diese Entwicklung hängt mit dem Wachstum der indsutriellen Produktion zusammen. Es folgte eine Aufgliederung in Wohnviertel, Arbeitsplatzviertel und Verbrauchs- und Erholungsviertel. Während die älteren Stadtgebiete alle Funktionen in sich schließen, findet man die Aufgliederung in den neuen Großsiedlungen, wo die Wohnfunktion praktisch allein vorherrscht. Diese Monofuntkionalität der Wohnviertel, ohne Arbeitsplätze, ohne Läden und ohne sonstige Diestleitungsunternehmen, bedeutet in vielen Weisen einen Verlust der Allseitigkeit, der zahlreichen Entfaltungsmöglichkeiten und Anregungen, der sozialen Gemeinschaft, die wir in den älteren Wohnvierteln finden.

Der starke Wohnbedarf, den man jahrelang in den meisten Ländern fühlte, bedeutete eine beschleunigte Wohnungsproduktion, wo auch neues Bauland einbezogen wurde, und die Städte verbreiteten sich in kurzer Zeit. Viele Menschen wurden innerhalb einer kurzen Zeitspanne in den großen Wohngruppen angesiedelt, weshalb sich eine gemeinsame Identifikation mit dem Gebiet nicht langsam entwickeln konnte. Sehr oft haben die Behörden gerade hier Familien mit sozialen Problemen untergebracht, weil hier die einzige, oder jedenfalls die leichteste Möglichkeit war. Viele von diesen Bewohnern haben die Miete nicht leisten können und häufige Umzüge mit daraus folgendem Mangel an Stabilität kennzeichnen oft diese Viertel. Die schwierige, soziale Lage mit Arbeitslosigkeit und Unsicherheit gegenüber der Zukunft, hat das Machtlosigkeitsgefühl der Bewohner verstärkt und Einsamkeit und Isolation waren die Folgen von den unzureichendenn Kontaktmöglichkeiten. Die Verwendung von neuen, vorher nicht benutzten Konstruktionen verursachte oft ernste Bauschäden. Man glaubte auch, daß eine Erhaltung dieser neuen Betonkonstruktionen nicht notwendig war und oft gab es auch nicht Geld dafür. Ein physischer Verfall war oft die Folge, und alle diese Probleme brachten sie Siedlungen in Verruf. Mehr Personen flohen davon, viele Wohnungen standen leer und die Probleme verstärkten sich.

Die Ideen hinter den großen Siedlungen waren ja eine große und rationelle Produktion, mit Bauteilen in großen Serien industriell hergestellt, zu organisieren, und zur selben Zeit eine Unterlage für viele gemeinsame Anlagen zu verschaffen. Dies wurde auch erreicht. Eine viel größere Produktion mit denselben Arbeitskraftressourcen und ein vielseitiges Angebot von Aktivitätsräumen verschiedener Art für die Bewohner wurden beigebracht. Man hatte aber geglaubt, daß eine neue große Siedlung, eine ganz kleine Stadt, mit dem dazugehörenden vielgestaltigem Leben. in einigen Monaten fertiggestellt werden konnte, ohne daß die Bewohner noch die Möglichkeit gehabt haben, ihr jahrelanges Gepräge darauf zu setzen.

Unter den vielen Ursachen der gegenwärtigen Lage finden wir also vom städtebaulichen Gesichtspunkt aus sowohl eine unbefriedigende Verbindung mit den anderen Vierteln der Stadt als einen ausgesprochenen Mangel an den vielen Gemeinschaftsanlagen, die sich früher auch in den Wohnvierteln befanden und zu einem abwechselnden Leben dort beigetragen haben. Architektonisch und bautechnisch findet man oft die Bauten zu groß und zu einförmig, und Bauschäden kommen häufig vor. Die Zusammensetzung der Bewohner ist meistens einseitig, und es fehlen oft genügende Tätigkeiten und Kontaktmöglichkeiten im Viertel und auch Anlagen, die solche Möglichkeit unterstützen können.

In der Angabe dieser Ursachen leigt natürlich auch eine Andeutung der Mittel, die zur Lösung der Probleme angewandt werden sollen. Ich kann nicht, in Anbetracht der kurzen Zeit, eine völlige Darstellung dieser Mittel geben. Viele von ihnen sind ja ziemlich klar, es geht nur um die notwendigen Schritte zu planen und auszuführen. Einige von Ihnen möchte ich aber gern ein wenig näher erläutern.

Ich habe den städtebaulichen Gesichtspunkt erwähnt. Man hat viele Beispiele dafür, daß sich die Bewohner von der umliegenden Stadt weit entfernt fühlen. Eine Ursache der Probleme ist es oft, daß sich die Bewohner als Vertriebene Auffassen. Die Herstellung von guten Verkehrsverbindungen ist wahrscheinlich notwendig, wobei die Kosten selbstverständlich eine große Rolle spielen. Für die minderbemittelten Familien hilft es nicht viel mit guten Verkehrsverbindungen, wenn die Verkehrskosten unerschwinglich hoch scheinen. Der Verkehrsträger wird sehr wahrscheinlich sagen: das ist nicht unser Problem, daß einige Bewohner in einem belasteten Wohnviertel sich die Verkehrskosten nicht leisten können. Ich nenne dies schon hier als ein Beispiel als etwas sehr wichtiges für die Befassung mit diesen Problemen: die Notwendigkeit von einer engen Zusammenarbeit zwischen allen, die in solche Arbeit einbezogen sind. Dies geht natürlich viel weiter als die Verkehrsfrage. Gewöhnlich ist noch die Sektorplanung, wo Pflegeheime, Kindergärten u.s.w. in Sektoren geplant und finanziert werden. Eine Änderung hier ist notwendig. Nicht nur die verschiedenen Bemühungen werden viel mehr effektiv, wenn sie koordiniert werden. Die finanziellen Möglichkeiten werden auch wesentlich verstärkt. Man klagt oft darüber, daß ausreichende Mittel für derartige Arbeiten nicht zur Verfügung stehen. Die Frage ist, wie weit das eigentlich wahr ist. Wenn eine feste, wohlorganisierte und sektorübergreifende Zusammenarbeit verwirklicht wird, werden die Ergebnisse oft größer als erwartet. Wenn man daran denkt, vieviel Geld, wieviele Leute und wieviele Anstrengungen solchem sozialen Einsatz gewidmet werden, ist es eigentlich nicht erstaunlich. Das Hauptproblem ist wohl eigentlich die Selbständigkeit, die Selbstverwaltung und die Selbstverfügung über eigene Mittel der einzelnen Sektoren aufzugeben.

Im Gegenteil, es kostet nicht und es ist effektiv, aber es ist sehr schwierig, wenn man den in der Theorie anerkannten Gedanken in die Tat umsetzen soll. Überhaupt gilt es also, statt einer Sektorplanung eine einheitliche Wohnviertelplanung durchzuführen.

Dies gilt also auch in Bezug auf alle die anderen, verschiedenen öffentlichen Dienstleistungen. Wie früher gesagt, sind diese neuen Wohnviertel oft nicht hinlänglich damit versehen, was sie in vielen Weisen ärmlich macht. Eine Dezentralisation verschiedener Teile öffentlicher Leistungen ist für das Leben in diesen Vierteln wünschenswert. Aber es wird oft teurer als ein mehr konzentrierter Betrieb. Eine Dezentralisation ist aber nicht nur eine Frage von größerer Tätigkeit im Viertel, sondern auch von besserer Bedienung der Bürger und man vermeidet viel besser das Gefühl von Bürokratie und Distanz, wenn man sich an solche öffentliche Dienststellen wendet, die sich nicht entfernt von dem Wohnungsbereich befinden.

Die Integration von Gemeinschaftseinrichtungen umfaßt nicht nur Institutionen u.dgl., sondern auch Läden. Die Kundenunterlage wird oft zu gering und man sieht ja auch in älteren Stadtteilen, daß die kleinen Läden in der Konkurrenz mit den Supermärkten aufgeben müssen. Eine Möglichkeit ist, den kleinen Läden an der Ecke gewisse öffentliche Servicefunktionen gegen Zahlung zu übertragen, z.B. Post- oder Bibliothek- oder Apothekenbedienung als ergänzende Tätigkeit. Produktionsbetriebe sind normalerweise in den Wohnvierteln mit Rücksicht auf die Umwelt nicht erwünscht. Die hochtechnologische Entwicklung hat jedoch stille und saubere Produktionsstellen ermöglicht. Einige von ihnen werden vielleicht hier angebracht. Wichtig ist die Beschaffung von kleinen Reparaturwerkstätten zur Bedienung der Bewohner, sei es für Fahrräder, Kinderwagen oder andere tägliche Bedürfnisse. Die Perspektive: Arbeitsplätze in den Wohnungen vom Fernsehen gesteuert, ist noch heute schwer zu überblicken. Wird es wirtschaftlich vorteilhaft, wird es menschlichen Kontakt fördern, oder folgt mehr Isolation und eine schwächere Stellung der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt daraus?

In Verbindung mit dem städtebaulichen Gesichtspunkt möchte ich noch eine Frage erwähnen. Ich habe gesagt, daß es wichtig ist, viele Tätigkeiten, viele Gemeinschaftsaktivitäten und viele öffentliche Dienstleistungen in die Wohnviertel hineinzuführen. Wie weit soll man denn gehen? Soll man danach streben, daß das Wohnviertel völlig unabhängig von der umliegenden Stadt wird? Viele Debatten haben den Eindruck ergeben, daß das Ziel eine sich selbst erhaltende Einheit sein muß. Trotz meiner vorigen Bemerkungen will ich ernst davor warnen. Es gibt klare Vorteile einer Stadtgesellschaft anzugehören, nicht nur in Hinblick auf bessere Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch auf vielerlei kulturelle und menschliche Kontakte. Wo geht die Grenze? Das läßt sich natürlich nicht einfach festellen, aber ein Gleichgewicht muß angestrebt werden. Die Absicht mit dieser Arbeit ist ja, die Wohnviertel auch menschlich reicher zu machen, nicht sie zu verarmen.

Ich habe jetzt die städtebaulichen Gesichtspunkte betont. In Verbindung mit der Planung müssen auch die physischen Bedingungen für wohlfunktionierende Wohnviertel erwähnt werden. Hier ist natürlich die Größe der Siedlungen und ihre Gestaltung von Bedeutung. Ich habe schon genannt, warum man in den 60er und 70er Jahren diese großen Anlagen gemacht hat. Es ist heute anerkannt, daß kleine, überschaubare Einheiten, wie z.B. die dichten und niedrigen Gebäude mit Gärten, eine bessere Grundlage für das Leben in den Wohnvierteln bieten, nicht zuletzt für die Kinder.

Außerordentlich wichtig ist die Instandhaltung. Der Mangel daran gibt einen Eindruck von Verfall und verringert die ganze Umwelt. Oft ist die Ursache eine kurzfristige Einsparung beim Bau, trotzdem daß es oft eine teurere Erhaltung nach sich zieht. Ein vernünftiges Verhältnis zwischen Baukosten und Betriebskosten wird leider sehr oft nicht beachtet, obwohl es von größter Bedeutung ist. Ich glaube, daß wir in den meisten Ländern die Schwierigkeit fühlen, die Behörden von diesem Zusammenhang zu überzeugen. Natürlich können auch Bauschäden oder eine schlechte Betriebswirtschaft mitspielen. Eine langfristige Planung der Instandhaltung sollte ein unentbehrlicher Teil der Verwaltung dieser Wohnviertel sein.

Es ist bei der Gestaltung der Häuser wichtig, daß man darauf aufmerksam macht, die menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten zu unterstützen. Wohlbekannt ist ja der Bedarf an Gemeinschaftsräumen für unterschiedliche Zwecke, sowohl organisierte als unorganisierte, wie z.B. Hobbies, Clubaktivitäten und Feste. Wichtige Elemente sind die Straße, das Erdgeschoß die Flächen vor den Eingangstüren, wo die Möglichkeiten für Unterstützung des Gemeinschaftslebens besonders gut sind, u.a. weil man sich hier am öftesten trifft.

Was die Grünanlagen betrifft, ist eine Aufgliederung der großen, oft durchgeblasenen Flächen in kleinere, abgeschirmte Gebiete mit Windschutz, Sonne und Ruhe empfehlenswert. Platz für Entfaltung ist eine Voraussetzung, auch für die Tätigkeiten der Jugendlichen. Gewalt und Zerstörung, was leider oft ein ernstes Problem ist, sind in hohem Grade darauf zurückzuführen, daß die jungen Menschen keine Möglichkeit und keinen Platz für ihren Tätigkeitsdrang haben. Wozu auch noch kommt, daß sie sich oft nicht von der Umgebung akzeptiert fühlen. Man hat mit Plänen gearbeitet, wo die Häuser abgegrenzte Flächen nahe an den Wohnungen bilden, und wo die Gebiete für Durchgang immer von den Fenstern übersichtlich sind. Hierdruch werden die Bewohner eine gewisse Verantwortung für die Identität mit den Gebieten fühlen, und die allfälligen Gewalttäter richten erfahrungsgemäß am meisten ihre Tätigkeit gegen mehr oder weniger herrenlose Gebiete.

Ich habe die Aufgliederung in kleinere Gebiete genannt. Ich möchte als ein Beispiel die große Siedlung Sarcelle nahe an Paris nennen. Vor einigen Jahren wurde Sarcelle als ein typisches Beispiel auf eine mißglückte Siedlung der Nachkriegszeit betrachtet. Man hat in den letzten Jahren viel damit gearbeitet. Man hat z.B. die Siedlung in kleinere Einheiten aufgeteilt, um die Anonymität zu bekämpfen. Die großen Flächen, die niemandem gehören, hat man abgeschafft. Mehr Nutzgärten sind angelegt. Auf den großen, leeren Flächen hat man gebaut. Den Straßen hat man mehr Leben gegeben, z.B. durch mehr Läden. Die Siedlung hat sich stufenweise entwickelt und die Verbindungen mit der Stadt sind verbessert worden. Sarcelle wird heute als ein gutes Beispiel auf ein rehabilitiertes Wohnviertel betrachtet.

Die Verhältnisse sind selbstverständlich verschieden von Fall zu Fall, aber einige Hauptlinien zeichnen sich als ziemlich generell ab. Räumlichkeit und Flexibilität sind in den meisten Fällen eine gute Grundlage für ein positives Zusammenleben.

Ich habe jetzt die städtebaulichen und die physischen Bedingungen für menschliche Wohnviertel behandelt.

Ich habe eingangs unterstrichen, daß die Probleme der großen Siedlungen in hohem Grade von menschlicher Art sind. Diese Seite des Problemkomplexes ist ein so großes Thema, daß ich hier nur einige Bemerkungen machen will. Wenn ich von menschlichen Problemen spreche, denke ich hier auch an die sozialen und die organisatorischen Verhältnisse.

Ich möchte gern sofort zwei Punkte unterstreichen, die in diesem Zusammenhang von grundsätzlicher Bedeutung sind. Erstens: ein gutes Milieu setzt voraus, daß die Bewohner Möglichkeiten für reelle Einflußnahme und Mitwirken haben. Mitbestimmung und, das unterstreiche ich, Mitverantwortung sind entscheidend. Zweitens: die Bewohner müssen verstehen, daß Mitbestimmung nicht nur eine Frage von Pflege der Eigeninteressen bedeutet, sondern auch Wahrnehmung der Interessen der Mitbewohner gilt. Sonst kann ein soziales Leben nicht gedeihen.

Wenn ich Mitverantwortung sage, fragt man vielleicht: das klingt gut, aber was sagt das eigentlich? Die Mieter einer großen Siedlung können wohl nicht persönlich für mögliche Verluste, von ihren Beschlüssen verursacht, verantwortlich sein? Ich möchte hier ganz kurz das dänische System für Mieterbeteiligung, oder eher Mieterselbstbestimmung, nennen. Das System, das seit 15 Jahren funktioniert, setzt voraus, daß die Bewohner jeder Siedlung einen Abteilungsvorstand wählen, der sich ausschließlich aus den Bewohnern zusammensetzt, die sich der Arbeit mit lokalen Verhältnissen annehmen. Es gut u.a. um den Betrieb und die Instandhaltung der Siedlung sowie die Aufstellung einer Hausordnung. Die Bewohner können auch bestimmen, daß gemeinschaftliche Anlagen errichtet werden sollen, wenn sie bereit sind, die erforderliche Mietzinserhöhung zu akzeptieren. Und hier ist das wesentliche, wenn ich von Mitverantwortung spreche: die Miete in dem dänischen, sozialen Wohnungsbau ist eine Kostenmiete. Wenn die Ausgaben größer als die Einnahmen sind, muß die Miete den Unterschied decken. Ausgenommen sind natürlich generelle Subventionen, die nach festen Regeln bemessen werden und nicht von den konkreten Betriebskosten beeinflußt sind. Die Miete schwankt, wenn die Verhältnisse in den einzelnen Siedlungen dies begründet. Die Miete wird also nicht, wie in vielen anderen Ländern, als eine generelle, soziale Miete für das Land oder für gewisse Bereiche festgelegt. Deshalb haben die Beschlüsse des Abteilungsvorstandes direkten einfluß auf die Miete. Wenn die Bewohner damit unzufrieden sein würden, geht es wie im politischen Leben, die Gewählten werden gestürzt.

Ich möchte hinzufügen, daß der Vorstand der sozialen Wohnungsbaugesellschaft, die normalerweise mehrere Siedlungen mit je einem Abteilungsvorstand umfaßt, jedoch die gesamte übergeordnete Verantwortung für die Gesellschaft trägt. Die zugrundeliegenden Prinzipien der Vermietung und die Beschlüsse über aufzuführenden Neubau unterliegen dem Vorstand der Wohnbaugesellschaft. In allen Fällen bedeutet eine dezentralisierte Organisationsstruktur größere Möglichkeiten für Einbeziehung der Bewohner, auch wenn man ihr andere Formen als die hier beschriebene gibt.

Ein wohlfunktionierendes Zusammenleben hängt natürlich auch von den gemeinsamen Tätigkeiten der Bewohner ab.

Ich habe früher die Freizeit- und clubaktivitäten genannt. Und alle diese Aktivitäten, und die Qualität der ganzen Umwelt werden je wichtiger, desto mehr Menschen einen größeren Teil ihres Daseins in der Siedlung verbringen. Viele treten früher in den Ruhestand und auch wegen der höheren Lebenserwartung werden mehr Rentner im Viertel wohnen, ein größerer Teil der Erwachsenen ist kürzer oder länger arbeitsfähig und für die meisten wird die Freizeit länger. Dies bedeutet größere Ansprüche an die Siedlung, aber auch, daß erhebliche menschliche Ressourcen vorhanden sind, die eben wünschen, genutzt zu werden. Man rechnet vielerorts damit, daß sich die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung heute tagsüber im Viertel aufhält.

Viele Hilfsmaßnahmen, die früher NAchbarn und Freunde wahrnahmen, werden heute von professionellen Hilfspersonen des öffentlichen Dienstes übernommen. Damit sind viele Kontaktmöglichkeiten verschwunden. Es gibt aber viel Raum für gegenseitige Hilfstätigkeiten praktischer Art, die die Bewohner ausführen können, z.B. gemeinschaftliche Einkäufe, Betreuung von Alten und Kindern, gemeinschaftliches Essen. Und die früher erwähnten kleinen Reparaturbetriebe können als Arbeitsgemeinschaften organisiert werden. Hilfe von Freizeitberatern, die neue Initiativen unterstützten und vorbereiten können, hat sich oft sehr nützlich erwiesen. Einige Wohnbaugesellschaften haben Sozialarbeiter eingestellt, die Bewohnern in Schwierigkeiten helfen können und dabei auch eine aktive Beratung durchführen und dadurch, wenn möglich, den Problemen (auch Rückstand mit der Miete), vorbeugen können.

Die Bewohner sollten auch die Möglichkeit haben, an der Bautätigkeit aktiv mitzuwirken. Nicht nur im gewissen Umfang an Neubauten, sondern auch an Änderungen und Ergänzungen in den älteren Vierteln. In Frage kommen z.B. Spielplätze, Grünzüge und Gemeinschaftsräume. Es bestätigt sich oft, daß das Erlebnis selbst von gemeinsamer Tätigkeit eine sehr positive menschliche Wirkung hat. Auch in Hinblick auf die Einrichtung oder innerhalb gewisser Grenzen die Änder der eigenen Wohnung, wäre aber oft ein größerer Spielraum wünschenswert.

Ich habe früher, in Verbindung mit der Planung, die Möglichkeiten zur Verhütung von Gewalttäigkeit genannt. Die Ursache kann also sein, daß die Jugendlichen sich nicht akzeptiert fühlen, oder daß sie nicht wissen, was sie sonst tun sollen. Die Schaffung besserer gegenseitiger Kontakte, u.a. mittels gemeinschaftlicher Aktivitäten, auch zwischen Ältlichen und Jungen, ist oft ergebnisreich gewesen. Für Kinder und Jugendliche, die ihrem Heim entlaufen sind, hat man neulich versucht, eine Art Hotel einzurichten, wo sie einige Zeit unter vertretbaren Umständen verbringen können, bis eine Lösung gefunden wird. Die Jugendlichen fürchten oft die traditionellen Institutionen mit ihrem mehr formalisierten System.

Neulich ist eine Art Wohngemeinschaft für Ältere in einem sozialen Neubau eingerichtet worden. Etwa 20 selbständige Wohnungen rund um einen Aufzug werden für diese Personen vorbehalten, während das Erdgeschoß in zwei große, gemeinsame Wohnungen eingeteilt ist. Hier sind zwei Küchen und Wohnzimmer, und die Idee ist sowohl die ganz selbständige Wohnung zur Verfügung zu haben, als die Möglichkeit zu gegenseitiger Hilfe mit vielen, täglichen Bedürfnissen und bei leichteren Krankheiten. Zugleich stehen die Gemeinschaftsanlagen des Wohnungsbaus auch zu ihrer Verfügung.

Eine wichtige Grundlage für das Mitwirken der Bewohner sind mehr Informationen über die Rechte und Pflichten der Bewohner und über die Möglichkeiten der Siedlung. Solche bessere Informationen werden auch das Interesse der Bewohner an Beteiligung an der Arbeit verstärken. Es gibt Informationsbüros, wo sich Bewohner mit besonderen Kenntnissen verschiedener Themen, wie z.B. Berufsmöglichkeiten, Schul- und Bildungsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten, als freiwillige Mitwirkende beteiligt haben. Siedlungszeitungen sind allmählich sehr verbreitet worden, sowohl als Informationsmittel als auch eine Anregung für die Bewohner, Beiträge für die Zeitungen zu schreiben.

Die menschlichen Probleme sind, wie gesagt, ein großer Teil der Probleme dieser Viertel und folglich ist die Bewohnerzusammensetzung entscheidend. Soll man eine einheitliche Bewohnerzusammensetzung oder eine variierte, heterogene Zusammensetzung anstreben? Eine einheitliche Zusammensetzung, d.h. Menschen mit einheitlichen Einstellungen, Interessen und Ausbildungsstand, wird wohl oft bessere Voraussetzungen für ein gut funktionierendes soziales Leben ohne Konflikte geben, und die sozialen Netze können oft besser entwickelt werden. Wir wünschen aber auf der anderen Seite nicht eine Segregation, sondern streben oft nach einer Integration der Kinder und der Alten, der Behinderten, der Einwandererfamilien sowie unterschiedlicher sozio-ökonomischer Gruppen. Dies gibt ein demographisches Gleichgewicht, ermöglicht die Einbeziehung der Erfahrungen der verschiedenen Gruppen, verbessert die Kenntnisse von anderen Lebensweisen und fördert dadurch die Toleranz. Wie wird aber die Bewohnerzusammensetzung bestimmt? Die Einweisung in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, des Gemeindebaus, erfolgt oft nach Bedürfnissen oder der Reihe nach. Mit Rücksicht auf ein gutes Zusammenleben im Viertel hat man zuweilen eine konkrete Bewertung der Möglichkeiten der Wohnungssuchenden für eine gute Anpassung an das Gebiet vornehmen lassen, in enger Zusammenarbeit zwischen dem Verwalter und der Gemeinde über die Vermietung. Eine verwaltungsmäßige Vereinfachung ist dies aber keineswegs.

Die Bewohnerzusammensetzung hat sich in den letzten Jahren geändert. In vielen Ländern gibt es mehr kleine Haushalte als zuvor, besonders Alleinstehende, z.B. mehr Rentner, Alleinstehende mit Kindern und kinderlose Erwachsene. Und, wie schon gesagt, befinden sich heute viel mehr Menschen tagsüber in der Siedlung. Auch die Lebensformen haben sich entscheidend geändert. Das bedeutet auch Bedarf an unterschiedlichen Wohnungsgrößen und Wohnungstypen, und wenn sie nicht bei der Planung vorausgesehen waren, müssen oft weitgehende Änderungen in diese Richtung durchgeführt werden, vielleicht auch bei Aufgliederung großer Wohnungen, um ein gutes menschliches Zusammenleben zu sichern.

Es ist wichtig, daß die Wohnungen vorhanden sind, die den Wohnungssuchenden am besten passen. Und, wenn möglich, soll man ihnen eine freie Wahl geben. Das Gefühl, nicht eine bestimmte Wohnung aufgezwungen zu bekommmen, ist für die Zufriedenheit wichtig. Es ist wie mit Eheleuten: die freie Wahl fördert das Wohl.

Ein ernstes Problem in diesem Zusammenhang soll kurz erwähnt werden. In einigen Ländern, z.B. England, schränkt man, um öffentliche Ersparnisse zu erreichen, viele Institutionen ein, auch solche mit Plätzen für Personen, die aus verschiedenen Gründen, psychischen oder physischen, schwerlich zurechtkommen können.

Das bedeutet, daß viele von solchen schwachen Gruppen zu den Wohnvierteln zurückkehren müssen. Diese "Desinstitutionalisierung" kann eine Drohung, und jedenfalls eine Herausforderung, für das soziale Zusammenleben sein. Hoffentlich werden die sozialen Netze auch hier eine schwierige und wichtige Aufgabe lösen können.

Ich habe jetzt versucht, einige Seiten von den städtebaulichen, den physischen und den menschlichen und organisatorischen Bedingungen für menschliche Wohnviertel zu beleuchten. Ich habe besonderes Gewicht auf die großen Siedlungen der Nachkriegszeit gelegt, aber die Prinzipien gelten auch für ältere Wohnviertel. Es steht fest, daß sich die Voraussetzungen für gute Lösungen in vieler Weise geändert haben. Es steht auch fest, daß die Probleme so kompliziert sind, daß viele Mittel gleichzeitig verwendet werden müssen. Eben diese Komplexität macht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten notwendig. Zusammenarbeit mit den Bewohnern und mit den Behörden, und fachübergreifend zwischen den verschiedenen Behörden, und viel weitergehender als üblich. Die Maßnahmen sollen frühzeitig eingesetzt werden, damit die Probleme nicht unlösbar werden. Oft zeigt es sich, daß allein die Tatsache, daß was geschieht, daß jemand sich mit den Problemen beschäftigt, eine Änderung mit sich bringt. Das Gefühl von Machtlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, das so oft in diesen Fällen herrscht, verschwindet.

Die Ursachen dieser Probleme sind also oft von menschlicher oder sozialer Art, und das alles können wir natürlich mit den hier beschriebenen Mitteln nicht lösen. Diese Probleme hängen mit der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung zusammen. Wir können aber mit diesen Mitteln den Auswirkungen dieser umfassenden Probleme entscheidend entgegenwirken.

Zum Schluß möchte ich feststellen, daß die Komplexität dieser Probleme natürlich dazu führen muß, daß ein weitgehender, internationaler Erfahrungsaustausch notwendig ist. Viele Länder haben sich mit diesen Problemen beschäftigt. Z.B. England und Frankreich haben sehr viele Erfahrungen auf diesem Gebiet, und ein Land wie Schweden kann auch vieles von Schwierigkeiten und Ergebnissen berichten. Die notwendige Zusammenarbeit soll also auch über die Grenzen gehen. Viele Erfahrungen und Möglichkeiten sind vorhanden und wir können heute gemeinsam einen effektiven Einsatz gegen diese umfassenden Probleme leisten.

* *
*

Dipl.-Ing. Reiner LEHMKUHL, Düren

WOHNUNG UND UMFELD

Probleme und Chancen für Kinder und Heranwachsende

Wohnungen für Familien mit kleinen Kindern

Vom Tage der Geburt an beginnt der Mensch, Umwelt zu erfahren und zu erobern. Vom ersten Tag seines Lebens an lernt der Säugling, indem er Erfahrung mit der Außenwelt macht. Diese Außenwelt wird im vermittelt durch den Kontakt mit der Mutter, über seine Sinnesorgane. Der Säugling wird einer Fülle von Reizen ausgesetzt: dem Licht und der Dunkelheit, der Wärme und der Kälte, dem Geräusch und der Stille, dem Alleinsein und dem Zusammensein mit Menschen.

Schreien - ein Rufen nach der Mutter - ist für den Säugling die einzige Möglichkeit, auf seine Umgebung aufmerksam zu machen. Säuglinge schreien jedoch nicht nur, sie geben eine Vielzahl von Lauten von sich, die bemühte Eltern bereits nach einiger Zeit voneinander zu unterscheiden wisse. Lautliche Äußerungen während des Schlafes, während der Mahlzeit oder beim Spiel mit der vertrauten Person signalisieren nicht immer einen Notstand, sondern drücken auch die Zufriedenheit und das Sichwohlfühlen des Kindes aus. Einige der Lautäußerungen des Säuglings oder der Rufe des Kleinkindes nach der Mutter haben die Funktion, sich der Anwesenheit dieser Hauptbezugsperson zu vergewissen. Eine kurze Antwort, ein "Ja, ich bin da" genügen dann schon, um dem Kind eine weitere Zeitlang das Gefühl zu geben, nicht allein gelassen zu werden, sondern gut behütet zu sein. Dieses setzt allerdings voraus, daß sich die Mutter in Rufnähe des Kindes aufhält.

Die Nähe der Mutter, zu den Eltern muß gewährleistet werden. Wohnungsgrundrisse, die aus Finanzgründen oder anderen Überlegungen für den Säugling eine 6 m^2-Abstellkammer, abseits des Elternschlafzimmers als "Kinderzimmer" festlegen, führen zur Isolierung des kleinen Kindes: die biologische Bereitschaft der Mutter, nachts mit Aufwachen und Versorgen des Kindes zu reagieren, kann nicht zur Aktivität werden. Die Wechselbeziehungen zwischen Mutter und Kind müssen durch die Gestalt der Wohnumwelt gefördert werden. Entweder sei das Elternschlaftzimmer groß genug, so daß der Säugling nachts neben den Eltern schlafen kann oder das Zimmer des Säuglings so groß, daß die Mutter zeitweise beim Kind sein kann. Letzteres ist bei der Stimmkraft eines Säuglings für den Vater oft die einzige Möglichkeit, einigermaßen ausgeschlafen morgends den Arbeitsbeginn zu erleben. In beiden Fällen bleibt der Kontakt zwischen Mutter und Kind möglich. Für den Tag müssen Wohnraum, Wohnküche oder belichtete Diele neben der Küche groß genug sein, damit der Säugling oder das kleine Kind jederzeit in Sicht- und Sprechkontakt mit der Mutter sich befinden kann.

Vom ersten Tage seines Lebens an wächst der kleine Mensch in die Welt der Erwachsenen hinein. Ein ungünstiger Wohnungsgrundriß kann Fehlentwicklungen in der entscheidenden Entstehungsphase erster Sozialbeziehungen - zwischen Säugling und Mutter - und im Kreis der engsten Familie begünstigen. Für die kleine Familie mit dem ersten Kind kommt es zunächst mehr auf den richtigen Zuschnitt als auf die Größe der Wohnung an. Doch wegen des Kinderwagens sollte die Wohnung nicht zu hoch über dem Erdboden liegen: Treppen sind "kinderwagenfeindlich", (selbstbediente) Aufzüge sind nicht viel besser.

Nähe zum Erdboden

Die Nähe zum Erdboden bekommt Bedeutung, wenn das Kind heranwächst. Kann es erst einmal laufen, erobert es schnell die Wohnung, die Treppe, den Garten. Ist ein Teil des Gartens im Nahbereich der Wohnung gelegen und leicht für die Mutter zu überblicken, kann das Kleinkind - mehr oder weniger gesichert - draußen spielen, während die Mutter draußen oder sogar drinnen im Haus, jedoch in Sichtnähe, arbeitet. Im Geschoßwohnungsbau treten hier Schwierigkeiten auf: Man wird nur bei geschickt überlegten Grundrissen und nur für das Erdgeschoß eine solche Möglichkeit schaffen können.

Ist das Kind selbständig genug, um mit anderen spielen zu können - im Alter von dreieinhalb bis vier Jahren - mag dann auch noch eine Wohnung im 1. oder 2. Obergeschoß ausreichende Kontakte zwischen Mutter und Kind sichern. Der direkte Zutritt von der Wohnung zur Freifläche, wo das Kind spielt, ist aber aus einer solchen Wohnung nicht möglich. Von oberhalb des 2. Obergeschosses ist der Gesichtsausdruck eines unten stehenden Kindes kaum mehr wahrnehmbar, wird der Ruf- und Hörkontakt entscheidend geschwächt und mit steigender Geschoßzahl rasch völlig unterbunden. Das beste Aufzugssystem in einem Hochhaus schafft hier keinen Ersatz, Wohnt eine Familie mit einem Kind im 4., 6., 8. oder inem höheren Obergeschoß, so wird die Mutter, wenn sie dem Kind gerecht werden will, manche notwendige Verrichtung aufschieben müssen, um mit dem Kind "draußen" zu sein.

Für eine Mutter mit 2 Kindern wird es noch schwieriger: Ist z.B. das eine Kind zwei, das andere fünf Jahre alt, so ergeben sich unterschiedliche Bedürfnisse: das fünfjährige will stundenlang mit Kameraden draußen spielen, das zweijährige beginnt, ihm nachzueifern, ist aber noch nicht selbständig genug. Wie soll die Mutter sich entcheiden: Läßt sie das fünfjährige ohne Aufsicht, nimmt sie das zweijährige mit "nach unten"? Sie kann nicht beiden Kindern gerecht werden. Bei 3 Kindern potenzieren sich die Schwierigkeiten. Schon aus dem Grunde gilt für die Lage der Wohnung: Je mehr Kinder eine Familie hat, um so geringer die Geschoßzahl; je kleiner das Kind, um so näher der Erde.

Eine andere Überlegung aus der Sicht des Kindes sprichtgegen sehr hohe Gebäude. Wer nach Jahren der Abwesenheit als Erwachsener erstmals wieder die Stätte der Spiele der Kindheit und der grühen Jugend betritt, bemerkt: Die Welt scheint kleiner geworden, als sie damals war. Der Bach, der Weg zum Bahnhof - damals breit und groß, jetzt unbedeutend. Das Kind sieht seine Umwelt in einer anderen Dimension, nicht in der Perspektive der Erwachsenen. Wie ungeheuerlich, wie drückend wirkt für ein kleines Kind ein Hochhaus, das für uns schon groß und mächtig wirkt! Drei bis höchstens vier Geschoße sind für ein Wohnhaus genug.

Heranwachsende Kinder in der Stadt

Ab drei, spätestens mit vier bis fünf Jahren, beginnt das Kind, auch die städtebauliche Umwelt klarer zu begreifen. Dies ist die Zeit, in der erste Spiele mit Freunden, erste Raufereien, selbständige Kontaktaufnahmen mit Nachbarfamilien stattfinden. Der Lebens- und Erlebnisbereich wird ausgedhent. Auch die Art der Fortbewegungsmittel ändert sich. Vorher ist es das Dreirad. Jetzt wird das Fahrrad interessant.

Mit acht, zehn, zwölf Jahren wächst das Bedürfnis nach Erweiterung der Umwelt, treten - vor allem bei Jungen - "Hordenspiele" auf, werden neue Freundschaften gegründet und bestehende gefestigt. Je nachdem, wo das Kind wohnt, wird es mit völlig unterschiedlichen Erfahrungen leben müssen: Ob es in einer Bergarbeitersiedlung des Ruhrgebiets lebt, in einer alten süddeutschen Stadt oder in einem der Viertel, die unter der Devise des "verdichteten Städtebaus" zwischen 1970 und 1980 errichtet wurden.

Hierzu ein Beispiel: bei einem ein- oder zweigeschoßigen Haus ist es kein Problem für einen Schuljungen, seinen Freund durch Zuruf ans Fenster zu locken, oder, wenn dieser zufällig am Fenster steht, durch Winken zu zeigen, daß er mit ihm spielen möchte. Die Verständigung ist einfach. Nicht viel anders ist es, wenn die Wohnung des Freundes im 2. Obergeschoß liegt. Schwieriger wird es schon, wenn das Haus vier oder fünf Geschoße hat und der Freund "ganz oben" wohnt. Vollends unmöglich wird aber die Verständigung, wenn der Junge ein Wohnhochhaus mit 10 oder 14 Geschossen vor sich hat und wenn, wie im Märkischen Viertel in Berlin, dieses Haus mehrere hundert Meter Länge hat und in der Fassade sowohl in der Vertikalen wie in der Horizontalen Fenster an Fenster in einer unübersehbaren Zahl sich reihen. Der winkende Junge weiß vielleicht noch aus Erfahrung, hinter welchem Fenster sein Freund wohnt. Ruft er, wird sein Ruf ungehört verhallen oder in dem allgemeinen Geräuschpegel untergehen, der ständig gegen die Riesenfassade aufläuft. Winkt er, so ist höchst zweifelhaft, welches Fenster er gemeint hat. Auch der hinter irgend einem Fenster Stehende wird nicht wissen, ob er oder irgend jemand anders gerufen werden soll. Schon der erste Kontakt, erst recht Verständigung, sind nur auf dem umständlichen Weg über die elektrische Klingel, den Sprechapparat, die Fahrt mit dem Aufzug und somit über eine Vielzahl von hemmenden Schwellen und erschwerenden technischen Einrichtungen möglich. Nach ersten Misserfolgen tritt an die Stelle des Versuchs zur Kontaktaufnahme die Resignation. Die Verständigung unterbleibt. Damit ist in einer entscheidenden Lebensphase der Vereinzelung von Kindern und Jugendlichen durch die gegebenen äußeren Umstände Vorschub geleistet. Sie wird sogar für viele Stunden des Tages erzwungen. Künstliche "Kontaktzonen", "Treffs" oder Kinderspielplätze können daran nicht Wesentliches ändern.

Wenn Kontakt so umständlich nur hergestellt werden kann, Verständigung oft gart nicht erst zustande kommt, wie soll Gemeinschaft der Kinder und Heranwachsenden untereinander und mit der Welt der Erwachsenen überhaupt entstehen, wie soll Empfinden für die Notwendigkeiten, Sitten und Gebräuche sozialen Lebens unter so gearteten äußeren Bedingungen sich formen? Familien, die Kinder haben wollen, die also als Gemeinschaft von Erwachsenen mit Kindern, Keinzelle der Sozialisation leben wollen, ziehen aus ihrer Sicht die richtige Konsequenz. Die Stadtflucht aus den Großstädten ist eine Abstimmung besonderer Art. Familien finden heute oft n icht mehr den Raum in der (Groß-)stadt, den sie brauchen.

Gärten

Wer Kinder hat, weiß: Der Garten hat besonderen Wert. Ungestört kann das kleine Kind spielen, sich frei bewegen, allein oder mit den Kindern des Nachbarn, unter den Augen der Mutter. Es lernt dabei, mit Pflanzen und Tieren umzugehen, sich ihnen gegenüber vernünftig zu verhalten: eine Eigenschaft, die leider oft genug bei Großstadtmenschen, Kindern wie Erwachsenen, fehlt oder viel zu schwach ausgebildet ist.

Viele Kinder haben gerne Tiere: Freud und Leid ist mit der Tierhaltung verbunden, früh wird die Verantwortung für fremdes Leben wachgerufen - Erfahrungen, die übertragbar sind und in späteren Zeiten nachwirken. In solchen Gärten vergessen spielende Kinder den sonst so magisch anziehenden Fernsehapparat, den modernen Ersatz für Aktion und Sozialverhalten, von selbst.

Straßen- und Stadtverkehr

Selbständiges Handeln will gelernt sein. Die Fähigkeit hierzu wächst im Laufe der Kindesentwicklung, im praktischen Handeln mit anderen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Der Schauplatz hierfür verlagert sich, wie wir gesehen haben, ab dem 3. bzw. 4. Lebensjahr aus derWohnung in ein immer weiter werdendes Umfeld.

Ist das Umfeld der Garten oder eine ruhige, wenig befahrene Straße, ein Wohnhof oder eine Wiese, sind selbständige Aktionen von kleinen und großen Kindern und Heranwachsenden weitgehend ungefährlich. Anders ist dies bei Wohnungen an Straßen mit starkem Stadtverkehr. Unfallstatistiken sprechen hier eine deutliche Sprache. Ich zitiere aus dem Jahresunfallbericht einer Kreispolizeibehörde: "11.5.1982, 17.45 Uhr: schwerverletzt, Junge, fünf Jahre, fuhr mit Kettcar plötzlich über die Fahrbahn, vom Pkw erfaßt". Das Kind bedenkt die Gefahr nicht und handelt im Verlauf seines Spiels. Der Kraftfahrer kann die Gefahr nicht erkennen, der Unfall ist unausweichlich. Höufig werden Unfälle dieser Art auch durch Verkehrsteilnehmer verursacht, die verbotswidrig ihr Auto ganz oder halb auf einem Bürgersteig geparkt haben und das Kind zum Ausweichen auf die Fahrbahn zwingen.

Wohnwege und "verkehrsberuhigte Straßen" helfen, die Zahl der Kinderunfälle zu senken. In größerem Umfang kann man Verkehrsberuhigung in diesem Sinne aber nur erreichen, wenn ein funktionierendes System von Hauptverkehrsstraßen den Kraftfahrzeugverkehr aufnehmen kann. Zusammenfassung des Kraftfahrzeugverkehrs in diesen Straßen ermöglicht die Beruhigung in der Wohnbaufläche.

Wohnwege und "verkehrsberuhigte Straßen" sind aber nur sinnvoll, wenn die Zahl der Gebäude und Wohnungen daran beschränkt ist: Stehen 150 oder mehr Häuser links und rechts einer Straße, ist ein Wohnweg nicht mehr möglich, weil zu viel Verkehr herrscht. Liegen mehr als 250 Wohnungen daran, ist auch die "verkehrsberuhigte Straße" nicht mehr sicher genug. Sind es dagegen ach, zehn oder zwölf Häuser, kann man sie gemeinsam leicht über einen Weg erschließen, in dem Fußgänger und Radfahrer Vorrang vor dem Kraftfahrer haben. Ohne daß die Zahl der Häuser an einem solchen Wohnweg überschritten wird, kann leicht eine Gruppe von 24, 30, 36 oder etwas mehr Häusern zu einer städtebaulichen Einheit zusammengefaßt werden. Mehrere solcher Gruppeneinheiten können das Quartier bilden, das wiederum gegenüber anderen Quartieren abgegrenzt sein sollte. So entsteht ein abgestuftes Verkehrssystem: Wohnweg und beruhigte Straße am Haus oder an der Wohnung, die Sammelstraße mit Vorrang für das Kraftfahrzeut erst abseit davon.

In nicht wenigen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland haben wir heute besondere Verkehrsverhältnisse für Schüler. Ursache sind Schuleinheiten mit 1.500, 2.000 oder mehr Schülern.

Schon die Unübersichtlichkeit der dafür notwendigen Schulgebäude ist für Schulanfänger, aber auch noch für Zehnjährige, ein ernstes Problem. Hier steht eine andere Frage im Vordergrund: Mußten durch die Größe der Schulen die Schuleinzugsbereiche dafür so vergrößert werden, daß nahezu kein Schüler mehr seinen Schulweg zu fuß bewältigen kann?

Schon der Grundschüler wird in der Regel heute mit dem Omnibus kilometerweit durch die Landschaft transportiert. Die Mutter kann den Schulanfänger nicht mehr begleiten, das Kind erlebt nicht mehr auf dem Schulweg die Natur im Wechsel des Jahres, nicht mehr das Wachsen der Pflanzen, die Bewegung der Tiere. Der Zeitaufwand für den Schulweg ist in der Stadt heute keineswegs geringer als früher, die Kosten sind auf jeden Fall erheblich höher und liegen bei Mittelstädten schon in der Höhe von mehreren Millionen DM im Jahr. Mir scheint aus dieser Sicht ein Schulsystem richtiger, in dem die Lehrer zu den Schülern fahren, als daß die Schüler zu den Lehrern fahren müssen.

Konsequenzen, Folgerungen und Forderungen

Eine Reihe guter Gründe spricht für eine Stadtplanung im Sinne des Dezentralisierens. Man könnte sich dies als eine Rückkehr zu der noch vor wenigen Jahren maßgeblichen städtebaulichen Regel "Stadtquartier" = "Einzugsbereich einer Volksschule", d.h. rd. 6.000 bis 7.500 Einwohner für das Stadtquartier, vorstellen. Zumindest für Schüler, d.h. für junge Menschen in den Jahren des Hineinwachsens in die Erwachsenheit, könnten die Ziele Schule, Wohnung, Spielstätte, Haus des Schulfreundeswieder zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar werden.

Dezentralisieren ist keineswegs das Hinausstreuen der Bebauung in die Landschaft. Im Gegenteil, ein enger räumlicher Bezug zum - wenn aich kleineren - Ortsmittelpunkt ist Voraussetzung, wenn der Begriff Sinn haben soll. Die kleine Stadt ist in diesem Sinne "dezentral" angelegt, vielfach gilt dies auch noch für die mittlere Stadt von 50.000 oder 70.000 Einwohnern. Darüber hinaus ist zu fordern:

Für den Wohnlbau ist das "Großwohngebäude", insbesondere das Wohnhochhaus, für Familien mit Kindern abzulehnen. Spätestens das 3. Obergeschoß ist eine nicht überwindbare Schwelle für den Kontakt zwischen dem spielenden Kind im Freien und seiner Mutter in der Wohnung.

Zu möglichst jedem Familienhaus und jeder Familienwohnung, auch in der Stadt, soll ein Garten gehören. Sind aus besonderen Gründen keine Gärten vorhanden oder möglich, sollten Kleingärten in erreichbarer Entfernung geschaffen werden.

Die städtebaulichen Grundelemente "Wohnung" und "Wohnhaus" sind als kleine Einheiten so zu ordnen, daß übersehbare Gemeinschaften benachbarter Familien gefördert werden.

Der Mensch ist nun einmal um 1,70 m bis 1,80 m groß, er übersieht mit einem Blick in Einzelheiten einen Raum, der weniger tief sein darf als ein Fußballfeld breit. Er empfindet seinen natürlichen Lebensraum nach oben ungefähr durch die Baumwipfelhöhe begrenzt. Solche Entfernungen überbrückt auch noch der Ruf der Mutter bis zum Ohre ihres Kindes. Vergleicht man die sich aus diesen Maßen ergebenden Dimensionen mit denen der Viertel aus Großwohngebäuden, z.B. des Märkischen Viertels, so wird der Maßstabsfehler erkennbar.

Legen wir im Wohnbau den Maßstab an, der sich aus den biologisch gegebenen Maßen des Menschen ergibt: Reichweite - Rufweite - Hörweite - Sichtweite für das Erkennen. Wir werden mit einfacheren Mitteln mehr im Sinne der "Humanisierung des Städtebaues" erreichen.

Zum Wohle von Kindern und Heranwachsenden ist in Städten und in Wohnhäusern der biologisch gegebene Maßstab des Menschen zugrundezulegen: Reichweite - Rufweite - Hörweite - Sichtweite für den Erwachsenen.

Der Grundsatz dezentralen Planens soll Vorrang vor dem der Trennung der Funktionen haben: Stadtquartiere sollen rd. 6.000 bis 7.500 EW umfassen, damit z.B. Schule, Spielstätte, Wohnung des Schulfreundes zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden können.

Die Elemente "Wohnhaus" und "Wohnung" sind als kleinste städtebauliche Grundelemente so zusammenzufassen, daß überschaubare Gemeinschaften benachbarter Familien gefördert werden. Das Großwohngebäude, insbesondere als Wohnhochhaus ist abzulehnen.

Zu möglichst jedem Familienhaus und jeder Familienwohnung soll ein Garten gehören. Sind aus besonderen Gründen keine Gärten vorhanden oder möglich, sollten Kleingärten in - möglichst zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbarer Entfernung - geschaffen werden.

* *
*

A 2

STÄDTISCHE WOHNUMWELT

R. POPP, Salzburg

Freizeitkulturelle Infrastruktur - Sozial- und Freizeitpädagogik als "Instrument" partizipativer Planung und Verwaltung

Univ.Doz.Dr.Reinhold Popp

Salzburg , September 1986
(VORTRAG:"Wohnungswoche" 1986)

FREIZEITKULTURELLE INFRASTRUKTUR . Sozial-und Freizeitpädagogik als "Instrument" partizipativer Planung und Verwaltung . (MANUSKRIPT)

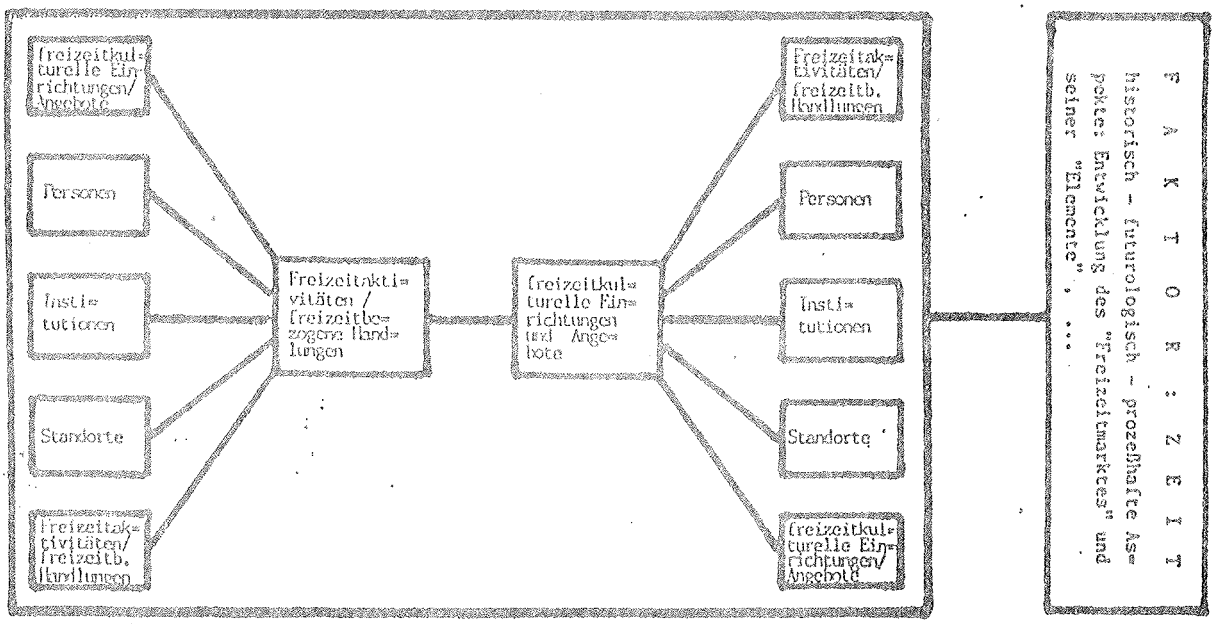
1. "FREIZEITPÄDAGOGISCHE INFRASTRUKTUR" - EIN KOMPLEXES SYSTEM

Was wir so kurz und bündig die "freizeitpädagogische INfrastruktur"[1] (im Bereich eines jeweiligen Gemeinwesens) nennen,ist ein hochkomplexes System , welches offensichtlich durch das Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren ("Systemelementen") bestimmt ist.
Als besonders wichtige "Faktorenbündel",die dieses System durch ihr wechselseitiges Beziehungsverhältnis kennzeichnen,können wir nennen:

- Die Menge der "S T A N D O R T E" , die durch die (geographischen) Grenzen eines bestimmten Gemeinwesens umrissen sind;
- die Menge der freizeitpädagogischen EINRICHTUNGEN und ANGEBOTE,die in dieser Raumeinheit angesiedelt sind;
- die Menge der (natürlichen) P E R S O N E N , die diese Einrichtungen nutzen (bzw. nutzen wollen);
- die Menge der I N S T I T U T I O N E N , die als Träger bzw. Organisatoren dieser Einrichtungen und Angebote bezeichnet werden können;
- die Menge von (freizeitbezogenen) A K T I V I T Ä T E N bzw. H A N D = L U N G E N , die die o.g. Personen auf den durch die Grenzen des jeweiligen Gemeinwesens umrissenen Standorten bzw. durch Nutzung (bzw. "Aneignung") der von den o.g.Institutionen getragenen Einrichtungen und Angebote real ausüben bzw. ausüben möchten (=unbefriedigte Bedürfnisse).

In etwas vereinfachter Form könnten wir von einer Art "M A R K T" sprechen, wenn wir das Beziehungsverhältnis zwischen der freizeitpädagogischen ANGEBOTS=STRUKTUR und der "NACHFRAGE" (Bedürfnisse/Bedarf) der jeweiligen "Planungsbetroffenen" bzw. des politisch-administrativen Systems in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.(Ausführlicher dazu in Popp,R.:...Band 3. 1985,S.202 ff.)

Unter Rückgriff auf die oben angesprochenen "Faktorebündel" läßt sich dieser "Markt" modellhaft folgendermaßen darstellen:



Betrachten wir dieses komplizierte System unter dem Gesichtspunkt der thematischen Schwerpunkte des vorliegenden Beitrages , also unter den Gesichtspunkten "Planung" und "Personalversorgung",stellt sich vor allem die Frage nach der möglichst wirkungsvollen ("effektiven"), z i e l g e r i c h t e t e n Beeinflussung (der Bedingungen) dieses Systems.

---

1) Ausführlicher zu diesem Begriff: Punkt 3.1. im vorliegenden Beitrag

Es geht also um die PLANERISCHE ENTWICKLUNG, die KOORDINATION und das "MANAGE=MENT" sozial-und freizeitpädagogischer Einrichtungen und Angebote unter Berück=sichtigung der BEDÜRFNISSE verschiedener Bevölkerungsgruppen einerseits und des BEDARFS des politisch-administrativen (und damit indirekt des "ökonomischen") Systems andererseits.

Eine z i e l g e r i c h t e t e Beeinflussung des komplexen Systems "Freizeit=kultur" (unter "pädagogischen" Gesichtspunkten) ist freilich nur dann möglich, wenn hinreichendes Wissen
- über die "BEDINGUNGEN" dieses Systems einerseits und
- über die möglichst erfolgversprechenden ("effektiven") "METHODISCHEN INSTRU=MENTE" zur Veränderung (Verbesserung) dieser "System-Bedingungen"(=HANDLUNGS=THEORETISCHER ASPEKT) vorhanden ist.

Bevor wir uns mit "handlungstheoretischen" Fragen - also in unserem thematischen Kontext mit der PLANUNG (zielgerichteten Beeinflussung)der freizeitpädagogischen Infra=struktur eines Gemeinwesens - auseinandersetzen können , müssen wir zumindest auf einige problemrelevante STRUKTUR-und FUNTIONSBEDINGUNGEN dieses "Marktes" eingehen. Dies soll in Form eines kurzen Überblicks über vorhandene einschlägige Wissensbestände (freilich ohne Vollständigkeitsanspruch) erfolgen.
Für den vorliegenden thematischen Zusammenhang sind in weiterer Folge die seit einiger Zeit feststellbaren UMFASSENDEN WANDLUNGSPROZESSE des "Handlungssystems" SOZIALPÄDAGOGIK zu diskutieren,von deren Folgen die Entwicklung sozial-und frei=zeitpädagogischer Infrastruktureinrichtungen und -angebote derzeit sehr deutlich geprägt ist. Der letzgenannte Aspekt wird im 2.Teil der "Bedingungsanalyse" im folgenden Kapitel des vorliegenden Beitrags behandelt (Punkt 2.2.).

(Wesentliche Aspekte einer "Bedingungsanalyse" sozial-und freizeitpädagogischer Infrastruktur können hier aus Platzgründen nicht angesprochen werden. Ausführlicher dazu in Popp,R.:...Band 2...1985.)

2. BEDINGUNGEN

2.1. ÜBERBLICK: BEDINGUNGEN PÄDAGOGISCHEN HANDELNS IM FREIZEITKULTURELLEN BEREICH

2.1.1. Ökonomische,technische,soziale...Entwicklungen wie Arbeitszeitverkürzung, ZUnahme von "freier Zeit","Liberalisierung" von Lebenformen,Auflösung des "ganzen Hauses" zugunsten der Entwicklung der "KLeinfamilie" und der Tren=nung von Wohn-und Berufsbereich, umfassende "Urbanisierung", tendenzielle "Arbeitsentfremdeung" und "Freizeitzuwendung", "Massenkommunikation", "Massentourismus" , "Demokratisierung" von früher nur gesellschaftlichen Eliten zukommenden Aktivitäten,... ließen "FREIZEIT" zu einem zentralen Sektor unserer Gesellschaft werden. Die qualitative und quantitative Be=deutung dieses gesellschaftlichen Sektors nimmt offensichtlich weiter zu.

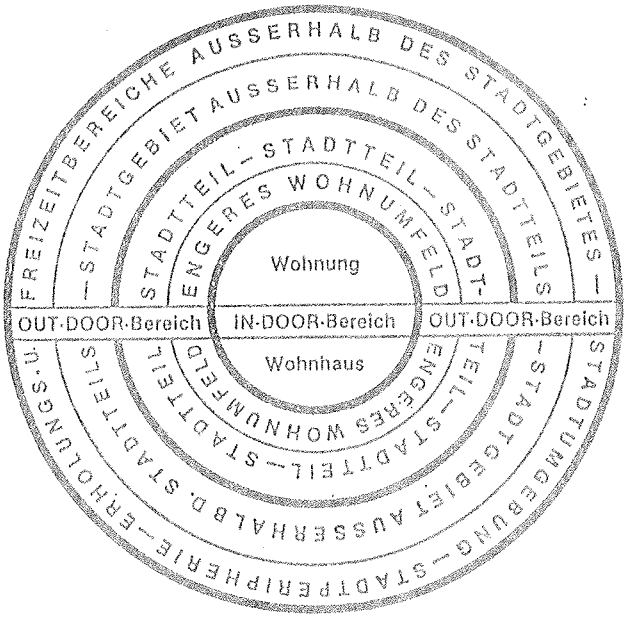
2.1.2. FREIZEIT stellt den Überbegriff dar für die verschiedensten QUALITATIVEN Momente, die den Umgang von Individuen/Gruppen mit dem jeweils zur Ver=fügung stehenden QUANTUM an "freier Zeit" beeinflussen.
Mit "FREIER ZEIT" ist jenes Zeitquantum gemeint,das sich durch Abzug der "Zeitblöcke" SCHLAFZEIT und (berufliche bzw. schulische) ARBEITSZEIT von der GESAMTZEIT (eines Tages,einer Woche,eines Jahres,des Lebens,...) er=gibt.
Das folgende Schema kann in diesem Zusammenhang eine erste Orientierung unter "quantitativem" Gesichtspunkt ermöglichen:

		STUNDEN-GESAMT	STUNDEN-SCHLAFZEIT	STUNDEN-"FREIZEIT"	STUNDEN: schulische (stundenplanmäßige Schulzeit + Hausaufgabenverpflichtung + Wegzeiten) bzw. berufliche (Arbeitszeit + Wegzeit) VERPFLICHTUNG
Wochenzeitbudget	Durchschnittl. SCHÜLER (ab d. 5. Schulstufe)	168	60	70	40
	Durchschnittl. ARBEITNEHMER	168	50	75	45
Jahreszeitbudget	Durchschnittl. SCHÜLER (ab d. 5. Schulstufe)	8760	3100	4200	1500
	Durchschnittl. ARBEITNEHMER	8760	2600	4100	2100

(Die hier vorgenommene Gleichsetzung von b e r u f l i c h e r und s c h u l i s c h e r Arbeitszeit erfolgt auf dem Hintergrund von Überlegungen zur realen "Systemfunktion" der Institution "Schule": Qualifizierung zu "Arbeitsvermögen" unter"entfremdeten" Leistungsbedingungen ;"Loyalisierung" mit der bestehenden ("etablierten") Gesellschaftsordnung (einschließlich Wirtschaftsordnung) eines Gemeinwesens,... .
Wendet man unsere "FREIZEITDEFINITION" auf verschiedene Bevölkerungsgruppen an , zeigt sich freilich , daß für Personen/Personengruppen, die nicht oder nur beschränkt im Berufs-bzw. SChulleben stehen - z.B. nicht berufstätige Hausfrauen,Rentner/Pensionisten,Arbeitslose,nicht berufs- bzw.schulfähige behinderte/kranke Menschen,... - "Freizeit" viel schwieriger auf dem Hintergrund QUANTITATIVER Kriterien bestimmbar ist. Diese Überlegungen weisen auf einige Probleme bei der DEFINITION von "Freizeit" hin. Ausführlicher dazu : Popp,R.:...Band 3...1985,S.148 ff.)

2.1.3. Üblicherweise wird unterschieden zwischen T A G E S F R E I Z E I T (Pausen,"Feierabend",...) W O C H E N F R E I Z E I T (Wochenende,Feiertage,...) , J A H R E S F R E I Z E I T (Ferien,Urlaub,...) und (allerdings in der FAchliteratur umstritten:) L E B E N S F R E I Z E I T (z.B.Pension,...).

2.1.4. 60-70% der "freien Zeit" werden im IN - DOOR - Bereich , also im Bereich der Wohnung, des Wohnhauses verbracht , ca. 30-40% im OUT-DOOR-Bereich. Freizeitkultur-Politik bzw. -Planung stellt sich demnach einerseits als wichtiger Teilaspekt der WOHNRAUMPLANUNG und andererseits als wichtiger Teisaspekt der PLANUNG der INFRASTRUKTUR des Wohnens (dem thematischen SChwerpunkt des vorliegenden Artikels) dar.
Für die Planung freizeitpädagogischer Infrastruktur ist zu beachten, daß sich "freizeitkulturelles Handeln" in verschiedenen "sozialräumlichen Zonen" abspielt.
Für den städtischen Bereich habe ich dies a.a.O.(Popp,R.:...Band 3... 1985,S.211) folgendermaßen graphisch verdeutlicht:



2.1.5. Freizeitkulturell bzw. freizeitpädagogisch orientierte INFRASTRUKTUR= ENTWICKLUNG verläuft derzeit weitgehend "PLANLOS" und"CHAOTISCH". Dadurch werden freilich die sowieso schon spärlich vorhandenen Mittel konzeptlos z e r s p l i t t e r t , wird Verwaltungs-und pädagogi= sches Personal unkoordiniert eingesetzt und wird dem unkontrollierten Einfluß mächtiger Lobbys (z.B. Vereinssport,Fremdenverkehr, "Hoch= kultur",Grundbesitzer, Siedlungsgesell-und -genossenschaften,...) Tür und Tor geöffnet.

2.1.6. "FREIZEIT" IST ÜBER WEITE STRECKEN "KONSUMZEIT":

2.1.6.1. Für fast jedes (auf kommerzieller Basis befriedigbare) Bedürfnis scheint es ein entsprechendes WArenangebot zu geben. Hier sind freilich nicht nur Waren zu nennen, die den alltäglichen Haushaltsbedarf ab= decken, auch nicht nur "Waren" wie Grund und Boden,Wohnungen,Fahrzeuge, Sportartikel,Drogen,Spielzeug,...; als "Ware" angeboten und "verkauft" werden vielmehr auch DIENSTLEISTUNGEN wie Reise-und Ferienorganisation, Information,UNterhaltung,"Animation",Stimmung,Beratung,...

2.1.6.2. Freizeit kostet Geld. Die Verbesserung von "Freizeitqualität" ist - so paradox dies klingt - vielfach nur durch verstärktes berufliches En= gagement (Überstunden,"Pfusch",Zweitarbeit,...) möglich.
Für einkommens- und damit kaufkraftschwache Bevölkerungsgruppen (un= teres Einkommensdrittel) sinken dadurch die Chancen zur Nutzung einer Reihe von vor allem finanziell aufwendigeren Freizeitangeboten und da= mit die Möglichkeiten der Teilnahme an bestimmten Bereichen der "Frei= zeitkultur".

2.1.6.3. Abgesehen von budgetären ASpekten der Freizeitgestaltung ist für den (hier besonders wichtigen) Planungs-und Personalversorgungszusammenhang vor allem auch der BEfund entscheidend, daß durch zunehmende Konsum= orientierung (im umfassenden Sinn) Menschen herangebildet werden,für die Probleme nicht durch (solidarische) Aktivität und Initiative lösbar sind sondern durch KONSUM eines am Warenmarkt angebotenen "Produkts" (,wobei es sich bei den hier gemeinten "Waren" um eine breite "Produkt-Palette" im Spannungsfeld zwischen einem frustrationskompensierenden Lebensmittel wie Mehlspeisen,Alkohol u.ä. bis hin zum Psychotherapie-Angebot am expandierenden"Psycho-Markt" handelt).

2.1.6.4. Insgesamt scheint eine Konsumtendenz feststellbar zu sein,die in Richtung PRIVATISIERUNG des Alltags geht:
Konsumansprüche,die früher eher durch "haushaltsfremde Dienstleistungen" befriedigt wurden, werden zunehmend durch eine verbesserte haushaltsinterne Freizeitkonsumausstattung gestillt (z.B. Fernsehprogramm bzw. Videokassette statt Kinobesuch; bequeme "Wohnzimmer-"Ausstattung und "Hausbar" statt Lokalbesuch;...). Infrastrukturell betrachtet führt dies u.a. zum Rückgang der "Beisl'n",Gasthäuser und Cafe's außerhalb der vom Fremdenverkehr stark geprägten Raumeinheiten bzw. über fremdenverkehrsbezogene Zwecke hinaus.
Verhängnisvoll ist diese Entwicklung vor allem für jene Personen bzw. Personengruppen,
- deren Verfügungsmöglichkeit über den Wohnbereich gering ist und/oder
- denen die auf die Wohnung bzw. die Familie beschränkte Angebots-und Kommunikationsstruktur nicht (mehr) genügt.

2.1.6.5. Eine Bevölkerungsgruppe,auf die beide letzgenannte Merkmale zutreffen, sind Kinder und Jugendliche.
Eine bedürfnisbefriedigende Nutzung angemessener Teilbereiche der Wohnung scheitert oft am Platzmangel , an den Einrichtungs-und Nutzungsbedürfnissen der Eltern ("Schöner-Wohnen-Ideologie",Repräsentationswert der Wohnung,...) aber auch an "technischen" Faktoren wie z.B. der ungenügenden Schallisolierung der Wände u.ä. .
Darüber hinaus ist die Lebensweise Jugendlicher (ab etwa 8 Jahren) in hohem Maße vom"Rollenverhalten" außerhalb des Familienverbandes , in selbstorganisierten Gruppen Gleichaltriger ("peer-group") , und damit von starker OUT-DOOR-Orientierung geprägt.
Nach Schilling(...1977...S.115) verbringt etwa der "durchschnittliche" 13-18-jährige Jugendliche ca. 20% seiner Wochenfreizeit zusammen mit Angehörigen der "Altersgruppe" ,wobei bei diesem groben Richtwert Unterschiede hinsichtlich der Werktags-bzw. Wochenendfreizeit oder hinsichtlich anderer wichtiger Einflußfaktoren auf freizeitbezogenes Handeln (z.B.Schichtzugehörigkeit,Geschlechtszugehörigkeit,...) nicht berücksichtigt werden .
Ein wesentlicher Teil aller Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen ist im "OUT-DOOR-"Bereich mit geselligen Kontakten zu Gleichaltrigen verbunden, wobei "Gesellungsformen" und "Freizeitaktivitäten" nur auf einer abstrakten Analyseebene zu trennen sind. "Aktivitäten" lassen sich als "dynamischer Aspekt" , "Gesellungsformen" als "sozialstruktureller Aspekt" des Handelns im Freizeitbereich begreifen(a.a.O. S.159).
Wenn Jugendliche oft stundenlang an bestimmten Treffpunkten zusammen sitzen, wird dies von vielen Erwachsenen (insbesondre auch Pädagogen) nicht selten als "passives Herumgammeln" erlebt. (Dem gegenüber wird die "Motivierung" bzw. "Animation" dieser Jugendlichen zu "sinnvollen Freizeitaktivitäten" immer wieder als Ziel von "Freizeiterziehung" formuliert, wobei für die Bewertung einer Aktivität als "sinnvoll" meist "arbeitswertorientierte" Freizeit-Ideale herangezogen werden.)
Freilich kann der Eindruck des "passiven Gammelns" nur bei sehr grober Betrachtung"von außen"entstehen. Betrachtet man die Vorgänge bei "informellen" Gruppentreffen Jugendlicher quasi "von innen", zeigt sich ein völlig anderes Bild. Wir erleben einen außerordentlich dynamischen Interaktionsprozeß , mit Hilfe dessen eine Reihe von aktuellen Bedürfnissen der Gruppenmitglieder befriedigt wird: In diesen Gruppengesprächen werden ERfahrungen aus Schule und Beruf verarbeitet,aktuelle Informationen ausgetauscht,Meinungen zu Filmen,Stars,Musik,Modeströmungen,... diskutiert und nicht zuletzt sexuelle Probleme zu bewältigen versucht.
Nach Schilling (1977,S.59) stellen erotische und sexuelle Bedürfnisse in derartigen Gruppen Jugendlicher sogar das "dominierende INteresse"

dar:"Da diese im Elternhaus und in der Schule meist nicht artikuliert werden können,wird die Altersgruppe zur wichtigsten Erfahrungs-und Sozialisationsagentur, in der über Verabredungen,Partys,Neckereien, Filme,Dating,Petting und sexuelle Beziehungen ausgiebig diskutiert wird und erste Erfahrungen gesammelt werden."
Auf diesem Bedürfnishintergrund ist wohl auch das außerordentliche Interesse von Jugendlichen am Besuch von Diskotheken und Tanzveran= staltungen zu erklären.
Aus Gesprächen innerhalb dieser informellen Gruppentreffen entstehen in vielen Fällen PLäne für gemeinsame Aktivitäten, z.B. ins Kino zu gehen, zum Wochenende an einen See oder zum Schilauf zu fahren, eine Musik-,Tanz-oder Sportveranstaltung zu besuchen , Sport zu betreiben, ... Vielfach wird auch der Wunsch nach mehr "action" laut.

2.1.6.6. In den meisten Fällen stehen Angebote zur BEfriedigung all dieser Be= dürfnisse von Jugendlichen in Form von (materieller bzw. immaterieller) freizeitkultureller Infrastruktur nicht oder nur in ungenügendem Aus= maß bzw. in unangemessener Weise zur Verfügung. Dies vor allem dann, wenn solche Angebote nicht auf kommerzieller Basis anbietbar sind oder die potentielle Nutzergruppe zur Finanzierung eines kommerziell kon= zipierten Angebots nicht in der Lage ist. In solchen Fällen ist die VErbesserung der freizeitkulturellen INfrastruktur nur mit Hilfe "sozial= staatlicher" Interventionen möglich.

2.1.6.7. Trotz wachsender Werbeanstrengungen kommerzieller Kräfte scheint sich insbesondre bei der jüngeren Generation in hochindustrialisierten Ge= sellschaften eine gewisse Tendenz zur Verschiebung von den bisher "zen= tralen Werten":EINKOMMEN/KONSUM hin zu SELBSTVERWIRKLICHUNG/LEBENSQUALI= TÄT abzuzeichnen.
Diese "Wertverschiebung" , die sich in jüngster Zeit immer wieder auch als Ergebnis breit angelegter empirischer Untersuchungen herauskristal= lisierte, steht allem Anschein nach in enger Verbindung mit dem Rück= gang der zentralen kulturellen Bedeutung von (beruflicher) Arbeit:

2.1.7. FREIZEIT UND ARBEIT:

2.1.7.1. Was sich im Zusammenhang mit dem Rückgang der zentralen kulturellen Bedeutung von (beruflicher) Arbeit auf der "subjektiven" Ebene als "Arbeitsentfremdung","Job-Auffassung" u.ä.ausprägt, zeigt sich auf der quasi "objektiven" Ebene ökonomisch-berufspolitischer Entwicklungen in der Diskussion über weitere Arbeitszeitverkürzung bzw. über Formen "flexiblerer" Arbeitszeitgestaltung (Teilzeitbeschäftigung,"Job-Sharing", ...).

2.1.7.2. Mit der Verkürzung bzw. flexibleren Strukturierung beruflicher Arbeits= zeit dürfte sich allerdings der "Freizeitbereich" nicht nur in quanti= tativer Hinsicht verändern. Mit diesem neuen "Schub" der UMVERTEILUNG von (beruflicher) Arbeit, der sich immer deutlicher abzuzeichnen be= ginnt, dürfte sich allem Anschein nach auch die "Qualität" von (beruf= licher) Arbeit und damit auch die Qualität der Nicht-Arbeitszeit , der "Freizeit" , erheblich verändern.
WAhrscheinlich wird es mittelfristig für den Großteil der Bevölkerung einen relativ kurzen beruflich gebundenen Zeitblock geben, gekenn= zeichnet von erhöhten psychischen Belastungen und weitgehend entfrem= deten Leistungsbedingungen.
Diesem Zeitblock kommt die Funktion des den Lebensunterhalt sichernden "Jobs" (PFLICHTARBEIT) zu, stellt also relativ gut bezahlte Lohnarbeit dar.
Dagegen dürfte sich die Erfüllung der relativ "angenehm" erlebten und weniger "entfremdeten" Funktionen gesellschaftlicher Arbeit (z.B. di= verse Arbeiten für den Eigenbedarf bzw. die Erfüllung von handwerk=

lichen,kaufmännischen oder sozialen Dienstleistungsfunktionen für Freunde,Nachbarn,Bekannte,... auf der Basis von nicht-monetären Gegenleistungen oder geringer Bezahlung) in den "Freizeitbereich" verlagern. In diesem Bereich (alternativ- bzw. sub- bzw. sekundär-ökonomischer Bereich ; "Schattenarbeit";...) wären voraussichtlich auch jene Funktionen anzusiedeln, die wir als Sozial-,Kultur- oder (nicht-schulische) Bildungsarbeit bezeichnen.

2.1.7.3. Während für die Mehrheit der "erwerbstätigen" Bevölkerung hochindustrialisierter Länder die oben skizzierten Berufs-bzw. Freizeitbedingungen zu erwarten sind, könnte möglicherweise die P l a n u n g und G e s t a l t u n g der BEdingungen im ökonomischen und sozio-kulturellen Bereich bei einer kleinen Gruppe von "M a c h e r n" (Kohl:...1976...S.92) liegen, deren Lebensbedingungen sich durch umfangreiche berufliche Arbeitszeit, große Verantwortung, hohes Einkommen, erhebliche Chancen zur Persönlichkeitsbildung und -entfaltung im Arbeitsprozeß, gründliche Bildung, aktive und "anspruchsvolle" Gestaltung der (freilich nur spärlichen) Freizeit sowie durch bedeutenden politischen Einfluß... von der Lebenssituation breiter Bevölkerungsanteile stark unterscheiden würde.
Eine neue bzw. modifizierte "Klassentrennung" könnte sich aus dieser Entwicklung ergeben: in die kleine , hochprivilegierte Gruppe der "Macher" (Gestalter von Produktions-,Verteilungs- und Freizeitbedingungen) einerseits und andererseits in die große Masse derer , die bei den "vorgegebenen Produktions-und Freizeitbedingungen"..."mitmachen" (ebd.) - also die "M i t m a c h e r" .
In Anbetracht der ungeheuren Vielfalt der zur Entschädigung für fehlende Partizipations-und Gestaltungschancen am "Warenmarkt" angebotenen Produkte und Dienstleistungen wäre diese Form der "Unterprivilegiertheit" für viele nur mehr schwer durchschaubar.
Das Spannungsverhältnis zwischen KONSUM/BERUF und LEBENSQUALITÄT/SELBSTVERWIRKLICHUNG dürfte sich damit zwar verschärfen,aber sich auch auf eine andere Ebene verlagern. Die traditionellen Formen "gewerkschaftlicher" Organisation und Konfliktbewältigung würden dadurch freilich an Wirksamkeit verlieren; Entwicklungen,die sich bereits heute andeuten.
"Neue" bzw. "modifizierte" Formen solidarischen Widerstands gegen entfremdete bzw. entfremdende Lebensbedingungen , die sich gerade auch im freizeitkulturellen BEreich manifestieren müßten , sprengen allerdings möglicherweise die Grenzen "sozialpartnerschaftlicher"Handlungsmuster.

2.1.8. Abschließend soll noch kurz das Phänomen der "Ghettoisierung" und"Parzellierung" angesprochen werden, das die Entwicklung auch der freizeitkulturellen Infrastruktur jedes kommunalen Gemeinwesens kennzeichnet. Diese Ghettoisierung und Parzellierung ist im Bereich der kommunalen Raumplanung gut beobachtbar:

- als reginale Trennung zwischen "Produktionsbereichen" , "Wohn-und Schlafbereichen" sowie "Erholungs-,Vergnügungs-bzw. (musealen)Fremdenverkehrsbereichen",
- als Trennung der Wohneinheiten voneinander ohne Einplanung von kommunikationsfördernden Gängen , Freizeiteinrichtungen u.ä. ,
- als Trennung von Siedlungseinheiten für kinderreiche Familien,Senioren, begüterte und weniger begüterte Personen , ... ,
- als "Funktionalisierung" kommunaler Infrastruktur im Sinne einer klaren Zuordnung von Funktionen und Zielgruppen zu bestimmten Räumen und Flächen: Parkplatz,Spielplatz("Kinderghetto"), Sportplatz, Straße, Jugendzentren,Seniorenzentren , Einkaufszentren, Krankenhaus, Schule,..., wobei "kommerzielle" und verkehrsbezogene Infrastruktur offensichtlich stark überrepräsentiert ist.

Die räumlich-materielle Parzellierung und Ghettoisierung führt folgerichtig zu einer sozialen Parzellierung , wodurch verschiedene Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche, Senioren , Schüler, Lehrlinge, Kriminelle, Kranke, ... in "eigenen Welten" leben , ohne oder zumindest mit wenig Kontakt zur "anderen Welt".
Diese(räumlich-materielle und soziale) Ghettoisierung führt wiederum zur Reduzierung der gesellschaftlichen Totalität auf die jeweilige Parzelle , was schließlich den Horizont des Individuums so weit einengt, daß die ökonomischen und politischen Kräfte ,die die Lebensbedingungen bestimmen, unerkannt bleiben .

2.2. "FREIZEITPÄDAGOGIK" ALS "SUBSYSTEM" VON "SOZIALPÄDAGOGIK": umfassende Wandlungsprozesse des pädagogischen Handlungssystems "Sozialpädagogik"

2.2.1. GESELLSCHAFTLICHE FUNKTION VON SOZIALPÄDAGOGIK (SOZIALARBEIT)

Unter dem pragmatischen Gesichtspunkt der realen "institutionellen" Ausprägung pädagogischen Handelns in modernen Industriegesellschaften lassen sich 3 pädagogische "Handlungssysteme" unterscheiden:



Dem "intermediären" Handlungssystem der "Sozialpädagogik", das im vorliegenden thematischen Zusammenhang besonders interessiert, kommt i n n e r h a l b des gesamten pädagogischen Handlungssystems die Funktion zu , die Subsysteme "FAmilie" und "SChule" bei der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben
- zu ENTLASTEN bzw.
- zu ERGÄNZEN bzw.
- (in speziellen Situationen) zu ERSETZEN:



Diese "negative" Funktionsbestimmung von "Sozialpädagogik" (Funktionen zu erfüllen,die Schule bzw. Familie n i c h t erfüllen) wird zwar gelegentlich kritisiert, entspricht aber - trotz erheblicher Wandlungsprozesse im gesamten pädagogischen Handlungssystem - nach wie vor den realen Gegebenheiten.

Mit umfangreichen Wandlungsprozessen innerhalb der "ökonomischen", "politisch-administrativen" bzw. "sozio-kulturellen" Subsysteme des gesellschaftlichen Gesamtsystems sowie im Beziehungsverhältnis dieser Subsysteme untereinander vollzog sich u.a. auch ein wesentlicher Wandel des Handlungssystems "Sozialpädagogik".(Ausführlicher dazu in Popp,R.:... Band 2...1985,S.138 ff.)
(Ähnlich stellt sich die "Systemfunktion" von "Sozialarbeit" dar, wobei sich hier die ENTLASTUNGS-,ERGÄNZUNGS-bzw. ERSATZFUNKTION nicht nur auf das "pädagogische Handlungssystem" bezieht sondern auch auf gesellschaftliche Handlungssysteme wie "MEDIZIN","POLIZEI/JUSTIZ","BERUF",... .)
Freilich haben derartige begriffliche Klärungsversuche vorwiegend heuristische Funktionen. Eindeutige und sehr scharfe begriffliche Abgenzungen zwischen "Sozialpädagogik" und "Sozialarbeit" sind in Anbetracht der vielfältigen Verflechtung von "sozialpädagogischen" und "sozialarbeiterischen" Funktionen nicht möglich.

2.2.2. FUNKTIONSERWEITERUNG DES HANDLUNGSSYSTEMS "SOZIALPÄDAGOGIK(SOZIALARBEIT)"

War "Sozialpädagogik (Sozialarbeit)" ursprünglich vorwiegend auf Situationen der "NOTHILFE" und demographisch betrachtet auf Angehörige sogenannter "Problemgruppen" bzw. "gesellschaftlicher Randgruppen" bezogen, läßt sich im historischen Prozeß der UMFASSENDEN DIFFERENZIERUNG sozial-kultureller Dienste und Angebote ein klarer Trend zur "Normalisierung" feststellen - mit Tendenz zu Angehörigen der "durchschnittlichen Bevölkerung" als Adressaten.

Die zunehmende Orientierung am Adressatenkreis "durchschnittliche Bevölkerung" gibt freilich nur eine allgemeine T E N D E N Z der Entwicklung sozial-kultureller Infrastruktur-Angebote an.

Gesellschaftliche Rand-bzw. Problemgruppen sind damit keineswegs generell von der solcherart definierten Angebotsstruktur ausgeschlossen sondern stellen nur nicht (mehr) die alleinige Zielgruppe sozialpädagogischen/ sozialarbeiterischen Handelns dar.

"Normalisierung" von "Sozialpädagogik(Sozialarbeit)" bedeutet also n i c h t den Anspruch, sozialpädagogische Angebote auf a l l e Bevölkerungsgruppen wahllos zu verteilen.

Auch "präventive" (realistischerweise zumeist freizeitkulturell orientierte) Sozialpädagogik(Sozialarbeit) muß - schon in Anbetracht eingeschränkter budgetärer Mittel - Schwerpunkte setzen.

Mit Kohl (1976,S.130) und Opaschowski(1976,S.130) sollten wir auch diesen "jüngeren Zweig" der Sozialpädagogik/Sozialarbeit als KOMPENSATORISCHE AUFGABE begreifen.

ZIELGRUPPEN solcherart erweiterten sozial-(und freizeit-)-pädagogischen Handelns sind damit über gesellschaftliche Rand-und Problemgruppen hinaus vor allem jene Bevölkerungskreise, die (meist in engem Zusammenhang mit Benachteiligungen im schulischen bzw. beruflichen Bereich sowie bei der Einkommensverteilung) auch hinsichtich ihrer Zugangschancen zu Einrichtungen und Angeboten im freizeitkulturellen Bereich b e n a c h t e i l i g t werden.

Dies sind (mit Kohl und Opaschowski - ebd.):

- insgesamt der Bevölkerungsanteil des unteren Einkommensdrittels sowie speziell
- Kinder/Jugendliche , alte Menschen , berufstätige Hausfrauen mit Kindern, Schichtarbeiter, ausländische Arbeitnehmer, Behinderte.

Unter dem Gesichtspunkt der "Adressaten" bzw. der "Zielgruppe" sozialpädagogischen Handelns kann jedes Subsystem des Handlungssystems Sozialpädagogik/ Sozialarbeit auf der folgenden Skala lokalisiert werden:



Zu s o z i a l p ä d a g o g i s c h e n A n g e b o t e n führen also - unter systemfunktionalem Gesichtspunkt - in zunehmendem Maße nicht mehr ausschließlich schwere"Funktionsstörungen" der pädagogischen Handlungssysteme "Familie" und "Schule",deren Folgen (z.B."abweichendes Verhalten") bei einschlägig betroffenen bzw."gefährdeten" Individuen durch staatliche "Fürsorge-"Maßnahmen tendenziell "behoben" werden müssen.

Sozialpädagogische (sozialarbeiterische) Angebote müssen - über die Erfüllung "herkömmlicher" Nothilfe-Funktionen hinaus - immer stärker auch auf eine Reihe von weniger "existenziellen" , individuellen und gruppenspezifischen Bedürfnissen reagieren:

Vom Bedürfnis vieler Erzieher im System der "KLeinfamilie" nach"Entlastung" von der Erziehungsfunktion bis hin zum Bedürfnis vieler (nicht nur junger) Menschen nach Geselligkeit,kreativem Persönlichkeitsausdruck,Weiterbildung, sportlicher Bewegung,...

Unter diesem "bedürfnisorientierten" Gesichtspunkt besteht also die e r w e i t e r t e gesellschaftliche Funktion des Handlungssystems "SOZIALPÄDAGOGIK/SOZIALARBEIT" in der Unterstützung breiter Bevölkerungsgruppen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach einer entsprechenden "sozio-kulturellen" Angebotsstruktur.[2)]
Auf dem Hintergrund eines partizipativ-emanzipatorisch orientierten pädagogisch-planerischen Handlungsverständnisses wären dabei vor allem solche sozial-und freizeitpädagogischen INfrastruktureinrichtungen und -angebote zu fördern, deren"Klima" durch folgende Schlagworte gekennzeichnet werden kann:
AKTIVITÄT , SELBSTBESTIMMUNG , ENTSCHEIDUNG , INITIATIVE , ERPROBEN EIGENER LEBENSSTILE UND AUSDRUCKSMITTEL, SELBSTORGANISIERTE GESELLIGKEIT , "WOHLFÜHLEN", LEBENSGENUSS, ...

Das "Klima" solcher Einrichtungen und Angebote müßte eine "Gegenbewegung" darstellen zu einer auf"kontrollierte Passivität" gerichteten "KONSUMIDEOLOGIE", repräsentiert durch ein wachsendes Warenangebot, entmündigende Informations-und Dienstleistungsangebote aber auch durch hierarchische,technokratische und partizipationsfeindliche Verwaltungs-und Planungsprozesse.

Die durch obige "Schlagworte" gekennzeichnete allgemeine Zielrichtung emanzipatorischer und partizipativer Projektentwicklung muß in jedem konkreten Planungsprozeß auf den je spezifischen Problemzusammenhang hin präzisiert werden,was an einigen Beispielen grob angedeutet werden soll:

ZUSCHAUER=SPORT	⟶	GESELLIGER BREITENSPORT
HERKÖMMLICHE SPIELPLÄTZE (Kinderghettos)	⟶	SELBSTVERWALTETE AKTIV=SPIELPLÄTZE
GASTSTÄTTE/CAFE/SPIELHALLE/ ...	⟶	SELBSTVERWALTETES KOMMUNIKATIONSZENTRUM
PASSIVER MEDIENKONSUM	⟶	AKTIVE MEDIENPRODUKTION
...		

2.2.3. "GESELLSCHAFTLICHER BEDARF" UND FINANZIERUNG

Die "privatwirtschaftlich" organisierte Finanzierung der "DIENSTLEISTUNGEN" zur Befriedigung der oben angesprochen Bedürfnisse ist dann möglich , wenn die durch entsprechende Angebote erwachsenden Unkosten (Personal-und Sachkosten) von der jeweiligen "Nachfrager-"Gruppe eigenfinanziert werden können oder wenn die Befriedigung jeweiliger Bedürfnisse der "Image-"Verbesserung einer privatwirtschaftlich organisierten Institution dient und somit die Finanzierung über das "Werbebudget" dieser Institution möglich ist.
In dem hier diskutierten Subsystem kommunaler Infrastruktur scheint das "privatwirtschaftliche" Finanzierungsmodell derzeit nur in wenigen Fällen realistische "Markt-"Bedingungen vorzufinden - u.a.:
- im Bereich der Fremdenverkehrsanimation (Feriendörfer,Gästebetreuung, kommerziell organisierte Kinder-u.Jugendlager,Reisebetreuung,...),
- in einzelnen Bereichen der Sportanimation (z.B.Fit-und Kraftsportzentren, einzelne Kampfsportarten,Schi-,Reit-,Tennis-,...-schulen,...),
- im Bereich der imagefördernden Zielgruppenwerbung größerer kommerzieller Institutionen(z.B.:"Jugendservice" vieler Banken,Angebote von Zeitungen,...).

---

2) Die Überlegungen im vorliegenden Beitrag beziehen sich vor allem auf die mit der ERWEITERUNG der gesellschaftlichen Funktion des Handlungssystems Sozialpädagogik/Sozialarbeit (in Richtung "Freizeitpädagogik")zusammenhängenden Aspekte.

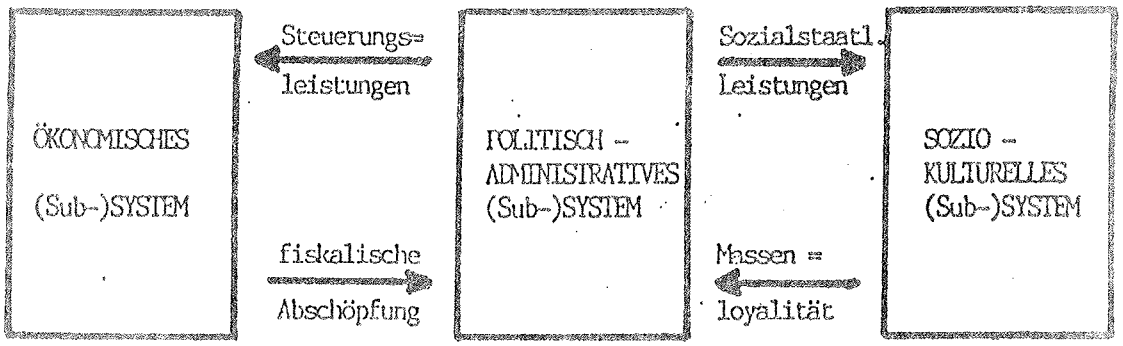
Der größte Teil auch der "neueren" sozialpädagogischen bzw. sozialarbeiterischen Angebote bleibt aber offensichtlich auf "sozialstaatliche" Zuwendungen angewiesen.

Freilich kommt das "sozialstaatliche" Finanzierungsmodell nur dann zur Anwendung, wenn für die jeweiligen sozial-kulturellen Angebote ein hinreichender "BEDARF" bei POLITIK und STAATLICHER ADMINISTRATION ("politisch-administratives System") vorliegt.

Dieser "GESELLSCHAFTLICHE BEDARF" ist offensichtlich gegeben und dürfte u.a. folgendermaßen begründbar sein:

2.2.3.1. Die "herkömmlichen" Formen politischer Partizipation haben bereits heute relativ geringe Bedeutung. Allem Anschein nach nimmt ihre Bedeutung weiter ab.
Nach Deiser/Winkler (1982,S.72 bzw. 74) realisiert im gesamtösterreichischen Durchschnitt höchstens ein Sechstel der Bevölkerung "politische Teilnahme" durch aktive M i t a r b e i t in politischen Parteien und deren Teilorganisationen (nicht zu verwechseln mit "MITGLIEDSCHAFT" !).
Immer mehr Politikern und Beamten scheint klar zu werden, daß weniger auf diesen "herkömmlichen" Wegen sondern vielmehr durch die AKTIVIERUNG der jeweils "Betroffenen" zur Beteiligung an der Lösung von konkreten "hautnahen" Problemen im überschaubaren,wohnungsnahen Bereich die D e m o k r a t i s i e r u n g der (kommunalen) Politik/Planung voranzutreiben ist.

2.2.3.2. Die "Selbstverständlichkeit" von "Loyalität" gegenüber dem "politisch-administrativen System" nimmt bei einem ständig wachsenden Bevölkerungsanteil ab.
Zur Sicherung von "Massenloyalität" muß sich das "politisch-administrative System" daher (auf allen Ebenen der Politik) u.a. durch "sozialstaatliche Leistungen" zur BEfriedigung offensichtlicher Bevölkerungsbedürfnisse l e g i t i m i e r e n .
Dieser Funktionszusammenhang läßt sich mit Hilfe der folgenden Graphik in sehr vereinfachter Form verdeutlichen (in Anlehnung an Ammann H.,1980):



2.2.3.3. Im Sinne der herkömmlichen Funktionsprinzipien staatlicher Verwaltung können diese "sozialstaatlichen Leistungen" entweder durch Erweiterung von Dienststellen der "Betreuungsverwaltung" oder durch Subventionierung "freier Träger" (kirchliche,humanistisch-philanthropische,parteipolitische, ...Organisationen) erbracht werden.
Die Ausweitung der "Betreuungsverwaltung" staatlicher Funktionsapparate scheint allerdings zumindest aus f i n a n z i e l l e n Gründen im notwendigen Ausmaß nicht möglich zu sein.
Die Erfüllung der erwünschten sozio-kulturellen Aufgaben durch "freie Träger" kann freilich n u r d a n n "kostengünstiger" organisiert werden, wenn die unbezahlte (meist mißverständlich als "ehrenamtlich" bezeichnete) bzw. nur teilweise honorierte Mitarbeit der am jeweiligen Angebot interessierten "betroffenen" Bevölkerungsgruppen sicherzustellen ist. "SELBSTVERWALTUNG" (bzw. "Mitverwaltung") von sozio-kulturellen Einrichtungen bzw. Angeboten wird so immer mehr zu einem zentralen Funktionselement sozialer bzw. sozio-kultureller Arbeit. (In diesem Zusammenhang

wäre es lohnenswert , den Bedeutungswandel zu untersuchen , den der Begriff "Selbstverwaltung" im politischen Sprachgebrauch in wenigen Jahren erfahren hat: von der diskriminierenden Stigmatisierung sozial= pädagogischer Projekte im Gefolge der Studentenbewegung hin zur wohl= wollenden Kennzeichnung von "Eigeninitiative","Verantwortungsbewußtsein", "sparsamer Verwaltung",...sozio-kultureller Einrichtungen und Angebote.)

2.2.3.4. In Anbetracht herrschender Sozialisationsbedingungen in den Handlungs= systemen "FAMILIE","SCHULE","BERUF",... kann freilich in den meisten Fällen das für "Selbst-" bzw. "Mitverwaltung" notwendige Bündel von HAND= LUNGSKOMPETENZEN n i c h t vorausgesetzt werden.
In dieser Situation muß "Sozialpädagogik" vielfach die "ergänzende" Auf= gabe "politischer Bildung" in einem sehr praxisbezogenen und handlungsorien= tierten Sinn übernehmen.
"Sozialpolitik" muß sich demzufolge immer stärker des(Sozial-und Freizeit-) Pädagogen als "Helfer zur Selbsthilfe" bedienen.

2.2.3.5. Für die oben angesprochenen "selbstorganisierten" ("selbstverwalteten") sozialen bzw. sozio-kulturellen Angebote können die "EFFEKTIVITÄTS= KRITERIEN" staatlicher Sozialadministration nur zum Teil angewendet wer= den.
Sozialwissenschaftlicher (sozialpädagogischer) Forschung fällt in diesem Zusammenhang immer stärker die Funktion "BEGLEITENDER KONTROLLE" ver= bunden mit Funktionen der Mitarbeiterfortbildung und Projektdokumentation zu ("handlungsorientierte Begleit-und Evaluationsforschung").
Neben der Kompetenzerweiterung für die mit relativ neuartigen Aufgaben befaßten Mitarbeiter in diesen "jüngeren" Handlungsfeldern sozialer bzw. sozio-kultureller Arbeit können sich also die jeweils zuständigen Politiker und Beamten von "handlungsorientierter Begleit-und Evaluationsforschung"
- o Praxisdaten aus den "neuen" Handlungszusammenhängen (Dokumentation),
- o eine gewisse Entlastung ihrer Entscheidungsfunktion durch wissenschaft= lich angeleitete Programme bzw. Konzepte,
- o die "Effektivierung" der "Programmimplementation"(Durchführung/Reali= sierung) durch wissenschaftliche Beratung sowie
- o die Entwicklung von "Effektivitätskriterien"

erwarten.

2.2.4. ZWISCHENZUSAMMENFASSUNG

Die Funktionserweiterung des Handlungssystems SOZIALPÄDAGOGIK/SOZIALARBEIT im bisher besprochenen Sinn entspricht also offensichtlich sowohl den BE= DÜRFNISSEN breiter Bevölkerungsgruppen als auch dem BEDARF des "politisch-administrativen Systems".
Analog zur obigen, auf die Zielgruppe sozialpädagogischen/sozialarbeiter= ischen Handelns bezogenen Graphik können Angebote der Sozialpädagogik/Sozial= arbeit auch auf folgender SKALA eingestuft werden:

GESELLSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE: individuelle bzw. gruppenspezifische Notlagen/Krisen; abweichendes Verhalten; ...	GESELLSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE: abnehmende Massen= loyalität; kollektive Kompeten= mängel für die Be= sozio-kultureller Innovationsaufgaben; ...

Im Rahmen der "jüngeren" Handlungszusammenhänge der Sozialpädagogik/Sozial= arbeit,die im vorliegenden Beitrag besonders interessieren, realisiert sich PROFESSIONELLES SOZIAL-bzw. FREIZEITPÄDAGOGISCHES (SOZIALARBEITERISCHES) HANDELN zumindest auf 3 Ebenen:
- Animation/Beratung"betroffener" Bevölkerungsgruppen bei der NUTZUNG sozial-bzw. freizeitpädagogischer Einrichtungen und Angebote,

- Animation/Beratung/Unterstützung von jeweils "betroffenen" Bevölkerungsgruppen bei der politischer Durchsetzung , Planung/Entwicklung/Gestaltung und eigenständigen Verwaltung von sozial-bzw. freizeitpädagogischen Einrichtungen und Angeboten ,
- wissenschaftliche Begleitung im Sinne "handlungsorientierter Evaluationsforschung" (Dokumentation,Mitarbeiterfortbildung,Programmentwicklung, begleitende Kontrolle,Reflexionshilfen,...).

2.2.5. "FREIZEIT" UND "ANIMATION" ALS ZENTRALE BESTIMMUNGSMOMENTE DES "JÜNGEREN" ZWEIGES VON SOZIALPÄDAGOGIK/SOZIALARBEIT : "FREIZEITPÄDAGOGIK"

Die Entwicklung des "jüngeren Zweiges" von Sozialpädagogik/Sozialarbeit ist offensichtlich untrennbar mit der Zunahme der Bedeutung von FREIZEIT in quantitativer und qualitativer Hinsicht verbunden.

Deshalb werden diese "neueren" sozialpädagogischen Handlungszusammenhänge vom Großteil der einschlägig publizierenden Autoren auch als "F R E I = Z E I T P Ä D A G O G I K" bezeichnet.(Genauere Angaben dazu in Popp,R.: ...Bd.2...1985,S.4 f.)

Zentrales Merkmal "freizeitpädagogischen Handelns" ist offensichtich die zunehmende Professionalisierung der "gesellschaftlichen Funktion:ANIMATION".

Mit Distanz zu der im Bereich des Fremdenverkehrs immer deutlicher feststellbaren Reduktion des Animations-Begriffes auf Funktionen der"Unterhaltung" bzw. des "Entertainments" scheint es mir für sozial-und freizeitpädagogische Handlungsfelder wichtig , den Zusammenhang von "Animation" mit "Politisierung","Demokratisierung" und "Gemeinwesenbezug" zu betonen.

In diesem Sinne beziehe ich mich auf die Definition des RAtes für kulturelle ZUsammenarbeit beim Europarat in Straßburg (veröffentlicht 1973).

Danach läßt sich unter "ANIMATION" jede Aktivität verstehen,die den einzelnen Mitgliedern eines jeweiligen Handlungszusammenhangs dazu verhilft,

" a) sich über Situationen,Bedürfnisse und Begabungen zunehmend bewußt zu werden;
b) mit anderen Menschen zu kommunizieren und aktiver am Leben des Gemeinwesens teilzunehmen ;
c) sich anzupassen an Veränderungen in der sozialen,urbanen und technischen Umwelt und an kommende Veränderungen;
d) ihre eigene Kultur zu vertiefen , was - genauer gesagt - umfaßt: die intellektuellen Fähigkeiten, die Kräfte des Ausdrucks und der Kreativität, die körperlichen Fähigkeiten... .
Der Erfolg dieser Methode liegt in dem Prinzip ANIMATION - PARTIZIPATION - DEMOKRATIE und kann nicht nur durch hervorragende Organisationsarbeit garantiert werden. Erfolg kann sich nur ergeben durch die Kombination der sozialen Kräfte mit einer effektiven Beziehung zwischen intentionaler und funktionaler Animation, d.h. Animation ergibt sich direkt aus dem sozialen Leben,wie es sich gerade entwickelt."

2.2.6. TÄTIGKEITSFELDER FÜR "FREIZEITPÄDAGOGEN" BZW. "ANIMATEURE"

Als vorrangige Tätigkeitsfelder für "Freizeitpädagogen/Animateure"(Sozialpädagogen/Sozialarbeiter in den "jüngeren" Handlungszusammenhängen sozialkultureller Arbeit) lassen sich (nach Durchsicht der einschlägigen Literatur: Popp,R.:...Bd.2....1985,S.120 bzw.226-252 sowie Bd.4...1985) nennen:

- freizeitpädagogische Aspekte in Bereichen der Behinderten-,Sonder-bzw. Heilpädagogik, der Rehabilitation,medizinischen Prävention sowie im Kurbereich;
- freizeitpädagogische Aspekte der "Schulsozialarbeit"(Freizeitbereiche in ganztägigen SChulformen, schulische Freizeitgemeinschaften, Biblio-,Media-, Spielotheken,...);

- Freizeitberatung (in Verbindung mit Jugend-,Familien-,Partner-,Senioren-... -beratung);
- "offene" Formen der Jugendarbeit/Jugendhilfe (pädagogisch betreute Aktiv= spielplätze, Jugendfarmen,Jugend-bzw. Kinderzentren , mobile Animation/ Spielbus/... , Jugend-Kulturarbeit ,...);
- Erwachsenenbildung (Familienbildungsstätten, Bildungsurlaub , Biblio-, Media-,Spielotheken , Gemeinschaftszentren , Geschichtswerkstätten , Kursangebote: "Freizeit-Kulturtechniken" , Hobbytheken, ...);
- Breiten-und Freizeitsport (Sportstättenanimation, mobile Bewegungsanimation, Breitensportangebote , Freizeitparks,"Kinderzirkus",...);
- Sozialurlaub, soziales Reisen, Urlaubs-und Ferienanimation (Ferien-und Urlaubszentren , Feriendörfer, Familienferien, Jugendherbergen, Jugend= austausch, Ferienlager , Ferienprogramme/Ferienspiele , "Urlaub zu Hause", Jugend-,Kinder-,Familienerholungsaktionen , "erlebnispädagogische" Ange= bote,...);
- freizeitkulturelle Gemeinwesenentwicklung (kommunale Sozial-,Kultur-, Bildungsplanung , Selbsthilfegruppenservice und -beratung, Unter= stützung von INitiativgruppen , Mitarbeit in Teams interdisziplinär angelegter Gemeinwesenentwicklungsplanung, ...);
- ...

In diesen freizeitkulturell bezogenen sozialpädagogischen Tätigkeitsbereichen ist in den kommenden Jahren offensichtlich mit w a c h s e n d e m P e r s o n a l b e d a r f zu rechnen (Opaschowski:Einführung...1979, S.120 ff.), während in den traditionell nothilfe-und randgruppenbezogenen Tätigkeitsbereichen der Sozialpädagogik/Sozialarbeit hinsichtlich des Per= sonalbedarfs eine stagnierende bis rückläufige Tendenz zu erwarten ist.

Nach diesen ausgewählten "bedingungsanalytischen" Überlegungen lade ich zur Auseinandersetzung mit Fragen der P L A N U N G (sozial-bzw.)freizeitpädagogischer Infrastruktur ein:

3. PLANUNG

Im Sinne der bisherigen Überlegungen kann die hier zur Diskussion stehende Planungsaufgabe definiert werden als gezielte , wissenschaftlich angeleitete und evaluierte, kontinuierliche ENTWICKLUNGSSTEUERUNG der(sozial-und)freizeitpädagogischen Infrastruktur eines Gemeinwesens im Spannungsfeld zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichem Bedarf.
Die PLANUNG der(sozial-und)freizeitpädagogischen Infrastruktur eines Gemeinwesens stellt damit einen wichtigen , aber bisher zu wenig berücksichtigten Teilaufgabenbereich im Rahmen der gesamten (kommunalen) Entwicklungsplanung dar.
Eine derartige PLANUNG bzw. ENTWICKLUNGSSTEUERUNG erfordert(e) freilich umfassende Kenntnisse über die (sich dauernd wandelnden) Struktur-und Funktionsbedingungen des Systems "(sozial-und)freizeitpädagogische Infrastruktur" (im Bereich eines jeweiligen Gemeinwesens).
Leider können uns die damit befaßten wissenschaftlichen Disziplinen über diese Bedingungen (zumindest vorläufig) sehr wenig Konkretes sagen. (Einige bedingungsanalytische Überlegungen finden sich unter Punkt 2 des vorliegenden Beitrages, ausführlichere Überlegungen in Popp,R.:...Bd.2...1985.)
Noch weniger als mit "bedingungsanalytischen" Fragestellungen hat sich aber sozialwissenschaftliche Forschung bisher mit "handlungstheoretischen" Problemen im Zusammenhang mit der zielgerichteten Beeinflussung freizeitkultureller Bedingungen auseinandergesetzt.
In Anbetracht eines nur sehr lückenhaften Handlungswissens geht es uns - bildhaft gesprochen - wie einem Wanderer, der sich vorsichtig Schritt für Schritt durch einen dichten Wald tastet.
Die PLanung der(sozial-bzw.)freizeitpädagogischen Infrastruktur eines Gemeinwesens, also die planerische Beeinflussung dieses "Systems", wird sich demnach nur sehr p r a g m a t i s c h realisieren lassen.
"Pragmatisch" sollte allerdings nicht als "Handeln ohne zu denken"mißverstanden werden.
"Pragmatische Infrastrukturplanung" meint vielmehr den Verzicht auf ein (zwangsläufig scheinrationales) "umfassendes" Planungskonzept, da ein solches Konzept eben am Fehlen eines umfassenden Überblicks über die PLANUNGSBEDINGUNGEN sowie am Mangel an HANDLUNGS-BZW.STRATEGIEWISSEN scheitern würde.
Ein "pragmatisches" Konzept zur Planung(sozial-bzw.)freizeitpädagogischer Infrastruktur beruht auf dem Prinzip der "ITERATION", der schrittweisen Annäherung an die zu findende Lösung (=möglichst flächendeckende Versorgung eines Gemeinwesens mit jeweils bedürfnis-und bedarfsgerechter sozial-bzw.freizeitpädagogischer Infrastruktur), aufbauend auf die Analyse und (theoriegeleitete) Reflexion der Erfahrungswerte aus den jeweils gesetzten einzelnen PLANUNGSSCHRITTEN.
Dieser "iterative" Prozeß ist immer auch untrennbar mit einem L e r n p r o z e ß aller Beteiligten verbunden,im Rahmen dessen sich BEDÜRFNISSE,WISSENSSTAND und ZIELE der an diesem Planungsprozeß beteiligten Personen immer wieder verändern.
Ein "pragmatisches" Konzept zur PLANUNG (sozial-bzw.) freizeitpädagogischer Infrastruktur kann deshalb auch nicht im vorhinein die zu erreichenden "PRODUKTE" der Planungsaktivitäten festlegen.
Vielmehr muß ein "pragmatisches" Planungskonzept auf dem Hintergrund "theoretischer" Wissensbestände sowie allgemeiner (zwangsläufig "WERT-"BESTIMMTER) PLANUNGSGRUNDSÄTZE das "VERFAHREN" der planerischen Gestaltung (im Spannungsfeld zwischen "technokratischen" und "partizipativ-diskursiven" Planungskonzepten) bestimmen.

Ein "pragmatisches" Planungskonzept ist demnach zwar PRODUKTORIENTIERT , indem die Entwicklung bedürfnisbefriedigender und bedarfsdeckender (sozial-bzw.frei-

zeitpädagogischer Angebote und Einrichtungen angestrebt wird, definiert aber diese "Produkte" zu Beginn des Planungsablaufes zumindest noch nicht sehr detailliert, sondern vertraut darauf,daß bei Einbeziehung der planungsbetroffenen Bevölkerungsgruppe sowie der mit der jeweiligen Planungsaufgabe befaßten Politiker, Beamten und Experten (im Sinne des "PRINZIPS: R E I B U N G") am Ende des Prozesses ein bedürfnis-und bedarfsgerechtes "PRODUKT" steht.

Ein solcher PLANUNGSPROZESS sollte möglichst wenig dem"Zufall" überlassen werden, sondern von Phasen kritischer Reflexion durchsetzt und wissenschaftlich begleitet sein.

Für die angemessene Lösung der meisten Aufgaben im Bereich der Planung (sozial-bzw.) freizeitpädagogischer Infrastruktur fehlen vielfach die entsprechend wirkungsvollen "PLANUNGSINSTRUMENTE" und zwar sowohl in "struktureller" (= keine räumlich-materiellen Strukturen,keine funktionierenden Entscheidungs-und Verwaltungsstrukturen,...) als auch in "personeller" Hinsicht (=wenig einschlägig qualifiziertes Personal).

Das hat eine Reihe von Nachteilen aber immerhin auch den Vorteil , daß man sich bei der Realisierung (sozial-bzw.)freizeitpädagogisch bezogener Planungsarbeit nicht unbedingt in eingefahrenen Spuren bewegen muß.

3.1. FREIZEITPÄDAGOGISCHE INFRASTRUKTUR - EIN SUBSYSTEM DER GESAMTEN KOMMUNALEN INFRASTRUKTUR

Um aus der Gesamtmenge sämtlicher kommunaler Einrichtungen die FREIZEIT-Einrichtungen "herausfiltern" zu können,erscheint es vorerst nötig,ein KATEGORISIERUNGSSCHEMA für kommunale Einrichtungen zu finden.

Ein Überbegriff für Einrichtungen,mit dem sowohl privatwirtschaftliche als auch öffentliche Einrichtungen umschrieben werden können, ist der Begriff der INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN.

Nach Kraft,J. und Meyer,M.(1966,S.777) lassen sich Infrastruktureinrichtungen folgendermaßen definieren:
"Infrastruktur oder Grundausrüstung ist der Oberbegriff für alle öffentlichen und quasi-öffentlichen Einrichtungen und Dienste. Sie sind in der Mehrzahl der individuellen Daseinsvorsorge nicht überantwortet,weil sie nach Herkommen, Übung und allgemeiner Erwartung am besten durch gemeinschaftliches Vorgehen bereitgestellt werden können."

Nach einer konkretisierten Auflistung der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen, wie sie etwa von Marx,D.(1968,S.19 f.) oder von Köhl/Turowski(1976) vorgestellt werden, gilt es,"FREIZEITEINRICHTUNGEN" herauszufiltern (,wobei hier auf die "materielle" Infrastruktur eingeschränkt werden soll).

Als "Freizeiteinrichtungen" sollen solche Einrichtungen gelten,die ganz oder vorwiegend der Ausübung von Freizeitaktivitäten bzw. von "freizeitbezogenem Handeln" dienen.(Zur Definition von "Freizeitaktivitäten" bzw. "freizeitgezogenem Handeln" siehe in Popp,R.:...Bd.3...1985,S.160 ff.)

Im folgenden werde ich eine Liste von Infrastruktureinrichtungen vorstellen, bei der die bereits "herausgefilterten" FREIZEITEINRICHTUNGEN UND - ANLAGEN im Punkt 3.1.9. zusammengefaßt sind. (Die "freizeitpädagogischen" Infrastruktureinrichtungen finden sich dabei unter Gruppe C.)

Einige der genannten Einrichtungen sind auch in MOBILER Form möglich (z.B.: Spielbus,Bücherbus,Medienbus,mobile Galerie,...).

3.1.1. ERSCHLIESSUNGSANLAGEN

1. Straßen und Plätze
2. Grünanlagen
3. Wasserversorgungsanlagen
4. Fernwärmeversorgungsanlagen
5. Straßenbeleuchtungsanlagen
6. Entwässerungsanlagen

3.1.2. VERKEHRSBETRIEBE UND - ANLAGEN

3.1.3. ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN DER ENTSORGUNG UND ABFALLBESEITIGUNG
1. Einrichtungen für Müllabfuhr,-lagerung und -beseitigung
2. Bedürfnisanstalten

3.1.4. ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN DES HANDELNS,DER PRODUKTION,DER GEWERBE-FÖRDERUNG U.Ä.
1. Märkte und Markthallen
2. Schlacht-und Viehhof
3. Ausstellungshallen
4. Geschäfte
5. Produktionsstätten
6. Büros
7. Sparkassen,Banken

3.1.5. ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN DER ALLGEMEINEN VERWALTUNG
1. Rathaus,sonstige Verwaltungsgebäude und -einrichtungen
2. Gemeindehaus,Tagungs-,Kongreßzentrum,...
3. Feuerwehr , Rettungsdienst
4. Bauhöfe
5. Gemeindegärtnerei
6. Werk-und Dienstwohngebäude

3.1.6. ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN DER GESUNDHEITSPFLEGE
1. Krankenhaus
2. Mutter-,Säuglings-,Gesundheitsberatungsstellen
3. Erholungsheime

3.1.7. SCHULEN,"VORSCHULEN",KINDERGÄRTEN,HORTE
1. Kindergärten , "Vorschulen", "Krabbelstuben"
2. Horte,Tagesheimstätten,ganztägige Schulformen
3. Schulen: Volks-,Hauptschulen,Polytechnische Lehrgänge; allgemein-und berufsbildende mittlere und höhere Schulen; Sonderschulen
4. Akademien
5. Hochschule, Universität

3.1.8. SOZIALE DIENSTE,EINRICHTUNGEN UND ANLAGEN DER PSYCHO-SOZIALEN VERSORGUNG
Gruppe A:
1. Säugling-und Kinderheime; Mutter-Kind-Heime; Frauenhäuser;...
2. Jugenderziehungsheime, betreute Jugendwohngemeinschaften u.dgl.

Gruppe B:
1. Altersheime,Altenwohnungen
2. Pflegeheime
3. Obdachlosenheime,Notschlafstellen,...

Gruppe C:
1. Krisenberatungsstellen
2. Therapeutische Praxen

3.1.9. FREIZEITKULTURELLE EINRICHTUNGEN UND -ANLAGEN (Anlagen und Einrichtungen zur Erholung und Unterhaltung,des Sports,der freizeitkulturellen Bildung, des Gastgewerbes und des Fremdenverkehrs)
Gruppe A:
1. Parkanlagen und Freigelände
2. Kinder-,Jugend-und Familienspielplätze
3. Kleingartengelände
4. Frei-und Hallenbäder
5. Spazier-und Fahrradwege

Gruppe B:
1. Turn-und Sporthallen
2. Sportplätze
3. Stadion
4. Fitsportanlagen (Minigolfanlage,Kegelbahn,Fitnessparcour,Ballspiel=anlage,...)
5. Eislauf-,Tennis-,Squashanlagen u.dgl.

Gruppe C:
1. Freizeitkulturelle Bildungs-und Begegnungsstätten/-zentren (Jugend-, Kinder-,Familien-,Senioren-,Stadtteil-,Hobby-,Medien-,Kreativ-... -zentren)
2. Stätten für Erwachsenen(weiter-)bildung und außerschulische Jugend=bildung
3. Vereinshaus, Vereinsversammlungs-und -veranstaltungsräume
4. Biblio-,Media-,Hobby-,Spielothek

Gruppe D:
1. Theater-,Konzert-,Vortrags-,Tagungs-,...-gebäude
2. Kinos
3. Heimathaus,Galerie,Museen,Tiergarten,...
4. Sehenswürdigkeiten

Gruppe E:
1. Fremdenverkehrsberatungs-und -informationsstellen
2. Reisebüros
3. Beherbergungsbetriebe
4. Jugendherbergen
5. Campingplätze
6. Gasthäuser,Cafe's , Bars,Diskotheken,...

3.1.10. ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN DER KULTUSPFLEGE
1. Kirchen,Kapellen,...
2. Friedhöfe (inkl.Leichenhaus,Krematorium,...)

(Eine andere Aufteilung - unter Einbeziehung auch der Perpherie einer Kommune - findet sich in Agricola:Freizeit...1982,S.23.)

3.2. EINIGE PRINZIPIEN PARTIZIPATIVER INFRASTRUKTURPLANUNG

3.2.1. AUFHEBUNG DER ZERSPLITTERUNG - BEI ERHALTUNG DER METHODISCHEN VIELFALT

Die wohl v o r d r i n g l i c h s t e Aufgabe wirkungsvoller (sozial- bzw.)freizeitpädagogischer Infrastruktur besteht darin , die vielfache Z e r s p l i t t e r u n g dieses Planungsbereichs tendenziell aufzu=heben.
Dabei muß allerdings die Vielfalt der methodischen Formen und Ansätze unbe=dingt erhalten bleiben und sollte jede unnötige "Hierarchisierung" und "Bürokratisierung" vermieden werden.

3.2.2. DISKURSIVER PLANUNGSPROZESS - "PRINZIP: REIBUNG"

Der Planungsprozeß darf nicht "technologisch" sondern muß unbedingt "d i s k u r s i v" angelegt sein, d.h.: Nicht irgendwelche vom jeweiligen Lebens-und Problemzusammenhang "abgehobene" "Experten" finden die Lösungen sondern die Lösungsansätze entwickeln sich im Verlauf eines " A U S = H A N D L U N G S P R O Z E S S E S " aller Planungsbeteiligten ("Betrof=fene" zuständige Fachbeamte,Politiker) unter Koordination der partizi=pationsorientierten Projektentwicklungsexperten. Schlagwortartig könnten wir von einem "PRINZIP: R E I B U N G" sprechen!

Der Planungsprozeß muß ausdrücklich als L e r n p r o z e ß angelegt werden, beschreiten doch - in Anbetracht fehlender Informationen und Erfahrungen - die Planungsbeteiligten zwangsläufig über weite Strecken "Neuland".

3.2.3. PARTIZIPATIVE PLANUNG ALS "POLITISCHE BILDUNG" ; "ANEIGNUNG"

Im Kontext partizipativ-diskursiver Planung besteht die Aufgabe der "Experten" nicht darin , " f ü r " die Betroffenen zu handeln sondern in der A N I M A T I O N der jeweils problembetroffenen Bevölkerungsgruppen , die Befriedigung ihrer (freizeitbezogenen) Bedürfnisse selbst in die Hand zu nehmen. Während "technologische" Planung die "Betroffenen" auf die Rolle von"Konsumenten" der von den "Experten" ausgeklügelten Einrichtungen und Angebote reduziert,ist "diskursive" und partizipative Planung an der "AKTIVIERUNG" , ja letztlich an der "POLITISIERUNG" der Betroffenen interessiert.
Partizipativ angelegte freizeitkulturelle Infrastrukturplanung ist somit immer auch "politische Bildung" und zwar in einer sehr elementaren Form als "LERNEN DURCH BEDÜRFNISORIENTIERTE A N E I G N U N G RÄUMLICH-MATERIELLER UMWELT".
Dieser "Aneignungs-"Aspekt wird in Popp,R.:...Bd.2...1985,S.39 ff. genauer behandelt.

Ich habe in langjähriger konkreter Projektentwicklungsarbeit den Eindruck gewonnen, daß nicht zuletzt die Vernachlässigung gerade der oben angesprochenen "mikrostrukturellen" bzw. "elementaren" Anteile kommunaler Entwicklungsplanung gut gemeinte B e t e i l i g u n g s k o n z e p t e in der Praxis oft scheitern läßt.
Bildhaft ausgedrückt versuchen Politiker und planerisch tätige Fachbeamte viel zu oft,den zweiten Schritt vor dem ersten zu setzen!

3.2.4. NOTWENDIGER DISKURS ZWISCHEN (SOZIAL-BZW.FREIZEIT-)PÄDAGOGEN UND ARCHITEKTEN/STADT-BZW.RAUMPLANERN

Für die umfassende Realisierung partizipativ angelegter freizeitkultureller Infrastrukturplanung wird es allerdings nicht genügen , die (im Punkt 3.2.3. weiter oben in diesem Beitrag) angesprochenen "mikrostrukturellen" Planungsaufgaben (,welche vor allem in den Kompetenzbereich von Sozial- bzw. Freizeitpädagogen fallen,) einfach "nach unten hin" , quasi additiv, an herkömmliche Planungspraxis anzufügen.

Vielmehr würde p a r t i z i p a t i v e Gemeinwesen-Entwicklungsplanung umfassende V e r ä n d e r u n g e n der herrschenden Praxis (kommunaler) Entwicklungsplanung erfordern, was wiederum mit der Notwendigkeit erheblicher Wandlungsprozesse auf der Ebene planungsbezogener Forschung und Wissenschaft verbunden ist.

Die mit solchen Wandlungsprozessen verbundene Einstellungsänderung bei den befaßten Experten darf freilich nicht nur von Planern und Architekten verlangt werden. Gerade auch von den Sozialwissenschaften bzw. von den Sozialwissenschaftern müßte mehr Energie darauf verwendet werden,stadtplanungsbezogenes Grundlagen-und Handlungswissen zu produzieren,um so aus einer kompetenten" Position heraus in einen kritisch-konstruktiven Dialog mit der Architektur-bzw.Planungswissenschaft und -praxis treten zu können.

Von einem um soziale Aspekte erweiterten und sozialwissenschaftlich angeleiteten P l a n u n g s v e r s t ä n d n i s , von einer "dynamischen Entwicklungsplanung" (Lenort) bzw. von einer "sozial verantwortlichen Planung" (Laage) sind wir freilich heute noch weit entfernt.

3.2.5. QUALIFIZIERTE PERSONALVERSORGUNG

"Diskursive" und "partizipative" Planung kann sich freilich nicht mit moralischen Apellen begnügen und , wenn diese Apelle nichts nützen, die "Schuld" für fehlende Aktivität und Partizipation den "Betroffenen" zuschieben! (Z.B.: "Ihr habt doch alle Chancen zur sinnvollen Gestaltung dieser oder jener Entwicklung und zum Engagement. Wenn Ihr diese Möglichkeiten nicht nützt , seid Ihr selber schuld!")

AUSHANDLUNG , DISKURS und PARTIZIPATION müssen vielmehr schrittweise g e l e r n t werden!

Dies erfordert pädagogisch angeleitete BERATUNG,UNTERSTÜTZUNG und ANIMATION!

"Diskursive" und "partizipative" Planung ist also in der Regel ohne sozial- und freizeitpädagogisch ausgebildete und erfahrene "Entwicklungshelfer" nicht denkbar.

Qualifizierte Personalversorgung widerspricht übrigens keineswegs dem Prinzip der "Selbstverwaltung",wie dies gelegentlich befürchtet wird, sondern ermöglicht in vielen Fällen erst Formen der eigenständigen "Ver= waltung" sozial-bzw.freizeitpädagogischer Einrichtungen und Angebote. Vielfach ist es in Anbetracht herrschender Sozialisationsbedingungen je= weiligen"Nutzergruppen"nämlich nur mit Hilfe speziell ausgebildeter Päd= agogen möglich,

- die erwünschte ANGEBOTSSTRUKTUR durch entsprechend "disruptive Strategien" (Specht,1971) überhaupt bei politischen Entscheidungsträgern sowie gegen= über Ämtern und Behörden (und vielfach auch gegenüber "Anrainern" und einer meist vorurteilsbelasteten "Öffentlichkeit") durchzusetzen und diese finanziell und politisch zu sichern;
- eine angemessene Verbindung von KOOPERATION und PARTIZIPATION einerseits und funktionsfähiger , wirkungsvoller ORGANISATION DER SELBSTVERWALTUNG andererseits herzustellen;
- "SOZIALE TEILNAHMEBARRIEREN" durch aktive und bewußte GESTALTUNG DER AN= GEBOTE zu durchbrechen und so auch bisher b e n a c h t e i l i g t e Bevölkerungsgruppen an der Nutzung dieser Angebote zu beteiligen;
- das breite Spektrum von Nutzungsmöglichkeiten der jeweiligen Ein= richtungen/ANgebote k e n n e n z u l e r n e n und unter kompe= tenter Anleitung zu e r p r o b e n sowie
- aktuelle intrapersonelle und Beziehungs-Konflikte sowie Probleme im Umgang mit Polizei,Gerichten und Ämtern,Behörden,... oder Schwierig= keiten in Schule und Beruf persönlich befriedigend und realitätsange= messen zu lösen.

3.2.6. PARTIZIPATIVE PLANUNG ALS PERMANENTER AUSHANDLUNGS-UND LERNPROZESS

Partizipative und diskursive Planung ist unweigerlich mit den Strapazen eines permanenten Aushandlungs-und Lernprozesses verbunden. Ziele,Methoden und Positionen sind immer wieder von Veränderungen "be= droht".

"Kontrolle" ist nur dann möglich , wenn sich der "Kontrolleur" der Dynamik der Teilnahme am Prozeß aussetzt,wodurch er sich aber der Aus= einandersetzung mit den übrigen Planungsbeteiligten nur mehr schwer ent= ziehen kann.

"Technologische" Planung ist gewiß weniger anstrengend,geht aber dafür oft genug an den Bedürfnissen der Planungsadressaten vorbei. (Folge:All die "sündteuren" Einrichtungen,die so schön ausschauen aber von den Betrof= fenen schließlich"nicht angenommen"werden.)

"Diskursive" und "partizipative Planung ist mühevoll,ist vielfach von Kon= flikten begleitet,dauert meist länger und ganz genau kann zu Beginn keiner sagen,was zum Schluß herauskommt.
Dafür ist es aber ziemlich sicher, daß das "Produkt" der Planung denen ge= fällt,die es selbst"hergestellt" und dabei auch noch eine Menge gelernt haben.

3.2.7. "KLÄRUNG DER BEDÜRFNISLAGE"

Im Mittelpunkt unseres PLanungsverständnisses steht also die möglichst weit= gehende PARTIZIPATION der jeweils problembetroffenen Bevölkerungsgruppen und damit die Orientierung an den B e d ü r f n i s s e n dieser.

Im Sinne eines prozeß-und handlungsbezogenen "BEDÜRFNIS-"Begriffes,wie er in Popp,R.:...Bd.2...1985,S.61 ff. genauer diskutiert wird,sowie im Rahmen eines pädagogisch-planerischen Handlungs-bzw.Erkenntnisinteresses geht es dabei nicht so sehr um die bloße "ERHEBUNG" der Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen sondern eben um die diskursiv - handlungsorientierte "KLÄRUNG DER BEDÜRFNISLAGE" einer jeweils planungsbetroffenen Gruppe von Menschen im Kontext partizipativ angelegter PROJEKTENTWICKLUNGSARBEIT.
Nicht so sehr die Feststellung " d e r " Bedürfnisse von planungsbe=troffenen Personen interessiert also sondern eben die prozeßbezogene, handlungsorientierende und handlungsvorbereitende KLÄRUNG DER BEDÜRFNIS=LAGE einer jeweils k o n k r e t e n Gruppe von Menschen , die von einem jeweils k o n k r e t e n Problem in einem jeweils k o n k r e t e n (räumlich-zeitlichen) Lebenszusammenhang b e t r o f f e n ist.
"Daten" , wie sie als Ergebnisse thematisch einschlägiger empirischer Unter=suchungen (z.B.:"Freizeitwünsche","Freizeitaktivitäten",...) zur Verfügung stehen,können in diesem Klärungsprozeß durchaus gewisse allgemeine Tendenzen aufzeigen und - wie eine Reihe von anderen "Daten" auch - im handlungs=orientierenden und handlungsvorbereitenden Diskurs zur Verhandlung gelangen.

Im Gegensatz zu "technologischer" Expertenplanung geht es aber im Zusammen=hang p a r t i z i p a t i v e r Planungsprozesse eben n i c h t da=rum, jeweils problembetroffene Bevölkerungsteile zu ihren aktuellen planungs=relevanten "Bedürfnissen","Wünschen","Interessen",...zu b e f r a g e n , um dann auf der Basis der Befragungsergebnisse Umwelt f ü r die "Be=troffenen" zu verändern,sondern um die Herstellung b e d ü r f n i s b e = f r i e d i g e n d e r U m w e l t b e d i n g u n g e n (soziale und räumlich-materielle Umwelt) im Laufe eines mehr oder weniger langen PLanungs-/Lernprozesses , der vom Planer/Pädagogen/... g e m e i n = s a m m i t den konkret Planungsbetroffenen getragen wird.

3.2.8. FREIZEITPÄDAGOGISCHE INFRASTRUKTURPLANUNG IM KONFLIKTFELD ZWISCHEN PARTI=ZIPATION, PROFITINTERESSEN und "TECHNOKRATISCHEM" HERRSCHAFTSINTERESSE

Die Notwendigkeit wachsender Planungs-und Verwaltungspartizipation breiter Bevölkerungskreise und damit die Einbeziehung der partizipierenden Gruppen in Planungs-und Verwaltungsabläufe steht allerdings (auf der kommunalen Ebene) wiederum dem Interesse kleiner profitorientierter Bevölkerungs=gruppen (Wirtschaftsunternehmen,Haus-und Grundeigentümer, Bau-und Siedlungs=gesellschaften bzw. -genossenschaften,...) und letztlich auch dem Herr=schaftsinteresse "technokratischer" Beamter im staatlichen Administrations=apparat entgegen.
Planungs- und Verwaltungspartizipation ist ja ohne " p o l i t i = s i e r e n d e L e r n e r f a h r u n g e n " der "Betroffenen" nicht denkbar.
Die Interessen an der"Maximierung von Profit" bzw. an der "Aufrechter=haltung technokratischer Herrschaftsstrukturen" können sich dagegen um so besser durchsetzen , je mehr für sozial-bzw. freizeitpädagogische Hand=lungsfelder die Illusion aufrecht erhalten werden kann, es handle sich dabei vorwiegend um " p r i v a t e " , "u n p o l i t i s c h e" Lebens=bereiche, wodurch freilich die Ursachen für reale Benachteiligungen und Mißstände v e r s c h l e i e r t bleiben.
Jene Politiker (insbesondre auf der kommunalen Ebene) , die sich über alltagspolitische Problemlösungsverfahren und routinemäßiges Konflikt=management hinaus den Blick für wichtige Fragen mittel-bis langfristiger Zukunft offen gehalten haben, kommen in dieser Situation unvermeidlich in eine sehr schwierige Lage:

E i n e r s e i t s ist die Planungs-und Verwaltungspartizipation breiter Bürgergruppen zu fördern und damit sowohl der BEDARF des politisch-administrativen Systems abzudecken als auch "Massenloyalität" durch Befriedigung subjektiver BEDÜRFNISSE zu sichern ,
a n d e r e r s e i t s ist diesen Partizipationsbemühungen spätestens dann entgegenzutreten,wenn dadurch die Profitinteressen der "intermediären" Kräfte in umfangreicherem Maße behindert werden und/oder wenn die Widerstände des technokratisch organisierten Beamtenapparats zu stark werden.

Das zentrale Konfliktfeld innerhalb des "Marktes":sozial-und freizeitpädagogische Infrastruktur scheint sich also zwischen den Polen der BEDÜRFNIS-UND BEDARFSGERECHTEN PARTIZIPATION an alltags-bzw. freizeitbezogenen Planungs-und Verwaltungsproblemen einerseits und des PROFITINTERESSES privatwirtschaftlich tätiger Unternehmungen bzw. des "TECHNOKRATISCHEN" HERRSCHAFTSINTERESSES eines"obrigkeitsstaatlich" organisierten Verwaltungsapparates andererseits immer ausgeprägter zu entwickeln.

In Anbetracht des erheblichen Einflusses dieser (technokratischen bzw. profitorientierten) Gruppen in (kommunal-)politische Entscheidungszusammenhänge kommt auch der "problembewußte"(Kommunal-)Politiker in den Zwang zu einer "B a l a n c e p o l i t i k"(u.a. im Sinne von Böhnisch: 1982, S. 67 ff.).

Da also partizipative Infrastrukturplanung zwangsläufig von den Vertretern des "Profitinteresses" bzw. eines "technokratischen Herrschaftsinteresses" bedroht ist, sind derartige Planungsprozesse notwendig von einer Reihe von KONFLIKTEN begleitet. (Zur Frage des Umgangs mit solchen Konflikten siehe genauer in Popp,R.:...Bd.2...1985,S.102 ff.)

3.2.9. NOTWENDIGE WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG

In Anbetracht der Neuartigkeit der meisten Handlungsansätze im Bereich freizeitkulturell orientierter Politik/PLanung empfiehlt sich die
w i s s e n s c h a f t l i c h e B e g l e i t u n g der Planungsprozesse.
Zu diesem Zweck habe ich ein problem-und gegenstandsangemessenes Konzept der praxisrelevanten EVALUATION innovativer sozialer Prozesse (insbesondre auch partizipativ angelegter Planungsprozesse) entwickelt. (Ausführlicher in Popp,R.:...Bd.3...1985.)

Den methodologisch-methodischen Begründungszusammenhang dieses Konzeppts bezeichne ich als "handlungsorientierte Evaluationsforschung".

"HANDLUNGSORIENTIERTE EVALUATIONSFORSCHUNG" vereinigt Elemente der "Handlungsforschung" und der "Evaluationsforschung" (besonders der"formativen Prozeß-evaluation"),vollzieht alle Phasen der Innovationsentwicklung, -implementation, -evaluation und -revision i n d e r P r a x i s , erfordert die aktive TEilnahme des Forschers/Planers/Pädagogen/... am jeweiligen Veränderungsprozeß (Prinzip der "TEILNEHMENDEN VERÄNDERUNG") und ist damit die "radikalste" Ausprägungsform von"Evaluationsforschung".

Der WIRKUNGSBEREICH "handlungsorientierter Evaluationsforschung" liegt vor allem in der theoriegeleiteten UNterstützung und Begleitung innovativer sozialer Entwicklungsarbeit (Projektentwicklung, Strategieentwicklung,...) mit deutlicher Beschränkung auf ü b e r s c h a u b a r e Handlungsfelder.

"Handlungsorientierter Evaluationsforschung" geht es also nicht nur um die "Analyse" sondern gerade auch um die "Veränderung" ihres jeweiligen Gegenstands.

3.2.10. VERLAUFSSTRUKTURMODELL EINES WISSENSCHAFTLICH BEGLEITETEN PLANUNGSPROZESSES

Das im folgenden in geraffter Form vorgestellte Verlaufs-Struktur-Modell für partizipative und wissenschaftlich begleitete Planungsprozesse wurde auf dem Hintergrund von umfangreicher Literaturanalyse einerseits und der Reflexion eigener langjähriger Projektentwicklungs-und PLanungserfahrungen andererseits erarbeitet.
Das vorgestellte Modell ist das Ergebnis umfangreicher Bemühungen, den Planungs-und Handlungsanforderungen im Spannungsfeld zwischen den Polen systematischer und ergebnisorientierter Planung und Handlung als Erfordernis handlungsorientierender und handlungsvorbereitender Ziel-Mittel-Wirkungs= analyse einerseits und der Offenheit und Flexibilität als Ausdruck der weit= gehenden Berücksichtigung von Bedürfnissen,Interessen und Vorstellungen der Planungsbetroffenen andererseits gerecht zu werden:

PHASE I: Vorbereitung und Innovationsplanung:

1. Erarbeitung allgemeiner Kenntnisse und Wissensbestände zum For= schungs-bzw. Planungsgegenstand sowie zum Forschungs-bzw. Pla= nungskonzept.
2. Eingrenzung des Forschungs-bzw.Planungsfeldes und KOntaktaufnahme mit einer Gruppe von "Problembetroffenen".

PHASE II:Kooperation und Innovationsrealisierung

A. Handlungsstrang I:
   1. Problem:
      a) Problem-und Bedingungsanalyse
      b) Problemformulierung
      c) Problemevaluation
   2. Ziel:
      a) Zielanalyse
      b) Zielformulierung
      c) Zielevaluation
   3. Handlung:
      a) Realisationsplanung
      b) Realisationsversuch
      c) Realisationsevaluation
      d) E N T S C H E I D U N G über Beendigung des Projekts - dann Übergang zu Phase III - oder Weiterarbeit - dann Übergang zu nächstem Handlungsstrang

B. Handlungsstrang II:
   1. Problem:
      ...
   2. Ziel:
      ...
   3. Handlung:
      ...
      d. Entscheidung...

C. Handlungsstrang III:
   ...
   ...
   ...

PHASE III:Gesamt-bzw.Kontextevaluation (nach Projektbeendigung):

A. Historisch-genetische,illuminative "Deskription" des Projektverlaufs:
   Rekonstruktion und kritische Reflexion der relevanten Ent= wicklungsschritte der Phasen I und II ; abschließende Ziel- (Mittel-) Wirkungsanalyse ; Bewertung der gesamten Innovations= s t r a t e g i e ; Planung der weiteren (katalytischen) Ar= beit;...

B. Bedingungsanalytische Kontextevaluation:
"Collage" ausgewählter bedingungsanalytischer Materialien aus dem Projektverlauf ; verallgemeinernde "Bedingungsanalyse" des Problemzusammenhangs; Beurteilung des Stellenwerts der berücksichtigten "Gegenstandstheorien" im handlungsorientierten und handlungsorientierenden"Diskurs"; ...

C. Theoretische Begründung des Forschungskonzepts:
Offenlegung der methodologischen und (forschungs-)methodischen Voraussetzungen der handlungsorientierten Evaluation des partizipativen Planungsprozesses;...

(Ausführlicher dazu in Popp,R.:...Bd.3...1985,S.112 ff.; eine sehr detaillierte Deskription des eigenen Erfahrungshintergrunds findet sich in Popp,R.:...Bd.1... 1985 .)

3.3. ZWISCHENZUSAMMENFASSUNG

Durch die bisherigen Ausführungen (besonders unter Punkt 3. aber auch unter Punkt 2.2.3.) sollte u.a. klar geworden sein , daß sich den Verzicht auf F R E I Z E I T P L A N U N G im Sinne der zielgerichteten Gestaltung der Bedingungen für bedürfnis-und bedarfsgerechte freizeitkulturelle Infrastruktureinrichtungen und -angebote "nur diejenigen leisten können,die schon immer mit Freizeitgütern reich gesegnet waren"(Kohl:...1976...S.145).
Die Aufrechterhaltung der Illusion eines "politik-und herrschaftsfreien" quasi "privaten" Freizeitbereichs dient in erster Linie der Aufrechterhaltung umfangreicher Kommerialisierung bzw. Bevormundung der "Freizeitkultur" durch profitorientierte bzw. technokratische Kräfte.
"FREIZEIT" und "PLANUNG" sind also (auch oder sogar gerade im Kontext eines partizipativen Planungsverständnisses) k e i n e s w e g s Gegensätze: dies insbesondre dann,wenn die "PLANUNGSLEITENDEN INTERESSEN" auf mehr Chancengleichheit bei der"Nutzung" (sozial-bzw.)freizeitpädagogischer Infrastruktur durch die Berücksichtigung der freizeitbezogenen Bedürfnisse breiter Bevölkerungskreise gerichtet sind und wenn "Planung" sich nicht der "Partizipation" und damit der "Emanzipation" betroffener Gruppen der Bevölkerung verschließt.

Freizeitpädagogische Infrastrukturplanung "dient in ihrer Zielrichtung aber nicht lediglich dem Abbau vorhandener Benachteiligungen großer Bevölerungsgruppen,sondern der notwendigen Verbesserung der Lebensumstände"der nicht "vorwiegend berufsbezogenen" (schulbezogenen) "Zeit insgesamt" (ebd.); eine Zielsetzung , die sich im Kontext einer zunehmend beobachtbaren tendenziellen"Wertverschiebung" von vorwiegend einkommens-und konsumorientierten Werten hin zu "zentralen Werten" wie "Lebensqualität" und "Selbstverwirklichung" auf die Schaffung der entscheidenden Voraussetzungen "für die Sicherung der Rahmenbedingungen des erreichten Produktivitätsniveaus (durch Bildung,Gesundheitsvorsorge, Wohnmilieu,Verkehr etc.)" (ebd.) richtet.

Freizeitpädagogische Infrastrukturplanung ist ein notwendiger aber derzeit noch sehr unterentwickelter Bestandteil jeder Gemeinwesen-Entwicklungsplanung.

Dabei wird es - u.a. im Zusammenhang mit der bisher angesprochenen PARTIZIPATIONSPROBLEMATIK - immer nötiger , herkömmliche "INSTRUMENTE" der Kultur-, Sozial-bzw.Bildungspolitik bzw. -planung (vor allem RECHTLICHE und ÖKONOMISCHE "Instrumente") um "SOZIALÖKOLOGISCHE" (dynamische Infrastruktur-Steuerung), "(SOZIAL-)PÄDAGOGISCHE" (Animation, Projektentwicklungsarbeit,katalytische Projektbegleitung,...) und "SOZIALWISSENSCHAFTLICHE" (handlungsorientierte Evaluation,...) I N S T R U M E N T E zu ergänzen.

3.4. EINIGE KONKRETE EMPFEHLUNGEN FÜR FREIZEITPÄDAGOGISCHE INFRASTRUKTURPLANUNG [3)]

Unter besonderer Berücksichtigung freizeitpädagogischer Infrastruktur können - im Sinne der bisherigen Überlegungen - für eine mittel-bis kurzfristig konzipierte kommunale (sozial- bzw.)freizeitpädagogische Infrastrukturplanung folgende Empfehlungen gegeben werden:

3.4.1. Sowohl aus finanziellen Gründen als auch aus Gründen der notwendigen Sorgfalt und Behutsamkeit bei der Entwicklung von (sozial-bzw.)freizeitpädagogischer Infrastruktur unter BETEILIGUNG DER BETROFFENEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN ist es kurz-bis mittelfristig sinnvoll,sich auf den Aufbau einer BEGRENZTEN ANZAHL von " M O D E L L P R O J E K T E N " zu beschränken. (Projekte,die eines Tages wirklich von den "Betroffenen" weitgehend selbstorganisiert betrieben werden sollen,können nicht ohne weiteres "aus dem Boden gestampft" werden. Ohne längerfristig angelegte begleitende Beratung und Animation wird ein echter Erfolg höchstens zufällig erzielbar sein.)

Diese MODELLPROJEKTE
- müssen bei den konkreten BEDÜRFNISSEN betroffener Bevölkerungsgruppen ansetzen ("Klärung der Bedürfnislage"),
- sollen auf bereits VORHANDENEN ANSÄTZEN (Initiativen,...) aufbauen,
- sollen möglichst hohe REALISIERUNGSCHANCEN haben,
- sollen verschiedenste AUSPRÄGUNGSFORMEN und HANDLUNGSANSÄTZE moderner Sozial-und Freizeitpädagogik aufgreifen (Vielfalt) und
- müssen unbedingt WISSENSCHAFTLICH BEGLEITET werden (Dokumentation, UNtersuchung von "exemplarischen" Aspekten, Mitarbeiterberatung,begleitende Kontrolle, "handlungsorientierte Evaluation",...).

Als MODELLPROJEKTE , die jeweils von einer "INNOVATIONSAGENTUR" unter Beteiligung interessierter Bevölkerungsgruppen aufgebaut werden sollen,bieten sich an:

3.4.1.1. Exemplarische Ausprägungsformen von "STATIONÄREN" sozial-bzw.freizeitpädagogischen Infrastruktureinrichtungen (unter besonderer Berücksichtigung "freizeitkultureller" Angebote):
- o Jugend-und KInderzentren
- o Seniorenzentren
- o Familien-bzw.Eltern-Kind-Zentren
- o Aktivspielplätze; Jugendfarmen
- o Spielotheken/Spielhäuser
- o Biblio-bzw. Mediatheken
- o offene Werkstätten
- o museumspädagogische Einrichtungen
- o Fitness-und Breitensportzentren
- o offene Musikproberäume
- o (kommunikative) Hallen-u.Freibäder

3.4.1.2. Exemplarische Ausprägungsformen "MOBILER ANIMATION" (als Vorbereitung, Ergänzung und Unterstützung "stationärer" Angebote):
- o Stadt(teil)erkundungsspiele
- o Fahrradwegenetz-Belebung
- o Wochenend-,Urlaubs-und Ferienservice
- o Sportmobil
- o Medienbus
- o Werk-und Malmobil
- o Stadtteil-und Nachbarschaftsfeste

---

3) Die folgenden Seiten des vorliegenden Beitrags basieren auf einem Tagungspapier, das ich 1985 gemeinsam mit Marianne Schwab,Salzburg,erarbeitet habe.

3.4.1.3. Entwicklung von "NETZWERK-SYSTEMEN" mit den Zielen:
= Koordination sozial-und freizeitpädagogischer Dienste
= Bewohneraktivierung
= Aufbau von "sozialen Selbsthilfesystemen" (Abkehr von vorwiegend "reaktiven",voll professionalisierten, zentralistisch und "technokratisch" organisierten Formen sozialer bzw. sozio-kultureller Arbeit; allerdings nicht nur unter dem Gesichtspunkt der "Verbilligung" sozialer Dienste: Notwendigkeit angemessener Honorierung!).

3.4.2. Bei der Entwicklung der genannten Modellprojekte muß vor allem auch auf die Erarbeitung bedürfnis-und bedarfsgerechter "PLANUNGSINSTRUMENTE" größter Wert gelegt werden.
In diesem ZUsammenhang sind u.a. die Kompetenzen,Aufgaben und LEISTUNGSBEREICHE für die "behördlichen" Instanzen einerseits und die "selbstorganisierten" Trägervereinigungen andererseits genau zu bestimmen.
Die Entwicklung von "EFFEKTIVITÄTSKRITERIEN" wird ein wichtiger Teilaspekt in diesem Problemkreis sein müssen!

3.4.3. Besonderer Wert ist auch auf die (möglichst "selbstorganisierte")Koordination und Kooperation der Trägerorganisationen sozial-bzw. freizeitpädagogischer Einrichtungen und Angebote zu legen ("VERNETZUNG").

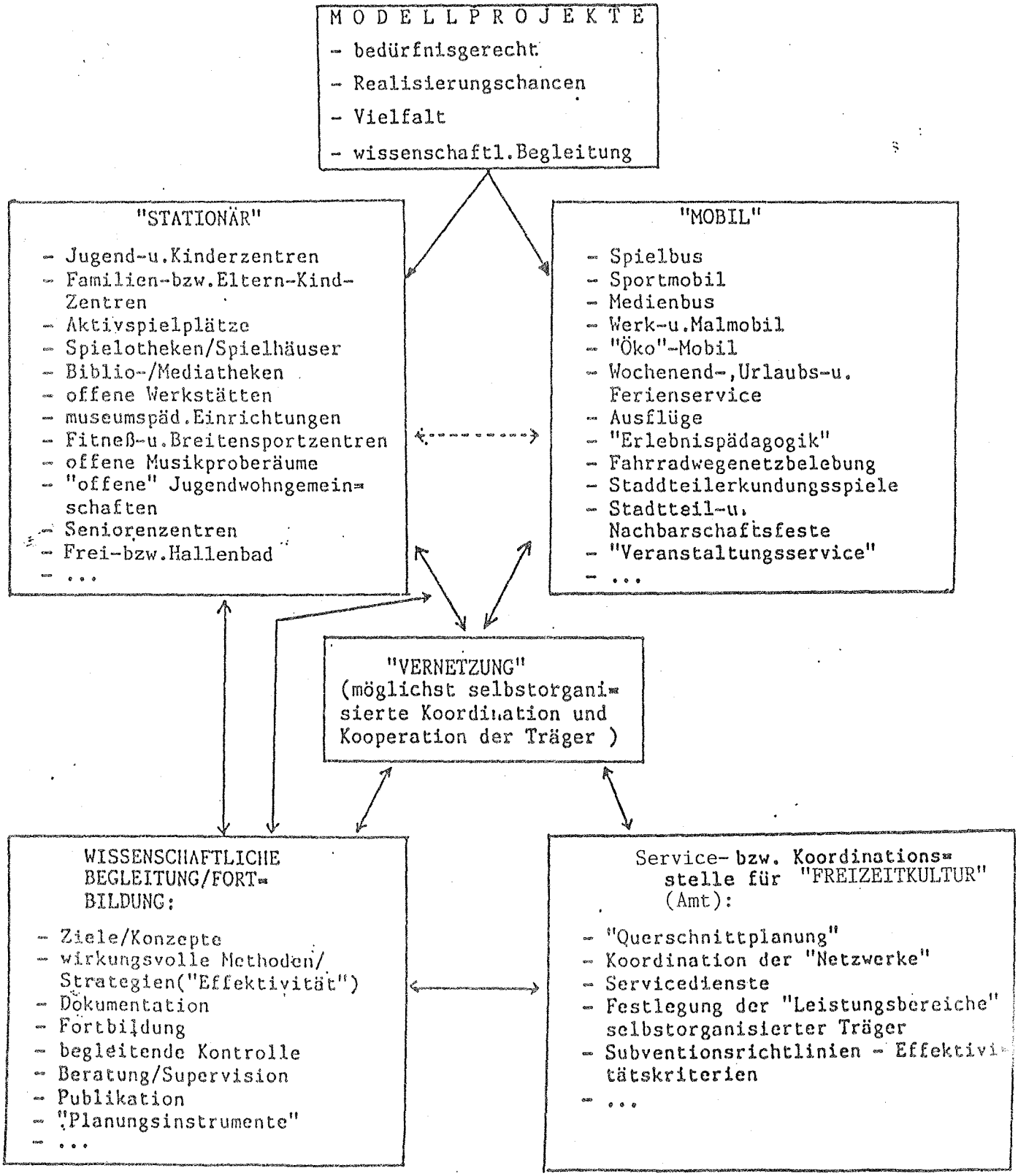
3.4.4. Eine problem-und gegenstandsangemessene wissenschaftliche Begleitung (handlungsorientiertes Forschungsdesign) der jeweiligen innovativen Planungsprojekte ist unbedingt zu empfehlen. (Genauer dazu in den Punkten 2.2.3.5. und 3.2.9. im vorliegenden Beitrag; ausführlich in Popp,R.:...Bd.3....1985.)

3.4.5. Die umfassenden Aufgaben wirkungsvoller (sozial-bzw.)freizeitpädagogischer Infrastrukturpolitik/-planung sind nur zu erfüllen,wenn PLANUNG und VERWALTUNG (auf der Ebene staatlicher Administration) Q U E R S C H N I T T A R T I G angelegt sind.
Herkömmliche Ressort-und Amtsgrenzen sind dafür eher hinderlich!
In diesem Sinne stellen auch die historisch gewachsenen scharfen Trennungslinien zwischen "Sozialarbeit","Kulturarbeit","Bildungsarbeit","Sportarbeit", "Animation",...ein schweres Hindernis für die angemessene Bewältigung einer nur unter "ganzheitlicher" Betrachtung lösbaren Probleme der Planung und "Steuerung" sozial-und freizeitkultureller Infrastruktur eines Gemeinwesens dar.
Diese Trennungslinien führen letztlich dazu , daß das "Pferd" quasi "vom Schwanz her aufgezäumt" wird: Die verschiedenen "Sparten" sozialer bzw. sozio-kultureller Arbeit werden nämlich nach dem Prinzip der "methodischen Zugänge"(künstlich) "auseinanderdividiert" und die "Zielgruppen" dieser fein-säuberlich getrennten "Reviere" , also die problembetroffenen Menschen, müssen sich diesem Prinzip unterordnen.
Sinnvoller und richtiger wäre es , nach der (meist komplexen) "Problemlage" zu fragen und die verschiedenen "methodischen Zugänge" als jeweils problemangemessene und zum Teil "substituierbare" "Wege" zum "Ziel" (eben der Problemlösung) zu verstehen.
Diese verschiedenen "Wege" (z.B. Beratung,Bewegungsanimation,künstlerisch-kreative Ansätze, Spiel,...) können und müssen durchaus von Fachleuten mit jeweils entsprechenden Fachkenntnissen betreut werden.
Diese "Spezialisten" müßten sich aber den Gesamtzielen (sozial-bzw.) freizeitpädagogischer Arbeit verpflichtet fühlen.

3.4.6. Vor allem zum Zweck der "Bewußtseinsbildung" im Sinne eines (im vorhergehenden UNterpunkt angedeuteten) "METHODENINTEGRATIVEN" Konzepts (sozial-bzw.)freizeitpädagogischer Arbeit ist die Bildung einer "sozial-und freizeitpolitischen Kommission" unter Mitarbeit von ressortzuständigen Politikern sowie von Fachbeamten,Fachwissenschaftern und Praktikern aus den verschiedenen (bisher meist scharf getrennten) Bereichen sozialpädagogischer,freizeitpädagogischer,sozialarbeiterischer,... Praxis und Forschung zu empfehlen.

3.4.7. ÜBERBLICK

Mit Hilfe der folgenden Graphik sollen die Empfehlungen aus Punkt 3.4. des vorliegenden Beitrags überblicksartig zusammengefaßt werden:



LITERATURANGABEN:

Agricola Sigurd: Freizeit ,
Deutsche Gesellschaft für Freizeit,
Düsseldorf 1982

Ammann Herbert: Die gesellschaftliche Funktion von Animation,
Zürich 1980 (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript)

Baacke Dieter: Einführung in die außerschulische Pädagogik,
Juventa Verlag,
München 1976

Böhnisch Lothar: Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische An=
leitungen zur Sozialarbeit,
Luchterhand Verlag,
Neuwied und Darmstadt 1982

Braun Joachim,Mathias Wolfgang: Freizeit und regionale Infrastruktur,
Verlag Otto Schwartz,
Göttingen 1975

Buddrus Volker: Pädagogik in offenen Situationen. Modelle und Analysen,
Pfeffersche Buchhandlung,
Bielefeld 1981

Deiser Roland,Winkler Norbert: Das politische Handeln der Österreicher,
Verlag für Gesellschaftskritik,
Wien 1982

Fromme Johannes: Kritische Freizeitpädagogik."Entwicklung theoretischer Grund=
lagen".Ein Versuch,
Pfeffersche Buchhandlung,
Bielefeld 1982

Gronemeyer Marianne: Motivation und politisches Handeln.Grundkategorien politischer
Psychologie,
Hamburg 1976

Gronemeyer Marianne: Denn sie wissen nicht,was sie wollen... ,
in: Gronemeyer R.,Bahr H.E.(Hg.):Nachbarschaft im Neubaublock.
Empirische Untersuchungen zur Gemeinwesenarbeit,theoretische
Studien zur Wohnsituation,
Beltz-Verlag,
Weinheim und Basel 1977

Hinte Wolfgang: Non-direktive Pädagogik. Eine Einführung in Grundlagen und Praxis
des selbstbestimmten Lernens,
Westdeutscher Verlag,
Opladen 1980

Karas Fritz,Hinte Wolfgang: Grundprogramm Gemeinwesenarbeit.Praxis des sozialen
Lernens in offenen pädagogischen Feldern,
Jugenddienst-Verlag,
Wuppertal 1978

Kohl Heribert: Freizeitpolitik.Ziele und Zielgruppen verbesserter Freizeitbe=
dingungen,
Europäische Verlagsanstalt,
Frankfurt-Köln 1976

Köhl W.,Turowski G.: Systematik der Freizeitinfrastruktur,
Bundesministerium für Jugend,Familie und Gesundheit,
Bonn 1976

Kraft J.,Meyer M.: Infrastruktur-Gefälle,Infrastruktur-Niveau ,
in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung,
Hannover 1966

Laage Gerhart: Zur Rolle des Architekten/Planers im Spannungsfeld von Wirtschaft,
Verwaltung und Politik,
in: Der Architekt, Heft 1, 1973

Laage Gerhart,Michaelis Holger,Renk Heiner: Planungstheorie für Architekten.
Entwicklung-Methoden-Anwendung,
Deutsche Verlags-Anstalt,
Stuttgart 1976

Lenort N.J.: Entwicklungsplanung in Stadtregionen,
Köln/Opladen 1961

Lenz-Romeiß Felizitas: Freizeitplanung.Chance der demokratischen Stadtentwicklung,
in: Stadtbauwelt, Heft 34, 1972

Marx D.: Infrastruktureinrichtungen im Ruhrgebiet. Grundlagen für eine Ermittlung
der erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität des Ruhrgebietes,
Essen 1968

Mollenhauer K.: Einführung in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der
Jugendhilfe,
Weinheim 1979

Müller Siegfried,Otto Hans-Uwe,Peter Hilmar,Sünker Heinz(Hg.): Handlungskompetenz
in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik I:Interventionsmuster und
Praxisanalysen,
AJZ-Verlag,
Bielefeld 1982

Müller Siegfried,Otto Hans-Uwe,Peter Hilmar,Sünker Heinz(Hg.): Handlungskompetenz
in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik II: Theoretische Konzepte
und gesellschaftliche Strukturen,
AJZ-Verlag,
Bielefeld 1984

Nahrstedt Wolfgang: Freizeitpädagogik in der nachindustriellen Gesellschaft.
Band 1: Historische Voraussetzungen und gegenwärtige Situation,
Luchterhand Verlag,
Neuwied und Darmstadt 1974

Nahrstedt Wolfgang: Freizeitpädagogik in der nachindustriellen Gesellschaft.
Band 2: Zukunftsperspektiven und Professionalisierung,
Luchterhand Verlag,
Neuwied und Darmstadt 1974

Nahrstedt Wolfgang: Handlungskompetenzen der Freizeitpädagogik,
Bielefeld 1984 (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript)

Opaschowski Horst Wolfgang: Pädagogik der Freizeit. Grundlegung für Wissenschaft und Praxis,
Verlag Julius Klinkhardt,
Bad Heilbrunn / OBB. 1976

Opaschowski Horst Wolfgang: Einführung in die freizeit-kulturelle Breitenarbeit. Methoden und Modelle der Animation,
Verlag Julius Klinkhardt,
Bad Heilbrunn/OBB. 1979

Ortmann Friedrich (Hg.): Sozialplanung für wen? Gesellschaftsstruktur,Planung und Partizipation ,
Luchterhand Verlag,
Neuwied und Darmstadt 1976

Popp REinhold: Freizeitplanung als aktivierende Stadtteilarbeit - Band 1: Freizeitkulturelle Bildungsplanung im Stadtteil."Historisch-genetische,illuminative Deskription" ausgewählter Verlaufs=stränge eines freizeitbezogenen Stadtteilentwicklungsprojekts,
Österreichische Gesellschaft für Familie und Freizeit,
Salzburg 1985

Popp Reinhold: Freizeitplanung als aktivierende Stadtteilarbeit - Band 2: Der städtische "Freizeitmarkt" als Wirkungsfeld freizeit=kultureller Bildungsplanung. Eine planungsbezogene Bedingungs=analyse des gesellschaftlichen Subsystems "Freizeit-Stadt",
Österreichische Gesellschaft für Familie und Freizeit,
Salzburg 1985

Popp Reinhold: Freizeitplanung als aktivierende Stadtteilarbeit - Band 3: Handlungsorientierte Evaluation partizipativer Planungsprozesse im Grenzraum zwischen Sozial-bzw. Freizeitpädagogik und Stadt=planung. Methodologische und methodische Grundlegung,
Österreichische Gesellschaft für Familie und Freizeit,
Salzburg 1985

Popp Reinhold: Freizeitplanung als aktivierende Stadtteilarbeit - Band 4: Bibliographie und Zusammenfassung,
Österreichische Gesellschaft für Familie und Freizeit,
Salzburg 1985

Popp Reinhold: Jugend und Freizeitkultur in der Stadt Salzburg. Vorstudie für die Entwicklung eines bedürfnis-und bedarfsgerechten PLanungskonzepts,
Österreichische Gesellschaft für Familie und Freizeit,
Salzburg 1985

Popp Reinhold: Das selbstorganisierte Jugend-und Kinderzentrum Salzburg-Lehen,
in: Freizeitpädagogik , Heft 3-4 , 1985

Popp Reinhold: Freizeitpädagogik und Selbstorganisation,
in: Freizeitpädagogik , Heft 3-4 , 1985

Popp Reinhold: Freizeit Curriculum Katalog für Österreich,
in: Europäische Gesellschaft für Freizeit(ELRA)-Beratergruppe 5, World Leisure and Recreation Association(WLRA),Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft(DGfE)-Kommission "Freizeitpädagogik" (Hg.): Freizeit Curriculum Katalog für deutschsprachige Länder Europas. Überblick über Aus-und Weiterbildungseinrichtungen für Freizeitberufe und verwandte sozio-kulturelle Berufe,
Bielefeld 1986

Rellstab Ursula: Mehr Freizeit - aber wo?,
Verlag Pro Juventute,
Zürich 1983

Schilling Johannes: Freizeitverhalten Jugendlicher. Eine empirische Untersuchung ihrer Gesellungsformen und Aktivitäten,
Beltz Verlag,
Weinheim und Basel 1977

Specht Harry: Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit,
in: Müller/Nimmermann(Hg.): Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit,
Juventa ,
München 1971

Vahsen Friedhelm G.(Hg.): Beiträge zur Theorie und Praxis der Freizeitpädagogik,
Turnier Verlag,
Hildesheim 1983

Wollenweber Horst (Hg.): Außerschulische Jugendbildung und Jugendarbeit,
Schöningh-Verlag,
Paderborn-München-Wien-Zürich 1981

Wollenweber Horst (Hg.): Modelle sozialpädagogischer Theoriebildung,
Schöningh-Verlag,
Paderborn-München-Wien-Zürich 1983

Zacharias Wolfgang (Hg.): Zur Ökologie des Spiels.Spielen kann man überall?!
Pädagogische Aktion,
München 1985

A 2

STÄDTISCHE WOHNUMWELT

A. WOCELKA, Mödling/Wien

Gestaltung von Spielorten im Wohnumfeld unter Beteiligung der Nutzer

A 1

HUMANE ASPEKTE

G. WEBER, Wien

Wohnumweltqualität - Denkanstöße für die Raumplanung

Referat im Rahmen der 4. Internationalen Wohnungswoche
in Salzburg

Univ.Ass. Dipl.Ing. Dr. Gerlind WEBER

Wohnumweltqualität - Denkanstösse für die Raumplanung

Sehr geehrte Damen und Herren !

Es zeichnet sich ab, dass wir offenbar gerade auch in der Umweltdiskussion nicht der Versuchung widerstehen können, das bewährte und daher seit jeher beliebte Gesellschaftsspiel "Haltet den Dieb" mit besonders grossem Vergnügen zu spielen. So konzentriert sich beharrlich unser "Volkszorn" auf einige wenige umweltbelastende Grossprojekte, indem wir zB. den Betreibern einer Grossindustrieanlage plötzlich - nach deren irrigen Meinung - ihr angestammtes Recht, uns die Luft zu verpesten, gerichtlich streitig machen wollen, oder indem wir gegen Grosskraftwerksbauten gerade noch rechtzeitig die Barrikaden erklimmen, um so das nächste Umweltdebakel in letzter Sekunde doch noch verhindert zu haben.

Bei jedem dieser Feldzüge für eine gerechte Sache steht uns regelmässig die Presse treu zur Seite, die uns vor allem schon geholfen hat, den jeweils "wahren" Feind überhaupt zu erkennen (was ja Grundvoraussetzung jeder effizienten Abwehrstrategie ist!)

Kommen wir dann von einer erfolgreich, im Dienste des Umweltschutzes geschlagenen Schlacht nach Hause, lassen wir uns erschöpft, aber mit dem zufriedenen Gefühl, verantwortlich gehandelt zu haben, nieder und denken ausnahmsweise einmal an unsere persönlichen Wünsche: Es sind kleine, kaum erwähnenswerte Träume, wie der von einer grösseren Wohnung

in periphärer Wohnlage, einem Zweitauto, einem Wochenendhäuschen mitten im Grünen.

Die Tatsache, dass wir uns mit der Geste, stets nur mit dem Finger empört auf einige wenige kapitale "Umweltsünder" zu zeigen, vor allem selbst belügen, deckt erst schonungslos die Statistik auf. Sie führt uns vor Augen, dass eigentlich jeder von uns konsequent sein Schärflein dazu beigetragen hat, bzw. dazu beiträgt, dass vielerorts trotz unseres hohen Lebensstandards, das verloren gegangen ist, was man gemeinhin als "Lebensqualität" bezeichnet.

Einige wenige Beispiele:
Eine im Vorjahr von STRAUSS[1] durchgeführte Analyse der Immissionssituation in Wien hat etwa gezeigt, dass im dichtverbauten Gebiet eine Immissionsbelastung durch SO_2 im Winterhalbjahr in erster Linie auf Hausbrand, Handel und Kleingewerbe zurückzuführen ist, der Anteil der Grossemittenten an der mittleren Immissionskonzentration nur bei 10 bis 20 % liegt.

Ein weiteres Beispiel für unser aller grosse Mitschuld an der gegenwärtigen schlechten Umweltsituation deckt ferner die Statistik auf, wenn sie uns vor Augen führt, dass der Zuwachs an Stickstoffoxiden in Österreich allein zwischen 1965 und 1980 225 % betrug, wobei davon über 65 % zu Lasten des Kraftfahrzeugverkehrs zu Buche schlagen.[2] Kein Wunder, dass sich derzeit zB. 45 % der Wiener, also fast die Hälfte, durch Gerüche und Abgase, die ja vornehmlich aus Auspuffen stammen, erheblich belästigt fühlen![3]

Sind wir zwar auf Grund der derzeit massiv geführten Diskussion um das Waldsterben, offensichtlich doch zögernd bereit, einzubekennen, dass unsere Leidenschaft, uns per Auto

fortzubewegen, erheblichen Anteil an der Luftverschmutzung hat, so unterliegen wir hingegen im Zusammenhang Strassenbau/Landschaftsverbrauch wieder ganz der Versuchung, den "schwarzen Peter" auf Infrastrukturgrossprojekte abzuschieben. Dies brachte eine äusserst interessante Untersuchung zutage, die TESDORPF[4] für das deutsche Bundesland Baden-Würtenberg durchgeführt hatte. Er befragete Experten (nicht etwa Laien) u.a. welche Strassenbaumassnahmen ihrer Meinung nach für die erschreckend hohen Kulturflächenverluste von 1960 - 1978 hauptverantwortlich zeichnen würden. Das Ergebnis dieser Umfrage, verglichen mit den einschlägigen statistischen Unterlagen ergab, dass selbst die Fachleute den quantitativen Freiflächenverbrauch, hervorgerufen durch Autobahnbau bzw. Bundesfernstrassenbau ganz erheblich überschätzten,während sie das Gewicht des kommunalen Strassenbaus bzw. den Landfrass durch land- und forstwirtschaftlichen Wegebau weit unterschätzten. So konnte der Autor belegen, dass etwa die gemeindliche Innerortserschliessung und der agrarische Wegebau zusammen 80 % des gesamten Verkehrsflächenwachstums während des Untersuchungszeitraumes ausmachten, hingegen der "hauptverdächtigte" Bundesfernstrassenbau tatsächlich nur mit vergleichsweise bescheidenen 17 % zu Buche stand. TESDORPF führt diese, noch an so manch anderem Beispiel belegbare Fehleinschätzung der Gewichtung nachteiliger Eingriffe in unsere Umwelt einerseits auf die veröffentlichte Meinung, d.h. auf die Berichterstattung in den Massenmedien, zurück und anderseits aber auch auf die Themen, die bevorzugt in wissenschaftlichen Arbeiten behandelt werden.

Gerade in letzterer Feststellung sehe ich eine Bestätigung, dass wir mit der Forschungsarbeit "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt"[5], die im Auftrag der Forschungsgesellschaft "Wohnen, Bauen und Planen" durchgeführt wurde, und hier

nun im weiteren kurz vorgestellt werden soll, grundsätzlich nicht falsch gelegen sind. Wie der Titel schon verrät, wurde hier nämlich kein politisch spektakuläres Umweltvorhaben wissenschaftlich unter die Lupe genommen, sondern wir gingen vielmehr den Ursachen der Umweltzerstörung nach, die tagtäglich im Kleinen also schleichend stattfinden und die aber letztlich insgesamt wesentlich zu jener unbefriedigenden Umweltsituation beigetragen haben, die uns vielerorts heute gerade das Wohnen verleidet.

Wagt man sich an ein solches Thema heran, so ist es nur logisch konsequent, dass man sich dabei nicht mit der Ursachenanalyse bescheiden darf, sondern gerade aus dem Erkennen der Ursachen für die Zukunft Schlussfogerungen entwickelt, die dazu angetan erscheinen, gegenwärtige Missstände zu sanieren, bzw. zukünftige möglichst hintanzuhalten. Es war daher unser Bemühen, die Ergebnisse in einen Forderungskatalog münden zu lassen.

Soweit die Grundkonzeption, die der Arbeit "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" zugrunde liegt und die sich - zugegebenermassen - zwangsläufig aufdrängt und daher auch als solche nicht neu ist. Neu ist vielmehr - und das ist das, was diesen Forschungsauftrag auszeichnen soll - dass die "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" - nicht wie bisher in Österreich üblich von Raumplanern bzw. Architekten hinterfragt wurden, sondern dass sich der Planer diesmal ausnahmsweise mit der Rolle des "Lernenden" beschied, und nur jene Informationen zusammenfassend notierte, die ihm Fachleute zu den einzelnen Segmenten, in die diese Fragestellung unschwer unterteilt werden kann, lieferten. So wurden die "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" unter folgenden Gesichtswinkeln beleuchtet:

1. - unter dem Aspekt der Kulturanthropologie
2. - unter dem Aspekt der Psychologie
3. - unter dem Aspekt der Ökologie
4. - unter dem Aspekt der Umwelthygiene, konkret dem der Medizin, der Akustik, der Wasser- und der Lufthygiene.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich ist es mir nicht möglich, sämtliche Anforderungen, die sich unter den hier genannten fachlichen Gesichtspunkten herauskristallisiert haben, auch nur andeutungsweise zu streifen. Erlauben Sie mir daher, dass ich an zwei bescheidenen Beispielen den Zugang zu den im Titel dieses Referates versprochenen "Denkanstössen für die Raumplanung" demonstriere:

Beispiel 1: Eine Einsicht, die sich aus der Untersuchung eindeutig abgezeichnet hat, und die gleichsam als "Grundphilosophie" einer "menschengerechteren" Planung der Zukunft gelten sollte, ist die, dass die Wohnzufriedenheit in einem Quartier prinzipiell stark von dem Umstand bestimmt wird, wie sehr dem Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt wird, aktiv an seiner Wohnumgebung mitzugestalten. Dieser Erkenntnis in der Wohnsiedelungsplanung Raum zu verschaffen, darf jedoch nicht nur einseitig Gewährleistung eines hohen Masses an Mitbestimmung in der Planungsphase heissen, sondern muss nach heutigem Erkenntnisstand vor allem auch interpretiert werden als "Option" des einzelnen auf eine Wohnumgebung, die möglichst vielen verhaltensbeliebigen Nutzungen zugänglich bleibt und so dem Bewohner einen möglichst grossen Spielraum für Gestaltungsfreiheit und Kreativität offen lässt. Diese Forderung untermauern sowohl empirische wie theoretische Grundlagen:

So konnte zB. eine von Psychologen[6] in Wien durchgeführte Untersuchung nachweisen, dass diejenigen Bewohner, die auf

die Planung der Wohnung und der unmittelbaren Wohnumgebung mitbestimmend Einfluss nehmen konnten, signifikant öfter ihre Wohnsituation auch noch nach 5 Jahren als ihren Bedürfnissen entsprechend bezeichnet haben und deshalb auch weniger oft die Absicht hatten, aus ihrer Wohnung wieder auszuziehen, als jene Leute, denen keine Gelegenheit zur Mitbestimmung geboten wurde.

Wie positiv sich Mitgestaltungsmöglichkeiten auf ihre Wohnzufriedenheit auswirken, kann besonders gut im Detail der Akustiker belegen. So ist mämlich "Lärm", also der mit negativer Erlebnisqualität besetzte Schallreiz, nur zu 10 bis 35 % durch physikalische Charakteristikazu erklären[7], vielmehr hängt er von einer Reihe weiterer Wirkungsmechanismen ab, wie u.a. von der allgemeinen psychischen und physischen Disposition der Person, aber auch von der Situationsgebundenheit der Person, wenn das Schallereignis auftritt. Nun haben Untersuchungen belegen können, dass zB. bei Leuten, die auf ihre Wohnumgebung mitgestaltend Einfluss nehmen können, und daher der Stressfaktor "der-Lebenssituation-hilflos-ausgesetzt-zu-sein" wegfällt, weit weniger lärmempfindlich sind, als jene Bewohner, denen keine oder nur wenige Gestaltungsmöglichkeiten offen stehen.[8]

Warum dieses Bedürfnis nach Gestaltungsfreiheit heute mehr denn je hervorbricht, dies erklärt der Kulturanthropologe.[9] Rationalisierung, Entqualifizierung der beruflichen Fertigkeit, Normierung, Automatisierung, unreflektiertes Ge- und Verbrauchen und vermehrtes Freizeitangebot können hier nur als Stichtworte eingebracht werden, die der Raumplanung den endgültigen Abschied von einer "perfektionistischen Vorprogrammierung" des Betroffenen erleichtern und stattdessen argumentativ den Rücken stärken sollen, sich für eine noch entschlossenere Verteidigung verbliebener

bzw. für die Zurückeroberung neuer Gestaltungs- und Nutzungsfreiräume in der Wohnumgebung zu engagieren!

Beispiel 2: Dieser abstrakteRuf nach mehr Nutzungsspielräumen im Wohnumfeld konkretisiert sich etwa in der Forderung nach einer verbesserten Grünflächenausstattung im (vor allem städtischen) Siedlungsraum. Wie sehr - nach RAINER[10] - "die grenzenlose Hybris technokratischer Herrschaftsansprüche" hier offenbar lange genug auf falsche Pferde gesetzt hat, zeigt eine von Psychologen durchgeführte Untersuchung in Wien [11]: Sie belegte eindeutig, dass der Wohnwert eines Siedlungsgebietes sich heute für seine Bewohner nicht vorderhand nach dem Wohnungskomfort, auch nicht nach dem baulichen Zustand der Gebäude bemisst, sondern sich vielmehr nach dem Vorhandensein bzw. Mangel an für Spiel, Erholung und Entspannung nutzbaren Freiflächen.

Die Betonung auf "nutzbar" soll hier zum Ausdruck bringen, dass dieser hohe psycho-soziale Anspruch nicht mehr nur als ein quantitatives Problem interpretiert werden darf, sondern stets einen qualitativen Anspruch miteinschliessen muss. Nämlich abgesehen davon, dass die Ausstattung im Detail unterschiedlich sein wird, je nach dem, ob die Nutzung des Grünraumes als Bewegungs-, Rückzugs- oder Kommunikationsraum im Vordergrund steht, ist prinzipiell zu fordern:

a) eine grösstmögliche Naturbelassenheit der Grünräume: dies nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus pädagogischen Rücksichten unseren Kindern gegenüber;

b) ist jedenfalls "funktionsloses Grün", wie es etwa die sterilen Abstandsflächen zwischen den Baublöcken in den Nachkriegsstadterweiterungsgebieten repräsentieren, zu vermeiden bzw. umzugestalten (Stichwort: Mietergärten).

Für solche Flächen ist nämlich bezeichnend, dass bei ihnen die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit verwischt sind, und daher den Bewohnern weder die Verantwortung für die Pflege, noch die Bereitschaft sie als Erholungsraum - welcher Art auch immer - intensiv zu nutzen, gegeben ist. Abgesehen davon, dass jede Möglichkeit, Vegetationsflächen zu gestalten stets auch als Chance interpretiert werden sollte, damit u.U. sogar Entscheidendes zur Ästhetik und Charakteristik des Stadt- bzw. Ortsbildes beitragen zu können, so muss die Raumplanung in Zukunft vor allem über jeden Zweifel der immensen Bedeutung dieser Flächen für die Verbesserung des Kleinklimas erhaben sein. Die beeindruckenden Daten zur Untermauerung dieser Feststellung liefert uns die Umwelthygiene: Bekanntlich führt etwa ein kopflastiges Verhältnis zwischen bebauter und unbebauter Fläche zu lokalen Klimaveränderungen dem sog. "Stadtklima", das sich im Sommer durch geringe Luftfeuchtigkeit und überdurchschnittlich hohe Temperaturen ausweist. Diese Veränderungen bewirken schon bei der Allgemeinbevölkerung eine signifikante Herabsetzung der Dauerleistungsgrenze, Apathie und Schlafstörungen (von den Belastungen für Risikogruppen ganz zu schweigen!) (12).
Umso raumgreifender nun die Vegetation im Siedlungsgebiet ist, desto besser gelingt es, diese negativen Wirkungen hintanzuhalten: Es sind schon 50m breite baumbestandene Grünstreifen in der Lage, die Temperatur um bis zu 4° gegenüber der baumfreien, befestigten Umgebung abzukühlen (13) und die Luftfeuchtigkeit entscheidend zu heben. Aber auch im Dienst der Luftreinhaltung sind besonders bestockte Flächen nicht zu unterschätzen: die Verunreinigungen sedimentieren auf den Blättern der Bäume, sodass z.B. in baumbestandenen Parks Filterwirkungen von 85% im Vergleich zum angrenzenden Strassenraum gemessen wurden (13).

Der Umwelthygieniker wagt es sogar zu behaupten, dass eine konsequente Durchgrünung im Kleinen, wie durch begrünte Dächer, Hausfassaden, Innenhöfe und Baulücken aus klimatologischer Sicht sogar fehlende grossräumig angelegte Grünsysteme in ihrer positiven Wirkung auf das Stadtklima ersetzen könnten.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser "ökologischen Utopie" möchte ich schliessen, nicht jedoch ohne Ihnen einbekannt zu haben, dass mich ein schlechtes Gewissen plagt, das unwahrscheinlich facettenreiche Thema "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" in 20 Minuten überhaupt angeschnitten zu haben. Um mich aus dieser "Seelennot" im Bewusstsein, Ihnen nur einen Torso geliefert zu haben, zu befreien, erlauben Sie mir daher, Sie auf den 270 Seiten starken Forschungsbericht "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" nochmals aufmerksam zu machen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

ANMERKUNGEN

(1) STRAUSS, G. et al.: Studie zu einem Luftreinhalteplan für Wien. Schriftenreihe des Kuratoriums für Umweltschutz, Heft 2/1985.

(2) STRUWE, W.: Beiträge zur Darstellung der Umweltsituation in Österreich. Teil I: Luft. Hrsg.: Österr. Bundesinstitut für Gesundheitswesen. Wien: 1981.

(3) CSERJAN, K.: Wiener Umwelterhebung 1982: Methoden, Ergebnisse, Anwendungsmöglichkeiten. Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Heft 5/6/1984.

(4) TESDORPF, J.: Landschaftsverbrauch. Berlin: Verlag Dr. Tesdorpf 1984.

(5) BLAHA, W. und WEBER, G. et al.: Mindestanforderungen an die Wohnumwelt. Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen. Heft 104. Wien: 1986.

(6) KUBINGER, K. und KUBINGER, H.: Psychologische Faktoren bei der Partizipation im Wohnbau - Langzeiteffekte und subjektive Wertsysteme. Forschungsbericht BM f BT. Wien: 1986.

(7) GUSKI, R.: Der Begriff "Lärm" in der Lärmforschung. Kampf dem Lärm, Heft 23/1976.

(8) GROLL-KNAPP, E.: Psychophysiologische Lärmwirkungen. In: Arbeitsmedizinisches Kolloquium der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin. Stuttgart: Verlag Gentner 1980.

(9) GÄRTNER, R.: Mindestanforderungen an die Wohnumwelt aus kulturanthropologischer Sicht. In: Mindestanforderungen an die Wohnumwelt. Wien: 1986.

(10) RAINER, R.: Stadtökologie? Wiener Journal, Heft 3/1984.

(11) URSPRUNGER, H.: Grünflächen und Freiflächen. Monographie 8: Die Erneuerung unserer Städte, Märkte und Dörfer. Bericht über die 5. Arbeitstagung der FGW im Wien 1966.

(12) KOLLER, M. in KOLLER-STIDL-STRAUSS: Mindestanforderungen an die Wohnumwelt aus umwelthygienischer Sicht. In: Mindestanforderungen an die Wohnumwelt.

(13) HORBERT, M.: Klimatische und lufthygienische Aspekte der Stadt- und Landschaftsplanung. Natur und Heimat Heft 1/2/1978.

A 1

HUMANE ASPEKTE

R. GÄRTNER, Kapelln/NÖ

Mindestanforderungen an die Wohn- und Wohnumwelt aus kulturanthropologischer Sicht

Dr. Gärtner

MINDESTANFORDERUNGEN AN DIE WOHN- UND WOHN-UMWELT AUS KULTURPHILOSOPHISCHER SICHT

Über den technisch-wirtschaftlichen, den biologisch-medizinischen und den psychologischen Erfordernissen hinaus muß aus ganzheitlicher, ökologischer Sicht Wohn- und Wohnumwelt so beschaffen sein, daß sie den Werthaltungen und den daraus entstehenden kulturellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechen. Dieses Erfordernis wurde bisher zu wenig beachtet. Die Beziehung zwischen Wohn- und Wohnumwelt und deren Benützern ist kulturanthropologisch ambivalent. Einerseits ist Gestaltung Ausdruck von Werthaltungen, anderseits wirkt die Gestaltung auf die Werthaltung des Einzelnen erzieherisch ein und bestimmt Lebensqualität und Lebstwertgefühl mit. Die Werthaltungen der gegenwärtigen industriellen Gesellschaft sind von einer bisher noch nicht bewältigten Ideologie und Technik geprägt. Architektonischer Funktionalismus, dessen Wirtschaftlichkeit und Funktionsgerechtigkeit lange Zeit nicht hinterfragt wurde, führten letzlich zu einer unbefriedigenden Wohnsituation.

1/ Die industrielle Gesellschaft ist eine Leistungsgesellschaft, die zur Spezialisierung und zum totalen Engagement herausfordert. Dies hat den Verlust des rechten Maßes und der ganzheitlichen Wahrnehmung zur Folge. Rechte Proportionen der Baukörper an sich, zueinander, zur Grundfläche und zum Um- und Freiraum sowie die harmonische Abstimmung der einzelnen Elemente wirken dem aus dem Leistungsprinzip entstehenden Unbehagen entgegen.

2/ Die der Technik innewohnende Überbetonung zweckorientierter Nützlichkeit, die eine immer stärkere Verplanung des Einzelnen in sekundäre Sozialsysteme mit sich bringt, widerspricht sowohl der individuellen

als auch sozialen Veranlagung des Menschen mit seinem Bedürfnis nach Schutz und frei gewählten sozialen Kontakten. Die entsprechend sensible Ausstattung der Individual- und Kontaktbereiche sowie der Neutralzonen der Wohnumwelt müßte diesen Gegebenheiten Rechnung tragen.

3/ Die der derzeit technisch-wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende räumliche und soziale Mobilität beeinträchtigt das Bedürfnis des Menschen nach Stabilität und Integration und führt zu Verunsicherung und Desorientierung. Baukörper müssen daher als raumbildende Elemente auch in ihrer Aufgabe als Merkzeichen, Orientierungshilfen und Vermittler von Sicherheit gesehen werden. Das gilt ebenso für die Freiräume und Freiflächen der Wohnumwelt und ihrer Vernetzung.

4/ Rationalisierung, d.h. Arbeitszerlegung, Normierung und Automatisierung bewirken ein vermehrtes Freizeitangebot und verstärken den Wunsch nach Kreativität und Gestaltungsfreiheit. Dies erfordert immer größeren Spielraum in der Gestaltung von Wohn- und Wohnumwelt seitens des Benützers sowie die Akzentuierung der Freiflächen der Wohnumwelt als Aktivitätszone.

A 1

HUMANE ASPEKTE

H.-G. STIDL, Wien

Zur Umsetzung von Lärmbelastungsgrenzwerten in die Praxis der Wohnumfeldplanung

Zur Umsetzung von Lärmbelastungsgrenzwerten in die Praxis der Wohnumfeldplanung

Hans-Günter STIDL *)

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungsprojektes "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt", welches von der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen gefördert wurde, hatte sich der Autor besonders mit Fragen unerwünschter Schallimmissionen auf das Wohnumfeld zu befassen. Der folgende Beitrag kann keineswegs auf alle damit zusammenhängenden Aspekte eingehen, er soll vielmehr dazu dienen, die Besonderheiten aufzuzeigen, mit welchen bei der Planung und Verwirklichung einer befriedigenden akustischen Umgebung zu rechnen ist. Die Kenntnis schalltechnischer Meß- und Beurteilungsgrößen muß dazu vorausgesetzt werden.

Alle Schallpegelangaben sind, soferne nicht anders vermerkt, als **A-bewertete Schalldruckpegel in dB** zu verstehen.

Anders als bei Luftschadstoffen (mit Ausnahme von Geruchsstoffen) ist die Einwirkung von Schallereignissen auf den Menschen mit einer Vielzahl situations- und persönlichkeitsbedingter Faktoren verknüpft. Dieser Umstand gewinnt insbesondere in Schallpegelbereichen Bedeutung, welche im Wohnumfeld anzutreffen sind. Im Gegensatz zur "natürlichen Zusammensetzung der Luft" kann eine "natürliche Schallumgebung" nicht eindeutig definiert werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird darunter am ehesten eine akustische Situation verstanden werden, welche frei von Geräuschen technischer Herkunft ist. Aber bereits Naturgeräusche wie Gewitter, Wasserfall und auch die menschliche Stimme machen deutlich, daß eine "natürliche Schallumgebung" nicht unbedingt mit "Ruhe" gleichzusetzen ist.

---

*) Der Autor ist Leiter des Biotechnischen Labors und Sachbearbeiter für Lärmfragen am **Institut für Umwelthygiene der Universität Wien.**

Andererseits setzen sich viele Menschen starken Schalleinwirkungen - vom Symphoniekonzert bis zur Heimwerkermaschine - aus, ohne daß sie sich gestört fühlen. In diesem Sinne sind die Begriffe Schall und Lärm konsequent zu unterscheiden: Schall stellt das rein physikalische Phänomen von Luftschwingungen im Hörbereich dar, Lärm beschreibt dagegen die - meist negativ gefärbte - Erlebnisqualität, welche mit einem bestimmten Schallereignis einhergeht. Nach HAWEL (1967) läßt sich definieren: Lärm ist ein Schall, der "nicht mit den augenblicklichen Intentionen (einer Person) übereinstimmend erlebt wird". GUSKI (1976) zeigte, daß die unterschiedliche Auswirkung der gleichen Schalleinwirkung auf verschiedene Menschen nur zu 10-35 % durch physikalische Charakteristika der Schallbelastung allein beschrieben werden kann. Lärm entzieht sich daher einer exakten meßtechnischen Beschreibung, lediglich das zugehörige Schallereignis läßt sich durch Messung erfassen.

2. Einige Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung

Auswirkungen von Schallereignissen, die nicht so sehr das Gehörorgan selbst, sondern vielmehr den Gesamtorganismus betreffen, werden als extraaurale Wirkungen bezeichnet. Prinzipiell sind auch geringste Pegel - etwa in der Größenordnung von 20 bis 30 dB - in der Lage, vegetative Reaktionen auszulösen, welche sich jedoch meist nicht objektiv erfassen lassen. Bei Schallpegeln ab etwa 55 bis 65 dB konnten hingegen eine Reihe von Reaktionen objektiv nachgewiesen werden, wie z.B. Puls- und Atemfrequenzerhöhung, Hemmung der Magen- Darmperistaltik, Verminderung der peripheren Durchblutung, Pupillenerweiterung, Ausschüttung von Katecholaminen, etc. Die hier angeführten Folgen sind bei kurzer Einwirkungsdauer der Schallimmission meist rasch und voll reversibel und bleiben im allgemeinen im Bereich der normalen physiologischen Streubreite. Bei langer Einwirkungsdauer kommt es jedoch immer wieder zu einer Durchbrechung des natürlichen Wechsels von Ruhe- und Leistungsphasen des Organismus. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß sich mit der Zeit zunächst funktionelle, später unter Umständen auch organische Störungen einstellen.

Bezüglich der Störung der Erholungsfunktion kommt den Schlafstörungen eine besondere Bedeutung zu. Sie äußern sich vorallem durch verzögertes Einschlafen, Verminderung der Schlaftiefe, Änderungen im Schlafrhythmus und durch Weckwirkungen. In einer Feldstudie wurden die aus Laborexperimenten bekannten Störwirkungen auch für reale Situationen bestätigt: demnach war der Traumschlaf verkürzt, die intermittierende Wachzeit verlängert, die subjektiv empfundene Schlafqualität vermindert und die Leistungsfähigkeit nach lärmbelasteten Nächten quantitativ und qualitativ vermindert (GRIEFAHN, 1985).

Neben diesen z.T. auch physiologisch nachweisbaren Auswirkungen lassen sich vor allem noch Belästigungsreaktionen in der Bevölkerung beobachten, die eine generelle Beeinträchtigung des Wohlbefindens nach sich ziehen. Bei langer Einwirkungsdauer können sie für einen Teil der Betroffenen allerdings auch gesundheitsgefährdend im Sinne psychosomatischer Reaktionen sein.

Dieser kurze Überblick über extraaurale Lärmwirkungen legt die Vermutung nahe, daß sich ein einfacher Reiz- Reaktionszusammenhang, oder gar eine Dosis- Wirkungsbeziehung für Schalleinwirkungen nicht angeben läßt. Neben der Wirkung auf bestimmte Organe und Organsysteme treten ja auch sehr unspezifische Reaktionen auf, die schwer in direkten kausalen Zusammenhang mit der Schalleinwirkung zu bringen sind, bzw. auch durch andere Umwelteinflüsse ausgelöst werden können, z.B. Ärger in Beruf und Familie, Überforderung am Arbeitsplatz u.ä. Die auftretenden Anpassungsreaktionen, Funktionsänderungen oder leichten Funktionsbeeinträchtigungen besitzen i.allg. keinen primären Krankheitswert, können aber durchaus auch an den heute so weit verbreiteten Beschwerden wie "vegetative Labilität" oder "Dystonie" mitbeteiligt sein. In epidemiologischen Studien wurde festgestellt, daß bei Personen, die lange Zeit Fluglärm oder Verkehrslärm ausgesetzt waren, signifikant höhere Beeinträchtigungen des Herz- Kreislaufsystems aber auch Störungen

der Nierenfunktion vorlagen (KNIPSCHILD, 1977; v.EIFF u. NEUS, 1980). Interessant ist dabei, daß die Reaktionsrichtung nicht eindeutig ist, d.h., es können unter dem Einfluß von Schallimmissionen z.B. sowohl Blutdruckerniedrigungen wie auch Blutdrucksteigerungen beobachtet werden. Lang andauernde Einwirkungen scheinen aber, aus anderen Gründen tendenziell vorgegebene Reaktionsrichtungen zu verstärken, also z.B. eine Tendenz zu Bluthochdruck zu fördern.

Zur Frage der Gewöhnung an Lärm liegen widersprüchliche Ergebnisse vor, nicht zuletzt deshalb, weil auch in diesem Fall persönlichkeitsbedingte Faktoren von großem Einfluß sind. So neigen manche Personen bezüglich der Beurteilung ein und derselben akustischen Situation eher dazu, zunehmend empfindlicher zu reagieren, während andere zunehmend unempfindlicher reagieren (DONNER et al, 1980). In einigen neueren Felduntersuchungen konnten inzwischen Hinweise gefunden werden, daß Gewöhnungseffekte, wenn überhaupt nachweisbar, eher auf psychischer als auf physischer Ebene stattfinden. So konnten BUZZI und BÄTTIG (1984) zeigen, daß bei jahrelang dem gleichen Fluglärm ausgesetzten Personen, noch immer die gleichen physiologischen Aktivierungsphänomene nachweisbar sind: eine Gewöhnung auf physiologischer Ebene war also nicht eingetreten. Derzeit ist jedenfalls noch nicht ausreichend bekannt, zu welchen physischen und psychischen "Kosten" die vom Betroffenen zu erbringenden Regelleistungen zur Aufrechterhaltung des physischen, psychischen und sozialen Gleichgewichtes führen.

3. Erarbeitung von Richt- und Grenzwerten

Nach den vorangehenden Ausführungen erscheint es verständlich, daß eine allen Personen und Situationen gerecht werdende Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Lärm nicht denkbar ist. Für die Praxis ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, ein Schema zur Hand zu haben, welches insbesondere für Fragen der Flächenwidmung und Planung von Detailprojekten einen Hinweis gibt, wie für einen Großteil der Betroffenen massive Beeinträchti-

gungen durch Lärm vermieden werden können. Die Festlegung von Planungs**richtwerten** deutet dabei schon an, daß an eine flexible Handhabung derselben gedacht ist.

Zur Auffindung des Zusammenhanges zwischen der Qualität eines einwirkenden Schalles und der erlebten Belästigung oder Störung bedient man sich seit langem unterschiedlichster Labor- und Feldstudien, sowohl auf psychophysiologischer, wie auf soziopsychologischer Ebene. Die Übertragung von Ergebnissen aus Laborexperimenten auf reale Situationen bedarf allerdings besonderer Vorsicht. Selbst in realitätsnahe gestalteten Experimenten sind die situativen Gegebenheiten der Experimentalsituation grundlegend anders als in der gewohnten Umgebung. In Felduntersuchungen besteht dagegen die Schwierigkeit, Gruppen zu finden, für welche annähernd gleiche Situationsparameter vorausgesetzt werden können. Ein weiteres Problem stellt die Auswahl jener Variablen und deren Zusammenfassung zu Faktoren dar, welche den untersuchten Reaktionsbereich optimal beschreiben. Unterschiedliche theoretische Ansätze dazu machen viele Untersuchungsergebnisse schwer vergleichbar.

Die Vielzahl von Einflußgrößen erfordert im Interesse der praktischen Handhabbarkeit mehr oder weniger starke Mittelwertbildungen, sowohl auf der Seite der schalltechnischen Meßgrößen, wie auch auf der Seite der Reaktionsvariablen. Dies führte zu den zwei für Lärmbeurteilungsfragen herausragenden Begriffen, dem "energieäquivalenten Dauerschallpegel" auf der Seite der Meßtechnik und der Fiktion des "gesunden, normal empfindenden Menschen" auf Seite der betroffenen Individuen. Dadurch geht im Einzelfall zwangsläufig ein großer Teil an Information verloren. Dies trifft insbesondere bei relativ niedrigen Umgebungs- und Störpegeln zu, bei welchen außerakustische Einflüsse eine wesentlich stärkere Wirkung haben können, als bei hohen Pegeln. In diesem Bereich beginnt vorallem auch der soziale Bedeutungsgehalt eine Rolle zu spielen, besonders bei Störungen durch Kinder, Musikausübung und die meisten Freizeitaktivitäten (STIDL, 1986).

Nach FRENKING, MARTIN und SCHREIBER (1977) soll ein Beurteilungsverfahren für Lärmstörungen u.a. die Kriterien der Reproduzierbarkeit und Vergleichbarkeit, der Einfachheit in der Darstellung der Ergebnisse, der einheitlichen Anwendbarkeit und einer hohen Korrelation zwischen der Meßgröße und der Wirkung auf den Menschen erfüllen. Für die Festsetzung von Grenzwerten tritt auch noch der politische Aspekt hinzu, welcher Prozentsatz an durch Lärm gestörten Personen in einer bestimmten Population gesellschaftlich vertretbar erscheint. Dieser Prozentsatz kann jedoch nur in beschränktem Rahmen variiert werden, da die betroffene Bevölkerung i.allg. mit deutlichen Aktionen ihre Reaktion auf die Lärmimmission kundtut. So führt bereits eine Überschreitung des Grundgeräuschpegels um 5 dB zu vereinzelten Beschwerden, eine Überschreitung um 10 dB hat bereits verbreitete Beschwerden zur Folge.

Prinzipiell haben sich daher - aus hygienischer Sicht Planungsrichtwerte am Grundgeräuschpegel zu orientieren. Im Sinne einer "Ruheschutzplanung", wie sie die ÖAL-Richtlinie Nr.21, Blatt 1 vorsieht, ist dieser so wenig wie möglich zu verändern, darüber hinaus sind alle Immissionswerte möglichst nahe an diesen heran zu führen. Die aus diesen Überlegungen resultierenden Planungsrichtwerte (Immissionsgrenzwerte) sind in der ÖNORM S5021 und in der ÖAL-Richtlinie Nr.21, Blatt 1 festgelegt. Sie orientieren sich darüber hinaus an der Erfahrung, welche Pegel in Gebieten mit der jeweils angegebenen Nutzung durch die dort normalerweise ausgeübten Aktivitäten anzutreffen sind, charakterisieren aber auch die unterschiedliche Ruheerwartung, welche Bewohner mit Gebieten bestimmter Nutzung verknüpfen. Als Beurteilungskriterien für die Beurteilung von Lärmstörungen sind sie in der ÖAL-Richtlinie Nr.3, Blatt 1 niedergelegt, welche 1976 als integrierender Bestandteil der "Empfehlung über die Begrenzung der Lärmbelastung" vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz veröffentlicht und damit zur allgemeinen Anwendung empfohlen wurde.

4. Zur Diskrepanz zwischen Schallmeßgrößen und erlebter Störung

Die Festlegung von wissenschaftlich weitgehend abgesicherten Planungsrichtwerten läßt oft die Vermutung aufkommen, mit deren Einhaltung sei sicher gestellt, daß keine Beschwerden über Lärmbelästigungen auftreten werden. Leider belehrt uns die Praxis oft eines anderen. Einige der Ursachen dafür wurden bereits erwähnt. Es soll hier aber noch ein drastisches Beispiel aus dem Bereich verkehrsberuhigender Maßnahmen gegeben werden, welche heute stark erörtert und verwirklicht werden. Es zeigt den bedeutenden und oft nur schwer abschätzbaren Einfluß von Moderatorvariablen - also außerakustischen Größen - wie z.B. die individuelle Lärmempfindlichkeit, den Grad der erlebten Hilflosigkeit, den Glauben an die Gesundheitsschädlichkeit des Lärms, die erlebte Belastung durch sonstige Alltagseinflüsse, etc. Moderatorvariable entziehen sich sozusagen per.def. der Strategie der Mittelungstechnik und können daher auch kaum ausreichend in Lärmbeurteilungsverfahren eingebunden werden. Ihre Berücksichtigung in der Planung kann jedoch sehr zur Entschärfung der einen oder anderen konkreten Lärmbelastungssituation beitragen.

Bei einem in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Großversuch im Zusammenhang mit verkehrsberuhigten Zonen wurde in Einzelfällen festgestellt, daß die durch die getroffenen Maßnahmen herbeigeführte positivere Einschätzung der akustischen Situation einer objektiven Pegelabsenkung von etwa 6 dB entsprochen hätte, während meßtechnisch nur eine Senkung um 0 bis 2 dB festgestellt werden konnte. Die Verbesserung des gestörten Wohlbefindens hätte einer Pegelabsenkung um 8 dB entsprochen. Bei Ausgangspegeln von über 6o dB kam die fiktive Verbesserung der Lärmsituation gar Werten zwischen 10 und 14 dB gleich. Während vor Einführung der Maßnahmen nur 20 % der Betroffenen angaben von Lärm nicht gestört zu sein, waren es nachher 58 % (KASTKA, 1981; KASTKA, BUCHTA, 1977). Aus anderen Untersuchungen ist dagegen bekannt, daß Schallschutzbauten zwar eine meßtechnisch eindeutig nachweisbare Pegelabsenkung bewirkten, die Betroffenen jedoch keine deutliche Verbesserung ihrer

Situation angaben. Im ersten Fall dürfte die Verbesserung der Gesamtsituation und die Möglichkeit der Nutzung der Straße als neuer Lebensraum, der Wegfall von Geruchs- und Staubbelästigungen u.ä. die Aussagen zum erlebten Wohlbefinden modifiziert haben, während im zweiten Fall Fakten wie die Zerschneidung von Kommunikationseinheiten, das Gefühl des Eingesperrtseins, etc. die rein akustische Verbesserung im Urteil der Betroffenen aufgehoben haben.

5. Lärmhygienische Mindestanforderungen

Die Erfahrungen aus der Begutachtung einer Vielzahl von Lärmstörungen, Forschungsergebnisse aus unserem Institut, und eine umfangreiche Literaturdurchsicht - auch im Zusammenhang mit dem erwähnten Forschungsprojekt - haben aus lärmhygienischer Sicht zur Erkenntnis geführt, daß als absolute Mindestanforderungen für derzeit stark belastete Wohngebiete folgende A-bewertete energieäquivalente Dauerschallpegel anzustreben sind:

55 dB **tags, im Freien**
35 dB **nachts, im Schlafraum,** möglichst bei geöffnetem Fenster.

Die erste Forderung entspricht der lärmschutztechnischen Kategorie 3, die zweite Forderung, in ihrer schärfsten Form, der Kategorie 2 der ÖNORM S5021 und unterstreicht damit die Bedeutung der Sicherung eines ungestörten Nachtschlafes. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Forderungen derzeit in Ballungsgebieten und anderen kritischen Zonen nicht erfüllt sind und in nächster Zukunft kaum erfüllbar sein werden. Umso wesentlicher erscheint es, Bereiche, in welchen diese Werte derzeit erfüllt sind oder gar unterschritten werden, mit allen Mitteln vor neuen Lärmbelastungen zu schützen. Derzeit stark überlastete Gebiete müssen durch Planungsmaßnahmen, etwa im Bereich der Stadterneuerung, Verkehrsberuhigung, etc. schrittweise an die Richtwerte der ÖNORM S5021 herangeführt werden. Bei Neuplanungen wird es notwendig sein, im Rahmen des gesamten Planungskonzeptes, die Werte für die Kategorien 4 und 5 je nach Nutzung differenziert zu unterschreiten.

6. Literaturverzeichnis

BUZZI, R., K. BÄTTIG (1984): Extraaurale bzw. vegetative Effekte von Umweltlärm. In: Beiträge zur Bedeutungslehre des Schalls (Hrsg. Schick, A. und P. Walcher), Verlag Peter Lang, 243-251.

DONNER, R., U. DOPPLER, M. HAIDER, Th. HLOCH, M. KOLLER (1980): Lästigkeits- und Lautheitseinstufungen bei Hörermüdung und deren Rückbildung unter verschiedenen Lärmbelastungen. Sozial- und Präventiv Medizin 25, 110-115.

EIFF, A.W.von, H. NEUS (1980): Verkehrslärm und Hypertonierisiko. Münchner Med.Wschr. 122, 894-896.

FRENKING, H., R. MARTIN, L. SCHREIBER (1977): Empfehlungen für ein einheitliches Meßverfahren und Meßgrößen als Grundlage für die Beurteilung von Geräuschemissionen und -immissionen. Bundesministerium des Inneren, Bonn.

GRIEFAHN, B. (1985): Schlafstörungen durch Straßenverkehrslärm. Umwelt 4/85, 361-366, VDI-Verlag, Düsseldorf.

GUSKI, R. (1976): Der Begriff "Lärm" in der Lärmforschung. Kampf dem Lärm 23, 43-52.

HAWEL, W. (1967): Untersuchungen eines Bezugssystems für die psychologische Schallbewertung. Arbeitswisssenschaften 6.

KASTKA, J., E. BUCHTA (1977): Zum Inhalt der Belästigungsreaktion auf Straßenverkehrslärm. Kampf dem Lärm 24, 158-166.

KASTKA, J. (1981): Zum Einfluß verkehrsberuhigender Maßnahmen auf Lärmbelastung und Lärmbelästigung. Zeitschr. Lärmbekäpfung 28, 25-30.

KNIPSCHILD, P. (1977): Medical effect of aircraft noise: Community cardiovascular survey. Int.Arch.Occup.Environ.Health 40, 185-190.

ÖSTERREICHISCHES NORMUNGSINSTITUT: ÖNORM S 5004 (1985): Messung von Schallimmissionen.

ÖSTERREICHISCHES NORMUNGSINSTITUT: ÖNORM S 5021 Schalltechnische Grundlagen für die örtliche und überörtliche Raumplanung und Raumordnung, Teil 1 (1976), Teil 2: Darstellung von Lärmkategorien und Lärmkarten, (1979).

ÖSTERREICHISCHER ARBEITSRING FÜR LÄRMBEKÄMPFUNG:
ÖAL- RICHTLINIEN:
Richtlinie Nr. 3, Blatt 1: Schalltechnische Grundlagen für die Beurteilung von Lärm, Lärm aus der Nachbarschaft. (dzt. in Überarbeitung).

Richtlinie Nr. 21: Schalltechnische Grundlagen für die örtliche und überörtliche Raumplanung (1972).

Richtlinie Nr. 21, Blatt 2: Erstellung von Lärmkarten (1977).

Richtlinie Nr. 21, Blatt 3: Schalltechnische Grundlagen für die örtliche und überörtliche Raumplanung, Beispiele für die Praxis (1982).

Richtlinie Nr. 21, Blatt 4: Lärmkataster (in Druck).

Richtlinie Nr. 21, Blatt 5: Widmungskategorien (in Druck)

Richtlinie Nr. 23: Maßnahmen zum Schutz vor Straßenverkehrslärm - Planungsgrundlagen (1983).

Richtlinie Nr. 24: Lärmschutz in der Umgebung von Flugplätzen - Planungs- und Berechnungsgrundlagen (1984).

STIDL, H.-G. (1986): Der Bedeutungsinhalt von Geräuschen und seine Relevanz für die Beurteilung von Schallimmissionen. Proc. ÖAL-Fachtagung 1986, im Verlag des ÖAL, 148-151.

HUMANE ASPEKTE

G. STRAUSS, Wien

Lufthygienische Aspekte der Wohnumwelt

Lufthygienische Aspekte der Wohnumwelt

Gerhard STRAUSS *)

1. Einleitung

Die Wohnumfeldverhältnisse haben sich durch die Entwicklung der Umweltprobleme in den letzten Jahrzehnten zum Teil deutlich verschlechtert. Betroffen sind vor allem die städtischen Verdichtungsräume, in denen vielfältige Formen von Umweltbelastungen konzentriert auftreten.

Auch für Gemeinden im weniger verdichteten, ländlichen Raum wird der Umweltschutz seit der Nachkriegszeit zunehmend zum Problem. Unterstützt durch eine massive regionale Wirtschaftsförderung und den Ausbau der Verkehrswege, nahm mit Erschließung und Industrieansiedlung in den weniger verdichteten Gebieten zugleich die Umweltbelastung zu.

Diese Entwicklung war mit ein Anlaß, daß die Forschungsges. für Wohnen, Bauen und Planen ein Forschungsprojekt "Mindestanforderungen an die Wohnumwelt" unterstützte, in welchem nach einer kritischen Analyse der Ist-Situation maximale Forderungen aus der Sicht der jeweiligen Fachrichtung definiert werden sollten. Der Autor hatte sich bei den umwelthygienischen Mindestanforderungen im besonderen mit Fragen der Lufthygiene und dem Einfluß von Klima und Vegetation auf die Luftreinhaltung zu befassen.

2. Quellen von Luftverunreinigungen

Die wesentlichsten Verursacher von Luftverunreinigungen sind die Industrie, kalorische Kraftwerke, der Kraftfahrzeugverkehr sowie Haushalte und Kleingewerbe.

---

*) Der Autor ist Leiter der Arbeitsgruppe für Lufthygiene und Umweltschutz am Institut für Umwelthygiene der Universität Wien

Von diesen Verursachern werden eine Vielzahl von Luftverunreinigungen emittiert. Die Gesamtemissionen verteilen sich auf 3 Hauptgruppen von Emissionskomponenten:

- anorganische Gase und Dämpfe (dazu gehören: Schwefeloxide, Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide, Halogenverbindungen etc.)
- organische Gase und Dämpfe (Kohlenwasserstoffe und sonstige Verbindungen)
- Staub, anorganisch und organisch (Stäube aus Verbrennungsprozessen, Kohlenstäube, eisenhaltige Staube, Schwermetalle und staubförmige Schwermetallverbindungen, Leichtmetalle und staubförmige Leichtmetallverbindungen etc.)

In Tabelle 1 sind die bei den verschiedenen Emittentengruppen auftretenden Luftverunreinigungen und deren Emissionsbedingungen zusammengestellt. Die letzteren sind beim Kfz-Verkehr besonders ungünstig: Die Abgase werden in unmittelbarer Nähe des Aufenthaltsbereiches von Menschen in die Luft abgegeben.

Tabelle 1: Emissionen und Emissionsbedingungen

Emissionsquelle	Luftverunreinigende Abgasbestandteile	Höhe über Boden	Zeitraum
Haushalte	SO_2, NO_x, CO; organisch-chemische Verbindungen	10 - 20 m	Heizperiode
Kfz-Verkehr	CO, NO_x, organisch-chemische Verbindungen, Blei	einige zehn cm	ganzjährig
Industrie	eine Vielzahl unterschiedlichster Komponenten	50 - 150 m	ganzjährig
Kraftwerke	SO_2, NO_x, Staub	100 - 250 m	ganzjährig, Maximum im Winter
Müllverbrennungsanlagen	SO_2, Halogenwasserstoffe, Staub, anorganisch-chemische Verbindungen	50 - 150 m	ganzjährig

3. Wirkungen von Luftverunreinigungen auf den Menschen

Die Wirkung kann von einer Belästigung bis zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Gesundheit reichen, wobei die Symptome entweder sofort oder mit zeitlicher Verzögerung eintreten können. Jeder Schadstoff kann, für sich genommen, einzeln wirken. In den meisten Fällen handelt es sich jedoch um Kombinationswirkungen, wobei sowohl das Zusammenwirken verschiedener Schadstoffe als auch die Kombination von Schadstoffen mit meteorologischen sowie berufs- und verhaltensmäßigen (Tabakrauchen) Einflüssen von Bedeutung sein können.

Die in der Wohnumwelt unter ungünstigen Bedingungen auftretenden Immissionen bewirken z.B. bei Reizgasen (Schwefeloxide, Halogenwasserstoffe, Oxidantien) Reizungen der Schleimhäute (vor allem Bindehautentzündungen der Augen) und des Atmungstraktes. In der Literatur werden Erhöhungen der Erkrankungshäufigkeiten und sogar der Sterberaten (vor allem bei vorgeschädigten Personen) durch Erkrankungen des Atmungstraktes beschrieben.

Die toxische Wirkung des Kohlenmonoxids beruht auf einer Verminderung des Sauerstofftransportes durch das Blut. Bereits bei einer CO-Konzentration von 30 ppm wird nach 8 Stunden leichter körperlicher Arbeit ein Kohlenmonoxid-Hämoglobin(COHb)-Wert von ca. 4% erreicht. COHb-Werte von 2,5 bis 5% können beim gesunden Menschen Funktionsstörungen des Zentralnervensystems, u.a. eine Beeinträchtigung der Daueraufmerksamkeit, eine Abnahme der Sehschärfe, eine Beeinträchtigung der Handgeschicklichkeit bewirken. Bei vorgeschädigten Personen, z.B. Herzkranken, wurde eine verminderte Belastbarkeit gefunden.

Die gesundheitlichen Auswirkungen der Stäube sind u.a. abhängig von Konzentration, Teilchengröße, Teilchenform und der chemischen Zusammensetzung. Durch die Staubeinwirkung wird primär das Lungenreinigungssystem (Clearance) gestört, wobei der Übergang zwischen physiologischen Abwehrreaktionen und Krankheitsprozessen fließend ist. Ihre Wirkungen entfalten sich somit in erster Linie in den oberen Atemwegen, wo sie Reizungen oder gelegentlich entzündliche Vorgänge auslösen können.

Staubinhaltsstoffe wie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe werden mit einem erhöhten Krebsrisiko in Zusammenhang gebracht. Für das 3,4-Benzpyren, das eine Art "Leitsubstanz" dieser Verbindungsklasse darstellt, konnten in Tierversuchen kanzerogene (krebserzeugende) Eigenschaften nachgewiesen werden; es kommt im Ruß der Abgase von Heizungen und Motorfahrzeugen vor. Zahlreiche Epidemiologen halten einen kausalen Zusammenhang zwischen den erhöhten Werten von 3,4-Benzpyren in der Stadtluft und der erhöhten Häufigkeit von Lungenkrebs in städtischen Ballungsräumen für ziemlich gesichert. Erwiesen ist, daß ein Stadt-Landgefälle für das Lungenkrebsrisiko besteht.

Neben diesen beispielhaft beschriebenen "spezifischen" Wirkungen, die auch physiologisch nachweisbar sind, kennt man auch "unspezifische" Wirkungen, wie Belastungen durch langeinwirkende Umwelteinflüsse in niedriger Dosierung. Weiters können Klimawirkungen genannt werden. Durch die erhöhte thermische Belastung durch das sog. "Stadtklima" muß generell mit Leistungs-, Funktions- und Gesundheitsbeeinträchtigungen gerechnet werden.

Auch einige Auswirkungen von Geruchsstoffen sind in diese Gruppe einzureihen. Geruchsimmissionen lösen beim Menschen verschiedene physiologische und psychologische Reaktionen aus. Als Belästigungsreaktionen auf Gerüche treten im Sinne von psychologischen Abwehrreaktionen allgemeines Unbehagen, Gefühle der Aversion, Gereiztheit, Aggressivität sowie schließlich Niedergeschlagenheit und Apathie auf. Erweisen sich Exposition und Reaktion darauf als langanhaltend, so können sich psychosomatische Reaktionen entwickeln, die psychosomatische Symptome und schließlich psychosomatische Erkrankungen bei prädisponierten Personen hervorrufen können. Diese Problematik ist auch im Beitrag von H.G. Stidl "Zur Umsetzung von Lärmbelastungsgrenzwerten in die Praxis der Wohnumfeldplanung" behandelt.

4. Zur Immissionssituation

Die stärksten Belastungen durch Luftverunreinigungen treten erfahrungsgemäß in Ballungsgebieten auf, wobei die höchsten Tages- und Halbstundenwerte vor allem während sogenannter "Smog-Episoden" gemessen werden.

Die Darstellung der räumlichen Verteilung der Immissionen für ein bestimmtes Gebiet wird als Immissionskataster bezeichnet; er enthält sowohl die Dauerbelastung als auch Werte über Spitzenbelastungen.

Derartige Kataster liegen derzeit für kein österreichisches Bundesland auf. Eine Übersicht über die Immissionssituation kann daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur in Form qualitativer Aussagen gegeben werden, etwa im Hinblick auf die Einhaltung der von der Österr.Akademie der Wissenschaften empfohlenen Grenzwerte für Schwefeldioxid und Staub.

Grundsätzlich ist eine höhere Schadstoffbelastung für die meisten städtischen Ballungsräume und Industrieregionen festzustellen, wobei dies u.a. für die alpinen Tal- und Beckenlagen sowie für das Wiener Becken gilt.

Allgemein erfolgten in den letzteren Jahren in vielen größeren Städten Österreichs im Winter Überschreitungen der empfohlenen SO_2-Grenzwerte, während im Sommer die Grenzwerte fast durchwegs eingehalten werden. Die erhöhte Überschreitungshäufigkeit im Winter ist einerseits auf den erhöhten Wärmebedarf, andererseits auf die häufig auftretenden austauscharmen Wetterlagen zurückzuführen.

Als Hauptverursacher von Luftverunreinigungen kann für die Wohnumwelt im städtischen Siedlungsraum in Österreich der Kfz-Verkehr und der Hausbrand gelten.

Im ländlichen Siedlungsraum ist primär der Hausbrand und im Bereich von Hauptverkehrsstraßen der Verkehr Verursacher der Luftverunreinigung. Für Geruchsimmissionen zeichnet vor allem die Landwirtschaft verantwortlich.

Lokal führen auch die Immissionen aus Industrieanlagen zu großen Belastungen. Es muß aber doch erwähnt werden, daß in vielen Gebieten Planungsfehler die Ursachen von Konflikten, vor allem mit der Wohnbevölkerung, bilden, d.h., daß durch eine wenig vorausschauende Planung Wohngebiete immer näher an den Emittenten gerückt sind.

Eine Bewertung der Auswirkungen erhöhter Schadstoffimmissionen zeigt, daß in vielen Gebieten die aufgrund von Dosis-Wirkungsuntersuchungen empfohlenen Schwellenwerte bzw. Grenzwerte zum Teil oft deutlich überschritten werden.

Aus umwelthygienisch-medizinischer Sicht geht es daher nicht nur um das artikulierte "Unbehagen" und die eventuellen psychophysiologischen Folgewirkungen auf den Menschen, sondern auch um konkrete Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschädigungen.

Es sei daher die Pauschalaussage gestattet, daß zumindest in Teilbereichen von Wohngebieten die medizinisch-hygienischen Bedingungen gesunden Wohnens nicht gegeben sind.

Aus umwelthygienischer Sicht leiten sich aus dieser Analyse eine Anzahl von Forderungen ab.

5. Forderungen zur Erfüllung lufthygienischer Mindestanforderungen an die Wohnumwelt

Als allgemeine Forderungen können genannt werden:

- **Emissionsminderung kommt vor Immissionsschutz**
  Diese Forderung hat - im Sinne des Vorsorgeprinzips - auch in anderen umweltrelevanten Bereichen Gültigkeit zu haben. Es sind daher primär die Emissionen zu reduzieren; nur wenn dadurch allein die gestellten Anforderungen an die Umweltqualität nicht erfüllt werden können, sind auch Maßnahmen des Immissionsschutzes in Erwägung zu ziehen. Im allgemeinen wird es sich jedoch als notwendig erweisen, zufolge

vorgegebener Randbedingungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur eine optimale Abstimmung zwischen Emissions- und Immissionsseite zu treffen. Eine wesentliche Funktion kommt dabei der Raumordnung und Raumplanung auf allen Ebenen zu.

Eine Grundlage für jedwede Planung ist jedoch die Erfassung der jeweiligen Ist-Situation; daraus leitet sich als 2. Forderung

. **eine Bestandsaufnahme der Umweltsituation** ab.

Dafür ist erforderlich:

a) Messungen zur Feststellung von **Art und Umfang chemischer und physikalischer Umweltfaktoren**, sowohl am Ort des Entstehens als auch am Ort der Einwirkung.
Bei den Immissionsmessungen ist jedenfalls zu beachten, daß diese von den **hygienischen und ökologischen Zielsetzungen** her bestimmt sein müssen. Daraus ergeben sich auch unterschiedliche Anforderungen an Meßsysteme bzw. Meßnetze.

Speziell für den Umweltfaktor Luft müssen die wesentlichen luftverunreinigenden Stoffe im gesamten bewohnten Stadtgebiet mit kontinuierlich registrierenden Meßgeräten erfaßt werden. Für kleinere Gemeinden genügen meist integrale Meßverfahren, um längerfristige Trends erkennen zu können.

b) Erstellung von **Emissions-** und **Immissionskatastern**, weiters - meteorologische Komponenten betreffend - von **Immissionsklimatologien**.

c) Erstellung von **Wirkungskatastern**
Die alleinige Durchführung unterschiedlicher Messungen und die Erstellung von Emissions-, Immissions- und anderen Katastern kann die gesundheitlichen Auswirkungen von Immissionen auf die Bevölkerung nicht gesichert abklären. Dazu sind systematische Erhebungen des Wirkungskatasters, wie z.B. Ergebnisse von medizinisch-epidemiologischen Untersuchungen von Bevölkerungsteilen, Ergebnisse über Belästigungsreaktionen u.ä. notwendig.

Die Kenntnis der Immissionssituation und der Vergleich mit Immissionsgrenzwerten stellen für den Planer wesentliche Hilfsmittel dar. Bei der Anwendung muß allerdings unbedingt das sogenannte "Auffüllen" des Bereiches zwischen dem Ist-Zustand der Immissionen und den Immissionsgrenzwerten verhindert werden. Bei einigen Umweltfaktoren setzen Belästigungsreaktionen schon ein, wenn die Immissionsbelastungen in kritischer Nähe der Grenzwerte liegen (10 bis 20% darunter).

Zum Schutz der Bevölkerung vor starken Belästigungen besteht daher die umwelthygienische Forderung, wonach als Richtwert ein Wert von etwa 80% des Immissionsgrenzwertes nicht überschritten werden soll.

Als spezielle Forderungen an die Planung ergeben sich:

- o Festlegung von Abstandsflächen (Schutzräume) zwischen der Wohnbebauung und größeren industriellen Emittenten und Kraftwerken aufgrund lufthygienischer Kriterien; dies bedeutet die Einhaltung lufthygienischer Grenzwerte. Der notwendige Abstand muß abhängig gemacht werden
  - vom Ausmaß der Emission
  - von den im Wohngebiet geltenden Immissionsgrenzwerten
  - von den meteorologischen Gegebenheiten.
- o Einhaltung eines Schutzabstandes entlang von Verkehrsflächen zur Wohnbebauung, unabhängig von den Erfordernissen des Lärmschutzes:
  Entlang von Hauptverkehrsstraßen ein Abstand von 50 m,
  von Schnellstraßen 100 m und
  von Autobahnen 300 m.
- o Sicherung bzw. Schaffung immissionsarmer Zonen um Ballungsräume; diese dienen als klimaökologische und lufthygienische Ausgleichsräume.
- o Sicherung der Luftgüte in Kur- und Erholungsorten durch vorsorgende Planung (hier ist auf die in Druck befindliche Richtlinie des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen zu verweisen).

- o Hintanhaltung unzumutbarer Geruchsbelästigungen bei der Wohnbevölkerung durch Einhaltung von Schutzabständen zwischen der Wohnbebauung und Intensiv- und Massentierhaltungen.

Eine aus lufthygienischer Sicht wirkungsvolle Raumplanung muß jedenfalls unter Berücksichtigung dieser oben genannten Forderungen durchgeführt werden. Darüber hinaus muß man sich aber bewußt sein, daß die Belange der Lufthygiene nur einen Aspekt der Wohnumfeldqualität darstellen. Dies dokumentiert den hohen Anspruch, welchen die Optimierungsaufgabe der Gestaltung einer umwelthygienisch einwandfreien und lebenswerten Wohnumwelt an den Planer stellt.

HUMANE ASPEKTE

W.BRÖG/E.ERL, München

Wohnumfeld im Bewohnerurteil

WOHNUMFELD IM BEWOHNERURTEIL

Werner Brög

Erhard Erl

SOCIALDATA, Institut für Verkehrs -und
Infrastrukturforschung GmbH
Hans-Grässel-Weg 1

D - 8000 München 70

4. INTERNATIONALE WOHNUNGSWOCHE
"WOHNUMWELT IN STADT UND LAND"
FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR WOHNEN, BAUEN UND PLANEN (FGW)
SALZBURG, SEPTEMBER 1986

1. Forschungsvorhaben "Flächenhafte Verkehrsberuhigung"

Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST), die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BFLR) und das Umweltbundesamt haben im Jahr 1980 gemeinsam das experimentelle Forschungsvorhaben "Flächenhafte Verkehrsberuhigung" ausgeschrieben. Hierbei sollen die Maßnahmen nicht mehr - wie bisher überwiegend - kleinteilig und linear auf einzelne Straßenabschnitte beschränkt werden, sondern größere innerstädtische Gebiete sollen in ein integriertes Maßnahmenkonzept der Verkehrsberuhigung einbezogen werden. Von 110 Bewerbergemeinden wurden schließlich sechs Städte als Untersuchungsmodelle ausgewählt (Abb. 1).

Generell werden von flächenhaften Verkehrsberuhigungsmaßnahmen - auch vor dem Hintergrund der international und national mit Fußgängerzonen, Wohnstraßen und Geschwindigkeitsbegrenzungen gesammelten Erfahrungen - Auswirkungen erwartet auf:

- Verkehrsfluß, Verkehrssicherheit und Verkehrsmittelwahl,

- Immissionssituation,

- städtebauliche Situation und Nutzung des Stadtgebietes (1).

Ob, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen diese Effekte tatsächlich eintreten und ob die eingetretenen Wirkungen eher positiv oder negativ zu beurteilen sind, wird im Rahmen des von den drei Bundesbehörden betreuten Begleitforschungsprogramms zu den Modellvorhaben wissenschaftlich untersucht.

Abb. 1 MODELLGEBIETE

GEMEINDE	FLÄCHE	EINWOHNER	LAGE/STRUKTUR
Berlin-Moabit (B-M)	120 ha	30.000	Großstadt, Zentrenrand
Borgentreich (BOR)	250 ha	2.300	Kleinstadt, gemischt ländlich
Buxtehude (BUX)	268 ha	10.800	Mittelstadt, Zentrum, Zentrenrand
Esslingen (ES)	145 ha	11.000	Mittelstadt, Zentrenrand. gemischt
Ingolstadt (IN)	120 ha	5.500	Mittelstadt, Zentrum
Mainz (MZ)	250 ha	12.000	Großstadt, gemischt

2. Begleitforschung zu den städtebaulichen Auswirkungen

Städtebauliche Auswirkungen werden gerade aufgrund der großflächigen Anlage der Verkehrsberuhigungskonzepte erwartet. Es kann angenommen werden, daß sich die Wohn- und Wohnumfeldqualität durch verringerte Immissionsbelastung, größere Verkehrssicherheit und die Umgestaltung des Straßenraums erhöht, daß Wohnen und Einkaufen in diesen Gebieten attraktiver werden und daß infolge einer solchen denkbaren Attraktivitätssteigerung auch das Niveau der von Gewerbebetrieben und Haus- und Grundstückseigentümern getätigten Investitionen zur Instandhaltung und Modernisierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden ansteigt. Möglich erscheinen jedoch auch negative Auswirkungen der flächenhaften Verkehrsberuhigung, wenn durch verschlechterte Erreichbarkeit für motorisierte Kunden bei den gebietsansäßigen Gewerbebetrieben Umsatzeinbußen eintreten sollten, wenn Betriebe verdrängt würden oder wenn eine Attraktivitätssteigerung als Wohngebiet zu Mietpreisen führe würde, die von Teilen der ansäßigen Wohnbevölkerung nicht getragen werden können.

Zur Erfassung von Art, Richtung und Ausmaß der eintretenden städtebaulichen Wirkungen werden drei Forschungsnehmer beauftragt. In einem Projekt werden die Auswirkungen auf die Wohnumfeldnutzung untersucht. Das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, Berlin und SOCIALDATA, München befassen sich gemeinsam mit den Auswirkungen für Haushalte, Betriebe und Haus-/ Grundeigentümer (vgl. Abb. 2). In allen sechs Modellgemeinden wurden die Vorheruntersuchungen durchgeführt und in Berichten dokumentiert (2). Die hier vorgestellten Ergebnisse entstammen den von SOCIALDATA durchgeführten Vorher-Untersuchungen zum Akteursbereich Haushalte. Sie basieren auf schriftlich-postalischen Haushaltsbefragungen in allen sechs Modellgemeinden und auf mündlichen Vertiefungserhebungen in drei dieser sechs Städte.

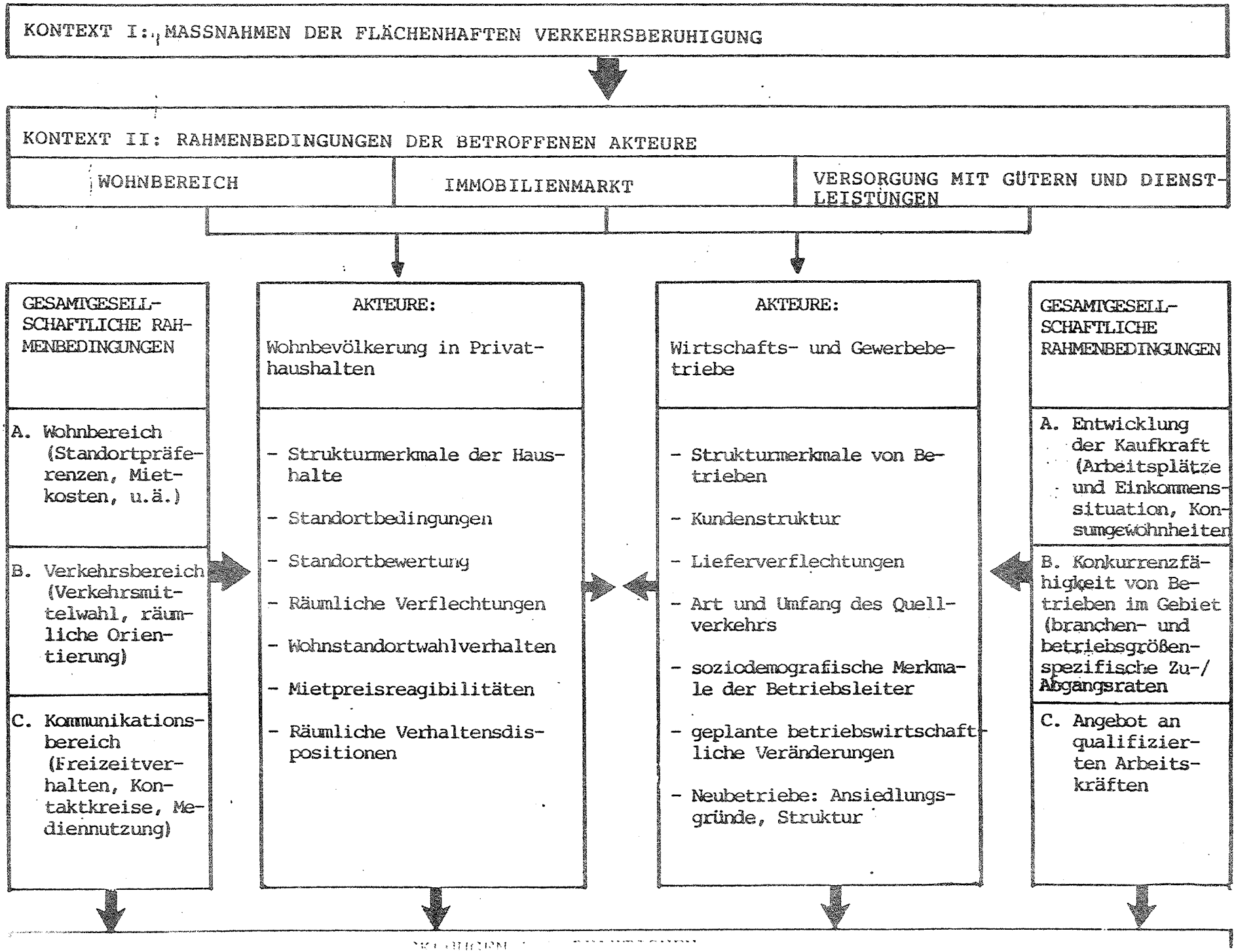
In den Modellgebieten erfolgen zur Zeit die Umbaumaßnahmen, deren Effekte dann mit Nachheruntersuchungen festgestellt werden sollen. Eine Zwischenbilanz vorliegender Ergebnisse aus allen Untersuchungsbereichen bietet eine Dokumentation (3).

3. Wohnumweltbezogene Auswirkungen

Die Beurteilung des Wohngebietes durch die Bewohner findet ihren Niederschlag sowohl im realisierten Verhalten als auch im Bereich der subjektiven Bewertung. Durch die Attraktivierung des Wohnumfeldes läßt sich somit eine stärkere lokale Orientierung erwarten, die auch zu einer Änderung der Verkehrsmittelwahl und Verringerung von Wegedistanzen mit allen damit verbundenen Folgewirkungen (z.B. Umweltentlastung, Frequentierung lokaler Versorgungseinrichtungen) führen kann.

Im Bereich der subjektiven Bewertung des Wohnumfeldes ist zu erwarten, daß ein Anstieg der Wohnzufriedenheit eintritt. Die Wohnzufriedenheit ist dabei als Ergebnis der Wahrnehmung und Bewertung unterschiedlicher Einflußfaktoren zu beurteilen. Hierzu zählen insbesondere:

Abb. 2


KONTEXT I: MASSNAHMEN DER FLÄCHENHAFTEN VERKEHRSBERUHIGUNG
KONTEXT II: RAHMENBEDINGUNGEN DER BETROFFENEN AKTEURE
WOHNBEREICH
IMMOBILIENMARKT
VERSORGUNG MIT GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN
GESAMTGESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN
A. Wohnbereich (Standortpräferenzen, Mietkosten, u.ä.)
B. Verkehrsbereich (Verkehrsmittelwahl, räumliche Orientierung)
C. Kommunikationsbereich (Freizeitverhalten, Kontaktkreise, Mediennutzung)
AKTEURE:
Wohnbevölkerung in Privathaushalten
- Strukturmerkmale der Haushalte
- Standortbedingungen
- Standortbewertung
- Räumliche Verflechtungen
- Wohnstandortwahlverhalten
- Mietpreisreagibilitäten
- Räumliche Verhaltensdispositionen
AKTEURE:
Wirtschafts- und Gewerbebetriebe
- Strukturmerkmale von Betrieben
- Kundenstruktur
- Lieferverflechtungen
- Art und Umfang des Quellverkehrs
- soziodemografische Merkmale der Betriebsleiter
- geplante betriebswirtschaftliche Veränderungen
- Neubetriebe: Ansiedlungsgründe, Struktur
GESAMTGESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN
A. Entwicklung der Kaufkraft (Arbeitsplätze und Einkommenssituation, Konsumgewohnheiten
B. Konkurrenzfähigkeit von Betrieben im Gebiet (branchen- und betriebsgrößenspezifische Zu-/Abgangsraten
C. Angebot an qualifizierten Arbeitskräften

- der visuelle Eindruck der gebauten Umwelt (Häuser, Straßen, Freiflächen)

- die Umweltsituation (Grünversorgung, Luftqualität, Lärmsituation etc.)

- die Ausstattung mit Infrastruktur für den täglichen und aperiodischen Bedarf

- die Annehmlichkeiten bzw. Behinderungen bei täglichen Verrichtungen (z.B. Parkplatzsuche, Schulwegsicherheit etc.).

Die Bewertung von Veränderungen der Wohnzufriedenheit muß auf diesem komplexen Beziehungsgeflecht aufbauen und die Beiträge der Einflußfaktoren nach Möglichkeit im einzelnen beurteilen.

Die nachfolgend vorgestellten Ergebnisausschnitte beziehen sich auf die Vorhersituation in den Modellgebieten. Sie geben also die Ausgangssituation wieder, deren Verbesserung erklärtes Anliegen des Demonstrationsvorhabens "Flächenhafte Verkehrsberuhigung" ist. Da die sechs Modellgebiete in ihrer Lage und Struktur typische Situationen abdecken, können die Ergebnisse durchaus auf vergleichbare Gebiete übertragen werden und liefern in ihrer Zusammenschau sicherlich eine allgemeine Beschreibung der Nutzung und Bewertung der Wohnumwelt durch die Bewohner.

4. Aktionsräumliches Verhalten

Das aktionsräumliche Verhalten einer Person läßt sich durch zentrale Kennwerte quantifizieren, die zugleich die Einzelkomponenten eines entsprechenden Mobilitätsbegriffes darstellen. Bezug ist das an einem Tag realisierte aushäusige Verhalten einer Person. Unter Ausgang wird dabei die Wegabfolge zwischen Verlassen der Wohnung und Wiedereintreffen in der Wohnung verstanden. Auf einem solchen Ausgang wird mindestens eine Aktivität erledigt. Um diese Tätigkeiten ausüben zu können, entstehen Wege. Im einfachsten Fall umfaßt demnach ein Ausgang eine Aktivität und zwei Wege. Durch Koppelung von Aktivitäten auf einem Ausgang entstehen demnach komplexere Aktivitätsmuster mit entsprechend mehr Wegen (4).

Der Anteil der Personen, die an einem (durchschnittlichen) Tag die Wohnung verlassen, liegt um die 75%. Von diesen mobilen Personen werden rund 1,5 Ausgänge unternommen. Dieser Wert zeigt sich über alle Städte hinweg relativ konstant, nur Ingolstadt liegt deutlich höher. Die Anzahl der pro Tag unternommenen Aktivitäten bewegt sich zwischen 1,8 (Borgentreich) und 2,4 (Ingolstadt). Diese beiden Städte markieren auch die Pole der durchschnittlichen Wegeanzahl pro Tag und mobiler Person (3,30 bzw. 4,16). Die Anzahl der pro Ausgang zurückgelegten Wege zeigt sich hingegen wieder relativ konstant für alle sechs Städte, während die pro Ausgang zurückgelegten Entfernungen und Verkehrsbeteiligungsdauern wieder deutlichere stadtspezifische Unterschiede zeigen.

Abb. 3

MOBILITÄTSKENNWERTE

	B-M	BOR	BUX	ES	IN	MZ
Personen außer Haus (%)	72	73	73	76	76	78
Pro mobiler Person:						
- Ausgänge	1,55	1,49	1,52	1,56	1,76	1,49
- Aktivitäten	2,06	1,81	1,93	2,08	2,40	1,98
- Wege	3,61	3,30	3,45	3,64	4,16	3,47
Pro Ausgang:						
- Wege	2,33	2,21	2,27	2,33	2,36	2,32
- Entfernung (km)	14,0	19,4	25,7	---	---	16,6
- Verkehrsdauer (min)	51	44	54	54	47	47

Der Anteil wohngebietsbezogener Aktivitäten variiert in den einzelnen Städten deutlich. Differenziert man dabei nach Aktivitätszwecken ergeben sich noch größere Unterschiede. Hier spiegeln sich deutlich Raumstrukturen und Gelegenheitsausstattungen wieder. Es wird aber auch erkennbar, daß in dem für räumliche Umorientierungen disponiblen Bereich der Versorgung bereits heute teilweise eine ausgeprägte lokale Orientierung besteht, die unter Umständen durch die beabsichtigten Planungsmaßnahmen nur schwer steigerbar erscheint. In solchen Fällen kann bereits eine Stabilisierung dieses Vorher-Verhaltens als Erfolg angesehen werden.

Abb. 4

ANTEIL WOHNGEBIETSBEZOGENER AKTIVITÄTEN

	B-M %	BOR %	BUX %	ES %	IN %	MZ %
Arbeit	13	12	21	55	67	12
Ausbildung	24	5	81	68	81	16
Versorgung	74	55	86	66	64	55
Freizeit	34	30	50	58	58	36
Sonstiges	30	25	44	55	65	32
GESAMT	47	31	58	60	64	34

Ähnliches gilt für die Verkehrsmittelwahl bei Wegen, deren Ziel im Wohngebiet liegt. Bei weitem dominieren hier die nichtmotorisierten Fortbewegungsarten - Zufußgehen und Radfahren. Die Sicherung und Förderung dieser Verkehrsmittel durch verkehrsberuhigende Maßnahmen erscheint bereits unter diesem Aspekt vordringlich. Darüberhinaus zeigen Befunde, daß auch bei einem hohen Ausgangsniveau durchaus weitere Potentiale für entsprechende Verkehrsmittelsubstitutionen bestehen (5).

Abb. 5

MODAL-SPLIT WOHNGEBIETSBEZOGENER WEGE

	B-M %	BOR %	BUX %	ES %	IN %	MZ %
Zu Fuß	82	57	37	69	75	53
Fahrrad	1	15	21	8	10	13
Kfz	9	28	35	20	14	33
ÖPNV	8	0	7	3	1	
GESAMT	100	100	100	100	100	100

5. Wohnumfeldbewertung

In fünf der sechs Städte äußert knapp die Hälfte der Haushalte wohnumfeldbezogene Verbesserungswünsche. Deutlich höher liegt dieser Anteil nur im Modellgebiet Mainz.

Auch wenn diese Verbesserungswünsche in den einzelnen Modellgemeinden unterschiedlicher Art sind,so kristallisiert sich doch recht deutlich ein Bereich heraus, der als besonders verbesserungswürdig erscheint - der Straßenverkehr. Deutliche Defizite zeigen sich in allen Städten in zwei weiteren Bereichen, nämlich bezüglich der Lärmbelästigung und der Grün- und Spielflächenausstattung. In anderen Bereichen sind hingegen eher stadtspezifische Schwerpunktsetzungen erkennbar, wie z.B. hinsichtlich der Gestaltung der Wohnumgebung in Berlin-Moabit.

Abb. 6

WOHNUMFELDBEZOGENE VERBESSERUNGSWÜNSCHE

	B-M %	BOR %	BUX %	ES %	IN %	MZ %
Ja	44	42	43	47	44	55
Nein	56	58	57	53	56	45
GESAMT	100	100	100	100	100	100

Abb. 7

ART DER WOHNUMFELDBEZOGENEN VERBESSERUNGSWÜNSCHE

	B-M %	BOR %	BUX %	ES %	IN %	MZ %
Wohngrundstück - gebäude	20	9	13	6	7	5
Wohnumgebung	46	21	19	3	9	10
Grün-/Spielflächen-ausstattung	17	16	18	19	2	18
Straßenverkehr	50	53	48	61	51	98
Nichtmotorisierter Verkehr	8	8	10	19	6	17
Lärmbeeinträchtigung	22	19	10	20	42	17
Sonst. Umweltbeein-trächtigungen	12	6	5	8	8	3
Gelegenheitsausstattung	6	3	5	5	3	3
Soziale Abläufe	4	-	-	-	4	1
Sonstige	4	15	21	5	2	8
	189*)	150*)	149*)	149*)	134*)	180*)

---

*) Mehrfachnennungen

Die Zufriedenheit mit dem Wohnstandort hinsichtlich diverser Beurteilungsmerkmale wurde mit einer vierstufigen Skala ermittelt. Je mehr sich dabei das ausgewiesene Skalenmittel dem Wert "1" nähert, um so größer ist die Zufriedenheit mit dem Wohnstandort bezüglich des jeweiligen Punktes.

Abb. 8

ZUFRIEDENHEIT WOHNUMFELD (Auswahl)

	B-M	BOR	BUX	ES	IN	MZ
Größe der Wohnung	2,0	1,8	1,7	1,6	1,7	1,8
Höhe der Miete	2,4	2,3	2,2	1,7	2,0	2,4
Erreichbarkeit						
- Arbeitsplatz	1,8	1,9	2,1	1,7	1,6	1,8
- Schule	2,0	1,9	1,7	1,5	1,4	2,0
Sicherheit des Schulwegs	2,2	2,2	2,2	2,3	2,2	2,5
Spielmöglichkeiten	3,6	2,9	3,0	4,0	3,4	3,4
Bauzustand Wohnhaus	2,6	2,0	2,0	2,0	2,2	1,9
Ansehen Wohngegend	2,7	2,0	2,2	2,3	2,2	2,0
Grünanlagen	2,6	2,0	2,2	2,8	2,2	2,3
Einkaufsmöglichkeiten	1,7	2,2	1,8	1,8	1,3	2,1
Straßenverkehrslärm	2,6	2,2	2,2	3,2	2,9	2,4
Abgasbelästigung	2,9	2,2	2,2	3,2	3,0	2,5
Störung durch Straßenverkehr	2,8	2,3	2,3	3,2	2,9	2,5
Erscheinungsbild der Straße	2,6	2,2	2,1	2,6	2,6	2,3

Auch hier zeigen sich, abgesehen von einzelnen stadttypischen Abweichungen, doch gewisse Bewertungstendenzen. Eher positive Bewertungen sind bei den folgenden Punkten vorzufinden:

- Größe der Wohnung
- Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen
- Erreichbarkeit von Schulen
- Bauzustand des Wohnhauses
- Einkaufsmöglichkeiten.

Deutliche negative Bewertungstrends haben hingegen zu verzeichnen:

- Spielmöglichkeiten
- Straßenverkehrslärm
- Abgasbelästigung
- Störung durch Straßenverkehr.

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen haben gerade auch eine Verbesserung dieser Bereiche zum erklärten Zielanliegen. Eine Steigerung der Wohnzufriedenheit erscheint also dann möglich, wenn es gelingt durch die Planungsmaßnahmen hier zu tatsächlichen Verbesserungen zu gelangen.

6. Verkehrsberuhigung im Bewohnerurteil

In den in den drei Städten durchgeführten mündlichen Vertiefungserhebungen wurden die vorgesehenen Verkehrsberuhigungskonzepte thematisiert. So findet sich in allen diesen drei Städten eine Mehrheit der Haushalte, die positive Veränderungen erwarten. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß auch ein nennenswerter Anteil den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen eher negativ gegenübersteht.

Die erwarteten positiven Auswirkungen der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen erfahren fast durchwegs relativ hohe Zustimmungsraten. Insbesondere sind hier folgende Erwartungen zu nennen:

- Verbesserung der Sicherheit für Fußgänger
- Verbesserung der Sicherheit für Kinder
- mehr Rücksicht des Kfz-Verkehrs
- angenehmeres Wohnen
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Straße
- Attraktivierung des Erscheinungsbildes der Straße.

Ein Steigen der Mieten wird hingegen kaum erwartet. Nur im zentralen Modellgebiet von Ingolstadt scheinen hier gewisse Befürchtungen auf.

Abb. 9

EINSTELLUNG ZUR VERKEHRSBERUHIGUNG

	B-M %	ES %	IN %
Positiv	61	78	56
Negativ	30	15	39
"Weiß nicht"	9	7	5
	100	100	100

Abb. 10

BEWERTUNG ERWARTETER VERÄNDERUNGEN INFOLGE VERKEHRSBERUHIGUNG

Veränderung	Zustimmungsrate			Zustimmungsgrad		
	B-M	ES	IN	B-M	ES	IN
Sicherheit für Fußgänger	68	64	58	1,9	1,9	1,3
Sicherheit für Kinder	67	76	61	1,8	1,7	1,3
Abnahme Kfz-Verkehr	39	48	38	2,2	2,0	1,3
Vorsicht Kfz-Verkehr	75	68	54	1,7	1,8	1,3
Gefahren für Kfz-Verkehr	44	71	73	2,0	1,7	1,2
Sicherheit für Radfahrer	32	66	37	2,2	2,0	1,3
Verbesserung für Fußgänger	40	51	61	2,1	2,2	1,3
Aufenthalt auf Straße	45	57	67	2,0	2,0	1,2
Angenehmeres Wohnen	63	67	70	1,8	1,8	1,2
Steigen der Mieten	-13	-11	8	2,0	3,6	1,7
Erscheinungsbild der Straße	62	48	54	1,9	2,2	1,3
Abnahme Lärm/Abgas	37	52	62	2,1	2,0	1,2

7. Zusammenfassung

Die Wohnumwelt erfährt durch die ansässigen Bewohner eine Bewertung, die sich sowohl in konkretem Verhalten als auch in der Wohnzufriedenheit äußert. Die Nutzungsfrequenz und -intensität des eigenen Wohnviertels als konkrete Verhaltensumwelt ist bereits vor dem Eingriff entsprechender Planungen hoch.
Ein bedeutender Teil der Alltagsmobilität spielt sich in kleinem Radius um die eigene Wohnung ab. Verkehrsberuhigung erscheint als ein geeignetes Planungskonzept, um hier stabilisierend und fördernd einzugreifen.

Die Wohnzufriedenheit erscheint in den Bereichen Wohnungsversorgung und Erreichbarkeiten allgemein relativ hoch, während in den Punkten Straßenverkehr, Immissionsbelastung und Grünversorgung deutliche Ansprüche erkennbar werden. Hier bietet es sich an, Verkehrsberuhigung als ein integriertes Maßnahmenkonzept zu begreifen, das durch ordnende Eingriffe in das Kfz-Verkehrsgesehehen zu einer Wohnumfeldverbesserung führt.

Quellennachweis:

(1) Kanzlerski, D. et al.: Zielsetzung und Ablauf des Forschungsvorhabens "Flächenhafte Verkehrsberuhigung", in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9.1983, p 559ff

(2) IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, SOCIALDATA, Institut für Verkehrs- und Infrastrukturforschung: Städtebauliche Begleit- und Wirkungsforschung zum Modellvorhaben "Flächenhafte Verkehrsberuhigung". Auswirkungen auf Entwicklung der Boden- und Meitpreise, Investitionsverhalten und Modernisierungstätigkeiten sowie auf Standortverhalten von Haushalten und Betrieben, sechs Berichte zu den Vorher-Untersuchungen in den sechs Modellgemeinden, Berlin/München 1985/1986

(3) Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bundesanstalt für Straßenwesen und Umweltbundesamt (Hrsg.): Forschungsvorhaben "Flächenhafte Verkehrsberuhigung". Erste Erfahrungen aus der Praxis: Tagungsband zum 3. Kolloquium, Berlin 1985

(4) Brög, W., Erl. E.: Application of a Model of Individual Behaviour (Situational Approach) to Explain Household Activity Patterns in an Urban Area and to Forecast Behavioural Changes. In: Recent Advances in Travel Demand Analysis, Edited by Susan Carpenter und Peter Jones, Gower Publishing Co. Ltd., 1983, ISBN 0-566-00601-4

(5) Instituut voor Toegepaste Sociologie, Sozialforschung Brög: Evaluatie fietsroutennetwerk Delft. Marges voor het fietsgebruik, Nijmegen 1985.

A 2

STÄDTISCHE WOHNUMWELT

R. LEHMKUHL, Düren

Wohnung und Umfeld - Probleme und Chancen für Kinder und Heranwachsende

ARCH. DIPL. ING. ADOLF WOCELKA
STAATLICH BEFUGTER UND BEEIDETER ZIVILTECHNIKER
2340 MÖDLING, WEYPRECHTGASSE 33 · TEL. 02236/82465

Gestaltung von Spielorten im Wohnumfeld unter Beteiligung der Nutzer

Bestand:

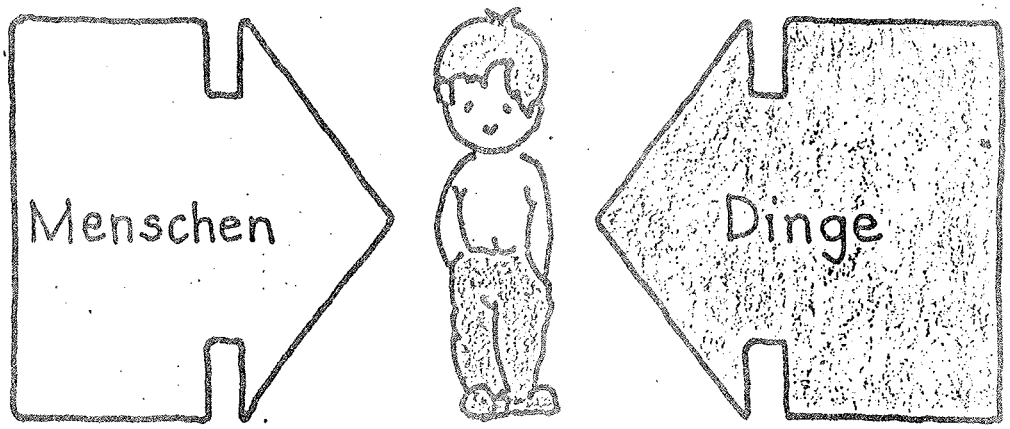
Meist wurde und wird das Wohnumfeld in Siedlungen nach 4 Forderungen geplant:

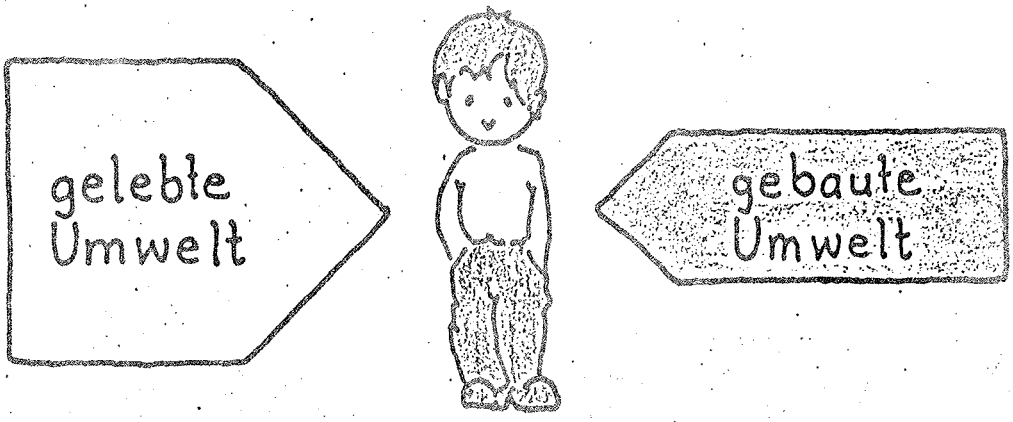
- nach geringen Erstellungskosten
- nach geringem Pflegeaufwand
- nach "planästhetischen" Gesichtspunkten
- zur "Nichtbenutzung" durch die Bewohner

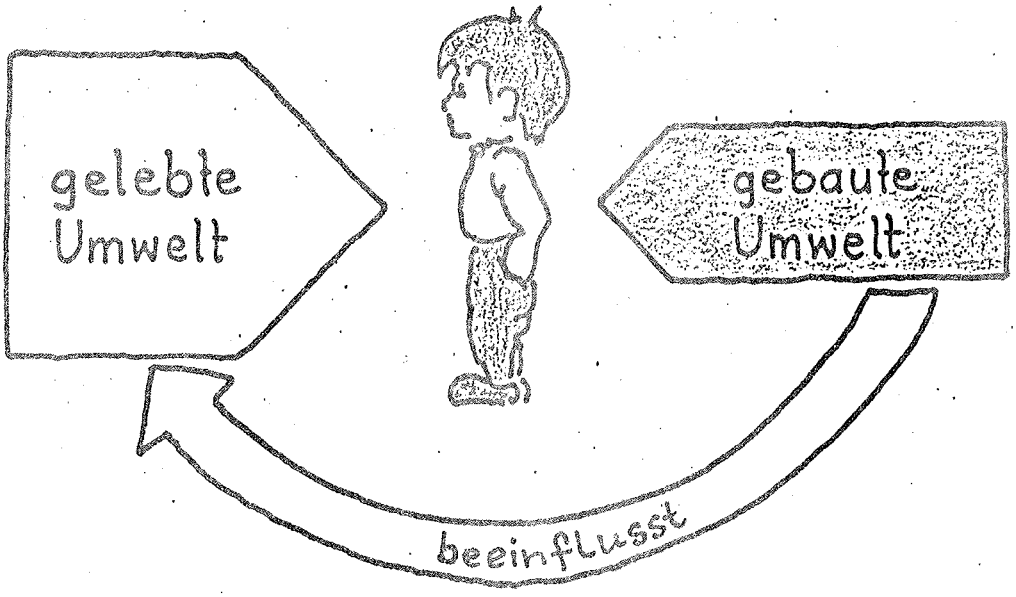
Dieses "Abstandsgrün" wird dann vom Hausmeister bewacht.
Kinderspielplätze wurden und werden vom Grün distanziert, mit Bewegungsspielgeräten ausgestattet und mit Bänken für die Aufsichtspersonen umgeben.
Benutzeralter und Benutzungszeiten werden durch Vorschriften geregelt.
Kinderspiel ist separiert vom Alltag, von der Umwelt und vom Grün.
"Betreten der Grünanlagen verboten" läßt sowohl Kinder als auch Erwachsene "Grün" als spielfeindlich erleben.
Das Wohnumfeld ist für die Bewohner eintönig gestaltete "unbenutzbare Dekoration".
Auch als unvoreingenommener Besucher empfindet man in den meisten dieser Anlagen "Unbehagen". Die "unwohnlichkeit" ist spürbar. Sie läßt sich mit Worten wie "leer, trostlos, Angst hervorrufend, sich nicht zurechtfinden können, Unwirtlichkeit" usw. beschreiben. Dies läßt sich auch mit "inhuman" zusammenfassen.

Auswirkungen:

Der Einfluß der "inhumanen" Wohnumwelt auf die Bewohner, insbesondere auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder, wird meist nicht bemerkt bzw. unterschätzt.
Die "unbemerkten" Wirkungsweisen verdeutlicht die anschließende Bildfolge:


Menschen
Dinge

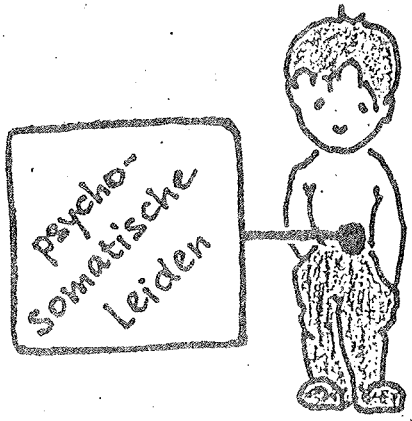

gelebte Umwelt
gebaute Umwelt


gelebte Umwelt
gebaute Umwelt
beeinflusst

ERWACHSENER

Wohnung und Siedlung = gebaute Umwelt

steuern Verhalten
beeinflussen
unerkannt



Partner
Nachbarn
Besucher

prägen so

= gelebte Umwelt

Kommunikation, Verhalten

KIND

Wohnung und Siedlung = gebaute Umwelt

steuern Verhalten
beeinflussen
unerkannt



Eltern
Fremde
Nachbarn

prägen so

= gelebte Umwelt

Erziehungsmethoden

These:
"Wohnen läßt sich in Siedlungen, wie sie eingangs beschrieben wurden, nicht vollziehen".
Eine solche Wohnumwelt läßt nur wenige Wohnfunktionen zu; sie läßt daher auch nur ein "beschränktes Leben" zu. Aber W o h n e n i s t L e b e n s v o l l z u g - mehr als Schlafen, Essen, Körperreinigen usw.
Daher ergeben die F e h l b e s t ä n d e des Wohnumfeldes (der "Wohnsitaution der einzelnen Bewohner") Inhalte und Kriterien für die Umgestaltung (bzw. Neugestaltung).

Gestaltungsinhalt und -kriterien:
Es gibt zwei Arten von Fehlbeständen:

Fehlende Möglichkeiten zur Ausübung von A k t i v i t ä t e n, die zum "vollständigen Lebensvollzug" gehören. Möglichkeiten für Aktivitäten aus den Bereichen Hobby, Sport, Kommunikation, Kunst, Bildung, Naturkontakt usw. Kurzum "Freizeitaktivitäten" - Wohnung und Wohnumfeld sind die wichtigsten "Freizeitorte" des Menschen.

Fehlende G e s t a l t u n g s q a l i t ä t (menschliches Ambiente).
Wie eingangs beschrieben, läßt die Gestaltung von Neubaugebieten beim Besucher negative Gefühle (Trostlosigkeit, alles sieht gleich aus usw.) entstehen. Wie stark muß diese Architektur dann erst auf die dort Wohnenden wirken. Diese sind diesem Einfluß schutzlos ausgeliefert, denn die Wirkung erfolgt für die Betroffenen unbewußt, daher können sie sich auch nicht wehren. Zerstörungsakte (z.B. Sprayaktionen usw.) Jugendlicher haben vielleicht darin ihren Ursprung.
Der negative Einfluß verursacht "gestörtes Verhalten = Verhaltensstörungen"; bei vielen Menschen auch Krankheit.
Daher sollen Art und Weise der Gestaltung der Wohnung und ihrer Umgebung so sein, daß sich der Bewohner:
- wohlfühlt,
- Geborgenheit empfindet,
- Anregungen zur Weiterentwicklung erhält und
- sich damit identifizieren kann.

Dies ist vor allem für die Kinder sehr wichtig.

Aus dem zuvor gesagten ergeben sich die Forderungen nach Geborgenheit, Sicherheit und Einmaligkeit - das bedeutet Kleinteiligkeit der Räume und Elemente, gute Orientierbarkeit, Überschaubarkeit und die Möglichkeit zu individueller Ausgestaltung.

Als zweite wesentliche Forderung ist der Anregungsgehalt der Umwelt zu nennen.
Das bedeutet: verschiedene Materialien, Elemente, Formen, Farben.
Das ermöglicht: Erfahrungen machen, Entdeckungen zulassen, Neugierde wecken, selbstständiges Handeln anregen.
Die Erfüllung dieser Forderung bringt vor allem den Kindern Vorteile.

Die dritte Forderung ist die nach "biologischem Design".
Der Menschliche Körper, das Gesicht sind nicht exakt regelmäßig, symmetrisch, streng geometrisch gestaltet. Daher empfindet der Mensch bei starr und stereotyp gestalteter Umgebung Unbehagen. Gestaltungen, die kleine Unregelmäßigkeiten aufweisen - wie z.B. ein Blatt, das symmetrisch scheint, aber nicht ist - lassen beim Beobachter eine Resonanz antstehen, ein Geborgenheitsgefühl, ein sich Wohlfühlen. Man denke dabei auch an die Gefühle bei einem Aufenthalt in einer italienischen Kleinstadt oder einem "urigen" Bauernhof.

Bei der Gestaltung von Bauteilen sollte immer der Aspekt der Mehrfachnutzung bzw. der Verfügbarkeit für Spiel mitbedacht werden. Zum Beispiel kann eine Mauer begrenzen, aber auch zum Sitzen, Klettern, Balancieren, Bemalen, Ballprellen, Abstellen einer Tasche usw. verwendet werden. Eine Teppichklopfstange kann, wenn sie phantasievoller gestaltet wird und auf Fallschutzplatten aufgestellt wird, Turngerät und Kletterstange sein.
Die Forderung lautet daher, bei der Gestaltfindung von Wohnumwelt bzw. deren Bauteilen eine Vielfalt der Nutzung mitzubedenken. Sei es, wie schon erwähnt, Bespielbarkeit oder sei es der Anregungsgehalt und Erlebnisinhalt für Auge, Ohr, Geruchs- oder Tastsinn.
Diese n e u e Gestaltungsqualität käme a l l e n Bewohnern zugute.

Eine letzte Forderung an die Gestaltung ist die nach Veränderbarkeit. Die Wohnwelt muß "flexibel gestaltet" bzw. "gestaltbar" sein, damit sie mit den sich ändernden Nutzerbedürfnissen mitverändert werden kann, aber auch von den Nutzern (innerhalb eines vorgegebenen Rahmens) umgestaltet werden kann.

Die positiven Voraussetzungen

Die seit März 1986 gültige neu bearbeitete Ö-Norm B 2607 "Spielplätze - Planungsrichtlinien" räumt der Gestaltung von Spielorten im Wohnumfeld unter Beteiligung der Nutzer große Bedeutung ein.
Die Norm empfiehlt ein Spielplatzsystem für das ganze Gemeindegebiet. Die Spielplatztypen des Systems definieren sich nach ihrer Lage zur Wohnung.
Bewußt verwendet die Norm nicht mehr den Titel "Kinderspielplätze", weil sie Spielplätze als wohnungsnahe Erholungsflächen für a l l e A l t e r s g r u p p e n versteht.
Die folgenden Zitate zeigen wie vielfältig die Art der Gestaltung des Wohnumfeldes dem Planer nahegebracht wird:

> Vorbemerkung
> Entsprechend den geänderten Lebensbedingungen und aufgrund neuer Erkenntnisse aus Medizin, Pädagogik, Psychologie und Soziologie wird in dieser ÖNORM Spielen für alle Altersstufen als erforderlich angesehen. Nicht funktionierende bzw. fehlende Spielplätze hemmen eine gesunde Entwicklung der Kinder, beschränken die Freizeitaktivität der Familie und bedeuten letztlich großen volksgesundheitlichen und damit volkswirtschaftlichen Schaden. Funktionsgemäße Spielplätze hingegen tragen zur Sozialisierung des Kindes und zur Rehumanisierung unserer Städte und Gemeinden bei.
> Daraus ergeben sich folgende Forderungen:
> - Spielplätze für alle Einwohner - nicht nur für Kinder - sowie Differenzierung der Spielflächen nach dem Alter der Benützer, den örtlichen Gegebenheiten und der Lage zu den Wohnungen,
> - Spielplätze mit vielfältigem Spielangebot, sowohl hinsichtlich Bewegung als auch hinsichtlich sonstiger Aktivität, Kommunikation und Kreativität,

- Gemeinschaftsanlagen, also Spielplätze, die aus Kostenersparnisgründen von öffentlicher Hand und privaten Bauträgern gemeinsam errichtet werden,
- Vorsorge für nutzbare Spielplätze, und zwar für ein Spielplatzsystem, das in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen festgelegt wird.

Spielplätze sollten zu einem wichtigen Ort der Freizeitgestaltung für alle Altersstufen und für die ganze Fa m ilie werden. Es sollte aber - im Rahmen der gegebenen räumlichen Voraussetzungen - das ganze Wohnumfeld so gestaltet sein, daß Spielen nicht nur auf eigens hiefür ausgewiesene Flächen beschränkt bleiben muß, sondern sich auch auf andere Bereiche (Wohnstraßen, Höfe, öffentliche Grünflächen usw.) ausdehen kann. Auf diese Weise sollten Begegnung und gemeinsame Aktivitäten aller Bewohner unterschiedlicher Alters- und Gesellschaftsgruppen - auch die Integration von Ausländern und Behinderten - gefördert werden.
Die gesamte gebaute Umwelt sollte dem Bedürfnis nach Spiel im weitesten Sinn Rechnung tragen.

Um die Qualität von Spielplatz-Planungen zu verbessern, wird eine Zusammenarbeit der Planer mit auf diesem Fachgebiet tätigen Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Medizinern, Beratungsstellen sowie Elternvertretern dringend empfohlen, wobei die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Benutzer, vor allem der Kinder, beachtet werden sollten.
Die Planung von Spielplätzen sollte - nixht nur aus ökonomischen GRünden (Erhaltungskosten und Effektivität der Nutzung des Platzes) - alle Möglichkeiten der Mitarbeit der Nutzer an der Spielbetreuung und der Platzpflege berücksichtigen.

Der Einsatz eines Betreuers auf dem Spielplatz - günstigerweise unter Mitwirkung der Eltern (allenfalls organisiert als "Bewohnerverein"), des Hausmeisters oder engagierter Senioren - trägt dazu bei, daß die angebotenen Spielmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden.

Die Norm versteht unter "Spiel" alle Aktivitäten in der Freizeit. Sie definiert "Spielen" als "Lernen" des Kindes im Wohnumfeld und gibt daher ausführliche Informationen über Spielarten:

Spielart: Aktivität, die durch die Ausstattung und allfällige Betreuung von Spielplätzen ermöglicht und angeregt wird.
Die Vielzahl von Spielarten auf Spielplätzen kann nach drei Schwerpunkten geordnet werden.

- Bewegen
- Gestalten
- Begegnen

Spielart "Bewegen": Bewegungsspiele zur Förderung von Körperbewegung, Körperbeherrschung und Körpererfahrung.
Spielart"Gestalten": spielerischer Umgang mit verschiedenen Materialien sowie handwerkliche und schöpferische Aktivitäten.
Spielart "Begegnen": alle Spiele, die sowohl den Kontakt von Menschen untereinander als auch des einzelnen mit der Umwelt - Natur und Kultur - umfassen.

Um den unterschiedlichen Nutzerbedürfnissen gerecht zu werden und das Wohnfeld systematisch abzudecken empfiehlt die Norm ein Spielplatzsystem:

Das Spielplatzsystem der Gemeinde

Die Ausweisung von Spielplatzstandorten durch örtliche Raumplanung soll auf der Grundlage eines unter Beteiligung aller relevanten Fachrichtungen(also der mit Verkehrs-, Grünflächen- Sportstätten- und Spielplatzplanung sowie der mit Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbetreuung und -Bildung befaßten öffentlichen und privaten Stellen)erarbeiteten Spielplatzsystems erfolgen.
Das auf einer umfassenden Analyse und Bedarfsplanung für das ganze Gemeindegebiet beruhende Spielplatzsystem muß insbesondere die Einzugsgebiete der einzelnen Spielplätze sowie die Nutzungsmerkmale und die Verbindungswege zwischen den einzelnen Einrichtungen berücksichtigen.
Das Spielplatzsystem ist auf die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung des Einzugsbereiches abzustimmen und dem Fuß- und Radwegen zuzuordnen.
In der Regel soll sich das Spielplatzsystem aus den im folgenden beschriebenen Spielplatztypen A, B und C zusammensetzen.

Spielplatztyp A

Dieser Spielplatztyp soll Treffpunkt und Begegnungsstätte für die Bewohner einer Gemeinde bzw. eines Stadtteiles sein.

Er soll ein umfassendes Spielangebot aufweisen und betreut werden. Er hat eine zentrale Funktion für einen Ort bzw. für einen Stadtteil und dient allen Altersstufen. Auf ihm sollen möglichst vielfältige Spielbetätigungen - auch für Erwachsene - möglich sein.
Er soll in der Regel nicht mehr als 1000m(Einzugsbereich etwa 15 min) von den zugehörigen Wohngebieten entfernt sein. Auf die Spielplätze des Typs A sollen etwa 30% bis 50% der gesamten Spielplatzflächen des Einzugsgebietes entfallen.

Spielplatztyp B

Dieser Spielplatztyp hat Versorgungsfunktion für den Nahbereich der Wohnungen. Er ist vorzugsweise für schulpflichtige Kinder und Jugendliche bestimmt und auf deren Erlebnis- und Betätigungsdrang ausgerichtet.
Er soll in der Regel nicht mehr als 500 m(Einzugsbereich etwa 7 min) von den zugehörigen Wohnblöcken und/oder Hausgruppen entfernt sein. Etwa 2o% bis 40% der Gesamtspielplatzflächen des Einzugsgebietes sollen auf die Spielplätze des Typs B entfallen.

Spielplatztyp C

Dieser wohl häufigste Spielplatztyp ist Treffpunkt der Anwohner und soll als wohnungsnahes Spielangebot schwerpunktmäßig Spielmöglichkeiten für Kleinkinder, Begleitpersonen und ältere Menschen bieten. Bei diesem Spielplatztyp ist die Abstimmung auf die Bedürfnisse der Anwohner besonders wichtig(Bedarfsanalyse, Planungsbeteiligung).
Er soll spontanes Spiel in unmittelbarer Nähe der Hauszugänge ermöglichen. Der Spielplatz kann auch als platzartige Erweiterung von Fußwegen angelegt werden.
Er soll in der Regel nicht mehr als 200 m(Einzugsbereich etwa 3 min) von den zugehörigen Wohnungen entfernt sein.
Etwa 20& bis 40% der Gesamtspielplatzfläche des Einzugsgebietes sollen auf Spielplätze des Typs C entfallen.

Entsprechend der Funktionen sollen die Spielplatztypen so angeordnet werden, daß deren Einzugsbereiche im wesentlichen alle Wohngebiete überdecken und keine für die Benützer unzumutbare Entfernung zu den Wohnungen entsteht. Es ist an-

zustreben, sie in ein Grünflächensystem einzubeziehen und untereinander weitgehend durch Fuß- und Radwege zu verbinden, so daß ein gefahrloses Überwechseln zu anderen Spielplätzen ermöglicht wird.
Die Norm empfiehlt das Spielplatzsystem planungsgesetzlich zu verankern und gibt städtebauliche Richtwerte:

Spielplatz- Entwicklungsplan, Flächewidmungsplan, Bebauungsplan

Das Spielplatzsystem der Gemeinde ist der Erstellung bzw. Überarbeitung der Flächenwidmings- und der Bebauungspläne zugrundezulegen. Ausgedehnte Spielplätze, insbesondere solche außerhalb des Baulandes, sollen im Flächenwidmungsplan, säntliche im Bauland befindliche Spielplätze im Bebauungsplan berücksichtigt werden.
Insbesondere für größere Städte und für dichtbebaute Stadtgebiete sollen Spielplatzentwicklungspläne erstellt werden, welche die Spielplatzsysteme und deren Merkmale enthalten. Diese Spielplatz - Entwicklungspläne stellen einen integrierenden Bestandteil der kommunalen Entwicklungsplanung dar.

Städtebauliche Richtwerte zur Berechnung des Spielplatzflächenbedarf

Der Gesamtbedarf an Spielplatzflächen einer Gemeinde ist abhängig von deren Größe und Einwohnerdichte. In städtischen Bereichen ist für die erforderliche Spielplatzfläche ein Mindestwert von $4m^2$/ Einwohner anzunehmen; hievon sollen entsprechend Tabelle 1 auf die im Wohnnahbereich vorzusehenden Spielplatztypen B und C zusammen mindestens 50% entfallen.

Die positiven Ansätze in der Praxis

Auf einzzelnen Spielplätzen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Schweden und England sind die Empfehlungen der ÖNORM bereits Wirklichkeit geworden.
In Kopenhagen gibt es die Wohnbaugesellschaft SBBU(Nähere Informationen bei Mr. Jorgen Andersen, SBBU, Langhusvej 89, DK-2700 Bronshoj). Sie baut Wohnungen für die untere Einkommensgruppe der Bevölkerung. Seit den 50-er Jahren be-

schäftigt die Gesellschaft Wohnhausanlagenbetreuer. Diese kümmern sich um alte Leute, Jugendliche mit Schwierigkeiten in der Familie, Mängel in den Wohnungen, um den Siedlungsfreiraum und die Spielplätze.
Die Spielplätze sind als Freizeiteinrichtung für alle Altersstufen kozipiert und umfassen Hüttendörfer, Ställe mit Tieren , Felder zur Futtergewinnung, Werkstätten zum Reparieren und Basteln und Treffs, wo Jung und Alt gemeinsam ihre Freizeit verbringen. Den Betreuern ist es gelungen, das Wissen und die Erfahrung der Senioren, die Kraft der Erwachsenen und die Hilsbereitschaft der Kinder für einen Selbstbau der Spielanlagen zu vereinen. In den Wohnsiedlungen wurden fast alle Arbeiten in "Eigenleistung" mit geschenkten un "erbettelten" Materialien durchgeführt. Die "Grundstruktur", wie Geländemodellierung, Wegebau und Hochbauten, wurden von der Gesellschaft errichtet. Ausgestaltung und Ausstattung erfolgten durch die Bewohner selbst.Dieses gemeinsame Tun bidete aus den Einzelmietern der Anlage eine "Bewohnergemeinschaft" und viele Freundschaften zwischen Alt und Jung entstanden. In der Siedlung Tjindberg zum Beispiel liegt das integrierte Seniorenheim bewußt neben dem Spielplatz und dem Kindergarten, um die Entwicklung zu begünstigen und den Weiterbestand der Beziehungen zu gewährleisten. Das Ergebnis des gemeinsamen Tuns ist eine individuell gestaltete Wohnnahumwelt, mit der sich alle identifizieren, in der es daher keine Vandalismusakte gibt. Die Kriminalität in Wohngebieten der SBBU ist sehr gering. Spielplätze, Jugendclubs und Altenheime der Gesellschaft sind sehr beliebt und auch für Gäste zugänglich.
In England führt die APA(Adventure Playground Association), in Schweden der Lekmiljöradet(Spielmilieurat) und in der Schweiz Pro Juventute ähnliche Projekte durch. In der Bundesrepublik und Österreich sind es Bürgerinitiativen, die Ähnliches realisieren.
In Graz, der Landeshauptstadt der Steiermark, gelang es dem Architekten Janos Koppandy einen öffentlichen Park an einer Straßenbahnendstelle gemeinsam mit den Bürgern zu planen

und zu realisieren. Die groben Arbeiten(Arbeiten mit Maschineneinsatz) wurden von der Stadt durchgeführt.
In Steyr, einer Industriestadt in Oberösterreich, gelang es mir, für den nachträglichen Einbau von Spielplätzen in einer Stadtrandsiedlung, die Mitarbeit der Bewohner zu gewinnen. Das Problem der Standortfrage motiviert die Bürger, bereits in diesem Stadium mitzumachen. Aus diesem ersten Kontakt entwickelte sich eine Zusammenarbeit, die bis zur Mitarbeit bei der Bepflanzung,der Aufstellung der Geräte, Zäune usw. reichte. Das Hauptmotiv für die Eigenleistung war, daß durch die Mitarbeit Kosten gespart wurden und daher bei gleichem Budget mehr Spielplatz geschaffen werden konnte. Für die Siedlungsbewohner waren diese Aktionen sicher das erste gemeinschaftliche Handeln, ein erstes eigenes Gestalten und ein erstes eigenes Auseinandersetzen mit ihrer Wohnnahumwelt. Die Kinder haben die Entstehung der Spielplätze miterlebt bzw. mitgeholfen und ihre Eltern als für sie tätige Menschen gesehen. Die Plätze haben daher für Alt und Jung ganz andere Bedeutung, als herkömmliche Kinderspielplätze. Dies bestätigt auch das Aussehen und die Benützung der Anlagen noch heute - nach 7 Jahren.
Durch diese Erfahrung ermutigt, wurde bei drei Wohnhausanlagen in Wien, Die in Zusammenarbeit mit den Wiener Architekten Wafler entstanden, neue Wege beschritten.
Die Spiel- und Freizeiteinrichtungen, sie umfassen Räume in den Häusern und die Freibereiche, wurden nicht vollkommen fertig ausgeführt. Die zukünftigen Bewohner wurden noch vor dem Einziehen verständigt, daß sie noch Wünsche zur Ausgestaltung und Möblierung der Freizeitbereiche einbringen können. Gleichzeitig wurde eine laienverständliche gestaltete Liste aller möglichen Freizeitaktivitäten in Form von Fragebögen verschickt und die zukünftigen Bewohner ersucht, persönliche Wünschen anzugeben.
Mit Zustimmung der Baugenossenschaft wurde ein Betreuer eingesetzt, der vorerst die Fragebögen auswertete. Die Ergebnisse dieser Auswertung wurden in die Gestaltung der Freizeitbereiche eingearbeitet. Ab der Schlüsselübergabe an die einziehenden Bewohner stand der Betreuer ein bis

zweimal pro Woche abends für Auskünfte, Beschwerden und zur Organisation von Versammlungen, Treffs und Spielaktionen mit Kindern zur Verfügung. Ein Termin wurde festgelegt, bis zu dem die Bewohner die Entscheidung über die Letztausstattung der Freizeitbereiche zu fällen hatten. Die Betreuungsmaßnahmen und der Druck zur Entscheidung bewirkte die Entstehung eines "Bewohnervereins", der die Entscheidungen traf und die Organisationen für die Indoor-Freizeitbereiche übernahm.

Der Betreuer konnte sich nach ca. drei Monaten zurückziehen. Die Anlagen, die Angebote für alle Altersstufen umfassen, sind noch heute, nach ca. sechs Jahren, fast unverändert in Betrieb, trotz räumlicher Enge. Was sonst zu Streitigkeiten wegen "Störungen" geführt hätte, wird als intimes Zusammenleben empfunden. In der Zwischenzeit wurden von den Bewohnern neue Funktionen für die Spielbereiche gefunden, so z.B. die Abhaltung eines "Feldgottesdienstes" in der Arena des Kinderspielbereiches.

In einer am Stadtrand von Wien gelegenen Siedlung, bei der ich die Gestaltung der Freiräume durchzuführen hatte, konnte der Bauträger motiviert werden, den Erdgeschoßwohnungen Mietergärten zuzuordnen.

Das hatte mehrere Vorteile:

- Es müssen weniger "öffentliche" Freiflächen gestaltet werden. Daher stehen für die restlichen öffentlichen Flächen mehr Geldmittel zur Verfügung. Dies kommt der Ausstattungsqualität zu Gute.
- Das Bedürfnis der Menschen nach "Grün", das selbst gestaltet werden darf, ist befriedigt.
- Eine Wohnform, die das Wohnen im Freien erlaubt, ist geschaffen. Vor allem Familien mit Kindern bevorzugen diese Wohnungen.
- Ein abwechslungsreich und vielfältig gestalteter Freiraum entstand durch die individuelle Gestaltung der einzelnen Gärten durch die Bewohner.
- Das Wohnen im "Freiraum" stimuliert zu rascheren und mehr Kontakten(Einladung der Bewohner untereinander). Die Wohnungsgrenzen sind "fließend". "Über den Zaun" wird leichter gesprochen, als von Wohnung zu Wohnung.

- Der "öffentliche" Freiraum steht unter "Sozialkontrolle". Es gibt mehr Ansätze zu Gesprächen zwischen Kindern und Erwachsenen.

Schlußfolgerungen - Ideen

Die zuvor beschriebenen Wohnanlagen lassen schließen, daß Bewohner von Mehrfamilienhäusern in Städten:

- den Wunsch nach "Wohnen auch außerhalb ihrer Wohnungen" haben;
- mit Nachbarn und anderen Bewohnern der Siedlung gerne "Freizeitaktivitäten" gemeinsam durchführen wollen;
- gemeinsam mit ihren Kindern bzw. denen der Nachbarn spielen möchten (die Aktivitäten reichen von sportlichen Tun bis hin zu Basteln, Musizieren usw.);
- Jugendliche und alte Menschen sehr gut in der Gesellschaft gebrauchen können - bzw. daß die Altersgruppen sich im Tun und Hilfestellunggeben gut ergänzen (Senioren betreuen Kinder; Jugendliche unterstützen alte Menschen);
- in ihrer engen Wohnumgebung voll Freude gestalten und schaffen und daß sie die Arbeitskraft der Jugendlichen und das Wissen der älteren Meschen benötigen;
- große Sehnsucht nach Grün, nach Pflanzen und Tieren haben, nach Natur, die lebt, der Pflege bedarf und die nach den sich ändernden Wünschen und Bedürfnissen verändert werden kann.

Daraus ergibt sich die Forderung nach einer neuen Form der Wohnnahumwelt und einer neuen Form der Planung und Gestaltung derselben, zusammen mit den Bewohnern. Sonst wird die immer größer werdende Freizeit zum gesellschaftlichen Problem: Vandalismus, als letzte Form der Kreativität, aus Nichtidentifikation mit der Wohnumgebung und den Mitbewohnern; Flucht ins Grüne am Wochenende usw.
Weil unsere Gesellschaft über immer mehr"Freizeit" verfügt, muß es in Wohnungsnähe viele Möglichkeiten für "Freizeitaktivitäten" für alle geben. Die Angebote sollen im Haus und im Freiraum sein, Jahreszeiten und Witterungsverhältnisse berücksichtigen und die Bereiche Spiel, Sport, Hobby, Kunst und Weiterbildung abdecken.

Dadurch entsteht eine neue Wohnsituation - eine bessere Lebensqualität: "Wohnen wird Lebensvollzug".
Alle Entwicklungsmöglichkeiten für die menschlichen Fähigkeiten sind offen. Dies bringt vor allem Kindern Vorteile und gibt die Chance auf eine positive kulturelle Entwicklung. Die "Freizeitangebote" sind ein Netz von Räumlichkeiten und Flächen. Es umfaßt, gegliedert nach den Entfernungen von der Wohnung:

- Räume im Haus (Kaffeeküche, Spiel- Hobbyräume, Sauna etc.)
- gestaltete Bereiche am Hauseingang (Sitz- u. Spielnischen)
- Mietergärten (als Vorgärten bei Erdgeschoßwohnungen,
  als Schrebergärten für Stockwohnungen)
- Sport- und Spielbereiche in der Wohnhausanlage
- Zentrale, betreute Freizeitanlagen
  mit Kinderbauernhof (Pflanzen und Tiere)
  mit Bauspielbereich
  mit Bastel-, Werk- und Übungsräumen
  mit einer Cafeteria mit Mehrzweckraum

usw.

Diese Anlage hat Angebote für alle Altersstufen.

Anlagen der vorbeschriebenen Art "provozieren" die Zusammenarbeit aller Bewohner. Hausfrauen betreiben die Cafeteria, Jugendliche "bewältigen" die schwere Arbeit, Kinder spielen und werden von Senioren betreut, die wiederum auch leichte Arbeiten verrichten.
Es kommt zu einer Symbiose zwischen Menschen mit viel Freizeit und viel Wissen und Lebenserfahrung und jüngeren Menschen mit viel Neugier, Lust am "Tun", am "Lernen" und "Experimentieren". So wird das Spiel der Kinder und Jugendlichen zum "Lernen" am Leben, an der Tätigkeit.
Das Lernen durch "be-greifen", im wahren Sinn das Wortes.
Ein Lernen auf dem Spielplatz, das das Lernen in der Schule ergänzt. Alles was schulisches Lernen - das ist Wissen speichern - nicht fördert, also die Entwicklung von Lebensfreude, Initiative, Krativität, soziales Verhalten usw. fördert der Spielplatz. Das Verständnis für kausale Zusammenhänge, für Kreisläufe der Natur, für Probleme des Zusammenlebens und -arbeiten usw,, wird zu einem neuen Verständnis für die Umwelt - Aufbruch zu einer neuen Geistehaltung.

Neue Aufgaben für den Planer

Bauträger und Planer - im Bereich der Stadterneuerung, auch die Verwaltungsleute - müssen ihre Tätigkeit neu überdenken. Planen muß zu einem gemeinsamen Planen und Realisieren werden - gemeinsam mit den Betroffenen. Der Fachmann muß Animator, Lehrer und Mitarbeiter sein. Er muß mit Beteiligten die Zielvorstellung erarbeiten und als Helfender so lange zur Verfügung stehen, bis das neu Geschaffene selbstständig weiter lebt.

Am Beispiel einer Planungsarbeit für die Verbesserung eines bestehenden Siedlungsfreiraumes sei dies dargestellt:

Der bei der Sanierungsplanung übliche Vorgang - ich möchte ihn als lineare Planungsstrategie bezeichnen - führt meist zu Ergebnissen, die sich kurzfristig bereits wieder als sanierungsbedürftig erweisen.

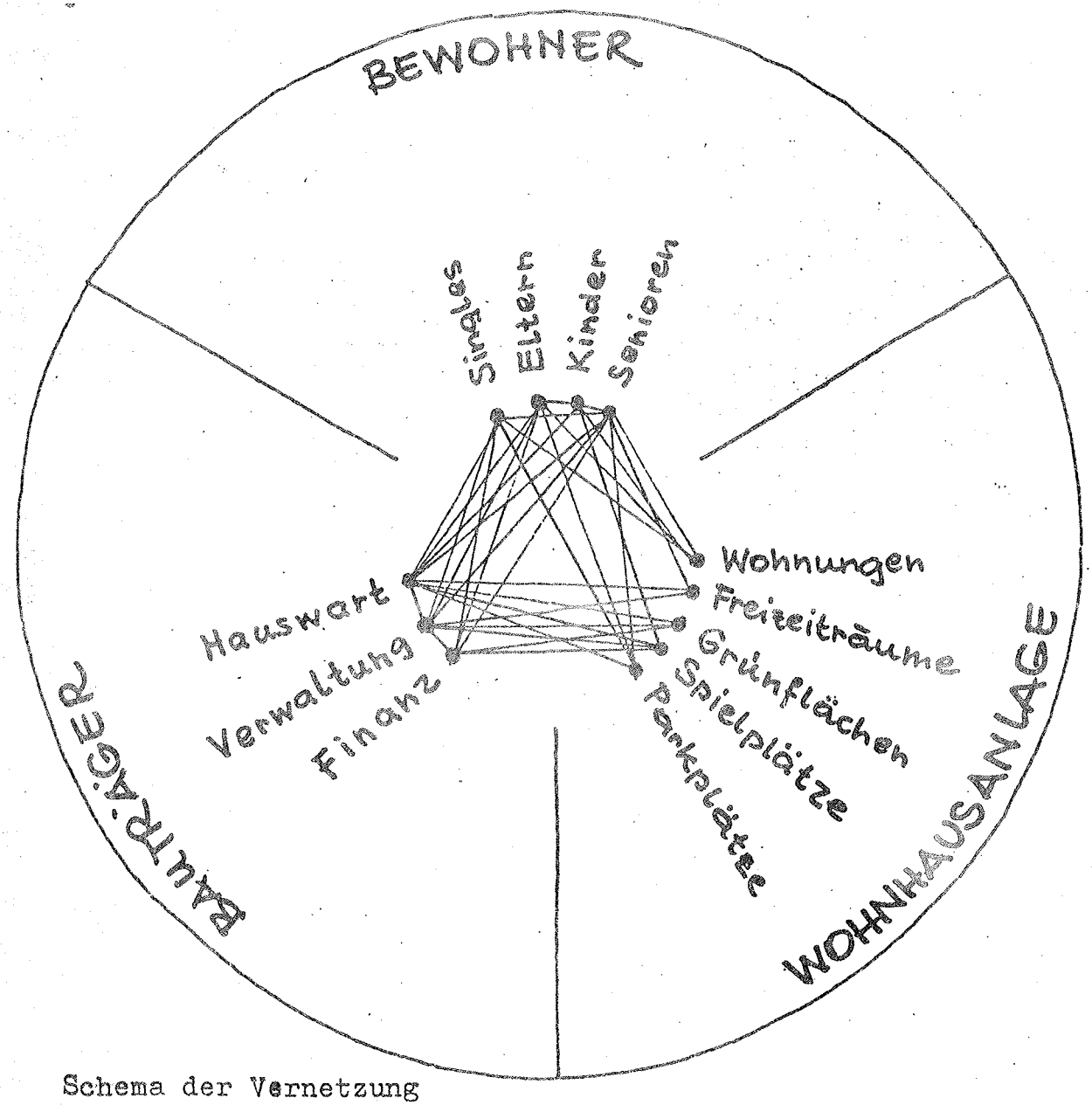
In der linearen Planungsstrategie wird der Bestand analysiert, Fehlbestände ermittelt und danach werden korrigierende Maßnahmen gesetzt. Die erwartete "Funktionstüchtigkeit" bleibt meist aus. Es wird bei dieser Vorgangsweise nicht bedacht, daß alle diese Maßnahmen einen Eingriff in einen Zustand des Zusammenlebens von Menschen und Dingen - in ein "vernetztes System" - in ein funktionierendes - wenn auch schlecht funktionierendes - System und nicht eine Veränderung des Systems, hin zu einem "positiveren Funktionieren.

Der erfolgreichere Weg bedarf daher der Mitarbeit und somit auch der Mitveränderung der "Bestandteile" des Systems.

Der Planer muß zusammen mit den (zukünftigen) Nutzern, den Verwaltern und Betreuern sowie dem Bauträger die Bestandsanalyse durchführen und eine Zielvorstellung entwickeln. Danach kann ein "partizipativer Planungsprozess" einsetzen, der von A L L E N Beteiligten mitvollzogen wird - bei dem sich alle Beteiligten "mitverändern". Das bedeutet, es entsteht ein neues System, das selbstständig funktionieren kann. Während dieses Vorgangs bilden sich auch die Interessensgruppen, die sich mit den Produkten der Planung identifizieren, sich dafür verantwortlich fühlen und so deren Funktionstauglichkeit garantieren. Mißverständnisse zwischen Nutzern, Verwaltern und Betreuern und dem Bauträger (letztlich auch mit dem Planer) können bei dieser Vorgangsweise

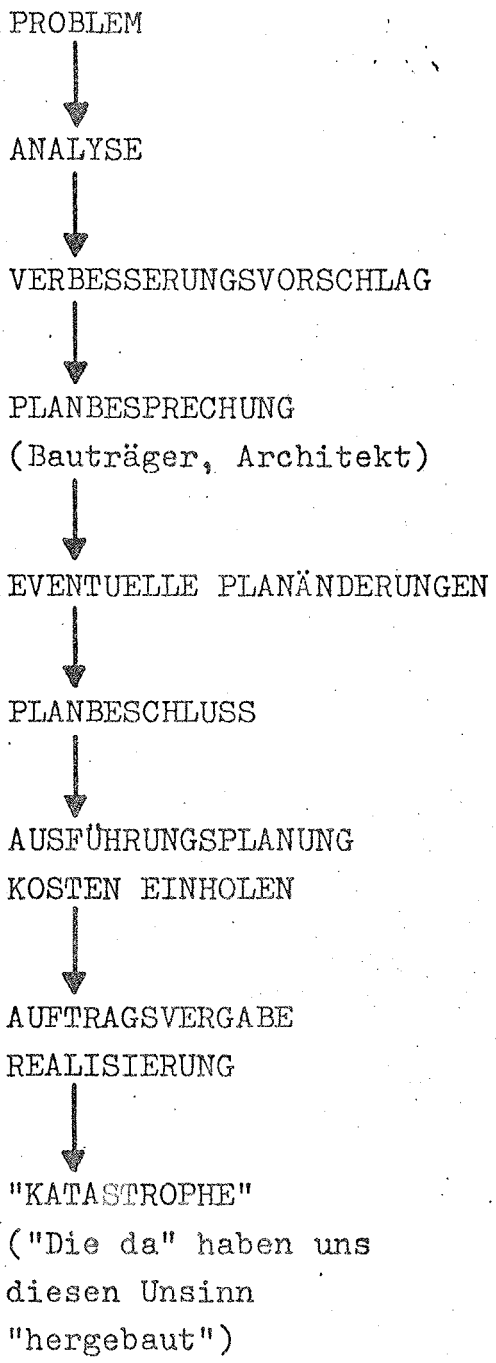
nicht so leicht auftreten bzw. können jeweils rechtzeitig korrigiert werden. Letztlich können dem Bauträger durch tätige Mitarbeit der Nutzer (die sich oft aus der Planungsmitarbeit entwickelt) Kosten erspart werden.
Bei dieser Planungsstrategie hat der Architekt vielleicht weniger Gestaltungsfreiheit und muß viele ihm "fremde" Tätigkeiten übernehmen, aber die Chance eine " lebendige funktionierende Wohnwelt" zu schaffen ist groß.
Bei einer Neuplanung muß, wie bei Projekten der Wiener Wohnsiedlungen beschrieben, eine ähnliche Vorgangsweise gewählt werden. Im folgenden Anhang sind die Planungsverläufe bzw. die Zusammehänge nochmals verdeutlicht.

Anhang



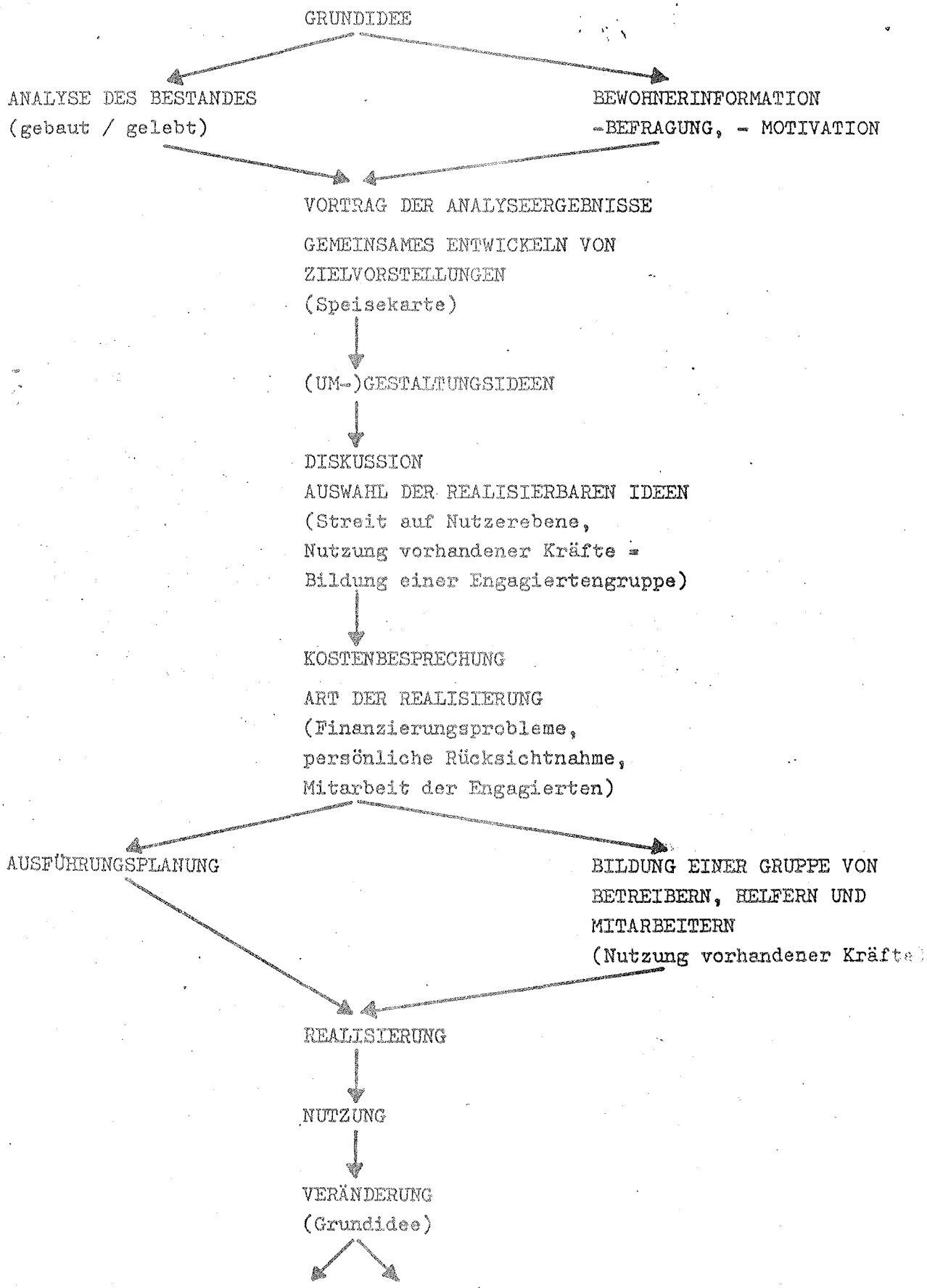
Schema der Vernetzung

LINEARES PLANUNGSSCHEMA



PARTIZIPATIVE PLANUNG

(Nutzung vorhandener Kräfte)



K. LEMBERG, Kopenhagen

Soziale und humane Aspekte der Wohnumwelt in Kopenhagen

Planungsdirektor Prof.Kai LEMBERG, Kopenhagen

SOZIALE UND HUMANE ASPEKTE DER WOHNUMWELT IN KOPENHAGEN

1. Städtische Umweltqualität

Die Städtische Umweltqualität umfaßt eine Vielfalt von Aspekten, wie den physikalischen, wirtschaftlichen, sozialen, sensorischen, psychologischen usw. Sie kann in verschiedener Weise klassifiziert werden, eine mögliche Klassifizierung ist die folgende:

- Klimatische Bedingungen
- Topographie und Natur
- Einkommenserwartungen
- Aussicht und Berufswahl
- Aussicht auf Wahl des Bildungsweges
- Aussicht auf Wohnungswahl
- Persönliche Sicherheit, Verkehrssicherheit
- Gesundheitsbedingungen
- Soziale Dienstleistungen
- Einkaufsmöglichkeiten und andere Konsumbedingungen
- Verkehrsbedingungen, Zugänglichkeit
- Die direkt verbaute Umwelt: Die Wohnanlage
- Gartenanlagen und Freiflächen, die zum Haus oder dem Wohnblock gehören
- Anzahl, Güte und Zugänglichkeit von Spielplätzen, Grünflächen, Parks, öffentlichen Flächen und städtischen Erholungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten
- Architektonische, ästhetische und historische Werte, Wahrzeichen usw.
- Visuelle und andere sensorische positive Eindrücke
- Das Fehlen sensorischer Belästigungen: Lärm, Luftverunreinigung, schlechter Geruch, optische Störeffekte usw.
- Beschaffenheit bzw. Widmung der Grundstücke im Stadtbereich
- Der Grad der Vielfalt und Verschiedenheit der städtischen Umwelt
- Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und der Selbstverwaltung im Wohnbereich, bei den Dienstleistungen und in der Planung.

Im Hinblick darauf, daß die Menschen verschiedene persönliche, ethnische, kulturelle und bildungsmäßige Lebenserfahrungen und verschiedene gesellschaftliche Stellungen besitzen, empfinden sie die verschiedenen Elemente der städtischen Lebensqualität nicht in derselben Weise und haben daher nicht dieselben Prioritäten. Daher werden einige Leute z.B. eine dicht verbaute Stadtumwelt mit vielen gesellschaftlichen Kontakten und kurzen Entfernungen zum Arbeitsplatz, den Einkaufsmöglichkeiten u.a. vorziehen, während andere Nachdruck auf Abgeschiedenheit, Einfamilienhäuser mit eigenem Garten, Grünumwelt usw. legen werden.

Im folgenden habe ich nur einige wenige dieser Aspekte städtischer Lebensqualität, beruhend auf den Erfahrungen der Stadtplanung in Kopenhagen, zur Diskussion gestellt.

2. Charakteristische Wohnformen in Kopenhagen

Das Wohnen in Kopenhagen unterscheidet sich fühlbar in den verschiedenen Teilen der Stadt, vgl. Beilage 1.

In Kopenhagen haben wir einen alten Innenstadtbezirk mit vielen historischen und architektonischen Denkmälern u nd Häusern sowie einer Anhäufung von Geschäften, Unterhaltungsmöglichkeiten, Fremdenverkehrs- und kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen - jedoch ziemlich dicht verbaute Gebiete mit alten unmodernen Wohnungen sowie nur wenigen Einrichtungen für Kinder.

Der zentrale Innenstadtbereich wird von einem Ring von Parkanlagen, einschließlich Tivoli, umgeben, wo die früheren Befestigungsanlagen der Stadt gelegen waren.

Stadtauswärts gelegen befinden sich dicht verbaute Wohnanlagen, meist fünf- bis sechsstöckiger Häuser für die Ober- und Mittelschicht, in der Nähe des Ringes der Parkanlagen, während für die Fabriksarbeiterklassen das Wohngebiet in den dicht verbauten Gebieten von Vesterbro, Nørrebro, Østerbro und Amagerbro gelegen ist. Die meisten dieser Wohnanlagen stammen aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts; es handelt sich hiebei um Spekulationsobjekte mit Kleinwohnungen, die über sehr wenige moderne Einrichtungen verfügen. Sie sind durch einen allgemeinen Mangel an Freiflächen, Sonne und Licht in den Höfen, für Kinder verwendbaren Höfen, Spielplätzen u.a. charakterisiert.

Die äußeren Teil Kopenhagens werden von zwei Wohntypen beherrscht: Im einen Fall handelt es sich um Sozialwohnblöcke eher hoher Qualität aus den verschiedenen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, aber mit verhältnismäßig kleinen 2 bis 2 1/2 Zimmerwohnungen, die etwas unmodern sind und oft durch Belästigungen auf Grund des Schwerverkehrs und teilweise Gewerbebetriebe und Werkstätten, die sich in Streulage mit den Wohngegenden befinden, gekennzeichnet sind. Die andere weit verbreitete Wohntype ist das private Einfamilienhaus, in der Regel mit einem kleinen Garten in einem weit verzweigten örtlichen Straßennetz gelegen. Hier ist nur ein geringes Verkehrsaufkommen gegeben, wobei größere Entfernungen zu den Einkaufsmöglichkeiten und zu privaten und öffentlichen Dienstleistungen in Kauf genommen werden müssen.

In einigen äußeren Bezirken wurden neue moderne Hochwohnbauten zumeist von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften während der letzten Jahrzehnte in industrialisierter Bautechnik errichtet, die mit allen modernen Einrichtungen versehen wurden und die in großen freien Flächen stehen. Einige von ihnen leiden an technischen und sozialen Problemen großer indsutrialisierter Bauprojekte: Baumängel, Eintönigkeit, unmenschlich große Ausdehnungen, Jugendkriminalität und Vandalismus. Diese Probleme sind jedoch in einigen Stadtrandgemeinden mit großdimensionierten Wohnprojekten und einer Konzentration von Familien niedriger Einkommensverhältnisse um vieles gravierender.

Diese verschiedenen Wohntypen und die unmittelbare Außenumwelt werden durch einige Farbdias illustriert.

3. Stadterneuerungskonflikte in Kopenhagen

Stadterneuerung wird in Kopenhagen schon durch einige Jahrzhente, insbesondere aber seit den 70er Jahren betrieben. Im Innenstadtbezirk und teilweise in Christianshavn bezog sich der Stadterneuerungsprozeß in erster Linie auf alte Häuser - oft wurden sie von ihren Eigentümern selbst als Teil eines Prozesses zur Anhebung der Wohnqualität des betreffenden Viertels modernisiert.

Hingegen war der Erneuerungsprozeß in den im 19. Jahrhundert errichteten Arbeiterbezirken viel radikaler: Es wurden nicht nur Elendsviertel und veraltete Wohnungen, sondern auch so manche Häuser, die einfach nur alt und unmodern waren, niedergerissen.

Dies hat einen Konflikt betreffend die Stadterneuerungspolitik ausgelöst. Ein Extrem, das von der politischen Mehrheit des städtischen Gemeinderates durchgeführt wurde, ist die Politik der sogenannten vollständigen Abreißung von Elendsvierteln, wo also ganze alte Wohnblocks niedergerissen werden, um der Errichtung großangelegter neuer, mit allen modernen Einrichtungen versehener Wohnungen zu beträchtlich höheren Mieten Platz zu machen - wobei Freiflächen zwischen den Gebäuden, Bäume und Gras angelegt bzw. gepflanzt werden, aber wenige Geschäfte und Wirtshäuser bestehen. Das andere Extrem, das von vielen Bewohnern aus den niederen Einkommensklassen und von der politischen Minderheit favorisiert wird, sieht eine sanfte Erneuerungspolitik vor, bei der mehr alter Wohnraum nach einer nur mäßigen Modernisierung und bei geringeren Mieterhöhungen vergeben wird. Dies betrifft nicht nur die Art und das Tempo der Wohnugnserneuerung, sondern auch das Fluktuieren der Bewohner im Viertel.

Einige Farbdias erläutern diese Stadterneuerungsprozesse in Kopenhagen. Darüber hinaus weist Beilage 2 auf die Probleme und Lösungsarten bei der Stadterneuerung hin.

4. Umweltorientierte Verkehrspolitik in Kopenhagen

Ursprünglich zielten die Verkehrspolitik und die Investitionspläne in Kopenhaben in erster Linie auf die Anpassung des Verkehrsnetzes an das Zeitalter der Motorisierung ab, das durch den stets zunehmenden PKW-Verkehr und das Abnehmen der Radfahrer und des öffentlichen Verkehrs gekennzeichnet war. Riesige Pläne für Stadtautobahnen, Parkhäsuer und Garagen, unterirdische Eisenbahnlinien, Brücken und Tunnels nach Malmö in Schweden und die Verlegung des Flughafens von Kastrup auf die Insel Saltholm im Øresund wurden vorbereitet und politisch angenommen - einige von ihnen sollten zur Gänze oder überwiegend vom dänischen Staat bezahlt werden.

Im allgemeinen sind diese Pläne während der frühen 70er Jahre im Hinblick auf 3 unerwartete Entwicklungen zu Fall gekommen: Weitverbreitete Proteste der Bevölkerung aus Umweltgründen und zur Vermeidung des Abreißens von Häusern im großen Stil, das Zurückziehen der Versprechen des dänischen Staates hinsichtlich von Subventionen und die allgemeine Wirtschaftsrezesison etwa ab dem Jahr 1973.

Drei ganz verschiedene Aspekte der städtischen Verkehrspolitik sind mit größerem Erfolg durchgezogen worden: Einer ist die Verlängerung des elektrifizierten Vororte-Eisenbahnsystems außerhalb Kopenhagens, das den Südwesten, Westen und Nordwesten der Großstadtregion mit Kopenhagen verbindet. Der andere ist die Schaffung von Fußgängerstraßen und Fußgängerzonen im Herzen von Kopenhagen - insbesondere, aber nicht ausschließlich Geschäftsstraßen und eine (noch kleine) Anzahl örtlicher Wohnstraßen mit integriertem Verkehr, einschließlich von PKWs, wobei Fußgänger und Radfahrer bei maximaler Fahrzeuggeschwindigkeit von 15 kmh Vorrang genießen. (Spiel- und Aufenthaltsstraßen); bei maximal 30 kmh spricht man von "Ruhestraßen". In beiden Fällen bestehen physische Beschränkungen des Autoverkehrs; Parken z.B., ist jedoch gestattet.

Drittens wurde eine Anzahl von neuen Radwegen entlang wichtiger Straßen geschaffen, wobei der notwendige Platz von der Straße genommen wurde, d.h. auf Kosten der Kapazität des Autoverkehrs.

Einige Farbdias illustrieren diesen Wandel in der Verkehrspolitik - besonders die neue Attraktivität der Hauptgeschäftsstraße "Strøget" und anderer Fußgängerstraßen in der Innenstadt, die zu einer Wiederbelebung der Geschäftstätigkeit und Popularität des zentralen Geschäftsviertels geführt haben, ganz im Gegensatz zu den Befürchtungen der Geschäftsleute und den von der Polizeit befürchteten Verkehrsproblemen, den Erwartungen der Straßenbehörden und der Behörden für öffentlichen Verkehr.

5. Philosophische Grundlage der Entwicklung der Umweltqualität

Sollte es die Zeit gestatten, so wird Beilage 3 unter einem philosophischeren Blickwinkel der Bedürfnisse und Ansprüche der Bürger an die städtische Lebensqualität kommentiert werden.

Beilagen 1 - 3.

Menschliches Wohlbefinden

Sicherheitswerte	Freiheitswerte
	Dialektische Widersprüche
Überleben	Grenzen abprüfen
Lohnarbeit	Kreatives Schaffen, Spiel
Isolierung, Privatheit	Menschliche Kontakte
Einwegs-Information	Bürgerbeteiligung, Dialog
Vormenschaft	Selbstverwaltung
Keine Verantwortlichkeit	Wahlfreiheit
|	|
Ästhetische Konzepte	
Geschlossener Raum	Offener Raum
Orientierung	Überraschung
Harmonie	Kontrast
Symmetrie	Asymmetrie
Tradition	Innovation
Wohlbekannte Formen und Symbole	Neue Formen und Symbole
Niedrige Impulsintensität	Hohe Impulsintensität
Rechte (gerade) Linien	Gebogene und komplizierte Linien
|	|
etc.	etc.

* *
*

STÄDTISCHE WOHNUMWELT

M. van ROOIJEN, Utrecht/NL

Wohnungsorientierte Parkanlagen in den Niederlanden

Drs. Maurits van ROOIJEN, Utrecht

WOHNUNGSORIENTIERTE PARKANLAGEN IN DEN NIEDERLANDEN

Anhand einiger Beispiele will ich Ihnen einen Eindruck geben von rezenten Entwicklungen im niederländischen städtischen Grünsektor. Ich will versuchen, einige neue, bemerkenswerte Formen der Grüngestaltung in einen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang zu setzen. Dazu möchte ich zuerst einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit bitten für das sogenannte Lewenborgprojekt in Groningen von Louis Le Roy. Vielleicht wundert Sie das. Die Ideen von Le Roy gehören - gewiss in den Niederlanden - nicht mehr zum Allerneuesten auf diesem Gebiet. Das Lewenborgprojekt selbst stammt aus den 70er Jahren. Ich bin aber der Meinung, daß Elemente, die in diesem Experiment nachdrücklich vertreten waren, in der rezenten, bahnbrechenden Gestaltung von städtischem Grün als wichtige Faktoren wiedererkannt werden können, wenn auch das Experiment selbst als mißlungen betrachtet werden muß.

Um in Ihr Gedächtnis zurückzurufen: Im Jahre 1973 bekam Le Roy die Gelegenheit, sein Grünbild in einem 6 Ha großen Gebiet bei einem Groninger Neubauviertel zu verwirklichen. Die Grundsätze davon möchte ich mit 2 Hauptsachen zusammenfassen:

- die Anlieger dürfen in Freiheit ihren eigenen Park anlegen und pflegen;
- die Natur soll nicht geleitet werden, sondern begleitet, also statt Ersatzökologie wahrhafte Ökologie mit Respekt vor dem Existierenden.

Die Frage, ob Le Roy als Erfinder dieser Ideen oder eher als Dolmetscher betrachtet werden soll, ist in diesem Zusammenhang nicht relevant. Wichtiger ist, daß diese Ideen, es sei denn in einer milderen Form, überlebt haben, obwohl das Groninger Experiment selbst nach einigen Jahren als mißlungen betrachtet wurde. Vielleicht hegte man in Groningen übertriebene Erwartungen. Vielleicht waren auch die politische Widerwilligkeit und der amtliche Widerstand zu groß. Tatsache ist außerdem, daß am Ende der 70er Jahre derartige Experimente, basiert auf den, vor einem Jahrzehnt in den Niederlanden mit viel Aufhebens introduzierten Begriffen wie Bewohnerpartizipation und Ökologie, in Verwaltungskreisen als längst überholt betrachtet wurden. Dies bedeutet aber nicht, daß damit auch die untenliegenden Ideen Vergangenheit wurden. Im Gegenteil: Im Prinzip sind die Grundgedanken weniger radikal, aber deshalb noch nicht weniger tiefgreifend die Aktualität noch immer beherrschen.

Ich will auf 2 Beispiele eingehen, die auch verdeutlichen, warum diese Erneuerungen ohne weiteres Bedenken in den verwaltungstätigkeit machenden Kreisen akzeptiert werden.

Der "Haagse Wijktuin"

Die Stadterweiterung Nieuw-Waldeck in der Gemeinde Den Haag umfaßt insgesamt ein Gebiet von 63 Ha, von denen 26 Ha zu Neubauwohnungen verfügbar sind. Im Jahre 1974 wurde ein Entwurfs-Bestimmungsplan aufgestellt, bei dem man auf 2.500 Wohnungen zielte, zum größeren Teil im sozialen Sektor, gebaut in hohen Dichtheiten und bei dem durch bescheidenen Umfang und 40 % Einfamilien- und Reihenhäuser eine kleinstädtische Struktur angestrebt wurde.

Ein zentral gelegener Park wurde nicht in den Plänen aufgenommemn. Man bevorzugte reihenförmige Grünzonen. Diese Grünzonen mit Rad- und Wanderwegen - in Wirklichkeit eine Art "Parkways" - bilden eine Verbindung mit den größeren Grünanlagen des Wohnviertels. Die Bebauungsdichte des Viertels wurde schließlich noch hinaufgetrieben, weil wegen der finanziellen Erreichbarkeit gut 200 Wohnungen mehr gebaut wurden. Dies aber bedeutet unter anderem einen extra Druck auf den öffentlichen Freiflächen. Die entstandene Lage bot einen fruchtbaren Nährboden, um eine Initiative des Bewohners zu verwirklichen, die hochwertiges öffentliches Grün versprach zu minimalen Kosten: einen Wohnviertelgarten.

Schon im Jahre 1978 entstand die Idee, um einen sogenannten Wohnviertelgarten - eine Kreuzung zwischen einem Park und einem Freizeitcenter - zu bauen. Gedacht wurde in erster Instanz an ein Stück öffentliches Grün, das ein Kollektivgarten werden sollte, in dem jeder Viertelbewohner in organisierter Zusammenarbeit gärtnern könnte. Die Bewohner könnten den Garten anlagen, verwalten und pflegen. Gedacht wurde an einen Verein mit etwa 200 Mitgliedern. Diese Idee wurde näher ausgearbeitet. So ist ein Garten entstanden, der stufenweise aufgebaut worden ist mit als zentralem Punkt ein Treibhaus mit Werkstatt, zwölf zu zwölf Meter und zur Hälfte beheizbar. Weiter wurde ein abgehärteter Treffpunkt im Freien gebaut, sowohl wie einige Vorkehrungen wie eine Toilette und von einem der Mitglieder wurde außerdem ein Bienenstall gebaut. Das ganze Gebiet ist frei zugänglich geblieben. Durch dieses Gebiet führt ein Fußweg, während Klappgitter die Hunde fernhalten. Die Eröffnung fand im Jahre 1981 statt. Der Bau forderte einen relativ kleinen Betrag, der zum größeren Teil auf dem Kredit "Grünanlagen" drückt. Der Bau des Treibhauses wurde subventioniert. Die Pflege wird bezahlt mit Mitgliederbeiträgen und dadurch, daß man das Treibhaus teilweise vermietet. Zugunsten neuer Geräte findet jährlich eine Versteigerung von selbst gezogenen Geranien statt. Der Gemeinde bezahlt man eine Pacht auf Schrebergartenniveau. Der Wohnviertelgarten kann eine organisierte Bewohnerpartizipation genannt werden. Dank der finanziell günstigen Regelung für die Gemeinde ließ sich das Projekt ziemlich leicht verwirklichen in einer Zeit wirtschaftlichen Rückgangs. Der Erfolg ist groß, obwohl das Risiko eines dann und wann abnehmenden Interesses im Prinzip ständig da ist.

Breda: Haagse Beemden

Vor der Stadterweiterung von Breda wurde in den Jahren '75 und '75 ein Strukturplan aufgestellt unter der Leitung von Dipl.-Ing.Van Beusekom, mit Dipl.-Ing.L.Tummers als Städteplaner und mit Prof. Dr. Dipl.-Ing.F.M.Mass als Landschaftsberater. Für das etwa 1.525 ha große Gebiet, Haagse Beemden genannt, versuchte man einen Lebenskreis mit einem werbenden Charakter zu schaffen. Indem man auf die bestehende Landschaft einspielte und den Verkehr im Wohnviertel selbst beschränkte, sollte eine derart attraktive Wohnwelt entstehen, daß die Suburbanisation nach den kleinen herumliegenden Gemeinden gebremst werden konnte zugunsten von Breda und zu gleicher Zeit die Suburbanisation aus der Randstadt Holland - namentlich aus Rotterdam, Delft und Den Haag - nach dieser Gemeinde zu führen.

Der Entwurf aus dem JAhre 1975 bedeutete einen Bruch mit der zu jener Zeit noch üblichen Behandlungsweise, bei der ein neuer Stadtteil entworfen wurde und ohne nachdrücklich Rücksicht zu nehmen und Werte der bestehenden Landschaft. Im Entwurf von 1975 kann aber ein derartiger Respekt signalisiert werden.

Die alte Landschaft bestimmt in hohem Maße die endgültige Form des neuen Stadtteils. In dieser Beziehung sehen wir eine unverkennbare Verwandtschaft mit dem Respekt zu der bestehenden, in gewissem Maße autonomen Natur, wie Le Roy das befürwortete und als einer der Ausgangspunkte im Projekt Lewenborg introduzierte. Im Strukturplan für die Haagse Beemden begegnen wir diesem Aspekt ganz konkret in der Form von 2 Landgätern, mit den Namen Burgst en Ijzeren Hek, die das grüne Herz des entstehenden Wohnviertels bilden. Um diese 130 ha großen Landgüterzonen herum sind schlanke Wohngebiete entworfen worden und darum herum liegt ein agrarisches Gebiet. So entsteht eine zwischenform von Wohnen in der Stadt und Wohnen auf dem Lande. Um verwundbare Gebiete im grünen Raum vor Erholungssuchenden aus den naheliegenden Wohngebieten zu schützen, sind ringsherum Wasserläufe gebaut worden, aber weiter sind diese Gebiete frei zugänglich.

Die wichtige Bedeutung besonders der Landgüterzone wird erst recht klar, wenn das Zustandekommen des Wohnviertels anhand der Betriebskosten näher betrachtet wird. Im Jahre 1975 hatte man noch als Ausgangspunkt: 145,9 ha oder 27 % öffentliche Grünanlagen des zu bebauenden Gebietes (also ausschließlich Landgüterzonen und Nachbargebiete, die im Privatbesitz sind und also die Betriebsplanung unberührt lassen). Im Jahre 1982 waren nur noch 24,8 % öffentliche Grünanlagen geplant. Damit stieg die Bruttowohnungsdichte der Haags Beemden nach der Betriebsplanung von 18,3 auf 24,5 Wohnungen. Für die geplante Quantität Grün beziehen sich 28 % auf reines Verkehrsgrün und 38,4 % auf sogenanntes Raingrün (an Straßen, Radwegen und Wasserläufen entlang). Man soll außerdem erkennen, daß die Prozentsätze Grün günstiger scheinen als sie in Wirklichkeit sind, weil im ersten Wohngebiet schon relativ viele Grün- und Erholungsversorgungen verwirklicht worden waren.

Den Grund dieses Rückganges sollte man beim Rückstand einer beträchtlichen Menge von teureren Wohnungen suchen. Trotz des ursprünglichen Zieles der Haagse Beemden - ein werbender Lebenskreis der höheren Einkommenskategorien - konnten die naheliegenden Gemeinden den sogenannten freien Sektor, also den nicht-sozialen Wohnungsbau, mühelos behalten, während der Überlauf aus der Randstadt Holland weit weniger war, als man erwartete. Es finden ia in den Niederlanden Stadterweiterungen auf Grund rentabler Betriebskosten statt, was heißt, daß im Prinzip von einem nicht überschrittenen Etat pro Projekt die Rede ist. Die Bewohner bezahlen in diesem System durch Kaufpreis und Miete für den Bau ihrer eigenen Wohnumgebung. Obwohl die Behörden u.a. durch Subventionen sozial-korrigierend auftreten, bildet doch der freie Markt die Grundlage zur Stadterweiterung, einschließlich deren Infrastruktur. Da es in den Haagse Beemden in Breda sich herausstellte, daß das ursprüngliche Ziel von 30 % sozialen Mietwohnungen, 15 % subventionierten Mietwohnungen, 15 % subventionierten Kaufwohnungen und 30 % nicht subventionierten Wohnungen keineswegs erreichbar war, hat dies einen negativen Effekt auf die Dichten (niedrige Bebauungsdichten sind finanziell unerreichbar geworden) und also auf den grünen Charakter dieses entstehenden Wohnviertels. Die geplanten 40 m^2 Grün pro Wohnung hat man schon gesenkt auf 21 m^2 und wird noch weiter sinken. Dessen ungeachtet, haben die Haags Beemden ihr werbendes grünes Image noch nicht verloren, so zeigt sich das wenigstens z.B. aus Makler-Anzeigen.

Das kommt, weil die Landgüterzone und das agrarische NAchbargebiet nicht in der Betriebsplanung vorkommen, also keinen Zusammenhang haben mit Marktentwicklungen und Sparmaßnahmen, wohl aber dem Gebiet ständig eine grüne Ansicht geben. Im Tausch für Steuerbegünstigungen und einen gratis Verwaltungsplan haben die Landgutbesitzer ihre Gelände für das Publikum frei zugänglich gemacht. Die Wohnungen im sogenannten freien Sektor, die tatsächlich gebaut wurden oder werden, sind in der Regel auf diese Grüngebiete orientiert. Eine wichtige Schlußfolgerung ist, daß der Ausgangspunkt - Respekt vor der bestehenden Landschaft - schließlich verhindert, daß diese Stadterweiterung ein großer Fehlschlag wird. Man kann diese Schlußfolgerungen auch auf eine andere Weise formulieren, nämlich, daß die ungünstigen Entwicklunglen auf dem Wohnungsmarkt und in den Behördenfinanzen (Sparmaßnahmen) ein derartiges Vorhaben unterstützen.

Den Haag und Breda bieten zwei Beispiele - und man könnte noch viele andere hinzufügen - eine Entwicklung, bei der erneuernde Ideen akzeptiert werden, weil sie zu einer finanziellen Ersparnis beitragen. Ich glaube deswegen feststellen zu können, daß in den Niederlanden zwei wichtige Ideen in den städtischen Grünanlagen - Partizipation der Anlieger und Respekt vor der Natur - wie in den 70er Jahren explizit introduziert, trotz des heutigen Widerwillens in führenden Kreisen vor fortschrittlichen Experimenten wie bei dem Groninger Lewenborg, zwar in nuancierter Form sich als lebensfähig herausstellten. Der Grund dazu kommt wahrscheinlich vor allem aus den Finanzierungsproblemen hervor, mit denen die Gemeinden momentan bei der Entwicklung neuer Stadtteile konfrontiert werden. Es zeigt sich, daß gerade finanzielle Beschränkungen ein guter Nährboden sind, der je mit Argwohn betrachteten Auffassungen hinsichtlich der Gestaltung des grünen Raumes in einer städtischen Umgebung. Die Konzeptionen in Bezug auf die wohnungsorientierten Parkanlagen werden langsam aber sicher von theoretischem Versuch in den 70er Jahren zur Alltagspraxis in den 80er Jahren insofern sie übereinstimmen, mit was man den Wahlspruch nennen könnte der Gestalter städtischen Grüns in den Niederlanden in diesem Moment: besser mit weniger Mitteln!

* *
*

STÄDTISCHE WOHNUMWELT

K. SCHÄFER-BREEDE, Bremen

Verkehrsberuhigung - wünschenswerte Entwicklung

Kritik - Thesen - Beispiele

4. Internationale Wohnungswoche
Wohnumwelt in Stadt und Land
(22. bis 26. September 1986 in Salzburg)

Diskussionsbeitrag zum Arbeitskreis
"Städtische Wohnumwelt":

Verkehrsberuhigung - Wünschenswerte Entwicklung

Kritik ● Thesen ● Beispiele

von:
Klaus Schäfer-Breede
Büro für Verkehrsökologie, Bremen

1. Zusammenfassendes Vorwort

Vorträge zur Verkehrsberuhigung tendieren immer häufiger zur Musterschau besonders phantasievoller, kostengünstiger oder ästhetischer Bau- und Gestaltungsvarianten im Straßenraum. Das Repertoire entsprechender Maßnahmen ist inzwischen ja auch erheblich - wesentliche Entwicklungsimpulse gaben nicht zuletzt umfängliche Modellvorhaben und Förderungsprogramme in Bund und Ländern.

Damit wird jedoch nur die eine Seite der "Medaille" gezeigt. Die andere Seite ist weniger schön, heftiger umstritten und vor allem nur noch zum Teil eine Kompetenzangelegenheit der Tiefbau-, Gartenbau- und Verkehrsingenieure. Gemeint sind die nach wie vor nur wenig veränderten Verkehrsgewohnheiten und die (an der Praxis gemessen) fast unverändert autofreundliche Ausrichtung der globalen Verkehrspolitik.

Nach gut 10 Jahren des Herumexperimentierens an und mit Verkehrsberuhigung, wird der Mangel an integrierten Konzepten zur aktiven Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung evident. Wünschenswert ist die Einbindung der Verkehrsberuhigung in umfassende (gesamtgesellschaftliche) Strategien zur Schaffung ökologisch und sozial verträglicher Stadtverkehrsstrukturen. Integrierte Konzepte hätten sich mit höchster Priorität darauf zu konzentrieren, akzeptable Alternativen zur privaten Autonutzung anzubieten und das Volumen des motorisierten Individualverkehrs deutlich und nachhaltig zu reduzieren. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wären dann daran zu messen, ob sie mit dieser Zielsetzung harmonisieren.

Die Einleitung "über Begrifflichkeit" führt zu der Frage, ob Verkehrsberuhigung heute nicht an einem Scheidepunkt steht. Stichworte wie "Besitzstandswahrung" versus "wohlfahrtsstaatliches Engagement" könnten Perspektiven bzw. Leitmotive verschiedener künftiger Entwicklungsstränge markieren. Während ersteres die mehr oder weniger gradlinige Fortschreibung des Status Quo meint (Schaffung kleinräumiger "Idylle"), bezieht sich letzteres auf gesamtstädtische Konzepte "Prinzipieller Verkehrsberuhigung", die auch auf den Ausgleich räumlicher und sozialer Disparitäten orientiert sind. Beispiele sollen die mögliche und nötige Interdependenz und Komplementarität von Restriktion (für den motorisierten Individualverkehr) und Anreiz/Angebot (für Alternativen und Entwöhnungshilfen vom Auto) verdeutlichen.

2. Einleitung über die Begrifflichkeit

Verkehrsberuhigung - wohl nur wenige Begriffe stehen so typisch für die Auto-Ära. Verkehr wird mit Autoverkehr gleichgesetzt - denn die "Beruhigung" von Fußgängern, Radfahrern, Bussen oder Bahnen ist ja nicht gemeint (auch wenn einige Varianten moderner Verkehrsraumgestaltung oder Verkehrsregelung durchaus entsprechende Nebeneffekte erzielen).

Um die semantische Spielerei auf die Spitze zu treiben fragen wir, wer eigentlich und inwieweit "beruhigt" werden soll. Ist "ruhender Verkehr" (der deutsche Fachterminuns für abgestellte Autos) Ziel der Verkehrsberuhigung?

Der Chronist des vergangenen Jahrzehnts könnte dies vielleicht vorschnell bestätigen, würde er der Versuchung erliegen, den Zuwachs an (legaler und illegaler) Stellfläche für Kraftfahrzeuge in unseren Städten zu quantifizieren - und daraufhin die Wirkung mit dem Ziel verwechseln. Gezielte Stellplatzordnung und spezielle Varianten von Parkraummanagement sind ja längst als probate Mittel erkannt, dem fließenden Verkehr Fläche streitig zu machen (Stichwort: Öffentlich geförderte Selbstbehinderungseffekte), haben aber allzuoft eben auch genau den Effekt einer Erhöhung von Stellplatzkapazitäten öffentlicher Räume - womit dann fatalerweise wieder ein Faktor weiterer Verkehrserzeugung stimuliert wird. (Von der Aufstockung innerstädtischer Parkhochhäuser, zumeist mit der Behauptung einer Innenstadtentlastung begründet, einmal ganz abgesehen.)

Sofern es also darum geht, aus fließendem (Auto-)Verkehr "ruhenden Verkehr" zu mehren, scheinen wir durchaus auf dem richtigen Weg zu sein; erst recht, wenn man den Aspekt hinzuzieht, daß heute in manchen großstädtischen City- und citynahen Bereichen bereits bis zu 70% des Aufkommens im fließenden Verkehr (z.T. schrittempofahrender) "Parkplatzsuchverkehr" ist, der zwar erst einmal durch die städtischen Quartiere hindurch muß, aber in den City- und Cityrandgebieten dann auf "nichts weiter" als auf möglichst rasche

(allerdings zielnahe) "Ruhestellung" hin motiviert ist. In den meisten Ballungsräumen der entwickelten Industrienationen sind in etwa ähnliche Phänomene zu beobachten.

Gleichzeitig ergibt sich aus der Statistik der jährlichen Gesamtfahrleistungen im motorisierten Individualverkehr in der Bundesrepublik, setzt man sie ins Verhältnis zu den Kfz-Bestandsdaten, zumindest im langfristigen Trend ein allmählicher Rückgang der durchschnittlichen jährlichen Fahrtkilometer pro Fahrzeug. Daß hierfür v.a. der wachsende Bestand an Zweit- und Drittwagen, die zusätzliche Motorisierung jüngerer Familienmitglieder sowie (wenngleich auch mit Unterbrechungen) der Benzinpreis verantwortlich ist, kann als unzweifelhaft gelten. Aber auch die Hypothese, daß die vielen öffentlichen Aufrufe zu einer rationellen Autonutzung oder auch manche Ansätze der Verkehrslenkung inzwischen eine gewisse Wirkung erzielt haben, erscheint nicht völlig unwahrscheinlich.

Nun ist der Durchschnitts- PkW ja aber ohnehin schon im Grunde mehr ein S t e h zeug als ein F a h r zeug : 97 Prozent seiner Zeit steht das Auto im bundesdeutschen Durchschnitt, nur etwa 3 Prozent seiner Zeit ist es unterwegs! Ganz unbeschadet hiervon braucht bekanntlich jedes Auto trotzdem mindestens 2, im Grunde eher 3 oder 4 Parkplätze im öffentlichen Raum (zu Hause, am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz, im Grünen, am Einkaufs-Center). Der Umgang mit diesem immensen Flächenbedarf entscheidet damit zweifellos über Wohl und Wehe des motorisierten Individualverkehrs - zumal in so dicht besiedelten Räumen wie der Bundesrepublik Deutschland, wo jede Flächennutzung in schärfster Konkurrenz zu anderen Nutzungen steht. Verkehrsberuhigung verhält sich hier gegenüber dem Status Quo, der durch kaum irgendetwas mehr als durch die katastrophale Allgegenwart des Blechs gekennzeichnet wird, bislang im wesentlichen neutral bis autofreundlich. Verkehrsberuhigung - ruhender Verkehr: Ein symbiotisches Begriffspaar? Oder einfach nur zwei Begriffe aus einer Phase, die noch stark von der Windschutzscheibenperspektive im verkehrsplanerischen Denken geprägt wurden?

Zwischen individueller und kollektiver Perzeption des Konzepts Verkehrsberuhigung gibt es einen auffälligen Widerspruch. Verkehrsberuhigung vor der eigenen Tür wird anders wahrgenommen als Verkehrsberuhigung anderswo. In den Köpfen ist der Begriff wohl zumeist und allgemein positiv besetzt. In Räten, Bürgerversammlungen, Ausschüssen, Parlamenten und Verwaltungen ist Verkehrsberuhigung regelmäßig ein gefürchteter Zankapfel, wenn konkrete Maßnahmen zur Entscheidung stehen. Daß es dabei meist (in offener Konkurrenz) viel mehr um die Verteilung des Mangels und um selektive Zuteilung von Privilegien (oder Wählergunst) als um sachkompetente Auseinandersetzung über das Für und Wider unterschiedlicher Maßnahmen geht, ist offensichtlich.

Dies braucht auch nicht zu verwundern - wird doch im allgemeinen nicht um gesamtstädtische, kollektive Lösungen gerungen, sondern um kleinteilige Idylle, um verkehrsberuhigte Enklaven inmitten "freier Wildbahn". Oder wir finden, wo Verkehrsberuhigung endlich großflächiger konzipiert wird, die Tendenz zur Neuauflage einer alten Idylle: Der zwar verkehrsberuhigten, aber eben doch autogerechten Stadt. (Wo findet man schon Ansätze, die der "heiligen Kuh der Nation" - dem Autoverkehr - tatsächlich und ausdrücklich an die Substanz gehen?)

Was berechtigt zu solch harter Beurteilung? Gibt es nicht sehr viele verschiedene Ansätze von Verkehrsberuhigung, die durchaus nicht alle in das "Negativ-Klischee" passen?

3. Kritische Aspekte zur "Verkehrsberuhigung" aus gesamtstädtischer Sicht

Die gesamtstädtische Sicht (das Makroskop) führt zu ganz anderen Beurteilungskriterien als eine auf Einzelmaßnahmen oder einzelne Straßen, Straßenabschnitte oder Wohngebiete bezogene Sichtweise (Mikroskop) der Verkehrsberuhigung.

Zweifellos haben wir im Verlauf der vergangenen Jahre beachtliche Kunstfertigkeiten entwickelt, wo es um die Lösung klar umrissener Aufgabenstellungen auf der "mikroskopischen"

Ebene geht. Entwürfe optischer, baulicher und sonstwie gestalteter "Geschwindigkeitsbremsen" im Straßenraum wie Schwellen, Aufpflasterungen, Tore, Fahrbahnversätze, Einengungen, Markierungen, Mittelinseln, Bepflanzungen usw. füllen Bände technischer Anleitungswerke. Neue Verkehrsschilder oder Schilderkombinationen, Knotenpunktgestaltung, (multifunktionale) Straßenmöblierung, Fußgängerbereiche, Poller, Pfähle, Steinklötze u.ä. sind Elemente, die üblicherweise und selbstverständlich mit dem Begriff Verkehrsberuhigung assoziiert werden. Weiterblickende Geister zählen auch noch geänderte Ampelphasen, bestimmte Radverkehrsanlagen und Busspuren zur Verkehrsberuhigung. Die genannten Einzel-Elemente sind dem verkehrs-und stadtökologisch motivierten Bürger wie Planer inzwischen verhältnismäßig vertraut und gehören zunehmend auch zum gewohnten Instrumentarium ("herrschende Lehre") der Verwaltungen.

Haben wir jedoch bei allen Anstrengungen im Detail auch das städtische Belastungsniveau spürbar absenken, die allgemein verbreitete Verkehrsunsicherheit nennenswert abbauen und ein stadtverträgliches Verkehrsverhalten auf breiter Ebene stimulieren können?

Ob man es hören will oder nicht, die Antwort lautet: Nein! In der Summe - so schwer sie sich im einzelnen auch manchmal feststellen läßt - sind wir wohl nur wenig weiter gekommen, im Gegenteil häufig sogar zurückgeworfen worden.

Viel zu sehr ist die Problemlösung den Tiefbauingenieuren und Architekten überlassen, die ihre Sache auch noch so gut machen können: Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter ihrem breiten Rücken die politischen Entscheidungsträger, Juristen, Ordnungshüter, Bildungs- und Sozialplaner, Journalisten, PR-Abteilungen und Versicherungen verstecken, die eigentlich jeweils auf ihrer Ebene den Nährboden für Verhaltens- und Strukturänderungen im Personenverkehr mitbereiten helfen müßten. In der Bundesrepublik gibt es heute Planungsspezialisten für Verkehrsberuhigung, die ihren ganzen Ehrgeiz darin erschöpfen, solche bau-technischen (Trick-)

Lösungen z.B. für die Geschwindigkeitsdämpfung zu kreieren, die auch ohne Veränderungen an der Straßenverkehrsordnung (StVO), wie die generelle Herabsetzung der Innerortsgeschwindigkeit oder die Einführung neuer Straßenkategorien oder -nutzungsregeln, funktionieren sollen, nur weil man ihnen immer wieder diese politische Vorgabe macht. Da der Ingenieur oder Architekt solchermaßen von vorne herein eines äußerst wichtigen back-grounds beraubt ist, den ein allgemeines und auch "von oben" gefördertes Klima gegen Raserei und Autofixiertheit für die Maßnahmekonzeption bilden würde (Stichworte: gesetzliche Grenzwertverschärfungen, Förderung von Unrechtsbewußtsein, mehr Überwachung und schärfere Ahndung, Anreize und Angebotspolitik für geändertes Verhalten) müssen zwangsläufig örtlich begrenzte - bzw. nur punktuell wirksame - Lösungen herauskommen, die immer den Charakter der Regelausnahme tragen und sich dadurch auszeichnen, daß sie sich mit den bestehenden (Problem-)Strukturen arrangieren, statt sie aktiv und substantiell anzugehen (passive Schadensregulierung statt aktiver Schadensvermeidung).

Und sobald der "sichere Pfad" der bautechnischen Gestaltung verlassen wird (häufig aber auch parallel und zusätzlich), zeigt sich die ganze Unsicherheit und Unfähigkeit bei der Problemlösung in Form bizzarrer Kunstwerke unserer "Förster im Schilderwald". Wo bis zu 10 und 20 Verkehrsschilder eine einzige Zufahrt zu einem auf neue Weise "beruhigten" Straßenabschnitt zieren, wird klar, daß es hier ausschließlich nur noch um Vorfeldverteidigung beteiligter Ämter und um die Schaffung von Rechtslage, nicht aber um die nutzbringende und um Verständnis bemühte Information des Verkehrsteilnehmers geht. Schnell ist der Beweis - oder die Abstimmung per Gaspedal - herbeigeführt, daß Verkehrsberuhigung ohne Umbau nichts bringt und der kreative Straßenraumgestalter ist wieder gefragt.

Was wir dann an Einfällen zur Geschwindigkeitsbekämpfung oder zur Abwehr des "ruhenden Verkehrs" realisiert sehen, erinnert häufig, sieht man einmal vom modischen Design ab, in den Grundprinzipien an ein Instrumentarium, daß bereits

die Römer kannten, die schon vor etwa 2000 Jahren per Steinbrocken, Pfählen und Kanten ihre Häuser, Mauern und Wegeecken vor den Rädern der Fuhrwerke schützten. Die Klarheit der Lösung überzeugt, nicht jedoch die Hypothese, daß entsprechende Maßnahmen eine nachhaltige Veränderung des Verkehrsverhaltens - womöglich auch dort, wo kein Stein im Weg liegt - bewirken können.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Ingenieurs-Leistungen und -Erfolge im Bereich der Straßentechnik sollen hier keinesfalls etwa pauschal geschmälert oder geleugnet werden. Vielmehr geht es um ihre Entmystifizierung. Peter Müller, der im Rahmen dieses Arbeitskreises ursprünglich auch referieren sollte, hat den Stellenwert baulicher Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehssicherheit im Straßenraum einmal sehr nüchtern, ohne Pathos und damit m.E. sehr treffend beschrieben:

> "Die Gemeinden sind für die Verkehrssicherung und für die Verkehrssicherheit auf den Gemeindestrassen verantwortlich. Dabei sind die allgemein "anerkannten Regeln der Baukunst" zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Diese "Regeln der Baukunst" entwickeln sich ständig fort, müssen daher auch die inzwischen anerkannten allgemeingültigen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Verkehrsberuhigung einbeziehen. Diesen neu zu definierenden Regeln der Baukunst entsprechen die meisten Straßen in den überkommenden gemeindlichen Straßennetzen nicht. Dies betrifft insbesondere die vom Geschwindigkeitsverhalten der Kraftfahrer ausgehende Gefährdung für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer und Straßennutzer - und die dagegen inzwischen entwickelten, bekannten und erprobten Maßnahmen. Daraus könnte abgeleitet werden, daß die Gemeinden - als Träger der Baulast für die Gemeindestraßen - ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Verkehrssicherungspflicht dann nicht mehr nachkommen, wenn sie die Straßenräume nicht im Sinne der Verkehrsberuhigung umgestalten (Müller/Stete/Topp,

1983). Denn sie tragen den neuen, "allgemein anerkannten Regeln der Baukunst" dann nicht Rechnung, wenn sie beim Bau und der Unterhaltung ihrer Strassen Erkenntnisse nicht anwenden, die aufgrund praktischer Erfahrungen mit der Verkehrsberuhigung die Verkehrssicherheit nachweisbar erhöhen. Die Gemeinden laufen somit nach NEU-SÜß (1980) u.U. Gefahr, "die ihnen als Straßenbaulastträger obliegende Sicherungspflicht auf öffentlichen Straßen zu verletzen, wenn sie ihre Möglichkeiten zum Umbau ihrer Straßen im Sinne der Verkehrsberuhigung nicht nutzen."" [1)]

Nicht mehr und nicht weniger! Und gleichzeitig fügt Müller hinzu, daß es derzeit überhaupt nicht in Aussicht steht, die finanziellen Resourcen bereitzustellen, die für einen wirksamen flächendeckenden Umbau der gesamten - in den vergangenen Jahrzehnten für die Leichtigkeit und Flüssigkeit eines schnellen Kfz-Verkehrs ausgebauten - Stadt-Straßennetze erforderlich wären; ganz abgesehen von den immensen Realisierungszeiträumen, in denen man hier zu denken hätte. (Dabei ist davon auszugehen, daß nach heutigen Erkenntnissen baulich-gestalterische Geschwindigkeits-Bremsen auf langer gerader Strecke einer typischen Stadtstraße etwa im 50-80-Meter-Abstand für erforderlich gehalten werden, wenn die Fahrgeschwindigkeit auf der gesamten Strecke 30 km/h nicht überschreiten soll.) Und folgerichtig fordert er parallele Ansätze für umfassende gesamtstädtische Konzepte, die sich z. B. auf ein generelles innerörtliches Tempo-Limit deutlich unterhalb von 50 km/h stützen und v.a. auf eine "Verkehrsberuhigung im Kopf" der Verkehrsteilnehmer abzielen (wozu u.a. auch ein angemessenes Tempo-Limit für den Außerortsbebereich, Überwachung und stärkere Sanktionen für Regelübertretungen usw. gehören).

---

1) Peter Müller, Tempobegrenzungen sind kurzfristig der sinnvollste Weg, in: Frankfurter Rundschau 15. September 1984, S. 10f

Die wichtigsten Aspekte einer kritischen Betrachtung von Verkehrsberuhigung im konventionellen Sinne sollen in einigen Thesen zusammengefaßt werden:

1) Die meisten Maßnahmeansätze zur Verkehrsberuhigung basieren heute auf dem Bündelungsprinzip (Bündelung des Verkehrs auf funktionalen Hauptstraßen). Da in unseren Städten jedoch i.d.R. längst keine Spielräume für vertretbare Problemverlagerungen (räumlich, sektoral, sozial) mehr gegeben sind, erscheinen entsprechende Konzepte aus gesamtstädtischer und volkswirtschaftlicher Sicht als äußerst fragwürdig. Abgesehen von den mangelnden Spielräumen bewirkt effektive Bündelung zudem eine weitere Aufblähung des künstlichen Kreislaufs von Motorisierung, Auflösung gewachsener Strukturen, Zwangsmobilität, Engpaßbeseitigung, Verkehrsentmischung und -beschleunigung usw. usw., was dem Ziel einer stadtökologisch sinnvollen Verkehrsberuhigung diamtral entgegenwirkt.

2) Die deutliche Dominanz von Verkehrssicherheitsargumenten bei der Begründung verkehrsberuhigender Maßnahmen steht im krassen Widerspruch zur gängigen räumlichen Konzentration auf Wohngebiete, die gegenüber den Verkehrs- und Hauptstraßen vergleichsweise eher nur schwach belastet sind (etwa Dreiviertel aller innerörtlicher Unfälle mit Personenschaden ereignen sich auf den Hauptstraßen, die auch hinsichtlich der Lärm- und Abgasimmissionslage extrem belastet sind).

3) In einem gesellschaftlichen (und von bestimmten Medien ständig weiter angeheizten) Klima, das weitgehend davon gekennzeichnet ist, daß Geschwindigkeitsbeschränkung als Freiheitsberaubung, die Anwendung des Verursacherprinzips bei der Gebühren- und Steuerbemessung als staatliche Raffgier, nichtangepaßte Geschwindigkeit als Kavaliersdelikt aber Überwachung und Ahndung als polizeistaatlicher Terror gesehen wird, läuft die z.Zt. gängige Verkehrsberuhigung Gefahr, zur Spielwiese staatlich verordneter Kleingeistigkeit zu werden, auf der sich die ewigen Nörgler und

Besserwisser in einem eng begrenzten und übersichtlichen Rahmen austoben dürfen, bis das kritische Potential zwischen Pflanzkübeln und Senkrechtparkplätzen versickert ist.

4) Im einzelnen erscheinen viele derzeit propagierte Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zwar intelligent und imposant, allerdings dürfte ihre massenhafte und womöglich schematische Anwendung städtebaulich äußerst bedenklich sein.

5) Auch dort, wo man nicht der Faszination der Bündelungsidee erlegen ist, wird allzuoft noch die Zersplitterung der Stadt in kleine Einzelteile betrieben, weil tiefsitzende Berührungsängste an der Schnittstelle von Verkehrsberuhigung und Öffentlichem Verkehr bestehen und eine großflächige Geschwindigkeitsrestriktion für den motorisierten Individualverkehr mit einem leistungsfähigen ÖV nicht kompatibel erscheint. Diese - zugegebenermaßen auch nicht leicht und v.a. nicht durch kosmetische Eingriffe lösbare - Problematik gibt dann letztlich oft den Ausschlag für Planungskonzepte, die die Wohnumwelt von Hunderttausenden von Stadtbewohnern an den angebauten Hauptstraßen endgültig zur Wohnumwelt zweiter Klasse abstempeln. (Was sich sehr eindrucksvoll an der räumlich unterschiedlichen Entwicklung der Mietpreise ablesen läßt.)

6) Im Spannungsfeld zwischen Cityattraktivierung für den Stadtbesucher (Stichwort: Kaufkraftanziehung) und dem Kampf gegen die Verödung innerstädtischen Lebens (für die Stadtbewohner) hat die gängige Verkehrsberuhigung bisher nur wenig eigenständige Impulse zum Positiven geben können. Auch trägt die Anlage zu kleiner verkehrsberuhigter Bereiche nicht zur Erreichung des allgemein anerkannten Ziels der kleinteiligen Durchmischung von Wohnquartieren mit wohnungsnah gelegenen Dienstleistungs und Nahversorgungsbetrieben bei, da sich diese tendenziell eher an der "nahen" Hauptverkehrsstraße ansiedeln.

7) Im Detail sind viele Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung ergeben,ungelöst. Zu nennen sind v.a. die Parkplatzprobleme (entweder in der betreffenden Straße oder aber in den benachbarten Randbereichen) oder Maßnahmebemessungen, die sich an den Fahrzeugen der Rettungsdienste orientieren müssen und damit - bei Standard- bzw. Billigausführung - meist auch wieder unangepaßte Geschwindigkeiten für PKW zulassen u.v.a.m. Am schwerwiegensten ist jedoch vermutlich die häufig genährte Illussion, der Bürger könnte seine städtische Wohnumwelt in eine ökologisch wertvolle Schutzzone verwandeln ohne selbst in nennenswertem Umfang Verkehrsgewohnheiten ändern zu müssen. Diese Rechnung geht nur auf, solange mit einvernehmlicher Problemverlagerung spekuliert und der Aspekt der generellen, ökologischen Überlastung der Fläche außer Acht gelassen wird.

4. Verkehrsberuhigung am Scheidepunkt? - 21 Beispiele zu wünschenswerten Konzeptansätzen

Um es gleich vorweg zu nehmen: Nach meiner persönlichen Einschätzung bewegen wir uns heute nach reichlich 10 Jahren des Experimentierens mit Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung auf eine wichtige Wegscheide zu. "Besitzstandswahrung" (oder Schadensregulierung) versus "wohlfahrsstaatliches Engagement" (oder Schadensvermeidung) könnten vielleicht Stichworte sein, die in plakativer Form zwei grundsätzlich verschiedene Entwicklungsstränge künftiger Stadtverkehrspolitik markieren. Beide Richtungen sind heute in ihren Grundrissen parallel zu erkennen, dürften aber vermutlich auf Dauer nicht ohne weiteres kompatibel sein.

Folgende Stichworte zu möglichen Maßnahmen oder konzeptionellen Ansätzen sollen die zweite gegenüber der ersten Richtung beispielhaft verdeutlichen:

(1) Nach den bestehenden Landesbauordnungen in der Bundesrepublik sind Gebäudenutzungen i.d.R. an die Bereitstellung einer Mindestanzahl von PKW-Stellplätzen mit Mindeststandard, nicht jedoch an die Bereitstellung ausreichender Fahr-

radeinstellplätze gekoppelt. Die Umkehrung des Prinzips, nämlich die Koppelung der PKW-Zulassung an den Nachweis eines Stellplatzes für das Fahrzeug (vgl. Japan) wäre sicherlich im Sinne integrierter Ansätze in der Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung) sinnvoller. Wenigstens die gleichrangige Forderung zur Bereitstellung von attraktiven Stellplätzen für umweltschonende und sozialverträgliche Alternativen zum konventionellen PKW (Stichwort: Verringerung der Reiseantrittswiderstände im Bereich der Alternativen) wäre schon ein wesentlicher Fortschritt, auf den man bei der Novellierung der Landesbauordnungen keinesfalls verzichten sollte.

(2) Da die nachträgliche Installierung von leichtzugänglichen, wettergeschützten und diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen im häuslichen Bereich häufig nicht oder nur mit großem Aufwand möglich ist, haben Hamburger Architekten in Zusammenarbeit mit einer Anwohnergemeinschaft sogenannte "Fahrrad-Häuschen" entwickelt, die in ihren Grundmaßen darauf orientiert sind, den Platz von Straßenrandparkern (PKW) einzunehmen. Diese Häuschen sind verschließbar und beherbergen 10 Fahrräder. Die Investitionskosten werden teilweise auf die Nutzer umgelegt (Anteilsscheine) und werden teilweise von der Stadt getragen. Die Mitglieder der Nutzergemeinschaft können bei Wegzug den Anteilsschein am Fahrrad-Häuschen an den Nachmieter weitergeben und sich die Kosten dafür ersetzten lassen. Das Konzept der Hamburger Architekten sieht vor, daß die Häuschen mit Dachbegrünung versehen werden können, aber auch andere Möglichkeiten einer Anpassung an das jeweilige Wohnumfeld sind vorgesehen.

Die Maßnahme ist deshalb besonders interessant, weil sie gleichzeitig "zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt": Auf den Platz von ein oder zwei PKW werden attraktive Einstellmöglichkeiten für 10 Fahrräder installiert. Die Wegnahme von PKW-Stellfläche wird durch das Angebot attraktiver Zugangsmöglichkeiten für Alternativen zum Auto "kompensiert". Die rechtliche Seite bedarf noch der Klärung, jedoch bestehen durchaus Möglichkeiten der Realisierung. Natürlich eignet sich die

Maßnahme nicht zur schematischen und massenhaften Anwendung, eine Verschönerung des Wohnumfeldes bilden die Fahrrad-Häuschen gegenüber dem "ruhenden Verkehr" jedoch allemal. Außerdem setzt das Konzept - einmal als kommunalpolitischer Programmpunkt akzeptiert - wichtige Signale in Richtung einer verkehrsökologisch verträglichen Verkehrsberuhigung.

(3) Auch mit dem dritten Beispiel greifen wir wieder die Problematik der Abstellmöglichkeiten und Parkgelegenheiten für Fahrzeuge im Wohnquartier auf. Dabei geht es jedoch nicht in erster Linie darum, die Anzahl von Stellmöglichkeiten zu vermehren, sondern räumliche Umverlagerungen in Zusammenhang mit neuartigen Organisationsformen vorzunehmen. Verkehrshöfe (auch "Quartiers-Verkehrszentren" oder "Gemeinschaftsgaragen") sind Elemente einer kollektiv genutzten Infrastruktur im Wohnquartier. Vorausgesetzt wird die Bereitschaft der Anwohner, ihre jeweiligen individuellen "Fahrzeugflotten" abzuspecken und vermehrt Gemeinschaftseinrichtungen zu benutzen. Im Zentrum der Überlegungen steht die Herausbildung von nachbarschaftlichen Halter- und/oder Fahrgemeinschaften. Der Verkehrshof kann der morgendliche Treffpunkt der Fahrgemeinschaft für den Berufsweg sein, er ist der Ort, wo die Mitglieder der Haltergemeinschaft das Fahrzeug finden, er ist genauso Anlaufpunkt für Anwohner, die eine spontane Mitfahrgelegenheit suchen, am "Schwarzen Brett" können transportorganisatorische Projekte bekannt gemacht oder vermittelt werden. Gleichzeitig bietet der Verkehrshof die Möglichkeit, leicht zugänglich, diebstahlsicher und wettergeschützt Fahrräder abzustellen. Eine ausreichende Anzahl von Mieträdern wäre die logische Ergänzung des Infrastruktur-Angebotes. Dazu gehören auch Lastenräder, Anhänger für verschiedene Zwecke, aber auch Handkarren für den städtischen Einkauf - eventuell als kombinierte Möglichkeit von Handkarren und Fahrradanhänger (entsprechende Modelle sind inzwischen entwickelt und auf dem Markt). Ein weiteres Element des Verkehrshofes ist die Haltestelle für den Bus oder die Straßenbahn. Sinnvoll ist die Ergänzung

des Verkehrshofes um einen Taxistand; auch Mietwagen verschiedener Art - nicht zuletzt ein Kleintransporter - sowie Transporthilfen für mobilitätsbehinderte Menschen gehören dazu.

Die genannten Elemente zielen sämtlich darauf ab, die Erzeugung von unnötigem Individualverkehr zu vermeiden. Ein gut funktionierender und gut organisierter Verkehrshof wirkt der gewohnheitsmäßigen Vorhaltung von Kraftfahrzeugen bei den einzelnen Haushalten entgegen, die Herausbildung von Halter- und Fahrgemeinschaften reduziert das Aufkommen im motorisierten Individualverkehr (einfach besetzte PKW-Fahrten) und wirkt der Tendenz zur Diversifizierung der individuellen Fuhrparks entgegen (Zweit- und Drittwagen, Fahrräder, Anhänger, Motorräder). Die notwendig herzustellende nachbarschaftliche Kommunikation ist ein unbedingt positiv zu bewertender Aspekt des Konzepts. Ideen werden ermöglicht, die inzwischen bereits in vielen Köpfen vorhanden sind, aber meist an der Realisierung scheitern (wer schon einmal ein Fahrgemeinschafts-Projekt mitgemacht oder mitgeplant hat weiß, mit welchen Schwierigkeiten dies in der Regel behaftet ist).

Das Konzept ist natürlich nur für verhältnismäßig kleine Quartiere vorstellbar. Möglich wird die weitgehende Herausnahme des "ruhenden Verkehrs" aus dem unmittelbaren Wohnstraßenbereich. Besucherparkplätze an markierten Orten des Quartiers ergänzen das Angebot, da vermutlich nicht alle Aktivitäten am Verkehrshof zu konzentrieren sind.

Ein weiteres Angebot des Verkehrshofes können Serviceleistungen sein, z.B. hinsichtlich Reparaturen an Fahrzeugen, Vorhaltung eines kleinen Lagers von Ersatzteilen, Treibstoffen oder Ähnliches. In einer städtebaulich angepaßten und gartenbaulich attraktiven Gestaltung ist der Verkehrshof ein Ansatz von aktiver Verkehrsberuhigung.

(4) Ein anderer Ansatz zur Förderung von Fahrgemeinschaften ist das sogenannte Car-Pooling. Ansatzpunkt ist die Sammlung und Vermittlung von Adressen der Interessenten für Fahrgemeinschaften (Fahrer und Mitfahrer) unter Berücksichtigung der Herkunftsadressen und Zielgebiete für regelmäßige Fahrten (z.B. Berufswege). Car-Pooling-Projekte sind in Großstädten erst ab einer Größenordnung von mehreren Tausend registrierten Adressen interessant. Die Vermittlungszentrale benötigt für ihre Arbeit moderne Informations- und Datenverarbeitungstechnologie. Am Anfang des Projektes stehen umfangreiche PR-Maßnahmen zur Einwerbung der Interessenten. Gegen geringe Gebühren werden Fahrgemeinschaften zusammengestellt, Routen optimiert und Zusteigepunkte vorgeschlagen.

In den Niederlanden ist zur Zeit ein größeres Car-Pooling-Projekt in Erprobung. In der Bundesrepublik hat bereits Anfang der 80er Jahre der Zweckverband Großraum Hannover einen entsprechenden Ansatz entworfen. Als nahezu ideales Erprobungsfeld für Fahrgemeinschafts-Projekte sind die Städte des Ruhrgebietes zu sehen. Experten diskutieren z.Zt. Möglichkeiten und Grenzen dort anwendbarer Konzepte.

(5) Eine weitere Möglichkeit der Förderung von Fahrgemeinschaften ist in deren steuerlicher Begünstigung zu sehen. Bislang können in der Bundesrepublik Berufsfahrten nur mit dem eigenen Kfz von der Steuer abgesetzt werden. Das überkommene Steuerrecht fördert entgegen allen verkehrspolitischen Zielsetzungen primär die Kfz-Nutzung und kennt die Kategorie des Mitfahrers überhaupt nicht. So wie die steuerliche Gleichstellung von Radfahrern und ÖPNV-Benutzern eine inzwischen schon weit verbreitete Forderung ist (Stichwort: verkehrsmittelunabhängige Kilometerpauschale), ist auch die Anerkennung der Mitfahrer von Fahrgemeinschaften durch eine angemessene Steuerabzugspauschale überfällig. Im Sinne verkehrsökologischer Zielsetzungen wäre auch die grundsätzliche Reform des Steuerbegünstigungswesens zu überlegen. Monitäre Steuerungsinstrumente sind in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen, deshalb sind Anreizinstrumente, die noch aus einer Zeit der Motorisierungs-Euphorie stammen, ggfs.

abzuschaffen. Um so deutlicher können Anreize für volkswirtschaftlich günstige,ökologisch und sozial verträgliche Alternativen zum motorisierten Individualverkehr akzentuiert werden. Der Gesetzgeber könnte damit wichtige Signale zur Unterstützung der verkehrspolitischen Zielvorgaben setzen und damit auf der globalen Ebene die Bemühungen der Gemeinden um Verkehrsberuhigung unterstützen.

(6) Eine sehr einfache Form der Förderung von Fahrgemeinschaften besteht im Angebot von Sammelparkplätzen vor der Stadt. Entsprechende Modelle sind aus den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen bekannt. Sammelparkplätze bieten für einzeln mit dem Pkw anreisende Personen die Möglichkeit, das Fahrzeug abzustellen und nach Zustieg in ein anderes Fahrzeug in gemeinsamer Fahrt das innerstädtische Ziel zu erreichen. "Schwarze Bretter" können Adressen, Zeitpunkte usw. vermitteln. Der Sammelparkplatz (oder auch Zusteigeparkplatz) kann auch als Konzept-Variante des Park + Ride bezeichnet werden.

International sind noch verschiedene andere Konzepte zur Förderung der Fahrgemeinschaft über spezielle Parkplatzangebote bekannt, z.B. innerstädtische Parkplätze, die für Fahrgemeinschaften reserviert sind. Weitergehende Ansätze sehen die Ausnahme von Fahrgemeinschaften von verschiedenen Ver- und Geboten, die für einzeln besetzte Pkw gelten, vor. Sämtliche Ansätze zielen auf eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und entsprechen damit voll und ganz dem Ziel der Schadensvermeidung.

(7) Mehr oder weniger bekannt und Standard-Repertoire sind die verschiedenen Varianten von Park + Ride. Häufig jedoch werden die vorhandenen Park + Ride-Angebote von den Kraftfahrern nicht genügend angenommen, so daß eine Entlastung der Innenstadt nicht im gewünschten Umfang erfolgt. Teilweise liegt dies an der Lage und Anordnung der Plätze, oftmals ist aber auch das "Marketing" ungeeignet. Anzustreben ist ein Angebot von Park + Ride-Plätzen in einem entfernungsmässig abgestuften System von etwa 10 bis zu 2 km an die City

heran. Unsinning sind dagegen Park + Ride-Plätze mitten in der Stadt, weil der Autoverkehr erst einmal durch die Stadtgebiete hindurchgeschickt wird. Vieles was heute als P + R-Angebot deklariert wird, ist eher zum "Park + Walk" geeignet und wird entsprechend genutzt, so nah ist der Parkplatz an den innerstädtischen Zielen plaziert (nur für Kleinstädte kann dies sinnvoll sein, sofern attraktive Fußwege vom Parkdeck in den Kernbereich angeboten werden).

P + R läßt sich im übrigen nicht nur als Verbindung von individueller Anreise mit dem Pkw und öffentlichem Zubringerverkehr konzipieren, sondern gleichzeitig auch als Verbindung von Parken und Fahrradmiete bzw. Fahrradunterstand. Das Fahrrad im Zubringerverkehr weist viele Vorzüge auf.

In jedem Fall bietet sich die Verknüpfung des P + R mit der Vermietung bzw. Bereitstellung von leichtgängigen Einkaufshandkarren an, die auch in Bussen und Bahnen mitgenommen werden können, in den Kaufhausfahrstuhl mit hineinpassen und trotzdem genügend Fassungsvermögen und Stabilität haben (z.B. das Modell "Donkey" des dänischen Herstellers Winther). Im Verbund mit innerstädtischen Vermiet- bzw. Rückgabestationen kann auch eine attraktive "one-way-Miete" (in beiden Richtungen) u.ä. angeboten werden.

Schließlich kann ein Waren-Zubringerdienst von der Innenstadt (z.B. Fußgängerzone) zum P+R-Platz erhebliche Anreize für den Innenstadtkunden bieten, den Wagen im Randbereich stehen zu lassen und auf die Mühsal der Parkplatzsuche im Kernbereich zu verzichten. Dabei ist davon auszugehen, daß einer der wesentlichsten Gründe für die Bemühungen vieler Verkehrsteilnehmer um ein zielnahes Parken (möglichst direkt vor dem Laden) neben der Vemeidung von Fußwegen die Nutzung des Autos als (regensicheres) Zwischendepot für eingekaufte Waren ist. Unbequemes "Taschenschleppen" entfällt weitgehend, wenn der Wagen jeweils in der Nähe ist. Zubringerdienste zum "Ausgabeschalter" am P+R-Platz könnten hier vergleichbare Entlastung und zudem meist äußerst attraktive Einkaufsbedingungen schaffen. Außerdem entfällt der Parkplatzsuchverkehr.

Ohne Zubringerservice per Fahrradboten, Kleintransporter o. Rohrpost kann das "autofreie" Einkaufen im übrigen auch durch das Angebot von Zwischendepots im Citybereich - möglichst nahe an den Haltestellen des öffentlichen Zubringerverkehrs - attraktiviert werden. Entsprechende Ansätze sind in der Bundesrepublik in manchen Großstädten bereits Routine, leider jedoch nur in der Weihnachtszeit und mit Hilfe von fragwürdigen Provisorien wie Bereitstellung eines leeren Busses als Depot o.ä.

Sämtliche Ansätze dienen der Innenstadtentlastung (Verkehrs- und Umweltentlastung) und sind voll mit den Zielen der Stadtentwicklungspolitik sowie den Handelskammer- und Einzelhändlerinteressen wie City-Attraktivierung, Kaufkraftanziehung usw. vereinbar, ja im Grunde erst die Voraussetzung für deren Realisierung, denn die für den "automobilen" Kunden optimals erschlossene Innenstadt ist ja - wie viele Beispiele in aller Deutlichkeit zeigen - über kurz oder lang von der vollständigen Verödung bedroht, wodurch sich die weitere Fixierung auf den motorisierten Kunden "an der Ladentür" als äußerst kurzsichtiger Weg erweist.

Der Bedarf an Angeboten von attraktiven "Entwöhnungshilfen" vom Pkw für den zentrumsbezogenen Einkaufs- und Berufsverkehr leitet sich aus der Erkenntnis ab, daß heute auf einen Stadtbewohner bereits ein Vielfaches an Stadtbenutzern (Verhältnis 1:20?) kommt und dies zu einer unerträglichen ökologischen Überlastung der Fläche führt, wenn auch nur ein größerer Teil hiervon mit dem eigenen Pkw in die Stadt hineinfährt.

Ohne effektive Gegensteuerung im "Vorfeld" werden viele wohlmeinende kommunale Ansätze baulich-technischer Verkehrsberuhigung und Verkehrsstromlenkung das Schicksal aller passiven Abwehrstrategien erleiden: Sie bleiben wirkungslos oder sie müssen eine solche Massivität annehmen, daß die unerwünschten Nebeneffekte alle positiven Wirkungen überlagern werden (Einengung der Routenwahl von Anwohnern, Erzwingung von Umwegen im Binnen-, Quell- und Zielverkehr,

städtebaulich unerwünschte Effekte, Behinderung von öffentlichem Verkehr und Radverkehr usw.).

(8) Von der Parkraumfrage war schon viel die Rede. Auch von ihrer Bedeutung für das gesamte System des motorisierten Individualverkehrs in seiner heutigen Ausprägung. Parkraummanagement und v.a. Parkraum-Preispolitik gehören zweifellos zu den wirksamsten Instrumentarien der Nachfragesteuerung. Angesichts der Tatsache, daß wir heute mit Milliardensummen stillschweigend die ungeheuren Parkflächen für Pkw im öffentlichen Raum subventionieren (während über das Defizit der Bundesbahn ständig lamentiert wird) müssen wir feststellen, daß das in der Bundesrepublik anerkannte Verursacherprinzip an dieser Stelle völlig außer Kraft bleibt.

Logisches Element von Verkehrsberuhigung muß also die Aktivierung des monetären Steuerungsinstruments "Parkgebühren" sein. Dabei würde ein vorhandenes Handlungsinstrument genutzt und effektiviert, was in Anbetracht der auch im internationalen Vergleich äußerst geringen Gebühren in der Bundesrepublik Deutschland längst überfällig ist.

In diesem Zusammenhang braucht kaum erwähnt zu werden, daß eine Aufstockung oder ein Neubau innerstädtischer Parkhochhäuser - sofern als zusätzliches Parkraumangebot konzipiert - nicht mit den zuvor genannten Ansätzen kompatibel ist.

Wo Parkraumrestriktionen oder Gebührenanhebungen nicht generell greifen sollen, können z.B. Anwohnerparkzonen o.ä. installiert werden. Sofern hierdurch Kapazitätserhöhungen für den fließenden Verkehr entstehen, kann mit baulichen Maßnahmen entgegengewirkt werden.

(9) "Bike and ride" ist das Schlagwort, das für die Kombination zweier umweltschonender und sozialverträglicher Verkehrssysteme steht. Dahinter verbergen sich verschiedenste Formen der Kombination nämlich:

- Vor- und/oder Nachtransport mit dem eigenen Fahrrad (Fahrradparken am Bahnhof)
- Nachtransport mit dem Mietrad am Zielbahnhof
- Huckepack (Fahrradmitnahme).

Die Schnittstellen können Bahnhöfe des Nah-/Fernverkehrs aber auch Haltepunkte von Bus oder Straßenbahn sein. Voraussetzung ist eine attraktive Infrastrukturausstattung (geeignete Abstellanlagen im unmittelbaren Bahnhofszugangsbereich, Mieträder, Service, Information) der Schnittstellen aber natürlich auch die Gewährleistung einer sicheren und bequemen Zuwegung (Stichwort: Erreichbarkeit des Bahnhofs). Das Fahrrad ist ein unverzichtbarer Zubringer für den öffentlichen Verkehr und hat in dieser Funktion eine bedeutende Tradition und eine hoffnungsvolle Zukunft. Es erschließt im Vergleich zum Zufußgehen zeitbezogen den 12-16fachen Einzugsbereich des Bahnhofs.

In den Niederlanden wurde das B+R-System (Stichwort: Fahrradstationen) in vorbildlicher Weise wiederbelebt. Auch in anderen Ländern wie Japan, Schweiz usw. sind diesbezüglich höchst interessante Entwicklungen im Gange. In der Bundesrepublik steckt das B+R-System noch in den "Kinderschuhen", obwohl der "gebrochene Verkehr" im Alltag hunderttausender Pendler lange Tradition hat und auch heute eine (wieder stark zunehmende) Rolle spielt - wenngleich auch nur in den wenigsten Städten eine auch nur einigermaßen akzeptable Infrastruktur zur Verfügung steht. (Unser Büro hat im März 1986 in Essen eine international besuchte Tagung zum B+R durchgeführt, deren Ergebnisse demnächst zur Veröffentlichung kommen sollen.)

Im Kombinationsverkehr steckt ein großes Potential für eine verkehrsökologisch wünschenswerte Substitution von städtischem Autoverkehr. Durch die unterschiedliche Charakteristik der beiden Verkehrs-Systeme ist der Einsatzbereich von B+R fast unbegrenzt. Kombinationsverkehr eignet sich besonders auch für die Anbindung von mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterversorgten Räumen an das ÖV-Netz, eine große Bedeutung hat er schon heute im ein- und/oder auspendelnden

Berufsverkehr. Von erheblichen, noch nicht ausgeschöpften Potentialen ist auszugehen.

(10) Der besseren Anbindung unterversorgter Räume an den innerstädtischen Bereich dient der Bürgerbus (buurt-bus, siehe Niederlande). Er kann dort, wo sich der öffentliche Linienverkehr aus der Fläche zurückgezogen hat als linienunabhängiger Selbstfahrer-Sammelbus (Größe: VW-Bus oder Mercedes-Bus o.ä.) der Erzeugung vemeidbarer Verkehrsarbeit im (schwach ausgelasteten Pkw-Verkehr) entgegenwirken. Nach probaten niederländischen Modellen, die inzwischen auch schon in einigen bundesdeutschen Regionen adaptiert werden, wird der Bus teilweise oder ganz von kommunalen Verkehrsbetrieben bereitgestellt. Voraussetzung ist eine funktionierende Nutzergemeinschaft von (abwechselnden) Selbstfahrern, die ihre Touren in Eigenregie organisieren.

(11) Es ist eine Binsenweisheit, daß attraktive Infrastruktur Verkehr anzieht. Die Hauptverkehrsstraßennetze unserer Städte mit ihren Überkapazitäten und einem Ausbauzustand für hohe Geschwindigkeiten sind ein Element verkehrserzeugender Infrastruktur. Abgesehen von den wenigen Tagesstunden der Spitzenbildung (rush-our) bilden sie nutzlose Rennbahnen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Rückbau und/oder Verkehrsberuhigung von Hauptverkehrsstrassen war bislang eine Art Tabu-Thema. Inzwischen haben verschiedene Städte Möglichkeiten des Umbaus von Hauptverkehrsstraßen erfolgreich demonstriert.

Angebaute Hauptstraßen sind unmittelbare Wohnumwelt im engsten Sinne für Hunderttausende. Darüberhinaus beeinflussen und beeinträchtigen sie die städtische Wohnumwelt auch im großen Maßstab. Der Abbau allerorten vorhandener Überkapazitäten und primär Kfz-orientierter Verkehrsregelung, die Flächenrückgewinnung zugunsten ökologisch und sozial wertvoller Nutzungen, Verkehrssicherung und -entschärfung sind Elemente direkter Wohnumweltverbesserung aber auch der Domestizierung des Autoverkehrs (H.Monheim) und tragen zur

Wiederinkraftsetzung elementarer Engpaßfunktionen bei, die als Ventile im "Überdrucksystem Verkehr" wirken.

Im Sinne ganzheitlicher Ansätze ist die "Verkehrsberuhigung" von Hauptstraßen - bei gleichzeitiger Bevorzugung von alternativen Systemen im Personenverkehr - sehr viel wirkungsvoller und effektiver, als Ansätze, die sich allein auf die Wohnstraßen konzentrieren. An der Frage, wie wir mit den Hauptstraßen in unseren Straßen umgehen, wird sich letztlich entscheiden, ob wir die Autoflut mit all ihren Folgen in den Griff bekommen werden oder nicht. Umgekehrt erscheint der Rückbau der "Pulsadern" des Autoverkehrs im Kontext der in den vorigen Punkten skizzierten Maßnahmeansätze zur "Prinzipiellen Verkehrsberuhigung" logisch, notwendig und machbar.

(12) In letzter Zeit verstärkt im Gespräch sind "verhaltensunterstützende Technologien" zur Geschwindigkeitsdämpfung. Gemeint sind damit microelektronisch gesteuerte Beschleunigungsbegrenzer in konventionellen Kraftfahrzeugen, die als "City-Automatik" konzipiert sind, d.h., sie werden bei Einfahrt in das tempobegrenzte Gebiet über Induktionsschleifen,Radar o.ä. ausgelöst oder sie werden vom Fahrer manuell eingeschaltet. Ein Vorteil der City-Automatik ist u.a., daß sie eine relativ gleichmäßige und defensive Fahrweise fördert bzw. in einem bestimmten Rahmen garantiert. Ferner scheint die Möglichkeit der "technischen" Kompensation menschlicher Unzulänglichkeit reizvoll - wenn auch etwas suspekt.

(13) Eine weitere interessante Zusatzausstattung für konventionelle Kfz ist - bei gesetzlich vorgeschriebenem Einbau - der sogenannte Restwegschreiber. Dies ist ein Fahrtenschreiber, der laufend eine Reihe wichtiger Grundinformationen über den Fahrtverlauf speichert, diese jedoch auch laufend wieder löscht ("Kurzzeitgedächtnis") und nur im Falle eines Unfalls die letzten (entscheidenden) Sekunden in einem Standard-Datensatz festhält. Die entsprechende Technologie ist entwickelt. Eine gesetzgeberische

Iniative zur Restwegschreiber-Pflichteinführung würde im Zusammenhang mit der dann immens verbesserten Beweissicherungslage mit großer Wahrscheinlichkeit ein wirkungsvoller Meilenstein aktiver Geschwindigkeitsdämpfung und Verkehrsberuhigung sein.

(14) Auch die Entwicklung und Verbreitung von kleinen, geschwindigkeitsbegrenzten ($\leq$ 30 km/h), emissionsarmen und antriebsmäßig sowie energetisch optimierten (Kraft-)Fahrzeugen ist ein Beitrag zur Verkehrsberuhigung, sofern konzeptionell nicht primär auf Konkurrenz zum öffentlichen - und/oder Radverkehr, sondern auf Substutition von konventionellem Kfz-Verkehr gesetzt wird. Das Stichwort lautet: Stadtauto. Gesetzgeberisch sind diesbezüglich viele (Zulassungs-)Barrieren zu überwinden; die baulich-gestalterische Verkehrsberuhigung hätte die Charakteristik innovativer Fahrzeuge als potentielle Tranportsalternativen für den Niedergeschwindigkeitsbereich konzeptionell zu berücksichtigen. In steuerlicher Hinsicht wären Anreize zu schaffen; im Rahmen der Verkehrs- und Stadtplanung könnten Benutzervorteile (z.B. Ausnahme von räumlichen und/oder zeitlichen Restriktionen für konventionelle Kfz) installiert werden. Die technologische Seite ist bereits weit entwickelt, zur Markteinführung und Verbreitung ist jedoch öffentliche "Entwicklungshilfe" notwendig.

(15) Verkehrsberuhigung und die Frage der Geschwindigkeitsbekämpfung hängen untrennbar zusammen. Derzeit werden in vielen Städten sogenannte Tempo 30-Zonen in Wohngebieten eingerichtet (vgl. Niederlande und versuchsweise in der Bundesrepublik Deutschland). Die z.Zt. in der Bundesrepublik gängigen Konzepte weisen viele Schwächen auf. Günstiger und im Sinne einer integrierten Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung logischer wäre die generelle Herabsetzung des innerörtlichen Geschwindigkeits-Limits. Nicht angebaute, wichtige Verkehrsadern könnten - sofern sachlich begründet - als "Tempo 50-Straßen" (also als Regelausnahme) ausgeschildert werden. Für die"Verkehrsbe-

ruhigung im Kopf" wäre die generelle Herabsetzung des innerörtlichen Tempo-Limits - wie übrigens auch die Herabsetzung der Limits für den Außerortsbereich - von zentraler Bedeutung.

Klar ist natürlich, daß die Grenzwertverschärfung allein keine nennenswerte Wirkung haben wird. Diese ist erst durch gezielte Maßnahmen zu erreichen. Jedoch dürfte eine entschiedene Änderung der Straßenverkehrsordnung über kurz oder lang unverzichtbar sein, sollen die Bemühungen um Verkerhsberuhigung nicht an Glaubwürdigkeit verlieren. (Bei Verfolgung von Tempo 30-Zonenkonzepten wäre die niederländische "Planungsphilosophie" zu empfehlen.)

Gegen entsprechende Initiativen stehen bislang im wesentlichen wirtschaftliche Parktikularinteressen sowie eine starke - fast übermächtige - Lobby. Die Beispiele aus Japan und USA, wo z.T. drastische Geschwindigkeitsbeschränkungen üblich und verbreitet sind zeigen jedoch, daß durch Tempo 30 o.ä. weder wirtschaftlich noch verkehrlich oder sozial unvertretbare Effekte eintreten.

(16) In den Versuchen zur Einführung von Tempo 30-Zonen spiegeln sich die Bemühungen, zwischen dem "Verkehrsberuhigten Bereich" nach Zeichen 325/326 StVO (mit seinem strengen Reglement) und der "normalen" Tempo 50-Straße ein Mittelmaß zu finden. Ansätze wie rechts-vor-links anstelle von Vorfahrtszeichen oder Ampeln, Wegnahme von Mittelmarkierungen usw. sind richtige und wichtige Ansätze der Verkehrsberuhigung. Jedoch bleiben viele Probleme ungelöst. Deshalb ist die Konzipierung neuer Straßenkategorien (Gleichrangstraße, Radfahrerzone u.ä.) notwendig, und zwar insbesondere mit Blick auf Möglichkeiten der Förderung und Bevorzugung umwelt- und sozialverträglicher Verkehrsarten. Kommunale Vorreiterprojekte zeigen interessante Modellansätze (z.B. Bremen).

(17) Ein zentrales Element der Verkehrsberuhigung ist die Förderung des Fahrradverkehrs zulasten des motorisierten Individualverkehrs. Im rechtlichen Bereich sind diesbezüglich eine Vielzahl von Änderungen zu reklamieren. Stellvertretend sei die Abschaffung der allgemeinen Radwegebenutzungspflicht genannt, die den Radler von der leicht befahrbaren Asphaltdecke undifferenziert auf häufig unzumutbare Radwege verbannt. Entmischung erweist sich im Grundprinzip als ein Element Kfz-fördernder Verkehrsplanung. Vielgestaltiger Mischverkehr dagegen belebt das städtische Wohnumfeld, weil er von Langsamfahrern "moderiert" wird und der Tendenz zur Herausbildung von sterilen und lebensfeindlichen Monostrukturen eines maschinisierten Verkehrs entgegen wirkt. Die Verknüpfung mit der Frage der Innerortsgeschwindigkeit liegt auf der Hand.

Das Ideen- und Maßnahme-Repertoire zu einer radverkehrsfreundlichen Politik und Planung ist in den letzten Jahren international wieder erheblich erweitert worden. Die Renaissance des Fahrrades ab Mitte der 70er Jahre wurde von einer zunehmenden Zahl engagierter Planer begleitet, die in den 80er Jahren im Rahmen von umfangreichen Modellvorhaben des Bundes viele positive Akzente für eine umwelt- und sozialverträgliche Stadt- und Verkehrsplanung setzen konnten. Auch nur einen Ausschnitt hieraus im einzelnen zur referieren würde den Rahmen des Statements sprengen. Die Verknüpfung mit der Verkehrsberuhigung besteht darin, daß

a) eine auf Substitution von Autoverkehr gerichtete Radverkehrsförderung untrennbar mit der Notwendigkeit von Restriktionen für den motorisierten Individualverkehr verbunden ist;
b) Radverkehrsbelange bei baulich-gestalterischer Verkehrsberuhigung immer berücksichtigt werden müssen (ausreichende Durchlässe bei Sperrungen, Öffnung von Sackgassen und Einbahnstraßen, Fahrradschleusen bei Schwellen usw.), sofern Radverkehrsanlagen (Radspuren und -wege, Abstellanlagen und Fahrradhäuschen - siehe Pkt. 2 usw.) nicht selbst direkt Mittel des Rückbaus sind;

c) das Fahrrad sich mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen und Einsatzmöglichkeiten und mit seiner volkswirtschaftlich und sozial unschlagbar positiv zu bewertenden Charakteristik des stadtökologisch ideal angepaßten Transportmittels als nutzbringender Maßstab für eine auf den Ausgleich räumlicher und sozialer Disparitäten bedachten Stadt- und Regionalplanung erweist, und zwar im Großen wie im Kleinen.

(18) Für den Bereich des öffentlichen Verkehrs gilt im Prinzip dasselbe wie für den Radverkehr: Zu seiner Förderung stehen vielfältige und unterschiedlichste Maßnahmen zur Verfügung, die jedoch in enger Wechselbeziehung mit der "komplemetären" Behandlung des motorisierten Individualverkehrs stehen. Die heute - entgegen allen verkehrspolitischen Zielaussagen - immer noch vorherrschende Parallelförderung der konkurrierenden Systeme erlaubt dem ÖPNV kaum breitere Entfaltung. Prognosen sagen den extremen Rückgang der ÖPNV-Nachfrage voraus, wenn nicht ein massiver Ausbau der öffentlichen Verkehrsversorgung betrieben wird. Fahrradverkehr und ÖV sind gut miteinander verträglich, die vermeindliche Konkurrenzsituation im Nahbereich wird häufig nur aus der Not der kommunalen Verkehrsbetriebe heraus hochstilisiert. Beide müssen aber - wenn ihnen schon in Ergänzung des Zufußgehens die Hauptrolle im städtischen Personenverkehr zugedacht wird - auch tatsächlich die Mitte der Bühne erhalten, sonst wird alle Mühe vollkommen umsonst sein.

Besonders delikat ist die Situation, daß heute die öffentlichen Verkehrsbetriebe ganz besonders viele Probleme und Berührungsängste hinsichtlich einer Temporeduzierung und Verkehrsberuhigung in der Stadt äußern. Die Sorge, daß die ohnehin nur schwer einzuhaltenden Fahrpläne z.B. durch Tempo 30 völlig durcheinandergeraten macht viele ÖV-Betreiber in der Bundesrepublik Deutschland zu hartnäckigen Gegnern von großflächigen Tempobeschränkungen.

Die Lösung dieses Problems ist nicht einfach und nur im Rahmen eines komplex vernetzten Maßnahmebündels denkbar. Gesamtstädtische Verkehrsberuhigung steht jedoch sicher auf verlorenem Posten, wenn die vorhandenen Möglichkeiten wie Installierung separater Busspuren, spezieller Busschleusen, Lichtsignalansteuerung durch Busse und Bahnen sowie ggfs. rechtliche Änderungen bezüglich der ÖPNV-Vorfahrt im rechts-vor-links-System usw. nicht voll ausgeschöpft werden und die Kfz-Dichte im Straßennetz nicht spürbar reduziert werden kann.

Auch andersherum gibt es Probleme: Verkehrsberuhigung durch baulich-gestalterische Maßnahmen im Straßenraum muß sich in ihren Bemessungen an den notwendigen Manövrierraum von Linienbussen anpassen. Dadurch werden oft wieder höhere Geschwindigkeiten im Pkw-Verkehr ermöglicht. Insofern hat flächenhafte Verkehrsberuhigung ohne eine deutliche Veränderung des Verkehrsverhaltens der Kraftfahrer keine Aussicht auf durchschlagenden Erfolg.

Im übrigen kann ein offensiv für sich werbender ÖV einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsberuhigung leisten. Wenn Bus- und Bahnfahren "chic" oder "in" ist, wäre viel gegen die verbreiteten schlechten Angewohnheiten - wozu das Autofahren in der Stadt großteils zählt - gewonnen.

(19) Verkehrsberuhigung, die sich nicht nur als mechanistische Autoabwehr definiert, muß sich konzeptionell auch den Strukturen und Faktoren der Verkehrserzeugung zuwenden. So spielen z.B. Entfernungsstrukturen für Verkehrsmittelwahl und Verkehrsverhalten eine entscheidende Rolle. Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Quartiersversorgung (Nahverkehrsversorgung, möglichst im fußläufigen Bereich) bilden öffentliche Zuschüsse und Steuervorteile für dezentrale Kleinbetriebe (vgl. Niederlande). Solche Niederlassungsbeihilfen und Zuschüsse für Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe (auch: Dezentralitätsbonus) können wirkungsvoll Standortnachteile und mittelstandsfeindliche Bürokratiekosten und -auflagen ausgleichen,

d.h. die wirtschaftlichen Sachzwänge mildern, aus denen die Zentralisierung und "erzwungenge Mobilität" entspringen. Eine ausreichende Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu gewährleisten muß ein Hauptziel Ökologisch orientierter Stadtentwicklungspolitik sein (dazu gehört auch ggfs. die Verhinderung von Großmärkten) und bildet sozusagen das Rückgrat umfassender Verkehrsberuhigungskonzepte.

(20) Kaum extra betont zu werden braucht im Gesamtzusammenhang der Beispielliste das Erfordernis steuerpolitischer Entscheidungen im Sinne des Verursacherprinzips. Im Vordergrund stehen dabei die Kfz- und Mineralölsteuer, die hinsichtlich ihres Bemessungssystems, ihres Niveaus und ihrer Zweckbindung vollständig überdacht werden sollten.

(21) Sicherlich unpopulär aber m.E. sehr dringend wäre eine Öffentlichkeits-, Kultur- und Bildungsarbeit, die versucht, dem Auto- und Geschwindigkeitskult in Film und Fernsehen etwas entgegenzusetzen. Die Auswirkungen der ständigen "Gehirnwäsche" sind nicht zu unterschätzen. Ganze Generationen wachsen inzwischen mit ihr auf. Gleichzeitig brauchen wir Vorbilder, die glaubwürdig Kontrapunkte setzen. Der Oberbürgermeister von Erlangen, Dr. Hahlweg, den seine Mitbürger im alltäglichen Ablauf auf dem Fahrrad erleben, ist dafür ein beredtes Beispiel: Wieviel Prozent des hohen Radverkehrsanteils seiner Stadt diesem aktiven Vorbild geschuldet sind, wird niemand genau ausrechnen, aber sicher ist es nicht weniger, als manche Gemeindeverwaltung mit einem halbherzigen Radwegeprogramm insgesamt nur erreichen konnte.

5. Schlußbemerkungen zur Skizze des Wünschenswerten

Die vorstehend angeführten Beispiele sind nur schlaglichtartige Ausschnitte aus dem breiten Spektrum von möglichen Maßnahmen mit - im weitesten Sinne - verkehrsberuhigender Wirkung. Jeweils für sich setzen sie deutliche Akzente für eine stadt- und verkehrsökologische Planung, erst ihre Vernetzung ergibt jedoch die Umrisse eines richtungsweisenden alternativen Zukunftsentwurfs.

Die konsequente Umsetzung der genannten Maßnahmen erfordert ein vielschichtiges und teilweise koordiniertes Engagement unterschiedlichster Aktorengruppen und so etwas wie ein beherztes politisches "Projektmanagement".

Die meisten genannten Ansätze unterscheiden sich in ihrem Charakter deutlich vom herkömmlichen Maßnahmerepertoire der kommunalen Verkehrsberuhigungspraxis:

- Vieles erscheint bzw. ist heute noch unpopulär.
- Eine größere Anzahl von Ansätzen liegt auf gesetzgeberischer oder fiskalpolitischer Ebene und damit außerhalb des direkten Zuständigkeitsbereichs der Kommunalpolitik.
- Das ganze erscheint komplizierter und schwieriger als die verhältnismäßig "gradlinige" Verkehrsplanung, wie sie Generationen von Planungsingenieuren in den 50er/60er und 70er Jahren an der Universität gelernt haben.
- Der formulierte Bedarf an Regelung und (Transport-)Organisation entspricht nicht der verbreiteten Neigung zu einer primär investitionsorientierten Verkehrsplanung; trotzdem werden die Kosten vieler Maßnahmen einer der dominierenden Problemfaktoren der Durchsetzung sein.

Chancen zu einer sukzessiven Umsetzung ("von-klein-zu-groß") setzen

- Mut zur aktiven Werbung und Öffentlichkeitsarbeit auch im Bereich (noch) unpopulärer Maßnahmen,

- Bereitschaft zur Schaffung gesetzlicher und fiskalischer Rahmenbedingungen,
- Bereitschaft zur interdisziplinären (integrierten) Planung und Koordination,
- eine eindeutige und zielgerichtete politische Programmatik unabhängig von kurzfristigen Interessen der politischen Parteien, wirtschaftlichen Gruppierungen und Interessenverbänden
- sowie eine Bewußtmachung von volkswirtschaftlichen Kosten- Nutzenverläufen unter voller Berücksichitgung der Schadens- und sozialen Folgekosten des Autoverkehrs

voraus.

In der Gesamtschau der gängigen Verkehrsberuhigungskonzepte stellt sich die Frage, ob nicht ein großer Teil der "anerkannten" Maßnahmeansätze - insbesondere im baulich-gestalterischen Sektor - nichts weiter als ein Substitut für notwendige, jedoch z.Zt. nicht durchsetzbare Veränderungen der Straßenverkehrsordnung darstellen. So mag auch der Kompositeur von Maßnahme-Szenarien der o.g. Art[1)] sich leicht dem Vorwurf des Illusionismus aussetzen, jedoch war die Themenstellung das "Wünschenswerte" - und das ist, bei aller Nüchternheit, etwas ganz anderes, als das Vorhandene und derzeit Absehbare.

---

1) Der Autor arbeitet zur Zeit im Rahmen eines Forschungsvorhabens im Auftrag des Umweltbundesamtes an Entwürfen und Szenarien zur Umweltbedeutsamkeit möglicher innerörtlicher Tempo-Limits. Im Rahmen dieses Vorhabens wird u.a. auch ein umfangreicher Katalog von Maßnahmeansätzen entstehen, die im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitssenkung stehen. Gleichzeitig werden verschiedene Szenarien an den Fallbeispielen (Verkehrsmodellen) von vier beteiligten Städten modellhaft simuliert. Die Ergebnisse werden für Anfang 1987 erwartet.

Andererseits ist übertriebenes Understatement nicht angebracht: Dem Argument, grundsätzliche Sanierungs- und Erneuerungsstrategien im Bereich des Stadtverkehrs seien wirtschaftlich nicht vertretbar, muß entgegengehalten werden, daß die Ausgestaltung ökologisch und sozial verträglicher Konzeptionen viele neue Arbeitsplätze schaffen wird und auch im übrigen eine Reihe positiver Impulse für die Gesamtwirtschaft setzen kann. Außerdem ist die Qualität der städtischen Wohnumwelt ein viel zu kostbares Gut, als daß sie so einfach gegen wirtschaftliche (Partikular-)Interessen "verrechnet" werden kann. Im Schutz der Wohnumwelt und der Wiederbelebung der Aufenthaltsfunktion städtischer Quartiere ist eine zentrale Aufgabe künftiger Stadtpolitik zu sehen.

Empfohlene Literatur

Apel, D., Umverteilung des städtischen Personenverkehrs - Aus- und Inländische Erfahrungen mit einer stadtverträglichen Verkehrsplanung, Stadtverkehrsplanung Teil 3, Berlin 1984.

Biaer, R., Christof R., Schäfer, K.-H., Straßen und Dorf - Planen + Entwerfen mit den neuen Empfehlungen für die Anlage von Erschließungsstraßen (EAE 85); Schriftenreihe 03 "Städtebauliche Forschung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Heft Nr. 03.113, Bonn 1985.

Baier, R., Moritz, A., Schog, H., Springsfeld, A.C., Kostenhinweise zur Verkehrsberuhigung, Schriftenreihe 03 "Städtebauliche Forschung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 03.098, Bonn 1983.

Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen (Hrsg.), Emfpehlungen für die Anlage von Erschließungsstraßen EAE 85, Köln 1985.

Harder, G., Spengelin, F. (Hrsg.), Baugesetzbuch - Erschließung - Tempo 30/40 in der Stadt -, Verkehrs- und Umweltplanung, Reihe Gemeinde, Stadt, Land, Heft Nr. 11, Hemmingen/Hannover 1985.

Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NRW (ILS) (Hrsg.), Haupt(verkehrs)straßen und Verkehrsberuhigung, Reihe Bausteine für die Planungspraxis in NRW, Dortmund 1984.

Mörner, J.v., Geschwindigkeitsverhalten von Autofahrern, in: Straßen- und Tiefbau Nr. 7/8, 1984.

Monheim, H., Neuorientierung der Verkehrsplanung, in: Garten + Landschaft, Heft 2, 1986.

Müller, P., Tempobegrenzungen sind kurzfristig der sinnvollste Weg, in: Frankfurter Rundschau v. 15. und 19.9.1984.

Schäfer-Breede, K., Lüers, A., Mit Tempo 30 in die Zukunft?, in: Zukunft des Verkehrswesens - Verkehrsplanung der Zukunft, Beiträge zu einem Kongreß an der Gesamthochschule Kassel am 21./22.2.1986, Arbeitsberichte des FB Stadtplanung und Landschaftsplanung, Heft 66, Kassel 1986.

Schäfer-Breede, K., Tempo 30 durch Straßengestaltung - 80 Planungsbeispiele zur Verkehrsberuhigung, Wiesbaden und Berlin, 1986, (im erscheinen, Sept./Okt. 1986)

Schäfer-Breede, K., Tebbe, J., Kassack, H., Lüers, A., Pro Fahrrad - Eine Bilddokumentation mit modellhaften Beispielen zur Verbesserung des Radverkehrs, hrsg. vom Umweltbundesamt in der Reihe Velo im Bauverlag, Wiesbaden und Berlin 1986.

Schäfer-Breede, K., Allen Autos zum Trotz - das Fahrrad ist auf dem Vormarsch, in: Demokratische Gemeinde Nr. 4/84, Bonn 1984.

Schäfer-Breede, K., Alte Liebe rostet nicht - Fahrrad und Bahn zusammen unschlagbar, in: Radfahren Nr. 3/86, Bielefeld 1986.

Schäfer-Breede, K., Ihnen, A. (Hrsg.), Kombinierter Personenverkehr - Bike and Ride, Materialien zu einer Tagung in Essen 1986, (im Erscheinen, voraussichtlich Jan. 1987)

Schäfer-Breede, K., Radwege? Abkehr vom Separationsprinzip, in: Die Zukunft der Stadt, Dokumentation des Kongresses "Grüne Zukunft für Bremen" im Okt. 1985, Grüner Basis-Dienst (gbd) Nr 4/86, Bonn 1986.

Schnüll, R., Haller, W., Sädtebauliche Integration von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen - Problemanalyse und Dokumentation, Schriftenreihe 03 "Städtebauliche Forschung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 3.107, Bonn 1984.

Studiecentrum Verkeerstechniek (Hrsg.), Aanbevelingen voor stedelijke verkeersvoorzieningen (deluitgave) 2e editie ASVV/1986, Driebergen-Rijsenburg 1986.

Theine, W., Hidjat, A., Kiehn, T., Anleitung zur Einrichtung und Untersuchung von Zonen-Geschwindigkeits-Beschränkungen, im Auftrag der Bundesanstalt für Straßenwesen, Hannover 1985.

Topp, H.H., Tempolimits Innerorts, in: Verkehrsunfall und Fahrzeugtechnik Nr. 6, 1984.

Umweltbundesamt (Hrsg.), Forschungsvorhaben "Flächenhafte Verkehrsberuhigung - Erste Erfahrungen aus der Praxis, Tagungsband zum 3. Kolloquium am 30.9./1.10.1985 in Berlin, 1985.

Vogt, W., Steierwald, G., Ermittlungen von Abgrenzungskriterien für die Bildung von verkehrsberuhigten Bereichen, Reihe Forschung und Straßenbau und Straßenverkehrstechnik des Bundesminsiters für Verkehr, Heft Nr. 427, Bonn-Bad Godesberg 1984.

H. NEUHOFER, Linz/Donau

Grundsätze der Dorferneuerung in Österreich

ao Univ.-Prof. Dr.Hans NEUHOFER, Linz/Donau

GRUNDZÜGE DER DORFERNEUERUNG IN ÖSTERREICH

Dorferneuerung hat in den letzten Jahren einen guten Klang in der wissenschaftlichen Diskussion und einen Vorrang in der Tagespolitik bekommen. Zum Beweis dafür darf ich beispeilsweise auf die Untersuchungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), des österreichischen Kuratoriums für Landtechnik, auf die Aktivitäten der Bundesländer sowie des Bundesminsiteruims für Bauten und Technik und schließlich auf die Europäische Campagne für den ländlichen Raum in den Jahren 1986 und 1987 hinweisen.

1) Ursprung und Entwicklung des Dorferneuerungsgedankens

Die Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen (FGW) stand an der Wiege des Dorferneuerungsgedankens und war mit ihren Untersuchungen ein Wegbereiter der Dorferneuerung in Österreich. Ich erinnere mich hiezu an FGW-Tagungen über die Erneuerung unserer Städte, Märkte und Dörfer in den Jahren 1966 und 1970 sowie an die Gründung des Gesprächskreises "Die Erneuerung unserer Städte, Märkte und Dörfer" im Jahre 1966, weiters an die grundlegenden FGW-Arbeiten von BLAHA über Dorferneuerung in Österreich und an meine Grundsatzvorstellungen über die Ziele der Dorferneuerung, die ich zusammen mit LOIDOLT im Jahre 1960 niedergeschrieben habe.

Ein ständiger Rufer für die Dorferneuerung und insgesamt für die Erneuerung des ländlichen Raumes war der Österr. Gemeindebund.Seit der Gründung der ÖROK im Jahre 1971 hat der Öster. Gemeindebund immer wieder die Notwendigkeit einer Erneuerung des ländlichen Rames aufgezeigt und auch auf europäischer Ebene hat der Gemeindebund 1 Jahrzehnt Freunde für die Europäische Campagne für den ländlichen Raum gesucht und gefunden.
Besonders hinzuweisen ist auf die eingehende wissenschaftliche Bearbeitung von Detailproblemen, zB. der Projektgruppe "Raumordnung" unter Leitung von Dipl.Ing.JESCHKE über die Erhaltung von Kleindenkmälern und Bauernhöfen.
Es ist natürlich nicht so, daß in den letzten 4 Jahrzehnten für die Erneuerung des ländlichen Raumes nichts geschehen wäre, doch waren diese Dorferneuerungsmaßnahmen men örtlich und finanzielle beschränkte Einzelaktionen, die insbesondere von den Bundesländern gesetzt wurden. Was bisher gefehlt hat, war die Gesamtschau für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Erneuerung des ländlichen Raumes. Gefehlt haben gezielte Planungen, die intensive Motivation der Bürger und der koordinierte Einsatz von Förderungsmitteln. Beispiele für ein Gesamtkonzept "Dorferneuerung" finden wir aus den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

2) <u>Dorferneuerungsmaßnahmen der letzten 30 Jahre</u>

Welche Dorferneuerungsmaßnahmen wurden in den letzten 3 Jahrzehnten gesetzt? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit darf ich aus meiner mehr als 30-jährigen Erfahrung als Mitarbeiter im OÖ Gemeindebund, in Ausschüssen des Österr. Gemeindebundes und der FGW sowie unter Berücksichtigung des Berichtes der Verbindungsstelle der Bundesländer über die Länderaktionen die Dorferneuerungsmaßnahmen der letzten 3 Jahrzehnte auflisten und hier zur Kenntnis bringen.

Ortsbildpflege

Am Anfang der Dorferneuerungsmaßnahmen stand die Ortsbildpflege, die bereits in den 50er Jahren einsetzte. Hiezu sind zunächst die Blumenschmuckaktionen der Landwirtschaftskammern und der örtlichen Vereine zu nennen. Hand ind Hand damit gehen die von Landesregierungen initiierten und unterstützten Fassadenaktionen, die im Laufe der Jahre zu einer koordinierten Ortsplatzgestaltung mit der Errichtung oder Restaurierun eines Ortsbrunnens oder von Kleindenkmalen oder Grünanlagen führten; nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenahng die Restaurierungen der Dorfkirchen und die Gestaltung des Kirchenumfeldes.
Ein Ansporn für die Gemeinden zur Durchführung von Ortsbildverbesserungen waren sicherlich auch die vom Österr. Gemeindebund seit vielen Jahren eingeführten Ortsbildwettbewerbe. Diese Ortsbildwettbewerbe des Österr. Gemeindebundes, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und der Bundeshandelskammer durchgeführt werden, haben in den letzten Jahren eine Erweiterung dadurch erfahren, daß nicht nur das Ortsbild, sondern auch die Umweltbedingungen mit bewertet werden. Die vom Österr. Gemeindebund ausgearbeiteten Richtlinien für die Umwet- und Ortsbildpflege der österreichischen Gemeinden (1985) geben einen Einblick in die hohen Anforderungen an das Ortsbild und an gute Umweltbedingungen.
In einigen Bundesländern standen und stehen bei der Ortsbildaktion Ortssanierungen (zB. in Kärnten), die Erhaltung historischer Bausubstanzen (zB. in Salzburg), und die Erhaltung und Modernisierung alter Bausubstanzen (zB. in der Steiermark) im Vordergrund. Hervorzuheben ist auch der von der FGW mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bauten und Technik durchgeführte Wettbewerb "Die Gemeinde als Lebensraum" im Jahre 1981.

Ausbau der technischen Infrastruktur

Eine Erneuerung des ländlichen Raumes setzt eine zeitgemäße, technische Infrastruktur voraus. Auf diesem Gebiet ist bundesweit sehr viel geschehen.
Das Kleinstraßennetz in der Gemeinde wurde unter beachtenswerter Mithilfe der ländlichen Bevölkerung großzügig ausgebaut, wobei ein besonderer Wert darauf gelegt wurde, daß jeder Bauernhof eine autofahrbare Zufahrt erhalten sollte, und daß Güterwege, Ortschaftswege und Gemeindestraßen in einer sinnvollen Verbindung mit dem überregionalen Straßennetz stehen.
Einen gewaltigen Beitrag für die Erhaltung unserer Umwelt leisteten die Gemeinden durch den großzügigen Ausbau zentraler Wasserversorgungsanlagen und Abwasserbeseitigungsanlagen. Dieser großzügige Ausbau der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wäre ohne die finanzielle Hilfe des Wasserwirtschaftsfonds und ohne Subventionen der Länder nicht möglich gewesen. Größere Schwierigkeiten bereitet den Gemeinden nunmehr die Darlehensrückzahlung an den Wasserwirtschaftsfonds, weil diese Rückzahlungsraten durch die Gebühren nicht mehr gedeckt weren können.

In den 50er - und 60er Jahren spielte die Elektrifizierung abgelegener Bauernhöfe noch eine größere Rolle.
Durch die Eigeninitiative der ländlichen Bevölkerung in Telefongemeinschaften wurde mit Hilfe der Länder das Telefonnetz großzügig ausgebaut. So haben beispielsweise die Telefonanschlüsse in Oberösterreich seit den 70er Jahren um das 4-Fache zugenommen, sodaß derzeit in Oberösterreich 400.000 Telefonanschlüsse bestehen und damit fast jeder Haushalt einen eigenen Telefonanschluß hat.
Während nach dem 2. Weltkrieg zunächst auch im ländlichen Raum der Wohnungsneubau vorherrschend war, hat man in den 70er Jahren erkannt, daß es in unseren Dörfern und Märkten auch wertvolle Altbausubstanzen gibt, und nach und nach wurden auch bäuerliche Wohnbauten gefördert.

Ausbau der kulturellen Infrastrukltur

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, er braucht auch eine geistige Nahrung. Die Nachkriegsgeneration hat sich zu einer Bildungsgesellschaft entwickelt, in der das Wissen immer rascher umgeschlagen wird, sodaß die Ausbildung und Weiterbildung einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft einnehmen.
Obwohl in den letzten 3 Jahrzehnten in jeder Gemeinde Schulen saniert, erweitert und neu gebaut wurden, zeigt sich noch immer kein Ende des Schulbaues. Dies ist zum Teil auch auf die relativ rasche Änderung der Auffassungen von Lehrplänen und Schulorganisation zurückzuführen.

Eine wichtige Vorstufe zur Volksschule sind die Kindergärten. Man ist Ende der 70er- und in den ersten 80er Jahren darangegangen, das Kindergartennetz im ganzen Land großzügig auszubauen.
Als Heimstätten der kulturellen Betätigung wurden in vielen Orten Musikheime, Veranstaltungszentren uä kulturelle Zweckbauten errichtet.

Freizeiteinrichtungen

Bei der ständigen Verkürzung der Arbeitszeit von seinerzeit 48 Stunden auf 40 Stunden in der Woche, ist das Bedürfnis nach Freizeiteinrichtungen wesentlich gestiegen. Zu diesem Zwecke wurden da und dort bereits große Freizeitzentren oder Freizeitanlagen geschaffen, insbesondere für die sportliche Betätigung , wie Sportplatzanlagen, Schwimmbäder, Hallenbäder ua.

Grundzusammenlegungen und Ortsgestaltung

Anläßlich von Grundzusammenlegungen für Zwecke der besseren landwirtschaftlichen Bewirtchaftung haben sich bereits gute Ansätze für eine koordinierte Erneuerung des ländlichen Raumes ergeben, insbesondere durch die teilweise Neugestaltung des Wegenetzes und durch die Aus-

siedlung von Bauernhöfen und die Neugestaltung von Ortskernen.

3) Grundsätze der künftigen Dorferneuerung

Wichtig erscheint mir zunächst die Feststellung, daß sich die Dorferneuerung nicht auf die Ortsgestaltung und nicht nur auf die Erneuerung der baulichen Substanz beschränken kann, sondern daß die Dorferneuerung im ländlichen Raum als eine umfassende Aufgabe zu betrachten ist. Sehr wesentlich ist mE auch, daß die Menschen im ländlichen Raum an Hand von Leitbildern und Grundsätzen selbst die dörfliche Entwicklung in ihrer Gemeinde bestimmen, und daß wir nicht nach einem österreichischen Einheitsdorf Ausschau halten, sondern die individuelle Note der Dörfer erhalten und gestalten sollen.
Im Laufe der Jahre haben sich für die Dorferneuerung Grundsätze entwickelt, die weitgehend in ganz Österreich Anerkennung finden und in der ÖROK-Studie ihren Niederschlag gefunden haben. Auch die Zielsetzungen der Europäischen Campagne für den ländlichen Raum übernehmen diese Dorferneuerungsgrundsätze Österreichs sehr weitgehend.
Auf dieser Grundlage möchte ich folgende Dorferneuerungsgrundsätze für Österreich herausstellen:

- Bereitstellung und Sicherung der Arbeitsplätze in angemessener Entfernung
- Bereitstellung von Kindergärten in zumutbarer Entfernung
- Bereitstellung von Volksschulen in jeder Gemeinde sowie die Bereitstellung von Hauptschulen und Höheren Schulen in zentralen Orten mit leichter Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Ausbau und Erhaltung des Kleinstraßennetzes mit der zweckmäßigen Anbindung an das überörtliche Straßennetz des Landes und des Bundes
- Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs unter möglichster Erhaltung bestehender Nebenbahnen

- Ausbau und Erhaltung der zentralen Wasserversorgung unf Abwasserbeseitigung
- Ausbau und Sicherung des Telefonanschlusses für jeden Haushalt
- Erhaltung und Erneuerung des alten, insbesonders historisch wertvollen Baubestandes
- Wahrung und Gestaltung eines individuellen Ortsbildes
- Ortsgestaltung unter Beachtung des herkömmlichen Ortsbildes und Erhaltung von Denkmälern sowie die Schaffung von Grünanlagen und Kommunikationsflächen- und räumen
- Vorsorge für eine ausreichende ärztliche Versorgung, auch mit Fachärzten
- Errichtung und Erhaltung von kulturellen Einrichtungen und Bereitstellung eines zeitgemäßen Bildungs- und Unterhaltungsangebotes
- Bereitstellung von Freizeiteinrichtungen

Diese Zielvorstellungen für die Dorferneuerung mögen auf den ersten Blick zu umfangreich erscheinen, ich halte sie jedoch alle für wichtig und insbesondere im Hinblick auf die Weiterentwicklung des menschlichen Zusammenlebens nicht für vollständig.

4) Künftige Dorferneuerungsmaßnahmen

Bei der umfassenden Aufgabenstellung der Dorferneuerung scheinen mir folgende Maßnahmen notwendig und sinnvoll:

- Entwicklungsplanung für die Erneuerung des ländlichen Raumes im Rahmen der örtlichen und überörtlichen Raumordnung
- Bürgerbeteiligung zur Erstellung von Entwicklungsplänen für den ländlichen Raum
- Bedachtnahme der Bundes-, Landes- und Gemeindeorgane auf bestehende oder im Entstehen begriffene Dorfentwicklungspläne

- Information und Förderung der Eigeninitiative für die Durchführung von Erneuerungsmaßnahmen
- finanzielle Förderung von Entwicklungsmaßnahmen
- finanzielle Förderung der Gemeinden für den Ausbau der technischen Infrastruktur, insbesondere für Straßen, Wasser- und Abwasservorhaben
- finanzielle Förderung der Erhaltung, Erneuerung und Revitalisierung von Altbauten
- Einrichtung von Dorferneuerungsgeschäftsstellen bei den Ämtern der Landesregierungen für die Beratung der Gemeinden und erneuerungswilliger Privatpersonen
- Herausgabe von Informationsschriften über Möglichkeiten von Dorferneuerungsmaßnahmen, insbesondere über die Förderung und Durchführung dieser Maßnahmen
- Koordinierung von Förderungsmaßnahmen für die Dorferneuerung
- Einbindung des agrarischen Grundzusammenlegungsverfahrens in Dorferneuerungsmaßnahmen
- Durchführung von Pilotprojekten für bestimmte Formen von Dorferneuerungsmaßnahmen
- Bereitstellung ausreichender Mittel für den ländlichen Raum durch den Finanzausgleich.

5) Schlußbetrachtung

Ich habe mich bemüht, in kurzer Zeit einen Überblick über die Grundsätze der Dorferneuerung in Österreich zu geben. Diese Dorferneuerungsgrundsätze werden in den Veranstaltungen zur Europäischen Campagne für den ländlichen Raum in den Jahren 1987 und 1988 sicherlich eine weitere und vertiefende Diskussion erfahren. Letztlich geht es bei der Dorferneuerung, die mit der Erneuerung des ländlichen Raumes gleichzusetzen ist, darum, den Menschen im ländlichen Raum gleiche Chancen wie den Bewohnern in den großen Städten einzuräumen und die dörfliche Gemeinschaft zu erneuern und mit Leben zu erfüllen.

W. J. REITH, Wien

Gemeinde als Lebensraum - Perspektiven zur Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum

Praktisch ist Dorferneuerung aber keine Antwort auf die große Stadt, vielmehr eine sinngemäße Erweiterung des Anliegens "Stadterneuerung" auf den ländlichen Raum.

Dorferneuerung ist auch der Versuch einer Antwort auf eine "Entwicklungsplanung ohne Seele" (ABT, 1978), auf die Auskämmung örtlicher Strukturen, auf den unzureichend koordinierten Mitteleinsatz der Gebietskörperschaften und auf die psychische Distanz der örtlichen Bevölkerung zur Autorität der professionellen Planer.

2. Vielfalt der Gemeinden - Vielfalt der Probleme

Dorf ist nicht gleich Dorf. Hinter der Zahl von über 2.100 österreichischen Gemeinden bis 5.000 Einwohnern, mit einem Anteil an der österreichischen Bevölkerung von über 45 %, hinter der Zahl von fast 1.500 Gemeinden bis 5.000 Einwohnern in "Landgebieten", mit immer noch einem Anteil von fast 30 % der österreichischen Bevölkerung, verbirgt sich eine weit höhere Anzahl "dörflicher Einheiten", verbirgt sich letztendlich die Individualität jedes einzelnen Dorfes.

Im Auftrag der ÖROK hatten wir die Aufgabe, den "aktuellen Stand und ausgewählte Rahmenbedingungen" der "Dorferneuerung in Österreich" (IRUB, 1986) aufzuarbeiten. In dieser Studie, die in den nächsten Monaten publiziert werden soll, zeigte es sich, daß "Dorferneuerung" wohl weniger eine Antwort auf die mangelnde Entwicklungsdynamik der Dörfer, paradoxerweise oft vielmehr eine Antwort auf die Folgen dieser Entwicklungsdynamik sein muß.

Gerade die ländlichen Gemeinden haben sich - gesamtösterreichisch betrachtet, wenn auch mit starken regionalen Unterschieden - rein von der Einwohnerzahl her als recht "lebensfähig" erwiesen. Ähnlich, wie sich die Schlüsselfragen der Stadterneuerung von der "baulichen Erneuerungsbedürftigkeit" auf die Beseitigung städtebaulicher Mißstände, auf strukturelle Rahmenbedingungen und Umweltprobleme verschoben haben (vgl. ÖROK, 1984), verhält es sich auch mit der Dorferneuerung, wenn neben den Aufgaben der baulichen Erneuerung und planerischen Steuerung die Notwendigkeit der integralen Verknüpfung aller raumwirksamen Maßnahmen tritt.

Angesichts der Heterogenität der dörflichen Bevölkerung - LICHTENBERGER (1981) unterscheidet die drei großen Gruppen der ortsständigen "traditionellen Agrargesellschaft", der sozioökonomischen "Doppelexistenzen" mit

starkem Außenbezug und der Angehörigen der "städtischen Gesellschaft", die temporär oder ständig einen Wohnsitz im Dorf haben - wird die integrative Wirkung der Dorferneuerungsplanung, die Aktivierung der dörflichen Gemeinschaft, noch deutlicher als in der "Stadtteilplanung" zu einem Schlüsselproblem.

In unserer Studie haben wir auch festgestellt, daß selbst eine differenzierte Herausarbeitung dörflicher Problemtypen nicht mehr als ein Einstieg zur Klärung der Zusammenhänge zwischen ortsspezifischen und mitbestimmenden "exogenen" Faktoren sein kann. Dies bedeutet, daß vor einer unbesehenen **Übertragung spezifischer Programme und Maßnahmenbündel** von einem Dorf auf ein anderes gewarnt werden muß.

Andererseits muß auch davor gewarnt werden, durch einen verengten Blick auf das Dorf die **Region** - ich habe sie einmal überspitzt als "Gemeinde der Zukunft" bezeichnet (REITH, 1983) - aus den Augen zu verlieren. Bei der Aufgabe, in einem "zonalen Entwicklungskonzept" für das **"Mittlere Kamptal"** (REITH, 1986) nach ergänzenden "endogenen" Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen, zeigte sich:

- daß einerseits die höchst unterschiedlichen Ausgangslagen in diesem relativ kleinen Gebiet nicht nur in den statistischen Auswertungen, sondern auch in sehr unterschiedlichen Einschätzungen des "Selbstbilds" der jeweiligen Gemeinden ihren Niederschlag fanden,
- daß aber andererseits trotz dieser Unterschiede gerade die zwischenörtliche Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Raum zu einem Abbau sich oft antogonistisch gegenüberstehenden Einschätzungen und Interessen beitragen kann.

3. Aufgaben der Dorferneuerung

In unserer Studie für die ÖROK zeigten sich bei einer vergleichenden Darstellung der **"Diskussions- und Aktionsansätze"** in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Schwerpunkte im Rahmen der folgenden, allgemein akzeptierten **Zielrichtungen:**

- Dorferneuerung wird als **Mittel der Regionalpolitik** betrachtet (entwicklungsorientierter Ansatz, Hoffnung auf strukturelle Effekte).
- Dorferneuerung wird als **Mittel zur** (qualitativ erweiterten) **Durchsetzung von Raumplanung und Bodenordnung** betrachtet (Erweiterung des ordnungspolitischen Ansatzes).
- Dorferneuerung wird als **Mittel zur Lösung örtlicher Probleme** betrachtet (problem- und ortsbezogene Verknüpfung aller orts- und raumwirksamer Maßnahmen).

- Dorferneuerung wird als **Mittel zur Identitätsförderung** betrachtet (Erweiterung des herkömmlichen Planungsgedanken um eine "soziokulturelle Dimension").

Selbstverständlich stehen diese Zielrichtungen nicht in einer Konkurrenz zueinander, sie sind vielmehr mit unterschiedlicher Gewichtung miteinander verbunden. So werden beispielsweise in Niederösterreich, bei grundsätzlich im Vordergrund stehenden (regional-)entwicklungsorientierten und identitätsfördernden Zielen, recht umfassende Erwartungen auch in die wirtschaftlichen Effekte gesetzt, die einer realistischen Einschätzung wohl oft nicht standhalten.

Bei einer stärkeren Betonung der qualitativen Ziele und deren Verwirklichung in einer "Dorferneuerung der kleinen Schritte" stellt sich die Frage, wie eine aktionistische Begeisterung ("Ortsidee") in einen nachhaltigen Beitrag übergeführt werden kann, oder, beispielhaft dargestellt, wie etwa eine dauerhaft verbesserte Einbindung verschiedener Bevölkerungsgruppen in die Dorfgemeinschaft zu einer Aufrechterhaltung einer funktionalen und "sozialen Mindesausstattung" des Dorfes beitragen kann. Das breite Spektrum möglicher ortsspezifischer Ziele, die teilweise wegen des begrenzten Spielraums nur in einem regionalen Zusammenhang erreichbar sind, geht - um nur einige zu nennen - von einer Verbesserung der räumlichen Strukturen, einer Stabilisierung der Erwerbsmöglichkeiten, einer Aufrechterhaltung der Versorgungsstrukturen, der Einrichtung regionaler Märkte, einer Sicherung ökologisch bedeutsamer Strukturen, der Pflege der landschaftlichen Besonderheiten und der ortstypischen Baussubstanz bis zur Entwicklung örtlicher Energiekonzepte und Selbsthilfestrukturen sowie kultureller Aktivitäten.

In mehreren Bundesländern wird die Aufgabenerfüllung bei der Lösung örtlicher Probleme in engem Zusammenhang mit der Raumplanung, als Erweiterung des an sich vorhandenen (Gesamt-)"**Gestaltungsauftrages**" der Raumplanung, gesehen. Dies umfaßt neben den Aufgaben des Ortsbildschutzes, der Ortsbildpflege und der Ortsplanung, die Einbindung verschiedenster Fachplanungen (z.B. Flurplanung, Wasserbau, Verkehrsplanung, Landschaftsplanung) und - beispielsweise im Sinne einer Fortsetzung der Aktionen "Ortsbild" und "Ortsidee" in der Steiermark - organisatorische Modelle mit "animatorischem" Charakter.

Hinter den Konzepten der Dorferneuerung steht die Idee, aus dem Konzept der "Planung durch die Autoritäten" ein "**Hilfe zur Selbsthilfe-Konzept**" zu machen. Dies stellt hohe Anforderungen an die Planer und setzt eine Offenheit gegenüber

neuen Ideen voraus (z.B. zur Aufrechterhaltung öffentlicher und privater Dienstleistungen, Mitbenützung von Verkehrsträgern für den Berufs- und Schulverkehr, "fahrende Musikschule" im Bregenzerwald, usw.).

4. Schlußfolgerungen zur Diskussion

Abschließend sollen einige kurze Schlußfolgerungen zur Diskussion gestellt werden:

- Wenn Dorferneuerung sich nicht darauf beschränkt, als "Behübschungsakt" die Dörfer dem Vorstellungsbild der städtischen Bevölkerung anzupassen, muß sie zu einem Anliegen der im Dorf lebenden Bevölkerung werden.
- Der Ruf nach Dorferneuerung ist auch ein Ruf nach mehr Gemeinschaft im Dorf. Echte Gemeinschaft setzt aber die Möglichkeit der Mitwirkung an Entscheidungen voraus.
- Die angestrebte Verbesserung örtlicher Lebens- und Umweltverhältnisse setzt einerseits einen von der örtlichen Bevölkerung gewünschten Gestaltungsvorgang voraus, andererseits ist die örtliche Entwicklung von äußeren ("exogenen") Faktoren abhängig, die eine Übereinstimmung aller Planungsträger mit den jeweils örtlichen Zielen erfordert.
- Dorferneuerung ist "gebündelter" Mitteleinsatz, wobei insbesondere ein enger Zusammenhang mit dem "Gestaltungsauftrag" der örtlichen Raumplanung besteht.
- Dorf und Gemeinde sind die Blätter an den Zweigen einer Pflanze, die sich "Region" nennt. Eine Übereinstimmung der Menschen mit ihrer örtlichen Umwelt erfordert auch das Vertrauen in die Lebensfähigkeit der nächstgrößeren "Umwelten".

Hinweise:

ABT Th. (1978): Entwicklungsplanung ohne Seele? - Sozio-ökonomische und psychologische Aspekte der Entwicklungsplanung im Berggebiet, Bern

AIGINGER K./TICHY G. (1984): Die Größe der Kleinen. Die überraschenden Erfolge kleiner und mittlerer Unternehmungen in den achtziger Jahren, Wien

IRUB (Institut für Raumplanung und Agrarische Operationen an der Universität für Bodenkultur Wien, 1986): Expertise "Dorferneuerung in Österreich". Aktueller Stand und ausgewählte Rahmenbedingungen, W.J. REITH, H. DÖRR, et.al., im Auftrag der ÖROK, Wien, im Mai 1986, unveröffentlicht

KOHR L. (1986): Das Ende der Großen, Wien

LICHTENBERGER E. (1981): Der ländliche Raum im Wandel. In: Österr. Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik: Das Dorf als Lebens- und Wirtschaftsraum, Internationales Symposium in Mieders

ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz, 1984): Vierter Raumordnungsbericht, Schriftenreihe Nr. 40, Wien

REITH W.J. (1983): Raumforschung und Raumplanung im alpinen Raum: Beiträge zur Regionalentwicklung, in: Mitteilungen und Berichte, SIR, 1+2/1983, S. 7 - 22

REITH W.J. (1985): Dorferweiterung Kirchbühel in Göfis/Vorarlberg, in: Österr. Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung (Hrsg., 1985): 30 Jahre Raumplanung in Österreich, Wien, S. 576-583

REITH W.J. (1986): Zonales Entwicklungskonzept "Mittleres Kamptal". Schlußbericht, hrsg. vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abt. R/2

W. KVARDA, Klosterneuburg

Vernetztes Denken, Planen und Handeln bei der Dorferneuerung

Werner Kvarda

VERNETZTES DENKEN, PLANEN UND HANDELN BEI DER DORFERNEUERUNG

DISKUSSIONSBEITRAG ZUR 4. INTERNATIONALEN WOHNUNGSWOCHE IN SALZBURG v. 22. - 26. IX. 1986. WOHNUMWELT IN STADT UND LAND

Am Übergang vom Industrie- zum Informationszeitalter zeigen sich Anzeichen einer Revitalisierung des ländlichen Raumes. John Naisbitt erläutert in seinem Buch "Megatrends" die Phänomene dieser Entwicklung: "Die Agrargesellschaft war ihrem Wesen nach dezentral gewesen, die Industriegesellschaft zentralistisch, die Informationsgesellschaft erlaubt hingegen wieder eine weitgehende Dezentralisierung. Dies erklärt aber ..., warum vieles wie ein Rückschritt in die alte Agrargesellschaft aussieht, was in Wirklichkeit ein Vorwärts in eine neue Ära darstellt". (6)
Dieses Phänomen der Dezentralisierung (Leopold Kohr, E.F. Schuhmacher u.a.) soll nun am Beispiel der Dorferneuerung näher beleuchtet werden.
Die Dorferneuerung erlebt seit einigen Jahren eine Rennaissance, vor allem in kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. (15, 1, 7, 11, 13)
Es erhebt sich die Frage wie es zu diesem Bewußtseinswandel von seiten der Betroffenen, als auch von den Politikern gekommen ist. Einen wesentlichen Beitrag dazu haben vor allem die PROBLEME im ländlichen Raum ausgelöst. (15, S. 3)

+ ein Arbeitsplatzdefizit im sekundären und tertiären Sektor
+ Hohe Zeit-, Kosten- und Mühebelastung der Bewohner für die Befriedigung sämtlicher Grunddaseinsfunktionen
+ Kommunalpolitische Belastung mit der ernormen Bürde der Wohnfunktion.

Zu diesen grundsätzlichen Problembereichen kamen in den letzten drei Jahrzehnten noch strukturelle Veränderungen im Dorf dazu. (15, S. 27)

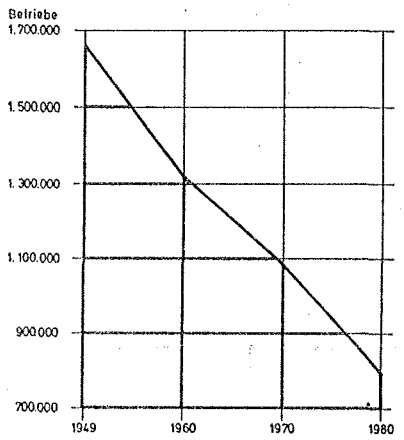
+ Die Betriebe finden in den Agglomerationen größere Standortvorteile vor als im ländlichen Raum
+ Strukturwandel in der Landwirtschaft. Es kommt zu einem Bedeutungsverlust der menschlichen Arbeitskraft in der Landwirtschaft (Abb. 1). Parallel dazu wird die Mechanisierung dieses Produktionszweiges stark vorangetrieben (Abb. 2)

Zu diesen wirtschaftlichen und sozialen Problemen kommen nun noch die wahrnehmbaren ästhetischen Veränderungen in Dorf und Flur und sämtliche sogenannten Umweltprobleme.
Der Schweizer Umweltforscher SALZMANN schreibt, daß "die Umweltverschlechterung in ihren vielen Erscheinungsformen fast 100%ig auf das Fehlverhalten von Menschen zurückzuführen ist. Wenn wir nun das Übel an seiner Wurzel bekämpfen wollen, ist es darum auch logisch VERHALTENSÄNDERUNGEN zu bewirken. Diese führen nach Salzmann über einen Weg mit 5 Stufen.

+ MOTIVATION: Um für etwas Sorge zu tragen, es schützen zu wollen, (die Liebe zur Natur z.B.) müssen wir es zuerst einmal schätzen.
+ BEOBACHTUNG: Eine positive Beziehung zu seiner Umwelt stellt sich bei dem am schnellsten ein, der gelernt hat genau zu beobachten
+ ZUSAMMENHÄNGE: Um gegen Umweltgefährdung wirksam etwas unternehmen zu können, müssen ihre Ursachen bekannt sein.
+ MASSNAHMEN: Dazu braucht es Fantasie, Modelle, Versuche, Erfahrungen
+ HANDELN: Die schönste Theorie bewirkt nichts, wenn sie nicht angewendet wird. Diese Feststellung tönt sehr simpel.

Wenn wir aber die Entwicklung der letzten Jahrzehnte beobachten, müssen wir feststellen, daß die meisten Änderungen im ländlichen Raum einen Anpassungsprozeß aufgrund der sozio-ökonomischen Gegebenheiten darstellen.
Es soll nun versucht werden diesen komplexen Bereich des Dorfes zu beleuchten. Wir glauben, daß durch eine Änderung des Verhaltens und der Denkmuster bei den Betroffenen im ländlichen Raum eine Erneuerung stattfinden kann.

+ Das DENKEN muß geprägt sein von einer starken Motivation und der Fähigkeit komplexe Systeme erfassen und beschreiben zu können
+ Die PLANUNG ist schließlich nicht nur eine gedankliche Vorwegnahme künftigen Handelns (Maßnahme), sondern auch eine spezifische Art des Handelns. Entweder ist Planungshandeln eine individuelle Tätigkeit (blue-print-planner) oder eine gesellschaftliche Tätigkeit (Fähigkeit zur Teamarbeit, partizipatorische Planung, Konfliktfähigkeit gegenüber konkurrierenden Planungsinteressen).(3, S. 43ff)



Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe (ab 1 ha) von 1949 bis 1980[3].
BRD

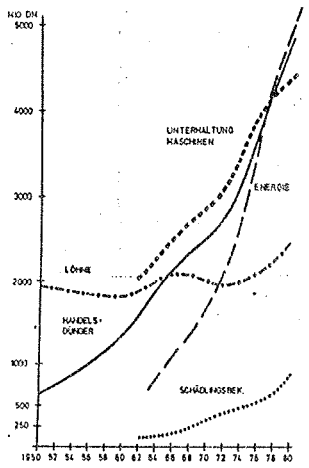
ABB. 1
(13, S.25)

1. MOTIVATION

"Hat ein Mensch in seiner frühen Kindheit nie die Harmonien der Natur erlebt, müssen sie ihm als sinnlos und chaotisch, ja sogar fremd und erschreckend erscheinen.

KONRAD LORENZ

Die wichtigste Vorraussetzung für eine erfolgreiche Dorferneuerungsaktion ist sicher die Motivation der betroffenen Bevölkerung. Kirlinger schreibt dazu: "Die Realisierung der Dorferneuerung hängt erheblich von der Bereitschaft der Bürger ab, seinen Inhalt realisieren zu helfen. Diese Bereitschaft wird erfahrungsgemäß umso größer, je stärker die Möglichkeit zur Mitarbeit bei der P R O B L E M S T E L L U N G ist".(15, S.79)
POSCH nennt diese Anforderung, komplexe Themenstellungen zu bearbeiten, dynamische Fähigkeiten (20). Damit sind Fähigkeiten gemeint, sich selbst Ziele zu setzen und dafür Energie einzusetzen. Zu diesen Fähigkeiten gehören Initiative und Unternehmungsgeist, aber auch Selbständigkeit und Selbstvertrauen. Bereits 1971 hat Alvin Toffler (in: 20, S.3) darauf hingewiesen, daß Fähigkeiten, die in der Industriegesellschaft der Vergangenheit als "normal" angesehen wurden, nämlich die Bereitschaft, monotone, mechanische Arbeit zu verrichten und die unkritische Unterwerfung unter Autoritäten, nun zu Hindernissen werden können. Auch auf der Gemeindeebene gibt es ähnliche Entwicklungen. Die rasche Zunahme von Bürgerinitiativen und ihr wachsender Erfolg sind Beispiele dafür (Mitbestimmung, Dezentralisierung der Entscheidung etc.).
Ein erster Ansatz hiezu ist das Beispiel der "Dorfwerkstatt" in Niederösterreich..



Aufwendungen der Landwirtschaft von 1950 bis 1980 in Millionen DM'.

(13,S.27)

ABB. 2

2. BEOBACHTUNG

Die vordringlichsten Probleme des ländlichen Raumes sind heute Bevölkerungsabnahme, Arbeitsplatzdefizit, kommunalpolitische Belastungen, Zersiedelung, keine ausgewogene Einkommensentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft, fehlende Infrastruktur, der Strukturwandel in der Landwirtschaft, Umweltprobleme (Waldsterben, Luftverschmutzung, Gewässerverschmutzung, Landschaftszerstörung,u.v.a.) Aber auch im Fremdenverkehr sind Entwicklungskrisen zu erkennen (DORNER et al., 9)

+ Niedrige Auslastung und niedrige Arbeitsproduktivität in den Einsaisongebieten.
+ "Vergreisung" des Sommerfremdenverkehrs
+ Schnell wachsender Wintertourismus mit überproportionalem Anwachsen der Umweltprobleme (Verkehr, Lärm, Emmissionen, Landschaftsverbrauch und hohen Bodenpreise)

Auf die Frage, ob ihnen URSACHEN bekannt sind, die der gegenwärtigen Umweltzerstörung zugrunde liegen, wurden von Lehrern und Studenten im landwirtschaftlichen Bildungswesen folgende Inhalte nach Kategorien genonnt (18):

1. Mangelndes Bewußtsein, Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit
2. Wirtschaftsinteressen Gewinndenken
3. Steigende Insustrialisierung
4. Materieller Konsum, Egoismus
5. Politische Unfähigkeit
6. Mangelndes Wissen
7. Fortschrittsgläubigkeit
8. Bürokratismus

Diese Kategorien zeigen sehr deutliche, daß wir auf Grund einer mangelhaften Zielbeschreibung wohl viele Probleme erkennen und vielleicht auch korrigieren können (Reparaturdienstverhalten), aber oft die eigentlichen Ursachen unbeachtet lassen.
In diesem Zusammenhang ist es aber sehr aufschlußreich, daß gerade die oben genannten Ursachen in Überlegungen von Erich FROMM genannt werden; Fromm versucht Wesensmerkmale zu beschreiben, die es beim Aufbau einer neuen Gesellschaft zu überwinden gilt (10, S. 166):

+ Wie kann die industrielle Produktionsweise beibehalten werden, ohne in totaler Zentralisierung zu enden
+ Die gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung müßte mit einem hohen Ma an Dezentralisierung verbunden werden
+ Das Ziel unbegrenzter wirtschaftlichen Wachstums müßte aufgegeb werden
+ Es gälte entsprechende Arbeitsbedingungen zu schaffen

sodaß nicht mehr der materielle Gewinn sondern psychische Befriedigung als Motivation wirksam werden können
+ Wissenschaftlicher Fortschritt darf nicht zur Gefahr für die Menschheit werden
+ Existenzgrundlage des Einzelnen sichern, ohne ihn von der Bürokratie abhängig zu machen

3. ZUSAMMENHÄNGE ERKENNEN

Im Sinne eines ganzheitlichen Denkens müssen wir lernen die eigentlichen Ursachen zu erkennen und versuchen Zusammenhänge zu erfassen. Wenn wir das Dorf als "lebendiges System" auffassen, dann können wir dabei die Prinzipien der "SELBSTORGANISATION" anwenden. Die innere Gestaltbarkeit und Flexibilität "lebender Systeme" kann man als dynamisches Prinzip ansehen - als Prinzip der "Selbstorganisation". Die wichtigsten Phänomene der Selbstorganisation nach CAPRA (8) sind:

1. "SELBSTERNEUERUNG" - die Fähigkeit lebender Systeme, ihre Komponenten ständig zu erneuern, wieder in Gang zu bringen und dabei die Integrität ihrer Gesamtstruktur zu bewahren, und
2. "SELBST-TRANSZENDENZ", also die Fähigkeit, durch die Vorgänge des Lernens, der Entwicklung und der Evolution, kreativ über die eigenen physischen und geistigen Grenzen hinauszugreifen.

Wir glauben, daß die Prinzipien der Selbsterneuerung sehr wohl bekannt sind, aber noch zuwenig in unsere Planungs- und Gestaltungsüberlegungen einfließen.
Die Natur ist keine starre Maschine. Natur bedeutet fließen, wachsen, reifen, altern, sterben und geboren werden.
Wenn man nun von der Natur lernen möchte, so kann man feststellen, daß viele Vorgänge nach ähnlichen Mustern ablaufen und daß es wichtige Grundprinzipien gibt, die zum Leben und Überleben nötig sind. Frederic VESTER (25) nennt diese die biokybernetischen Prinzipien. Prinzip der Vielfalt, Jiu Jitsu Prinzip, Mehrfachnutzung, Prinzip der Symbiose, des "Recycling", Regelkreisprinzip und Vernetzung, um nur die wesentlichsten zu nennen.
Um nun diese Zusammenhänge der belebten und unbelebten Natur zu erkennen und zu interpretieren, bedarf es eines NEUEN LERNENS. Im Sinne der Selbsttranszendenz muß der Mensch versuchen, sein Überleben zu sichern.
Wir können sehen, daß "innovatives Lernen" Individuum und Gesellschaft auf gemeinsames Handeln in neuen Situationen vorbereiten kann.

Zwei Merkamle prägen dieses Lernen: Antizipation und Partizipation. ANTIZIPATION impliziert eine Orientierung, die auf das mögliche Eintreffen von Ereignissen vorbereitet und langfristig Alternativen für die Zukunft in Betracht zieht.
PARTIZIPATION muß die Forderung nach Rechten mit der Übernahme von Verpflichtungen verknüpfen. (19, S. 34ff)
Ei nen Versuch antizipatives und partizipatives Lernen zu verbinden hat Frederic VESTER in seinem PAPIERCOMPUTER dargestellt.

4. PLANEN UND MASZNAHMEN ENTWICKELN

Wir wollen nun versuchen ökologische Planungskriterien anzuführen, die auch umweltpolitischen Prinzipien entsprechen.
Zu den umweltpolitischen Prinzipien zählen:

+ Kooperationsprinzip im Sinne einer Umweltethik
+ Vorsorgeprinzip. Künftige Schäden sollten von vornherein vermieden werden.
+ Verursacherprinzip. Schäden bei der Produktion und/oder Konsumtion dürfen nicht auf die Allgemeinheit umgewälzt werden.
+ Gemeinlastprinzip. Die Allgemeinheit kommt für die Sanierung von Umweltschäden auf (kommunale Massnahmen)

Zu den ökologischen Planungskriterien zählen:
Gestaltung und Bauanpassung, Nutzung des Naturpotentials, Ökologi = sche Kreisläufe, Vernetzung, Eigenständigkeit und Dezentralisation.

4.1 GESTALTUNG UND BAUANPASSUNG

Wir müssen versuchen unsere Siedlungsstrukturen an die Gegebenheiten des Standortes anzupassen. Das heißt wir müssen dabei die jeweilige bauliche Struktur mit der Natur in Harmonisierung bringen. Dabei müssen die Faktoren der Topographie, des Bodens, von Wasser, Luft Vegetation, Tierwelt und Klima in Einklang gebracht werden.
Im Laufe der Entwicklung haben sich zum Beispiel Tiere an ihre Um= weltbedingungen angepasst. Unsere Häuser wurden früher vielmehr nach den klimatischen und topographischen Gegebenheiten gebaut. Wir haben aber heute vieles verlernt. Die Gestaltung der Häuser und der Land= schaft im Sinne von "vernacular values", einer Anpassung an die natürlichen / einheimischen Faktoren des Standortes, schafft einen bestmöglichen Kompromiß zwischen Nutzung und Naturbelassenheit.

Zwei Prinzipien kann man hier erkennen:

+ Die Funktion darf nicht auf Wachstum angewiesen sein.
  Denn Lebensqualität und Attraktivität einer Gemeinde werden nicht durch die Menge ihrer Häuser, sondern durch deren Funktion, Gestaltung und Anordnung im Gesamtsystem bestimmt (25,S.69)
+ Gleichgewicht durch Vielfalt.
  Vielfalt und vielschichtige Vernetzung bewirken nicht nur in natürlichen Ökosystemen, sondern auch in künstlichen im Haus= und Siedlungsbereich eine hohe Effizienz und Stabilität. Vielfältigkeit in der Gestaltung,Versorgung und Entsorgung, der sozialen Struktur, Artenreichtum einer Lebensgemeinschaft etc. schafft Stabilität. (16,S.23)

4.2 NUTZUNG DES NATURPOTENTIALS AN ENERGIE UND MATERIE

Architektur nach ökologischen Prinzipien gibt die Chance der lang= fristigen Versorgung mit Energie, Materialien und Nahrung. Wenn das Haus sich nahtlos in das örtliche Ökosystem einfügen soll, darf es nicht mehr Energie benötigen als die örtlichen Natursysteme bieten können. (16,S.20)
Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie wir auf kybernetische, das heißt steuernde Weise vorhandene Kräfte nutzen und die eigenen sinn= voll einsetzen können, bietet die Kombination einer kybernetischen Bauweise mit neuen Recycling- und Biotechnologien. Die erstere nutzt die Naturkräfte von Wind und Sonne, die letzteren nutzen die Leist= ung lebender Organismen und das Prinzip der SYMBIOSE. (25,S.127)

> Dies geschieht durch das enge Zusammenleben artfremder Organismen (Hecken, Vögel, Insekten, Kleintiere etc.) zum gegenseitigen Nutzen.

Die Energiegewinnung erfolgt über passive Massnahmen (Glashaus = effekt, Gebäudeform, -ausrichtung. (16,S.20)

Das Prinzip der MEHRFACHNUTZUNG hilft uns bei allem was wir tun und produzieren, mehrere "Fliegen" mit einer Klappe zu schlagen.

+ Raumfunktion, Bauteile, Baustoffe etc. können mehrfach genutzt werden
+ eine ökologische Landwirtschaft lässt den Raum vielfach nutzen
+ der Baum als Schattenspender, Obstlieferant, und gleichzeitig Gerüst für Ranken von Weinreben
+ der Bau von Windschutzanlagen erlaubt eine Durchmischung der agrarischen Ökosysteme mit naturnahen oder halbnatür= lichen Ökosystemen (Biotopverbundsystem). (21)

Schließlich ermöglicht das "JIU JITSU PRINZIP" eine optimale Energienutzung. Anstatt behindernde Kräfte zu zerstören, sollte man sie nutzen oder lediglich durch Anwendung geringfügiger Steuer= energie umlenken. (Energiekaskaden, naturnaher Wasserbau, Poren= lüftungssystem etc.)

> Am Beispiel der Ökologie von Fließgewässern haben wir gesehen daß durch ingenieurbiologische Sicherungsmaßnahmen durchaus ökonomische und gestalterisch gute Lösungen gefunden werden können. Die natürliche Verbauung des Ufer- und Vorlaufbereiches von Flüssen durch Weiden kann Einsparungen von 25 bis zu 95% der veranschlagten Kosten gegenüber Hartbaumethoden bringen. Weiden und Gräser begünstigen unter gewissen Bedingungen die Abflußgeschwindigkeit, es tritt eine Art Umkehreffekt ein. Nach dem "Jiu Jitsu Prinzip" wird der Energiefluß minimal ge= halten und gleichzeitig wird der für das Gesamtsystem harmonischste Ordnungszustand erreicht. (17)

4.3 ÖKOLOGISCHE KREISLÄUFE MIT INTERN AUSGEGLICHENEN BILANZEN

Wie in der Natur die vorhandenen Quellen für Energie und Materie hocheffizient ausgenutzt werden, kann auch für menschliche Lebens= bereiche ein Gefüge entstehen, das das gegebene Potential voll ausschöpft und nutzt, so daß keine andere Systeme belastende Schad= stoffe anfallen. Eine ausgeglichene Energie- und Materialbilanz verhindert gleichzeitig Luft-, Boden- und Gewässerbelastungen (16,S.21) Kreislaufprinzipien sind das sogenannte,

+ "REGELKREISPRINZIP" (Selbstregulation eines Systems)
  - Regelung des Wasserstandes in einem Kanalsystem(25)
  - Wärme Kraft Kopplungen bei Energieversorgungssystemen (1)
  - Wasserrückgewinnung (1) Wurzelraumentsorgung
+ "RECYCLINGPRINZIP"

  Ein altes Prinzip niederentroper Systeme ist die Mehr= fachnutzung und Wiederverwertung von Produkten (recycling) Biogas, Müll, Humus Toilette

4.4 VIELFALT UND VERNETZUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES ZUR STABILISIERUNG DES SYSTEMS

Bauen bedeutet die Einleitung einer Sukzession in einem neuen Biotop. Je ökologischer die Planung ist, umso eher wird der End = zustand (Klimax) erreicht, der die optimale Ausnutzung der Gegeben= heiten und damit die maximale Dichte darstellt. (16,S.26)

Das Prinzip des BIOLOGISCHEN GRUNDDESIGNS müsste folgende Kriterien erfüllen :

+ Produktive, selbstbestimmte Beschäftigung (2) mittels Nutzung der Ressourcen in ökologisch begrenzten Land = schaften (14,23)
+ Nicht funktionale Trennung, sondern Vermischung von Land= und Forstwirtschaft und Siedlungsraum, sowie Bewirtschaft= ung der selben mittels "angepasster Technologien" (5,12)
+ Ebenso Verflechtung aller Daseinsgrundfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Kommunikation und Erholung etc.) in sozial undökonomisch überschaubaren Strukturen.

Somit könnte man durch eine wohlgegliederte Durchmischung und Vernetzung ursprünglich "städtischer" und "ländlicher" Elemente, die erwünschte lebensräumliche Vielfalt erreichen (22)

4.5 EIGENSTÄNDIGKEIT UND DEZENTRALISIERUNG

Das Dorf der Zukunft könnte bezüglich der Arbeitsteilung eine Ver= flechtung zwischen Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich hervor = bringen. Wirtschaft und Versorgung sind dann nicht kapitalintensiv sondern arbeits- und personalintensiv (13,S.210)
Die modernen Wirtschaftswissenschaften sehen vielfach Arbeit als notwendiges Übel an, und betrachten den Verbrauch von Gütern als den einzigen Zweck und das einzige Ziel alles wirtschaftlichen Handelns verbunden mit einem Höchstmaß an Produktionsanstrengungen. Demgegen= über steht eine Lebensweise, die günstigste Verbrauchsmuster anstrebt, bei geringerem Aufwand und einem Höchstmaß an Zufriedenheit.
Angesichts der unmittelbaren Erfahrungen in unserer Industriegesell= schaft und deren langfristigen Auswirkungen (Umweltzerstörung), könntesich die Beschäftigung mit den Thesen E.F. Schumachers selbst für jene empfehlen, die Wirtschaftswachstum für wichtiger als irgend= welche geistig - seelischen oder religiösen Werte halten (24)

5. VERWIRKLICHEN UND HANDELN

"Eine solche Tendenzwende hin zu dezentralen Siedlungen ist selbst verständlich nicht in wenigen Jahren zu erreichen. Sie wäre Auf = gabe einer, wenn nicht sogar mehrerer Generationen.
Durchsetzbar ist sie nur, wenn allmählich ein tiefgreifender Prozeß des Umdenkens die Mehrheit der Bevölkerung ergreift und die

Menschen sowohl in den Industrieländern wie in den noch vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Regionen des Planeten einsehen, daß ein solcher Kurs der Weiterentwicklung des Menschengeschlechts der Allgemeinheit und auch ihren eigensten Interessen bekömmlicher wäre, als die bisherige Richtung" (JUNGK, in:13, S.210).

Wenn wir aber diese Änderungen herbeiführen wollen, wird eine Umstellung unseres Verhaltens und unserer Gewohnheiten unumgänglich sein (Verkehrsgewohnheiten, Energievergeudung, Konsumverhalten Wegwerfkultur, Ernährungsgewohnheiten u.v.a.)

Schließlich wird die Umstellung unserer Volkswirtschaft und Gesellschaft auch einen entsprechenden Wandel unserer Wertvorstellungen erfordern

+ eine Verlagerung der Schwerpunkte von der Selbstbehauptung und dem Konkurrenzdenken zur Zusammenarbeit und sozialen Gerechtigkeit
+ vom Erwerb materieller Güter hin zu innerem Wachstum (4,S.86) vom Habenorientierten "homo oeconomicus" (Normopath) hin zum Seinorientierten (10)

Die neue Gesellschaft und der neue Mensch werden nur Wirklichkeit werden, wenn die alten Motivationen - Profit und Macht - durch neue ersetzt werden: s e i n t e i l e n v e r s t e h e n.

Worte können aber nur einen Bruchteil von dem vermitteln, was in den Visionen eines ökologischen Zusammenlebens sich abzeichnet. Zum Abschluß ein Vers von TAO TE KING, elfter Vers (in:RIBOLITS)

Dreissig Speichenteile teilen sich die Nabe des Rades;
Das Loch in der Mitte macht es brauchbar.
Forme Ton zu einem Gefäß:
Der leere Raum darin macht es brauchbar.
Brich Türen und Fenster in ein Zimmer:
Die Öffnungen machen es brauchbar.
Daher kommt Vorteil aus dem, was ist;
Brauchbarkeit aus dem, was nicht ist.

LITERATURLISTE

1 Althaus, D.: Die Ökologie des Dorfes. Wiesbaden,Berlin; Bauverlag,1984

2 Badelt,Ch.: "Selbstorganisation: Alternative zur Bürokratie". Inst.f.Sozialökonomie der Wirtschaftsuniversität,Wien. 1980

3 Bechmann,A.: "Grundlagen der Planungstheorie und Planungsmethodik". Bern,Stuttgart. Haupt. 1981

4 Binswanger,Ch.,Geissberger,W. Ginsburg,T.: "Wege aus der Wohlstandsfalle". Der NAWU - Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzer = störung. Fischer Alternativ Nr. 4030, Frankfurt a.Main. 1979

5 Boyle,G.Harper,P.:"Radical Technology". Wildwood House,London. 1976

6 Bruckmann,G.:" Liberale Ideale gewinnen wieder Zukunft". Lernen, Arbeit,Freizeit neu zu verteilen. In:"Die Presse" 7/8 Juni 1986,Wien

7 Bundes Ingenieurkammer Wien (Hrsg.): Beiträge zum Umweltschutztag 1985 Technik und Umweltschutz. Wien 13.- 15. November 1985. Wien

8 Capra,F.: "Wendezeit".Scherz. 1982

9 Dorner,R.Glatz,H.Schremmer,Ch.: "Regionale Entwicklung durch Ausbau des Fremdenverkehrs? Die Fremdenverkehrsentwicklung im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Ertragskraft und ökologischer Schonung". Bd.Min. für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,Abtlg.V/6 - Raumplanung und Regional= politik. Wien,1986

10 Fromm,E.:"Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesell= schaft". Dtv,Stuttgart. 1976

11 Gaisrucker,H.Schickhofer,G.: Dorferneuerung und besseres Bauen am Lande. Landtechnische Schriftenreihe Nr.104. Österr. Kuratorium für Landtechnik, Wien, 1983

12 Girardet,H.:"Land for the people". Crescent, London. 1976

13 Hauptmeyer C.-H., Henckel,H. Ilien,A.,Reinecke,K.,Wöbse,H.H.: Annäherungen an das Dorf". Geschichte,Veränderung und Zukunft. Fackelträger Verlag. Hannover,1983

14 Herzog,H.: Regionale Entwicklung und dezentrale Einflußnahme am Beispiel der Ost- Grenzgebiete in NÖ." Diplomarbeit am Inst.f. Finanzwissenschaft u. Infrastrukturpolitik, TU Wien. 1979

15 Kirlinger,Ch.: "Dorferneuerung. Ein Überblick". Landtechnische Schriften = reihe. Nr. 132. Österr. Kuratorium für Landtechnik, Wien. 1986

16 Krusche,M.P.,Althaus,D. Gabriel: "Ökologisches Bauen". Bauverlag, Wiesbaden und Berlin. 1982

17 Kvarda,W.: "Modell Wolfpassing / Von Newton zur Geometrie der Liebe" "morgen" Kulturzeitschrift aus Niederösterreich. 26/82.Wien,1982

18 Kvarda,W.: "Umwelterziehung im landwirtschaftlichen Bildungsbereich". Fragebogenaktion an den Höheren Bundeslehranstalten für Land- und Forst= wirtschaft und dem Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungs= wesen. Wien, 1986 (Manuskript)

19 Peccei Aurelio (Hrsg.): "Club of Rome - Bericht für die achtziger Jahre - Zukunftschance Lernen". Goldmann Verlag. 1979

20 Posch P.:"Gesellschaftlicher Wandel und neue Anforderungen an die Schule". Grundsatzpapier für die Diskussion im "Centre for Educational Research and Innovation" (CERI). Tagung der Erziehungsminister der OECD Länder Paris, 1984

21 Mayrhofer,P. Schawerda,P.: "Flächenbedarf eines Biotopverbundsystems". Österr. Kuratorium für Landtechnik. Arbeitskreis ländlicher Raum. Mai 1986 . Nr. 6. Wien,1986

22 Moewes,W.: "Von einer Raum-Verhalten-Theorie zum Stadt-Land-Verbund". Landschaft + Stadt, 9(1), S.12-31. Eugen Ulmer, Stuttgart. 1977

23 Morris,D. Hess,K.: "Neighborhood Power". The Institute for Policy studies,Washington.1975

24 Schumacher,E.F.: "Die Rückkehr zum menschlichen Maß". Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg. 1977

25 Vester,F.: "Unsere Welt ein vernetztes System". Klett,Stgt. 1983

Anschrift des Verfassers:
Prof.Arch. Werner Kvarda
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau
A-1130 Wien, Grünbergstraße 24

Wien,im September 1986

A 3

DORFERNEUERUNG

H. P. JESCHKE, Linz/Donau

Grundsätze und überörtliche Strategien zur Gemeindeentwicklung und Dorferneuerung im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes - Hinweise zur Situation in Österreich und Ansätze

(Auswahl)

Dipl.-Ing.Hans Peter JESCHKE
Projektgruppe Raumordnung

Grundsätze und überörtliche Strategien zur Gemeindeentwicklung und Dorferneuerung im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raum - Hinweise zur Situation in Österreich und Ansätze (auswahl)

Längere Zeit war der ländliche Raum in Politik und Gesellschaft trotz vieler verdienstvoller Bemühungen um eine umfassende Sicht im "Schatten" der Städte. Zudem hat ein tiefgreifender Strukturwandel sowohl den ständtischen als auch den ländlichen Raum mit schwerwiegenden Auswirkungen erfaßt, dessen Folgeerscheinungen nunmehr überdeutlich werden. Dieser viel zitierte Wandel der Verhältnisse ist jedoch nicht erst ein Phänomen der vergangenen Jahre, sondern hat sich besonders stark während der letzten Jahrzehnte in mehreren Schüben vollzogen.

1. Hinweise zu Instrumenten der Dorfentwicklung

Mit der Erneuerung der Dörfer ist ein komplexer Prozeß angesprochen, der nicht allein durch Gesetze und Verordnungen in Gang gebracht oder durchgeführt werden kann. Vielmehr ist es ein auf den jeweiligen Dorftyp - das Dorf im Stadt-Umland, das weitgehend zum Wohnstandort geworden ist, das Dorf mit gemischten Funktionen, landwirtschaftlich strukturierte Dörfer, Dörfer mit dem Schwerpunkt Fremdenverkehr - abgestimmtes vernetztes System von Instrumenten notwendig, um die Dorferneuerung "anzukurbeln", zu lenken und zu realisieren. Diese Instrumente können unter anderem

- Motivation der Dorfbewohner, sich für Dorfverbesserungsmaßnahmen und Dorfgestaltung einzusetzen,
- Beratungsgespräche und Planungsempfehlungen ohne rechtliche Verpflichtung,
- planungs- und baurechtliche Festlegungen bzw. Konzepte, Flurbereinigungsmaßnahmen usw. und
- Einsatz öffentlicher Förderungsmittel

sein.

2. Schwerpunkte des Europarates für eine Kampagne für den ländlichen Raum

- Sicherung von würdigen Existenzbehandlungen im ländlichen Raum durch zielgerichtete Raumordnung und Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen.
- Neuorientierung der Land- und Forstwirtschaft.

- Neuorientierung der Wirtschaftspolitik auf eine breitere Auffächerung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen.
- Schutz der Umwelt.
- Schutz der Kulturlandschaft und des Kulturellen sowie architektonischen Erbes.
- Verbesserung der sozialen Probleme im ländlichen Raum (Existenzbedingung der Frau, Probleme mit Jugendlichen und Älteren).

3. Folgerungen für Österreich - Leitziele für eine Politik der umfassenden "Dorfentwicklung"

Ausgehend von verschiedenen Dorftypen, einem vernetzten System von unterschiedlichen Instrumenten muß als weiterer Ausgangspunkt die Integration der Dorferneuerung bei der örtlichen (örtliches Entwicklungsprogramm) und überörtlichen Raumordnung (Regional- und Landesplanung) sowie bei raumplanerischen gesamtstaatlichen Konzeptionen (österreichisches Raumordnungskonzept) angesehen werden. Der damit ersichtliche Wille zum Wirksamwerden von räumlicher Planung als Instrument einer Neuorientierung einer umfassenden Politik für den ländlichen Raum sollte auch seine Berücksichtigung bei allfälligen Leitzielen (Grundsätzen) für die Dorferneuerung haben. In knappster Form skizzenhaft angeführt, können dies unter anderem sein:

a) Ländliche Sozialforschung, Umweltpsychologie, Bewußtseinsbildung im Rahmen der Dorferneuerung:
   Gesellschaftspolitische Neuorientierung im ländlichen Raum, Stärkung der Identifizierung, der Eigeninitiative, der kulturellen Eigenart sowie der spezifischen sozialen Beziehungen in der Dorfgemeinschaft.
b) Naturraum und Umweltschutz im ländlichen Raum:
   Nachhaltige Sicherung der naturräumlichen Voraussetzungen für die land- und forstwirtschaftliche Produktion sowie der Einzelelemente des gesamten Naturhaushaltes (Naturraumpotential); Verbesserung der Agrarstruktur und Förderung der Landschafts- bzw. Grünraumgestaltung bei der Dorferneuerung (Sicherung der Naturraumpotentiale durch die Instrumente der Landschaftsplanung auf örtlicher und überörtlicher Ebene); Konzept zum Schutz des Bodens und des Waldes.
c) Örtliche Raumplanung, Entwicklungsplanung der Gemeinden, Ortsgestaltung im Zusammenhang mit Dorferneuerung:
   Integration der Dorferneuerung in der Gemeindeentwicklungsplanung zusammen mit umfassenden Ortsgestaltungskozepten; Verbesserte Partizipation

der Dorfbewohner und Vermittlung der Planungsergebnisse für die Betroffenen; Hoferneuerung als Schwerpunkt einer differenzierten Politik der Dorferneuerung; übergeordnete finanzielle Förderung für die Erstellung der Entwicklungspläne bzw. -programme und Dorferneuerungskonzepte.

d) Ländliches Architekturgewerbe, Grundlagenforschung, Inventarisation und Schutzmaßnahmen:
Erhaltung und bewahrende Erneuerung der Dorfarchitektur sowie der Hofarchitektur im Sinne einer Sicherung der zeitgemäßen Wohnqualität, wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit der Betriebe und ihrer baulichen Elemente; Weiterführung einer eigenen Baukultur im regionalen Kontext für neuzeitliche Bausubstanz.

e) Überörtliche Raumforschung, Raumplanung und umfassende Regional- bzw. Wirtscahftspolitik für den ländlichen Raum:
Sicherung und Verbesserung der LEbensverhältnisse in den Dörfern durch Maßnahmen der Infrastrukturpolitik (z.B. Zentrale-Orte-Politik), Arbeitsmarktpolitik (Beschäftigungsmöglichkeiten im nichtlandwirtschaftlichen Bereich), Gewerbeförderung; Innovation und Belebung von regionalen örtlichen Wirtschaftskreisläufen; Besserstellung des ländlichen Raumes im Finanzausgleich, Integration der Dorferneuerung in der Regionalplanung und Landesraumordnung; Ausrichtung einer umfassenden Agrarpolitik auf die Sicherung des Einkommens, der landwirtschaftlichen Produktion im nachhaltigen Sinne und Bewältigung des Problems der Überproduktion.

4. Überörtliche Strategien

4.1 Nominelle Strategien

4.1.1 Länder (z.B. NÖ., Tirol)

4.1.2 Bund

4.1.3 Erwachsenenbildung (z.B. NÖ., OÖ., Steiermark)

4.2 Funktionelle Strategie

4.2.1 Landesraumordnung, Regionalplanung (Tirol, NÖ., Steiermark)

4.2.2 a) Naturraum (z.B. NÖ., OÖ., Steiermark, Tirol)

b) Kulturelles Erbe, Grundlagenforschung (z.B. OÖ., Tirol)

c) Kulturelles Erbe, Schutzgesetzgebung (Salzburg, Steiermark, Tirol)

* *
*

A 3

DORFERNEUERUNG

ST. LUEGINGER, Linz/Donau

M a r k t o r t e

Diskussionsbeitrag: Marktorte

Dipl. Ing. Stefan Lueginger, Linz

1. Idee, Struktur und Gestalt des Marktorts

Das Wesen des Marktortes, wie er als neuer Siedlungstyp im 13. und 14. Jahrhundert im süddeutschen Sprachraum gegründert wurde, liegt darin, daß er das Bindeglied zwischen Stadt und Dorf, zwischen den großen Handelsverbindungen und der Landwirtschaft darstellt. Der Marktort versammelt, integriert alle Berufsgruppen und sozialen Schichten in möglichst harmonischer Weise, dies stellt sich auch in seiner äußeren Form, in seiner Gestaltung dar. Die Marktorte waren Zentralorte für genau zugewiesene ländliche Regionen und hatten auch die Aufgabe, die Stadtqualität sozusagen in die Fläche hinauszutragen, bei gleichzeitiger Integration im ländlichen Raum.

Das Bedürfnis nach diesem Bindeglied "Marktort" war umso größer, je größer, dynastisch geschlossener und wirtschaftlich entwickelter ein Gebiet war. In diesen Gebieten ist auch ein erstaunlich dichtes und ziemlich regelmäßiges Netz von Marktorten anzutreffen, mit einer "Maschenweite" von ca. 8 km oder zwei mal 8 km. Damit war der Marktort als zentraler Ort von der ihm zugeteilten Region für damalige Begriffe zu Fuß bequem und problemlos erreichbar.

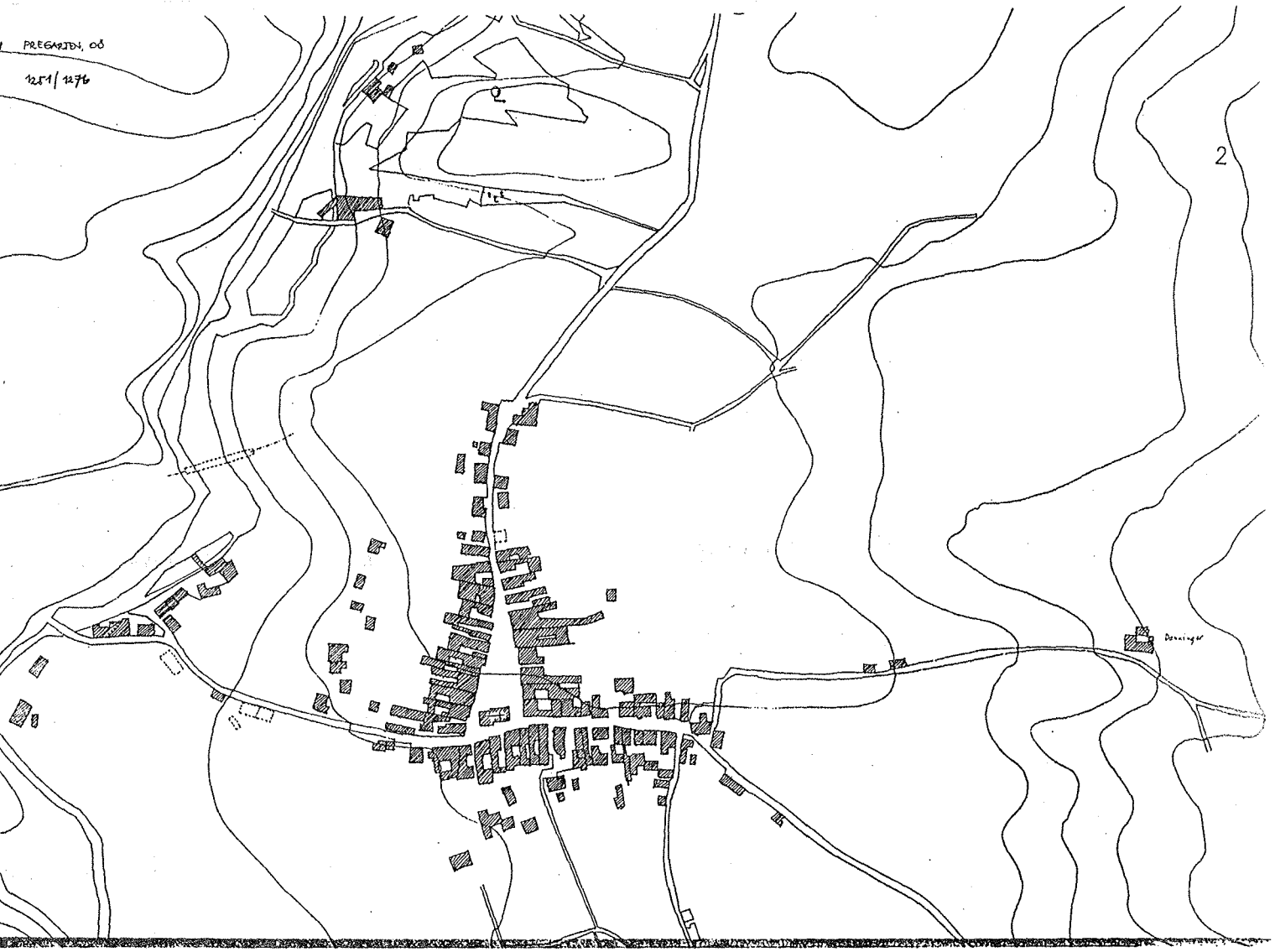
Es sollauch kurz angemerkt werden, daß der Marktort und seine Region wirtschaftlich weitgehend autark gewesen sind.

Das wesentliche Gestaltelement des Marktortes ist der Platz, seine Form findet sich auch im Umriß des Ortes wieder, erst im Rahmen von Erweiterungen erhält der Marktort - wenige - Nebenstraßen. Baublöcke, das wesentliche Gestaltelement der Stadt, datieren, wenn überhaupt vorhanden, aus dem späten 19. und aus dem 20. Jahrhundert, auch bei Marktorten, die zu Städten erhoben wurden, wie zB. Ried im Innkreis, Perg, Kirchdorf, Leibnitz, Deutschlandsberg, Gleisdorf, Weiz usw. Der Marktort ist, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, in die Flur eingebunden, das kann auch heute noch, trotz Zersiedelung, festgestellt werden, an Hand der Übereinstimmung zwischen den Parzellen am Marktplatz und den anschließenden Flurgrundstücken.

Auf der Basis der vier Grundlegenden Ordnungssysteme von Siedlungen dem linearen, dem radialen, dem zentralen und dem flächigen System kann festgehalten werden, daß die Marktorte - und die From ihrer Plätze - in ihrer Mehrheit dem linearen Ordnungssysem zuzuordnen sind, ein

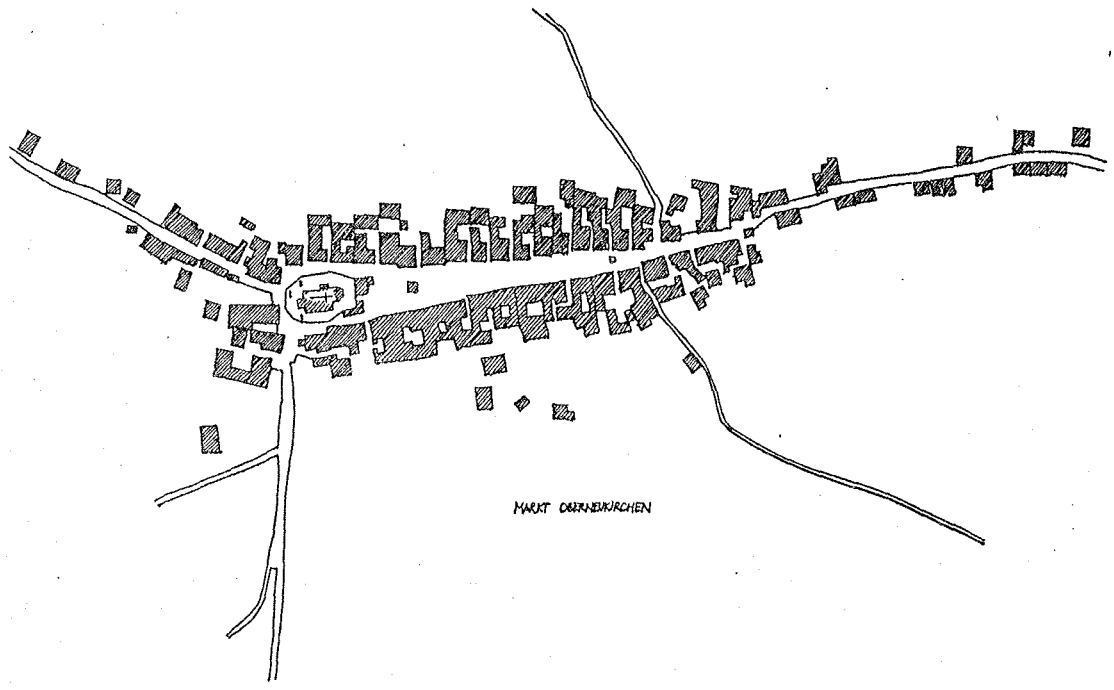
PREGARTEN, OÖ

1251 / 1276



OÖ
4E

1356 G



erheblicher Teil dem zentralen, der Rest verteilt sich auf die übrigen Systeme und Mischtypen, sowie die Grundrißgestalt der unregelmäßigen Sammelsiedlung, hier besonders die erhobenen Märkte ab dem 16. Jahrhundert bis in unsere Zeit.

Die Integration der Berufe und schichten brachte auch die Situierung von landwirtschaftlichen Betrieben am Marktplatz (Nach heutigem Vokabular also Vollerwerbsbetriebe und nicht nur die - häufig mißdeuteten - Ackerbürgerhäuser). Das Mischungsverhältnis der Berufsgruppen untereinander war unter Berücksichtigung der erwähnten Autarkiebedingungen regional sehr unterschiedlich.
(Bsp.: in Neumarkt in der Steiermark wurde 1984 der letzte Vollerwerbsbetrieb ausgesiedelt)

Gestaltgrundsätze:
- die Verwendung von Ordnungssystemen, die Möglichkeit der Orientierung
- die Geschlossenheit der Bebauung
- die Geschlossenheit des Marktplatzes
- das direkte Einfließen der Topographie in die Gestaltung, damit wird die Strenge des Ordnungssystem s auch im Grundriß ein wenig gelockert
- die "Schwellbereiche" zwischen Haus und Platz
- die Integration der Funktionen Arbeit, Wohnen, Erholen in jedem Marktbürgerhaus und im gesamten Ort
- die gestalterische Betonung der Ortseingänge (Verengung)
- Größe und Form des Marktplatzes korrespondieren mit den Maßen der Bürgerhäuser

2. Entwicklung der Marktorte

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts erreichen die Marktorte den Höhepunkt ihrer Entwicklung, der dreißigjähr ge Krieg, Reformation und Gegenreformation verhindern eine weitere Aufwärtsentwicklung, die Struktur stagniert. Seit dieser Zeit haben sich bis etwa 1900 auch die Grundrisse der Häuser nicht mehr wesentlich verändert, wohl aber die Fassaden.
Ihre Funktion als zentrale Orte erfüllen die Marktorte bis in die zweite Hälftedes 19. Jahrhunderts. Erst durch den Zerfall der kleinteiligen, homogenen Wirtschaftsstruktur im Gefolge der industriellen Revolution, durch die neuen Verkehrsmittel usw. verlieren sie ihre zentralörtliche Bedeutung, [illegible]

Nur jene Marktorte, die Bezirkshauptorte wurden, sowie die, welche an wichtigen Verkehrslinien oder Verkehrsknoten lagen, konnten von der Industrialisierungswelle profitieren.
Heute sind diese Orte fast alle zu Städten erhoben, die Marktorte in den Ballungsgebieten sind entweder gehobenere Wohnstandorte für Pendler oder aber indie verschiedenen Industrie-, Gewerbe- und/oder Wohnzonen des Ballungsraumes eingewachsen, in entlegeneren Gebieten entwickelten sich einige zu Fremdenverkehrsgemeinden, einige zu Schul- bzw. Ausbildungsstandorten für den ländlichen Raum.
Verstärkt wurde der Verfall der zentralörtlichen Funktion der gegründeten Marktorte durch die Tatssache, daß etliche Dörfer, meist aufgrund stark gestiegener Bevölkerungszahl oder des Vorhandenseins eines größeren Gewerbegebietes , zu Märkten erhoben wurden.
Vorgesehene zentralörtliche Bindungen und Funktionen sowie regionale Zuordnungen werden durch die vorhandene höhe individuelle Mobilität selten konsequent realisiert. Deshalb sind auch gehobene Bedarfsdeckungsdienste nur schwer an den Ort zu binden.

3. Zukünftige Bedeutung des Typs Marktort

Von seiner Idee her ist ein gut strukturierter und gestalteter Marktort als Aus weg aus der Bipolarität zwischen Stadt und Dorf gut geeignet, denn er kann die Vorstellungen und Wünsche aus dem Bereich Wohnen und Umweltqualität mit den hohen Anforderungen an Infrastruktur Dienstleistung und Arbeitsplatzangebot weitgehend kombinieren. Außerdem ist ein Marktort kostengünstig und überschaubar zu administrieren, noch klein genug für Bürgernähe, aber doch schon so groß, daß unerwünschte Nähe vermieden werden kann. Das ergibt übrigens eine Größe von Marktort und zugeordneter Kleinregion von ca. 5ooo bis 6ooo Einwohnern, eine Zahl, die gleichzeitig der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der meisten Betriebe bzw. Dienste für zentrale Orte der Rangstufe 6 (nach Bobek) und innerhalb des Marktortes den Kriterien der fußläufigen Erreichbarkeit (nach Breitling) genügt.

Ein entsprechend strukturierter und gestalteter Marktort bindet die Bewohner auch stärker, ermöglicht bessere Identifikation mit dem eigenen Wohnort und verringert damit Notwendigkeit und Bedürfnis zum Pendeln oder Abwandern.

Daraus darf geschlossen werden, daß ein Netz dieser Marktorte mit genau zugewiesenen Kleinregionen die Ballungszentren, die Agglomerationen entlasten kann, die Attraktivität des ländlichen Raumes steigert, die Probleme und Kosten aus dem Verkehr (Individual- und öffentlicher Verkehr) wesentlich vermindert werden.
Mit einer Verbesserung und Förderung der Marktorte wird also nicht nur der Zuzug in die Städte reduziert, sondern auch den Städten die lösung ihrer eigenen Probleme erleichtert.

4. Vom Dorf zum Marktort

Etliche Dörfer wurden im Lauf der Zeit zu Märkten erhoben. Fast allen ist nicht nur die strukturelle undraumordnerische Problematik der Marktorte im Allgemeinen zu eigen, sondern sie besitzen kein wirkliches, auch gestalterisch definiertes Zentrum.
Im Rahmen einiger - allerdings erst weniger und darum auch noch kritisch zu betrachtender - Sanierungs- und Strukturverbesserungsmaßnahmen von ländlichem Zentralorten in der Steiermark wurde festgestellt, daß auch großzügige finanzielle Förderung solange ziemlich wirkungslos bleibt, solange nicht auch die Gestalt des betreffenden Ortes entsprechende Qualität aufweist.
An Hand eines Beispieles sollen die wesentlichen Planungs- und Entscheidungsschritte dargestellt werden.
Zunächst die theoretisch vorgesehene Vorgangsweise:

- Festlegung der Kleinregion und ihres zentralen Ortes, unter Berücksichtigung der verschiedenen Kriterien
- Festlegen des Dienstekataloges des zentralen Ortes
- Planung und Realisierung eines optimalen Verkehrsnetzes aus der Kleinregion in den zentralen Ort
- Planungsmaßnahmen für den zentralen Ort:
  - Erhebung und Analyse des Bestandes, Topographie, Baumassen, Fluren, Wegenetz, Fassaden, Bodenqualitäten, bestehende Strukturen usw.
  - Ableiten von Gestaltgrundsätzen, Vergleich mit den allgemeinen Gestaltgrundsätzen von Marktorten, Erstellen einer Mängelliste
  - Erstellen eines Bebauungsplanes, Maßstab 1:500 oder Maßstab 1:1000 kritische Detailpunkte 1:200 samt Grundriß und Fassaden
- Diskussionsphase mit der Bevölkerung, Behörden usw.
- Interessentenliste für geplante Dienste, Betriebe usw. erstellen

- endgültige Planung, mit verbindlichen Richtlinien über Realisierungsspielräume
- örtliches Entwicklungskonzept und Bebauungsplan
- Finanzierungsplan
- Realisierungsphase

Es wird aufgefallen sein, daß diese Schritte nicht in der bisher üblichen Reihenfolge und teilweise in anderer Form abgewickelt werden

Zum konkreten Beispiel:
Im Zuge der Gebietsreform und der Erstellung der Konzepte der überörtlichen Raumordnung wurde im Bezirk Weiz, Steiermark, ein durchschnittliches Dorf zur Marktgemeinde erhoben und als kleinregionaler Zentralort bestimmt, weil es ungefähr in der Mitte der Kleinregion liegt. Der Dinstekatalog wurde festgelegt.
Die Planungsmaßnahmen wurden nach der vorher festgelegten Vorgangsweise durchgeführt, das Ergebnis wurde von Bevölkerung, Behörden und Politikern angenommen , und positiv kommentiert.
Versäumt wurde seitens der Behörden eine entsprechende Verkehrsplanung.
Unterschätzt wurde auch, daß die an den zu erstellenden Diensten Interessierten das wirtschaftliche Risiko, trotz optimaler Förderung als zu hoch einschätzten, weil der Nachholbedarf an Diensten und Infrastruktur relativ hoch war.
Durch einen neuen Autobahnanschluß im Ortsgebiet verringerte sich die Fahrzeit nach Graz auf etwa 20 Minuten.
Die Marktgemeinde wurde zum Wohnstandort erklärt, bleibt eine Pendlergemeinde. Die jüngere Bevölkerung wandert weiterhin ab.
Daraus können für zukünftige Planungen folgende Schlüsse gezogen werden:
Die Diskrepanz zwischen der pendelnden Bevölkerung, aufgrund mangelnder Ausstattung und geringer Attraktivität des Arbeitsmarktes, und des wirtschfatlichen Risikos für Betriebsgründer, wegen der hohen Pendlerzahl kann offensichtlich nur durch den ständig aufrecht erhaltenen Kontakt zwischen beiden Gruppen während der gesamten Planungsphase ausgeglichen werden. Mögliche kleine Schritte müßten wahrscheinlich auch im Verlauf der Planungsphase bereits gestzt werden, um alle Beteiligten "bei der Stange zu halten".

Die Attraktivität der individuellen Mobilität ist noch immer höher als alle sonst als positiv und zukunftsorientiert erkannten und anerkannten Werte wie Umweltqualität, Überschaubarkeit, Bürgernähe, wirtschaftlich gesicherte Arbeitsplätze usw.

Eine fündierte und wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Bestandserhebung und Analyse, deren Ergebnisse nachweislich in die Planung einfließen, begründen eine positive Autorität des Planers und ermöglichen konstruktive Beiträge seitens der Bevölkerung.

Qualitätsvolle Planung, auch wenn sie aus den erwähnten Gründen nicht zum gewünschten Erfolg führte, wird von der betroffenen Bevölkerung nicht nur ernst genommen, sondern erzielt auch erstaunlich hohe Identifikationswerte mit dem eigenen Ort.

A 3

DORFERNEUERUNG

W. BÄTZING, Berlin

Gasteinertal - zwischen Ökologie und Tourismus

Die Probleme der Wohnumwelt eines ländlichen Fremdenverkehrszentrums

Werner BÄTZING, Berlin

Gasteinertal - zwischen Ökologie und Tourismus

Die Probleme der Wohnumwelt eines ländlichen Fremdenverkehrszentrums

Das Gasteiner Tal ist mit 2,6 Mio. Übernachtungen im Jahre 1984 eines der amt stärksten für den Fremdenverkehr erschlossenen Alpentäler. Dabei ballen sich 93 % der Übernachtungen in den beiden Gemeinden Bad Hofgastein und Badgastein, deren Ortskerne nur 6 km voneinander entfernt liegen. Dies stellt eine im gesamten Alpenraum außergeöhnlich hohe Fremdenverkehrsintensität dar.

Daß eine solche Situation im Bereich der Siedlungs- und Landschaftsgestaltung mit zahlreichen ökonomischen, ökologischen und ästhetischen Problemen verbunden ist, liegt auf der Hand. Die Analyse dieser Probleme sowie die Haltung der Gemeinde Bad hofgastein zur Lösung dieser Probleme dürfte auch für unsere Gemeinden aufschlußreich sein.

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer umfassenden Untersuchung der Gemeinde Bad Hofgastein unter ökonomischen, ökologischen und Landschaftsästhetischen Gesichtspunkten (1), unter dem Aspekte der "Wohnumwelt" beschränke ich mich hier allerdings auf den Bereich des Dauersiedlungsraumes und seiner Gestaltung.

I.

Der Dauersiedlungsraum besteht im Gasteiner Tal aus dem relativ breiten und ebenen Talboden in 800 m Höhe und den beiden unteren Berghängen auf beiden Seiten der Gasteiner Ache bis in etwa 1.250 m Höhe. In diesem Raum gab es im Laufe der Geschichte signifikante Veränderungen:

1. In der Zeit vor der menschlichen Besiedlung waren die Berghänge dicht bewaldet, der Talboden war mit Auwald bestanden, überschwemmungsgefährdet und teilweise versumpft.
2. Mit der bajuwarischen Landnahme ab 600 n.Chr. wurden die Berghänge teilweise gerodet und es entstanden dorf Siedlungen, entweder auf Hangverflachungen (Terrassen, Leisten) oder auf den Schwemmkegeln der Seitenbäche. Der Talboden wurde dabei nicht angetastet.
3. Aus den ursprünglichen Streusiedlungen (Einzelhöfen) entstanden im Laufe des Mittelalters im Zuge der Binnenkolonisation teilweise Gehöftgruppen und kleinere Weiler; Kristallisationskerne für größere Siedlungen gab es aber im gesamten Tal nur drei, nämlich Hofgastein als Zentrum des Tals und als Sied der Bergwerksgesellschaften ("Gewerken"), Badgastein als Badeort und - in sehr viel geringerem Maße allerdings - Dorfgastein als lokales Zentrum des vorderen Talteils. Der Talboden wurde dabei immer noch nicht angetastet, er diente lediglich als extensive Weide (Pferde) bei Niedrigwasser.

4. 1820 - 1850 wurde der Talboden melioriert, die Ache wurde begradigt und tiefer gelegt, der Auwald gerodet und Feuchtgebiete trockengelegt. Dadurch entstand ertragreiches Wiesland, wobei die Parzellen durch Hecken, Baumreihen und Zäune abgetrennt wurden. Auf vielen Parzellen wurde ein kleiner dezentraler Heustadel errichtet.

5. Mit Beginn des Tourismuszeitalters (Bad Hofgastein: Eröffnung der Tauernbahn 1906) wuchs die Zahl der Gebäude deutlich, aber sie beschränkten sich noch auf die traditionellen Siedlungsstandorte.

6. Erst ab etwa 1955 verlassen die Neubauten die Schwemmkegel und besiedeln direkt den Talboden. Da die Siedlungserweiterungen dabei den Leitlinien der Straßen folgen, entsteht langsam ein Siedlungsband, das die Tendenz besitzt,alle Siedlungen im Talboden miteinander zu verbinden und tendenziell den gesamten ebenen Talboden flächenbedeckend zu überbauen. Im Bereich zwischen Bad Hofgastein und Badgastein ist diese Entwicklung am weitesten fortgeschritten.

Auf diese Weise hat also eine Umwertung stattgefunden: das früher wertloseste Land der gesamten Gemeindefläche im Talboden ist heute das gesuchteste und wertvollste Land geworden, weil es zentral gelegen und billiger zu erschließen und zu bebauen ist als die Hangbereiche. Die Siedlungserweiterungen spielen sich daher heute zu etwa 95 % in diesem Bereich ab, die Berghänge verzeichnen dagegen eine vergleichsweise geringe bauliche Entwicklung.

II.

Diese Siedlungsentwicklung im Talboden macht erhebliche Probleme:

1. Die vor allem in den 60er und 70er Jahren entstandenen Bauten haben weder Bezug zur umgebenden Landschaft, noch zur traditionellen Gasteiner Architektur und stellen im Landschaftsbild störende Fremdkörper dar.

2. Der starke Flächenanspruch durch diese Bauten, der durch zahlreiche touristische Infrastrukturanlagen (sehr große Parkplätze, Tennisplätze, Sporthallen usw., aber auch der in Form eines großstädtischen PArks angelegte Kurpark) noch unterstrichen wird, führt dazu, daß dieser Raum einen anonymen Charakter erhält, der sich dem Charakter von Randgebieten großstädtischer Agglomerationen immer mehr annähert.

3. Dabei ist zu bemerken, daß dieser anonyme Charakter in erster Linie durch zahllose, an sich allein jeweils unspektakuläre Einzelhäuser geprägt wird. Es gibt nur ganz wenige überdimensionierte Bauwerke, die allerdings auch besonders negativ auffallen, und diese wurden von auswärtigen Kapitalgesellschaften erstellt.

4. Durch die Raumansprüche der Tourismus- und Freizeitgesellschaft wird die Landwirtschaft immer stärker aus dem Talboden verdrängt. Das ist für die noch verbliebenen Landwirte ein zentrales Problem, denn die hier liegenden Flächen sind wegen ihrer schnellen Erreichbarkeit und der Möglichkeit der Maschinenbearbeitung heute für einen landwirtschaftlichen Betrieb unverzichtbar.

Diese Veränderung des Talbodens stellt für einen Fremdenverkehrsort ein sehr schwerwiegendes Problem dar, da jeder Gast diesem Raum im Rahmen seines Aufenthalts am längsten und intensivsten wahrnimmt.

Untersucht man den Talboden innerhalb der Gemeinde Bad Hofgastein unter diesem Gesichtspunkt eingehender, dann fällt auf, daß alle nicht überbauten Flächen heute noch landwirtschaftlich genutzt werden. Landwirtschaftliche Nutzung bedeutet dabei zugleich kleinräumige Gliederung dieses eigentlich großflächigen und monotonen Geländes durch Zäune, Hecken und die zahllosen Heustadel. Dadurch wird die optische Entfernung von einer Siedlung zur anderen für das Auge verlängert - und dadurch erscheinen die Bausünden im Gasteiner Tal weniger deutlich, als man dies von der Analyse der Luftbilder her eigentlich erwarten würde.

Daß die Bauern mit ihrer sog. "Rückständigkeit" (rein betriebswirtschaftlich gesehen wäre ihre Arbeit längst völlig unsinnig) für das Landschaftsbild von heute also zentral wichtig sind - das war vor Ort völlig unbewußt, weil es zu selbstverständlich war. Zugleich läßt dieses Ergebnis erahnen, welche Konsequenzen es hätte, wenn die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung des Talbodens noch weiter zurückgedrängt würde.

III.

Fragen wir jetzt nach den Ursachen dieser Siedlungsausweitungen im Einzelnen, um Ansatzpunkte für eine Gegensteuerung zu gewinnen:

Ganz allgemein gründet dieser Bauboom auf den Tourismusboom. Aber es ist wichtig, dabei genauer zu unterscheiden: Mit ganz weniger Ausnahmen finden sich im Talboden keine Hotels, Gasthäuser u.ä., sondern diese liegen an den traditionellen Siedlungsplätzen (Schwemmkegeln). Das gründet sich hier auf die Bedeutung des Kurtourismus, der einen zentralen Hotelstandort erfordert. Die Ortszentren von Bad Hofgastein und Badgastein sind inzwischen vollständig auf ihre Fremdenverkehrsfunktion hin ausgerichtet und haben alle anderen Nutzungen (Wohnen, nicht-touristisches Gewerbe) daraus verdrängt.

Auch die andernorts so flächenintensiven Zweitwohnungen spielen hier keine bedeutende Rolle: Südlich von Bad Hofgastein wurde zu Beginn der 70er Jahre ein großer Zweitwohnungsappartement-Komplex errichtet, der als Einzelobjekt viel Platz beansprucht, aber er ist der einzige dieser Art, und weitere Zweitwohnungsobjekte sind nicht bedeutend.

Auch dies hängt mit der traditionellen Ausrichtung auf den Kurtourismus und den ihm korrespondierenden Beherbergungsformen Hsotel und Pension zusammen.

Hauptursache für die Siedlungsausweitungen ist dAHer die steigende Bevölkerungszahl, denn die Einwohner haben sich in den letzten 80 Jahren fast verdreifacht:

Bad Hofgastein	1900	=	2.065 Einwohner	= 100 %
	1923	=	2.433 Einwohner	= 118 %
	1951	=	4.000 Einwohner	= 194 %
	1971	=	5.525 Einwohner	= 268 %
	1981	=	5.960 Einwohner	= 289 %

Hinzu kommen die notwendigen vergrößerten kommunalen Infrastruktureinrichtungen sowie die touristischen Infrastrúktureinrichtungen, und all dies bringt zusammen mit dem steigenden Wohnflächenbedarf pro Kopf diesen großen Siedlungsdruck und Flächenverbrauch hervor.

Dieses Bevölkerungswachstum geht direkt auf das Wachstum des Fremdenverkehrs zurück, wobei sich Bevölkerungsanstieg und Anstieg der Übernachtungszahlen gut parallelisieren lassen.

IV. Gegenmaßnahmen

Die mit den aufgezeigten Verhältnissen verbundenen Probleme sind inzwischen so groß geworden, daß die Gemeinde sich zum Handeln gesehen hat. Gefördert wurde dies durch die Stagnation der Übernachtungszahlen seit 1981 sowie durch die Tradition eines Kurortes, der sich in den 30er Jahren noch vehement gegen technische Großprojekte (Straße über Tauernkann, Skilifte) gewehrt hatte. Der Flächenwidmungsplan Bad Hofgasteins wurde kürzlich folgendermaßen geändert:

1. Reduzierung der noch zur Bebauung vorgesehenen Fläche im Talboden von 90 ha auf 40 ha durch Rückwidmungen in landwirtschaftliche Nutzfläche.
2. Ersatzlose Streichung eines zweiten vorgesehenen Zweitwohnungsprojektes, u. zw. auf Grund der schlechten Erfahrungen, die man damit gemacht hat (wenig Ertrag für die Gemeinde und die Gasteiner Betriebe).

Bei der Reduzierung des Baulandes bemühte man sich zentral darum, die Siedlungsexpansion entlang den Straßen absolut zu unterbinden, damit die Weiler, die heute noch nicht miteinander zusammengewachsen sind, als isolierte Siedlungsgruppen erhalten bleiben. Inzwischen werden auch Ausnahmegenehmigungen an solch neuralgischen Stellen immer öfter negativ beschieden - eine Position, die Politikern bei Wahlen leicht Stimmen kosten kann. Der zweite Schwerpunkt liegt darin, das gesichtslose Ausfransen Bad Hofgasteins in die Umgebung einzudämmen, indem man versucht, den Ortsbereich, der noch zahlreiche Baulücken aufweist, zu verdichten ("flächensparender Flachbau"), um ihn auf diese Weise gegen seine Umgebung abzusetzen. Ebenso wird eine behutsame Verdichtung im Weilerbereich als Alternative zur baulichen Expansion ins freie Land bevorzugt.

Mitangeregt durch meine Studie "Bad Hofgastein - Gemeindeentwicklung zwischen Ökologie und Tourismus" ging die Gemeinde dann allerdings noch einen Schritt weiter, indem sie öffentlich folgendes erklärte:

1. Keine weitere Ausweitung der tourisitschen Infrastruktur: Während fast alle großen Fremdenverkehrsgemeinden die Lösung ihrer zentralen Probleme in der Ausweitung der touristischen Infrastruktur und dem Ausbau von sog. "landschaftsunabhängigen" Tourismusformen (Kongresse, Tagungen, Seminare, Festivals, Sportveranstaltungen u.ä.) sehen, sahen die Verantwortlichen in Bad Hofgastein, daß durch eine solche Entwicklung die aufgezeigten Probleme nur noch größer und noch schwerer lösbar würden. Jede neue Seilbahn - abgelehnt wurde jetzt das Projekt einer Skischaukel mit dem Rairiser Tal - schädigt zwar auch das Berggebiet, aber die gravierendsten Änderungen treten im Dauersiedlungsbereich auf, wo solche Kapazitätserweiterungen sofort einen Betten-, Hotel-, Restaurant-, Straßen- usw. Ausbau nach sich ziehen, was zahlreiche neue Flächen in Beschlag nimmt und die Bauern noch weiter aus diesem Bereich verdrängt.

2. Bessere Unterstützung der örtlichen Landwirtschaft: Daß die Bauern mit ihrer Arbeit in entscheidender Weise das Landschaftsbild prägen, gestalten und erhalten (2) und gerade im Talboden unter landschaftsästhetischen Gesichtspunkten ganz besonders wichtig sind, wurde lange Zeit übersehen, weil es zu selbstverständlich war. Hauptanlaß für Gemeindeaktivitäten in diese Richtung hin sind zahlreiche nach Brachfallen aufgetretene Erosions- und Denudationsprozesse auf Steilflächen von ehemaligen Almen und Bergmähdern, die eine latene ökologische Gefährdung darstellen. Insgesamt beginnt man vor Ort jetzt zu merken, daß die Bewirtschaftung des Kulturlandes durch die Bauern aus ökologischen und ästhetischen Gründen unverzichtbar ist, und daß eine intakte Landwirtschaft eine Voraussetzung für einen intakten Tourismus ist. Für den Talboden bedeutet dies, die landwirtschaftliche Nutzung vor der Verdrängung zu schützen und den Bestand der zahlreichen dezentralen Heustadel, die inzwischen beginnen, ein Anachronismus zu werden, landfristig zu sichern.

   Grundlage für eine solche Gemeindepolitik ist die Einsicht, daß die ständige Ausweitung der kommunalen und touristischen Infrastruktur nicht einfach unbegrenzt weitergehen kann wie bisher und daß ohne eine gesicherte landwirtschaftliche Bearbeitung und Pflege der Landschaft ein Fremdenverkehr in einer alpinen Gemeinde keine Zukunft besitzt.

* *
*

Anmerkungen

(1) Werner Bätzing: Bad Hofgastein - Gemeindeentwicklung zwischen Ökologie und Tourismus. Perspektiven für eine Gemeinde im Brennpunkt des alpinen Fremdenverkehrs. 202 Seiten, Berlin 1985, Institut für Stadt- und Regionalpolitik der TU = ISR Diskussionsbeitrag Nr. 20.

(2) Diesen Gesichtspunkte habe ich entfaltet in:
Werner Bätzing: Die Alpen - Naturbearbeitung und Umweltzerstörung. Eine ökologisch-geographische Untersuchung. 180 Seiten, Frankfurt 1986[3], Sendler Verlag.

-o-

W. R. LUTZ, Tübingen

Wohnumwelt und Ökologie

Wulf-Rüdiger Lutz, Prof.Dipl.-Ing.M.Arch.(UCB)

WOHNUMWELT UND ÖKOLOGIE - ein systemischer Ansatz

Die Bau- und Siedlungsstruktur der Gegenwart ist weitgehend geprägt vom Industrialisierungs- und Verdichtungsprozeß der letzten zweihundert Jahre.
An der Schwelle zum nachindustriellen Zeitalter findet nun eine Umstrukturierung statt, die fundamentale Konsequenzen für die regionale und nationale Raumentwicklung beinhaltet.

- Aufgrund neuer Technologien (I.u K.-Medien, Automatisierte Fabriken), werden die bisher erforderlichen Ballungszentren obsolet. Dezentralisierung und eventuell eine Zersiedelung sind die Folge.
- Die ökologischen Probleme verlangen nach adäquaten umweltfreundlichen Bau- und Siedlungsmustern, welche eine Revitalisierung der jeweiligen Biotope zulassen.
- Sozialökonomische Strukturveränderungen (zunehmende Arbeitslosigkeit, Seggregation) erfordern integrierte Wohn- und Stadtmodelle.
- Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden zu neuen Bedürfnissen bezüglich Freizeitangebot und Tätigkeiten im nicht- oder halbproduktiven Sektor führen.

I. Erste Ansätze und Konzepte

Konzepte für die nachindustrielle Stadt oder Siedlungsform gibt es in Ansätzen: z.B. PROTOPIA (Andrew Page)

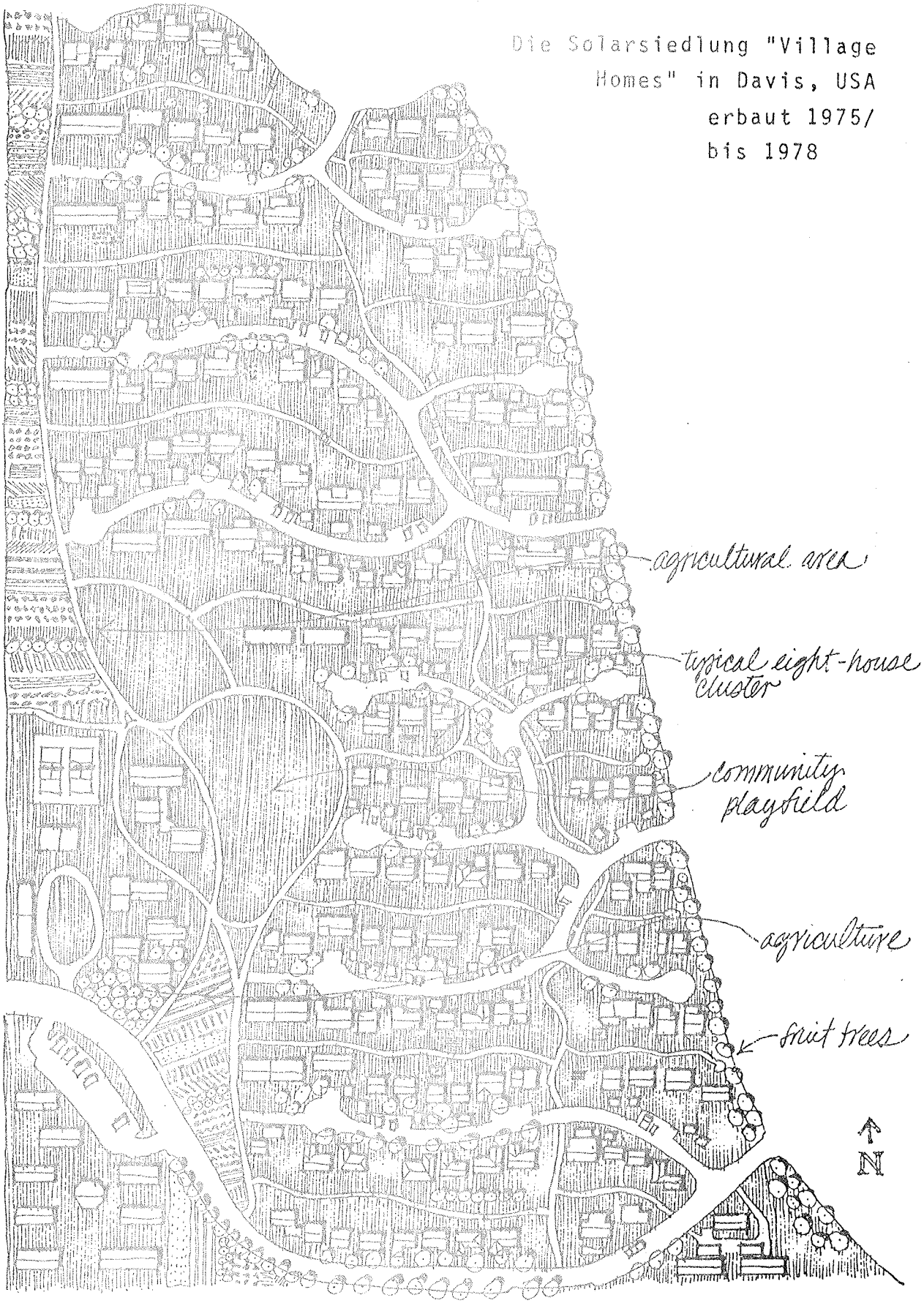
- Biopolis (Rudolf Doernach)
- COMEC (Richard L. Meier)
- IUH (Farrallones Institute)
- Techpolis (Hokkaido, Japan)
- Permaculture (Bill Mollison)
- Ökopolis (R.Lutz, T.Krötz)

Bisher realisierte Konzepte beschränken sich meist auf einige wenige Faktoren, wie z.B. Energieeinsparung (Davis, USA)

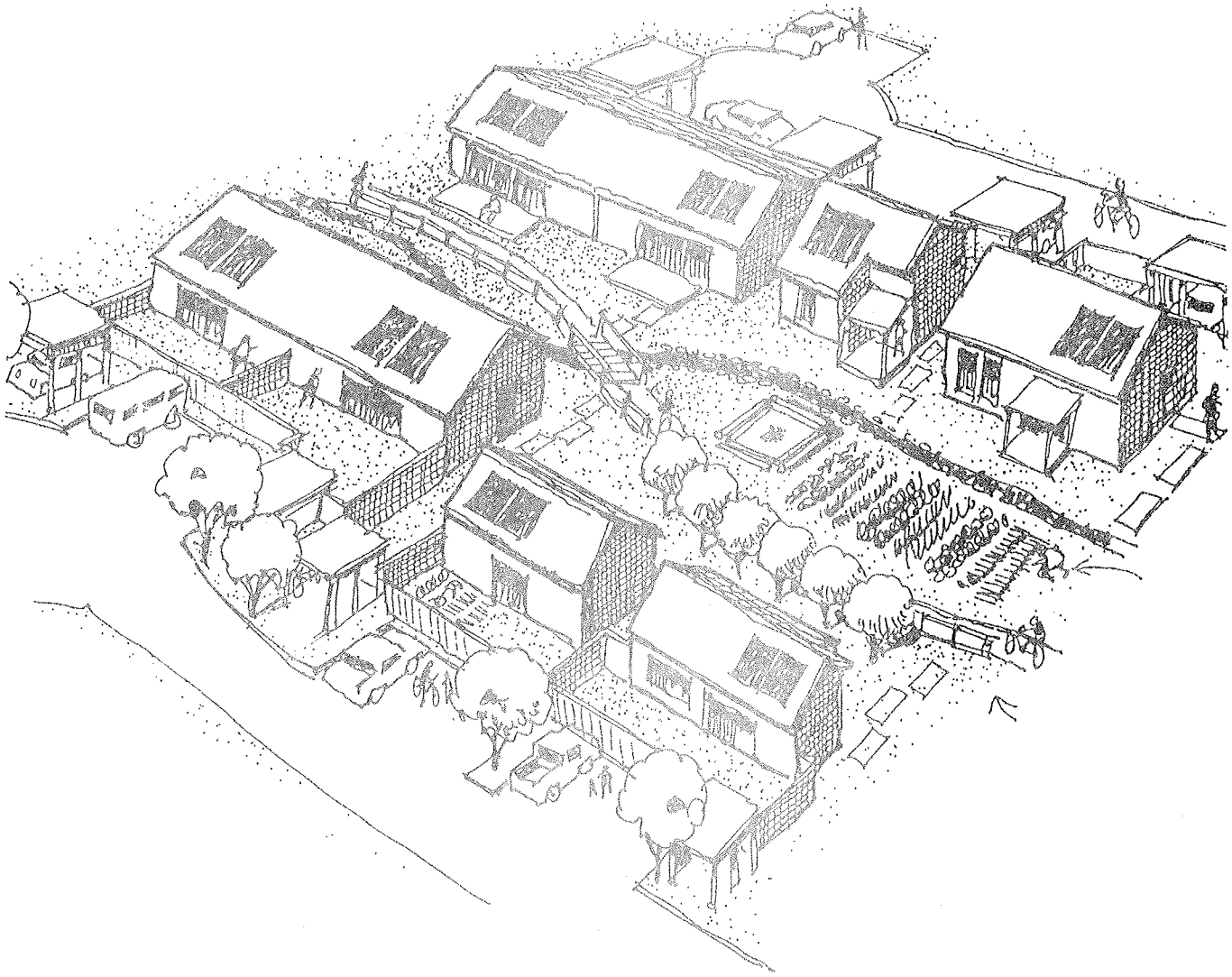
- Ästhetik (Arcosante USA)
- High Tech (Hokkaido, Japan)
- Spiritualität (Findhorn)
- Solararchitektur (Sunspot USA)
- Gruppenwohnen (Lama Foundation USA)

Dagegen ist es jedoch besonders wichtig, integrierte, ganzheitliche Konzepte zu entwickeln, welche nicht nur technische oder organisatorische Aspekte berücksichtigen, sondern versuchen ein umfassendes Prinzip, eine neue Gestalt und Struktur der Stadt oder Siedlungsform von Morgen anzubieten.

Die Solarsiedlung "Village Homes" in Davis, USA erbaut 1975/ bis 1978



Typisches housing cluster der "village homes" in Davis, California mit passiver Solarnutzung, Brauchwassererwärmung, Nachbarschaftsgärten, ausschließlich Fuß- und Radwegen durch die Siedlung.
Ein Energiekonzept für die gesamte Siedlung wurde erstellt und in partizipatorischen Entscheidungsprozessen abgestimmt.
Das Projekt wurde vom Gouverneur von Kalifornien gefördert und zählt zu den ersten größeren Siedlungen, die unter Berücksichtigung, ökologischer, energetischer und Materialrecyclingsaspekten neu geplant und erstellt wurden.

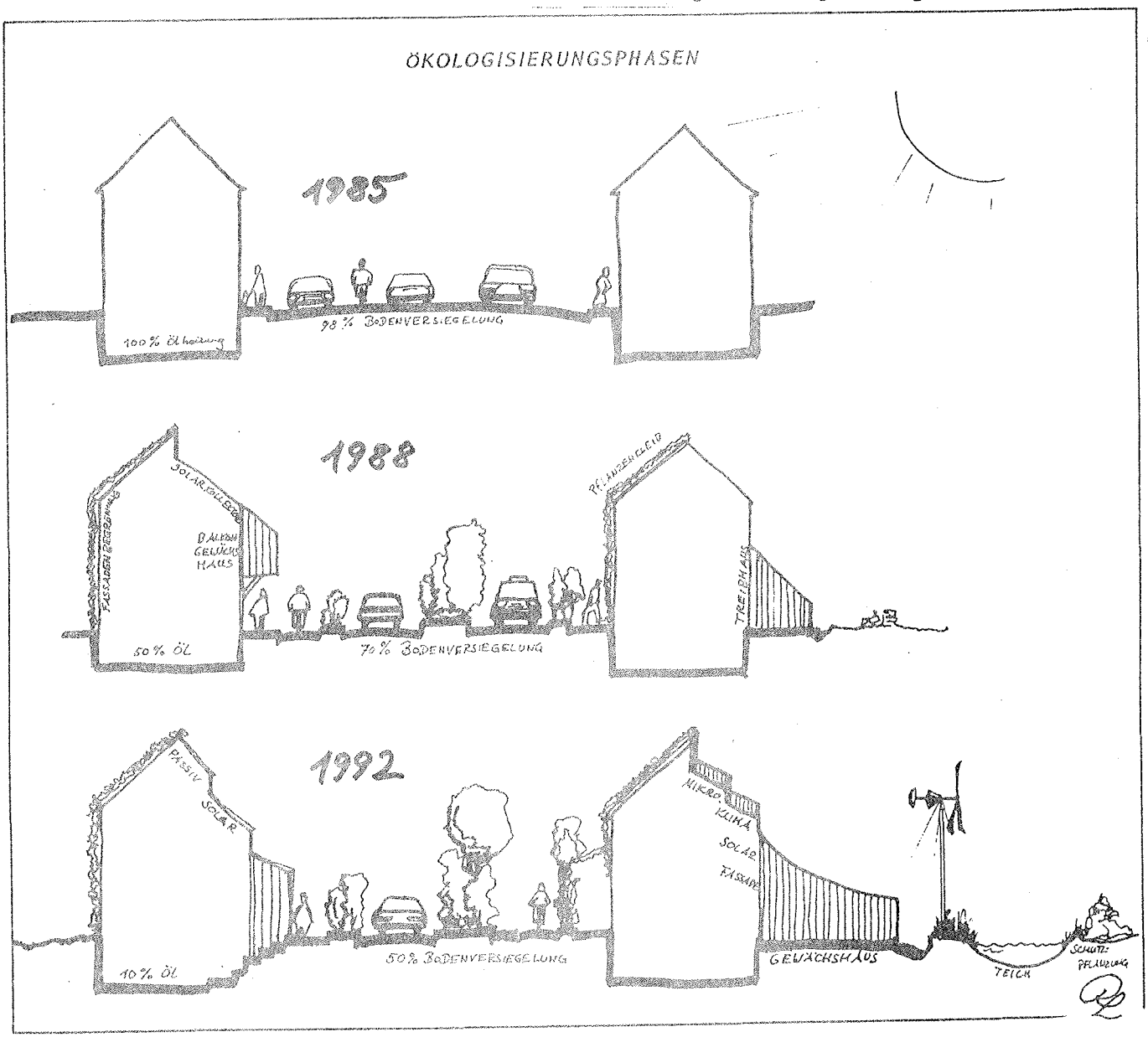


Statt Metropolis oder Technopolis gilt es, *Ökopolis* aufzubauen, die gesunde Stadt mit einem intakten Ökosystem. Dieses Leitbild ist nicht nur eine lebensnotwendige Neuorientierung in unserer von Umweltgefahren erfüllten Welt, sondern auch eine attraktive Zukunftsvision für die Stadtgestaltung.

Projekte ökologischen Inhalts sind seit einigen Jahren recht populär geworden. Meist beschränken sie sich jedoch auf Einzelaspekte wie Energieversorgung, Abfallvermeidung oder auch sozialer Integration und Kommunikation.

Was fehlt, sind räumliche und sachlich "vernetzte" Konzepte, die solche positiven Einzelbeispiele in einen ökologischen Sinnzusammenhang stellen. Mit dem Projekt "Ökopolis" soll diese Vernetzung und Verzahnung ökologischer Maßnahmen auf Orts- und Landesebene angegangen werden. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher übergreifenden Planungsansätze wird inzwischen auch von den politischen Entscheidungsträgern erkannt.

Selbstverständlich kann ein Unterfangen dieser Größenordnung nicht von einer politischen Gruppierung alleine getragen werden, sondern muß über parteipolitische Grenzen hinaus eine sachlich-inhaltliche Diskussion zwischen umweltbewußten, verantwortlichen Bürgern, Politikern und Planern ermöglichen. In diesem Sinne einer offenen Konsensfindung sehen wir unseren Vorschlag als Initiatoren und Autoren dieses Konzepts. Ökopolis soll als Anstoß zu einer ökologischen Entwicklung unserer Städte und Dörfer verstanden werden, die heute vor der Aufgabe stehen, ihre Sanierungs- und Reparaturmaßnahmen mit den ökologischen Fragestellungen zu verbinden.



Das Konzept "ÖKOPOLIS" versucht einen derartig holistischen Ansatz nachindustrieller Umweltgestaltung. Dabei wird jedoch nicht ein fertiges Modell präsentiert, sondern ein Prozeß eingeleitet, welcher eine maximale Partizipation der Betroffenen gewährleistet.

Die Instrumente hierfür sind:

- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Sozialverträglichkeitsprüfung
- Planungspartizipation
- Zukunftswerkstätten
- Informationsseminare

ÖKOPOLIS versucht somit in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Interessengruppen, ein kohärentes Bild der Stadt der Zukunft zu entwerfen, welches die ökologischen Erfordernisse unserer Zeit berücksichtigt.

Vorrangige Intentionen sind hierbei, wie wir aus Erfahrung bei solchen Projekten schon Wissen, folgende Aspekte:

- die Sanierung gefährdeter Biotope (Wälder, Flüsse, etc.)
- Entflechtung von Verdichtungszonen
- Schaffung multifunktionaler Wohn- und Arbeitsstätten
- Bildung von Subzentren oder Nachbarschaftszentren
- Räumliche Vernetzung von Wohnen und Arbeiten, Freizeit.

II. Der ökologische Systemansatz ("living systems approach")

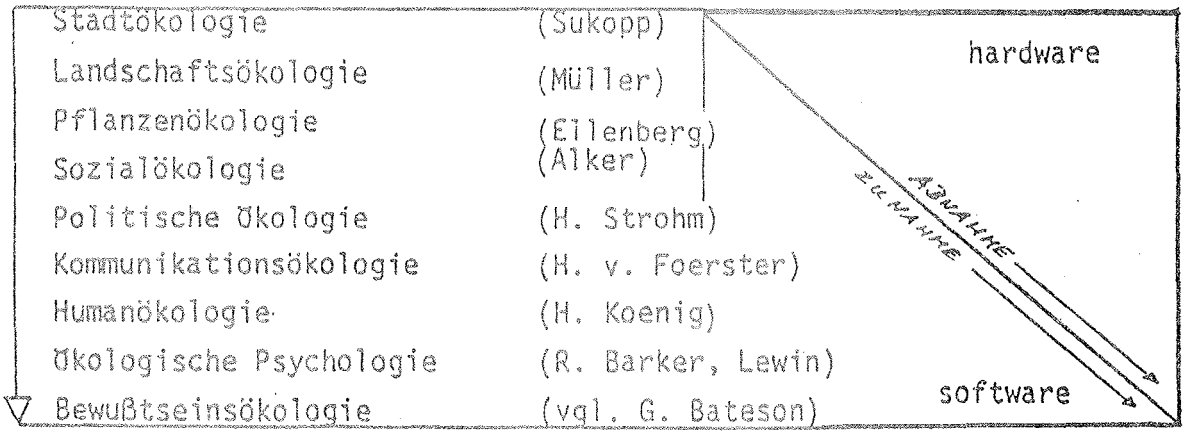
Was verbindet den Krebs mit dem Hummer und die Orchidee mit der Primel und alle vier mit der Landschaft, der Stadt? Und diese sechs mit der Amöbe und mit uns? Nach welchem Muster sind alle verknüpft in der Gesamtheit der Realität?



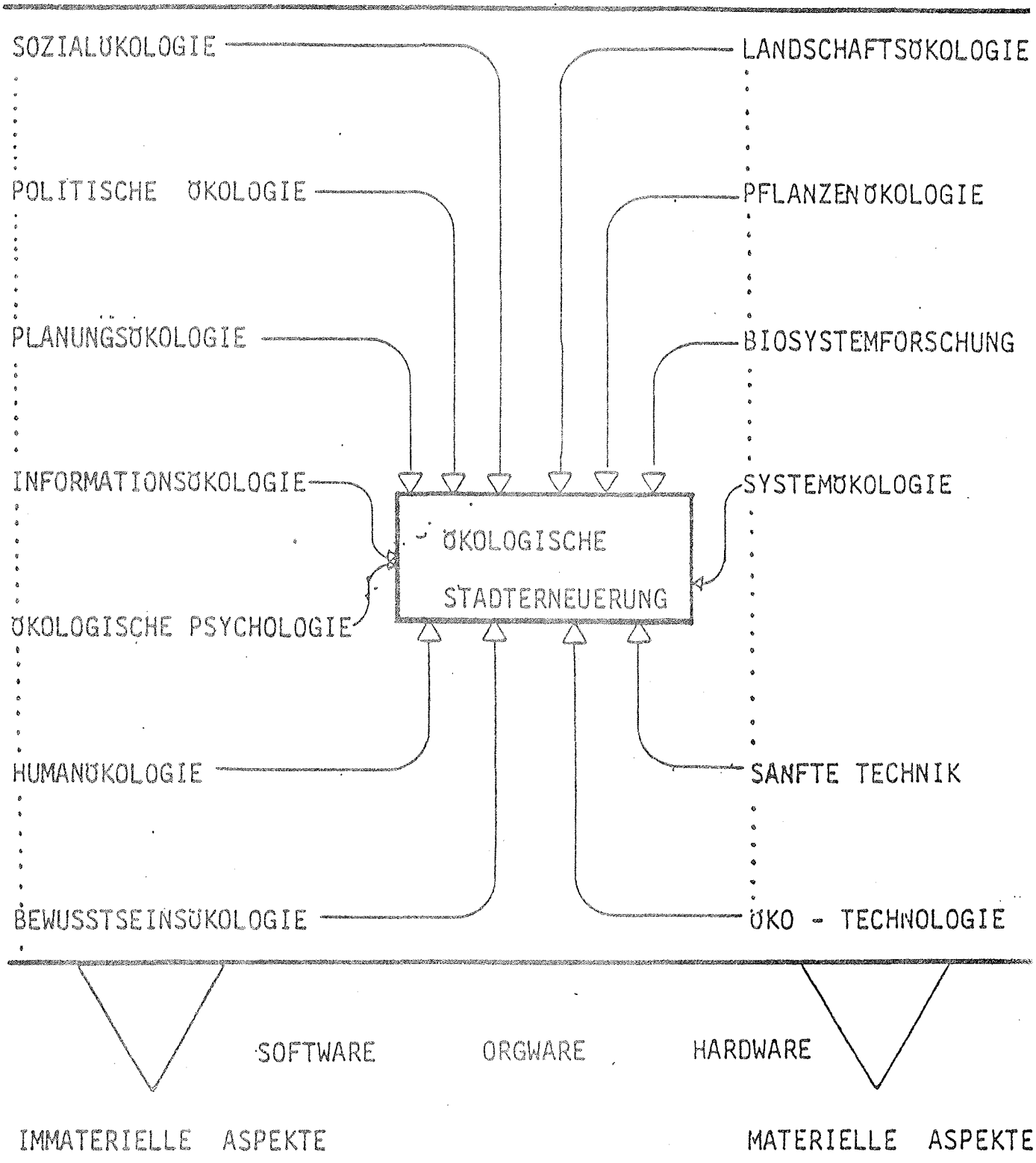
Um das Konzept ökologischer Planung auf die gegenwärtige Planungsstruktur anzuwenden, ist es notwendig (trotz der genannten Vorbehalte), ein Begriffssystem zu entwickeln, das eine Einordnung und Zusammenschau bzw. Vergleich von verschiedenen Planungsansätzen in ihrem jeweiligen konkreten Anwendungsbereich zuläßt.

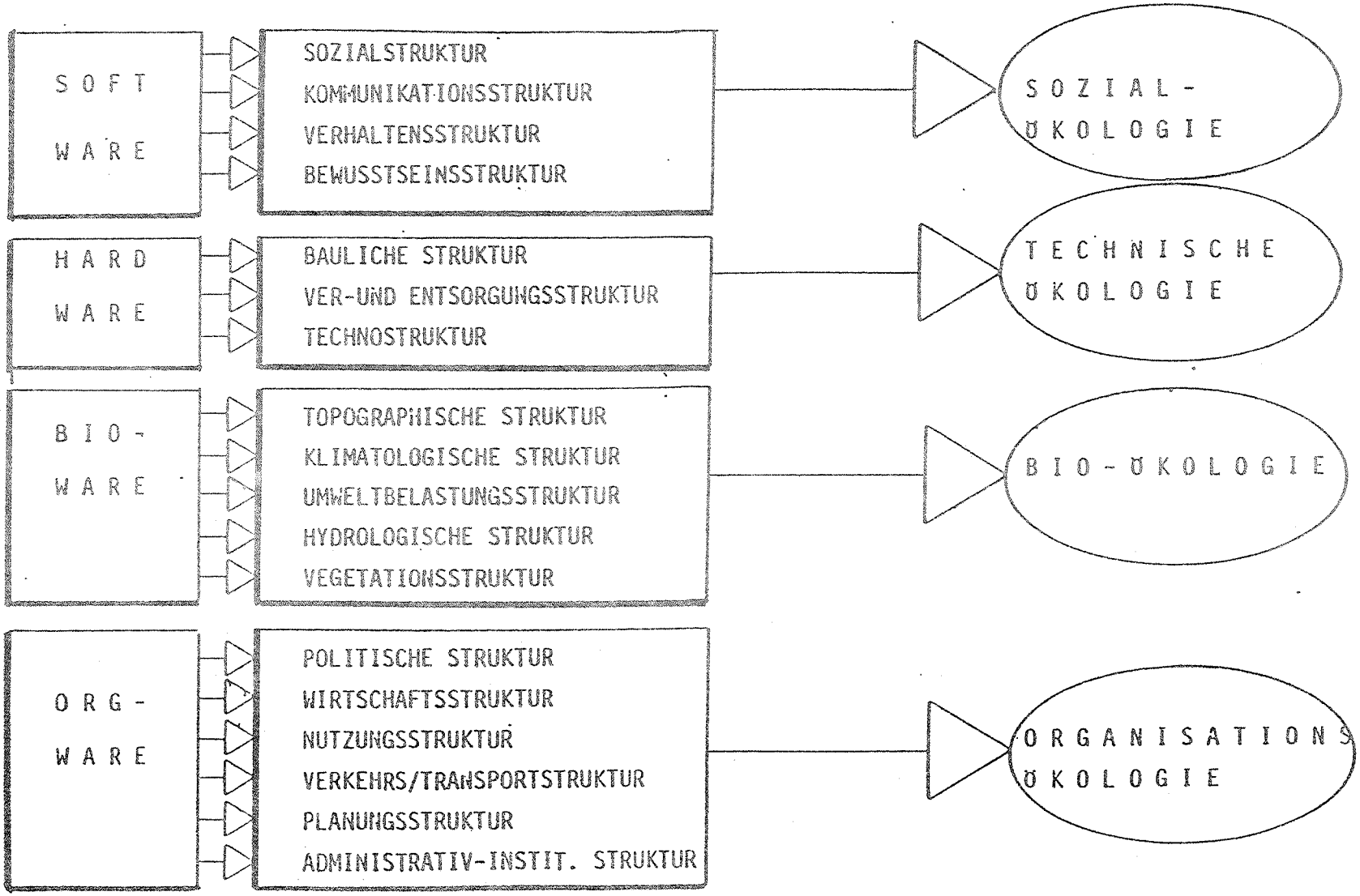
Zu diesem Zweck bedarf es einer Aufschlüsselung des Ökologiebegriffes anhand der bestehenden Disziplinen, jedoch unter Beachtung der dort sich im Gange befindlichen Neuorientierungen in Richtung System- und ökologisches Denken. Aus dieser Perspektive zeigt sich, daß sämtliche Wissenschaftszweige Tendenzen aufweisen, die genau auf die Inhalte und Prinzipien des ökologischen Ansatzes deuten. Einerseits ist in den Fachdisziplinen mit zunehmender Spezialisierung eine Diffusion zu erkennen, andererseits eine gleichzeitige Entwicklung von interdisziplinären und meta-theoretischen Ansätzen zur Integration der verschiedensten Spezialwissenschaften.

Von der ökologischen Stadterneuerung und Planung ausgehend lassen sich z.B. folgende neue ökologische Disziplinen benennen:



Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Palette "neuer" ökologischer Wissenschaften, die alle mehr oder weniger das "soft system" "living system" bzw. "ökologische" Paradigma übernommen haben.


SOZIALÖKOLOGIE
POLITISCHE ÖKOLOGIE
PLANUNGSÖKOLOGIE
INFORMATIONSÖKOLOGIE
ÖKOLOGISCHE PSYCHOLOGIE
HUMANÖKOLOGIE
BEWUSSTSEINSÖKOLOGIE
LANDSCHAFTSÖKOLOGIE
PFLANZENÖKOLOGIE
BIOSYSTEMFORSCHUNG
SYSTEMÖKOLOGIE
SANFTE TECHNIK
ÖKO - TECHNOLOGIE
ÖKOLOGISCHE STADTERNEUERUNG
SOFTWARE
ORGWARE
HARDWARE
IMMATERIELLE ASPEKTE
MATERIELLE ASPEKTE


SOFT WARE
SOZIALSTRUKTUR
KOMMUNIKATIONSSTRUKTUR
VERHALTENSSTRUKTUR
BEWUSSTSEINSSTRUKTUR
SOZIAL-ÖKOLOGIE
HARD WARE
BAULICHE STRUKTUR
VER-UND ENTSORGUNGSSTRUKTUR
TECHNOSTRUKTUR
TECHNISCHE ÖKOLOGIE
BIO-WARE
TOPOGRAPHISCHE STRUKTUR
KLIMATOLOGISCHE STRUKTUR
UMWELTBELASTUNGSSTRUKTUR
HYDROLOGISCHE STRUKTUR
VEGETATIONSSTRUKTUR
BIO-ÖKOLOGIE
ORG-WARE
POLITISCHE STRUKTUR
WIRTSCHAFTSSTRUKTUR
NUTZUNGSSTRUKTUR
VERKEHRS/TRANSPORTSTRUKTUR
PLANUNGSSTRUKTUR
ADMINISTRATIV-INSTIT. STRUKTUR
ORGANISATIONS ÖKOLOGIE

Gegenüberstellung von konventioneller und ökologischer Bau- und Stadtplanung:

	Industrielles Bauen	Ökologisches Bauen
Planung	Entfremdete, anonyme und spezialisierte "Auftragsplanung" der Experten ohne direkten Kontakt zu Nutzern	Kooperative Planungsarbeit von Nutzern und Experten mit gleichberechtigter "Entscheidungsgewalt"
	Räumliche und funktionale Spezialisierung aller Lebensbereiche (Industriebezirk, Schlafstätte, Konsumzentren). Totale Trennung von Stadt und Land.	Integration aller Funktionen in kleineren Einheiten mit größerer Vielfalt. Aufhebung des Widerspruchs von Stadt und Land. "Urbane Dörfer".
Produktion	Gebäude als Industrieprodukt: billig, kurzlebig, hohe Zahl gleichgestalteter Elemente	Gebäude als variable Lebensumwelt, in ständiger Veränderung befindlich. Von den Nutzern (um)gestaltet
	Massengefertigte, standardisierte, "universelle" Bauelemente	in Kleinserie handwerklich gefertigte und individuell gestaltete Bauteile
	International Style: unabhängig von äußeren Gegebenheiten ähnlich gestaltete Systeme	Regional differenzierte, den klimatischen und topologischen Bedingungen angepaßte Bauweise
Nutzung	Aktive, hochtechnisierte Versorgungssysteme zur Erhaltung künstlicher Umwelten (Klima, Beleuchtung etc.)	Ökologisch integrierte, Energie und Ressourcen sparende Versorgungstechnik. Ressourcen sparende Versorgungstechnik. Recycling und Wiederverwendbarkeit von Materialien.
	Determinierte Nutzung von Flächen und Räumen	Nutzungsvielfalt universell gestalteter Räume

Charakteristika "lebender Systeme"

1. Geringe Gesamtproduktionsrate
   Die materielle und energetische Bruttoproduktion natürlicher Systeme ist relativ gering im Verhältnis zur Größe des Systems (vgl. Produktion von Biomasse durch Photosynthese).

2. Hohe Energie-Effizienz
   Bezüglich des Verhältnisses von Energie-Input zu Energie-Output eines lebenden Systems ist die Bilanz positiv, insbesondere durch die Transformation von niedrigqualitativer Energie in hochqualitative Energie (vgl. Umwandlung von Energie in Materie).

3. Hoher Grad der Diversifikation
   Die Vielfalt und Vielgestaltigkeit lebender Systeme ist extrem hoch, obwohl sie sämtlich den gleichen Gestaltprinzipien unterliegen.

4. Lange komplexe Lebenszyklen
   Nicht eindimensionale, monokausale Funktionen bestimmen natürliche Systeme, sondern eine permanente Veränderung und Ausdifferenzierung bzw. Umfunktionierung charakterisieren sie.

5. Recycling der Nährstoffe
   Lebendige Systeme überführen ihre Ausgangsstoffe ständig in Nährstoffe für andere Systeme. Produktion und Konsumtion ergänzen sich. Abfall, also unnütze Produkte gibt es nicht.

6. Qualitative Selektion
   Die Auswahl überlebensfähiger Systeme erfolgt anhand qualitativer Aspekte und nicht aufgrund quantitativer Unterschiede.

7. Rückkoppelungskontrolle
   Lebende Systeme verfügen über die immanente Fähigkeit, ihre Funktion durch eine iterative Optimierung zu beeinflussen anhand eines

Rückkoppelungsmechanismus, welcher hauptsächlich als "negatives feedback" wirkt.

8. Niedrige Entropie
   Die besondere Qualität lebender Systeme, "negentrop" zu wirken, liegt in ihrer Gestaltungskraft, welche Ordnung generiert. Dadurch wird der natürliche Entropieprozeß des Universums zwar nicht aufgehalten, aber weit weniger beschleunigt als es bei künstlichen Systemen der Fall ist.

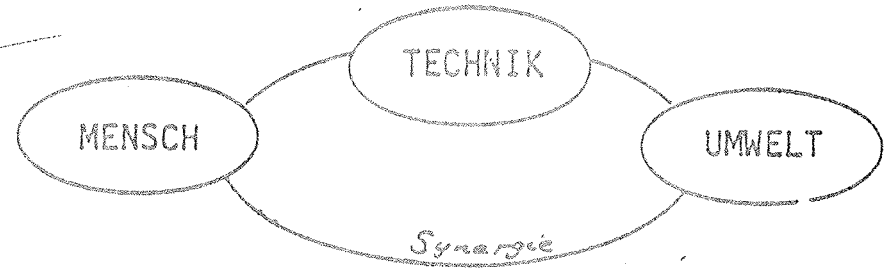
9. Hohe Informationsrate
   Die im Punkt 8 genannte Qualität der niedrigentropischen Prozesse in lebenden Systemen bedingt einen hohen Informationsaustausch. Erst dadurch ist die komplexe Selbstorganisation in natürlichen Systemen möglich.

Entsprechend dem Konzept "lebende Systeme" dürfen diese aufgeführten Charakteristika nun keinesfalls in statische, fixe Kriterien und Bewertungsinstrumente umgemünzt werden.

Wie schon betont, ist der Beobachter, also der Wissenschaftler, selbst Teil der Versuchsanordnung und jede "measure of performance" ist deshalb nur eine eingeschränkt gültige Maßeinheit. Um diese Dynamik und den "sanften" Charakter lebender Systeme auszuführen, dient uns eine weitere Aufgliederung des Ökosystems hinsichtlich seines jeweiligen Entwicklungsstadiums. Dabei zeigt sich, daß es qualitative Sprünge sind, die ein "junges" von einem "reifen" Öko-System unterscheiden und nicht stetige, lineare Entwicklungen stattfinden. Dabei bleibt natürlich offen, wie dramatisch der qualitative Sprung jeweils ist, möglich ist sowohl ein leichtes Einpendeln als auch eine ökologische Katastrophe.

Definition " ökologische Stadterneuerung"

Ökologische Stadterneuerung ist ein Ansatz zur Umgestaltung und Erneuerung städtischer Systeme auf der Grundlage von Kenntnissen über die ökologischen Interdependenzen zwischen der natürlichen und der künstlichen (man-made) Umwelt sowie den gesellschaftlichen und bewußtseinspsychologischen Determinanten menschlichen Verhaltens im Hinblick auf eine naturgemäße Lebensweise und Siedlungsform.



Mensch - Gemeinschaft	Technologie	Umwelt - Stadt - Land
dezentrale Siedlungen	klimagerechte Bautechnologien	Nachbarschaftsgärten
gemeinsames Wohnen	lokale Energie-Wasserversorgung	gemeinsame Landwirtwirtschaft
flexible Strukturen	hochqualitative Energie von Sonne und Biomasse	Nahrungsproduktion in unmittelbarer Umgebung
Wahlfamilien	Recycling von Wasser, Produkten und Abwärme	"städtische Landwirtschaft"
Generationsgruppen	Energiekaskaden	kleine, dezentrale Siedlungen
arbeiten und wohnen unter einem Dach		Entflechtung der Baumasse
integrierte Sozialfunktionen		Verflechtung der Funktionen
		Biotektur und Ökotektur

Elemente der Implementation ökologischer Stadterneuerung

1. Entwicklung und Darstellung ganzheitlicher Konzepte einer ökologisch orientierten Stadt (Leitbild)

2. Bau und Fertigung einzelner Komponenten der ökologischen Stadterneuerung (Technologien und Systemkoppelungen)

3. Wissenschaftliche Untersuchung urbanindustrieller Öko-Systeme in situ (Datenerhebung und Analyse)

4. Entwicklung von Instrumenten zur Gesamtbetrachtung komplexer ökologischer Systeme (komplexe Simulation)

5. Explikation der Wechselwirkungen in den Elementen und Subsystemen ("living systems approach")

6. Prozeßkettenanalyse städtischer Systeme und Input-Output-Analyse (Lebenszyklus-Untersuchung)

7. Nettoenergierechnung für hochtechnisierte künstliche Lebenserhaltungssysteme (Entropie-Exergie-Vergleich)

8. Entwicklung von Demonstrativgebieten zur ökologischen Stadterneuerung als Beispiel und Lernmöglichkeit (Öko-Stadthaus)

9. Schaffung von Kommunikations- und Treffpunkten für Interessierte und Laien

Eine Liste möglicher Ansatzpunkte der ökologischen Stadtgestaltung enthält folgende Gliederung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern Einstieg und Anregung für potentielle ökologische Stadtgestalter sein soll.

Bringt man diese Merkmale ökologischer Planung auf einen praxisrelevanten Anleitungskatalog zu unternehmender Schritte bei einer ökologischen Stadterneuerung, so lassen sich die von verschiedener Seite genannten Vorschläge auf folgende sechs Punkte verdichten:

1. Wohnen und arbeiten werden räumlich integriert nach einem dezentralen Modell. Damit wird das Verkehrsaufkommen und auch der Energiekonsum reduziert. Außerdem werden Straßenraum und asphaltierte Landschaft wieder anderweitig nutzbar.
2. Nahrungsproduktion und -verarbeitung werden in den Haushalt, die Nachbarschaft oder die Gemeinde gebracht, um die Abhängigkeit von der energieintensiven, landverschwendenden industrialiserten Monokultur zu verringern.
3. Die Erzeugung von hochqualitativer Energie (z.B. Elektrizität), soll lokal hauptsächlich durch Sonne, Wind und Biomasse geschehen. Diese hochwertige Energie wird dann zuallererst für elektrische Beleuchtung und mechanische Energie genutzt (Energiekaskade).
4. Der Wasserverbrauch richtet sich nach den örtlichen Gegebenheiten und wird durch weitestgehendes Recycling von Brauch- und Trinkwasser konstant gehalten.
5. Alle organischen Abfälle werden wieder dem Boden zugeführt und die nichtorganischen Abfälle werden in den Material- und Produktionskreislauf gegeben.
6. Gebäude werden so konstruiert, daß sie ausschließlich durch das örtliche Klima und die Sonneneinstrahlung temperiert bzw. gekühlt werden (passive Solar), was durch eine intelligente Anordnung von Kollektorfläche und Thermomasse fast in allen Gebieten möglich ist.

Diese Ökologisierungsziele verfolgend könnte es für die heutigen Städte möglich sein, eine allmähliche Wandlung von der übertechnisierten, energieintensiven und maßstabslosen Maschine "Stadt" zu einem harmonischen, naturbezogenen System einzuleiten.

A 4

WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

A. PAUSER, Wien

Technische Aspekte der Wohnumwelt

Die wünschenswerte Zukunftsentwicklung

o.Univ.Prof. Dr. Alfred Pauser

Technische Aspekte der Wohnumwelt

Das private Wohnumfeld, besonders im innerstädtischen Bereich, ist ein wesentlicher Faktor der Milieubildung. Das Gebiet zwischen der Wohnung und dem öffentlichen Raum gliedert sich in den Schwellenbereich (Eingangshallen, Freizeiträume, Laubengänge, Etagenflure, gemeinsam zugängliche Terrassen usw.), also jene Zone, die dem Sichkennenlernen sowie der Intensivierung nachbarschaftlicher Kontakte dient und den Nahbereich, in welchem Höfe, Spielplätze, Sitzplätze, Gartenanlagen bzw. Mietergärten, Stellplätze f. KFZ situiert sind. Letzterer dient als Pufferzone zwischen der erweiterten Privatsphäre und der Öffentlichkeit. Um diesen Freiraum auszudehnen werden Mehrfachfunktionen angestrebt. Eine solche ist auch dann in hohem Maße gegeben, wenn horizontale Dachflächen für Terrassen und Gründächer Verwendung finden. Man gibt dadurch der Natur wieder die Flächen zurück, die bei der Erstellung durch Objekte verloren gehen (Dachflächen, Loggien, Terrassen, Balkone, Decken über Garagen, Abb. 1 u. 2). Besonders die Höfe werden zukünftig mehr Funktionen zu übernehmen haben, u.U. erst durch einen Zusammenschluß mehrerer aneinandergrenzender Höfe. Die Nutzung als Garagen würde auf der Ebene des Keller- u. Erdgeschosses eine sinnvolle Verwertung sonst nicht sehr wertvoller und geschätzter Flächen bringen. Der Hof, zur Garten- u. Terrassenfläche umfunktioniert, wird im Niveau gehoben und dadurch auch eine bessere Besonnung und geringere Schachtwirkung erzielt.

Im letzten Dezennium haben sich eine Reihe von Konstruktionsformen für begeh-, begrün- und befahrbare Decken herausgebildet. Das Wissen um die vielen Zusammenhänge technologischer und bauphysikalischer Art ist jedoch noch nicht allgemeines Wissensgut geworden und manche Veröffentlichung trägt eher zur Verwirrung als zur Aufklärung bei. Es wird daher versucht, eine Übersicht über die verschiedenen Anwendungsformen und Konstruktionsarten zu geben.

Der Wunsch nach Grünanlagen auf Dächern ist uralt. Schon Nebukadnezar hat im 6. Jhdt.v.Chr. in Babylon für Semiramis die "hängenden Gärten", eines der sieben Weltwunder erbaut und im Barock waren Dachgärten für Paläste keine Seltenheit. Mit dem Wunsch nach Naturnähe wird nun wieder mit einer Intensivierung dieser Art des Bauens gerechnet werden müssen. Die Vielfalt

der heute zur Verfügung stehenden Baustoffe und Technologien sowie die hohen Anforderungen an die Bauphysik setzen allerdings eine tiefere Kenntnis der Gesamtproblematik voraus, um späteren Schäden vorzubeugen, die gerade bei dieser Dachform eine sehr aufwendige und teure Sanierung nach sich ziehen würden.

Wie in Abb. 3 dargestellt, sind vom Prinzip her alle drei Konstruktionsarten eines Flachdaches aus statischer, konstruktiver und bauphysikalischer Sicht für die Auflage einer Gründecke geeignet. Die hier gewählten Schichtungen stellen allerdings bereits die optimale Ausführung dar, welche unter bestimmten Voraussetzungen auch gemindert werden kann. In der Praxis wird das Warmdach überwiegen, da dieses die Vorkehrung einer starren Schutzschicht (zement- oder bitumengebunden) über der Isolierung als wurzelfeste und gegen mechanische Beschädigungen sichere Decke gestattet. Aber auch das Umkehrdach ist unter bestimmten Voraussetzungen eine sinnvolle Basiskonstruktion. Das Kaltdach dürfte hingegen wegen der Notwendigkeit zweier voneinander unabhängig auszuführenden Tragschichten weniger oft Verwendung finden. Es kann jedoch in Fällen mangelnder Tragfähigkeit - also beispielsweise bei Umbauten - gleichzeitig eine Verbesserung der Dämmwirkung einer Decke ($k \rightarrow 0{,}3$) erreicht und eine neue Funktionsebene (neue Widmung der Dachfläche) geschaffen werden.

Zur Ermöglichung einer Pflanzendecke ist ein dreistufiger Aufbau des Bodens notwendig (Abb. 3):

Die Vegetationsschicht als oberste Lage (Substratschicht) dient der

- Wurzelbildung und Nährstoffversorgung,
- Wasserspeicherung,
- Durchlüftung.

Diesen Ansprüchen genügt bspw. ein

- Humusaufbau,
- Boden-Torfgemisch
- Boden-Partikelschaumgemisch oder
- Vegetationsplatten (gebundener Schaumstoff mit eingelagerten Wachstumsstoffen in Dicken von 3 - 15 cm).

Wenn Sträucher und niederwüchsige Bäume dem Wind besonders ausgesetzt sind (hochgelegene Dachgärten), bewährt sich zur Einbeziehung größerer Erdvolumina und zur besseren Wurzelhaftung ein Wirkgewebe (Verwurzelungsgewebe aus Polypropylen mit 5 cm Maschenweite)

Unter der Vegetationsschicht ist eine Filterschicht vorzusehen, die das Abwandern der Bodenfeinteile in die Dränschicht verhindert. Dafür eignet sich besonders Mineralwolle (Steinwolle oder Glasfasermatten $d \sim 2$ cm), welche sich durch die Erdauflast auf das gewünschte Maß zusammendrückt. Der Dränschicht kommt die Aufgabe zu, das Überschußwasser aus den Niederschlägen und der künstlichen Bewässerung abzuleiten. Eine gewisse Speicherwirkung ist jedoch erwünscht (Haftwasser). Um diese Rückhaltewirkung zu erreichen (das Filtervlies soll den kapillaren Wasseraufstieg nicht behindern), ist ein ausgewogener Filteraufbau notwendig. Die Dicke dieser Schicht liegt zwischen 5 und 15 cm. Es gibt aber auch Polystyroldränplatten ($d < 5$ cm), welche in Kombination mit Dränrohren die gleiche Wirkung bieten.
Welcher Bodenaufbau der unterschiedlichen Bewuchshöhe zugeordnet wird, geht aus Abb. 4 hervor. Die Gesamthöhe schwankt zwischen 10 und 70 cm, wobei die kleinste Höhe aus der Kombination von Vegetations- mit Dränplatten (Extensivbegrünung) erreicht werden kann. Bei größeren Dicken der Vegetationsschicht ist auf deren entsprechende Auflockerung zu achten (Torf oder Partikelschaum als Beimengung), um die Auflast nicht zu hoch werden zu lassen. Die große Auflast wird auch (da nur für Sträucher und Bäume erforderlich) i.d.R. nur für Bereiche des Daches, welche sich mit Terrassenflächen abwechseln, erforderlich sein. Die Differenz in der Belastung erfordert jedenfalls eine Deckenkonstruktion mit guter Verteilwirkung, am besten Ortbetondecken (Rippen-, besser noch Platten- bis hin zu Flachdecken).
Wird keine automatisch regelbare Dauerentwässerung vorgesehen, wird also nach Bedarf mit dem Schlauch bewässert, so ist die Vegetationsschicht bis zu 100 % zu erhöhen.

Die hohe Belastung von Gründecken in Kombination mit dem Temperatureinfluß und den plastischen Verformungen des Betons (Schwinden und Kriechen) bedingt eine sorgfältige Beachtung der konstruktiven Randbedingungen, wie dies auch Abb. 5 schematisch wiedergibt. Die Beschränkung auf Betondecken

(und hier wieder eingeschränkt auf Ortbetondecken) wird bewußt gemacht. Wenn auch verschiedentlich in der Literatur Beispiele für Holzdächer gebracht werden, so soll doch aus einsichtigen Gründen in diesem Zusammenhang von der Wahl einer Holzkonstruktion abgesehen werden.

Bei den Überlegungen wird von einer Verschieblichkeit der Decken gegenüber einem steifen (kastenförmigen) Wandsystem ausgegangen. Nur ein Beispiel bezieht sich auf eine biegesteife Schottenbauweise in Ortbeton. Diese exakte Gleitlagerung wird konstruktiv durch die Vorkehrung von Teflongleitlagerstreifen zwischen Trennlagen ermöglicht. Ganz gleich welche Ausbildung man wählt, es ist immer darauf zu achten, daß keine Kältebrücken entstehen, die Isolierung auf den Aufbau abgestimmt ist und die Beweglichkeit wie auch die Verankerungen der einzelnen Elemente sichergestellt sind.
Unvermeidliche Fugen müssen aus ästhetischen Gründen abgedeckt werden. Dort, wo Temperaturdifferenzen in größerem Ausmaß wirksam werden, ist entweder durch eine verstärkte Bewehrung die Aufnahme der Spannungen sicherzustellen oder es ist durch eine gezielte Fugenteilung das Auftreten höherer Spannungswerte zu unterbinden. Weiters sollen Deckenkonstruktionen mit wenig Kerben (wenig Gliederung) gewählt werden, am besten Platten (d = 18 - 30 cm), die entweder einseitig gespannt sind oder aber als Flächentragwerk (Flachdecke) wirken. Neben der guten Verteilwirkung bieten diese Decken auch ohne Nachweis den erforderlichen Schallschutz.
Wie ein Konstruktionsaufbau bei bereichsweise unterschiedlicher Widmung (Dachgarten, Terrassen) erfolgen kann, geht aus Abb. 6 hervor. Man sollte, soweit möglich, die Gleichartigkeit des Aufbaues beibehalten, zumal auch von der Dämmung her - setzt man den k-Wert 0,3 (W/m^2K) - durch den Erdpolster kaum eine nennenswerte Ersparnis gegeben ist (Abminderung von 12 auf 11, max. 10 cm Polystyrol). Eine thermische Verbesserung ist vielmehr durch die Wirkung des Bewuchses im Sommer (Reduktion der Oberflächentemperatur), die Speicherung und eine dadurch bewirkte Vergleichmäßigung der Temperaturschwankungen gegeben, also bei instationären Vorgängen. Dieses Bild soll nun näher diskutiert werden:
Die Flexibilität in der Flächenaufteilung ist weitgehend gegeben, vorausgesetzt man hat in der Tragkonstruktion auch die entsprechenden Reserven vorgesehen. Die Isolierung ist die letzte über die ganze Fläche durchgehende Schicht. Der Schutzbeton sollte bereits auf die belasteten Bereiche eingegrenzt werden, da er bei Weiterführung im Terrassenbereich eine

Fugentrennung mit einer unter Terrassen engeren Fugenteilung erhalten muß (Temp.-Spitzen). Der Schutzbeton unter dem Erdpolster hat folgende Funktionen zu erfüllen:

- o) Schutz vor mechanischer Beschädigung bei nachträglichen Arbeiten,
- o) Schutz vor Durchwurzelung und Zerstörung der Isolierschicht sowie
- o) Lastverteilung.

Zwischen der Schutzschicht und der Isolierung wird auch bei Gründächern - obwohl dies dort nicht in demselben Maße erforderlich wäre wie bei Terrassendächern - eine Trennschicht zur Gewährleistung der Verschieblichkeit vorgesehen. Als solche dienen eine Lage rundkörnigen Sandes, gegen einen Estrich mit Folien abgedeckt, um das Eindringen der Zementschlämme hintanzuhalten oder aber eine Doppellage von Kunststoffolien. Bei letzteren ist auf die Verträglichkeit mit Bitumenbahnen zu achten (Weichmacherwanderung, Schutz davor durch neutralisierende Zwischenlage, wie z.B. Glasvlies).
Hinsichtlich der Wurzelfestigkeit ist Vorsicht bei der Pflanzenwahl am Platze. Es gibt Wurzeln, für die ist selbst Beton, vor allem wenn aus ihm noch nicht das Überschußwasser abgewandert ist, also im 1. Jahr, kein Hindernis (z.B. Sprosse von Schnürgras oder Quecke). Bewährt haben sich als Durchwurzelungssperre PVC-Schutzfolien (0,5 mm) oder bituminöse Dichtungsbahnen mit Metallfolieneinlage.
Bei Umkehrdächern ist selbst bei Überlappung oder Falzung der Dämmplatten eine örtliche Durchwurzelung möglich, weshalb auch diese Dächer zumindest eine dampfdiffusionsoffene Schutzfolie benötigen. Als Dämmplatten kommen dafür i.d.R. extrudierte Polystyrolplatten in Frage.

Durch die nivellierende thermische Wirkung des Erdkörpers ist bei begrünten Dächern ein besserer Schutz der Isolierung gegeben. Dieser liegt in der geringeren Schubkraft zufolge Temperaturbewegung der auflastenden Schutzschicht, der Vergleichmäßigung der Temperaturdehnungen und der Dämpfung der UV-Strahlung, somit Erhöhung der Alterungsbeständigkeit der Isolierung.

Wie bereits festgestellt, führt die Dränschicht das Wasser ab und leitet es einem tiefliegenden Ablauf zu. Das hierfür notwendige Gefälle liegt bei mindestens 1,5 % und wird entweder durch einen Gefällebeton oder durch die Neigung der Decke erreicht. Auch die Möglichkeit einer Deckenplatte

veränderlicher Dicke ist gegeben. Wird ein Gefällebeton verwendet, so darf dieser nicht, z.B. aus Gewichtseinsparungsgründen, aus Leichtbeton bestehen, da sich dadurch im Bereich der größeren Dicken eine Verschlechterung der Wasserdampfdiffusionsverhältnisse ergibt.
Die Entwässerung erfordert bei Erddächern eine schachtartige Ausbildung mit einem Einlaufrost in Höhe Niveau und einem Schachtzulauf über der Isolierung mit einem auf dem Abflußrohr aufgesetzten Fangkorb. Nicht zu vergessen ist der Anschluß der Dampfsperre sowie einer Dampfausgleichsschicht unterhalb des Einlauftrichters. Der Ablaufstutzen selbst soll auf eine Höhe von 80 - 100 cm gedämmt werden oder es sind Vorkehrungen für eine Heizung der Einlaufzone zu treffen. Manchmal erhält der Schacht eine Schotterfüllung, welche das Ableiten der niveaugeführten Oberflächenwässer gestattet und darüber hinaus die Vereisung des Fangkorbes verhindert oder verzögert.

Ein anderes Konstruktionsdetail findet man in Abb. 8, welche eine Ausführungsform mit vorgehängter Sandwichfassade darstellt. Hier ist vor allem darauf zu achten, daß die Dämmschicht nicht unterbrochen wird und die darüber befindliche Isolierung (Warmdach) einen eindeutigen Anschluß an die Schutzschichte der Sandwichplatten erhält. Über das Dach ragende ungedämmte Betonelemente sind natürlich der Gefahr des Bruches bei Transport und Montage ausgesetzt und sollten, wenn sie nicht mit (architektonisch wirksamen) Rippen ausgestattet sind, in dem Bereich oberhalb der Verblechung durch ein aufgesetztes Geländer ersetzt werden.
Ein weiteres Konstruktionsbeispiel bietet die Abb. 9. Diese Skizze stellt eine Möglichkeit dar, z.B. eine Tragkonstruktion für höherwüchsige Sträucher vor einer Glasfassade (Sonnenschutz). Der anschließende Erdpolster hat in diesem Falle nur mehr die Grasnarbe und niederwüchsige Sträucher zu tragen. Es wird auf diese Art die optische Wirkung einer Begrenzung des Erddaches, also eine Art natürliche Brüstung erhalten. Diese Problematik zählt zu den konstruktiv schwierigeren Lösungen. Eine Möglichkeit der Bewältigung mit Fertigteilen für den Pflanztrog ist dargestellt.

Wegen des oft beträchtlichen Gewichtes des Pflanztroges werden Betonkonsolen in Fortsetzung der Endscheiben als zweckmäßig erachtet. Diese sollten (der Pflanztrog muß während der Montage unterstützt werden) in eine durch Ortbeton ergänzte Längsschwelle einbetoniert und verankert werden.

Nun werden anhand von zwei Darstellungen die Verhältnisse bei erdberührten Dächern für den Fall beheizter und unbeheizter Räume dargestellt (Abb. 11 u. 12). Im ersten Fall wird der Unterschied herausgestrichen, der bei ober- und unterseitiger Dämmung der Tragkonstruktion erkennbar wird. Hier können die gleichen Überlegungen angestellt werden wie bei Terrassendächern, da der Erdpolster nur speichernde Wirkung aber einen relativ geringen Einfluß auf die Dämmung im Winter besitzt. Resultat: Über längere Zeiträume wirkende, über dem Mittelwert liegende Temperaturen bringen bei oberseitiger Dämmung nur eine geringere Längenänderung (oder bei best. Randbedingungen geringere Spannungen aus Zwängen), während eine unterseitige Dämmung beträchtliche Längenänderungen der Deckenkonstruktion nach sich zieht. Außerdem ist die Verteilung des Dampfdruckes bei ersterem um ein Vielfaches günstiger als bei einem unterseitig gedämmten Dach.

Werden Räume nicht geheizt (z.B. bei Garagen) so ist eine wesentlich andere Ausgangssituation vorhanden. Die Raumtemperaturen passen sich etwas den Lufttemperaturen an (vorausgesetzt es ist eine entsprechende Durchlüftung vorgesehen), schwanken somit vom Winter zum Sommer hin und bringen dadurch eine geringere notwendige Dämmwirkung. Es kann hier in der Regel auf eine zusätzliche Dämmung verzichtet werden. Der Erdpolster erreicht je nach dessen Aufbau wahrscheinlich einen λ-Wert um 1,5, ein Wert, der doch um einiges unter jenem des Betons liegt, jedoch keinesfalls ausreicht, Wohnräume thermisch optimal gegen außen abzuschließen. Der in der Literatur für leichte Substratmischungen manchmal ausgewiesene Wert von (0,5 - 0,6) W/m,K scheint mir jedoch zu optimistisch.

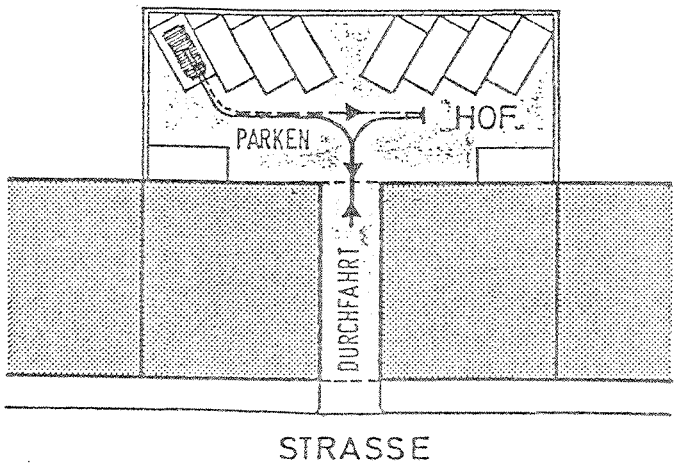
In solchen Fällen werden oft Sperrbetondächer angeboten. Diese sollten jedoch trotz der Tatsache, daß Stahlbeton der bei begrünten Dächern bestgeeignete Baustoff ist, nicht unbedingt oder nur unter bestimmten Voraussetzungen Verwendung finden. Wegen der an und für sich hohen Gesamtkosten fällt die Isolierung gegen Feuchtigkeit als sicherste Maßnahme für die Dauerhaftigkeit eines Daches kaum ins Gewicht.

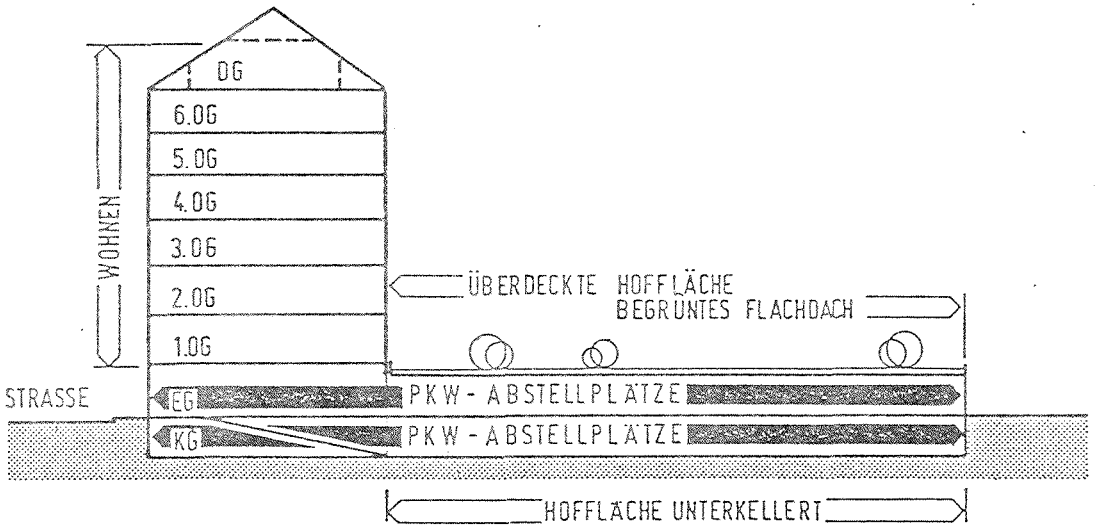
Der Unterschied zwischen einem ungedämmten Preßkiesdach und einem Erddach liegt vor allem darin, daß die saisonale Temperaturbeanspruchung fast auf die Hälfte gesenkt wird, was kleinere Zwänge oder aber Verschiebungen nach sich zieht. Dies liegt nicht nur in der dämmenden Wirkung des Erdpolsters begründet, sondern vor allem darin, daß bei entsprechend dichtem Bewuchs (Bodendecker) die Erdoberfläche kaum auf über +40°C erwärmt wird, während bei Preßkiesdächern Oberflächentemperaturen von mindestens +60°C, aber auch darüber, auftreten können.

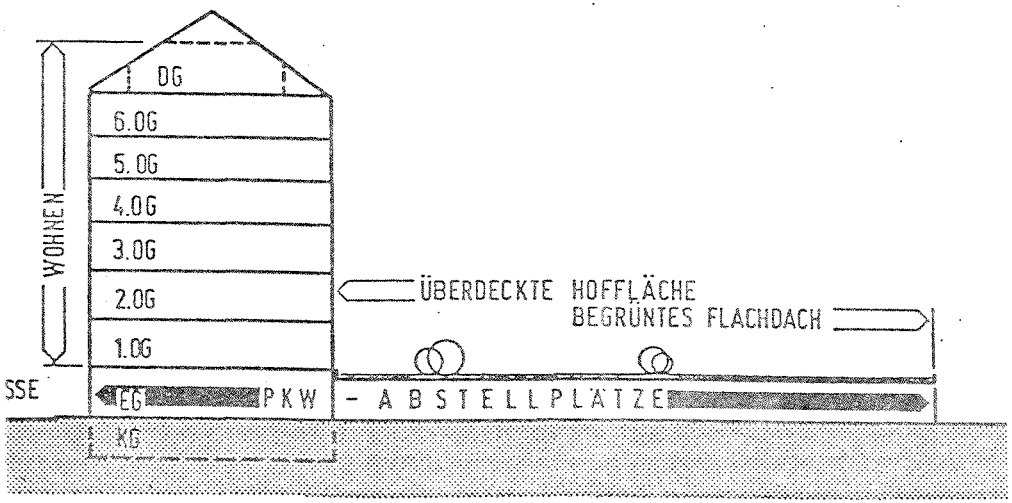
Sperrbetondächer sollten daher, wenn überhaupt in Betracht gezogen, nur verwendet werden, wenn

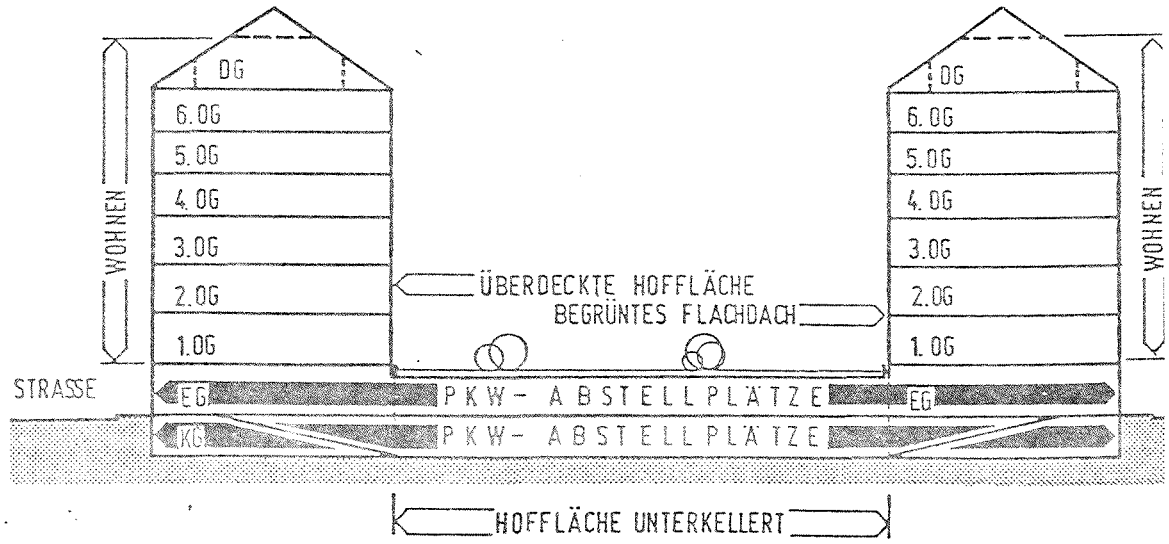
- o) eindeutige Lagerungsverhältnisse gegeben sind,
- o) die Decke keine wesentlichen Unstetigkeiten aufweist (Kerben) und
- o) mindestens in der Hauptbeanspruchungsrichtung vorgespannt wird.

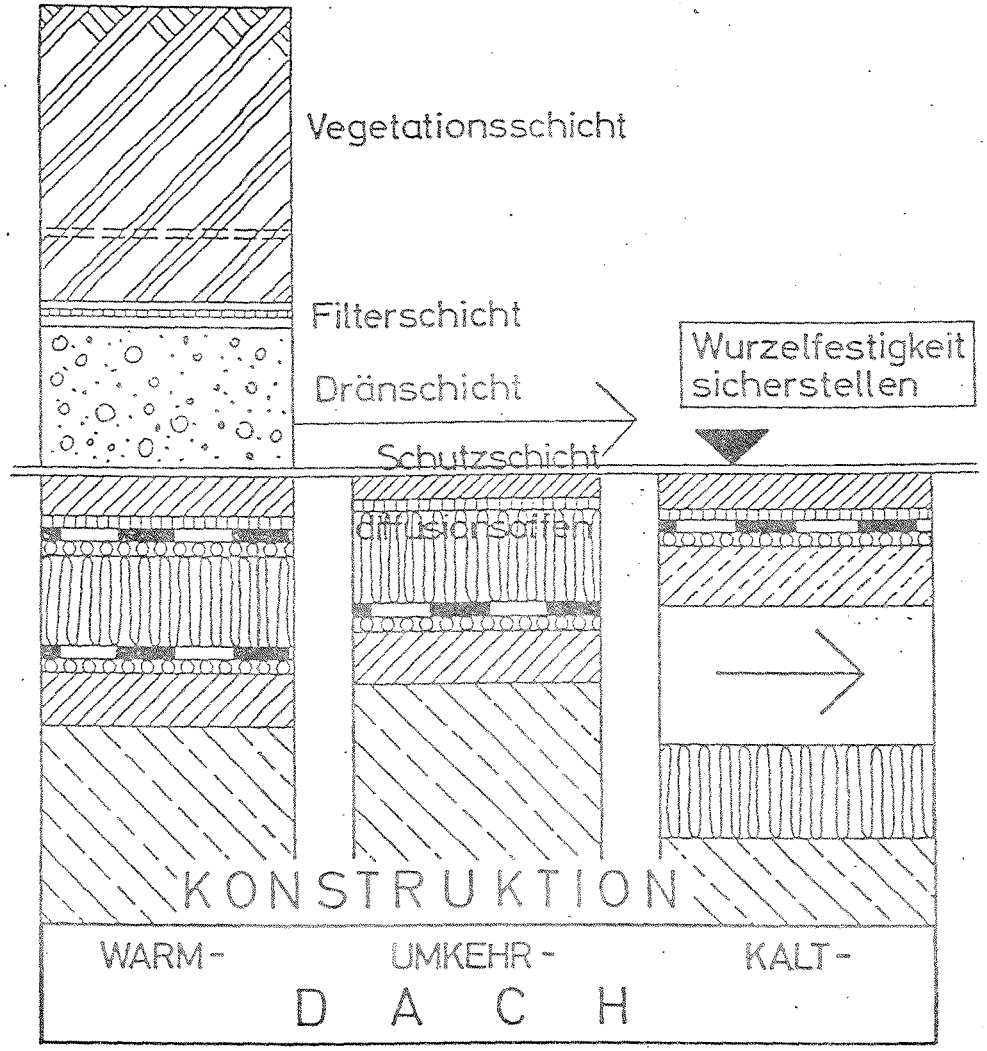
Obige Darstellungen sollen dazu beitragen, die in zunehmendem Maße Verwendung findenden begrünten Dächer so zu planen und technologiegerecht auszuführen, daß eine weitestgehende Sicherheit gegenüber dem Auftreten von Schäden - wegen des dann beträchtlichen finanziellen Aufwandes - erreicht werden kann.


HOF
PARKEN
DURCHFAHRT
STRASSE

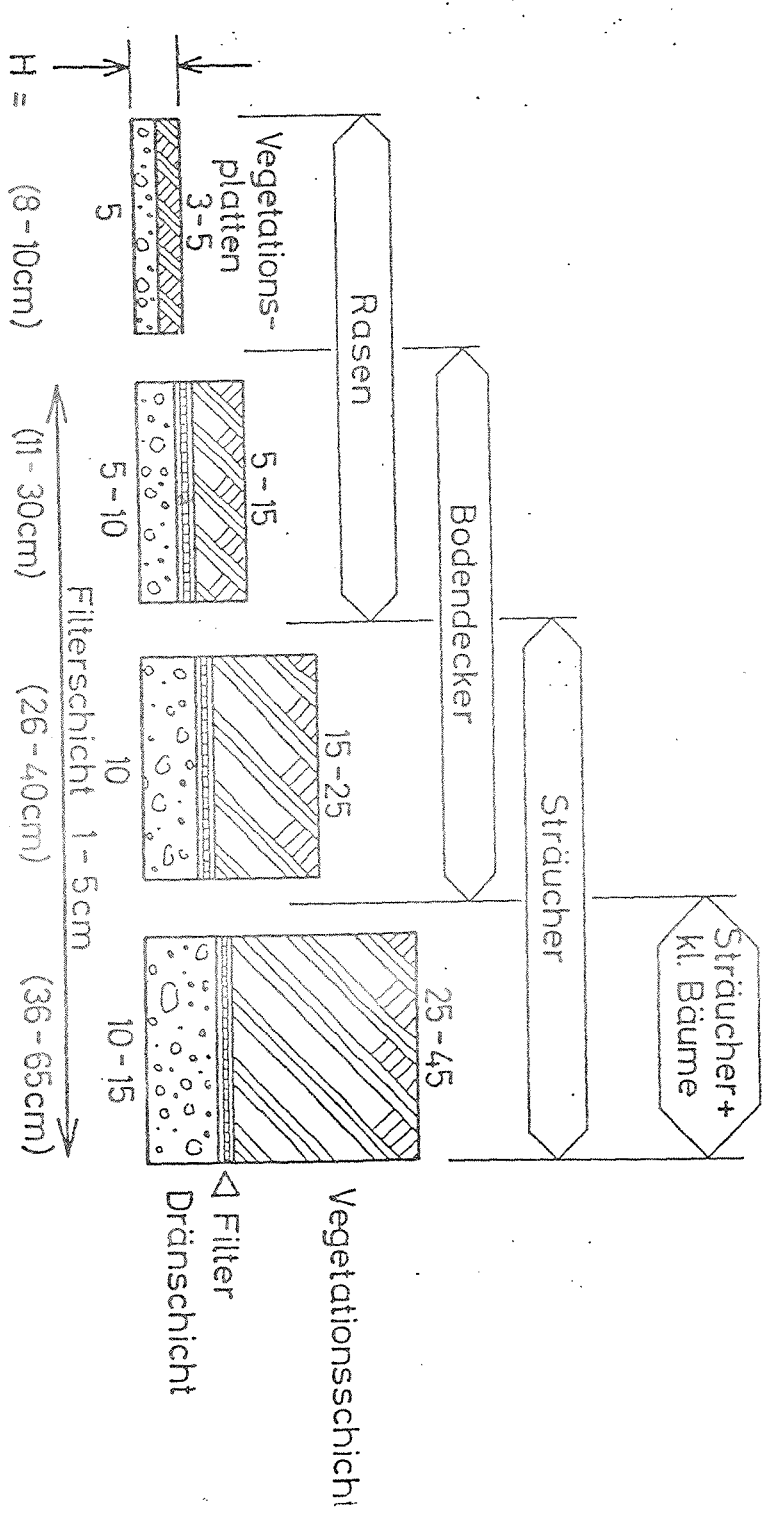

DG
6.OG
5.OG
4.OG
3.OG
2.OG
1.OG
WOHNEN
ÜBERDECKTE HOFFLÄCHE
BEGRÜNTES FLACHDACH
STRASSE
EG
PKW - ABSTELLPLÄTZE
KG
PKW - ABSTELLPLÄTZE
HOFFLÄCHE UNTERKELLERT


DG
6.OG
5.OG
4.OG
3.OG
2.OG
1.OG
WOHNEN
ÜBERDECKTE HOFFLÄCHE
BEGRÜNTES FLACHDACH
SSE
EG
PKW
- A B S T E L L P L Ä T Z E
KG

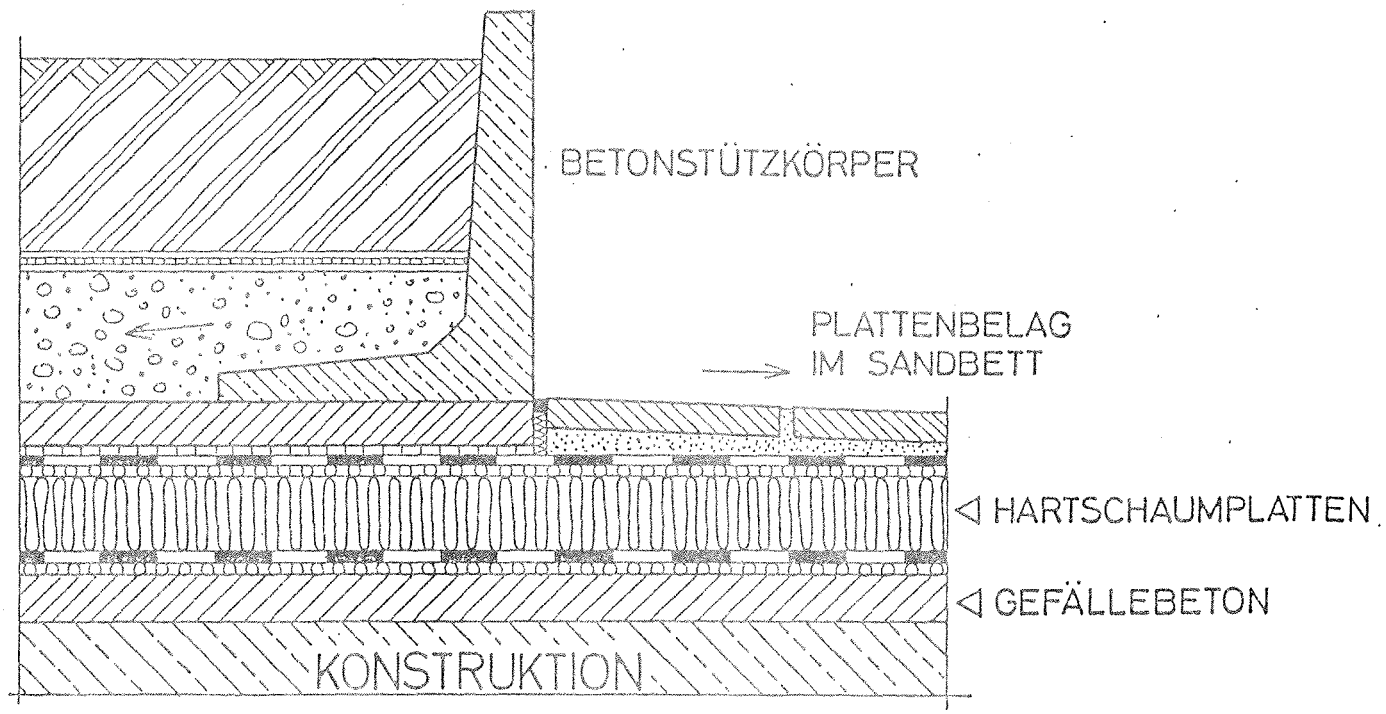

DG
6.OG
5.OG
4.OG
3.OG
2.OG
1.OG
WOHNEN
ÜBERDECKTE HOFFLÄCHE
BEGRÜNTES FLACHDACH
STRASSE
EG
PKW - A B S T E L L P L Ä T Z E
EG
KG
PKW - A B S T E L L P L Ä T Z E
HOFFLÄCHE UNTERKELLERT

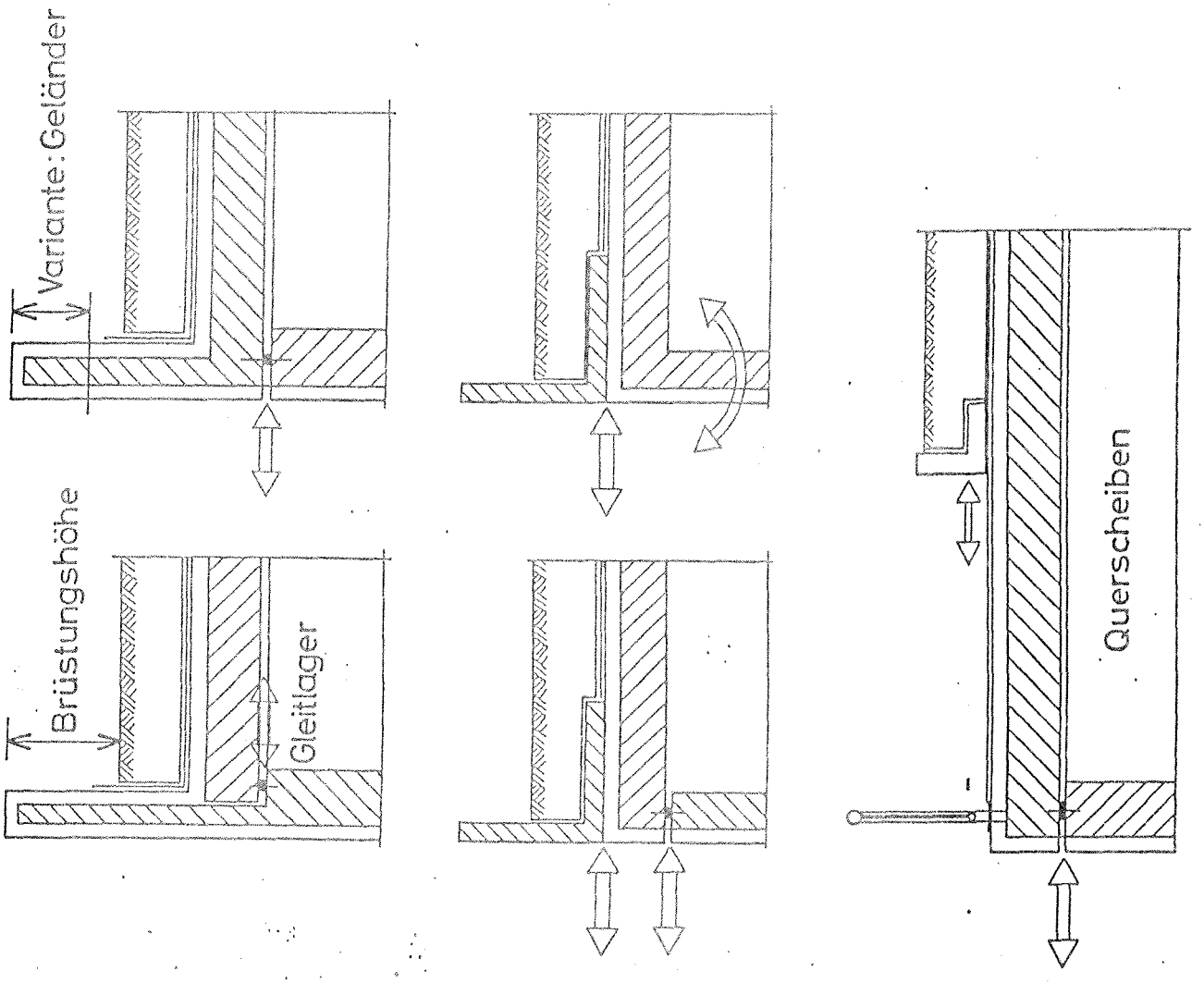


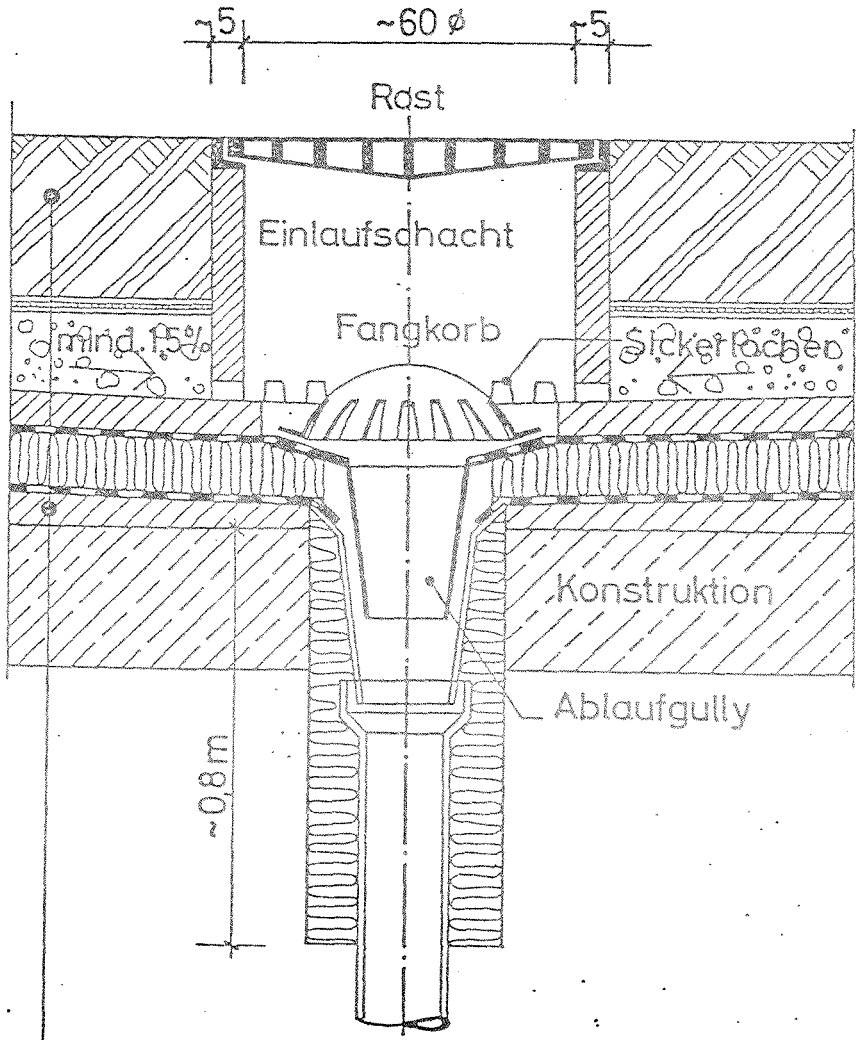
wurzelfeste Schutzschicht		
Gleit- (Trenn-) schicht		
Abdichtung Entspannung	— —	Abdichtung Entspannung
Dämmung		—
—		Tragschichte
—		Luftraum
Dampfsperre Entspannungsschicht		— —
Gefällebeton		—



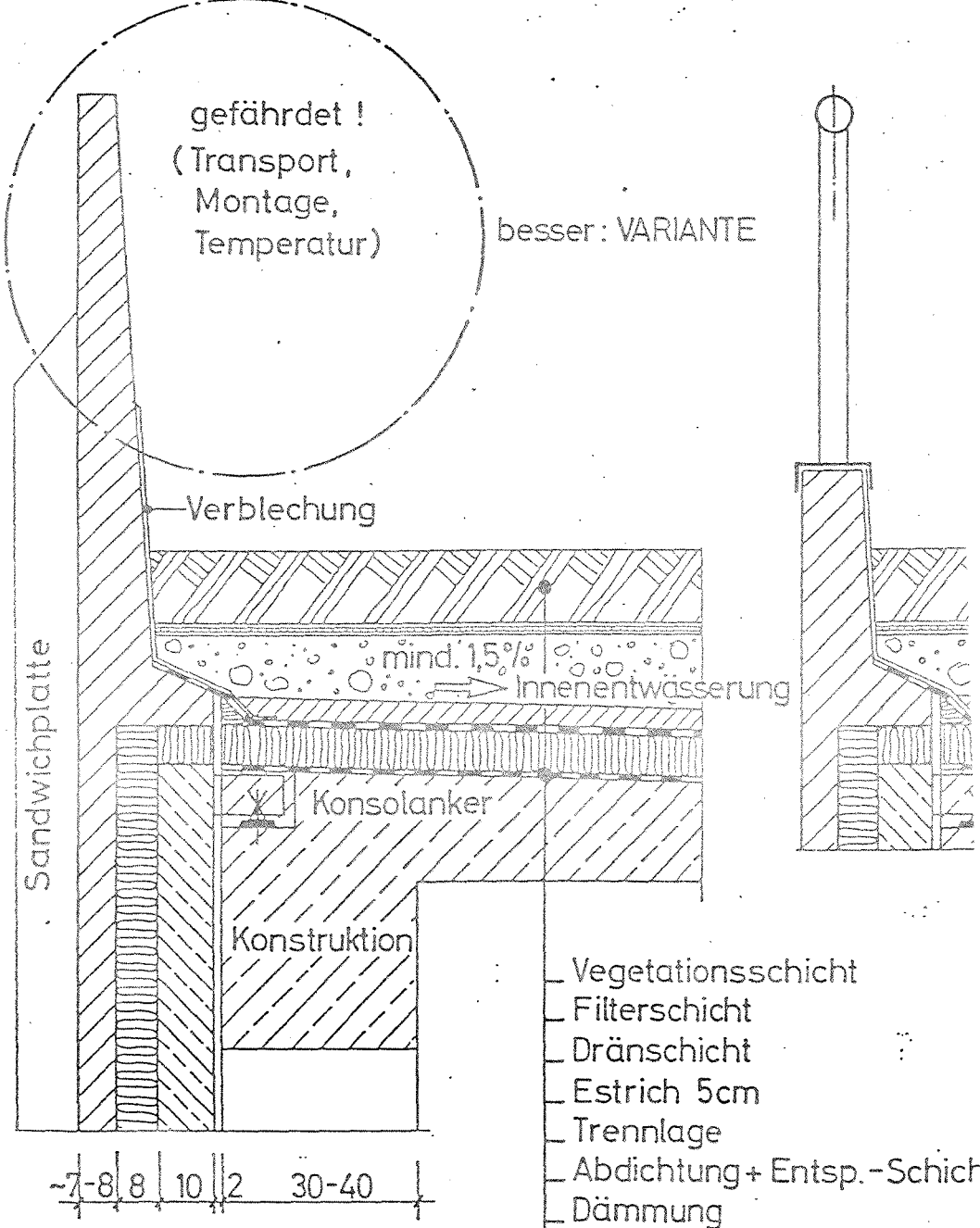
WARMDACHAUFBAU



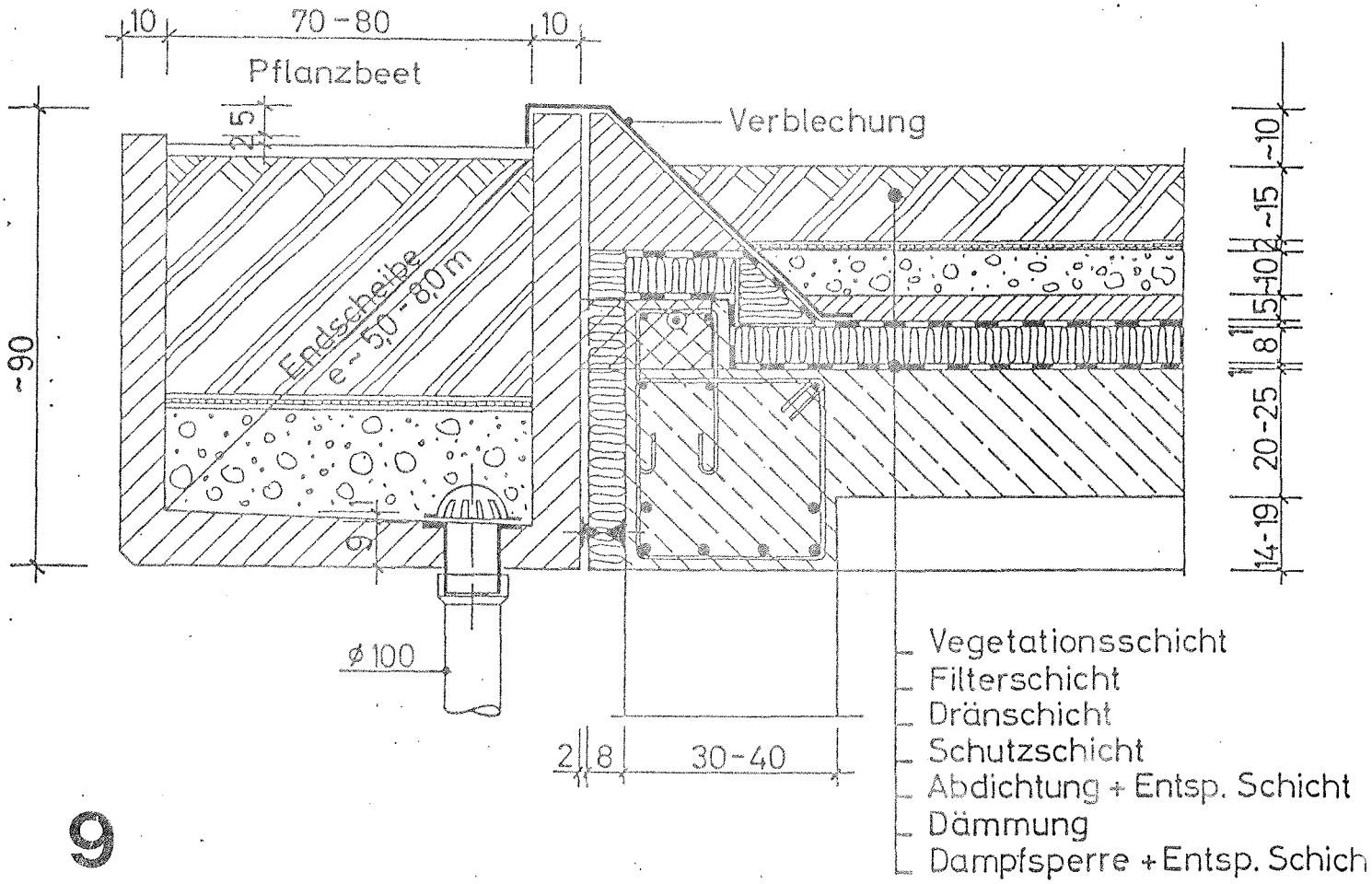




- Vegetationsschicht
- Filterschicht
- Dränschicht
- Schutzschicht
- Gleit-(Trenn-)schicht
- Abdichtungs + Entspannungsschicht
- Wärmedämmung
- Dampfsperre + Entspannungsschicht
- Gefällebeton

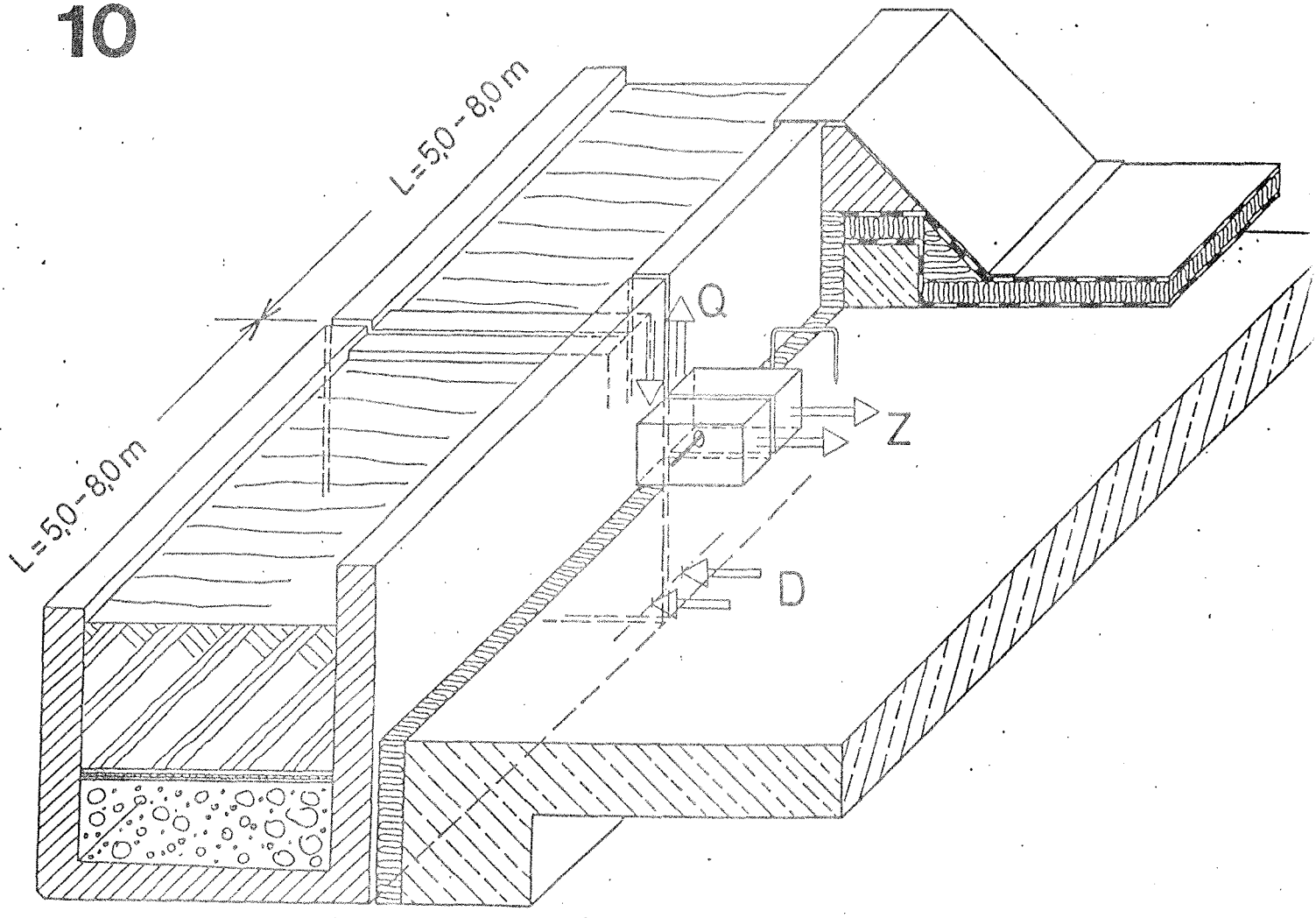


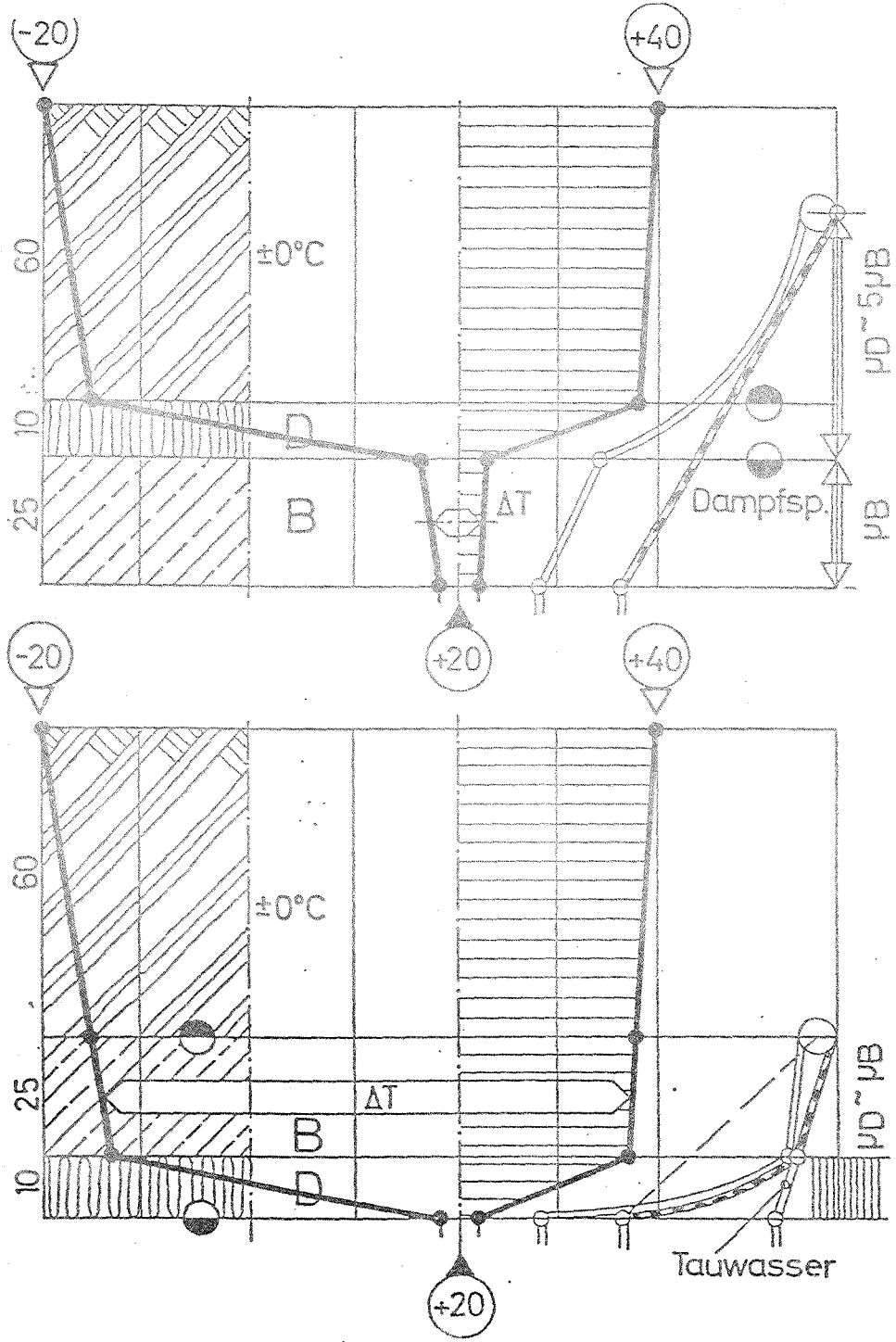
- Vegetationsschicht
- Filterschicht
- Dränschicht
- Estrich 5cm
- Trennlage
- Abdichtung + Entsp.-Schicht
- Dämmung
- Dampfsperre + Entspannungsschicht


10
70 - 80
10
Pflanzbeet
5
Verblechung
Endscheibe
e = 5,0 - 8,0 m
~90
9
ø 100
2
8
30 - 40
~10
~15
10
5
8
20 - 25
14 - 19
Vegetationsschicht
Filterschicht
Dränschicht
Schutzschicht
Abdichtung + Entsp. Schicht
Dämmung
Dampfsperre + Entsp. Schich

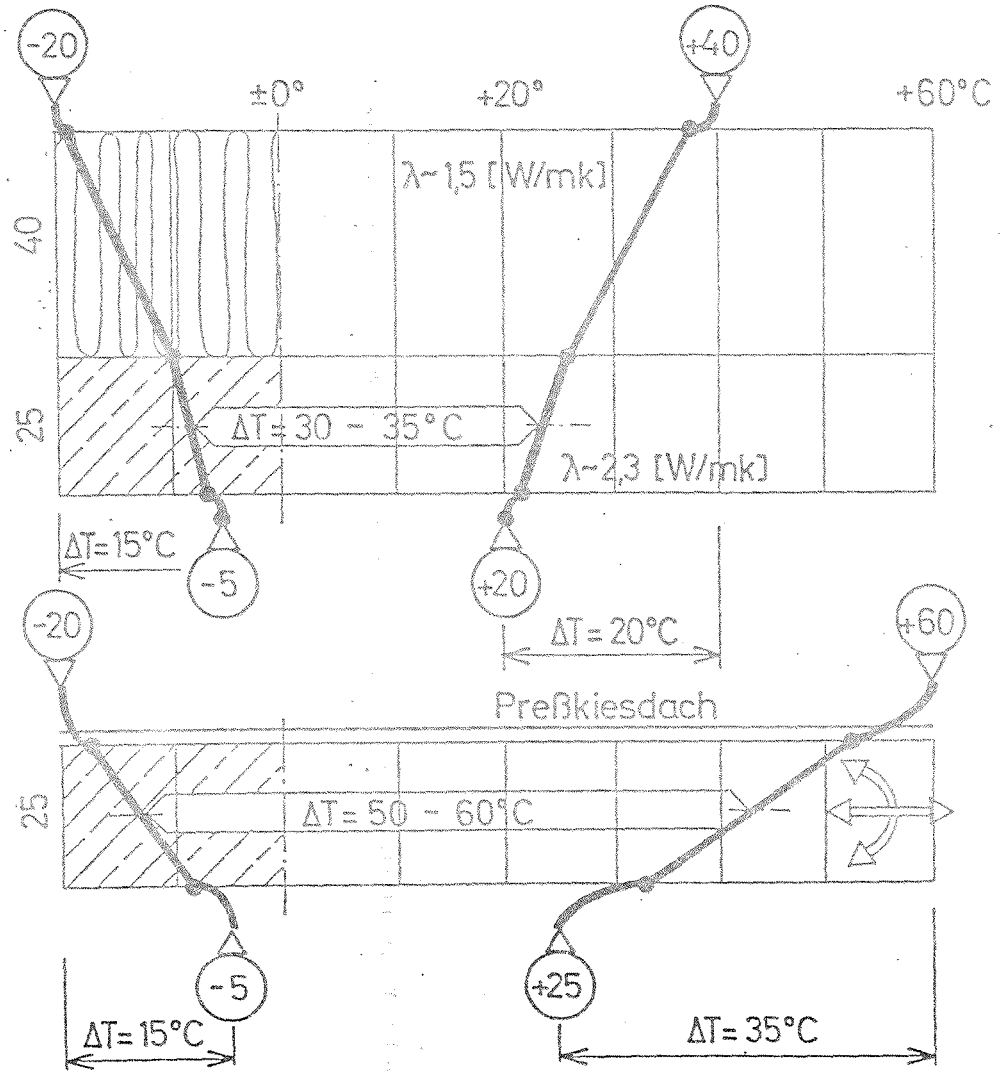
9

10


L = 5,0 - 8,0 m
L = 5,0 - 8,0 m
Q
Z
D



Decke über beheizten Räumen **11**



Decke über unbeheizten Räumen

12

A 4

WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

W. ANDERLE, Hanau

Lebensraum Ruhrgebiet

Beiträge zur Gestaltung der Wohnumwelt

DR.-ING. WALTER ANDERLE
STADTBAURAT

6450 HANAU, September 1986
RATHAUS · TELEFON (06181) 295–355
PRIVAT: AN DER WALKMÜHLE 10 · TELEFON (06181) 120034

LEBENSRAUM RUHRGEBIET - BEITRÄGE ZUR
GESTALTUNG DER WOHNUMWELT

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Gestaltung der Wohnumwelt wird mittel- oder unmittelbar durch vielfältige Interessen und Aktivitäten bestimmt.
Sie dürfen nach meiner Auffassung nicht ausschließlich auf jene reduziert werden, die sich im engsten Bereich der Wohnung, sozusagen 'vor der Haustür', ausprägen.

Aus der umfangreichen Palette möglicher Aktivitäten möchte ich mich auf einige Maßnahmen konzentrieren, mit denen der Kommunalverband Ruhrgebiet im Revier zur Gestaltung der Wohnumwelt beiträgt.

Gestatten Sie mir aber vorher ein paar kurze Bemerkungen zu den globalen Rahmenbedingungen, die es dabei zu beachten gilt :

1. In der Kernzone des Ruhrgebietes liegt der Siedlungsflächenanteil zwischen 52 und 77 % (ohne Bottrop und Hamm).
   Die Bevölkerungsdichte ist mit 2100 Einwohnern pro km^2 4 mal so groß wie in Nordrhein Westfalen (490 EW/km^2) und acht mal so groß wie in der Bundesrepublik (250 EW/km^2).

2. Das Ruhrgebiet verfügt insgesamt gesehen über eine hervorragende Infrastruktur.

3. Ein tiefgreifender wirtschaftlicher Strukturwandel ist in Gang gesetzt, mit dem Ziel, die traditionell überbetonte Ausrichtung auf den Montanbereich zu überwinden.

4. Mit 15, 2 % (Januar 1986) liegt die Arbeitslosenquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt mit 10,4 %.

5. Trotz der stagnierenden und teilweise rückläufigen Bevölkerungsentwicklung ist in den letzten Jahren ein besorgniserregender Verbrauch an Freiraum festzustellen, besonders in der Ballungsrandzone.

6. Lärm, Luftverunreinigung, Altlasten, Überbelastung natürlicher Ressourcen, Gemengelagen usw. als Folgen industrieller Ballung beeinträchtigten bzw. beeinträchtigen stellenweise Heute noch die Wohn- und Erholungsbedingungen.

Aktivitäten zur Verbesserung der Wohnumwelt im Ruhrgebiet müssen von diesen globalen Rahmenbedingungen ausgehen und einen Beitrag zur Lösung der Gesamtproblematik, d. h. zur Umstrukturierung des Gesamtraumes leisten. Sonst greifen sie zu kurz.

Nun zu den Aktivitäten :

1. Sicherung und Erweiterung des Freiraumes

Qualitätsvolles Wohnen wird durch Größe, Standard und Lage der Wohnung selbst bestimmt, aber auch dadurch, ob vor der Haustür und im Anschluß daran genügend gebrauchsfähiger Freiraum quasi als 'erweiterte Wohnung' zur Verfügung steht- Raum für sportliche Betätigung, zur Kommunikation, als Voraussetzung günstiger kleinklimatischer Verhältnisse, als beruhigende optische Kulisse usw.

Der Kommunalverband Ruhrgebiet bemüht sich seit 1920 regional bedeutsame Freiräume, die bis in die Siedlungen des Kerngebietes hineinreichen, zu sichern und zu erweitern. Mittlerweile sind 2/3 der Gesamtfläche des Ruhrgebietes in sein 'Verbandsverzeichnis Grünflächen' eingetragen. Dieses Verzeichnis garantiert dem Verband Mitspracherecht an allen raumrelevanten Planungen bis ins Baugenehmigungsverfahren hinein, um im Sinne seiner Grünpolitik wirken zu können.
Wissend, daß das Eigentum an Grund und Boden die beste Garantie zur Durchsetzung einer beabsichtigten Nutzung bietet, setzt der Verband beträchtliche Finanzmittel ein, um Freiflächen, d. h. Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft, Waldflächen, Brachflächen, also unversiegelten Boden, zu erwerben.

Heute nennt der Verband 8ooo ha sein Eigentum. Er ist damit auch größter kommunaler Waldbesitzer der Bundesrepublik geworden.
Flankierend dazu investiert der Verband seit Jahren bereits Geld und Planungsarbeit in das Programm 'Begrünungsaktion Ruhrgebiet', legt Feuchtgebiete an und pflegt sie, erarbeitet für die Großstädte und Kreise seines Gebietes die Landschaftspläne nach § 16 des Landschaftsgesetzes und betreibt mit eigenem Personal eine der natürlichen Umwelt verpflichtete und nicht auf optimalen Holzeinschlag ausgerichtete Forstwirtschaft.
In jüngster Zeit konzentrieren sich seine diesbezüglichen Aktivitäten besonders auch auf Bewertung, Sicherung und Gestaltung der innerstädtischen Restgrünflächen, die die Qualität des Wohnumfeldes unmittelbar mit bestimmen.

2. Flächenrecycling

Im Zuge des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses sind durch Aufgabe und Verlagerung von Produktionsbetrieben, Zechen und Verkehrseinrichtungen Brachen entstanden, die oft innerhalb der Siedlungen oder in ihrer unmittelbaren Nähe liegen. Was liegt näher, als diese Flächen für eine geordnete Nutzung wieder herzurichten und damit eine Chance zur Verbesserung der Wohnumwelt zu nutzen.

Der Verband hatte in Vorbereitung auf die Ruhrgebiets-Konferenz 1979 festgestellt, daß es im Revier 183 brachliegende Zechen- und Industrieflächen in einer Gesamtgröße von 2500 ha gibt. Mit dem 'Grundstücksfond Ruhr' fördert das Land den Erwerb und die Herrichtung brachgefallener Flächen, damit sie als Gewerbe- und Industriestandorte, als Wohnstandorte oder Standorte für Freizeit- und Erholungsanlagen wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können. Im Sinne einer umweltverantwortlichen und ressourcenschonenden Entwicklungsstrategie soll damit ein weiterer Einbruch in ökologisch wichtige Freiräume verhindert werden.
Der Verband hat unter Nutzung dieser Fördermittel mehrere Bergbaubrachen erworben und sie im Rahmen seines Freizeitkonzeptes in extensive Erholungsanlagen umgewandelt (Beispiel Essen).

3. Erhaltung und Verbesserung vorhandener Siedlungen

Im Ruhrgebiet gibt es etwa 350 Werkssiedlungen - als Arbeitersiedlungen bekannt -, die in ihrer städtebaulichen und soziokulturellen Qualität nicht hoch genug zu bewerten sind. Die niedrigen Mieten, die intakten Nachbarschaftsbeziehungen, die interessante Architektur, vor allem aber die hervorragenden Wohnumfeldverhältnisse wurden allerdings erst nach und nach voll erkannt.

Noch bis Anfang der 7o-er Jahre ging es der einen oder anderen Siedlung 'an den Kragen' und für manche war der Abriß schon vorbereitet, eine bessere 'Verwertung' des Bodens bereits kalkuliert.
Der Kommunalverband Ruhrgebiet hat durch frühzeitige Thematisierung des Gesamtproblems 'Arbeitersiedlungen' mit dazu beigetragen, daß ein Meinungswandel in der Bewertung und - daraus folgend - eine Korrektur der Einstellung zu diesen städtebaulichen Ensembles erfolgte.
Mit einer wissenschaftlichen Untersuchung, der eine Tagung folgte, mit der Herausgabe einer Inventarisierung der Siedlungen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf und mit weiteren Publikationen trug der Verband in einem frühen Stadium dazu bei, daß die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitersiedlungen von einem kommunalpolitischen Thema unter anderen zu einem landespolitischen Politikfeld wurde, mit entsprechend positiven Konsequenzen.
Durch günstige finanzielle Fördermöglichkeiten konnten nun bei vielen Siedlungen bauliche Mängel beseitigt und größere Modernisierungen vorgenommen werden. Städtebauliche Mißstände, die sich in vielen Fällen durch Änderungen der Erschließungssysteme ergeben hatten, konnten ebenfalls korrigiert werden.

Im Rahmen seiner planerischen Dienstleistungen nahm und nimmt der Verband desweiteren Einfluß auf die Erhaltung und Verbesserung dieser Siedlungen. Sei es durch die Aufstellung von Bebauungsplänen und Satzungen für besonders bedrohte Siedlungen, durch vorbereitende Untersuchungen usw. oder gar durch einen Wettbewerb zur Farbgestaltung.
Der engagierte Einsatz des Verbandes in dieser Sache entwickelte sich besonders auch aus der Erkenntnis, daß mit der Erhaltung und Verbesserung dieser Siedlungen vor allem hervorragende Wohnumweltbedingungen gesichert werden können.

4. Verbesserung der Freizeit und Erholungsbedingungen

Im Rahmen eines abgestuften Systems von Einrichtungen für Tages- und Wochenenderholung mit Bereichen für intensive und extensive Nutzung plante, förderte und baute der Verband Revierparks, Freizeitzentren, Freizeitschwerpunkte und Freizeitstätten. Mit diesen Einrichtungen, die aus Zeitgründen im einzelnen nicht weiter erläutert werden können, ist im Ruhrgebiet ein guter Ausstattungsgrad erreicht, der sowohl regionalen als auch innerstädtischen Ansprüchen gerecht wird.

Die Revierparks mit ihren vielfältigen Einrichtungen und Anlagen als auch die kleineren Freizeitstätten bestimmen aufgrund ihrer Lage innerhalb oder am Rande der Siedlungen die Wohnumwelt mit. Ihr posititiver funktioneller Einfluß und ihr positiver gestalterischer Beitrag sind Heute unbestritten.
Durch Modernisierung, Erweiterung und Programmverbesserung soll der positive Einfluß auf Wohnumweltqualität weiter verbessert werden.

Darüber hinaus soll das unmittelbare Wohnumfeld als Freizeitraum künftig stärker beachtet werden, da der Bürger den größten Teil seiner freien Zeit in der Wohnung oder in deren unmittelbarer Nähe verbringt und nicht wenige Bürger aufgrund mangelnder Mobilität auf die Erholung im unmittelbaren Wohnumfeld angewiesen sind.
Mit folgenden Maßnahmen kann man dem Rechnung tragen :

- Verkehrsberuhigung, Möblierung des Straßenraumes
- Nutzung der 'reinen' Abstandsflächen für Sport und Spiel
- Umfunktionierung von sterilen Blockinnenbereichen z. B. in Mietergärten, Spiel- und Kommunikationsbereiche
- Öffnung unzugänglicher Freiräume wie vereinsgebundene Sportspätze, Kleingartenanlagen, Grünflächen usw.

Die dafür aufzubringenden Finanzmittel halten sich in Grenzen.

5. Gestaltung und Nutzbarmachung der Berghalden

Die Förderung von Kohle ist mit der Förderung von tauben Gestein verbunden. Nach dem heutigen Stand der Technik kann nur ein geringer Teil des tauben Gesteins wieder unter Tage verbracht werden.

Der größte Teil des Bergmaterials - etwa 92 % - wird aufgehaldet. Die sogenannten Berghalden erhielten nicht selten ihren Standort in unmittelbarer Nachbarschaft der Wohnsiedlungen. Belastungen ergeben sich durch den mehrjährigen Antransport des Bergmaterials, oft durch Geruchsbelästigungen und schließlich nach Abschluß der Schüttungen durch die mondlandschaftsähnlichen, der natürlichen Landschaft widersprechenden Kunstberge. Seit 1952 versucht der Verband im Rahmen seiner 'Begrünungsaktion Ruhrkohlenbezirk' Althalden zu bepflanzen, um sie damit besser in die Umwelt einzufügen.
Dazu bedurfte es vieler Experimente. Schließlich ging es darum, der Natur, d. h. Bäumen, Sträuchern, Kräutern und Gräsern auf diesen Pionierböden Entwicklungschancen zu ermöglichen.
Das Ergebnis kann sich Heute sehen lassen.
Viele Althalden zeigen mittlerweile ein grünes Bild.

Heute geht man noch einen Schritt weiter. Man türmt das Bergmaterial nicht mehr in Kegel- oder Tafelformen auf, sondern versucht durch entsprechende Gestaltung (Formgebung) eine bessere Integration in die natürliche oder gebaute Umwelt zu erreichen. Mit Formgebung und Bepflanzung verbindet man auch Möglichkeiten unterschiedlicher Nutzung. So kann eine Bergehalde im Endzustand durchaus ein begrünter Berg mit einem Netz von Spazierwegen sein oder durch entsprechende Ausformung in idealer Weise Sport- und Freizeitanlagen aufnehmen. Sogar über Hangbebauungen wird nachgedacht.

Damit kann an vielen Standorten im Ruhrgebiet ein deutlicher Beitrag zur Verbesserung der Wohnumwelt geleistet werden.

Meine Damen und Herren,
selbstverständlich versucht man in den Städten des Reviers auch die Wohnumwelt durch vielfältige Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, Wohnumfeldgestaltung, Modernisierung und Stadterneuerung zu verbessern.
Die dabei gewonnenen Erfahrungen unterscheiden sich nach meiner Auffassung aber nicht so sehr

von denen ,

die in anderen Gemeinden gesammelt wurden und die in verschiedenen Referaten dieser Tagung bereits vermittelt werden konnten oder noch vermittelt werden.
Deswegen wollte ich mich in meinem Referat auf einige ruhrgebietstypische Aktivitäten zur Verbesserung der Wohnumwelt konzentrieren, um nicht bereits Gesagtes noch einmal - wenn auch variiert - wiederholen zu müssen.

A 4

WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

TH. ÖSTERREICHER, Wien

Die Gestaltung der Wohnumwelt durch die gemeinnützigen Bauvereinigungen

A 4: WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

(Referate 7 bis 9)

Th. ÖSTERREICHER, Wien:

Die Gestaltung der Wohnumwelt durch die gemeinnützigen Bauvereinigungen

Bei der Bedeutung, die der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft im österreichischen Wohnungswesen zukommt, werden Probleme der Gestaltung der Wohnumwelt naturgemäß einen besonderen Stellenwert einnehmen müssen.
In der öffentlichen Meinung werden die gemeinnützigen Bauvereinigungen als die primären Bauträger in Österreich auch im gleichen Maße für die Gestaltung der Wohnumwelt verantwortlich gemacht. Diese Verantwortung hat ihre Grenzen in eingeschränkten rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die den gemeinnützigen Bauvereinigungen in diesem Bereich eingeräumt werden. Diese Beschränkungen im Detail darzustellen ist aber Thema des Arbeitskreises A 5. Sie sollen daher hier nur angedeutet werden.

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft fühlt sich aber für die Gestaltung der Wohnumwelt selbst mehr verantwortlich, als dies dem gesetzlichen Auftrag entspricht. Im Zuge einer nunmehr schon dreijährigen Diskussion in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft über eine zukunftsorientierte Leitlinie gemeinnützigen Wirkens wurde diesem Thema bemerkenswert viel Raum gegeben. So hat sich einer von sieben eingesetzten Arbeitskreisen mit Problemen der "Technik und Umwelt" befaßt und

./2

ein umfangreiches Papier mit Vorschlägen zur Verbesserung der Wohnumwelt erstellt. Die darin enthaltenen Grundsätze sollen im folgenden kurz dargestellt werden.
Auf der Basis der Ergebnisse dieses Arbeitskreises sind die Vorschläge zur Gestaltung der Wohnumwelt auch in das heuer fertiggestellte neue Grundsatzprogramm der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft eingeflossen. Dieses Programm wird anläßlich des 40jährigen Jubliäums des Verbandes im Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft bekennt sich darin als Träger und Realisator aller wesentlichen Innovationen im Wohnbau auch zu ihrer Verantwortung zur Gestaltung der Wohnumwelt.

"Die wichtigste Entscheidung über die künftige Wohnqualität fällt schon beim Erwerb eines Grundstückes. Sorgsam geprüft muß deshalb werden, ob die allgemeine Infrastruktur für Einkauf, Bildung, Gesundheit, Sport und Kommunikation der Bewohner gesichert und die Umweltbelastung durch Verkehr und Betriebsstätten zumutbar ist. Neben der gegebenen Situation sind längerfristige Veränderungen zu beachten bzw. sind mögliche und anzustrebende Veränderungen zu berücksichtigen.

Besonders wichtig bei der Objektplanung sind die äußere Form und die Gestaltung der inneren Funktionen; denn sie sind Ausdruck kulturellen Selbstverständnisses. Mit der sorgfältigen Gestaltung neuer Häuser, mit der einfühlsamen Sanierung alter Bausubstanz entsprechen die gemeinnützigen Bauvereinigungen ihrer kulturellen Verantwortung für das Ambiente unserer Städte und Dörfer."

./3

Und weiter heißt es:

"Nicht zuletzt sind auch die wohnmedizinischen Aspekte anzuführen: Viel Licht und Sonne, dauerhafte und pflegeleichte Ausstattung und Einrichtung sowie ein flexibles Raumprogramm sind wesentliche Voraussetzungen für ein angenehmes Wohnen.

Alle diese qualitativen Kriterien gelten sowohl für den Neubausektor als auch für die Maßnahmen zur Erneuerung unserer Städte und Dörfer. Die gemeinnützigen Bauvereinigungen stellen sich dieser neuen Aufgabe, betrachten sie jedoch in ihrem umfassenden Sinn. Neben der Sanierung einzelner Häuser muß es zu einer tiefgreifenden Reform der Infrastruktur kommen. Ein Zurückdrängen des Verkehrs und anderer Faktoren, welche die Stadt unwirtlich gemacht haben, bei gleichzeitiger Wiederherstellung einer vernünftigen Versorgungsinfrastruktur, sind die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Stadterneuerung."

Wie aber bereits erwähnt wurde, stehen diesen zukunftsorientierten Gedanken beachtliche rechtliche und wirtschaftliche Hemmnisse entgegen. Aber auch die Abgrenzung des Begriffsinhaltes "Wohnumweltgestaltung" und die Relation zu den Trägern der Wohnumweltgestaltung bedarf einer Darstellung. Durch die in den Wohnrechtsgesetzen (MRG, WGG, WEG etc.) normierte Objektsbezogenheit ergibt sich eine Unterscheidung in "innere" und "äußere" Wohnumwelt. Im Bereich der inneren Wohnumwelt ist grob zu differenzieren zwischen der Gestaltung in der Wohnung, im Hause und auf der Liegenschaft. Die äußere Wohnumwelt betrifft die Bereiche Infrastruktur, Verkehr, Natur und Immissionen.

./4

Als Träger der Wohnumweltgestaltung treten teils konkurrenzierend die öffentlichen Hände - Bund, Land, Gemeinden, zweckgebundene Einrichtungen -, gemeinwirtschaftliche Unternehmen - gemeinnützige Bauträger, Fonds - und natürlich auch private Hauseigentümer auf. Die Zuordnung dieser Träger der Wohnumweltgestaltung zu den einzelnen Bereichen bzw. Elementen ergibt sich aus gesetzlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft ist daher primär zur Gestaltung der inneren Wohnumwelt berufen, da sie weder nach ihrem gesetzlich vorgegebenem Geschäftskreis, noch auf Grund der streng objektsbezogenen Preisgestaltung nach dem Kostendeckungsprinzip in ausreichendem Maße an der Gestaltung der äußeren Wohnumwelt mitwirken kann. Sieht man davon ab, daß die Errichtung von Wohnbauten bzw. deren Ausgestaltung auch in der Verwaltungsphase an sich schon ein Gestaltungselement äußerer Wohnumwelt ist, bleibt den gemeinnützigen Bauvereinigungen sonst fast nur die Tätigkeit im Auftrag anderer Träger. Beispielsweise seien hier angeführt Stadterneuerungsmaßnahmen, Gebietsbetreuungen, aber auch Betreuungen für Gebietskörperschaften, wie etwa die Errichtung von Gemeindezentren, Schulen, Sportanlagen etc.

Die Praxis der Wohnumweltgestaltung ergibt sich - vereinfacht dargestellt - durch Vorgaben von außen, wie Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, baubehördliche Vorschriften, Auflagen von Fondsgebern etc. oder autonom durch den Wohnbauträger. Im letzteren Bereich kommt der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft eine Rolle zu, die sich wesentlich von anderen Bauträgern bzw. Hauseigentümern unterscheidet. Nicht umsonst kommen Begriffe

./5

wie "vollwertiges Wohnen" aus Eigeninitiativen gemeinnütziger Bauvereinigungen, die zwar nicht zur generellen Norm werden können, aber für die Entwicklung des Wohnens eine richtungsweisende Neuorientierung darstellen.

Die Einflüsse der Tätigkeit gemeinnütziger Bauvereinigungen auf die natürliche und bebaute Umwelt sind sicherlich von ihrem Stellenwert geringer als jene anderer Zweige der Bauwirtschaft. Autobahnen die natürliche Lebensräume brutal durchschneiden, Kraftwerke über deren Umwelteinfluß genügend diskutiert wurde oder emitierende Industrieanlagen spielen hier sicherlich eine weit größere Rolle. Dennoch ist im Bewußtsein der Menschen die Wohnungswirtschaft überproportional für die Umweltgestaltung verantwortlich gemacht worden, da für den Wohnenden die tägliche Konfrontation mit der "Umwelt vor der Haustür" gegeben ist.
Die Einflüsse auf die natürliche Umwelt durch die Wohnbauträger können positiv und negativ sein. Zu den positiven zählen sicher die Integration von Wohnhausanlagen in die natürliche Umwelt (Vermeidung von Zersiedelung, Schonung wertvoller Pflanzenbestände, Bedachtnahme auf charakteristische Landschaftsformen), die Gestaltung von Außenanlagen (Grün- und Erholungsflächen in Wohnanlagen, Pflanzen am Bau - Begrünung von Loggien, Dächern und Mauern) sowie die Installation emissionsarmer Anlagen, speziell für Heizung und Warmwasserversorgung. Diese positiven Einflüsse werden aber - berechtigter Weise - als selbstverständlich empfunden. Bei ihrem Nichtvorhandensein aber als negativ und damit als imageschädigend besonders

./6

herausgestellt. Ähnlich stellen sich die Einflüsse der Bauträger positiv und negativ im Bereich der bebauten Umwelt dar. Dies gilt insbesondere für die Stadterneuerung, die in der öffentlichen Meinung - noch mehr aber in der veröffentlichten Meinung -, primär mit Erhaltung bestehender Bausubstanz assoziiert wird. Es wird dabei übersehen, daß durchaus auch etwa Lückenverbauungen mit entsprechender Integration in bestehende bauliche Ensembles Stadterneuerungsmaßnahmen darstellen, die immer notwendig waren und es auch künftig sein werden. Siedlungsgebiete wachsen organisch und es wäre sicher undenkbar, wenn nicht für eine zeitgemäße organische Erneuerung Sorge getragen wird.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß die gemeinnützige Wohnungswirtschaft als Träger der Wohnumweltgestaltung eine sehr bedeutende Rolle spielt, die jedoch mehr in das Bewußtsein der Bevölkerung getragen werden müßte. Kein anderer Wirtschaftszweig ist freiwillig bereit, seine Produkte auch in ein qualitativ adäquates Umfeld zu stellen. Diesem Verantwortungsbewußtsein, daß sich aus dem sozialen Auftrag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft ableitet, sollte aber auch der Gesetzgeber durch die Schaffung effizienter rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen Rechnung tragen.

A 4

WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

H. M. KNOFLACHER, Graz

Ökologie und Technik - Probleme und Lösungsansätze am Beispiel der Wohnumwelt

ÖKOLOGIE UND TECHNIK - PROBLEME UND LÖSUNGSANSÄTZE AM BEISPIEL DER WOHNUMWELT

Dr.H.M.Knoflacher, Institut f. Umweltforschung, Graz

Ökologie und Technik stehen symbolisch für einen grundlegenden Verständniswandel. Für einen Wandel des gesellschaftlichen Weltbildes, welcher ungern gesehen, beiseite geschoben wird. Einen Wertewandel, der den Vorstellungsänderungen vom geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild gleichzusetzen ist.

Technik kann symbolisch für das anthropozentrische Weltbild gesetzt werden, das noch immer unsere Gesellschaft bestimmt.Technik - Vollzug des christlichen Auftrages ".. macht euch die Erde untertan ". Ein Leitgedanke der hinter allen Planungsüberlegungen steht - und seien sie noch so grün gefärbt. Ein Leitgedanke, der auch jene absurden Ideen nährt, die eine Erschaffung von sich selbst erhaltenden Systemen für notwendig halten. Die Einsicht, daß es Maße und Dimensionen geben kann, die nicht unseren Wünschen und Vorstellungen entsprechen sind diesem Denken fremd. Wie einst Prokrustes zwingen diese Ideen ihre Träger Langes kurz und Kurzes lang zu machen. Wie falsch dabei das Maß sein kann sehen wir an den fast allgegenwärtigen, sogenannten Umweltproblemen.

Demgegenüber beginnt sich allmählich ein Weltbild zu formen, welches vielfach mit "ökologischer Denkweise"

gleichgesetzt wird. Es läßt sich vielleicht als synzentrisches Weltbild bezeichnen; enthält es doch die Erkenntnis, daß auch wir die Gesetze der Biosphäre,deren Teil wir sind,nicht bedenkenlos verletzen können. Bestandteil dieser Erkenntnis ist auch, daß wir ohne Ökosysteme nicht lebensfähig sind, daß wir nur mit ihnen überleben können.

Wie wenig dieses Denken in unserer Gesellschaft verankert ist sehen wir an den Begriffen, die gemeinhin für Aussagen in Verbindung mit Ökosystemen und Ökosystemteilen angewandt werden. Dabei wird regelmäßig von der Umwelt gesprochen, einem Begriff der den jeweiligen Betrachter stets seiner Umgebung gegenüberstellt. Eine Grenzziehung, die sich fatal auswirkt, wenn Probleme gelöst werden sollen, bei denen der Betrachter gleichzeitig Leidtragender und Mitverursacher des Leidens ist.

Sollte bewußt gemacht werden, daß nicht alles Ungemach von "außen" kommt, so wären Begriffe wie "Mitwelt" oder "Mitweltschutz" wohl besser dafür geeignet.

In dem Wechselspiel mit unserer "Mitwelt" geht es nicht um eine kategorische Ablehnung der Technik im engeren Sinn, sondern um das richtige Maß. Kurz darum wieviel von welcher Technik wir wo brauchen.Im gleichen Gedankenschritt ist zu überprüfen wieviel wir unserer Mitwelt an Leistungen abverlangen können, ohne ihren

Bestand zu gefährden.

Beispiel Wohnumgebung

Die Wohnumgebung als Vorfeld eines der zentralen menschlichen Lebensbereiche wird in unserem Selbstverständnis in einer Einheit mit der Wohnung gesehen. Wenn es irgendwie möglich ist, wird die engere Wohnumgebung auch in die eigene Verfügungsgewalt gebracht (wie es der ungebrochene Trend zum eigenen Heim mit Grundstück zeigt). Damit wird die Wohnumgebung auch unter den persönlichen Schutz des Besitzers gestellt. Sie wird Bestandteil des Bereiches, den man gegen Eingriffe von außen verteidigt. Überlegungen, ob von diesem Bereich auch negative Wirkungen ausgehen können, kommen dabei kaum auf.

Ais wissenschaftlich, ökologischer Sicht sind Wohnung und Wohnumgebung Bestandteile unserer Ökosysteme. Damit sind diese Bereiche auch direkt in die Wechselbeziehungen dieser Systeme eingebunden. Zunehmende Belastungen durch Schadstoffe wirken sich deshalb auch zunehmend auf die Wohnumgebung aus, wie auch zunehmende Freisetzung von Schadstoffen eine Zunahme der allgemeinen Belastung bewirken.

Sinnvolle Anforderungen an die Wohnumgebung müssen deshalb so formuliert sein, daß gleichzeitig

- lebenswerte Bedingungen für den Menschen geschaffen und

- Belastungen anderer Ökosystemteile vermieden werden.

Das die Schaffung ansprechender Bedingungen in der Wohnumgebung kein ernsthaftes Problem darstellt beweisen Beispiel aus vielen Jahrhunderten. Das dadurch ernsthafte Probleme für andere Ökosystemteile entstehen können beweisen die letzten Jahrzehnte. In dieser kurzen Zeitspanne ist es mit den technischen Hilfsmitteln gelungen einen "Wohnkolonialismus" beachtlichen Ausmaßes zu entwickeln. Anstatt Lösungen vor Ort zu suchen ließ man Siedlungen in das freie Land wuchern. Mit Hilfe der Übertechnisierung in der Landwirtschaft konnten Flächen freigesetzt werden, auf denen die Suche nach der ländlichen Idylle neu begann. Der neue Typ des Landbewohners brachte Lebensgewohnheiten mit, durch die vorher unbekannte Ansprüche an die Umgebung erwuchsen. Als Beispiel seien die Probleme mit der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung genannt, die vroher nur aus städtischen Bereichen bekannt waren.
Günstige Grundstückspreise in "nutzlosen Gebieten" führten zur Zerstörung ökologisch hochwertiger Gebiete, wie z.B. von Auwäldern. Der Wunsch nach dem eigenen Freizeitheim wandelte so manchen Waldsaum in eine Häuserzeile um. Übriggeblieben Plagegeister konnte man dank der chemischen Arsenale in unseren Haushalten leicht loswerden.Chamäleongleiche Wandlungen von Güter-

wegen verhalfen so mancher Alp zum Alptraumdorf.
Im Gegenzug gelang es findigen Geistern in Wohngebieten belastende Betriebe, wie z.B. Altölentsorgungsanlagen zu erreichten.

Diese kurze Auflistung von Beispielen sollte die Gesamtproblematik nur skizzieren. Wesentlich ist, daß die bisher üblichen Instrumentarien der Gesetzgebung und Verwaltung offenbar die auftretenden Probleme nicht bewältigen können. - Überforderte Sachverständige und Politiker müssen Entscheidungen treffen, deren Tragweite für sie nicht absehbar ist. Die Praxis der Rechtsprechung läßt Umweltdelikte im Lichte von Kavaliersdelikten erscheinen. Verwaltungsgrenzen stehen "grenzenlosen" Verschnutzungen gegenüber etc.

Lösungsansätze

Wie bei allen Problemen, die in komplexen Systemen auftreten lassen sich auch hier keine Patentlösungen anbieten. Es müssen abgestimmte Teillösungen gesucht werden, die einerseits eine verstärkte Sanierung traditioneller Wohnbereiche und andererseits eine Verhinderung der Ökosystembelastungen durch Siedlungstätigkeiten bewirken.

Sanierungen traditioneller Wohnbereiche können nicht nur auf gestalterische Lösungen und strukturelle Verbesserungen beschränkt bleiben.Hier müssen auch Maßnahmen einsetzen, die eine Minimierung der Schadstoff-

belastungen bewirken.
Dafür ist ein Sanierungsverfahren zu fordern, welches nach einer Belastungsprüfung (zur Feststellung der tatsächlich vorhandenen Immissionen)anzusetzen wäre. Dabei müßten alle in Frage kommenden Belaster abgestimmte Maßnahmen zur Emissionsreduktion ergreifen und deren Wirksamkeit nachweisen.

Zur Vermeidung von strukturell bedingten Um-, bzw. Mitweltproblemen sind bereits Flächenwidmungspläne einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. In diesem zweistufig anzulegenden Verfahren ist im ersten Schritt die Umweltverträglichkeitserklärung zu erstellen. Für fehlende Grundlagen, die eine längere Beobachtungszeit erfordern (z.B. Klimamessungen) sind entsprechende Erhebungen zu veranlassen, deren Ergebnisse spätestens beim zweiten Verfahrensschritt vorliegen müssen. Bei diesem, der eigentlichen Umweltverträglichkeitsprüfung, muß von einer unabhängigen Stelle die Flächenwidmungspläne auch in Querbezug zu benachbarten Flächenwidmungsplänen umfaasend auf ihre Um-,bzw.Mitweltverträglichkeit zu überprüfen.

A 4

WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

U. PECHINGER, Wien

Meteorologische Aspekte der Umweltbelastung in Siedlungsgebieten

METEOROLOGISCHE ASPEKTE DER UMWELTBELASTUNG IN SIEDLUNGSGEBIETEN

Ulrike Pechinger
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik
Hohe Warte 38, A-1190 Wien

Kurzfassung:

Die Ausbreitung von Luftbeimengungen hängt von den meteorologischen Verhältnissen in der für die Ausbreitung maßgebenden Schicht ab. Diese werden einerseits durch die großräumige Wetterlage und andererseits durch lokale Gegebenheiten bestimmt. Einflußfaktoren, die bei der Schadstoffausbreitung in verbautem Gebiet zu berücksichtigen sind, werden beschrieben und die wesentlichen Bestandteile von Ausbreitungsmodellen zur Berechnung der Schadstoffbelastung in Siedlungsgebieten aufgezeigt. Ergebnisse aus im Wiener Stadtgebiet durchgeführten Meßeinsätzen sowie von Modellberechnungen werden zur Illustration angeschlossen.

1. Einleitung

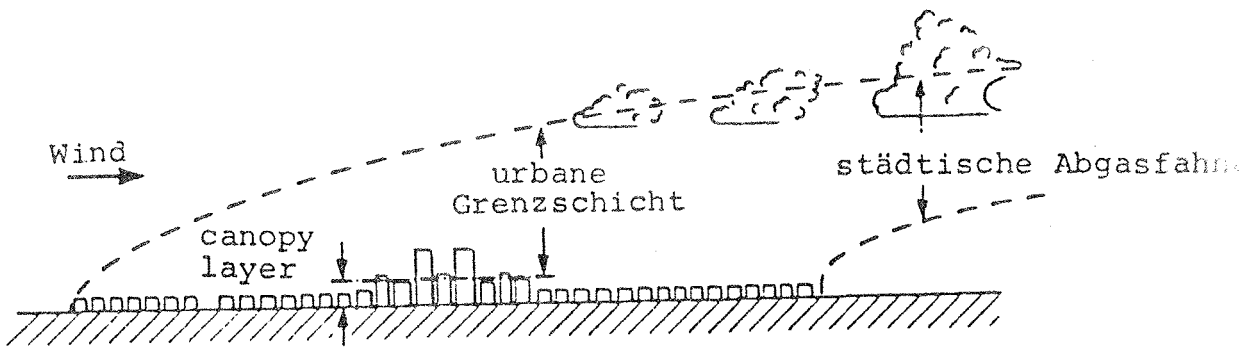
Schadstoffe, die in die Atmosphäre eingebracht werden, sind zwischen dem Ort ihrer Emission und dem jeweiligen Rezeptorpunkt einer Reihe von Prozessen ausgesetzt. Sie werden durch den mittleren Wind (Translation) verfrachtet, unterliegen der Verdünnung durch Turbulenz (Diffusion), können durch physikalische oder chemische Vorgänge (Transformation) umgewandelt werden und werden letztlich trocken oder naß deponiert (Deposition). Im städtischen Raum ist sowohl die Emissionsdichte groß als auch die Anzahl menschlicher Rezeptoren und es ist daher unbedingt notwendig, Stadteffekte auf die Ausbreitungsbedingungen von Schadstoffen eingehend zu studieren und bei der Planung zu berücksichtigen.

2. Modifikation des Temperatur- und Windfeldes durch Städte und ihre Auswirkungen auf die Ausbreitung von Schadstoffen in der Atmosphäre

Es gibt im Prinzip zwei wesentliche Eigenschaften, die die Oberflächen der Stadt von jener des Landes unterscheiden in bezug auf ihre Auswirkung auf die Ausbreitungsbedingungen von Schadstoffen in der Atmosphäre. Dies sind einerseits höhere Temperaturen innerhalb der Stadt und damit verbunden ein verstärkter Wärmefluß in die Atmosphäre (Wärmeinseleffekt), andererseits die größere Rauhigkeit der Oberfläche durch Gebäude. Andere Effekte, wie zum Beispiel vermehrte Wasserdampfproduktion oder andere Beschaffenheit des Oberflächenmaterials können in bezug auf die Ausbreitung der Schadstoffe vernachlässigt werden.

Die von der Stadt beeinflußte Atmosphäre kann in zwei Regionen gegliedert werden (Abb.1): a) die Schicht zwischen Erdboden und Dachniveau, die sogenannte 'canopy layer',
b) die urbane Grenzschicht.

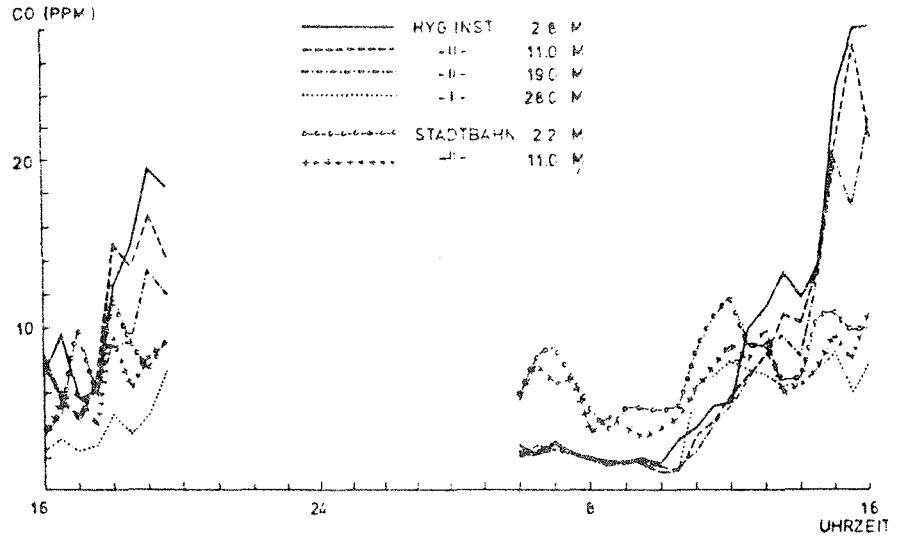
Abb. 1: Schematische Darstellung der von der Stadt beeinflußten Atmosphäre (nach Oke)



A) Ausbreitungsverhältnisse in der 'Canopy layer':

Im einzelnen sind die Vorgänge innerhalb der Straßenzüge wegen der uneinheitlichen Temperatur- und Windverhältnisse äußerst komplex. Messungen der CO-Verteilung im Stadtgebiet von Wien (Böhm und Piringer,1986) zeigten zum Beispiel, daß an besonnten Fassaden infolge der verstärkten Thermik die Schadstoffe deutlich bis in größere Gebäudehöhen gemischt werden, während sie an der beschatteten Seite des Straßenzuges überwiegend in Bodennähe zu finden waren (Abb.2).

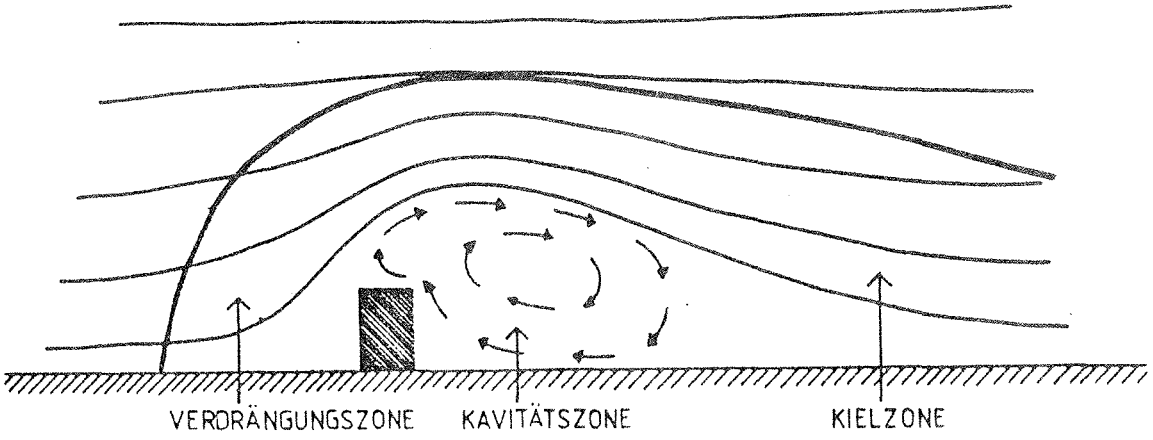
Abb. 2: Ergebnisse von CO-Messungen an Fassaden



Anmerkung: Hygiene Institut am Nachmittag besonnt.

Emissionen in Dachniveau wie z. B. durch Hausbrand unterliegen zunächst dem Gebäudeeinfluß, wobei es innerhalb der Kavitätszone zur Verwirbelung und lokal zu deutlich erhöhten Belastungen kommen kann (Abb. 3).

Abb. 3: Modifikation des Strömungsfeldes durch Gebäude



B) Ausbreitungsverhältnisse in der urbanen Grenzschicht

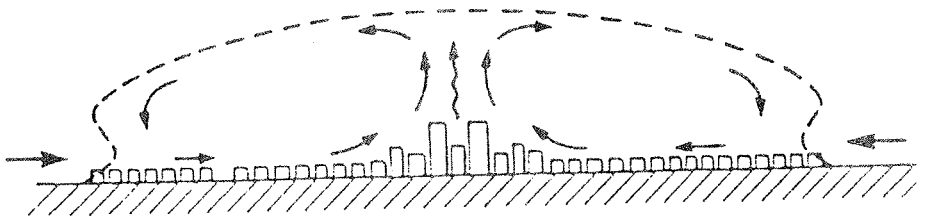
Bei Modellen, die die Schadstoffausbreitung über ein ausgedehnteres Gebiet simulieren, wird häufig angenommen, daß sich die Schadstoffe innerhalb der Straßenzüge bis zum Dachniveau homogen durchmischen. Die eigentliche Berechnung der Schadstoffausbreitung erfolgt dann für den Bereich der urbanen Grenzschicht.

Wärmeinsel und erhöhte Bodenrauhigkeit modifizieren sowohl das Temperaturfeld als auch die Windverhältnisse über der Stadt. Im allgemeinen findet man über der Stadt eine geringere Stabilität der Schichtung vor als über dem Land, was auch eine Reduzierung der Intensität bodennaher Inversionen zur Folge hat. Die Unterschiede sind tagsüber geringer ausgeprägt als nachts, wo auch der Wärmeinseleffekt am größten ist.

Der Einfluß der Stadt auf das Windfeld ist komplizierter.

Bei schwachem Wind oder Calmen bildet sich durch die Stadt ein eigenes Zirkulationssystem aus, wobei Windgeschwindigkeiten von einigen Metern pro Sekunde auftreten können (Abb. 4).

Abb. 4: Zirkulationssystem bei großräumig schwachem Wind



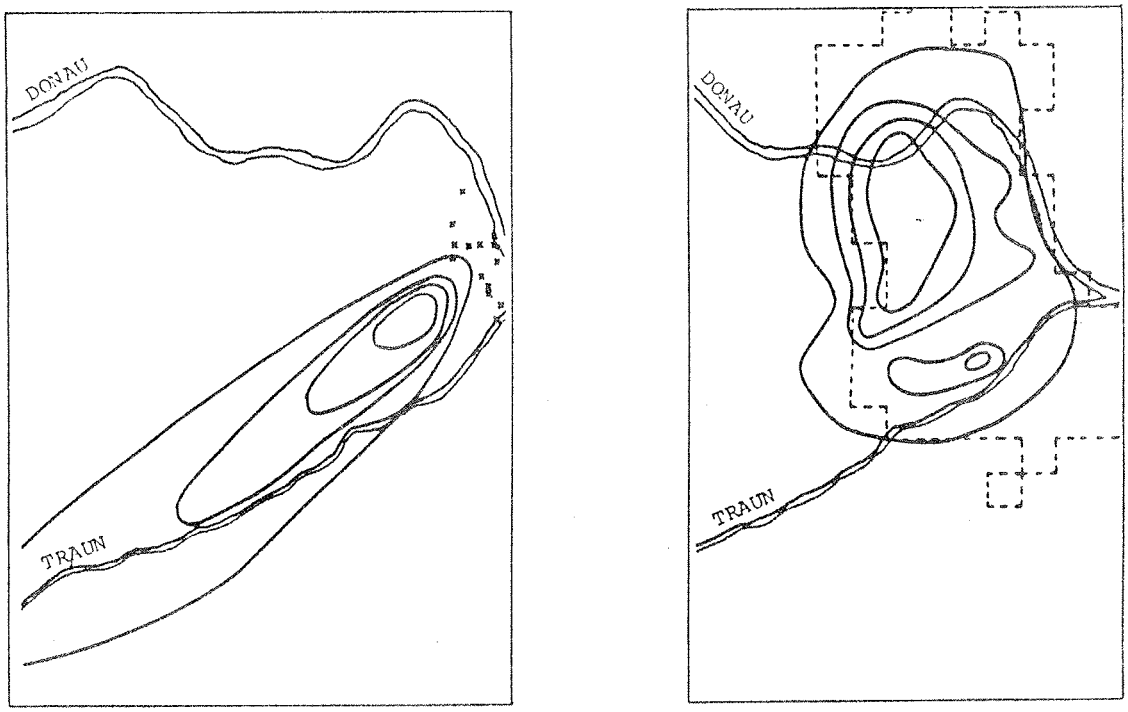
Auch bei stärkeren Wind kommt es zu einer Drehung des Windfeldes, wobei am luvseitigen Rand der Stadt der Wind infolge der erhöhten Rauhigkeit zunächst abgeschwächt wird, während als Folge des Wärmeinseleffekts die Strömung leewärts beschleunigt wird.

Um die einzelnen Effekte bei der Berechnung der Schadstoffausbreitung umfassend berücksichtigen zu können, wurden zahlreiche Modelle entwickelt, die zum Teil zunächst die meteorologischen Ausgangsfelder numerisch simulieren, welche die Dispersion der Schadstoffe steuern. Ein derartiges Modell ist zur Zeit an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Entwicklung (Bornstein et al., 1985).

In der Praxis wird jedoch meist ein wesentlich einfacheres

Gauß-Modell zur Berechnung der Schadstoffbelastung herangezogen. Dieses enthält unter anderem die Annahme stationärer und horizontal homogener meteorologischer Verhältnisse. Damit können sowohl für Punktquellen (Industrieanlagen) als auch für Flächenquellen (Hausbrand) die Immissionsbelastungen in der Umgebung berechnet werden. In Abb. 5 sind als Beispiel typische Immissionskonzentrationsfelder, die mit einem Gauß-Modell für zwei unterschiedliche Emissionssituationen gerechnet werden, dargestellt.

Abb. 5: Immissionskonzentrationen bei neutralen Ausbreitungsverhältnissen und schwachem Wind als Folge von Emissionen aus
a) Punktquellen* b) Flächenquellen***



In Verbindung mit gezielten Messungen zur Erfassung der lokalen Ausbreitungsverhältnisse kann damit ein wichtiges Instrumentarium zur Beurteilung umweltrelevanter Auswirkungen bestimmter Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Literatur

Böhm, R. und M. Piringer, 1986: Windverhältnisse und CO-Immissionsbelastung an einer Straßenkreuzung am Wiener Gürtel - eine Fallstudie. In Vorbereitung.

Bornstein, R., Klotz, S., Street, R., Pechinger, U. und R. Miller, 1985: Modeling The Polluted Coastal Urban Environment. Vol. I. The PBL Model. EPRI, Res. Pr. 1630-13.

Oke, T.R.: nicht veröffentlicht

A 4

WOHNUMWELT - ÖKOLOGIE UND TECHNIK

W. ROSINAK, Wien

Wohnumweltgestaltung am Beispiel "Hörnesviertel" in Wien

Bewertung der Verkehrsberuhigung als Mittel der Assanierung

WOHNUMWELTGESTALTUNG AM BEISPIEL "HÖRNESVIERTEL" IN WIEN

1. EINLEITUNG

Während die Verbesserung des Wohnumfeldes bis vor kurzem auf verkehrliche und gestalterische Aspekte reduziert war, treten nunmehr angesichts der drohenden Entvölkerung der städtischen Kerngebiete stadtstrukturelle Aspekte immer mehr in den Vordergrund:
Im Maßnahmenbündel, das der Stadtrandwanderung entgegenwirken soll, hat die Wohnumweltgestaltung, haben verkehrsberuhigende Maßnahmen, hat die Neuordnung des öffentlichen Raumes einen hohen Stellenwert.
Es fällt auf, daß die Wohnumfeldgestaltung meist über programmatische Erklärungen, was sein soll, über bunte Pläne nicht hinauskommt. Im folgenden soll anhand eines realisierten Beispiels der flächenhaften Wohnumfeldgestaltung im Hörnesviertel, einem Teilgebiet des 3. Wiener Gemeindebezirkes, gezeigt werden, was sich beim derzeitigen Stand der Rahmenbedingungen und bei realistischer Betrachtung "machen" läßt. Dabei werden die Planung, die Umsetzung, die Maßnahmen, die Wirkungen und letztlich die Einschätzung der Bevölkerung behandelt.

2. DAS HÖRNESVIERTEL

Das Hörnesviertel liegt im 3. Wiener Gemeindebezirk unmittelbar am Donaukanal. Es handelt sich um ein typisches gründerzeitliches Wiener Wohnviertel, mit überwiegend 4 - 5-geschoßigen Wohngebäuden, die fast zur Gänze vor 1918 errichtet wurden. Bedingt durch das hohe Baualter besteht ein jährlicher Sanierungsbedarf von 35 Mio. S. Auf einer Fläche von 8,2 ha wohnen insgesamt etwa 2800 Einwohner in ca. 1500 Wohnungen. Das Hörnesviertel wird durch etwa 1600 m Straßen erschlossen, die vorhandenen 950 Parkplätze sind des Nachts vollständig ausgelastet.
Die Idee zur Umgestaltung des Hörnesviertels entstand unter dem Eindruck mehrerer Seminare zur Verkehrsberuhigung , die am Ende der Siebziger Jahre in Europa abgehalten wurden.

dipl.ing.dr.techn.werner rosinak
zivilingenieur für bauwesen
a-1040 wien, gusshausstraße 20
tel. 65 01 50-65 85 51

3. PLANUNG UND UMSETZUNG

Die Grundsatzplanung der Umgestaltungsmaßnahmen für das Hörnesviertel erfolgte im Jahr 1980 als Idee eines beamteten und eines freiberuflichen Verkehrsplaners. In den folgenden beiden Jahren wurde dieses Grundsatzprojekt den Politikern und der Verwaltung wiederholt als Pilotprojekt zur Verkehrsberuhigung empfohlen. Die Entscheidung zur Realisierung des Hörnesviertels fiel im Jahr 1982, unter anderem wegen dringend anstehender straßenbaulicher Maßnahmen aufgrund des schlechten Straßenzustandes einzelner Erschließungsstraßen. War vorerst eine stufenweise Realisierung und eine Mitbestimmung der Bevölkerung vorgesehen, wurde letztlich das gesamte Hörnesviertel in einem umgebaut. Mit einem Aufwand von ca. 50 Mio. S wurde das Gesamtkonzept in einem Jahr umgesetzt.
Nach einer Eingewöhnungsphase von 3 Jahren wurden im Rahmen eines Forschungsauftrages des BMfBuT - Wohnbauforschung die Wirkungen der Umbaumaßnahmen überprüft. Schwergewicht dieser Forschungsarbeit war die Ermittlung des Beitrages der Verkehrsberuhigung zur Assanierung.

4. MASSNAHMEN

Die wesentlichsten Elemente zur Umgestaltung des Hörnesviertels waren:

- Eine Verschmälerung der Flächen für den fließenden, motorisierten Individualverkehr,
- eine Neudimensionierung der Flächen für den ruhenden Verkehr, wobei gewisse überalterte, rechtliche Vorschriften nicht eingehalten werden konnten,
- Baumpflanzungen und Grünflächen,
- ein auf die Verkehrsfunktion abgestimmtes Bodenbelagskonzept,
- Fahrgassenversätze,
- eine Vergrößerung der Verkehrsflächen für den nichtmotorisierten Verkehr in Kreuzungsbereichen und
- eine verkehrsfreie Zone im Bereich einer Volksschule.

In der Flächenbilanz des öffentlichen Raumes wirken sich diese Maßnahmen nur geringfügig aus: So steht etwa eine Erhöhung des Flächenanteiles für

dipl.ing.dr.techn.werner rosinak
zivilingenieur für bauwesen
a-1040 wien, gusshausstraße 20
tel. 65 01 50-65 85 51

den nichtmotorisierten Verkehr um etwa 10 % einer Verringerung der Verkehrsflächen für den fließenden, motorisierten Individualverkehr im gleichen Ausmaß gegenüber. Es ist allerdings zu bedenken, daß aufgrund der bestehenden, vielfältigen Ansprüche an den öffentlichen Straßenraum, insbesondere von Seiten des ruhenden Verkehrs, überhaupt nur ein geringer Spielraum für umverteilende Maßnahmen bei den Flächen für die einzelnen Verkehrsteilnehmer besteht.
Die Straßen des Hörnesviertels sind zum Großteil weiterhin im Einbahnverkehr organisiert. Es ist ein Ziel, diese Einbahnregelungen zur Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeiten aufzuheben.

5. WIRKUNGEN

Folgende objektive Wirkungen der Umgestaltung des Hörnesviertels haben sich ergeben:

- Geringere Unfallschwere,
- 10 % weniger Parkplätze,
- 100 Bäume,
- 10 % mehr Fußgängerflächen.

Diese objektiven Wirkungen werden von der betroffenen Bevölkerung differenziert wahrgenommen:

- 6 % der Bevölkerung des Hörnesviertels haben sich nach der Umgestaltung prinzipiell dagegen ausgesprochen.
- 20 % sind uneingeschränkte Befürworter.
- Insgesamt haben etwa 75 % der Betroffenen eine positive Einstellung zu den durchgeführten Umgestaltungsmaßnahmen.
- Die geringen verkehrlichen und umweltrelevanten objektiven Wirkungen werden von der betroffenen Bevölkerung auch so wahrgenommen. Weder eine Verringerung der Verkehrsstärken noch eine solche der Umweltbelastung wird signifikant empfunden.

dipl. ing. dr. techn. werner rosinak
zivilingenieur für bauwesen
a-1040 wien, gusshausstraße 20
tel. 65 01 50-65 85 51

- In einigen Wirkungsbereichen ergeben sich deutlich ambivalente Haltungen: Einerseits werden noch weitreichendere Umgestaltungsmaßnahmen gefordert, andererseits aber wird die Reduktion der Parkplätze als gravierender Mangel der ausgeführten Lösung angesehen. In diesem Sinne will der Betroffene sowohl den Baum, als auch das eigene Auto vor der Haustüre stehen haben.
- Viele Betroffene, und dabei sowohl Haushalte als auch Gewerbebetriebe, bemängeln die Vorgangsweise bei der Umgestaltung des Hörnesviertels.Ein Großteil der Betroffenen fordern dabei mehr Information, ein erheblicher Anteil aber auch eine Mitsprache der Bevölkerung.

Detaillierte Aussagen über die Wahrnehmung und die Akzeptanz der Betroffenen sind im Forschungsbericht F 931 des BMfBuT - Wohnbauforschung enthalten.

6. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Es ist offensichtlich, daß sich die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten vor allem in den dichtbebauten Stadtgebieten von der Wohnumwelt gleichsam abgewendet hat. Ebenso unbestritten soll sein, daß Übergangsbereiche vom privaten Wohnbereich bis zum öffentlichen Straßenraum für die Wohnqualität von entscheidener Bedeutung sind. In diesem Sinne ist die Wohnumweltgestaltung ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität. Allerdings stehen einer solchen Neu- bzw. Umgestaltung erhebliche Restriktionen gegenüber. Am wesentlichsten ist dabei wohl der Flächenanspruch des ruhenden Verkehrs. Solange grundsätzliche, aber auch regional und lokal differenzierte Konzepte für eine Reorganisation des ruhenden Verkehrs fehlen, darf man von einer wirksamen Wohnumweltgestaltung, die von den Betroffenen auch als eine deutliche Erhöhung ihrer Lebensqualität empfunden wird, nicht zu viel erwarten.

dipl.ing.dr. techn. werner rosinak
zivilingenieur für bauwesen
a-1040 wien, gusshausstraße 20
tel. 65 01 50-65 85 51

Abb. 5-5: Verkehrsberuhigung "Hörnesviertel", Lageplan 1:2000

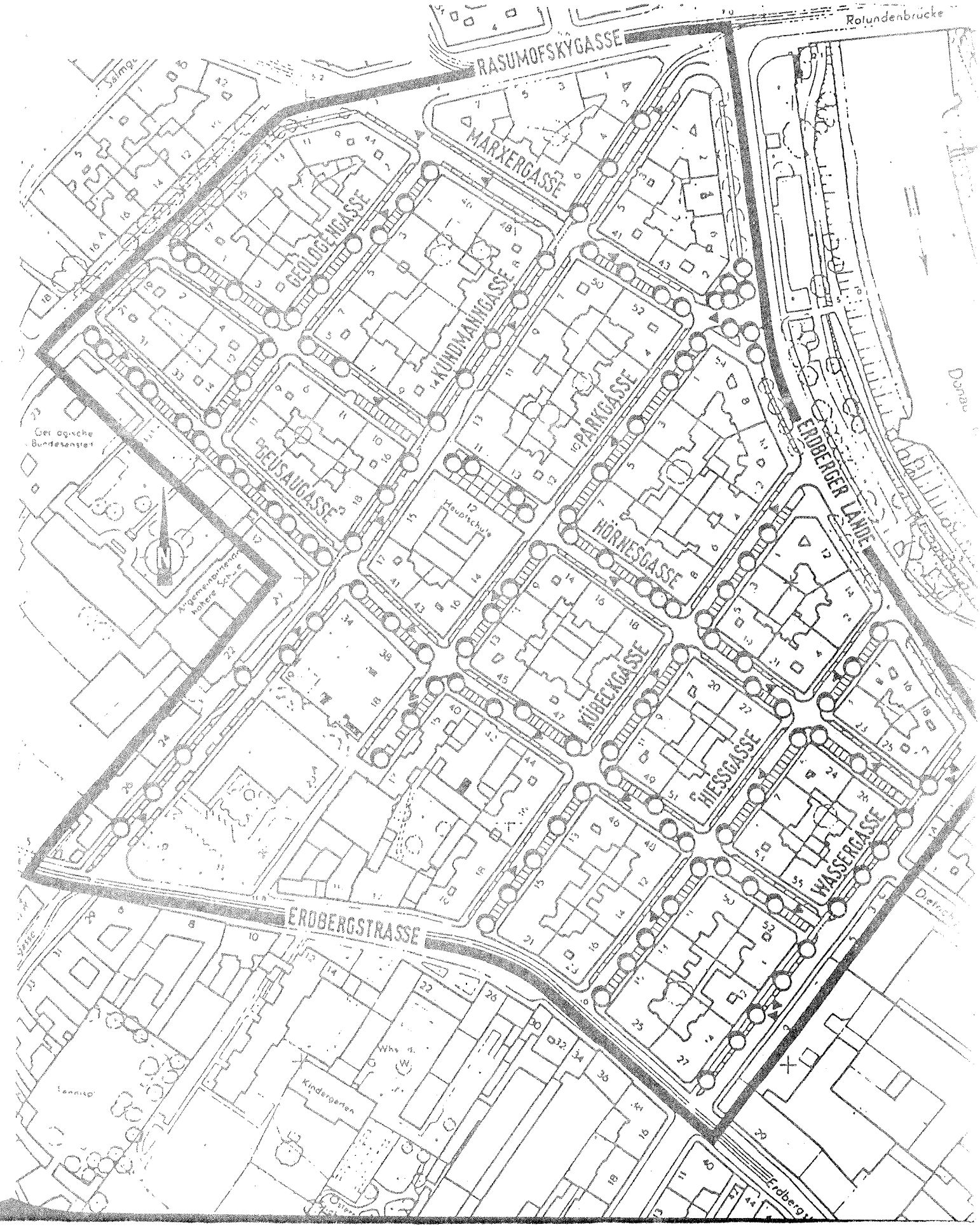
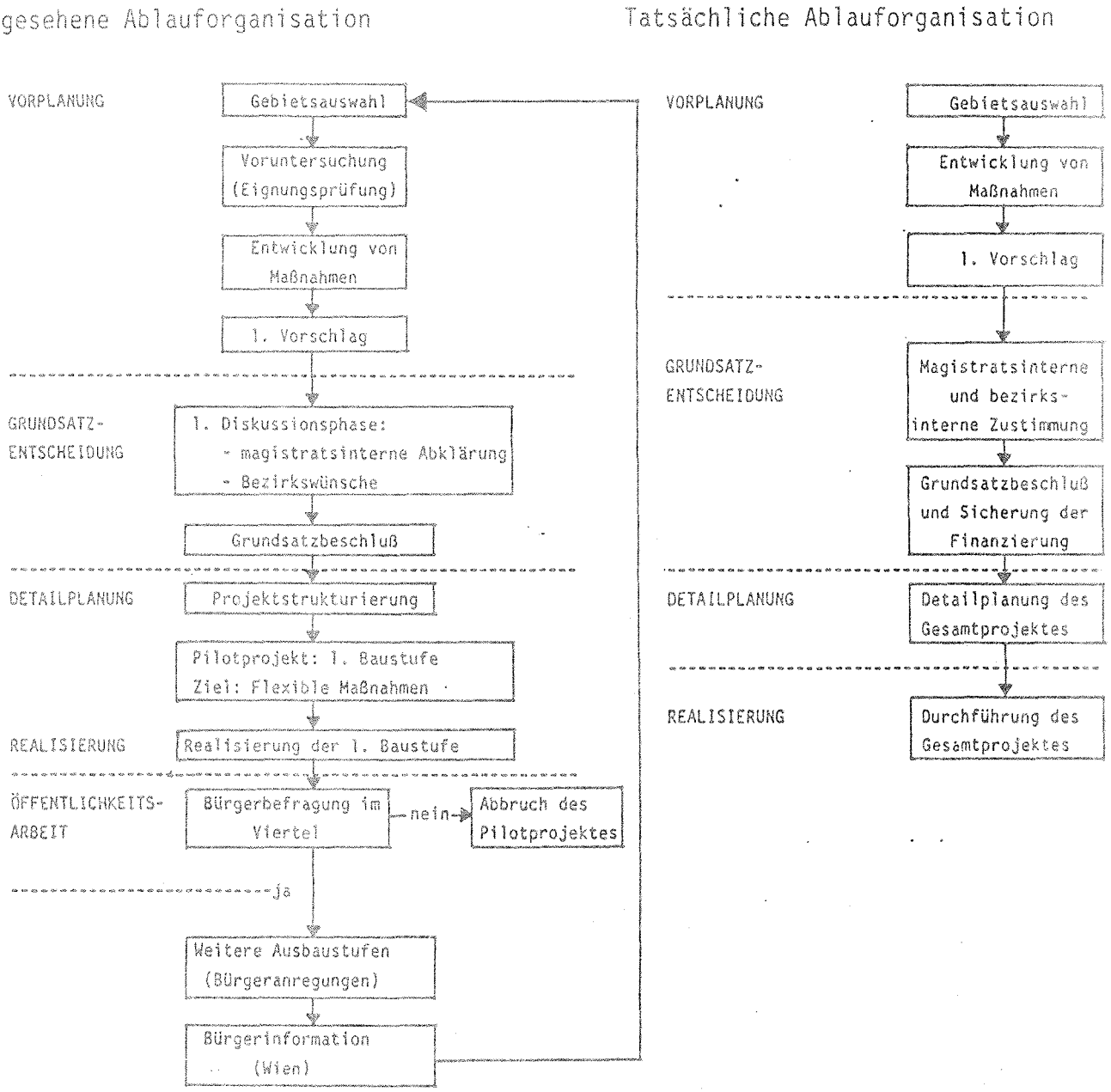
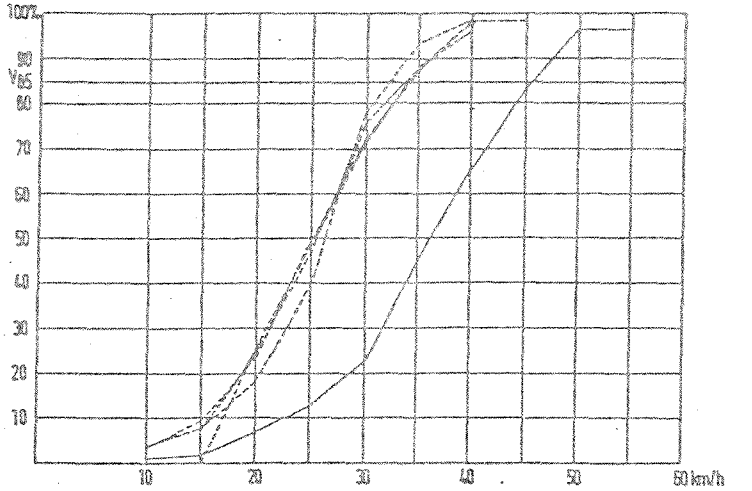


Abb. 5-6: Ablauforganisation



Da die Planung weder eine gravierende Verringerung der Stellplätze (- 6 %) noch eine Veränderung der Verkehrsorganisation vorsah, beschränkten sich die artikulierten Proteste vor allem auf die Belastungen während der Umbauzeit.

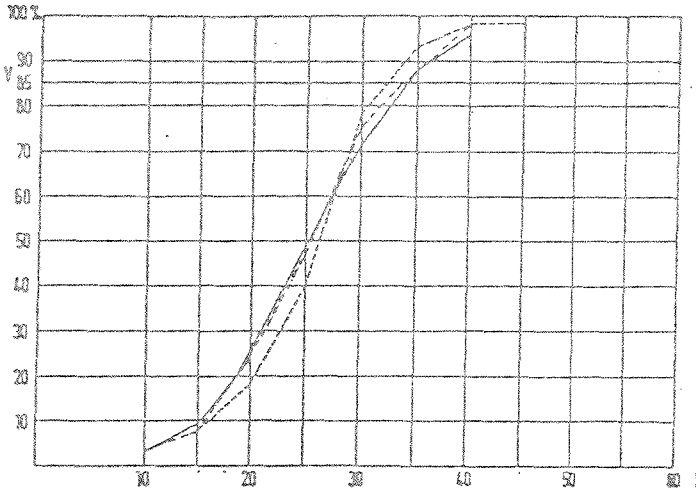
Abb.: 6-5 Geschwindigkeitsverteilung in Straßen mit unter 60 m Länge und in Straßen mit über 60 m Länge



——— Straße mit Versatz und Nachrang/Nachrang (Geusaugasse 42)

– – – – Straße mit Versatz und Vorrang/Vorrang

Abb.:6-6 Geschwindigkeitsverteilung in Straßen mit und ohne Versatz und unterschiedlicher Vorrangregelung

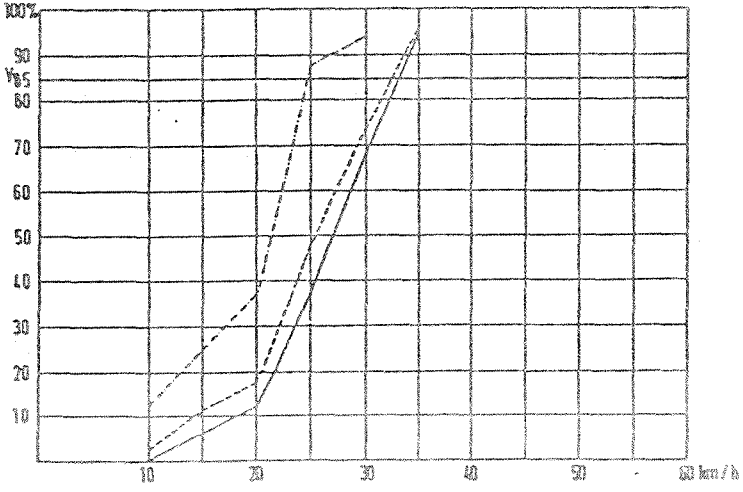


——— Geschwindigkeitsverteilung ohne Versatz mit Vorrang/Nachran

– · – · – Geschwindigkeitsverteilung mit Versatz mit Vorrang/Nachrang

– – – – Geschwindigkeitsverteilung mit Versatz mit Nachrang/Nachran

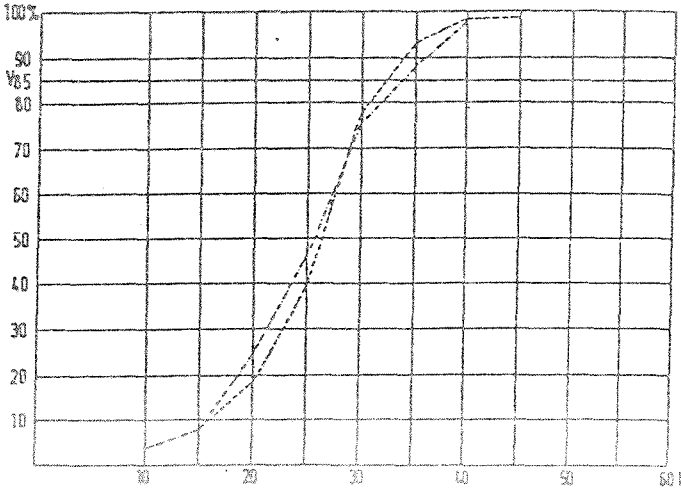
Abb.. 6-7 Geschwindigkeitsverteilung in Straßen mit Begegnungsverkehr



——— Geschwindigkeitsverteilung ohne Gegenverkehr

– – – – Geschwindigkeitsverteilung bei auftretendem Gegenverkehr

Abb.: 6-8 Geschwindigkeitsverteilung in Straßen mit Fahrgassenversatz bei unterschiedlicher Vorrangregelung



– – – – Straße ohne Versatz über 100 m Länge

A 5

WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

H. WÜRTH, Wien

Der rechtliche Rahmen für die Wohnumwelt

- Die Regelungen in den Bundesländern sind dabei durchaus unterschiedlich; es wird häufig auf "tägliche Versorgung" oder "täglichen Bedarf" abgestellt oder auf die "wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse", durch normierte Beispiele sind diese unbestimmten Gesetzesbegriffe aber durchaus nicht immer im gleichen Sinn zu verstehen; ähnliches geschieht durch die Abgrenzung zu den anderen Widmungsgebieten: So mußte der Verwaltungsgerichtshof in Kärnten Beherbergungsbetriebe als Wohnhäuser qualifizieren, da sonst nur in "Kurgebieten" ein Hotel errichtet werden dürfte; das Tiroler Raumordnungsgesetz sieht dagegen etwa bereits im gemischten Wohngebiet Gastgewerbebetriebe bis höchstens 40 Betten vor; daraus könnte sich ergeben, daß in Tirol in anderen Wohngebieten eine Auslegung wie in Kärnten unzulässig ist. Auch die Auslegung der die Emission beschränkenden Bestimmungen führt immer wieder zu großen Schwierigkeiten, wenn man von Niederösterreich mit der dort versuchten Objektivierung absieht. In einzelnen Bundesländern darf das "örtlich zumutbare Ausmaß" nicht überstiegen werden (Burgenland, Niederösterreich jedoch mit einer Verordnungsermächtigung hinsichtlich der Lärmbeschränkungen), manche stellen ausdrücklich auf den Charakter des Wohngebietes ab (Kärnten, Steiermark und Wien), im übrigen reicht die Skala vom Ausschluß von "Gefahren oder unzumutbaren Belästigungen" (Oberösterreich und etwas ausführlicher Tirol) über keine "erheblichen" Geruchs- oder Lärmbelästigungen (Salzburg im erweiterten Wohngebiet) bis zu keinen Gefahren und Belästigungen (Vorarlberg überhaupt und Salzburg im reinen Wohngebiet). Versuche, diese Regelungen mit Hilfe von ÖAL-Richtlinien wenigstens hinsichtlich des Lärms zu objektivieren, scheiterten daran, daß diesen Richtlinien mangels entsprechend rechtlicher Fundierung keine rechtlichen Wirkungen entfalten können. Interessant ist, daß nur im Burgenland und in Salzburg auch das Verkehrsaufkommen zu prüfen ist, das beabsichtigte Betriebe verursachen. Nach meiner Erfahrung gehört nämlich die Verkehrserregung zuden häufigsten, in der Regel allerdings erfolglosen Nachbareinwendungen.

Ganz kurz noch ein anderes Problem aus dem Dorfbereich, das immer mehr Schwierigkeiten bereitet: Die oft mit unerträglichen Geruchsbelästigungen verbundenen Massentierhaltungen. Bisher haben nur ganz wenige Bundesländer dieses Problem in den Griff bekommen. Denn mangels einer besonderen Regelung müssen auch derartige Betriebe zur Land- und Forstwirtschaft gewählt werden, so daß sie in Gebieten, in denen landwirtschaftliche Betriebe vorgesehen sind, unbeschränkt zulässig wären. Nur in Kärnten besteht eine diesbezügliche Einschränkung im Dorfgebiet, Oberösterreich schließt sich überhaupt aus dem Baugebiet aus, Tirol weist die Sonderflächen zu.

Für die Wohnumwelt m. E. viel bedeutsamer als die Flächenwidmungspläne, die im wesentlichen nur gegen die Beeinträchtigung durch Betriebe schützen (von einzelnen Festsetzungen der Dichte abgesehen) sind die allerdings noch immer häufig fehlenden Bebauungspläne. Erst sie legen die Bauweise (geschlossen, offen oder gekuppelt), die Gebäudehöhe und die Fluchtlinien, Baulinien oder wie immer sie in den einzelnen Bundesländern heißen, die bauliche Ausnützung der Bauplätze bzw. die Bebauungsdichte, manchmal auch die Mindestgröße der Beuplätze, Freiflächen, ja sogar Grünflächen fest.

Auch die Verkehrsflächen werden häufig erst im Bebauungsplan konkret ausgewiesen.

Schließlich kommen dann noch die von der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung unabhängigen oder wenigstens mangels abweichender Regelung geltenden zwingenden Vorschriften der Bauordnung dazu, die hier allerdings nicht einmal überblicksweise erwähnt werden können, zumal sich in diesen Fragen die Landesgesetze n och mehr voneinander unterscheiden als bei der eigentlichen Raumordnung.

Der zweite zu besprechende Fragenkomplex soll sich mit Zustandekommen, Wesen und Kontrolle der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne an sich beschäftigen. Die einzelnen Raumordnungsgesetze regeln dabei sehr eingehend (nicht immer gleichartig), was der jeweiligen Beschlußfassung durch den Gemeinderat (die Gemeindevertretung) vorauszugehen hat, wie weite eine Grundlagenforschung und eine Bestandsaufnahme zu erfolgen hat, ob örtliche Entwicklungsprogramme vorangehen müssen u. dgl. mehr. Interessant ist die Frage der Mitsprache der betroffenen Bevölkerung. Die Effektivität des vorgesehenen Mitspracherechts hängt nämlich praktisch ausschließlich vom guten Willen der Gemeindeorgane bzw. des von diesen herangezogenen Sachverständigen ab. Rechtlich besteht nämlich nur ein Anspruch auf "Anhörung", die Betroffenen dürfen als "Einwendungen" oder "Erinnerungen" gegen einen vorgelegten Entwurf eines Raumordnungs- oder Bebauungsplaner erheben, mit der einzigen Rechtsfolge, daß diese Einwendungen oder Erinnerungen in die Beratungen einzubeziehen sind. Dies schaut dann in der Praxis nach dem Protokoll eines Gemeinderates etwa so aus: "Die von X, Y, Z erhobenen Einwendungen sind nach der Stellungnahme des Sachverständigen ... nicht begründet", worauf der jeweilige Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan beschlossen wird. Nach der Wiener Bauordnung hat der Magistrat über derartige Einwendungen überhaupt nur zu berichten.

Nach der geltenden Gesetzeslage sind Flächenwidmungspläne ebenso wie Bebauungspläne Verordnungen, also generelle Verwaltungsakte, woran auch die Kritik Prenthalers nichts ändern kann. Auch de lege ferende sollte an dieser Rechtslage an sich nichts geändert werden. Das Mitspracherecht der Betroffenen könnte aber sehr wohl dadurch verstärkt weden, daß die Nichtberücksichtigung formeller Einwendungen mit Bescheid abgewiesen werden müßte, der mittels Vorstellung bei der Landesregierung anzufechten wäre, dies in einem Zug mit der ohnehin notwendigen Genehmigung jedenfalls von Flächenwidmungsplänen durch das Land.

Abgesehen von der Frage der Mitbestimmung scheint mir die Übereinstimmung der Flächenwidmungspläne benachbarter Gemeinden wenig zu funktionieren. Dies wird vor allem dort spürbar, wo die Gebiete nahtlos ineinander übergehen, ja eine Gemeinde aus historischen Gründen stellenweise tief in das Gebiet der anderen hineinragt, trotzdem aber kaum vereinbare Pläne bestehen. Andere Fehlplanungen ergeben sich aus utopischen Vorstellungen, die mit der Realität nicht zu vereinbaren sind. Diese können sowohl auf die ehrgeizigen Ideen des Bürgermeisters einer Kleingemeinde zurückgehen als auch auf die abstrakt vielleicht richtigen, aber nicht realisierbaren Pläne eines "gelernten" Planers.

Bei aller Berücksichtigung neuer Erkenntnisse soll es zu keiner "Zick-Zack-Planung" kommen, daß etwa auf überbreite Straßen Straßen folgen, deren Benützung durch Kraftfahrzeuge durch künstliche Hindernisse erschwert wird, oder aber daß vorgeschriebene Vorgärten mit vorgeschriebenen seitlichen oder hinteren Grünflächen zeitlich wechseln.

Wer überprüft also nun eigentlich die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, abgesehen von der erforderlichen Genehmigung durch die Landesregierung? Als Verordnungen unterliegen sie Art. 18 B-VG, müssen also nach ständiger Rechtsprechung inhaltlich bereits durch das Gesetz vorherbestimmt sein. Für Raumordnungs- und erst recht für Verbauungspläne ist es aber typisch, daß mehrere Alternativen zur Verfügung stehen. Dies hat der Verfassungsgerichtshof dann als unbedenklich angesehen, wenn die Planungsziele feststehen. Kann das Gesetz aber vom Verordnungsgeber zu erlassende Planungsnormen nur final determinieren, so kommen den vorschriften über die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen besondere Bedeutung zu. Sind die Entscheidungsgrundlagen so mangelhaft, daß eine Aussage darüber, ob die Verordnung den vom Gesetz vorgegebenen Zielen entspricht, nicht möglich erscheint, ist die Verordnung als gesetzwidrig aufzuheben. Freilich sind die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes im Einzelfall nicht immer vorhersehbar.

Noch ein Wort zur Ausnahmeregelung, die an sich nur in Salzburg und Wien mit unterschiedlicher Ausgestaltung vorgesehen sind. Ich glaube an die Notwendigkeit, unter bestimmten Voraussetzungen, vor allem für den Altbestand, solche Möglichkeiten vorzusehen. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß in anderen Bundesländern die Ausnahmen durch Rechtsbruch geschaffen werden und es letztlich auf den "guten Willen" des Bürgermeisters und seine Nachbarschaft ankommt, den Rechtsverstoß einfach unter den Tisch zu kehren. Daß dieser Zustand um vieles bedenklicher ist als kanalisierte Ausnahmen, ist wohl klar.

Damit komme ich aber schon zum dritten Fragenkomplex: Vorschriften - auch zum Schutz der Wohnumwelt - sind nur soweit wirksam, als ihre Einhaltung effektiv kontrolliert und erzwungen werden kann. Jedes Einparteienverfahren leidet darunter, daß Fehler der Behörden nur dann bekämpft werden, wenn sie zu Lasten des Einschreiters gehen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß Verstöße gegen belastende Vorschriften vom Einschreiter mit Hilfe politischer Intervention oder persönmlicher Beziehungen erreicht werden und überdies in erster Instanz häufig rechtsunkundige "Behörden", nämlich der Bürgermeister oder sein Gemeindesekretär, tätig werden. Das Aufsichtsrecht des Landes ist demgegenüber nur ein allerletztes Hilfsmittel; einer vorhergehenden Genehmigung der Landesregierung bedürfen in der Regel nur Flächenwidmungspläne und deren Änderungen bzw. in Salzburg auch die erwähnten Ausnahmen. Wohl sehen die meisten Baurechte das Recht der Landesregierung vor, unter bestimmten Voraussetzungen (z. T. nur innerhalb bestimmter Frist) auch rechtskräftige Baubewilligungen für nichtig zu erklären, doch wird davon naturgemäß, wenn das Gebäude bereits steht, eher wenig Gebrauch gemacht.

Das Recht der Landesregierung, in solchen Fällen auch unmittelbar einen Abtragungsauftrag zu erteilen, ist nur in wenigen Bauordnungen (Raumordnungsgesetzen) vorgesehen, so daß es immer wieder vorkommt, daß zwar eine erteilte Baubewilligung beseitigt wird, das rechtswidrige Gebäude aber konsenslos bestehen bleibt.

Ein interessanter, nur in Kärnten beschrittener Weg, ist die Installation eines Bauanwaltes als Gegener des Bauwerbers; im Prinzip zweifellos eine gute Möglichkeit; wie weit in der Praxis diesen Erwartungen entsprochen wird, vermag ich nicht zu beurteilen.

Natürliche Gegner eines Bauwerbers sind hingegen in allen Belangen der "Wohnuwmelt" die Nachbarn, die aber z. T. durch ausdrückliche gesetzliche Vorschriften, zum Teil durch die Judikatur auf die Geltendmachung ihrer subjektiv öffentlichen Rechte beschränkt sind. Die Frage, wer als Nachbar oder Anrainer anzusehen ist, haben manche Bauordnungen der Rechtsprechung überlassen, einzelne ausdrücklich geregelt; soweit damit nur die Ergebnisse der Rechtsprechung festgeschrieben wurden bzw. mit einem gewissen Spielraum ähnliche Ergebnisse erzielt wurden, ist die unbedenklich. So wird etwa darauf abgestellt, wer unmittelbar an das zu bebauunde Grundstück angrenzt oder wenigstens voraussichtlich in seinem subjektiven Recht verletzt werden kann oder wer in einem räumlichen Naheverhältnis steht, daß durch die bauliche Anlage hinsichtlich der durch die Bauordnung geschützte Interessen mit Rückwirkungen auf das andere Grundstück zu rechnen ist. Grobe Abweichungen finden sich lediglich im § 7 des Salzburger Baupolizeigesetzes, das nur jene als NAchbarn ansieht, deren Grundgrenze von der Anlage nicht weiter entfernt ist, als die Höhe der Anlage (ohnehin müßten drei Viertel als Abstand auf dem Grund des Bauwerbers einbehalten werden), bei Bauten mit mehr als 300 m^3, wenn die Fronten des Baues weniger als 15 m entfernt sind. Nach Ansicht des Verfassungsgerichtshofes ist dies unbedenklich, da es Sache des Landesgesetzgebers sei, die Parteistellung festzulegen. Trotzdem ist dieser Zustand mehr als unbefriedigend, wenn großindustrielle Anlagen mit einem selbstverständlich einzuhaltenden Abstand zu ihrer Grundgrenze jegliche Nachbarmitsprache ausschließen.

In allen Bauordnungen können die Nachbarn nur ihre subjektiv öffentlichen Rechte geltend machen, die meist demonstrativ aufgezählt sind. Dazu gehören insbesondere Abstandsvorschriften, Gebäudehöhe und die Einhaltung der Widmung, also im wesentlichen, was die Wohnumwelt der Nachbarn beeinflussen kann, mit einer einzigen Ausnahme: Die Vermehrung des Verkehrsaufkommens wird von dieser Mitsprache der Nachbarn nicht erfaßt. Ein Bundesland fällt jedoch einerseits durch taxative Aufzählung der subjektiv öffentlichen Rechte auf, was an sich noch nicht bedenklich wäre. § 30 des Vorarlberger Baugesetzes zählt dabei aber eine Reihe von Rechten auf, die von nicht so großer Bedeutung sind, die Einhaltung der Widmung und des dadruch garantierten Immissionsschutzes fehlen jedoch in der Aufzählung zur Gänze, was die Nachbarschaftsrechte tatsächlich minimiert. Auch dies scheint mit ein verbesserungswürdiger Zustand.

Abschließend nur noch ein Wort zur zukünftigen Bürgerbeteiligung. Hier wird es vor allem an der Art der Regelung liegen, ob es sich dabei um ein sinnvolles Instrument der Umweltkontrolle handelt oder um ein Tummelfeld von Querulanten, die das Bauen mutwillig verzögern und amit naturgemäß verteuern.

* *
*

A 5

WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

P. WINDISCH, Wien

Volkswirtschaftliche Aspekte der Wohnumweltgestaltung in Stadt und Land

Mag. Paul WINDISCH
DIE ERSTE österreichische Spar - Casse
1010 WIEN Graben 21 - (0222) 6618-466

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG IN STADT UND LAND

Referat, gehalten anläßlich der 4.Internationalen Wohnungswoche vom 22. bis 26.09.1986 in Salzburg

==========

1. ALLGEMEINES

Im vorliegenden Referat sollen die "volkswirtschaftlichen Aspekte" der Wohnungskosten im weiteren Sinn untersucht werden. Während die Wohnbaukosten aufgrund diverser Statistiken ausreichend bekannt sind, sind die Folgekosten einer Wohnung für die öffentliche Hand, die Allgemeinheit oder auch nur für die nächste Umgebung unzureichend belegt. Die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte hat in Österreich gezeigt, daß sich viele Gemeinden über die Folgekosten ihrer Bautätigkeit im Unklaren waren und von ihnen überrollt worden sind.

Besonders einschneidend war, daß die Bautätigkeit in den Umlandgemeinden der österreichischen Großstädte vorerst auf der Wiese stattfand und erst später die "Nachlieferung" der Infrastruktur enorme Kosten verursachte. Dazu kommt, daß gerade in den kleineren Gemeinden überwiegend in jener Siedlungsart gebaut wird, die die höchsten Kosten für die Allgemeinheit (und auch die Gemeinden) verursacht, nämlich in der Form des einzelstehenden Einfamilienhauses.

Mein Versuch, die Folgekosten (oder die volkswirtschaftlichen Kosten) anhand österreichischer Beispiele zu untersuchen, ist am Datenmangel gescheitert. Überhaupt ist das hier zu behandelnde Thema in der (internationalen) Literatur nur dürftig vertreten. Ursache dafür ist, daß die Folgekosten des Wohnens auf verschiedenen Konten verschiedener öffentlicher Hände erfaßt werden und somit eine Zusammenführung der einzelnen Faktoren unmöglich ist.

Zur Beantwortung der Frage "Welche volkswirtschaftlichen Kosten fallen infolge der Errichtung einer Wohnung oder im Zuge ihrer Bewirtschaftung an ?" können vor allem zwei Studien herangezogen werden:

Erstens die Untersuchung von Joachim LEMELSEN über die kommunalen Folgelasten einer Göttinger Wohnsiedlung (1). Die Aufgliederung der Wohnbaukosten und -folgekosten werden nach dem "Zahler" und der Regelmäßigkeit oder Einmaligkeit des Anfalls untersucht. Der Autor kommt zum Schluß, daß die Folgekosten insgesamt etwa 8 Prozent der Baukosten einer Wohnung betragen. Die Untersuchung von LEMELSEN stammt aus dem Jahr 1970 und kann heute kaum mehr planerischen Überlegungen der Gemeinden zugrunde gelegt werden.

Zweitens der Forschungsbericht "Vergleichende Analyse der sozialen Kosten unterschiedlicher Siedlungsformen", der 1982 im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von Horst HÖFLER, Lutz KANDEL, Achim LINHARDT et al. vorgelegt worden ist. Das Autorenteam untersucht die Folgekosten unterschiedlicher Siedlungsformen nach Kostenarten.

Im vorliegenden Referat kann ich aufgrund der kurzen verfügbaren Zeit nur auf die letztgenannte Untersuchung eingehen, wobei in der schriftlichen Fassung z.T. auf Originaltexte zurückgegriffen wird.

2. DIE FOLGEKOSTEN UNTERSCHIEDLICHER BAU- UND SIEDLUNGSFORMEN

Die Folgekosten unterschiedlicher Bau- und Siedlungsformen wurden im Auftrag des deutschen Ministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau untersucht. Im folgenden sollen kurz die Voraussetzungen und Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt werden.

---

(1) Joachim LEMELSEN: Die Erfassung kommunaler Folgelasten, untersucht am Beispiel einer Göttinger Wohnsiedlung", in: Neues Archiv für Niedersachsen, Band 19, Heft 4, S. 338 bis 368.

2.1 Siedlungsform und Modellannahme

Die Studie "Vergleichende Analyse der sozialen Kosten unterschiedlicher Siedlungsformen", vom Informationszentrum RAUM und BAU der Fraunhofer-Gesellschaft veröffentlicht, hat die sozialen Kosten von vier unterschiedlichen Siedlungsformen ermittelt. Der Untersuchung wurde eine Siedlungsgröße von 5.000 Einwohnern oder 1.250 Wohneinheiten zugrunde gelegt. Auf dieser Basis erfolgten Berechnungen über den Erschließungsaufwand, die soziale Infrastruktur, das Verkehrsaufkommen usw.. Vorrangig wurden die Sozialkosten in den Bereiche untersucht, wo meßbare Ergebnisse vorliegen oder gar die entstehenden Kosten in Geld bewertet werden können. Namentlich wurden folgende Bereiche untersucht:

* Verkehrserschließung (Stellplätze, Straßen und Straßenbeleuchtung)
* Ver- und Entsorgung (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Elektrizitätsverasorgung)
* Regionale Anbindung
* Wohnumfeld
* Gemeindebedarfseinrichtungen
* Öffentliche Dienste (Abfallbeseitigung, Straßendienst, Polizei und Feuerwehr),
* Energieverbrauch (Hausbrand, Individualverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, öffentliche Dienste),
* Umweltbelastung (Trinkwasser, Wasserverschmutzung, Lärm, Luftverschmutzung)

Zur Beantwortung der Kostenfragen wurden Modelle entwickelt, die die Wirklichkeit stark vereinfacht abgebildet haben. Dadurch konnten aus der Vielfalt der Kostenfaktoren die wesentlichen herausgearbeitet und fallspezifische sowie geografische Einflüsse (Lage, Gelände) eliminiert werden.

Die untersuchten Siedlungstypen unterscheiden sich im wesentlich durch die Gebäudearten und die Siedlungsdichte:

* Freistehendes Einfamilienhaus in der üblichen eingeschossigen Ausführung mit einer GFZ von 0,4 (Siedlungstyp A),

* Übliches Reihenhaus mit zwei Geschoßen und einer GFZ von 0,7 (Siedlungstyp B),

* Hochverdichtetes Reihenhaus mit drei Geschossen als Repräsentant des verdichteten Flachbaues mit einer GFZ von 1,0 (Siedlungstyp C) und schließlich ein

* Sechsgeschossiges Mehrfamilienhaus in Zeilenbauweise mit einer GFZ von 1,3 (Siedlungstyp D).

Die Auswahl der Gebäudetypen erfolgte nach der "Aktualität" der Bauformen und der (eingeschränkten) Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Gebäudeformen.

2.2 Hauptergebnisse

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen in allen Bereichen den Zusammenhang zwischen Siedlungsform und sozialen Kosten und quantifizieren in vielen Bereichen die Kostenunterschiede.

Der wichtigste, die Sozialkosten beeinflussende Faktor ist der Flächenverbrauch, der in Form der baulichen Nutzung und der Straßenfrontlänge ausgedrückt wird. Beide Größen bestimmen den Umfang der erforderlichen Erschließungsstraßen und damit alle leitungsgebundenen Versorgungsleistungen. Ebenfalls durch den Flächenverbrauch sind der Verkehrsaufwand und alle daraus resultierenden Effekte wie Luftverschmutzung, Lärm und Kraftstoffverbrauch bestimmt. Die genannten Sozialkostenarten steigen mit der Länge der Straßenfront und sinken mit der zunehmenden städtebaulichen Verdichtung. Die Länge der Straßenfront beeinflußt die Sozialkosten weit stärker als die Grundstücksgröße.

Die Gebäudeform selbst wirkt sich nur auf wenige Sozialkostenarten aus: so erhöhen Gebäudetypen bei offener Bauweise den Energieverbauch sowie die Umweltbelastung durch Hausbrand. Die bei der geschlossenen Bauweise bessere Abschirmung gegen (Verkehrs-) Lärm verringert Folgeschäden durch Lärmimmisionen.

Die Eigentumssituation, die mit der Hausform stark korreliert, kann über unterschiedliches Nutzerverhalten von Eigentümern und Mietern Einfluß auf einige Sozialkostenarten haben. Das gilt für

die Kosten des Straßendienstes, die bei Eigenheimkonzepten günstiger als beim Geschoßwohnungsbau sein können.

Die durch die Hausform bedingte Wohnqualität (Freiflächenangebot) bewirkt bei Eigenheimen geringere Sozialkosten für Erholungs- und Grünflächen. Umgekehrt entstehen durch die Nutzung der Gartenflächen zusätzliche Kosten beim Wasserverbrauch sowie durch die Wasserverunreinigung durch Düngung.

2.3 Ergebnisse nach Sozialkostenarten

Die folgende Tabelle sowie die Grafik auf der nächsten Seite (aus der Studie im Original übernommen) zeigen unterschiedliche Sozialkosten der vier untersuchten Siedlungsformen. Während bei Siedlungstyp I (Einfamilienhaus mit einer GFZ 0,7) die Kosten je Wohnungseinheit und Jahr aufscheinen, sind die Kosten der übrigen Siedlungstypwen in Prozenten des Aufwandes des Einfamlienhauses dargestellt.

Sozialkosten nach Siedlungstyp und Kostenart

	Typ I	Typ II	Typ III	Typ IV
	jährliche Kosten je Wohneinheit (1982)			
Verkehrserschließung				
* Straßen	537 DM	51 %	44 %	33 %
* Straßenbelechtung	54 DM	51 %	43 %	32 %
Ver- und Entsorgung				
* Wasserversorgung	67 DM	47 %	41 %	26 %
* Abwasserentsorgung	147 DM	55 %	48 %	36 %
* Elektrizitätsversorg.	106 DM	48 %	42 %	27 %
Öffentliche Dienste				
* Straßendienst	59 DM	56 %	49 %	45 %
Energieverbauch				
* Hausbrand	1.260 DM	79 %	80 %	69 %
* Individualverkehr	228 DM	77 %	71 %	66 %
* Massenverkehr	3 DM	64 %	56 %	48 %
* Öffl. Dienst	12 DM	52 %	47 %	32 %
Umweltbelastungen				
* Streusalz	100 %	50 %	43 %	33 %

1 Ausreichende Anzahl von Stellplatzen im öffentlichen Straßenraum
2 Kein siedlungstypspezifischer Mehraufwand festzustellen
3 Mehraufwand in einzelnen Bereichen
4 Siedlungstypspezifischer Mehraufwand bei Wohnbaukosten
5 Kein siedlungstypspezifischer Mehraufwand festzustellen

6.11 Stellplätze
6.12 Straßen jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.13 Straßenbeleuchtung jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.21 Wasserversorgung jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.22 Abwasser, Kanalisation jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.23 Elektrizitätsversorgung jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.24 Innere Erschließung jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.3 Regionale Anbindung
6.4 Wohnumfeld
6.5 Gemeinbedarfseinrichtungen
6.61 Abfallbeseitigung
6.62 Straßendienst jährl. Gesamtkosten/WE (DM)
6.63 Polizei / Feuerwehr
6.71 Hausbrand Energieverbrauch Öl jährl. Kosten/WE (DM)
6.72 Individualverkehr Energieverbrauch intern jährl. Kosten/WE (DM)
6.73 ÖPNV Energieverbrauch intern jährl. Kosten/WE (DM)
6.74 Öff. Dienste Energieverbrauch jährl. Kosten/WE (DM)
6.81 Trinkwasserverbrauch
6.82 Wasserverschmutzung Streusalz jährl. Menge/WE (kg)
6.83 Lärm Verkehrslärm durch Individualverkehr
6.84 Luftverschmutzung Individualverkehr Kohlenmonoxid/WE (kg)

Emission
Immission

SIEDLUNGSTYP A
Einfamilienhaus freistehend
GFZ 0,4

SIEDLUNGSTYP B
Reihenhaus
2 Geschosse
GFZ 0,7

SIEDLUNGSTYP C
Reihenhaus
3 Geschosse
GFZ 1,0

SIEDLUNGSTYP D
Mehrfamilienhaus
6 Geschosse
GFZ 1,3

Abb.01: Synoptische Darstellung der Einzelergebnisse

A 5

WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

H. GROSSHANS, Köln

Organisatorische und rechtliche Aspekte der Mieterbeteiligung bei der Wohnumfeldgestaltung

ORGANISATORISCHE UND RECHTLICHE ASPEKTE MIETERBETEILIGUNG BEI DER WOHNUMFELDGESTALTUNG

Referat, gehalten auf der 4. Internationalen Wohnungswoche "Wohnumwelt in Stadt und Land" der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Wien am 25. September 1986 in Salzburg

VI-Grh/Ma 07.09.1986

Prof. Dr. Hartmut Großhans
Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V., Köln

Wenn im folgenden über organisatorische und rechtliche Aspekte der Mieterbeteiligung bei der Wohnumweltgestaltung skizzenhaft berichtet wird, soll dies vor allem anhand konkreter, direkt erfahrbarer, d.h. aus der Sicht der Stadtentwicklungsplanung "kleinteiliger", Maßnahmen geschehen.

Die **Bürger** - und damit auch die **Mieter** - können in der Bundesrepublik sowohl im Rahmen der **Bauleitplanung** (gem. § 2 a BBauG) wie im Zuge von **Sanierungsmaßnahmen** (gem. §§ 4, 8 StBauFG) im Rahmen von Verfahrensabläufen, die jeweils die Gemeinde als Träger der Planungshoheit festlegt, in mehr oder wenig großem Umfang bei der Konzeption von Planungen **teilnehmen**, bei denen in aller Regel auch die Wohnumfeldgestaltung eine wichtige Rolle spielt. Flächennutzungsplanung und Bebauungspläne, Landschaftsrahmenplanung und Grünordnungspläne, Konzepte zur flächenhaften Verkehrsberuhigung, Fußweg- und Radwegenetzpläne, Stadtteilentwicklungspläne - zunehmend auch als Bestandteile einer Konzeption einer "ökologischen Stadtteilerneuerung" (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1985) - sind Gegenstand von Bürgerbeteiligung und bedürfen angemessener Organisationsformen und rechtlicher Absicherung.

Im Hinblick auf das Geltendmachen **konkreter Anforderungen** einzelner Haushalte oder Gruppen an Wohnung, Gebäude oder engeres Wohnumfeld sind diese Verfahren jedoch zu global und auch zu langfristig. Bis ein Bebauungsplan z.B. für ein neues Mietwohnungsquartier rechtskräftig geworden ist oder eine Sanierungsplanung in die Umsetzungsphase geht, vergehen oft Jahre, in denen sich selbst die Bedürfnisse der sich daran aktiv beteiligenden Bürger bereits wieder gewandelt haben können.

Wirkungsvoller und sozial zielsicherer ist sicher die Beteiligung an der realen **Ausführungsplanung** von Wohngebäude und "Außenhaus", in dem man später auch tatsächlich leben will oder schon lebt.
Hier stellt sich auch bei uns die grundsätzliche **Schwierigkeit**, daß (selbst im sozialen Wohnungsbau) die künftigen Mieter zu Beginn der Planung und Finanzierung von Maßnahmen in der Regel noch nicht bekannt sind, der "mieterfreundliche" Bauherr also **keinen Ansprechpartner** hat, den er beteiligen könnte, um spezifische Mieterinteressen in die Wohnumfeldplanung aufzunehmen.

Seit Mitte der '60er Jahre erprobt man weitere Beteiligungsinstrumente, die "dichter am Mieter" ansetzen.
Dies geschah (und geschieht) bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vor allem durch die Einrichtung von **Mieterbeiräten** (nicht selten durch Initiative einzelner Mietergruppen angestoßen). Der Mieterbeirat ist die Form der Mietermitwirkung, bei der eine auf **Dauer** angelegte, in eigener Entscheidung **gewählte** Interessenvertretung der Mieter dem Wohnungsunternehmen und seinen Organen als Vermieter gegenübertritt und **institutionell** mit ihm verbunden ist.
Der Mieterbeirat wird durch die Mieter entweder direkt - auf Mieterversammlungen oder Mietervollversammlungen - oder indirekt über ein Wahlmänner-/Vertauensleutegremium gewählt. Auch die Briefwahl wird praktiziert.

Der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hat 1974 Struktur, Umfang und **Organisationsformen** der bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen praktizierten Mietermitwirkung durch Mieterbeiräte untersucht.
Es sind zu unterscheiden:

a) **Gesamtmieterbeirat**
für den **gesamten** Wohnungsbestand eines Wohnungsunternehmens mit lokalem Wirkungsbereich wird **ein** Mieterbeirat gewählt,

b) **Bereichsmieterbeirat**
für **einzelne** Wohngebiete, Siedlungen, Gebäudekomplexe eines Wohnungsunternehmens mit lokalem, regionalem oder überregionalem Wirkungsbereich wird **je ein** Mieterbeirat gewählt,

c) **Hauptmieterbeirat**
als **Spitzenorganisation** mehrerer wohngebietsbezogener Bereichsmieterbeiräte, die insgesamt den Gesamtbestand eines Wohnungsunternehmens mit **lokalem** Wirkungebereich abdecken, wird **ein** Mieterbeirat gewählt oder delegiert,

d) **Regionalmieterbeirat**
als **Spitzenorganisation** aller wohngebietsbezogenen Bereichsmieterbeiräte an **verschiedenen** Orten oder Gesamtmieterbeiräten je Ort, die insgesamt den Gesamtbestand eines Wohnungsunternehmens mit **regionalem** und **überregionalem** Wirkungsbereich abdecken, wird **ein** Mieterbeirat gewählt oder delegiert.

Alle Formen sind als Vereinbarung zwischen dem Unternehmen und der eigenen Mieterschaft direkt zu organisieren; praktiziert werden vor allem die Form des Gesamtmieterbeirates und des Bereichsmieterbeirates, je nach Problemlage.

Der Mieterbeirat organisiert seine Arbeit anhand einer **Mieterbeiratsordnung**/Wahlordnung, in der je nach Unternehmensgröße und -struktur, Wohnungsgemenge, Mieterschaft, Problemfeldern usw. die Aufgabe, Rechte und Pflichten, Kostenaspekte usw. geregelt werden. Wie bei der Bürgerbeteiligung der Gemeinde ist die **Mitwirkungskompetenz** unterschiedlich - reicht vom

reinen Informationsaustausch bis zur Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat.
Das Wohnungsunternehmen (das sich - wie die Gemeinde bei der Bürgerbeteiligung - die endgültige **Entscheidung** vorbehält) unterstützt die Wahl und die Arbeit des Mieterbeirates organisatorisch und finanziell und stellt i. d. R. Raum zur Verfügung. Wie bereits damals anhand von Beiratsordnungen und Protokollen der Mieterbeiräte analysiert werden konnte, liegt ein besonderer **Schwerpunkt** des Interesses und der Aktivitäten bei Fragen der **Wohnumfeldgestaltung** - von der Spielplatzgestaltung bis zu den Gemeinschaftsräumen.

Mitte der '70er Jahre gab es rd 100 Mieterbeiräte bei gemeinnützigen Wohnungsunternehmen; der Organisationsgrad (für rd 4,3 % des Gesamtbestandes) entsprach vergleichbarer Beteiligungsbereitschaft in anderen Bereichen (z. B. bei Sanierungsmaßnahmen).
Zwischenzeitlich sind manche Mieterbeiräte (auch durch Problemerledigung) eingestellt worden, neue kamen hinzu. Insbesondere durch die Verlagerung der Tätigkeit auf die behutsame Modernisierung (jährliche Modernisierungstätigkeit bei Gemeinnützigen rd 200 000 Wohnungen) des Althausbestandes "ohne Mieterverdrängung" wurden neue Formen der **projektorientierten Zusammenarbeit** stärker entwickelt.

Vier **Arbeitsfelder** der Wohnumfeldgestaltung im **Wohnungsbestand**, bei denen

- eine direkte Konfrontation der Mieter mit vorgesehenen/angestrebten Maßnahmen im **unmittelbaren Lebensbezug** erfolgt
- nicht nur Planung, sondern auch Umsetzung, **Realisierung** - und dies mit Einsatz von eigener Arbeit der Mieter - ansteht

für die adäquate situationsspezifische **Organisationsformen** - gemeinsam - entwickelt werden müssen und die finanziellen wie die rechtlichen Aspekte - auch im Hinblick auf die längerfristige Nutzung durch die Mieter und die Kompetenzen für die Pflege, die Instandhaltung usw. - vorab zu klären sind, gewinnen zunehmend an **Bedeutung**.

1.) Maßnahmen der **Verkehrsberuhigung** und der Wohnumfeldverbesserung im öffentlichen und privaten Straßenraum

2.) Maßnahmen zur Hofentkernung und **Hofbegrünung** in eng bebauten Altstadtgebieten mit i. d. R. Einzelhauseigentümern

3.) Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, -umgestaltung in den "Siedlungen", den "**alten**" **Neubaugebieten** der '20er/'30er und '50er/'60er Jahre, i. d. R. von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen

4.) Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, "Nachrüstung"im Außenraum als **ein** Teil von Weiterentwicklungsmaßnahmen der **Großsiedlung** der '70er Jahre - auch hier in der Regel mit gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Eigentümer

Hier geht es jeweils um Maßnahmen in kleineren oder größeren seit Jahren **bewohnten Wohnquartieren**, wo also die Mieter von vorliegenden Unzuträglichkeiten, Defiziten, Belästigungen direkt **betroffen** sind, wo Mieter aus ihrer eigenen Wohnerfahrung heraus **kompetent** für Art und Umfang der Verbesserungsmaßnahmen sind, wo Mieter bereit sind oder in gewissem Umfang motiviert werden können, an der Planung und an der Neugestaltung "durch Handanlegen" mitzuwirken.

Daneben werden auch neue Formen der projektorientierten Mietermitwirkung beim **Neubau** entwickelt und praktiziert, da - angesichts der weitgehenden Reduzierung des Mietwohnungsbaues in der Bundesrepublik auf bestimmte Zielgruppen, auf Ersatzwohnungsbau in Sanierungsgebieten usw. - die künftigen Bewohner mitunter vorab bereits feststehen und zumindest bei der Planung und Herstellung der Außenanlagen aktiv beteiligt werden können.

1. ARBEITSFELD

Maßnahmen zur **Verkehrsberuhigung** verfolgen generell das Ziel, in den i. d. R. dicht bebauten Altbaugebieten das Wohnumfeld für die Bewohner "im Straßenraum" wieder bewohnbar, nutzbar, erlebbar zu machen. Einzelne Bundesländer fördern im Rahmen "städtebaulicher Einzelmaßnahmen" derartige Vorhaben finanziell, die **Gemeinden**, als Träger solcher Maßnahmen, müssen sowohl im politischen Bereich (Stadtrat, Bezirksvertretung) wie mit den anliegenden **Eigentümern** und den Bewohnern zu tragbaren Konzepten kommen und geeignete **Formen der Zusammenarbeit** finden, um Art, Umfang und technischen Standard der Maßnahmen festzulegen, die

- hinsichtlich der **Kosten** (die i. d. R. nach KAG auf die Eigentümer und dann auf die Mieter "wohnwertsteigernd" umgelegt werden)
- hinsichtlich der **Akzeptanz** (z. B. im Widerstreit Spielen der Kinder - Unterbringung der PKW)
- hinsichtlich der **Kompetenzen** (z. B. für die Haftung, den Unterhalt bei Inanspruchnahme öffentlicher Straßen- und privater Vorgartenflächen)

auch langfristig im Sinne der Zielsetzung "Wohnumfeldverbesserung" wirksam sind.

Die **Mieter** werden hierbei vielfach ermuntert, das neu geschaffene Wohnumfeld im Straßenraum, etwa durch Bepflanzung und Pflege von Hochbeeten, durch Übernahme von Baumpatenschaften, durch Berankung der Hausfassaden, durch Blumenkästen vor den Fenstern, auch **mitzugestalten** und **zu erhalten.**

Organisation und rechtliche Aspekte der Mieterbeteiligung bei einer **Verkehrsberuhigungsmaßnahme** im Wohnungsbestand eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens verdeutlicht in Stichworten das

Projekt: **ALSDORF - ALT BUSCH**

Aachener Bergmannssiedlungsgesellschaft mbH
Architekten: Richard + Richter, Aachen

Siedlung für Bergarbeiter der Zeche Anna aus 1921
mit (heute) 414 Haushalten und rd 1200 Bewohnern

Kanalanschluß und provisorische Straßen in Hand WU
hoher Freiflächenanteil, keine Spielflächen (Nutzgärten)
Ausbau rd 3,5 km Straßenraum

Kostengünstiger Vollumbau im Straßenbereich 110,-- DM/m²

.) **Bestandsaufnahme/Rahmenplanung** durch Stadtplaner verkehrstechnische + städtebauliche Analyse, stadträumliche, -gestalterische Aspekte, Bedarfsermittlung Parken, Routen Radfahrer

.) 3 **Varianten-Konzept Verkehrsberuhigung**
Minimierung Kfz-Verkehr, Erleichterung Fahrrad-/Fußgängerverkehr

.) **Bürgerversammlung** (mit Ratsvertretern, Verwaltung, Architekt)
Auswahl Alternative durch Bürgermehrheit, akzeptiert durch Ausschuß für Stadtplanung und Stadtgestaltung Gemeinde

.) **Gestaltungsplan** durch Architekten (unter Kosten + Qualitätsgesichtspunkten) Pkw privat im Straßenraum, sparsame öffentliche Grünflächen, Ausdehnung Vorgärten (private Pflege), bescheidene Dimensionierung (Fahrbahn, Stellplätze)

.) **Vorab-Informationen** an Bewohner durch allgemeines Info-Blatt mit Ausschnitt eigener Straße - ganze Familie diskutiert

.) **Aktion Ortsbegehung** (5 Tage) mit Architekt, Vertreter Stadtrat, Wohnungsunternehmen, Planungsamt - Gespräche vor der Haustür anhand Pläne, Skizzen, von Detailvorschlägen der Straßen ⟶ Entscheidung vor Ort

.) **Bürgerbüro**-Einrichtung auf Baustelle (1 x Woche Stadt, Bauleitung zur Klärung von Detailfragen während Ausbau)

.) **Selbsthilfeeinsatz** bei Ausgestaltung/Neuanlage von Vorgärten, Eingangsbereichen, Pflanzungen bereits in der Bauzeit

---

2. ARBEITSFELD

Maßnahmen zur **Hoferneuerung** verfolgen generell das Ziel; in Altbaugebieten vor allem der Gründerzeit, in Gemengelagen, durch Mauern, Schuppen, Kleinbetrieben, Garagen dicht verbauten und versiegelten Hinterhöfen ein gemeinsam nutzbares

Wohnumfeld überhaupt erst zu schaffen. Einzelne Bundesländer und zahlreiche (Groß) Städte haben hierzu eigene **"Hofbegrünungsprogramme"** eingerichtet, in denen - neben der finanziellen Förderung - auch die organisatorischen und rechtlichen Aspekte der Mieterbeteiligung und Nutzung - u.a. die Kooperation mit den i. d. R. Einzeleigentümern - angesprochen werden.

Wie aus einer soeben vom Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vorgelegten Studie "Mieterselbsthilfe bei der Hoferneuerung" deutlich wird - die Fördermittel können auch von den **Mietern**, nicht nur vom **Eigentümer**, in Anspruch genommen werden - kommt der **Gemeinde** als Berater, Moderator, Animateur ganz besondere Bedeutung zu.
Die Mieter betreten mit Planung, Abstimmung, Förderungsbeantragung und Realisierung ihrer Selbsthilfemaßnahmen jeweils "Neuland", solche Projekte sind auch überaus sensible **soziale Gebilde**, die ihre eigene Dynamik und Spezifik entwickeln, auf die die kommunalen Verfahrensregelungen und die Animations- und Beratungsstrategien abgestellt werden müssen - vom "Hofberater" über die Pressearbeit bis zum Materiallager und Pflanzendepot.

Derartige Innenhofmaßnahmen werden durch Zuschüsse (z.B. Dortmund 50 % bis zu 50,-- DM/m^2; bei Abbruchkosten bis 65 %) unter Zugrundelgung eines Selbsthilfesatzes von 10,--DM/Std) gefördert.
In einer dort vorgelegten Muster-Richtlinie, in der Fördergegenstand, Höhe der Förderung, Antragstellung und Bewilligung, Abrechnung und Auszahlung usw. geregelt sind, heißt es unter **Förderungsbedingungen** u.a.

> "Die vorgesehene Neu- und Umgestaltung soll den Wohn- und Freizeitwert des Innenhofes wesentlich erhöhen. Die geförderten Maßnahmen müssen den **Bedürfnissen** der Bewohner der zugehörigen Häuser entsprechen. Sie bedürfen daher des **Einverständnisses** der Mietparteien.....

Der umgestaltete Innenbereich muß **allen Bewohnern** über einen Zeitraum von mindestens **10 Jahren** zugänglich sein und von ihnen als grüner Freiraum genutzt werden können. Die im Zuschußantrag angegebenen **Gesamtkosten** der Maßnahme, bestehend aus Zuschuß und Eigenanteil, dürfen weder direkt noch indirekt auf die Mieter umgelegt werden."

Organisatorisch und rechtliche Aspekte der Mieterbeteiligung bei einer so geförderten Wohnumweltverbesserungsmaßnahme im Wohnungsbestand eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens verdeutlicht in Stichworten das

Projekt: DORTMUNG - EVING

Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH
Architekt: Ravens, eigene Planungsabteilung

Siedlung für Stahlarbeiter/Bergarbeiter aus 1926 ff
mit 270 Wohnungen in 58 Häusern in 2 1/2-geschossigen Hausreihen; rd 33000 m^2 Außenanlagen mit z. Z. Aschenwegen ohne Gemeinschaftsflächen und verwilderten Hausgärten

Modernisierung Wohnungen, Neugestaltung Fassaden, Umbau Außenhaus

Kosten 1,1 Mio DM (öff. Zuschuß) 27,- DM/m^2 Folgekosten Mieter: 2,80 DM/WE im Monat

---

.) **Zielsetzung Unternehmen** im Außenhaus: allgemein nutzbare Grünflächen, Freizeiteinrichtungen, Verbesserung Stellplatz/Wegesituation, Einrichtung Mietergärten unter **Mitwirkung Mieter** bei Planung und ggf. Durchführung

.) 3 **Varianten-Konzept Wohnumfeldgestaltung** durch Planungsabteilung unter Einschaltung FHS Dortmund, Abt. Design (Farbgestaltung)

.) **Bürgerversammlung** (auf Einladung Bezirksvertretung) mit DGW, Diskussion Alternativen

.) **Bewohnerbefragung** (mit Fragebogen an alle Haushalte, Pressearbeit) Beurteilung Wohnumfeld, Detailvorstellungen Umgestaltung (Wege, Spieleinrichtungen, Beleuchtung, Bänke, Schutzdächer)

.) **Gestaltungsplanung** auf Grundlage Befragungsergebnisse durch DGW, z. B. Zuordnung Mietergärten nach Wunsch, Freizeitelemente usw.. Erhaltung alter Bestände (Obstbäume, Lauben, Gärten in Betrieb)

.) **Selbsthilfeeinsatz** bei Anlage der Mietergärten, Bepflanzung von Rabatten, Wegeeinfassungen, ständige Beratung DGW-Gartenarchitekten

.) **Mieterfest** mit Vertretern Rat, Bezirk, DGW, Presse, (Org. "Grüner Kreis Dortmund e.V.") im neuen Garten-Treffpunkt. Auszeichnung Innenhof-Wettbewerb Dortmund

---

3. ARBEITSFELD

Maßnahmen zur **Wohnumfeldverbesserung** in den **älteren Neubausiedlungen** der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit verfolgen generell das Ziel, die vorfindbaren "Außenanlagen" dieser Wohnquartiere, die seinerzeit infolge der wirtschaftlichen Gegebenheiten sehr einfach, um nicht zu sagen, ärmlich, gestaltet und ausgestattet waren, den Bedürfnissen und Anforderungen der heute hier lebenden Mieter anzupassen, d. h. dem Wandel im Wohnen - und dazu gehört auch ein verstärkter Wunsch nach Individualisierung, nach Aneignung und Identifikation - Rechnung zu tragen und damit den Wohnwert der Siedlungen insgesamt zu erhöhen. Diese Siedlungen sind in der Regel weiträumig und nicht allzu hoch gebaut, mit schlichten "Abstandsgrün" zwischen den Häusern und zum Teil inzwischen hochgewachsenen Bäumen. Im Rahmen von **Modernisierungsmaßnahmen** der Gebäude, bei denen oft durch Anbau von Balkonen, von Wohnterrassen vor den Erdgeschossen usw. der Bezug Wohnung - Außenhaus erstmals hergestellt wird, versuchen die gemeinnützigen **Wohnungsunternehmen** "auf eigenen Grund" durch Aktivierung ihrer **Mieter** als "Selbsthelfer"

- bei der Anlage und Pflege von Pflanzbeeten und Blumenrabatten,
- von Mietergarten und "Grabeland", von Spielbereichen und Treffecken, Grillplätzen usw.

das Wohnumfeld zu verbessern, **ohne** daß hieraus größere finanzielle **Belastungen** für die Mieter entstehen.
Für die Wohnungsunternehmen, die bislang die Pflege der Außenanlagen nach einheitlichem Standard durch eigene Gärtner oder Fremdfirmen turnusmäßig "erledigt" haben, ergeben sich neue **Anforderungen** an das Management hinsichtlich der organisatorischen und rechtlichen Aspekte der Mieterbeteiligung bei der Wohnumfeldgestaltung, die sich in Stichworten verdeutlichen lassen am

Projekt: **HANNOVER- HAINHOLZ / AUF DER HORST**

Gemeinnützige Baugesellschaft Hannvoer GmbH (GBH)
Architekt/Betreuung: Sommerfeld, eigene Planungsabteilung

a) Siedlung der '50er Jahre soz. Wohnungnsbau 4-geschossig mit "Abstandsgrünflächen", z. T. aufgewachsenen Bäumen, Zeilen- bzw. Hofbildungen

b) Siedlungen der '60er Jahre

Kosten: Personaleinsatz GBH 12,- DM/Jahr Wassergeld
2 Gartenarchitekten für Mietergärtennutzer
als AB-Maßnahme

.) **Zielsetzung Unternehmen:** Aufbrechen räumlicher + sozialer Verkrustungen, Beteiligung der Mieter (Selbstarbeit-Identifikation) Schmuckpflanzungen, individuelle Mietergärten, Zugang EG-Wohnungen, Gemeinschaftsflächen/Einrichtungen, allgemeine Grünflächen für alle Nutzer, Integration vorhandener Bäume, Büsche usw.

.) **Grundkonzeption** Möglichkeiten Umwandlung Freiflächen in Gärten in Eigenarbeit Mieter (erörtert durch GBH, 2 Landschaftsplaner ABM) als Projektbetreuer vor Ort, Mieterbeirat

.) **Informationsbroschüre** "Garten für Mieter" mit Zielsetzung, Vorschlägen (auch zur Instandsetzung Wege, Vorplätze) und "Betriebsregeln"

.) **Mieterversammlung** auf Einladung GBH mit Gartenarchitekten als Berater (2 Jahresvertrag) Diskussion und Werbung für aktive Mitmacher; bei a) von rd 300 Mietern nahmen 50 sofort das Angebot an, ein Jahr später weitere 130 Mietergärtchen; bei b) 64 Gärten im 1. Jahr

.) **Einrichtung Bauwagen** im Wohngebiet, Anlage von Pflanzgärten, Gruppen- und Einzelberatung der Mieter bei Planung und Anlage ihrer Gärten durch den Gartenarchitekten vor Ort

.) **Materialbereitstellung** und Organisation (Behörden usw. und Öffentlichkeitsarbeit) für Mieter gebrauchte Gehwegplatten, Holzrahmen, Pflanzen, alte Backsteine usw.

.) **1. Pflanzaktion** mit Mietern und GBH Erstellung von Mustern verschiedener Art Maßstab 1:1

.) **Grobkonzeption** mit Gesamtplanung, Zielplanung für Instandhaltung und "Spielregeln" zur Nutzung; GBH, Gartenarchitekten und Mieter mit eigenen Detailplanungen

.) **Ausbau der Mietergärten** Sitzpavillon, Grillplatz, Balkontreppen in Eigenarbeit von Mieter und Nachbarschaftsgruppen

.) **Mieterversammlung** Diskussion Ergebnisse, Planung Aktion nächste Pflanzperiode, Organisation Interessengemeinschaft der Mieter

Auszeichnung beim Innenhof-Wettbewerb Hannover.

Das Wohnungsunternehmen hat ein weiteres älteres Neubaugebiet (in Bevenbostel) mit seinen dortigen Mietern in Arbeit genommen und aus den Erfahrungen auch **organisatorische** Konsequenzen gezogen.
Dazu schreibt mir die GBH unlängst

> "Das Programm 'Gärten für Mieter' läuft bei der GBH im fünften Jahr. Nachdem eine Verlängerung der fachlichen Betreuung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um weitere Jahre nicht möglich war, hat die Gesellschaft einen **eigenen Grünplaner** eingestellt, der nun ..... die Pflege und Neuanlage von Mietergärten betreut. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß diese gute Sache ohne eine zunächst zeitweilige fachliche Betreuung nicht auskommt."

---

4. ARBEITSFELD

Maßnahmen zur **Wohnumfeldverbesserung** in den **Großsiedlungen der '70er Jahre** können generell nur einen Teilaspekt der umfassend und integriert anzulegenden und durchzuführenden Entwicklungsstrategien dieser Wohngebiete sein. Die **Mieterbeteiligung** kann und muß hier - neben den Verfahren zu Bürgerbeteiligung analog BBauG/StBauFG - auf beiden Schienen laufen - einmal **institutionalisiert** in autonomen Mietervereinen in Form von Mieterbeiräten bei den verschiedenen Wohnungsunternehmen, Mieterinitiativen mit verschiedenen fachlichen Schwerpunkten/Zielgruppen in der Dauerauseinandersetzung mit der Gemeinde, den Organisationen, den Eigentümern usw. - zum anderen **projektorientiert** zur Verbesserung je spezifischer Problemsituation.

Wohnumfeldverbesserung meint hier nicht nur das gebaute, gepflanzte **Wohnumfeld** vor der eigenen Haustür, sondern auch die Neuordnung/Umstrukturierung von **Großgrünflächen**, den

Rückbau von überdimensionierten Straßen, Garagenhäusern, die Verbesserung des Radweg-/Fußwegenetzes, der Spielflächen, des Angebotes im öffentlichen Nahverkehr. Wohnumweltverbesserung meint auch Dezentralisierung von Verwaltung, Ausbau sozialer Beziehungsnetze, Gemeinschaftseinrichtungen und Aktionen der Mieter und ihrer Gruppierungen, Beratungsdienste Stadtteilarbeit der Träger der Sozialarbeit usw..

Wenn wir konstatieren, daß eine Reihe von Großsiedlungen in der Bundesrepublik Deutschland (wie in anderen westeuropäischen Ländern auch) grundlegend "saniert" werden müssen - von der Mietgestaltung für Sozialwohnungen, der Umstrukturierung der Belegung, der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche, über Um- und Rückbau von Gebäuden und Straßen bis zur Neugestaltung des Wohnumfeldes (und der Image-Aufwertung) - gewinnen die organisatorischen und rechtlichen Aspekte einer Mieterbeteiligung (die ein Schlüssel für die Akzeptanz vielfältiger Umrüstungsmaßnahmen sein kann) zentrale Bedeutung.
Hierzu laufen derzeit eine Reihe von Pilotmaßnahmen in Großsiedlungen in Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinde, gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, freien Planern, Wissenschaftlern, Trägern der sozialen Arbeit und den Bewohnern und ihren Organisationen/Zusammenschlüssen, bei denen die inzwischen gewonnenen, reichhaltigen Erfahrungen und die vielfältig entwickelten Organisationsformen der Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung und bei der Sanierung, der unternehmensbezogenen Mietermitwirkung und der Gemeinwesenarbeit, der projektorientierten Mieterbeteiligung eingesetzt werden müssen.

Wenn es uns nicht gelingt, durch geeignete und akzeptable Partizipationsformen mit situationsspezifisch definierten Rechten (von der Information bis zur Mitbestimmung) den Mietern in den Großsiedlungen eine realisierungsfähige Perspektive zur Verbesserung ihrer Wohnumwelt zu geben, wird angesichts

zahlenmäßig schrumpfender Einwohner und Haushalte in den '90er Jahren über das Schicksal vieler Großsiedlungen der '70er Jahre als einen grandiosen Fehlversuch des 20. Jahrhunderts zur Lösung der Wohnungsfrage die "Abstimmung mit den Füßen" entscheiden.

Ob wir uns dies wolkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich, stadtentwicklungspolitisch und sozialpolitisch leisten können, darf füglich bezweifelt werden.

Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H. Hannover

NUTZUNGSVEREINBARUNG

Zwischen der Gemeinnützigen Baugesellschaft m. b. H. Hannover,
In den Sieben Stücken 7A, 3000 Hannover 51

- Eigentümerin -

und

Herrn/Frau

- Nutzungsberechtigte/r -

wird folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1
Nutzungszweck und Nutzungsentgelt

Die in Garbsen-Auf der Horst/Berenbostel-Auf dem Kronsberg gelegene und auf dem beiliegenden Lageplan durch eine rote Umrandung gekennzeichnete Fläche wird dem Nutzungsberechtigten ab sofort zur Anlage eines Mietergartens mit gemischter Nutzung als Ziер- und Gemüsegarten überlassen. Größe: m².

Ein Nutzungsentgelt wird nicht erhoben. Lediglich für den zusätzlichen Verbrauch an Frischwasser bzw. für die Montage einer Schwengelpumpe ist eine Pauschale von z. Z. DM 1,- monatlich zu zahlen.

§ 2
Anlage und Pflege des Gartens

Die Anlage des Gartens sowie sämtliche Anpflanzungen werden vom Gartennutzer selbst und auf eigene Kosten vorgenommen. Im Garten kann ein Sitzplatz angelegt werden; als Sichtschutz ist eine Holzpergola möglich (max. Höhe 2,20 m).

Bäume sind nicht gestattet, Obstgehölze können angepflanzt werden. Der gesamte Garten ist stets in einem gepflegten Zustand und frei von Unkraut zu halten. Hierzu gehört auch die Beseitigung von herabgefallenem Laub. Es dürfen keine Gifte zur Unkrautbeseitigung und Insektenvertilgung verwendet werden.

Pflanzenreste, Gras und Laubanfälle können kompostiert werden.

§ 3
Gartengrenze und Wege

Der Mietergarten darf durch einen Zaun (max. Höhe 0,50 m) und/oder eine Hecke (max. Höhe 0,80 m) eingefriedet werden. Der Weg vor dem überlassenen Garten ist sauber und instand zu halten.

§ 4
Betreten des Gartens durch den Vermieter bzw. seine Beauftragten

Dem Vermieter und seinen Beauftragten ist der jederzeitige Zutritt - auch während der Vegetationsperiode - zur Gartenanlage zu gestatten.

§ 5
Sonstiges

Die Überlassung des Mietergartens an Dritte ist nicht gestattet. Die Anlage von Wasserleitungsanschlüssen sowie das Aufstellen von Lauben, Schuppen, Ställen usw. ist nicht erlaubt.

§ 6
Außerordentliches Kündigungsrecht

Bei Nichtbeachtung der Vereinbarungen zu §§ 1-5 ist die GBH berechtigt, diese Nutzungsvereinbarung fristlos zu kündigen.

Nutzungsvereinbarung Grabelan

§ 7

Rückgabe der Gartenfläche bzw. Kündigung der Nutzungsvereinbarung

Sollte der Gartennutzer, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr gewillt oder in der Lage sein, die Gartenpflege durchzuführen, so ist der GBH dieses unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
Bei Kündigung der Nutzungsvereinbarung durch die GBH ist der Mietergarten spätestens nach Ablauf der Vegetationsperiode am 31. 10. des jeweiligen Jahres zurückzugeben und auf Verlangen der Verpächterin vollständig abzuräumen.
Das gleiche gilt auch für die Kündigung durch den Gartennutzer, soweit der Garten nicht von einem anderen Mieter im Anschluß hieran übernommen wird.
Bei einer fristlosen Kündigung durch die GBH ist die Fläche innerhalb einer Frist von 7 Tagen gleichfalls ordnungsgemäß geräumt zurückzugeben. Das gleiche gilt für den Fall, daß aus wichtigem Grunde (Leitungsverlegung usw.) die Grundstücksfläche benötigt wird.
Eine Entschädigung für die vom Gartennutzer zurückgelassenen oder zu beseitigenden Anpflanzungen durch die GBH bleibt in jedem Fall ausgeschlossen.

§ 8

Haftung

Für die Zeit der Nutzung übernimmt der Nutzungsberechtigte unter Verzicht auf einen etwaigen Rückgriff gegen die Grundstückseigentümerin die volle Haftung für Belästigungen und für alle Personen-, Vermögens- und Sachschäden, die aus der Nutzung des Mietergartens entstehen könnten.

Hannover, den

Garbsen, den

Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H. H a n n o v e r

- Nutzungsberechtigte/r -

A 5

WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

B. SCHERZ, Wien

Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zur Gestaltung der Wohnumwelt

A 5: WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

(Referate 10 und 11)

B. SCHERZ, Wien: Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zur Gestaltung der Wohnumwelt

Was die aktive Gestaltung der Wohnumwelt durch gemeinnützige Bauvereinigungen betrifft, möchte ich in meinem kurzen Referat zunächst darauf eingehen, welche gesetzlichen Hindernisse bzw. Beschränkungen einem solchen Vorhaben entgegenstehen, wenn es um Fragen der Errichtung von Gemeinschaftseinrichtungen geht. Probleme ergeben sich insbesondere aus den Bestimmungen hinsichtlich des Geschäftskreises.

Die GBV haben einen eng begrenzten Geschäftskreis. Dieser ist in § 7 WGG geregelt und lautet:

"§ 7(1) Die Bauvereinigung hat sich nach ihrem Genossenschaftsvertrag (Gesellschaftsvertrag, Satzung) und tatsächlich mit der Errichtung und Verwaltung von Wohnungen mit einer Nutzfläche von höchstens 150 m^2 mit normaler Ausstattung, von Eigenheimen mit höchstens zwei Wohnungen dieser Art und von Heimen im eigenen Namen im Inland zu befassen und ihr Eigenkapital vornehmlich für diesen Zweck einzusetzen. Die Verwaltung schließt die Instandhaltung und Instandsetzung samt der Einrichtung von Hauswerkstätten zur Durchführung laufender kleinerer Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten im Umfang des nötigen Bedarfs sowie die Verbesserung mit ein.

./2

(2) Die Verwaltung erstreckt sich auch auf Wohnhäuser, Eigenheime, Wohn-, Geschäfts- und Büroräume, Gemeinschaftseinrichtungen, Einstellplätze (Garagen), Abstellplätze oder Heime, welche von einer gemeinnützigen Bauvereinigung, einer Gebietskörperschaft oder einem Unternehmen, das mindestens zu 50 v.H. im Eigentum einer Gebietskörperschaft steht, errichtet oder erworben wurden.

(3) Die Bauvereinigung hat überwiegend die in Abs 1 und 2 genannten Geschäfte zu betreiben. Neben diesen Geschäften darf die Bauvereinigung noch andere Geschäfte betreiben. Dazu zählt z.B. die Errichtung von Wohnungen und Eigenheimen in fremden Namen. Hier sind jene Geschäfte zu subsumieren, die GBV tätigen, wenn sie Betreuungsbauten für Gemeinden errichten.
Gesetzlich gedeckt sind auch die Errichtung von Geschäftsräumen und Garagen im eigenen und fremden Namen unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. die Geschäftsräume dürfen nur im Zuge der Errichtung von Wohnungen, Eigenheimen oder Heimen errichtet werden und nur dann, wenn die Nutzfläche aller Geschäftsräume eines Bauvorhabens ein Drittel der Nutzfläche nicht übersteigt)."

Für das in meinem Referat anzuschneidende Thema, der Frage der Möglichkeit der Gestaltung der Wohnumwelt durch GBV, ist bezüglich des Geschäftskreises die folgende Gesetzesstelle von Bedeutung.

./3

Eine GBV kann auf Grund § 7(3) Z 4 auch noch folgende Geschäfte betreiben:

Die Errichtung, Erwerbung und den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen, die den Bewohnern der von der Bauvereinigung errichteten oder verwalteten Wohnungen dienen, einschließlich der von der Bauvereinigung zur Verwaltung benötigten Räumlichkeiten sowie die Errichtung und Erwerbung von Gemeinschaftseinrichtungen zur Befriedigung des Bedarfs der Wohnbevölkerung, soweit der Betrieb dieser Einrichtungen nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung 1973 unterliegt.

In den Einführungsbestimmungen zum WGG wird ausgeführt, was der Gesetzgeber unter Gemeinschaftseinrichtungen versteht. Er versteht darunter Einrichtungen zur besseren Nutzung von Wohnungen wie z.B. Sammelheizungen, Warmwasserversorgungsanlagen, Aufzüge, Leseräume, Kindergärten, Zentralwaschküchen.

Das bedeutet also zunächst, daß eine GBV die beispielhaft aufgezählten Gemeinschaftseinrichtungen im Zuge der Errichtung von Wohnbauten mitbauen dürfen. Darüber hinaus können diese Gemeinschaftseinrichtungen auch nachträglich bei jenen Bauten, die die GBV einmal errichtet hat oder jetzt verwaltet (z.B. Gemeindebauten in Verwaltung einer GBV) errichtet oder erworben bzw. betrieben werden.

Gemeinschaftseinrichtungen die der Allgemeinheit dienen, können nur dann errichtet und erworben werden, wenn der Betrieb dieser Einrichtungen nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegt.

./4

Daraus ergibt sich bereits aus dem Geschäftskreis die Problematik, daß GBV nur insoweit aktiv zur Gestaltung der Wohnumwelt beitragen können, als es sich um ihre eigenen Bauten handelt.

Es gibt zwar die Möglichkeit, für Geschäfte, die nicht im ordentlichen Geschäftskreis gedeckt sind, aber "notwendig" werden, eine Ausnahmebewilligung durch die Landesregierung nach § 7(4) zu erreichen.
Zu erwähnen ist, daß diese Geschäfte, falls sie genehmigt werden, voll der Steuerpflicht unterliegen.

GBV können - wie schon gesagt - im Zuge der Errichtung von Baulichkeiten (im eigenen oder fremden Namen) aktiv zur Gestaltung der Umwelt beitragen.
Neben den schon erwähnten Gemeinschaftseinrichtungen kämen folgende Maßnahmen in Frage:

Terrassen, Loggien, der Wohnung zugeordnete Freiflächen
gärtnerische Gestaltung der Außenanlagen
Erholungsanlagen
Schrebergärten
Spielplätze, Altenecken, etc.
Gemeinschaftsräume
Saunas, Schwimmbäder
Gebäudebegrünung
Lärmschutz- und Sichtschutzdämme, etc.
Unterbringung des ruhenden Verkehrs in umweltfreundlicher Art
allgemeine Schutzmaßnahmen gegen Emissionen und Immissionen.

./5

Alle diese Einrichtungen sind mit beträchtlichem Kapitaleinsatz verbunden und daraus resultiert ein weitere Problematik.

Die Bestimmungen des WGG sehen vor, daß eine GBV zur strengen Kostendeckung verpflichtet ist. Das bedeutet, daß alle entstehenden Kosten den Mietern oder Eigentümern anzulasten sind. Eine Möglichkeit der Finanzierung von Gemeinschaftseinrichtungen wäre in der Form gegeben, daß die Bauvereinigung die Finanzierung aus Eigenmitteln vornimmt. Den Mietern bzw. Eigentümern wäre dann lediglich eine angemessene Abschreibung und eine Verzinsung, die nach gemeinnützigkeitsrechtlichen Grundsätzen derzeit lediglich 4,5 % beträgt, anzulasten. Allerdings muß darauf verwiesen werden, daß die Eigenmittelausstattung der GBV insgesamt gesehen als zu schwach angesehen werden muß, um in diesem Bereich größere Investitionen vornehmen zu können. Eine Finanzierung durch Wohnbauförderungsmittel ist deshalb nicht möglich, weil die Wohnbauförderungsgesetze die Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen nur in äußerst beschränktem Rahmen vorsehen. Dazu kommt die Tatsache, daß Bauvorhaben überhaupt nur dann durch Wohnbauförderungsmittel mitfinanziert werden können, wenn eine bestimmte Höhe an Baukosten nicht überschritten wird. Zu erwähnen ist, daß die von den Ländern gesetzen Obergrenzen als eher gering bemessen erscheinen.

Abgesehen von den Problemen, die sich aus rein rechtlicher bzw. betriebswirtschaftlicher Sicht im Hinblick auf die Errichtung von Gemeinschaftseinrichtungen ergeben, muß doch darauf verwiesen

./6

werden, daß eine Reihe von Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung bestehen.

Ich denke da vor allem an die Rechtsform der Genossenschaft, bei der sowohl ausgehend von den Genossenschaftsorganen als auch von den einzelnen Genossenschaftsmitgliedern, gewisse Initiativen gesetzt werden könnten. Hier gibt es auch bereits einige Beispiele, wo in einzelnen Genossenschaften eine Art von Selbsthilfe besteht. Es ist dies eine Art Rückbesinnung auf die Ursprünge der Wohnungsgenossenschaften. Beweggrund für die Gründung von Wohnungsgenossenschaften war ja der Gedanke der Selbsthilfe (eine öffentliche Förderung des Wohnbaues kam erst viel später). Beispielsweise ist bei einzelnen Genossenschaften durch Initiative von Genossenschaftsmitgliedern die Errichtung von Kinderspielplätzen etc. zustande gekommen. Auch wäre es denkbar, daß gemeinnützige Bauvereinigungen ihren bestehenden Verwaltungsapparat, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, zur Verfügung stellen. Das hier vorhandene know how könnte ohne Zweifel äußerst nützlich sein. Man denke nur daran, daß Techniker oder Hausverwalter wertvolle Anregungen zur Verbesserung der Wohnumwelt geben können, welche von den einzelnen Bewohnern ohne großen finanziellen Aufwand bewerkstelligt werden könnten.

A 5

WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

E. KNOTH, Wien

Wohnumweltverbesserung: Wünsche der Verwaltung

KDZ KOMMUNALWISSENSCHAFTLICHES DOKUMENTATIONSZENTRUM

A-1082 WIEN, EBENDORFERSTRASSE 2 TELEFON (0222) 43 50/

Mag. Ernst KNOTH

17.9.1986

Wohnumweltverbesserung: Wünsche der Verwaltung.

(Vortrag im Rahmen der Internationalen Wohnungswoche in Salzburg am 25.9.1986)

1. Einleitung

Zunächst möchte ich einige Klarstellungen treffen:

a) Ich spreche hier nicht als Vertreter einer Gemeindeverwaltung, sondern als Außenstehender über die Verwaltung.

b) Ich spreche des weiteren nicht über die Verwaltung im allgemeinen, denn es wäre eine Illusion zu glauben, es gäbe so etwas wie einen einheitlichen Verwaltungswillen. Gegenstand meiner Ausführungen ist die Planungsverwaltung, wie sie sich heute üblicherweise in den Städten Österreichs findet und die Probleme, denen sich dieser Teil der Verwaltung im Zusammenhang mit der Wohnumwelt gegenübersieht.

c) Ich kann desweiteren nicht behaupten, daß meine Art und Weise, diese Probleme darzustellen, auf eine Stadt oder Gemeinde zutrifft. Denn ebensowenig wie es eine idealtypische Verwaltung gibt, gibt es eine solche Gemeinde. Wenn man so will, dann treffen die folgenden Ausführungen am ehesten auf größere Städte zu. Dies erscheint mir aber nicht unbedingt als Mangel, da hier zweifellos der höchste Bedarf an Wohnumweltgestaltungsmaßnahmen vorhanden ist.

DVR-Nr. 0467588

Da ich, wie bereits erwähnt, kein kommunaler Praktiker bin, stammen die nachfolgenden Informationen aus Gesprächen, die mit Planungsbediensteten geführt wurden. Zunächst will ich einen Abriß des derzeitigen programmatischen und verfahrensmäßigen Standes der Wohnumweltgestaltung egeben.

2. Die politischen Vorgaben der Verwaltung bei der Wohnumweltgestaltung

Allgemein könnte man sagen, daß die Praxis der Wohnumweltgestaltung von den Zielsetzungen bis hinunter zur konkreten Maßnahme immer schwieriger und konfliktreicher wird.

Auf der programmatischen Ebene herrscht weitgehend Übereinstimmung über die Bedeutung einer gesunden, lebenswerten Wohnumwelt und keine Partei oder Stadtverwaltung könnte sich heute erlauben, dieses Thema nicht aufzugreifen. Ein - zumindest abstrakter - Auftrag, Aspekte der Wohnumwelt in das bauliche Geschehen einzubeziehen bzw. sie als eigenständige Aufgabe wahrzunehmen, findet sich daher überall.

Grundsätzliche Übereinstimmung besteht auch über die wesentlichen Probleme, auf die die Umweltverbesserung Anwendung finden soll. Hervorgehoben werden hier die alten Stadtgebiete mit zu dichter Verbauung, ohne ausreichende Grünflächen und mit Überlastung durch den ruhenden wie auch den fließenden Verkehr. Zum anderen besteht auch ein Konsens, daß die Wohnvierteln der Nachkriegszeit ohne Rücksicht auf die Wohnumwelt hergestellt wurden und einer nachträglichen Gestaltung und Ergänzung bedürfen.

Welche Maßnahmen im einzelnen im Rahmen der Wohnumweltgestaltung eingesetzt werden, bedarf kaum näherer Erläuterungen. Wohnumweltgestaltung hat sich zu einer Art "Standardtechnologie" entwickelt, deren Elemente entsprechend den Problemen vor Ort in unterschiedlichen Mischungen zum Einsatz kommen: Verkehrsberuhigung (vornehmlich durch bauliche Lösungen), Schaffung von Frei- und Grünflächen, die ästhetische Aufwertung von Wohngebieten durch farbliche

und künstlerische Gestaltung, die "Möblierung" des öffentlichen Raums durch Bänke, Pflanzgefäße usw. sind feste Bestandteile im Repertoir der Wohnumweltgestaltung geworden. Grundsätzlich ist dem Planungsbediensteten also bekannt, wo er anzusetzen hat und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, um substantielle Verbesserungen der Wohnumwelt herbeizuführen. Das objektive Kriterium der Verbesserungsbedürftigkeit genügt jedoch in aller Regel nicht, denn Wohnumweltverbesserung ist eben nicht nur ein Ziel, sie ist auch ein Mittel, das in den Dienst anderer Zielsetzungen, vornehmlich wirtschaftlicher Natur, gestellt wird. Sollte ein kommunaler Planer also glauben, seine Aufgabe bestünde ausschließlich in der Verbesserung der umweltabhängigen Lebensverhältnisse in seiner Gemeinde, dann wird er damit nicht in jedem Fall richtig liegen. Denn Gestaltung der Wohnumwelt kostet Geld und es besteht eine zumindest implizite Forderung, daß sie sich "rentieren" muß.

In der bisherigen Praxis der Wohnumweltgestaltung zeigt sich eine ausgeprägte Selektivität: Die meiste politische und damit auch finanzielle Rückendeckung besitzen wirtschaftlich motivierte Projekte: Fast jede Kleinstadt in Österreich hat bereits ihre Fußgängerzone, die einen angenehmen Rahmen für den Dienstleistungskonsum abgeben soll. Soweit Gestaltungsmaßnahmen in überwiegenden Wohngebieten erfolgen, dienen sie nicht selten dem Zweck der Gebietsaufwertung und der damit verbundenen Attraktion zahlungskräftiger Bevölkerungsschichten und in ihrem Gefolge von Investitionen. Relativ selten, und wenn, dann sehr reduziert, wird die Umwelt dort gestaltet, wo ärmere Bevölkerung wohnt und wo - objektiv gesehen - tatsächlich die größten Mängel und damit der größte Gestaltungsbedarf vorliegt.

Mit der sozialen und wirtschaftlichen Selektivität in Hinblick auf konkrete Maßnahmen zur Wohnumweltgestaltung geht naturgemäß auch eine räumliche Selektivität einher, die aber auch unter dem Gesichtspunkt der Komplexitätsreduktion und damit Operationalisierung von Programmen zur Wohnumweltgestaltung zu sehen ist. Man setzt dabei darauf, daß die im

größeren Zusammenhang nicht gelösten Probleme durch intensive Bearbeitung wenigstens im kleineren Maßstab lösbar werden und wählt zur Neugestaltung zumeist kleinere Siedlungsteile, einzelne Plätze oder häufig auch nur einzelne (kurze) Straßen aus. Dies geschieht auch zu dem Zweck, daß die Wohnumweltgestaltung zu einer Angelegenheit der Planungsverwaltung werden kann, zum anderen benötigt man nahezu die umliegenden, nicht zur Gestaltung vorgesehenen Teile. Man kann so die Differenz besser sichtbar machen, also Attraktivität illustrieren, und man besitzt Auffangräume, in die man Probleme abdrängen kann. Nicht zufällig gehen viele Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu Lasten der umliegenden Gebiete.

So viel einmal, um zu zeigen, mit welch unzureichenden und anfechtbaren Vorgaben der kommunale Planungsbedienstete ans Werk zu gehen hat. Dem administrativen state of art entsprechend findet die konkrete Wohnumweltverbesserung im kleinen Rahmen statt, was nicht bedeutet, daß auch dabei große Schwierigkeiten zu überwinden sind.

3. Die praktischen Probleme bei der kleinräumigen Wohnumweltverbesserung

Sollte man glauben, der Planer würde bei seinem ersten Auftreten in einem zu gestaltenden Gebiet freudig empfangen, da er ja die Verheißung einer angenehmeren Wohnsituation mitbringt, dann täuscht man sich. Allzu häufig stößt er auf Gegnerschaft oder zumindest Skepsis. Zunächst einmal bei den im Projektgebiet Ansässigen.

Hier ist einmal ein gewisser grundsätzlicher Widerstand einzukalkulieren, da sich oft eine mangelnde Veränderungsbereitschaft zeigt. Auch wenn die Umweltverhältnisse als unbefriedigend empfunden werden - sie sind die gewohnten und das Neue ist unbekannt und bedrohlich. Aber es gibt auch recht handfeste Gründe, warum seitens der ansässigen Bevölkerung Widerstand geleistet wird:

- Die Autofahrer unter der ansässigen Gebietsbevölkerung wehren sich gegen Beschränkungen des Parkraumgebots und sind von Maßnahmen, die den fließenden Verkehr betreffen, oft ebenfalls nicht begeistert.

- Handels- und Gewerbebetriebe fürchten um die Zugänglichkeit ihrer Standorte und sehen ihre Arbeitsbedingungen und ihre Erreichbarkeit durch die Kunden bedroht.

- Vor allem die lange im Gebiet ansässigen Bewohner mit (in der Regel) niedrigen Mieten ahnen, daß es nicht bei den Maßnahmen im Wohnumfeld bleiben wird, sondern, daß auch Investitionen in den Wohnungsbestand und damit höhere Mieten drohen.

Im konkreten Fall muß der Planer also bereits viel Energie auf die Aushandlung von Kompromissen verwenden und dabei ständig zwischen den Wünschen der Bevölkerung untereinander und gegenüber der Verwaltung vermitteln. Das Problem liegt nicht gerade darin, daß die Bevölkerung an den Verwaltungsentscheidungen "partizipiert", sondern, daß diese Partizipation hauptsächlich über den Planer abgewickelt wird, der ja nur bedingt Zusagen im Namen der Verwaltung abgeben kann. Er ist somit eine Art "Knautschzone", die von beiden Seiten unter Druck geraten kann. Denn der Spielraum für Zugeständnisse ist meistens nicht klar definiert und muß von Fall zu Fall erst mühsam festgelegt werden.

Bereits eingangs wurde darauf hingewiesen, daß die Verwaltung selbst durchaus nicht homogen ist und oft gegenläufige Interessen verfolgt. Selbst einhellige politische Beschlüsse können häufig nicht verhindern, daß bei der Projektabwicklung Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Verwaltungsteilen auftreten. Einzelne Verwaltungsgliederungen betrachten sich nicht selten als Anwälte bestimmter Interessen und legen ihre Entscheidungen und Tätigkeiten entsprechend aus. Es soll hier allerdings nicht verschwiegen werden, daß dieses Problem mit der Größe einer Stadt wächst, da ja erst dann regelmäßig eine ressortmäßig gegliederte

Verwaltung mit deutlich voneinander abgesetzten Aufgabengebieten vorhanden ist. Die beiden mächtigsten Gegner findet der professionelle Wohnumweltgestalter in der Regel im Verkehrs- und im Finanzressort.

Aus der Sicht des Verkehrsressorts ist das Problem des Individualverkehrs eine in hohem Maße technische Aufgabe. Das Aufgabenverständnis besteht immer noch - wenn auch abnehmend - darin, daß man für die möglichst flüssige Verkehrsabwicklung zu sorgen hat. Die spezifischen Zielsetzungen des Umweltgestalters laufen dieser Ansicht zuwider - er möchte ja gerade Hindernisse für den Individualverkehr, die sein Störungspotential einschränken. Nicht selten kommen in den fast unvermeidlichen Auseinandersetzungen unbefriedigende Kompromisse heraus.

Wie bei vielen anderen Verwaltungsagenden ebenfalls ist das Finanzressort auch bei der Umweltgestaltung so etwas wie der "natürliche Feind" dessen, der sie abzuwickeln hat. Klar, denn das Finanzressort ist von seiner Aufgabe her damit betraut, auf die Entwicklung der Einnahmen zu achten und die Ausgaben möglichst zu beschränken. Unter dem Aspekt der Einnahmen gebärdet sich der Finanzreferent als Schutzherr wirtschaftlicher Interessen, deren Wahrung für die Sicherung der Besteuerungsgrundlagen von Bedeutung ist, bei den Ausgaben ist er nicht selten knausrig, wenn keine wirtschaftlichen Vorteile zu erwarten sind. Maßnahmen, die ansässige Betriebe negativ treffen könnten, also etwa durch Wahrung von Umweltschutzinteressen, lassen sich oft nur sehr schwer oder gar nicht durchsetzen.

Neben diesen beiden quasi-natürlichen Gegnerschaften leidet der beamtete Wohnumweltgestalter an der mangelnden Verankerung seines Aufgabengebiets als "Querschnittsaufgabe". Denn am Prozeß der Wohnumweltgestaltung sind zahlreiche andere Ressorts beteiligt, die sich zwar nicht gerade als Gegner, häufig aber als ohne besonderes Engagement für die Sache präsentieren. Diese Bereiche haben oft ihre eigenen Investitions- und Arbeitsprogramme, die außer der Reihe an sie

herangetragenen Wünsche entsprechen oft nicht den eigenen Prioritäten oder können tatsächlich, mangels finanzieller Bedeckung, nicht wahrgenommen werden. Typische Beispiele hiefür sind:

- die Liegenschaftsverwaltung, die sich mit dem Ankauf unbedingt notwendiger Grundstücke übergebührlich Zeit läßt;
- die Kanal- und Wasserabteilung, die notwendige Leitungsverlegungen hinausschiebt und
- die Stadtgärtnerei, die mit der Betreuung der bestehenden öffentlichen Grünflächen beschäftigt ist und die Anlage und Pflege neuer am liebsten missen möchte usw.

Mangelnde Koordination zwischen verschiedenen Maßnahmen und deren Finanzierung tritt in besonderem Maße auf, wenn nicht nur kommunale, sondern etwa auch **Bundes- oder Landesdienststellen** beteiligt sind. Hauptsächlich ist dies dort der Fall, wo Förderungen zur Verfügung stehen, die in den Gestaltungsprozeß fix eingeplant sind und wo stets ungewiß ist, ob die Finanzierungszusagen überhaupt und wenn ja, in der den geplanten Abläufen entsprechenden Reihenfolge eintreffen. Der Ausfall oder die Verzögerung eines Schlüsselprojektes stellt leicht ein gesamtes Projekt in Frage.

Es braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß der Projektfortschritt besonders dann unsicher wird, wenn er vom Tätigwerden privater Investoren abhängig ist und wenn diese ihrerseits hiezu öffentliche Förderungen beanspruchen möchten. Das typische Beispiel hiefür ist der umweltbelastende Betrieb, der in der Regel nur gegen massive Unterstützung mit öffentlichen Geldern zu wirksamen Gegenmaßnahmen bereit ist. Das Grundproblem scheint darin zu bestehen, daß es in Österreich keine verallgemeinerte "städtebauliche" Investitionsförderung mit flexiblen Verwendungsmöglichkeiten oder höchstens in Ansätzen gibt. Maßnahmen zur Wohnumweltverbesserung müssen daher aus vielfältigen (kasuistischen) Einzelförderungen zusammenkomponiert werden, über die wieder zahlreiche Stellen - häufig ohne Sinn für Ganzheiten und komplexe Zusammenhänge - verfügen. Eine Klammer kann meist nur

dann hergestellt werden, wenn ein massiver politischer Wille Rückendeckung liefert - was in der Regel nur bei Projekten von größerem politischem und/oder wirtschaftlichem Interesse der Fall ist.

Angesichts der im vorhergehenden nur kurz angedeuteten zahllosen Schwierigkeiten darf es nicht verwundern, daß Projekte mit dem Ziel der Wohnumweltverbesserung nur allzu häufig ein Spiel mit weitgehend offenen Ausgang sind. Ein bestimmtes, in der Planung vorweggenommenes Ergebnis, wird schon im Zuge der Interessensabstimmung reduziert, weitere Abstriche erfolgen in der Realisierungsphase; auch die Zeithorizonte, auf die die Realisierung angelegt ist, sind weitgehend unbestimmt. Oft entsteht daher der Eindruck, die Aktion als solche sei wichtiger als ihr Ergebnis (das zu überprüfen man sich in den meisten Fällen wohlweislich hütet). Klar ist nur, daß am Ende etwas Herzeigbares und Photographierbares vorhanden sein muß - die substantielle Bedeutung bleibt offen. Die Beteiligten lassen sich erschöpft zurücksinken und schwören, daß sie sich Ähnliches nicht so bald wieder antun werden.

Die Situation könnte man zusammenfassend dahingehend charakterisieren, daß in der derzeitigen Praxis der Wohnumweltverbesserung sehr viel zum Zufall und dem persönlichen Geschick und Engagement des Planers überlassen ist; und zudem muß er noch Glück haben. Kommt man nun auf das eigentliche Thema dieses Vortrages zurück, fragt man, was sich der Planer wünschen könnte, dann könnte man wohl sagen: Bessere Arbeitsbedingungen, um dem Auftrag, bessere Wohnumweltverhältnisse zu schaffen, gerecht werden zu können. Wie solche verbesserten Rahmenbedingungen für das Agieren der Verwaltung geschaffen werden könnten, will ich abschließend kurz andiskutieren.

4. Versuch, eine Wunschliste der Verwaltung zu definieren

Was könnte sich der kommunale Planungsbedienstete also wünschen, um seinem Auftrag, substantielle Verbesserungen in der Wohnumwelt herbeizuführen, besser gerecht zu werden ? Die Wunschliste wäre im wesentlichen die Umkehrung der vorangegangenen Situationsschilderung:

(1) Grundvoraussetzung aller Verbesserung wäre ein klares Bekenntnis zum Problemkreis der Wohnumweltverbesserung auf politischer Ebene, die Diskrepanz zwischen Lippenbekenntnis und konkreter Aktion müßte verringert werden.

(2) Hinter den Mängeln in der Wohnumwelt stehen ungelöste gesellschaftliche Fragen, denen bisher nicht oder zu zaghaft begegnet wurde. Die umfassenden Probleme, vor allem im Bereich des Verkehrs und des Umweltschutzes, bedürften auch umfassender genereller Regelungen, um die Überfrachtung der Tätigkeit des Wohnumweltgestalters zu beheben.

(3) Da die personellen und finanziellen Kapazitäten auch in Hinkunft nicht ausreichen werden, um Stück für Stück und nach und nach innerhalb vertretbarer Zeiträume die Umweltsituation in einzelnen Städten und Gemeinden allgemein zu verbessern, müßte die Verbesserung in die laufende Bautätigkeit und Stadtentwicklung integriert werden, d.h., nicht bloß in Projekt-, sondern auch in Prozeßform ablaufen, die von der Verwaltung, aber auch der Eigeninitiative der Bevölkerung getragen wird.

(4) Soweit die Arbeit des Planungsbediensteten dann noch vonnötigen ist, könnte sie auf echte Problemschwerpunkte, die einer intensiven Bearbeitung bedürfen, konzentriert werden. Hiefür wären die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen zu verbessern.

zu (1)

Hier ist nicht viel an Erläuterungen notwendig. Die Aufforderung geht an Politiker auf allen staatlichen Ebenen, das Recht auf eine gesunde und soweit wie möglich ungestörte Umwelt nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten anzuerkennen bzw. dieses Prinzip nicht bloß in Sonderfällen - wie etwa bei der Einrichtung von verkehrsberuhigten Einkaufszonen - anzuwenden. Sofern eine gesunde Wohnumwelt als soziales Anrecht anerkannt und praktiziert würde, wären die sonstigen Forderungen darin inkludiert.

ad (2)

Unabhängig davon, ob Verbesserungen der Wohnumweltsituation laufend, d.h. integriert in die allgemeine Stadtentwicklung, durch das Verwaltungshandeln oder durch private Maßnahmen, oder durch planerische Gestaltung wahrgenommen werden - als ausschließlich baulich definierte Aufgabe werden sie stets unzureichend und nicht annähernd in der Lage sein, die Probleme tiefgreifend zu lösen. Denn im Vorfeld sind die Umweltmängel angelagert, die durch die Emissionen des Verkehrs von Betrieben, von Haushalten usw. verursacht sind. Solange man hier nicht zu flächendeckenden Lösungen kommt, werden alle noch so gut gemeinten Bemühungen nur die Schmerzen lindern können, die Krankheit selbst wird dadurch nicht beseitigt. Das bedeutet also, ohne Einschränkung des fließenden Verkehrs durch verkehrspolitische Alternativen und ohne die Befreiung des Straßenraums vom ruhenden Verkehr, indem man Sammel-Abstellmöglichkeiten für Fahrzeuge schafft, sind keine oder nur lokale Ansätze für angenehme Wohnumwelt-Bedingungen vorhanden. Ohne Bekämpfung der Luftverunreinigung und des Lärms auf breiter Basis gibt es keine lebenswerte Wohnumwelt. Dies bedeutet, es sind strengere Umweltschutzgesetze vonnöten, die auch rigoros angewandt werden müssen und es bedarf der Förderung umweltfreundlicher Energieformen sowie der Reduzierung des Energiedurchsatzes im allgemeinen.

ad (3)

Sofern die genannten Voraussetzungen vorliegen, wäre der ärgste Druck von der Wohnumwelt genommen und man könnte dafür sorgen, daß die weiteren Verbesserungen sukzessive und mosaikartig ablaufen. Mit jedem Bauvorhaben entsteht auch die Möglichkeit, kleine Verbesserungen herbeizuführen, indem man in der Planung Rücksicht nimmt und indem die Baubehörden z.B. Auflagen mit verbesserndem Charakter verfügen. Hier die Vornahme einer Baumpflanzung, dort ein wenig Fassadengestaltung, anderswo wieder der Verzicht auf die Wiederbebauung einer Baulücke - jede Maßnahme für sich ist nicht von großer Bedeutung - in der Summe können sie bald wesentliche Verbesserungen bewirken. In diesen Prozeß könnte auch die Wohnbevölkerung eingebunden werden, indem sie ermuntert wird, von sich aus Beiträge zur positiven Entwicklung ihrer Umwelt zu liefern. Voraussetzung wäre natürlich, daß die engherzigen Grenzziehungen zwischen dem einzelnen Bürger und dem öffentlichen Gut aufgeweicht werden. Bei alldem ist natürlich klar, daß die diversen Gesetze vielmehr darauf ausgerichtet werden müssen, solche Prozesse durch positive oder negative Anreize zu fördern - und im Förderungsrecht wäre verstärktes Augenmerk auf die Ermöglichung solcher Vorgänge unter dem Aspekt der Finanzierung zu legen.

ad (4)

Die bisher besprochenen Wünsche laufen insgesamt darauf hinaus, dem Planer Verantwortung abzunehmen, seine von allgemeinen Schwierigkeiten befrachtete Tätigkeit zu entlasten und ihm so bessere Arbeitsmöglichkeiten mit besseren Erfolgschancen zu eröffen. Dabei ist jedoch davon auszugehen, daß die kleinräumige Neugestaltung der Wohnumwelt durch bauliche Maßnahmen weiterhin zu seinem bedeutsamsten Aufgabengebiet zählen wird. Wie könnten andere und bessere Voraussetzungen hier aussehen ?

Erstes Erfordernis wäre ein größeres, die Wohnumweltverbesserung betreffendes Interesse in der gesamten Verwaltung. Zumindest die direkt beteiligten Ressorts müßten mehr Gefühl entwickeln, daß die von ihnen verlangten Maßnahmen keine Marotte des beauftragten Planers, sondern auch ein immer wichtiger werdender Aspekt ihrer eigenen Aufgabenstellung sind. An die Stelle des distanzierten Beurteilens, ob etwas gemäß den gewohnten Handlungsmustern "geht" oder "nicht geht", müßte vielfach noch ein stärkeres Engagement in das aktive Überwinden von Hemmnissen treten.

Zweitens erscheint auch klar, daß das Handeln einzelner Stellen innerhalb der kommunalen Verwaltung auch formal besser koordiniert werden müßte. Patentrezepte hiefür gibt es allerdings nicht, denn auch noch so ausgefeilte formale Rahmenbedingungen können oft nicht verhindern, daß aus zwischenmenschlichen oder sonstigen Verständigungsschwierigkeiten unangemessene Lösungen entstehen.

Eine Schlüsselrolle, auch im Rahmen der Koordination, spielt die Finanzierung. Entsprechend der bisherigen Praxis werden die vielfältigen Maßnahmen zur Wohnumweltverbesserung aus den Budgets verschiedener Verwaltungszweige finanziert, Koordinationsmängel sind schon vielfach in der nicht gleichzeitigen Finanzierbarkeit zusammenhängender Maßnahmen verschiedener Ressorts angelegt. Projektbudgets, an deren Erstellung die betroffenen Abteilungen mitwirken, könnten hier eine Abhilfe schaffen. Auch dezentrale Budgets, wie sie demnächst in Wien auf Bezirksebene eingerichtet werden sollen, weisen einen Ausweg. Es bedarf allerdings keiner besonderen Betonung, daß die Abgrenzung zwischen den angestammten Ressortaufgaben und den im Rahmen der Wohnumweltverbesserung auftretenden inhaltlich gleichen Tätigkeiten stets ein Streitpunkt zu bleiben verspricht.

Im Sinne einer Projektbudgetierung läge es auch, wenn sich die seitens des Bundes und der Länder bereitgestellten Förderungen auf umfassendere Vorhaben und nicht, wie bisher üblich, auf Einzelmaßnahmen innerhalb dieser Vorhaben

beziehen würden. Spielräume in der Mittelverwendung, vor allem für unvorhergesehene Anforderungen, könnten für die Städte eine starke Arbeitserleichterung bilden. Vor allem sollte es möglich sein, Maßnahmen, denen eine Schlüsselrolle zukommt, zumindest vorzufinanzieren, um Verzögerungen zu vermeiden.

VORTRAGEK

Dr. Helmut WÜRTH, Wien
Hofr.des VerwGerHofes

Der rechtliche Rahmen für die Wohnumwelt

Dieser mir vorgegebene Titel ist insofern irreführend, als der Eindruck erweckt wird, es gäbe eine klare gesetzliche Grundlage und nicht ein chaotisches Wirrwarr zumindest nicht aufeinander abgestimmter, wenn nicht sogar einander widersprechender Normen. Dieser Zustand hat zweifellos bereits seine Wurzeln in der verfassungsrechtlichen Lage. Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes gibt es in Österreich weder einen Kompetenztatbestand "Umweltschutz" oder auch nur "Raumplanung", vielmehr handelt es sich bei dieser um einen komplexen Begriff, der alle Tätigkeiten umfaßt, die auf den einzelnen Verwaltungsgebieten der vorsorgenden Planung einer möglichst zweckentsprechenden räumlichen Verteilung von Anlagen und Einrichtungen dienen; die Zuständigkeit zur Regelung und zum Vollzug ergibt sich daher aus den Einzelmaterien. Diese Planung ist daher gemäß Art. 15 B-VA insofern Landessache, als sie nicht etwa auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, des Bergwesens, des Forstwesens und des Wasserrechts gemäß Art. 10 bis 12 B-VG dem Bund vorbehalten sind. - Dabei sind die für unsere Betrachtungen viel wichtigeren Materien des Bundesstraßenrechts und des Gewerberechts noch nicht erwähnt. - Daß diese Situation mehrfach, etwa von Pernthaler, kritisiert wurde, hat daran nichts geändert. Auf der anderen Seite kommt dazu, daß seit 1962 die örtliche Raumordnung in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fällt, so daß man sogar von einem dreifachen Nebeneinander, wenn auch etwas eingeschränkt durch die Landesaufsicht, reden kann.

Dabei sind hier noch die "rechtlichen Störfaktoren" berücksichtigt, die mittelbar in das Ergebnis der Planung einwirken; angefangen von Bodenbeschaffungs- und Stadterneuerungsgesetz, von denen man als positiv nur hervorheben kann, daß sie praktisch kaum Wirkungen entfalten, über das Förderungsrecht verschiedenster Art, das auf eine vernünftige Planung und vor allem auf eine Wohnumweltgestaltung keine Rücksicht nimmt, bis zum Miet- und Wohnungsrecht und Steuerrecht. So stehen etwa häufig zwingende Vorschriften des Mietrechtsgesetzes einer Mehrheitsbestimmung der Bewohner im Wege, eine vernünftige Bobilität der Nutzer wird durch Mieterschutz einerseits u nd den prohibitiven Steuersatz von 8 % Grunderwerbsteuer bei allen Formen des Eigentums andererseits verhindert (Letzteres, wenn man von den weitgehend vom Zufall abhängigen Steuerbefreiungen absieht).

Bei der Störung der Wohnumwelt durch Betriebe bietet das Gewerberecht einen besseren oder wenigstens besser abgestimmten Schutz als Raumordnung und Baurecht, während beim Straßenbau, gleichgültig durch welchen Rechtsträger, viel zu wenig Übereinstimmung mit einer vorausschauenden Planung für die Wohnumwelt besteht, auf Umweltfragen doch eher nur ausnahmsweise Rücksicht genommen wird.

In der kurzen mit zur Verfügung stehenden Zeit muß ich mich daher auf Probleme des Baurechts im weiteren Sinn beschränken, kann aber auch in diesem Bereich nur Einzelfragen herausgreifen. Zunächst einige legistische Probleme:

Bei allem Verständnis für den Föderalismus kann ich nicht verstehen, daß völlig gleichartige Probleme in allen neun Bundesländern so verschieden geregelt sein müssen, was die erforderliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch mehr erschwert, als dies schon auf Grund der Verwaltungsstrukturen der Fall wäre. Dies beginnt schon bei den vorgesehenen Kategorien der Flächenwidmung, deren unterschiedliche Regelung in diesem Rahmen naturgemäß aufgzeigt werden kann, zumal durch Novellierungen der Raumordnungsgesetze immer wieder neue Widmungsmöglichkeiten dazu kommen oder aber bestehende einen anderen Inhalt als bisher erhalten. Da im Zweifel ein Flächenwidmungsplan nach den im Zeitpunkt seines Inkrafttretens geltenden Vorschriften auszulegen ist, sind nicht nur die Widmungen zwischen den einzelnen Bundesländern verschieden, sondern je nach dem Alter des Flächenwidmungsplanes auch innerhalb eines Bundeslandes. Für Fragen der Wohnumwelt ist allerdings in erster Linie interessant, inwieweit die einzelne Widmung Betriebe zuläßt und damit gewisse Immissionen in Kauf nimmt. In einzelnen Ländern gibt es mehr, in anderen weniger Abstufungen, was beides Vor- und Nachteile mit sich bringt. Je gröber nämlich die Differenzierungen, umso weniger kann auf örtliche Verhältnisse Bedacht genommen werden; je zahlreicher die Widmungsmöglichkeiten sind, umso mehr besteht die Gefahr verfehlter Planung mit der naheliegenden Versuchung, entgegen der beschlossenen Rechtslage den Realitäten Rechnung zu tragen.

Ich möchte Ihnen aber doch an Hand der Widmung "Wohngebiet" ein Beispiel für diese unterschiedlichen Regelungen darstellen. Dies beginnt damit, daß zwei Bundesländer (Salzburg und Steiermark) von vornherein zwei Kategorien von Wohngebieten kennen, nämlich ein "reines" und ein "erweitertes" bzw. "allgemeines" (daneben zwar ein Kern-, aber kein Mischgebiet, ohne daß aber schon das erweiterte bzw. allgemeine Wohngebiet mit den Mischgebieten in anderen Bundesländern gleichgesetzt werden könnte). In Oberösterreich können "Wohngebiete" auf "reine Wohngebiete" eingeschränkt werden, in Tirol wiederum teile des Wohngebiets als "gemischte Wohngebiete" ausgewiesen werden (nicht zu verwechselns mit dem auch in Tirol vorgesehenen Mischgebiet), die anderen Bundesländer kennen nur ein Wohngebiet. Interessant ist, wie weit nun in diesen Wohngebieten sich Betriebe ansiedeln dürfen. Dabei kennen die meisten Raumordnungsvorschriften eine doppelte Beschränkung: Einerseits vom Zweck und der "Notwendigkeit" der Unternehmen, andererseits von ihren Emissionen, die natürlich für die Erhaltung des Wohncharakters einer Gegend mehr ins Auge stechen. Es darf aber die andere Seite keineswegs unterschätzt werden, die von vornherein die Ansiedlung einer höheren Zahl von Gewerbebetrieben verhindert. - Dies kann bei unüberlegter Planung allerdings dazu führen, daß Betriebe, die nicht zur "täglichen Versorgung" gehören, sich nicht ansiedlen können, weil eine entsprechende Widmung (etwa ein "Mischgebiet") in einem Ort vergessen worden ist, darüber hinaus wurde ja auch in den anderen Vorträgen die Gefahr allzu großer Trennung zwischen Wohngegend und Arbeitsplatz aufgzeigt.

A 5

WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE UND VERWALTUNGSTECHNISCHE ASPEKTE DER WOHNUMWELTGESTALTUNG

W. MEDINGER, Linz/Donau

Die Wohnumwelt im bau- und gewerbebehördlichen Verfahren

Mag.Walter MEDINGER, Linz/Donau

Die Wohnumwelt im bau- und gewerbebehördlichen Verfahren

1. Allgemeines

Die Wohnqualität ist sehr stark an das Wohnumfeld gebunden. Je näher ein Erholungsbereich einer Wohnung liegt, desto wertvoller ist er.

Grundsätzlich sollen daher alle Möglichkeiten genützt werden, einen Erholungsraum in der unmittelbaren Wohnumgebung zu erhalten oder zu schaffen.

Auch die Nahversorgung und die Nähe des Arbeitsplatzes tragen zur Hebung der Wohnqualität bei.

Jedoch schafft die "Gemengelage" von Gewerbebetrieben häufig Probleme, die wiederum zu einer Qualitätsminderung von Wohngebieten führen.

Eine sinnvolle Wohnumweltgestaltung setzt - besonders in älteren, städtischen Wohngebieten - eine aktive Wohnungs- und Gewerbemodernisierung voraus. Leider reichen die vorhandenen rechtlichen Grundlagen oft nicht zur Durchsetzung dieser Strategie aus.

Die einschlägigen Gesetze drücken meist nur ein allgemeines Unbehagen aus. Es fehlen jedoch Hinweise darauf, wo einzugreifen ist. Für die Anwendung im behördlichen Verfahren und für die Erstellung von Sachverständigengutachten sind Präzisierungen und Verschärfungen erforderlich.

2. die Wohnumwelt im Bauverfahren

Anhand einiger Problembeispiele sollen die Unzulänglichkeiten der bestehenden Rechtslage sowie mögliche Lösungswege aufgezeigt werden.

2.1 Stellplätze und Garagen in Hinterhöfen

Problemstellung:

Zur Schaffung von Erholungsräumen und Grünflächen in unmittelbarer Wohnungsnähe bietet sich häufig in der Straße abgewandte Seite der Häuser an, besonders die Hinterhöfe in geschlossenen Verbauungen.

In vielen Fällen wird dies durch die Errichtung von Autoabstellplätzen oder Garagen verhindert. Daraus ergibt sich eine wesentliche Verminderung der Wohn- und Umweltqualität durch folgende Faktoren:

- Lärm, insbesondere in der Nacht
- Mehr Asphalt, weniger Grün, dadurch ungünstige Beeinflussung des Mikroklimas
- Autoabgase

Das Problem besteht darin, ob durch die geltenden Rechtsnormen solche Beeinträchtigungen der Wohnumwelt verhindert werden können und wie dabei vorzugehen wäre.

Rechtslage:

O.ö. Bauordnung § 23: erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen sind zu vermeiden

§ 31: Herstellung bzw. Erhaltung von Grünflächen

O.ö. Stellplatzverordnung § 25: besondere Berücksichtigung des Umweltschutzes

O.ö. Raumordnungsgesetz § 20: Inhalt der Bebauungspläne

Lösungswege:

- Weisung des Baureferenten über die Handhabung der §§ 23 und 31 der O.ö. Bauordnung und des § 25 der O.ö. Stellplatzverordnung, da diese bisher in der Praxis zuwenig berücksichtigt werden;
- Laufende Änderungen der Bebauungspläne, in denen die Errichtung von Stellplätzen und Garagen im Hinterhofbereich genehmigt ist;
- Festlegung von Gebieten, in denen Stellplätze und Garagen in Hinterhöfen generell verboten sind, durch Gemeinderatsbeschluß oder entsprechendes Verbot im Rahmen einer ortspolizeilichen Grünflächen- und Baumschutzverordnung; Zulassung von Ausnahmen nur in definierten Einzelfällen.

2.2 Asphaltieren bzw. Befestigen von Grundflächen

Problemstellung und Rechtslage.

Jede Asphaltierung oder sonstige Abdichtung des Bodens trägt im bebauten Gelände zu einer Verschlechterung des Mikroklimas bei und soll soweit wie möglich vermieden werden.

Bei neuen Baugenehmigungen sollte es mit Hilfe des § 31 der O.ö. Bauordnung möglich sein, dies durch die Vorschreibung von Grünflächen indirekt durchzusetzen. Bei bereits genehmigten Bauten, bei denen in der Regel keine solchen Auflagen erteilt wurden, ist eine nachträgliche Asphaltierung, z.B. zur Schaffung von Autoabstellplätzen bei Privaten, Gebrauchwagenhändlern usw., kaum zu verhindern, weil sie keine gesonderte Bewilligung erfordert.

Ungünstig wirkt sich oft der § 5, Abs. 4 der O.ö. Stellplatzverordnung aus (Befestigung von Zu- und Abfahrten, Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen durch staubfreien Belag).

Lösungswege:

- Weisung des Baureferenten über die Handhabung des § 31 der O.ö. Bauordnung, daß in jeder Baubewilligung der als Grünfläche zu erhaltende Teil des Grundstückes festzulegen ist;
- Vorsorge gegen unerwünschtes Asphaltieren und Befestigen des Bodens in einer oprtspolizeilichen Grünflächen- und Baumschutzverordnung;
- Änderung des § 5, Abs. 4 der O.ö. Stellplatzverordnung unter Bedachtnahme auf die Verwendung von Rasensteinen.

2.3 Beschwerden über bestehende Feststoffeuerungen

Problemstellung:

Sehr häufig verursachen private Feststoffeueranlagen erhebliche Belästigungen der Nachbarn. Eine Sanierung ist in der Regel nur dadurch möglich, daß diese alten Feuerungsanlagen durch neue Anlagen (am besten mit Gasfeuerung) ersetzt werden. Das Problem besteht darin, dies auch durchzusetzen.

Rechtslage:

O.ö. Bauordnung § 58a: nachträgliche Auflage bei genehmigten Bauten, wenn das Leben oder die körperliche Sicherheit von Menschen gefährte ist.

O.ö. Bauordnung § 59, Abs. 1: Erhaltungspflicht für bauliche Anlagen (auch nicht bewilligungspflichtige), damit schädliche Umwelteinwirkungen möglichst vermieden werden.

§ 60: behördlicher Auftrag zur Behebung von Baugebrechen, die schädliche Umwelteinwirkungen verursachen.

O.ö. Luftreinhaltegesetz § 2 lit. a: Grundsatz des Schutzes der Gesundheit und des Wohlbefindens von Menschen vor Gefährdung oder unzumutbarer Beeinträchtigung.

§ 6, Abs. 2: Auftrag zur Beseitigung von Mängeln, die eine Verletzung der Grundsätze des § 2 zur Folge haben können, durch den Bürgermeister (Magistrat).

§ 6, Abs. 7: Heranziehung eines geeigneten Sachverständigen.

O.ö. Luftreinhalteverordnung § 3, Abs. 1: Festlegung von Immissionsgrenzwerten.

§ 4, Abs. 1: Festlegung der Rauchfanghöhe.

§ 4, Abs. 2: Festlegung des Grauwertes der Rauchfahne.

Lösungswege:

- Prüfung der technischen Sanierungsmöglichkeiten (z.B. Erhöhung des Rauchfanges, Umstellung auf Erdgasfeuerung); Versuch, eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, im Einzelfalle Vergabe einer Subvention in der Höhe der erforderlichen Investition;
- Einschreiten der Bezirksverwaltungsbehörde im Sinne des § 6, Abs. 2 des O.ö. Luftreinhaltegesetzes, um die Einhaltung der Bestimmungen der O.ö. Luftreinhalteverordnung durchzusetzen (Sachverständigengutachten gemäß § 6, Abs. 7 des O.ö. Luftreinhaltegesetzes unter besonderer Berücksichtigung von Geruchsbelästigungen und Luftschadstoffen: Zersetzungsprodukte, Kohlenmonoxid usw.);
- Änderung der Bauvorschriften im Hinblick auf die Sanierung starkt umweltbelastender Heizungsanlagen (z.B. Verschärfung des § 58a der O.ö. Bauordnung).

Ähnliche Probleme wie aus privaten Feuerungsanlagen ergeben sich häufig aus Betriebsfeuerungen und anderen gewerblichen Emissionsquellen.

3. Gemengelage von Gewerbebetrieben in Wohngebieten

Einerseits ist vor allem aus Gründen der Nahversorgung und zur Vermeidung eines erhöhten Verkehrsaufkommens zwischen Wohnungen und Arbeitsstätten eine gemischte Nutzung anzustreben, andererseits ist jedoch die Mischung von Betrieben und Wohnungen dann abzulehnen, wenn die Wohnqualität durch betriebsbedingte Emissionen über ein zumutbares Maß beeinträchtigt wird oder die Betriebe durch die kleinräumige Verflechtung keine oder zu geringe Ausbreitungsmöglichkeiten vorfinden.

Problemstellung:

Das eigentliche Problem besteht in der Festlegung, welche Beeinträchtigungen der Wohn- und Umweltqualität noch "zumutbar" oder "ortsüblich" sind und welche nicht. Quantifizierte Grenzwerte sind in den einschlägigen Rechtsnormen (Gewerbeordnung, Bauordnungen) meist nicht enthalten.

Gemäß § 77, Abs. 2 der Gewerbeordnung ist die Zumutbarkeit von Belästigungen "nach den Maßstäben eines gesunden, normal empfindenden Menschen und Aufgrund der örtlichen Verhältnisse zu beurteilen."

Die in der Praxis auftretenden Fragen lauten aber z.B.:

"In welchem Abstand von einer Wohnsiedlung kann ein Vulkanisierungsbetrieb genehmigt werden?"

"Darf eine Buchbinderei in einem Wohnhaus angesiedelt werden?"

Folgende Entscheidungskriterien können für die Klassifizierung von Betrieben in Gemengelagen herngezogen werden:

- Art der Emissionen der Betriebe:
  Lärm und Erschütterung, Luftverunreinigung und Geruch,
  Gefährdung durch Feuer und Explosion
- Intensität der Emissionen: 3 Stufen
- Betriebsgrößen: Klein-, Mittel-, Großbetrieb
- Flächenbedarf der Betriebe
- Standortpräferenzen

Auf Grund dieser Kriterien kann nach einem Beurteilungsraster ermittelt werden, welche Gemengelage im Einzelfall zulässig erscheint:

- Mischung im Gebäude
- Entmischung im Block
- kleinräumige Entmischung
- großräumige Entmischung

Als Übergangsinstrumentarium bis zur Einführung einer wirksamen Immissionsbegrenzung und -kontrolle sind die sogenannten Abstandsregelungen anzusehen (z.B. Abstandliste des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen).

Rechtslage:

Rechtlich sind die Emissionen von Betrieben - und damit auch der Aspekt der Gemengelage - nach der Gewerbeordnung zu beurteilen.

Nach § 74, Abs. 2 der GewO 1973 bedürfen bestimmte gewerbebehördliche Betriebsanlagen einer behördlichen Genehmigung. § 79, Abs. 1 regelt die nachträgliche Vorschreibung anderer oder zusätzlicher Auflage für bereits genehmigte Betriebsanlagen. Die hiefür im allgemeinen geltende Bedingung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit bedeutet in der Praxis eine starke Einschränkung der Anwendbarkeit dieser Bestimmung. Eine grundlegende Sanierung bestehender und genhmigter Altanlagen läßt sich erfahrungsgemäß schwer durchsetzen.

Der § 79a GewO ermöglicht in Fällen einer beträchtlichen Umweltbelastung die Vorschreibung einer Emissionsbegrenzung nach dem Stand der Technik über Antrag des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit unter Bedachtnahme auf bestehende Förderungsmöglichkeiten gilt auch hier im allgemeinen als Bedingung.

Ministerielle Verordnungen über das zulässige Ausmaß der Emissionen von Anlagen gemäß § 82, Abs. 1 GewO, wie sie für Chemischreinigungsanlagen und Aufbereitungsanlagen für bituminöses Mischgut erlassen wurden, haben zwar den Vorteil, daß sie rechtlich bindende Emissionsgrenzwerte festlegen, aber auch den Nachbarn, daß ihre Anwendung auf bereits genehmigte Anlagen stark eingeschränkt ist. Im allgemeinen müssen "die dadurch bedingten Änderungen der Anlage ohne wesentliche Beeinträchtigung der durch den Genehmigungsbescheid erworbenen Rechte durchführbar" sein. Diese Bestimmung hat zur Folge, daß die Emissionsgrenzwerte in den erwähnten Verordnungen sehr großzügig festgesetzt sind und die Vorschreibung strengerer Grenzwerte stark erschweren.

Lösungswege:

- Zumutbarmachung von Sanierungsmaßnahmen durch Subventionen (Umweltfonds!);
- Standortwechsel von Betrieben, deren Gemengelage ständige Belästigungen der Wohnbevölkerung verursacht;
- Verschärfung der einschlägigen gewerberechtlichen Bestimmungen;
- rechtskräftige Vorschreibung strenger Emissionsgrenzwerte und emissionsmindernder Maßnahmen nach dem Stand der Technik;
- Schaffung eines einheitlichen Bundesimissionsschutzrechtes, das Sanierungsmaßnahmen zwingend vorschreibt;
- Vereinheitlichung und Vereinfachung der Kompetenzlage im Umweltschutzbereich.

* *
*

A 6

STADTBILD - ORTSBILD

F. MOSER, Wien

Orts- und Stadtbild

REFERAT 12: F. MOSER ORTS- UND STADTBILD

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte in meinem Referat über Stellenwert von Orts- und Stadtbild in der Raumplanung zunächst von einigen allgemeinen Feststellungen ausgehen, um dann den Anspruch der Gestaltung unseres Lebensraumes deutlich in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen und schließlich den methodischen Ansatz einer gestaltorientierten Raumplanung anhand einiger Beispiele zu erläutern.

Sieht man von der kaum zu verallgemeinernden Form der Planung von NEUEN STÄDTEN ab, so befaßt sich Örtliche Raumplanung überwiegend mit der Planung und Entwicklung bestehender Stadt- und Siedlungskörper. Das heißt aber nichts anderes, als daß so verstandene Raumplanung nicht unabhängig sein kann von der Gestalt eines Siedlungsraumes, seiner Straßen, Plätze und Freiräume. Bedenkt man weiters, daß der Wohnungsbau das weitaus größte Bauvolumen in unseren Städten, Märkten und Dörfern ausmacht, so scheint die nähere Betrachtung und Erörterung der Probleme der Wohnumwelt im Verlauf dieser 4. Internationalen Wohnungswoche absolut gerechtfertigt.

Es gehört zur alltäglichen Erfahrung, daß jegliche Planung am Maß ihrer Umsetzung und Realisierbarkeit gemessen wird. Alle raumbezogenen Maßnahmen aber, die durch die Örtliche Raumplanung einzubinden und zu setzen sind, werden letzlich Gestalt, ob wir es wollen oder nicht.

So wird das Orts- oder Stadtbild als übersummenhafter Begriff, bestimmt durch entwicklungsbedingte Veränderung und zeitabhängige Fixierung.

Entwicklung und Gestaltsetzung sind also gleichbedeutend für die Charakteristik eines Ortsbildes zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Theorie und Mehtode der Stadtgestaltung schöpfen ihre wesentlichen Erkenntnisse aus Teilgebieten der Psychologie, wie der Wahrnehmungstheorie, und der Gestaltpsychologie. Namhafte Wissenschafter wie K. Lynch, M. Trieb, W. Metzger, A. Gostolnyi , H. Becker , K. Kaim und H.J. Krause, um nur einige zu nennen, haben wesentlich zur Klärung der Begriffe und Methoden der Stadtgestaltung beigetragen.

Soll der Planungsprozeß der Stadtgestaltung nachvollziehbar sein und vor allem auch auf dem Bürger eine Partizipation ermöglichen - und dies müssen wir heute fordern - so kommt der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in die Planungspraxis besondere Bedeutung zu.

Was die eigene Arbeit an meinem Institut betrifft, so haben wir nicht zuletzt aus diesen Gründen Visualisierungsmethoden entwickelt, die geeignet erscheinen, einen breiteren Bewußtseinsprozeß in der Gestaltung der Städte, Märkte und Dörfer einzuleiten.

Die bisherige Planungspraxis war durch eine Betonung der Sachbereichsplanungen gekennzeichnet, die für sich isoliert vertreten, beschlossen und realisiert wurde. Die Folge war:

- Auftreten von Konflikten zwischen Sachbereichsplanungen
- fehlende Koordination und Kooperation
- fehlende Partizipation
- Desinteresse an der Gestaltung der unmittlbaren Wohnumwelt
- Störung des Orts- und Landschaftsbildes
- Unbehagen
- Konflikte zwischen Bürger, Politik und Verwaltung

und vieles andere mehr

Nicht zuletzt deshalb soll Raumplanung heute als Gestaltungsaufgabe begriffen werden.

Denn mit der Gestaltung unserers Lebensraumes wird ein Grundbedürfnis des Menschen befriedigt.
Die Gestaltung unseres Lebensraumes steht nach meiner Auffassung gleichbedeutend neben den sogenannten Daseinsgrundfunktionen:

- wohnen
- arbeiten
- sich erholen
- sich bilden
- am Verkehr teilnehmen
- Versorgung
- Komunikation

deren Erweiterung um den Begriff "Gestaltung" möchte ich hier vor internationalen Experten zur Diskussion stellen.

Im Bereich der Örtlichen Raumplanung ist die Gestaltwirksamkeit von Planungsmaßnahmen besonders deutlich ablesbar:

Auf der Ebene der Flächenwidmungsplanung durch:
- die Gliederung des Gemeindegebietes nach Nutzungsarten
- die Gliederung in Festlegung der Grün- und Erholungsflächen und
- die Festlegung und Gliederung der Verkehrsflächen.

Auf der Ebene der Bebauungsplanung durch:
- die Festlegung der Bauklassen, Fluchtlinien, Bebauungsweisen, der äußeren Gestaltung von Bauten und vieles mehr.

Zu Gestaltungsmaßnahmen werden diese Festlegungen aber erst durch die Entscheidung, mit diesen verfügbaren Instrumenten jene maßstäblichen Räume zu erhalten oder zu schaffen, in denen sich der Mensch orientieren und wohlfühlen kann.

Die vorgefundene Stadtgestalt ist das Ergebnis historischer und sozio-kultureller Entwicklungen, gleichzeitig aber Ausgangspunkt und Basis für künftige Veränderungen und Entwicklungen.

Eine Analyse des Ortsbildes (Stadt-) verfolgt daher den Zweck, jene charakteristischen Merkmale aufzuzeigen und bewußt zu machen, die zur Unverwechselbarkeit eines Siedlungsraumes und seiner Straßen- und Platzräume beitragen.

Da jede Ortsentwicklung und Ortserneuerung zwischen Erhaltung und Veränderung vor sich geht, ist in einem Gestaltungskonzept auf Grund einer Bewertung der Bereiche und Straßenräume zu entscheiden, ob für diese oder jene Erhaltungsvorrang oder Veränderungsvorrang festzulegen ist.

Anhand einiger Lichtbilder möchte ich nun versuchen jene Kriterien der Stadtgestaltung zu erläutern, die weitgehend objektivierbar und daher in der Planungspraxis anwendbar sind.

Wir gehen dabei von einem Wahrnehmungsgrundgerüst aus, wie es in bestehenden Ortsräumen vorzufinden ist:

Im einzelnen werden diese Begriffe wie folgt definiert:

Raumbildung

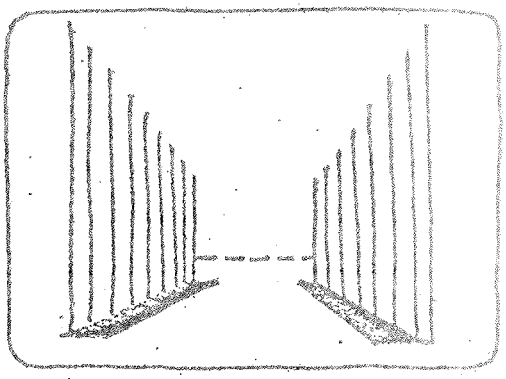
Wird im Sinne einer angewandten Stadtgestaltung als Überbegriff verwendet, dem jene Gestaltfaktoren und Kriterien zugeordnet werden, die letztlich den Raumbezug aller Gestaltsetzung herstellen. Der Vielfalt an Kriterien steht die Vielfalt von Ausprägungsformen der Stadtgestalt (Charakteristik) gegenüber.

Raumbegrenzung

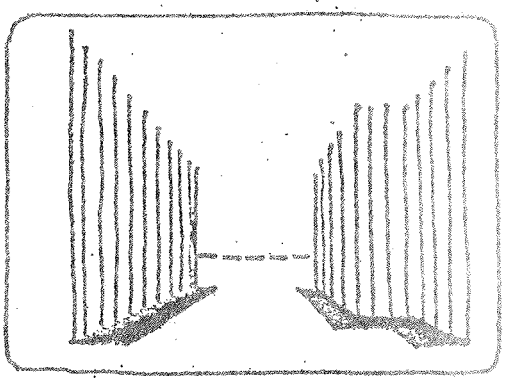
Umfaßt allgemein die Gesamtheit aller Körper und Flächen, die ein Sichtfeld seitlich, nach oben und unten begrenzen und abschließen. Im speziellen Fall eines Straßenraumes wird die Raumbegrenzung durch folgende bauliche und naturräumliche Merkmale bestimmt:

- Fluchtlinienverlauf

Dieser ist für die Analyse nur soweit maßgebend, als damit ein "Raumprofil" definiert wird. Das heißt, eine Fluchtlinie ist nicht als rechtlich festgelegte Linie zu verstehen, sondern als Basislinie einer raumbegrenzenden Fläche.



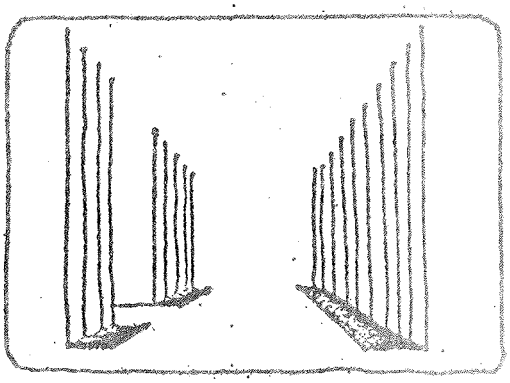
Der Verlauf einer Fluchtlinie bestimmt die Charakteristik des Raumprofils.



- Bebauungsweise

Die raumbegrenzende Wirkung einer Fluchtlinie wird von der Bebauungsweise nachhaltig beeinflußt.

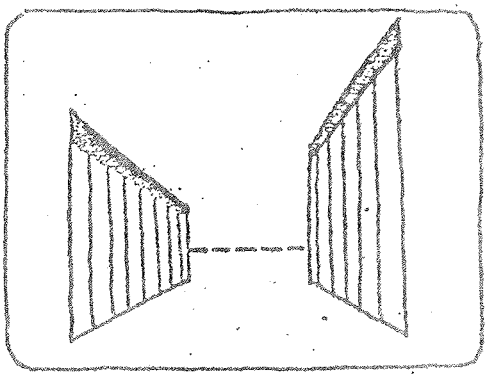
Durch die beiden wichtigsten Weisen der An ordnung von Bebauung im Straßenraum (geschlossen, offen) wird die Charakteristik des Raumprofils bestimmt.



- Gebäudehöhe

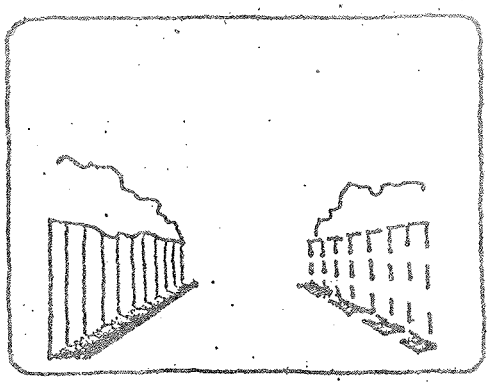
Mit der Gebäudehöhe wird das Raumprofil seiner Höhe nach festgelegt.

Im Zusammenhang mit dem Fluchtlinienabstand und -Verlauf (im beschränkten Umfang auch mit der Bebauungsweise) wird durch sie die Charakteristik und Proportion des Straßenraumes geprägt.



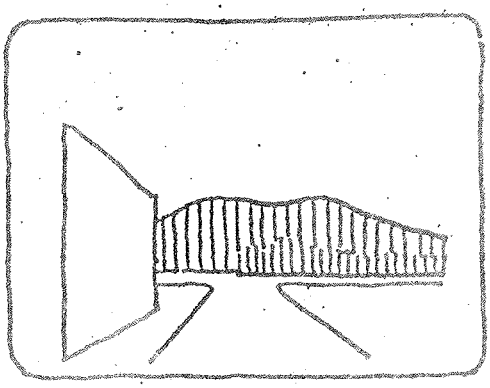
- Raumbegrenzende Einfriedung

Gegenüber der Raumbildung einer Gebäudeflucht, ist der Verlauf einer Einfriedung von unterschiedlicher Wirkung. Durch eine Einfriedungsmauer wird die Begrenzung des Strassenraumes stärker ausgeprägt als durch einen Maschenzaun.



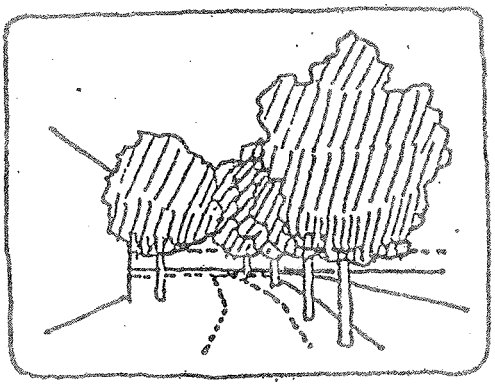
- Relief

Dort, wo keine bauliche Raumbegrenzung vorhanden ist, übernimmt das Relief mehr oder weniger die Funktion der Raumbegrenzung.

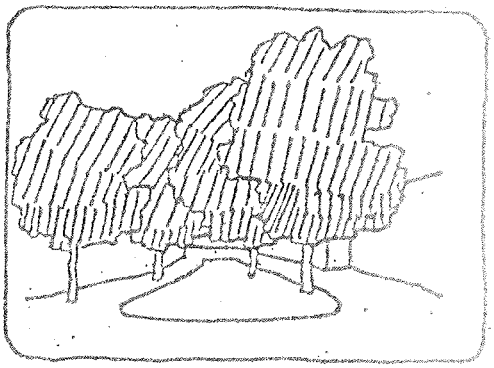


- Vegetation

Bei fehlender baulicher Raumbegrenzung kann im Nahbereich die Vegetation diese Funktion erfüllen.

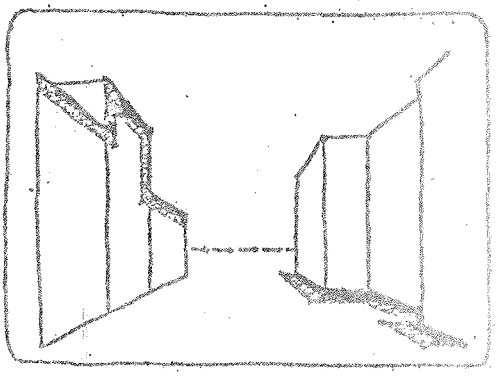


Darüber hinaus wird in baulich geschlossenen Räumen (z. B. Anger) durch Vegetation eine eigene Raumcharakteristik geschaffen.

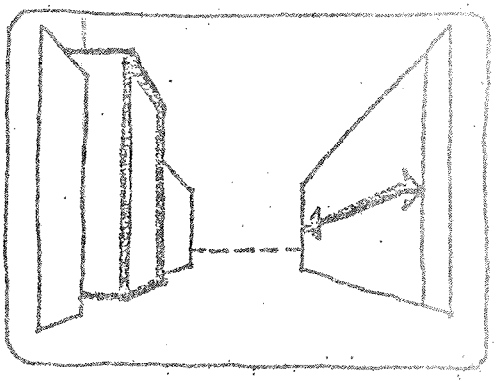


- Raummarkierung und Raumdifferenzierung

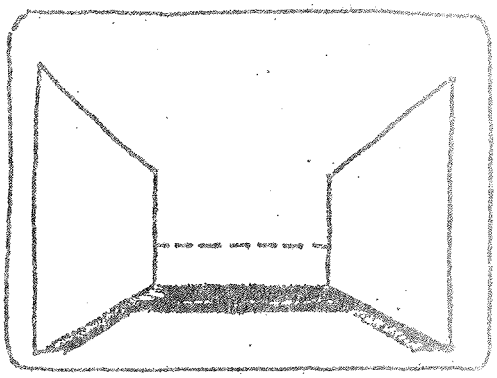
Als raummarkierend werden jene Merkmale bezeichnet, die den Raum in seiner Ausprägung markieren und damit auch differenzieren. Diese Merkmale der Grobstruktur sind:



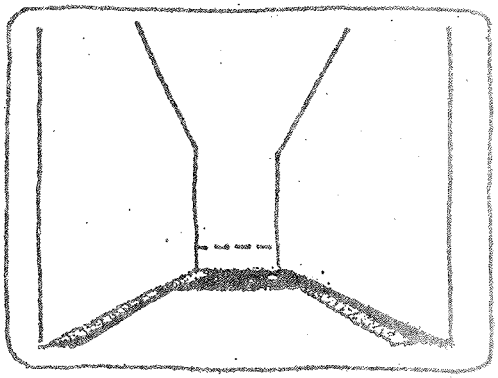
Höhenstaffelung, Tiefenstaffelung



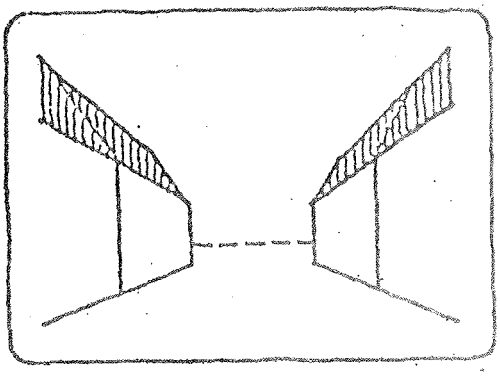
Stellung der Baukörper
Gebäudefrontlänge



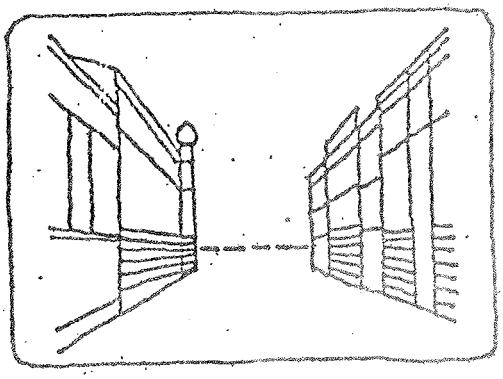
Straßenprofil

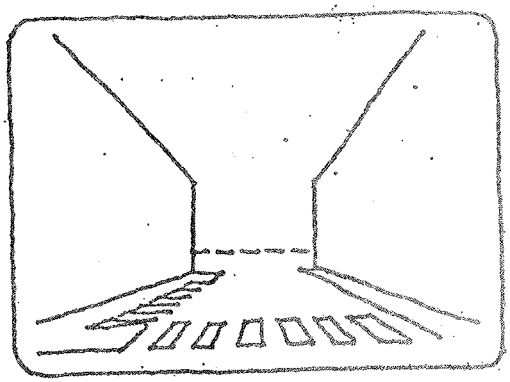


Dachkörper



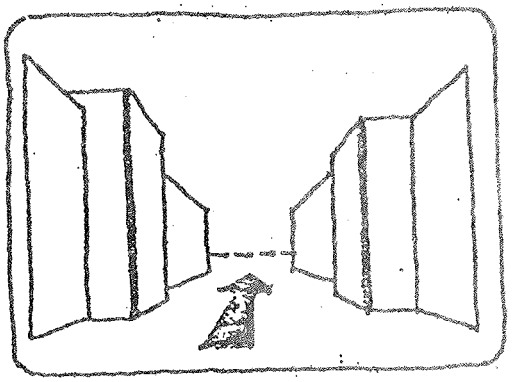
Als weitere raummarkierende Elemente sind Gliederungsmerkmale der Feinstruktur zu nennen, die sich innerhalb eines Straßenraumes in der Regel auf Gebäude beziehen. Sie umfassen im wesentlichen das gesamte Repertoire der architektonischen Gestaltung. Darüber hinaus werden jene Merkmale, die die Straßenoberfläche, die Bepflanzung und Vegetation betreffen, ebenfalls der Feinstruktur zugeordnet.



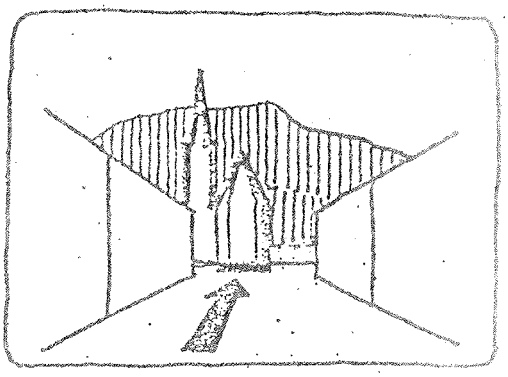


- Raumverbindung

Als Teil der Charakteristik der Stadtgestalt leistet eine ablesbare Raumverbindung einen wichtigen Beitrag zur Orientierung im Stadtraum. Sie entsteht im Strassenraum durch Kontinuität von gleichartigen Gliederungselementen, die für die Raumbildung maßgeblich sind.



Über den betrachteten Straßenraum hinaus kann Raumverbindung auch zwischen verschiedenen Straßenräumen und Bereichen wirksam werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Sichtbeziehungen zu baulichen oder naturräumlichen Dominanten auftreten.



Die zunehmende Bedeutung der Gestaltung des Lebensraumes, als wichtige Voraussetzung für die Identifikation des Menschen mit seiner Wohnumwelt, erfordert neben den bisher im Vordergrund stehenden funktionellen, ökonomischen und technokratischen Gesichtspunkten, eine verstärkte Hinwendung zu einer gestaltorientierten Planung. Nur so kann dem Grundbedürfnis des Menschen nach einem gestalteten Lebensraum entsprochen werden.

A 6

STADTBILD - ORTSBILD

R. REINISCH, Braunau/Inn

Ortsbildpflege in der Praxis

Baudir.Arch.Dipl.-Ing.Rainer REINISCH, Braunau/inn

Ortsbildpflege in der Praxis

Ortsbildpflege ist nicht nur Pflege von bestehenden Stadt- und Ortsbildern, sondern ebenso Gestaltung von Stadterweiterungsgebieten, von schütter bebauten Mischzonen, aber auch des Bauens am flachen Lande. Die Zielsetzungen dafür sind in den einschlägigen Paragraphen der Bauordnungen festgelegt und fordern, "daß das Orts- und Landschaftsbild" nicht gestört wird. Diese Belange stehen daher im eigenen Wirkungsbereich der örtlichen Baupolizei (entbinden aber nicht die Landesregierungen, sich um eine überörtliche Ortsbildpflege zu kümmern). Das sogenannte "örtliche Landschaftsbild" steht mit Bauwerken in Zusammenhang, sodaß dort, wo es sich um noch nicht bebaute Gebiete handelt, auch die Naturschutzbehörde auf die Gestaltung der Gebäude, deren Situierung, Fassadengestaltung, Materialwahl, Dachneigung usw. Einfluß nehmen kann. Über die Ortsbildpflege der Baubehörde hinaus regelt und ordnet dieselbe auch Flächenwidmungs- und Bebauungspläne mit dazugehörigen Bebauungsvorschriften auf Grund der jeweiligen Landesgesetze.

Generell besehen, fordern alle diese Rechtsinstrumente eine "nicht störende Anpassungsarchitektur", die sich in der Praxis auf historische Vorbilder beruft und die zeitgenössische Architektur in die Schranken weist. Dies fordern die Bezirksbauämter in den Dörfern und Märkten und die Städte in den Altstadtbereichen. Nur in den Stadterweiterungsgebietenkann sich der Zeitgeist in seiner jeweiligen architektonischen Sprache weitgehend frei artikulieren. Die Diskussion, inwieweit die zeitgenössische Formensprache auch am flachen Lande und in Altstadtbereichen ihre Berechtigung hat, wird permanent geführt - ein Ende ist nicht abzusehen.

Ortsbildpflege im allgemeinen wird dort zum Ortsbild-Schutz, wo eine Bebauung schon weitgehend abgeschlossen und massiv ortsbildprägend ist. Dies betrifft nicht nur Altstadtbereiche, sondern auch von der Landwirtschaft besiedelte Gebiete, in denen typische Hausformen traditionell gewachsen sind.

Ob nun einem Stadtteil, einem Ortsteil oder einem Dorf in seiner bildhaften Erscheinung ein hoher Rang eingeräumt und ihr eine besondere Pflege beizumessen sei, ist primär eine Frage der Bewertung. Sofort stellt sicht die Frage: Sind Österreichs Städte, Märkte und Dörfer - was ihre Ortsbilder anlangt - bewertet, eingestuft, in ihrem Rang aufgelistet und festgelegt?

Die Antwort ist eine österreichische: Jein - ja und nein!

Da Ortsbildpflege, im Gegensatz zum bundesweiten Denkmalschutz, als Teil der Baugesetzgebung Landesangelegen heit ist, haben die Bundesländer spätestens nach der Klarstellung bei der letzten NOvellierung des Denkmalschutzgesetzes zur Kenntnis nehmen müssen, daß es ihre alleinige Sache und Verwantwortung ist, ob und inwieweit sie die Ortsbilder in ihrem Bereich schützen, erhalten oder pflegen wollen. Die Folge davon sind neun verschiedene Wege zu neun verschiedenen Zielen.

Bevor ich diese neun Gangarten beleuchte, will ich aber nicht versäumen, an eine Bewertung der österreichischen Städte und Orte zu erinnern, die vom Bundesdenkmalamt im Jahre 1970 unter der damaligen Leitung von Prof. Dr.Walter Frodl angestellt wurde: Den Schutzzonenatlas, der ohne Wien und den Landeshauptstädten 250 erhaltenswerte Ortsbilder darstellt, abgrenzt und nach der Erhaltungswürdigkeit differenziert bewertet. Dieses bedeutende und geradezu wagemutige Unterfangen entstand aus dem damaligen Bestreben, die Pflege von Altstadtensembles als die Pflege von Denkmalen österreichischer Stadtbaukunst in den Denkmalschutz zu integrieren. Die Beratungen im parlamentarischen Unterausschuß zur Novellierung des Denkmalschutzgesetzes 1978 haben aber endgültig den Ensemble- und Ortsbildschutz der Kompetenz der Länder zugewiesen. Dadurch ist dem Schutzzonenatlas keine rechtliche Festlegung auf Bundesebene gefolgt, er ist aber als fachliche Wertung auch heute noch eine gültige Maßstabsetzung, die kaum in Frage gestellt werden kann.

Eine weitere Wertung ist die der Denkmaldichte, die im allgemeinen als Indikator für ein bedeutendes Ortsbild gelten kann. So sind in der Stadt Steyr rund um den Stadtplatz über 80 % der Gebäude unter Denkmalschutz, was auch einen hohen Ortsbildwert signalisiert. Im Gegensatz dazu steht aber Dürnstein, ein Kleinod Österreichs, wo dagegen nur die Kirchen und Ruinen unter Denkmalschutz stehen. Keines der ortsbildwirksamen Bürgerhäuser wurde bis heute als denkmalwürdig erachtet - das dazu noch in einem Bundesland, das auch ohne Ortsbildschutzgesetz auszukommen versucht.

Dieses Beispiel verdeutlicht, daß eine hohe Denkmaldichte auch einen hohen Ortsbildwert vermuten läßt, eine geringe Denkmaldichte aber nicht den Schluß auf ein unbedeutendes Ortsbild zuläßt.

Im Gegensatz zum bayerischen Denkmalschutz, der schon 1984 an die 550 Altstadt- und Ortsensembles in Denkmallisten rechtlich festgelegt hat, will der österreichische Denkmalschutz von den Ensembles unserer Stadtbaukunst nichts wissen - bis auf eine jüngste Ausnahme, die vielleicht doch auf ein Umdenken deuten läßt: das Wehrgrabenviertel in Steyr - das seinerzeit für die im kommenden Jahr stattfindende Oberösterreichische Landesausstellung gründlich saniert und teilweise als Museum der Arbeitswelt gestaltet wird. Dieses Wehrgrabenviertel wurde als erstes städtebauliches Ensemble im März 1986 unter Schutz gestellt - ob weitere folgen werden, wird die Zukunft weisen.

Eine gesetzliche Basis für den Ortsbildschutz durch eigene Gesetze haben die Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol. Mit der Bauordnung optimiert die Bundeshauptstadt Wien, mit dem Raumplanungsgesetz das Burgenland. Ohne gesetzliche Grundlage versuchen Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg auszukommen.

Eigene Altstadterhaltungsgesetze haben die Städte Graz und Salzburg, die sogar die Wohnfunktion in den historischen Zentren festgeschrieben haben.

Einige Städte und Orte haben auf Grund der Gesetze der Bau- oder Raumordnung eigene Bebauungsvorschriften für die historischen Altstadtkerne beschlossen: Freistadt und Braunau sind die geläufigsten, Schwanenstadt arbeitet solche gerade aus.

Wenn ein Ortsbildschutzgesetz, Altstadterhaltungsgesetze oder Bebauungsvorschriften für einzelne historische Zonen auch nichts bewirken, so sind sie doch Grundlage für eine gerechte und geordnete Verteilung von Pflichten und Forderungen. Das klassische Beispiel, wie man ohne gesetzliche Ausrüstung aber mit einer qualitativ und quantitativ gut ausgestatteten Ortsbildstelle der Landesregierung erfolgreich sein kann, ist Niederösterreich. Dort wird die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung und der Mandatare in den Vordergrund gestellt. Mit einer periodisch erscheinenden Zeitschrift, die brillian und für jeden Leser interessant gestaltet ist, erreicht ein engagierter Landeshauptmann-Stellvertreter mehr Aktivität als andere Bundesländer, die zwar ein Gesetz, aber keine Ortsbildstelle haben.

Gesetze allein bewirken nichts. Gut besetzte Ortsbildstellen, wie in Niederösterreich, können auch ohne gesetzliche Basis viel Positives bewirken. Die Gefahr ist nur eine parteipolitisch gerichtete Gefälligkeitsaktivität des politischen Mandatars, der Ortsbildsubvention zum Stimmenfang umfunktioniert.

Keine Ortsbildstelle haben Vorarlberg, das Burgenland und Oberösterreich. Mehr als dürftig ist die personelle Ausstattung in der Steiermarkt und in Graz, in Kärnten und Tirol. Unterbesetzt sind die zuständigen Abteilungen im Magistrat Wien sowie Land und Stadt Salzburg. Eine rühmliche Ausnahme ist eben das Land Niederösterreich, das der Baudirektion zugeordnet die Ortsbildpflege mit hochkarätigen Akademikern weitgehend erfolgreich betreibt.

Ortsbildpflege ohne Ortsbildstelle bei den Ländern und in den Magistratsstellen bleibt ein Lippenbekenntnis. Sogar Mittel- und Kleinstädte werden ohne klar zugeordnete Fachleute nicht auskommen können. Die positiven Erfolge in Österreich sind Erfolge einer gezielten Personalpolitik oder Konstellationen, wo kundige Beamte auf engagierte Mandatare stießen. Alles in allem regiert der Zufall: Baudirektoren sind meist keine Architekten, die zuständigen Mitarbeiter ohne einschlägige Ausbildung und die verantwortlichen Politiker ohne Zeit für die Ortsbildpflege, da dieselbe zum Stimmenfang nicht sehr geeignet erscheint, stellt sie sich doch meist gegen die Interessen von Bürgern, für die der Eigennutz vor dem Gemeinnutz rangiert.

Ein Trick, um ohne Personaleinsatz für die Ortsbildpflege geeignete Fachleute agieren zu lassen, ist die Einsetzung von weitgehend ehrenamtlichen Sachverständigenkommissionen und Beiräten. Wien, Salzburg und Tirol operieren mit dieser Methode. Eine kontinuierliche Betreuung der täglich neu entstehenden Ortsbildprobleme ist mit einem nur periodisch tagenden Beirat aber nicht möglich. Die Belastung des in Niederösterreich eingerichteten Ortsbildtelefons zeigt, daß ohne eine gut besetzte Ortsbild-Feuerwehr die Aufgaben nicht lösbar sind - dies sei den Landeshauptleuten und Bürgermeistern ins Stammbuch geschrieben.

Beiräte sind höchstens Verhinderungsbeiräte. Sie haben weder die Zeit noch den Apparat, um die wichtige Aufgabe zu erfüllen, die Ortsbildpflege als erzieherische Motivation bedeutet: die Bewußtseinsbildung. Diese ist eine permanent nötige Obliegenheit, die nicht von hin und wieder tagenden Gremien wahrgenommen werden kann. Niederösterreich ist in diesem Zusammenhang Österreichs Vorbild, eine Aktion "Ortsbild in Österreich - Erhaltung und Gestaltung" war eine Eintagsfliege, burgenländische Unternehmungen hatten keine nachhaltige Wirkung und schliefen ein.

Um die ganz konkrete Ortsbildpflege ist es in den achtziger Jahren in Österreich nicht gut bestellt. Während an der Basis und in den luftigen Höhen fast schöngeistiger Gemeinden die nötige Ortsbild-Fürsorge deutlich artikuliert wird, herrscht dort, wo sie stattfinden soll, in den Landesregierungen und Gemeinden, Inaktivität, Uninformiertheit und durch fehlende personelle Ausstattung die politische Absicht, dies auch so bleiben zu lassen. Mit ein oder zwei Halbtagskräften läßt sich dieses Arbeitsgebiet nicht abdecken, wo doch gerade diese Probleme nicht vom Schreibtisch aus bewältigt werden können.

Nun nocheinmal zurück zu den schwindelnden Höhen und den Basisorganisationen, deren Tätigkeit von den Landeshauptleuten und Bürgermeistern gern als ausrede für ihr eigenes Nichtstun angeführt wird. Ohne deren aktives Bemühen abzuwerten, sind oben die Organisationen wie "Europa Nostra", das Städteforum Graz oder das "Zentrum für praktsiche Ortsbildpflege" in Krems und an der Basis Bildungswerke, Heimat- und Stadtvereine, Arbeitsgemeinschaften, Bürgerinitiativen mit Aktionen "schönes Dorf" und ähnliches. Im Bereich zwischen hochtrabenden Symposien und engagierten Biertischrunden aber, wo Ortsbildpflege tägliche Aufgabe sein soll, herrscht ein Vakuum - vor allem auch ein Vakuum an nötiger Information.

Das Bundesdenkmalamt und der Denkmalschutz haben im Laufe der Jahrzehnte ein hochwertiges Expertenimperium aufgebaut, haben zur Dokumentation eine FAchzeitschrift mit Hochglanzpapier, bundesweite Tagungen und internationale Kontakte, in der Kartause Mauerbach eine Experimentierküche für die Bautechnik. Das IIC, die österreichische Sektion des "International Institute for Conservation of historic and artistic works" publiziert hochwertige Informationen über Mauertrockenlegung, Steinkonservierung usw. Es hat seinen Sitz im Arsenal in Wien - aber welcher Bürgermeister, Baureferent oder Leiter einer Bauabteilung kennt dieses Institut?

Was Unwissenheit zur Folge hat, sei an einem Beispiel dargestellt:
Die Fassadenaktionen, die in den vergangenen 15 Jahren mit finanzieller Hilfe des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und den Ländern erfolgreich "durchgezogen" wurden, führten im besten Fall zu Farbleitplänen, die in künstlerischer und kreativer Weise eher als historische Erinnerung von Bühnenbildnern zu werten sind. Niemand sagte den Bürgermeistern und den zuständigen Beamten, daß man zuerst die Reste einer historischen Farbgebung zu dokumentieren und zu sichern hätte - deren Beseitigung wurde vielmehr über den Umweg der Fassadenaktion gefördert. Ebenso geht es in ganzen Straßenzügen den historischen Putzflächen, die nirgends kartiert und festgehalten wurden.

Unfähigkeit und Leichtfertigkeit kann auch den Malern, Baumeistern und anderen Handwerken nicht vorgeworfen werden, denn in Österreich gibt es bis heute kein Fortbildungszentrum für historische Handwerkstechnik, wo die entsprechende Praxis vermittelt wird. Die Kurse in Venedig oder Fulda sind wenig bekannt. Neuerdings ist das Wirtschaftsförderungsinstitut bemüht, sich dieser Sache anzunehmen.

Die größten Fehler werden in Unkenntnis aber auch in der guten Absicht gemacht. Sogar für interessierte Baufachleute ist das Gebiet der Stadtarchäologie ein Neuland. Kaum bei einem Bauvorhaben wird vor Baubeginn der unterirdische historische Fundus erhoben und dokumentiert - wenn dem Baggerführer die Knochen im Erdreich auffallen, ist es meist zu spät. Auch die Einbindung von Historikern und Stadtgeographen in die Ortsbildpflege ist eher nicht der Regelfall und was nützt auch die Pflege der Häuser in den Altstädten, wenn die Straßen vom stinkenden Verkehr überquellen, jede freie Stelle als Parkplatz genutzt wird und die Fußgängerzonen zum Rummelplatz geworden sind?

Städte haben oft Jahrzehnte Ruhe gehabt, bis sich wieder da und dort eine Änderung ergab. Heute, wo Stadterneuerung zum politischen Ziel erhoben wurde und die finanziellen Mittel fließen, vergeht kein Monat ohne Änderung? die Assanierungs-Hyänen reißen das letzte alte Fenster aus der Leibung, wenn es zum Geschäft geworden ist. Die Architekten proben weiter den Aufstand gegen die Forderung nach einer harmonischen Anpassungsarchitektur und wollen die zeitgenössische Architektur auch in geschlossenen Ortsbildzonen verwirklichen.

Alles in allem: Resignation wäre die falsche Antwort auf den verfahrenen Karren. Damit die Basis-Vereine in ihrem Engagement nicht frustriert und die Verantwortlichen nicht verzagt werden, muß endlich erkannt werden, daß die Ortsbildpflege eine eigene wissenschaftliche und praktische Disziplin ist, deren Fachwissen an jene Stellen gebracht werden muß, die vor Ort damit zu arbeiten beauftragt sind: Die Bezirkshauptmänner, die Bürgermeister, die Bezirks- und Stadtbauämter, die einschlägigen Vereine und vor allem an die ausführenden Handwerker.

Die Verantwortung haben die Landesregierungen wahrzunehmen und dürfen sie nicht an die überforderten Gemeinden weitergeben. Infrastrukturhilfen für die Verkehrsentlastung, für den ruhenden Verkehr und andere Maßnahmen zur hebung der Lebensqualität sind die Voraussetzung, um weitere Ortsbildpflege sinnvoll werden zu lassen. Die geforderten Ortsbildstellen sind personell ausreichend und qualitativ hochwertig zu besetzen, finanziell schlagkräftig und damit glaubhaft zu machen, und - was aber nicht unbedingte Notwendigkeit ist - auch mit einem geeigneten Rechtsinstrumentarium auszustatten. Zum Austausch von Erfahrungen und Information sind gemeinsame Tagungen aller Bundesländer zu veranstalten. Eine periodische Zeitschrift und Institute an einschlägigen Universitäten sind Mindestforderungen, und den Belangen der Ortsbildpflege in der Praxis eine Basis zu geben.

Der politische Konsens über den hohen Stellenwert der Ortsbildpflege ist vorhanden - das Bekenntnis darf kein Lippenbekenntnis bleiben.

A 6

STADTBILD - ORTSBILD

CH. REUER, Wien

Architektur und Ästhetik - empirische Befunde

Mag. Christian REUER
Dr. Fessel+GfK-Institut/Wien

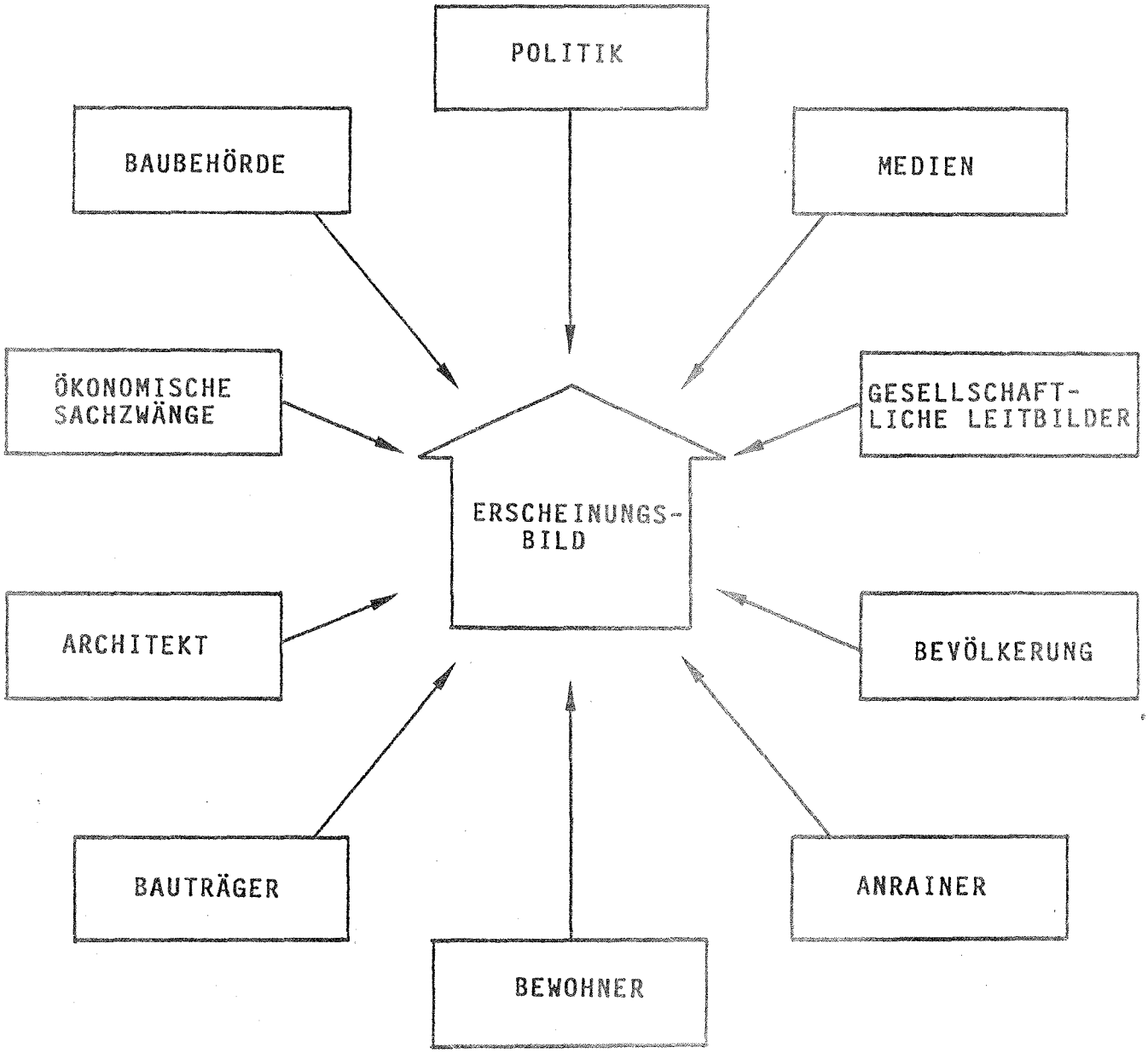
ARCHITEKTUR UND ÄSTHETIK - EMPIRISCHE BEFUNDE

Geht man an die Untersuchung ästhetischer Fragen im Wohnungsbau, so ist aus soziologischer Sicht zunächst die Frage nach den Determinanten des Erscheinungsbildes von Wohnbauten zu stellen. Welche gesellschaftliche Instanzen haben Einfluß auf die Ästhetik des Wohnbaues. Geht man diesen Fragen analytisch nach, so zeigt sich schnell, daß der Architekt nur als einer von vielen Einflußfaktoren zu betrachten ist.

Ein Versuch, Determinanten architektonischer Ästhetik zu isolieren, ohne im Detail auf die Vielfalt der Wechselbeziehungen zwischen diesen Determinanten einzugehen, stellt die Abbildung 1 dar.

Es wird daraus ersichtlich, daß der Handlungsspielraum für ästhetisch wirksame Gestaltungsakte des Architekten, in jedem Fall vom Bauträger, von den ökonomischen Rahmenbedingungen, von der Baubehörde, vom gesetzlichen Rahmen politisch gesetzter Normen und letztendlich auch von gesellschaftlich wirksamen ästhetischen Leitbildern geprägt wird und darüber hinaus im Wege der Rückkoppelung über Bewohner, Anrainer, Massenmedien oder bevölkerungsweiten Reaktionen beeinflußt werden kann. Andererseits sind die genannten Wirkungskräfte nicht nur mittelbar über ihren Einfluß auf Planungsentschiedungen wirksam, sondern auch unmittelbar. Wohnbaupolitische Entscheidungen des Gesetzgebers haben zweifellos Auswirkungen auf das Erscheinungsbild von Siedlungen, ebenso wie die Richtlinien der Baubehörde direkte Effekte zeigen, ganz abgesehen von den Impulsen, die von Bauträgern gesetzt werden, insbesondere, wenn es sich dabei nicht um Einzelpersonnen handelt, sondern um Körperschaften. Medien beeinflussen in nicht unbeträchtlichem Maße mittels selektiver Berichterstattung oder Kritik die unter anderem auch ästhetisch wirksamen Handlungen öffentlicher Entscheidungsträger.

ABB. 1 DETERMINANTEN DES ERSCHEINUNGSBILDES VON WOHNBAUTEN



Somit erweist sich das Erscheinungsbild von Wohnbauten als Resultat komplexer Wirkungsmechanismen sehr heterogener Einflußfaktoren.

Andererseits erscheinen hingegen die Verhältnisse im Hinblick auf die gesellschaftliche Definition und Verteilung oder ästhetischen Kompetenz im Bereich des Wohnbaues. Definiert man ästhetische Kompetenz in diesem Zusammenhang als per gesellschaftlich normativ abgesicherter Rollendefiniton delegierte Urteils- und Entscheidungskraft und Verantwortlichkeit im Hinblick auf die Gestaltung des Erscheinungsbildes von Wohnbauten und versucht man, diese Kompetenzen im Rahmen des zuvor dargestellten Modells festzumachen, so stößt man auf eine Reihe von Unklarheiten und Streitpunkten. Selbst im Falle des Architekten, dessen ästhetische Kompetenz formal durch einschlägige Berufsausbildung und gesellschaftlich legimitierten Befähigungsnachweis gültig erscheint, kann als Folge der modernen Architekturkritik ein Verlust an gesellschaftlich anerkannter Kompetenz registriert werden. Die Abgrenzung der eigenen ästhetischen Kompetenz und die Wahrnehmung fremder Kompetenz innerhalb des dargestellten Modells wird immer komplexer und umstrittener. Dazu einige Beispiele:

Die Architekten sehen sich durch ökonomische Sachzwänge, Gesetzesvorschriften und Bauträgervorstellungen in ihrem Gestaltungsfreiraum immer stärker eingeschränkt.

In kleinen Gemeinden wird der Bürgermeister als Baubehörde erster Instanz zur obersten ästhetischen Instanz für die Bautätigkeit im Bereich der Gemeinde.

Es gibt gesellschaftlich kolportierte Gerüchte und Vermutungen, daß einzelne Architekten aufgrund von politischen Verflechtungen bevorzugt und daher mit ungerechtfertigt hoher tatsächlicher ästhetischer Kompetenz betraut würden.

In der Architektur herrschen unterschiedliche Auffassungen über die eigene Rolle und Kompetenz vor. Ein Teil der Architektenschaft versteht sich als Baukünstler und beansprucht aus diesem Selbstverständnis die alleinige und unbestrittene Kompetenz in Gestaltungsfragen. Ein anderer Teil versteht sich selbst als Vermittler und ästhetische Übersetzer der Wünsche der Bewohner und/oder der Bauträger und delegieren somit zum Teil ihre ästhetische Kompetenz an diese Instanzen.

Politiker weisen manchmal ästhetische Kompetenz von sich und delegieren diese formal an sogenannten zuständige Stellen, ohne zu registrieren, daß alle politischen Entscheidungen, die im weitesten Sinne den Wohnbau betreffen, auch ästhetische Konsequenzen haben.

Anrainer haben, was auch immer ihre Ausbildung oder Beruf sein möge, Kraft ihrer Parteienstellung im Bauverfahren faktisch hohe Kompetenz in bezug auf das Erscheinungsbild von Wohnbauten und Siedlungsformen.

In letzter Zeit treten neue Instanzen auf den Plan, die in diesem Modell noch gar nicht berücksichtigt sind. Bekannte bildende Künstler beanspruchen architektonisch ästhetische Kompetenz und erreichen eine Medienwirksamkeit und damit eine Öffentlichkeitswirkung wie kein Architekt der letzten fünfzig Jahre.

Man kann zusammenfassend sagen:

- Faktische ästhetische Kompetenzen, die latent wirksam sind, werden formal oft nicht als solche anerkannt.

- Selbstbild und Fremdbild im Hinblick auf das Ausmaß ästhetischer Kompetenz im Wohnbau klaffen häufig auseinander

- Traditionelle ästhetische Kompetenzverteilungen werden zunehmend hinterfragt, geraten in Legitimationszwang und sind vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ideologien umstritten.

In der öffentlichen Diskussion um die zuvor dargestellten Probleme wird eine Instanz am seltensten erwähnt und zwar die "Bevölkerung". Im Rahmen der Versuche, verschiedene Wohnbauvorstellungen wissenschaftlich zu untermauern, sind in den letzten Jahren zwar die Instanzen "Bewohner" und "Anrainer" immer stärker ins Blickfeld des Interesses gerückt, der Tatsache allerdings, daß jedes Resultat architektonischer Gestaltungsakte in seiner Wirkung weit über diese besonderen Interessensgruppen hinausgeht, wurde nur in geringem Maße Rechnung getragen. Tatsächlich ist es so, daß jeder Bewohner einer Region mit dem Erscheinungsbild architektonisch gestalterischer Akte konfrontiert ist und somit in seinem alltäglichen Handlungsvollzug von Architektur beeinflußt wird. Zieht man dazu die Tatsache in Betracht, daß der Einfluß der baulich gestalteten Umwelt auf die Psyche und auf das soziale Verhalten des Menschen, wie in mehreren Untersuchungen nachgewiesen wurde, weit über die Vermittlung von Sinneseindrücken hinausgeht, sondern vielmehr sowohl direkt als auch indirekt über komplexe Wirkungszusammenhänge bestimmte Befindlichkeiten und Verhaltensweisen auslösen oder unterdrücken kann, so wird klar, daß der Verantwortungsbereich der Architektur über die unmittelbar Betroffenen, also die Bewohner und Anrainer hinaus ausgedehnt betrachet werden muß. Geht man dem Ursprung des Wortes Politik nach, so kann Architektur im Sinne der "Polis" wahrhaft als politische Aufgabe bezeichnet werden.

Als Beispiel für diesen Ansatz sei nunmehr eine Studie des Fessel+GfK-Institutes dargestellt, die in Eigeninitiative des Institutes durchgeführt wurde. Nebenbei sei erwähnt, daß an den Urteilen und Bedürfnissen der Bevölkerung im Hinblick auf die

baulich gestalterische Umwelt offenbar nur sehr geringes und vereinzeltes Interesse besteht. Betrachtet man den Wohnbau von der ökonomischen Seite, so ist dies der einzige Wirtschaftssektor, der glaubt, ohne Marktforschung auskommen zu können. Gerade dieser Umstand hat uns dazu bewegt, diese Studie durchzuführen.

Methodisch handelt es sich dabei um eine Befragung einer Zufallsstichprobe der Wiener Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr im Umfang von 1500 Personen, die in Form von mündlichen persönlichen Interviews anhand eines strukturierten Fragebogens befragt wurden. Die Studie wurde im Zeitraum April/Mai 1982 durchgeführt. Neben allgemeinen Fragen zum Stellenwert der Architektur im Alltagsleben und zur Beurteilung des Stadtbildes wurde dabei der Versuch unternommen, gestützt durch Bildvorlagen das Erscheinungsbild von acht idealtypisch ausgewählten Wohnbauten, die in ihrer Gesamtheit die wesentlichen Elemente der Wiener Stadtgestalt ausmachen, differenziert beurteilen zu lassen.

Zunächst wurde erhoben, wie wichtig den Befragten das äußere Erscheinungsbild verschiedener alltäglicher Gegenstände ist.

BEDEUTUNG DES ERSCHEINUNGSBILDES VON ALLTÄGLICHEN GEGENSTÄNDEN

(Fünfstufige Skala von "sehr wichtig" bis "überhaupt nicht wichtig")

	"sehr wichtig" %	Mittelwert
Wohnungseinrichtung	77	1,85
Hausrat (Geschirr, Besteck, etc.)	75	1,94
nähere Wohnumgebung (Straßen, Plätze, Gassen)	73	1,99
Kleidung	67	2,02
Wohnhaus	66	2,16
Auto	29	3,37

Es ist zu erkennen, daß bei Einrichtungsgegenständen und Haushaltsausstattung im subjektiven Urteil dem äußeren Erscheinungsbild der Gegenstände der größte Wert zugemessen wird. Interessant erscheint, daß der ästhetische Eindruck der Wohnumgebung von größerer Bedeutung ist als der des Wohnhauses und auch der Bekleidung. Wenn auch diese verbalisierten Präferenzen mit den im Alltag ersichtlichen Verhaltensweisen nicht unbedingt übereinstimmen, so ist doch ersichtlich, welch hoher Stellenwert dem baulichen Erscheinungsbild der Wohnumgebung von der Wiener Bevölkerung zugeschrieben wird.

In der Beurteilung des tatsächlichen Zustandes der Wohnumgebung zeigen sich deutliche Unterschiede im Anspruchsniveau. Während sich insgesamt mehr als ein Viertel der Bevölkerung (27%) explizit unzufrieden über den baulich-ästhetischen Eindruck der Wohnumgebung äußern, liegt dieser Anteil bei Maturanten und Akademikern bei 31%, während sich Befragte mit einfacherem Schulbildungsniveau tendenziell deutlich zufriedener äußern.

Allerdings zeigen sich auch erwartungsgemäß starke stadträumliche Unterschiede in den Beurteilungen der Wohnumgebung. Vor allem in den zentralen, grünarmen und überalterten Stadtteilen Wiens steht man dem ästhetischen Erscheinungsbild des eigenen Wohnviertels eher kritisch gegenüber, während man sich in den gründerzeitlichen Rastervierteln des 14. bis 17. Bezirkes überraschend zufrieden zeigt.

Was die Beurteilung der städtebaulichen Entwicklung Wiens generell betrifft, ist zwar die Mehrheit (57%) der Wiener der Meinung, in Wien werde alles getan, um das gewachsene Stadtbild zu erhalten und moderne Architektur harmonisch zu integrieren. 38% sind allerdings von der städtebaulichen Entwicklung enttäuscht und meinen, daß die Stadt im Laufe der Jahre immer häßlicher werde. Zieht man in Betracht, daß Patriotismus und die normative Kraft des Faktischen das Gesamturteil mit Sicherheit entschärfen, so ist der Grad der Unzufriedenheit über die städtebauliche Entwicklung Wiens als hoch zu bezeichnen, insbesondere, wenn man bedenkt, daß die Kritik an dieser Entwicklung mit zunehmendem Bildungsgrad und sozialem Status deutlich steigt. So ist nahezu die Hälfte der Maturanten und Akademiker von den städtebaulichen Entwicklung Wiens enttäuscht.

Fragt man die Unzufriedenen nach den Schuldigen für die unbefriedigende ästhetisch-städtebauliche Entwicklung in Wien, so zeigt sich, daß dafür vorwiegend die klassischen gestalterischen Instanzen verantwortlich gemacht werden.

VERANTWORTLICHKEIT FÜR DIE VERSCHLECHTERUNG DES STADTBILDES

(Basis: Befragte, die eine Verschlechterung wahrnehmen)

	%
die zuständigen Stadtplaner	58
die Architekten	41
die Gemeinde Wien	40
die Bauherren	34
die Bevölkerung selbst	21
Einflüsse aus dem Ausland	10

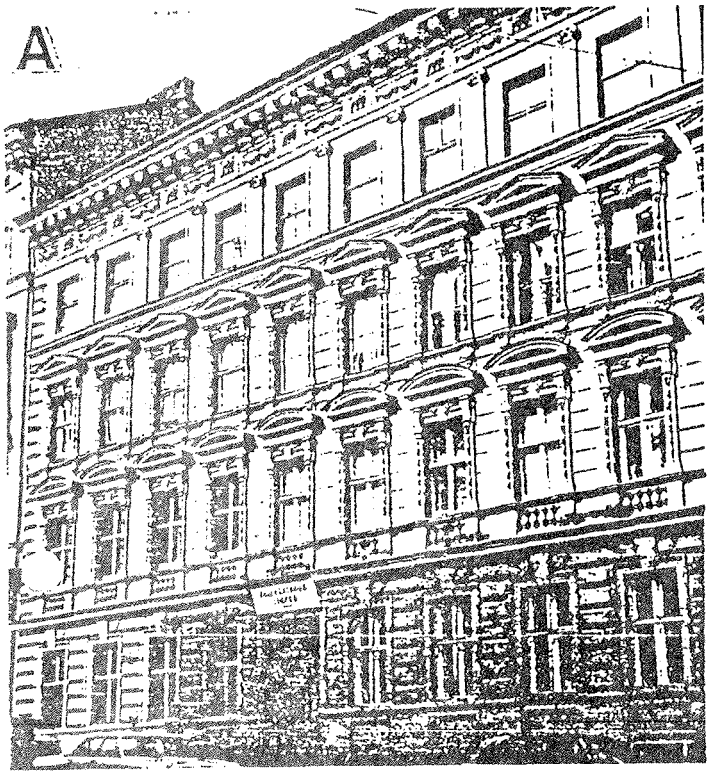
Stadtplaner und Architekten werden als Hauptverantwortliche für die negative Entwicklung des Stadtbildes bezeichnet. 40% vermuten zumindest eine Mitschuld der Kommune, während rund ein Drittel die Bauherren dafür verantwortlich macht. Jeder fünfte Befragte meint, die Wiener selbst seien an der Entwicklung mitschuld, weil sie sich zu wenig um ihre Stadt kümmern, während lediglich 10% negative Einflüsse aus dem Ausland als wirksam bezeichnen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß sich die Mehrheit der Wiener Bevölkerung zwar positiv über die städtebauliche Entwicklung der Stadt äußert, daß allerdings ein erheblicher Anteil und hier insbesondere höhere Bildungs- und Einkommensschichten schwere Bedenken in dieser Hinsicht äußern und für die in ihren Augen negativen Entwicklungen vor allem die Stadtplaner und Architekten, aber in erheblichem Maße auch die zuständigen Stellen der Kommune verantwortlich machen.

Was die Evaluierung stilistischer Präferenzen betrifft, so wurden - wie bereits eingangs erwähnt - acht unterschiedliche Wohnbaubeispiele anhand von Bildvorlagen (Fotografien) untersucht. Als Beispiele wurden dabei herangezogen (siehe auch Abb. 2):

ABB. 2 BILDVORLAGEN (ARCHITEKTURBEISPIELE)

A



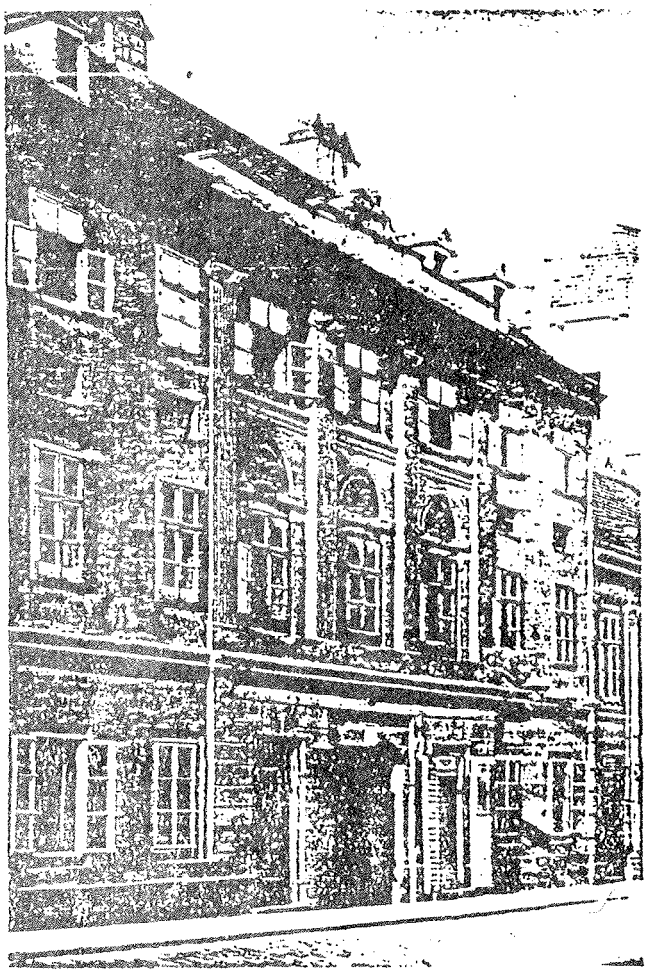
GRÜNDERZEIT

B



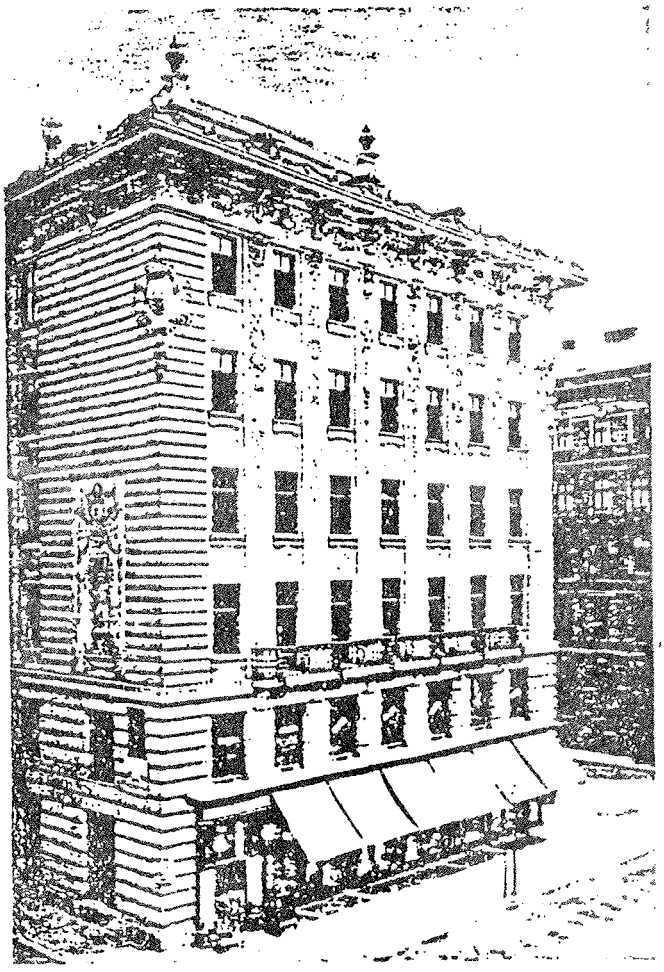
LOOSHAUS

C



BIEDERMEIER

D



WAGNERHAUS

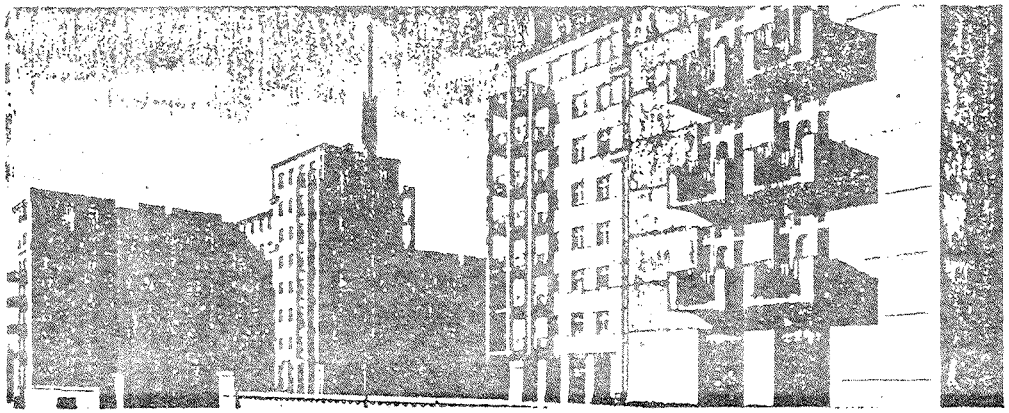
ABB. 2 (Fortsetzung) BILDVORLAGEN (ARCHITEKTURBEISPIELE)

E



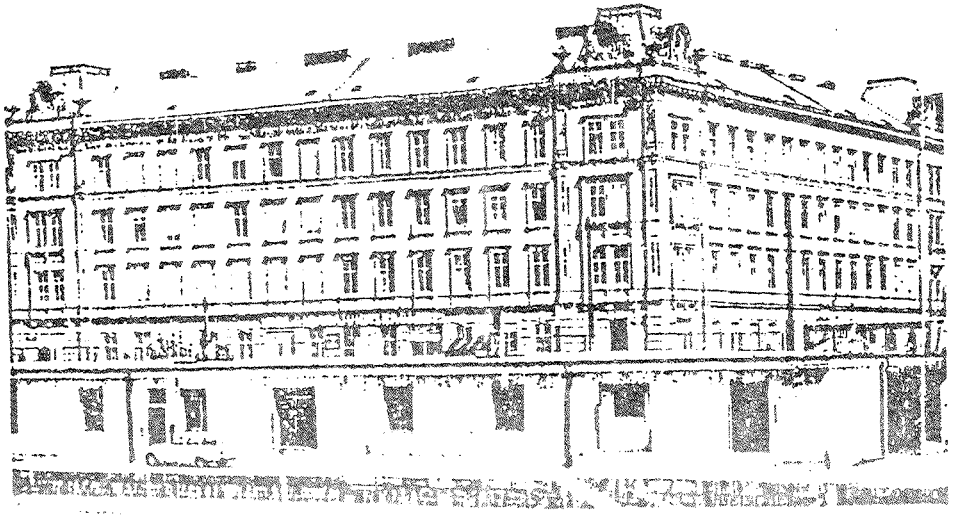
GEMEINDEBAU 60 er Jahre

F



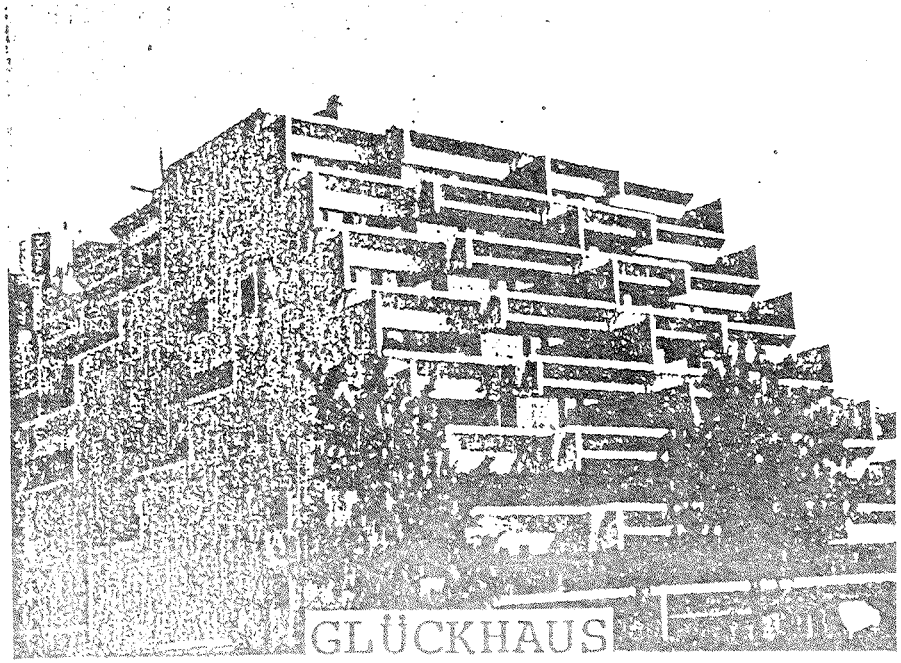
ENGELSPLATZ

G



ROBERTHOF

H



GLÜCKHAUS

- ein Beispiel der Jugendstilarchitektur Otto Wagners
- ein Beispiel der Gründerzeitarchitektur der Jahrhundertwende
- das Loos-Haus am Michaelerplatz
- der Roberthof als Beispiel des Klassizismus
- ein Wohnhaus der Biedermeier-Epoche
- ein Wohnblock der sechziger Jahre als Beispiel für kommunalen Wohnbau der Nachkriegszeit
- ein Beispiel der Gemeindebauarchitektur der Zwischenkriegszeit (Engelsplatz)
- ein Terrassenwohnbau als Beispiel moderner Wohnbauarchitektur (Harry Glück)

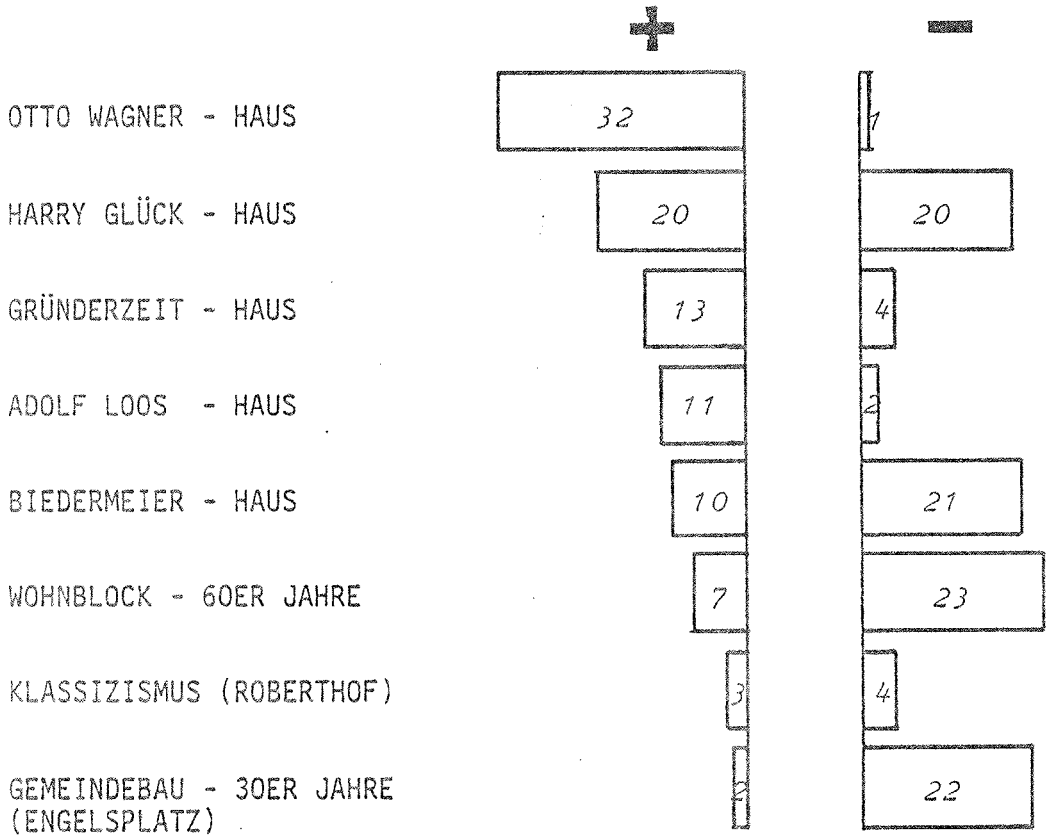
Zunächst wurde dabei die Frage gestellt, welches Wohnhaus am besten und welches am wenigsten gefällt. Dabei stellte sich heraus, daß die Jugendstil-Architektur Wagners die größte Akzeptanz erreicht, gefolgt von der Terrassen-Architektur Harry Glücks, wobei allerdings die Umstrittenheit dieses Konzeptes darin zum Ausdruck kommt, daß dieses Beispiel von ebensoviel Befragten als bestes und als schlechtestes ausgewählt wurde (siehe Abb. 3). Das Gründerzeithaus und das Loos-Haus werden zwar von weniger Befragten als schönste Beispiele gewählt, allerdings auch in wesentlich geringerem Maße als schlechteste Beispiele gewählt.

Jeweils rund 10% bevorzugen das Loos-Beispiel bzw. das Biedermeier-Beispiel, wobei das Biedermeier-Beispiel wesentlich häufiger als jenes gewählt wird, das am wenigsten gefällt. Auf die größte Ablehnung stößt der Wohnblock der sechziger Jahre, gefolgt vom Architekturbeispiel der Zwischenkriegszeit, während man dem Klassizismus offensichtlich eher undifferenziert gegenübersteht.

Trotz der Tatsache, daß eine fotografische Abbildung für die Beurteilung von Architektur nur als mangelhafter Behelf betrachtet werden muß, kann festgehalten werden, daß im globalen Urteil die Jugendstilarchitektur die besten Anerkennungswerte

ABB. 3 GENERALISIERTES ÄSTHETISCHES URTEIL

(GEFÄLLT AM BESTEN/AM WENIGSTEN)



erzielt, während die Wohnblocks der Zwischenkriegszeit und der Nachkriegszeit überwiegend auf Ablehnung stoßen, ebenso wie überraschenderweise auch das Beispiel der Biedermeier-Epoche. Naturgemäß zeigen sich in den Präferenzen starke strukturelle Unterschiede. Während Jugendstil und Biedermeier bei Maturanten und Akademiker auf überdurchschnittlichen Anklang stoßen, wird die Gemeindebauarchitektur von niedrigeren Bildungs- und Einkommensschichten überdurchschnittlich gut bewertet. Der Terrassenwohnbau Harry Glücks findet bei sozialen Mittelschichten den größten Anklang.

Betrachtet man allerdings das nach einzelnen Eigenschaftsdimensionen differenzierte Bild der Beurteilung der vorgelegten Beispiele, so tritt die unterschiedliche Ausstrahlung der Beispiele deutlich zutage (siehe Abb. 4 - 11).

In der Sympathiezuwendung erreichen Jugendstil und Gründerzeit die höchsten Nennungen vor dem Loos-Haus und dem Terrassenwohnbau. Am unsympathischsten ist den Wienern der Gemeindebau der Zwischenkriegszeit, gefolgt vom Wohnblock der sechziger Jahre. Allerdings erweckt auch der Terrassenwohnbau Harry Glücks bei mehr als einem Viertel der Befragten Antipathien.

Als schönstes Bauwerk wird mit großem Abstand das Jugendstil-Haus Otto Wagners bezeichnet (49%). Etwas mehr als ein Viertel der Befragten bezeichnet jeweils das Gründerzeitbeispiel bzw. das Loos-Haus als besonders schön. Zwischenkriegsgemeindebau und Wohnblock erhalten - wie in der Sympathie-Antipathie-Dimension - auch hier die schlechtesten Werte.

Das Beispiel Otto Wagners und Harry Glücks erreichen die höchsten Werte in der Wohnlichkeitsdimension, wobei aber beim Terrassenwohnbau die Meinungen stark auseinanderklaffen. Am wenigsten zum Wohnen einladend wird der Zwischenkriegsgemeindebau (38%), das Biedermeier-Haus (33%) und der Wohnblock der sechziger Jahre (31%) empfunden.

DIFFERENZIERTE BEURTEILUNG (EIGENSCHAFTSZUORDNUNG)

ABB. 4 SYMPATHISCH - UNSYMPATHISCH

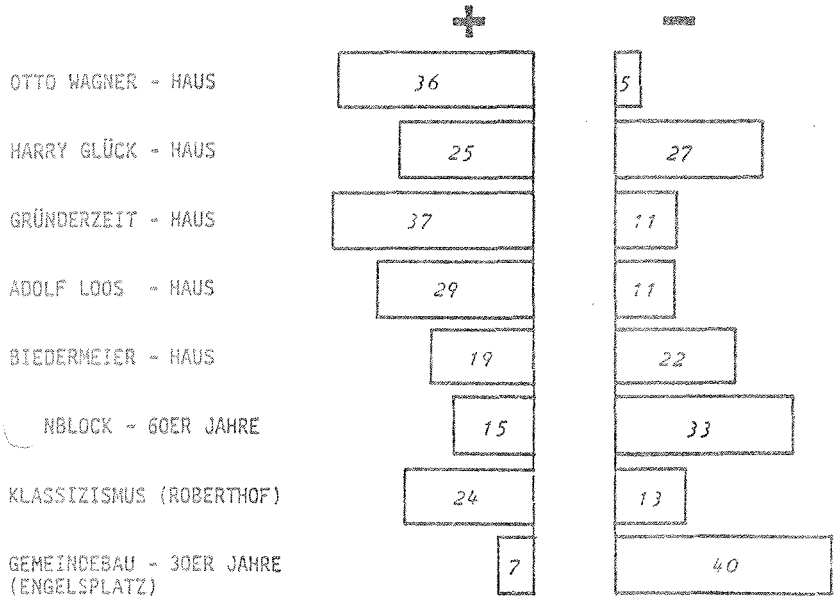


ABB. 5 SCHÖN - HÄSSLICH

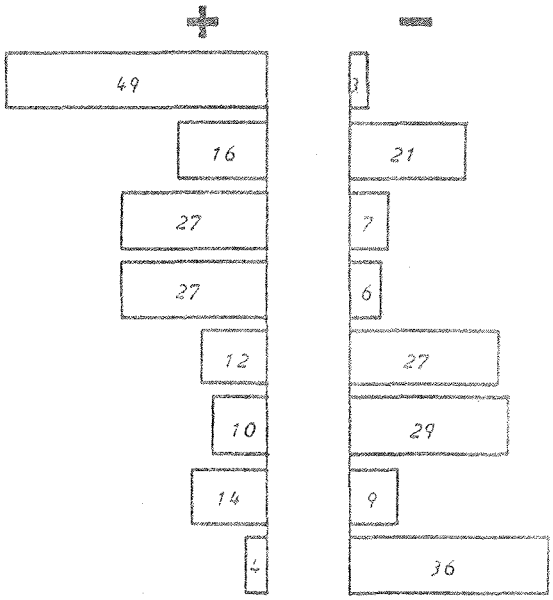


ABB. 6 LÄDT ZUM WOHNEN EIN - LÄDT NICT ZUM WOHNEN EIN

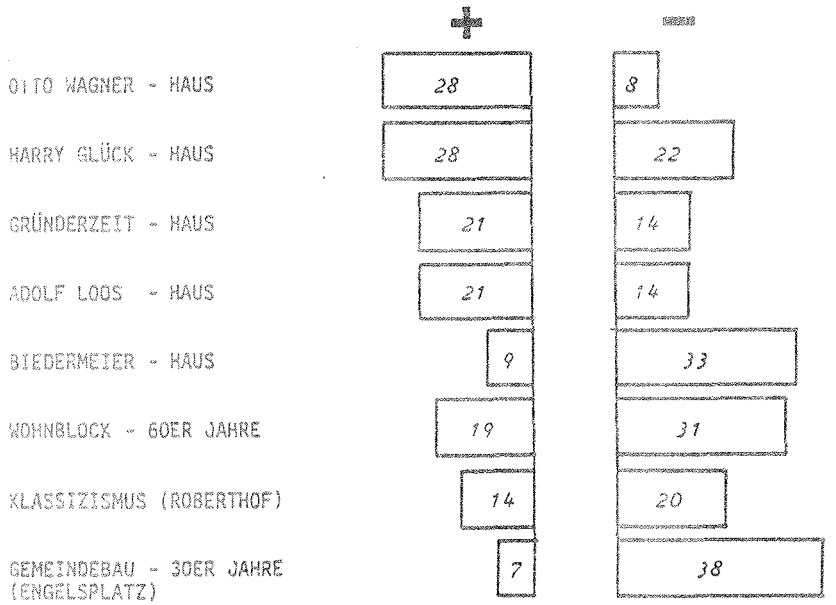
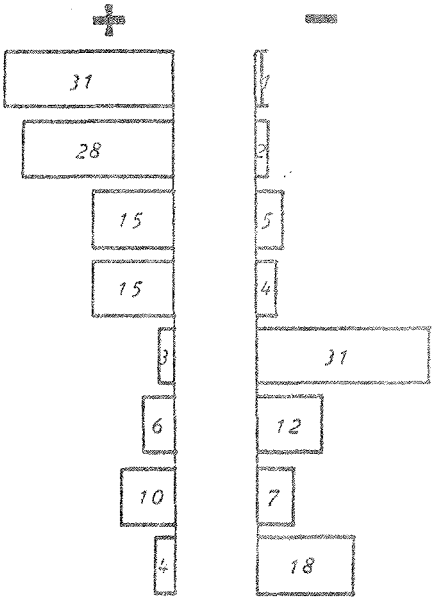


ABB. 7 AUFWENDIG - DÜRFTIG



DIFFERENZIERTE BEURTEILUNG (EIGENSCHAFTSZUORDNUNG)

ABB. 8 ABWECHSLUNGSREICH - LANGWEILIG

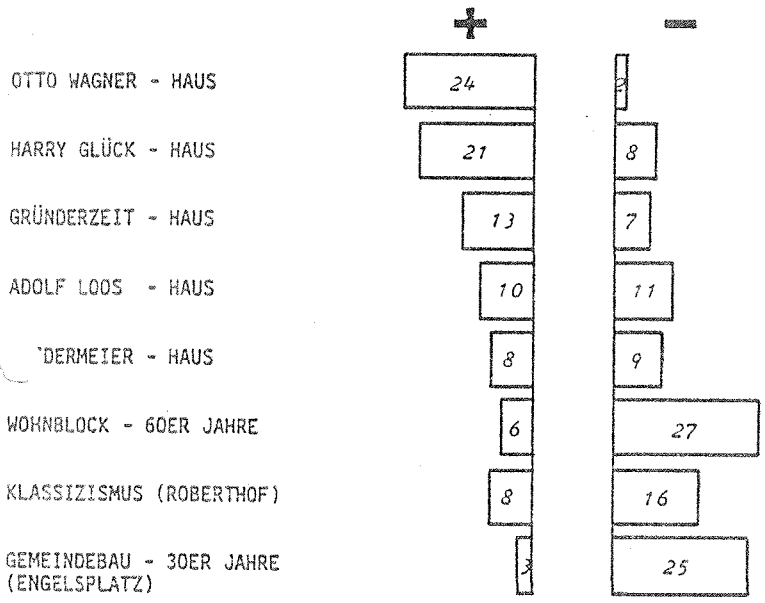


ABB. 9 EINDRUCKSVOLL - NICHTSSAGEND

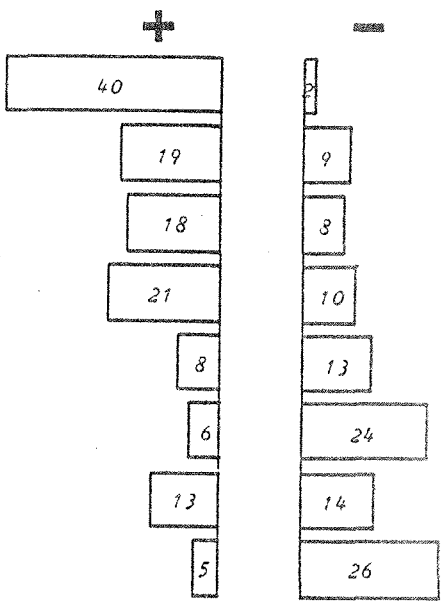


ABB. 10 PERSÖNLICH - UNPERSÖNLICH

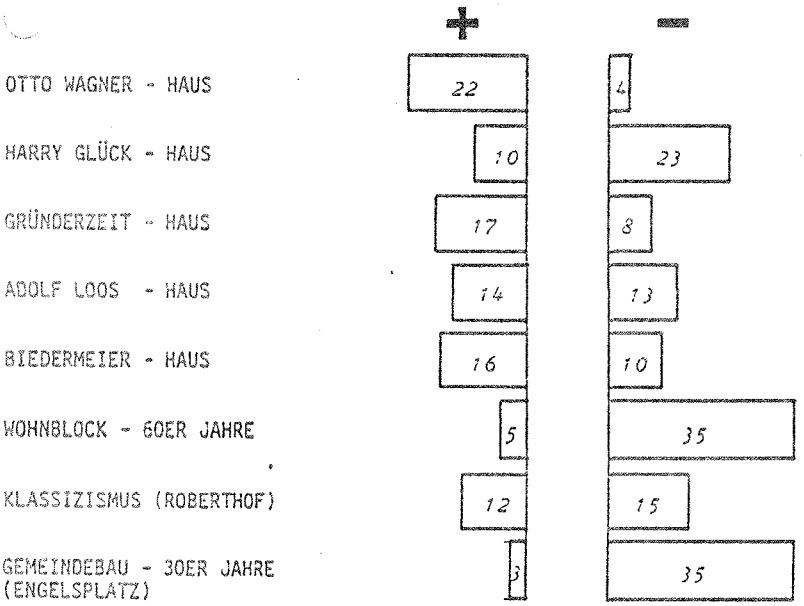
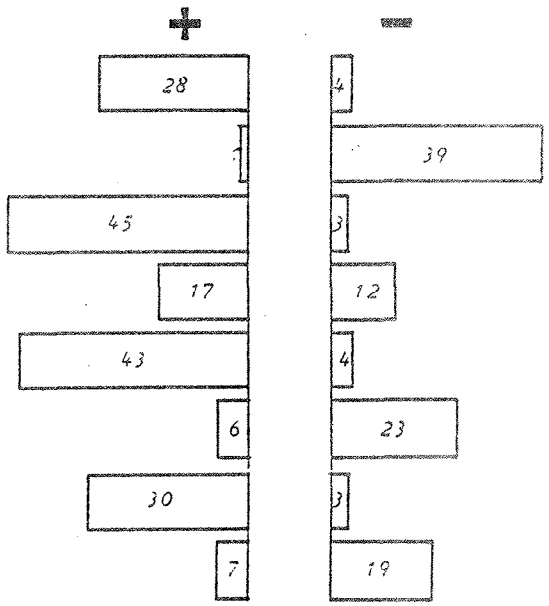


ABB. 11

TYPISCH WIENERISCH - NICHT TYPISCH WIENERISCH



Das Wagner-Beispiel wird darüber hinaus im Vergleich mit den anderen Bauwerken am häufigsten als aufwendig bezeichnet (31%). Eine Eigenschaft, die auch dem Terrassenwohnhaus relativ oft zugeschrieben wird, während im Gegenteil das Biedermeier-Haus im hohen Maße als dürftig erlebt wird (31%).

Den Wohnblock der sechziger Jahre sowie den Zwischenkriegsgemeindebau erlebt man häufig als langweilig, während Jugendstil- und Terrassenwohnbau im Vergleich zu den anderen Beispielen am häufigsten als abwechslungsreich empfunden werden.

Der Imagevorsprung des Wagner-Hauses kommt besonders darin zum Vorschein, daß dieses Beispiel von 40% der Befragten als eindrucksvoll bezeichnet wird, während diese Eigenschaft nur von 21% dem Loos-Haus, von 19% dem Glück-Haus und von 18% dem Gründerzeit-Beispiel zugeordnet wird. Jeweils rund ein Viertel empfindet den Wohnblock der sechziger Jahre und den Zwischenkriegsgemeindebau als nichtssagend, womit diese Beispiele auch in dieser Dimension am schlechtesten abschneiden.

Interessant erscheint, daß dem Terrassenwohnhaus die Eigenschaft "unpersönlich" in wesentlich höherem Ausmaß (23%) zugeordnet wird als die Eigenschaft "Persönlich" (10%). Neben dem Jugendstil-Haus, das auch in dieser Dimension die beste Bewertung erreicht, wird das Biedermeier- und das Gründerzeit-Beispiel relativ häufig als persönlich erlebt, während der Wohnblock der sechziger Jahre und der Zwischenkriegsgemeindebau wie in allen anderen Dimensionen auch hier überwiegend negativ bewertet werden.

Gründerzeit (45%), Biedermeier (43%), Klassizismus (30%) sowie Jugendstil (28%) werden als typisch wienerisch interpretiert, während das Terrassenwohnhaus (39%), der Wohnblock der sechziger Jahre (23%) und der Gemeindebau der Zwischenkriegszeit (19%) am häufigsten als nicht typisch für Wien bezeichnet werden.

Ermittelt man die Bilanz der für jedes Beispiel abgegebenen positiven und negativen Eigenschaftszuordnungen über alle abgefragten Dimensionen, so erhält man einen Akzeptanz-Index, der die Summe der Informationen zu einer Bewertungsvariablen zusammenfaßt.

AKZEPTANZ-INDEX

(Bilanz aller positiven und negativen Eigenschaftszuordnungen)

OTTO WAGNER HAUS	+	260
GRÜNDERZEIT HAUS	+	139
ADOLF LOOS HAUS	+	82
KLASSIZISMUS (ROBERTHOF)	+	27
HARRY GLÜCK HAUS	-	3
BIEDERMEIER HAUS	-	42
WOHNBLOCK SECHZIGER JAHRE	-	157
GEMEINDEBAU ZWISCHENKRIEGSZEIT	-	217

Es ergibt sich dabei eine etwas andere Reihenfolge als bei den Ergebnissen im Hinblick auf die allgemeine Anmutung der Beispiele (siehe Abb. 3). Das Jugendstil-Beispiel wird in allen Dimensionen am besten beurteilt. Es überwiegen in jedem Fall die positiven Eigenschaftszuordnungen, was die breite Akzeptanz dieses Bauwerkes eindrucksvoll untermauert. Das Harry Glück Haus fällt in der Bilanz gegenüber dem allgemeinen Urteil weit zurück, was darin begründet liegt, daß in den meisten Dimensionen für das Terrassenwohnhaus sowohl viele positive als auch viele negative Urteile abgegeben wurden.
Das Gründerzeithaus wird, über alle Dimensionen hinweg betrachtet, stärker akzeptiert als es zunächst den Anschein hat und wird im Bewußtsein der Bevölkerung offensichtlich stark mit dem städtebaulichen Gesamtbild Wiens assoziiert.

Das Beispiel aus dem Klassizismus wird zwar ebenfalls als typisch für Wien betrachtet, weist aber sonst ein eher schwa-

ches Assoziationsumfeld auf. Überraschend ist das Überwiegen der ablehnenden Stellungnahmen zum Biedermeier-Beispiel. Angesichts der in der öffentlichen Diskussion häufig feststellbaren nostalgischen Grundtendenz wäre für das Biedermeier-Beispiel ein besseres Ergebnis zu erwarten gewesen.

Auf überwiegende Ablehnung und negative Resonanz in allen Dimensionen stoßen die Beispiele des kommunalen Wohnbaues der Zwischenkriegszeit sowie der Blockbauweise der sechziger Jahre. Dieser Befund steht im Widerspruch zur häufig verherrlichenden Darstellung der Zwischenkriegsarchitektur in Öffentlichkeit und Architekturkritik.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß das ästhetische Erscheinungsbild der baulichen Umwelt für die Bewohner Wiens einen hohen Aufmerksamkeitswert besitzt. Man ist zwar mit dem gegebenen Zustand überwiegend zufrieden, allerdings zeigt sich eine zahlenmäßig starke Minderheit ernstlich besorgt über die städtebauliche Entwicklung Wiens. Den wesentlichen Elementen des städtebaulichen Erscheinungsbildes steht man differenziert gegenüber, wobei besonders das Beispiel Otto Wagners allgemein akzeptiert wird. Moderne Konzeptionen, wie zum Beispiel die Terrassenwohnhausanlage finden sowohl eine große Zahl von Befürwortern als auch von Gegnern. Das Bild Wiens ist in den Augen der Bevölkerung nach wie vor geprägt von Gründerzeit, Biedermeier und Klassizismus.

A 6

STADTBILD - ORTSBILD

E. SCHMEISSNER-SCHMID, Innsbruck

Neue Tendenzen städtebaulicher Gestaltung in Innsbruck

Dipl.-Arch. Schmelssner-Schmid Erika

NEUE TENDENZEN STÄDTEBAULICHER GESTALTUNG IN INNSBRUCK

Der folgende Diskussionsbeitrag soll Tendenzen in der aktuellen Entwicklung stadtgestalterischer Leitbilder aufzeigen. In diesem Zusammenhang dürfte ein kurzer Rückblick auf frühere Gestaltungsprinzipien bzw. deren bauliche Umsetzung notwendig sein. Beispiele aus den 6o-er und 7o-er Jahren wie das Olympische Dorf am östlichen Stadtrand Innsbrucks findet man vielerorts. Charakteristisch ist dabei die eher zufällig wirkende Anordnung verschiedener Einzelbaukörper inmitten anonymer Abstands- und Grünflächen, ohne spürbaren Bezug der Baukörper untereinander oder zum Erschließungssystem. Stadträume sind kaum entstanden, weder öffentliche Straßenräume noch eindeutig abgegrenzte private Freiräume. Durch die gleichmäßige Verteilung der Gebäude sowie die großteils erheblichen Bauhöhen entsteht ein Eindruck der Dichte, der in Zahlen jedoch keine Entsprechung findet: Dichtewerte der gründerzeitlichen Blockrandbebauung werden bei weitem nicht erreicht.

Neben diesen neuen Siedlungen sind in den vergangenen Jahrzehnten auch schmerzhafte Eingriffe in bestehende städtebauliche Strukturen entstanden. Eine einheitliche innerstädtische Blockrandbebauung wurde an einem Eckgrundstück teilweise aufgerissen und mit einer "Dominante" ergänzt, die sowohl von der Baumasse, der Bauhöhe als auch der architektonischen Gestaltung den geschlossenen räumlichen Eindruck sprengt. Als weiteres Beispiel eine angerissene Blockrandbebauung entlang einer Hauptverkehrsstraße: Ein freies Eckgrundstück wurde nicht in geschlossener Bauweise sondern mit einem freistehenden Wohnhochhaus und Abstand zur Straße bebaut. Das räumliche Gefüge ist zerstört, die Orientierung und Besonnung der Wohnungen durchaus nicht optimal, insbesondere aber dringt der Straßenlärm in das Blockinnere ein und umspült nun alle Fassaden.

Diese Ausführungen sollten kurz die Problematik aufzeigen, eine weitere Vertiefung ist nicht notwendig, Beispiele sind überall in ausreichendem Maße bekannt. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig: Neben ökonomischen Kriterien und der Rationalisierung im Planen und Bauen, sowie der steigenden Bedeutung des Autoverkehrs wirkte sich auch die soziale Reform des Wohnungsbaus aus. Der Ruf nach gleichwertigen Wohnungen für alle, nach Licht, Luft und Sonne führte zum Zeilenbau bzw. zu freistehenden Wohntürmen. Mitbestimmend war nicht zuletzt vielleicht auch das Ziel für eine neue, freie, offene und demokratische Gesellschaft die entsprechende neue und offene Baustruktur zu schaffen.

Welche Gründe auch immer für diese Entwicklung ausschlaggebend gewesen sein mögen,seit Mitte der 7o-er Jahre hat sich ein gewisses Unbehagen bemerkbar gemacht. Die Attraktivität, die Vielfältigkeit, die Wohnlichkeit der Stadt waren verloren gegangen. Die Suche nach den Qualitätsmerkmalen einer lebenswerten Stadt führte zwangsläufig zurück zu den traditionellen Elementen der Stadtgestaltung. Parallel dazu gewann die Zielsetzung an Bedeutung, neue Baulandausweisungen nur noch in unbedingt notwendigem Umfang vorzunehmen und den Wohnflächenbedarf durch Stadterneuerung sowie Auffüllen von Baulücken im bereits bebauten und erschlossenen Stadtgebiet zu befriedigen. Es entstand ein neues Planungsbewußtsein, das wieder verstärkt auf das Erhalten und behutsame Weiterentwickeln, teilweise sogar auf das Anpassen und Nachahmen ausgerichtet ist. Diese grundsätzlich positive Entwicklung ermöglicht die Kontinuität im Planen und Bauen und führt nicht nur zur bloßen Übernahme sondern auch zur Neuinterpretation alter Stadtelemente und Siedlungsformen.

Im Folgenden soll anhand neuerer Beispiele aus Innsbruck eine kleine Auswahl der wichtigsten Merkmale dieser Entwicklung aufgezeigt werden.

Von entscheidender Bedeutung ist sicher die Wiederentdeckung der geschlossenen Bauweise bzw.der Blockrandbebauung als städt.Bauform und zwar sowohl im innerstädtischen Bereich als auch am Stadtrand. Das erste Beispiel bezieht sich auf das am Innenstadtrand gelegene Stadterneuerungsgebiet Wilten-Ost. Der Bebauungsplan aus den 6o-er Jahren sah eine drei- bis viergeschoßige Sockelbebauung mit drei 35 bzw.45 m hohen Türmen vor. Mitte der 7o-er Jahre wurde vom neu formierten Stadtplanungsamt zusammen mit dem Bauträger ein neues Bebauungskonzept erarbeitet, das die umgebende geschlossene Blockrandbebauung aus dem Ende des 19.Jhdts.fortführt. Die Geschoßflächendichte wurde dabei fast um die Hälfte reduziert. Heute wächst ein durchaus attraktives Wohngebiet mit ruhigen, grünen Innenhöfen heran. Die Baustruktur mit ihren neu entstandenen Straßenräumen und der relativ geschlossenen Dachlandschaft fügt sich unauffällig in das umgebende städtische Gefüge ein.

Das zweite Beispiel betrifft den künftigen zentralen Bereich des neuen, im Wachstum begriffenen Stadtteils Hötting-West. Die vorhandene Bebauung ist sehr heterogen sowohl in bezug auf die Nutzung als auch auf die Baustruktur. Neben Sonderbauformen wie Schule und Technische Universität stehen mehrgeschoßige Wohnhäuser verschiedener Bautypen. Für das lt. Stadtentwicklungsplanung vorgesehene Stadtteilzentrum bestand die Zielsetzung, im Sinne einer möglichst sparsamen Verwendung von Bauland und zur Verbesserung der Realisierungschancen neben den notwendigen Infrastruktureinrichtungen auch Wohnungen unterzubringen. Im Rahmen einer Studie untersuchten die Architekten Tischler und Fellerer im Auftrag der Stadtgemeinde eine Vielzahl von Bebauungsvarianten. Der geschlossenen Blockrandbebauung wurde der Vorzug gegeben, u.a. weil sie der sehr ungeordneten Bebauung des Stadtteils eine einfache, klare und starke Bebauungsform entgegensetzt. Das Stadtteilzentrum wird in Form und Nutzung einen Schwerpunkt im Bebauungsgefüge darstellen.

Im Innenhof entsteht eine für alle Bewohner zugängliche, über der gemeinsamen Tiefgarage gelegene Grün- und Spielfläche, auf dessen attraktive Gestaltung besonderer Wert gelegt wird.

Das Stadtteilzentrum Hötting-West ist auch charakteristisch für die Zielvorstellung, durch eine einfache, strenge bauliche Grundstruktur eine ablesbare Ordnung in einem städtebaulichen Gefüge zu schaffen. Insbesondere in eher planlos entstandenen Stadtteilen können solche Maßnahmen zur besseren Orientierung und Identifikation der Bewohner beitragen.

Ein zweites prägnantes Beispiel ist im gleichen Stadtteil das letzte größere Stadterweiterungsgebiet, die sogenannten "Peergründe". Auf einem ca. 9 ha großen, nach Süden geneigten Grundstück werden in attraktiver Wohn- und Aussichtslage 53o Wohnungen realisiert. Im über 1o-jährigen Planungsprozeß entstanden eine Vielfalt unterschiedlicher städtebaulicher Strukturentwürfe, insbesondere auch im Rahmen eines durch die Tiroler Architektenschaft initiierten kostenlosen Wettbewerbes. Untersucht wurden u.a. Terrassenhäuser, Hofbebauungen, spezifische, auf die differenzierte Topographie abgestimmte Bauformen, unterschiedliche Haustypen in aufgelockerter Anordnung, städtebauliche Großformen sowie parallel zum Hang verlaufende Hauszeilen. Das letztgenannte Konzept der Architekten Heinz-Norer-Parson-Thurner wurde nach intensiven Diskussionen sowohl in der Architektenschaft als auch in den politischen Gremien und dem Planungsamt bevorzugt. Die bewußte Konzentration der Baumassen ermöglicht die Gestaltung großer zusammenhängender Freiflächen. Die strenge Grundstruktur der parallel zum Hang gestaffelten Häuserzeilen schafft eindeutige, klar ablesbare Räume verschiedenartiger Ausprägung und Gestaltung. Die geplanten drei Bebauungsgruppen aus jeweils zwei einander zugeordneten Hauszeilen sind von extensiv gestalteten Freiräumen als Fortsetzung der freien Landschaft umgeben. Im Gegensatz dazu entstehenden zwischen den Hauszeilen einer Gruppe bebaute, eher städtische Hofräume. Die Erschließung folgt ebenfalls der einfachen Grund-

struktur: Von einer Stichstraße aus erreicht der Bewohner jeweils am Beginn einer Häuserzeile die Zufahrt zur Tiefgarage.

Als weitere neue Tendenz kristallisiert sich insbesondere bei Anwendung einfacher Grundstrukturen die Differenzierung in der architektonischen Gestaltung heraus. Mitentscheidend für die Wahl der städtebaulichen Struktur beim Stadtteilzentrum Hötting-West und bei den Peergründen war die Möglichkeit der Realisierung durch verschiedene Bauträger einerseits und der architektonischen Gestaltung durch verschiedene Architekten andererseits ohne Beeinträchtigung des Gesamtkonzeptes.Am Zentrum Hötting-West arbeiten 6 Architekten für 4 Bauträger, an den Peergründen 12 Architekten für 6 Bauträger. Entstanden ist eine pluralistische Gestaltung innerhalb gewisser, von Architekten und Stadtplanungsamt aufgestellten Grundregeln. Bei den Peergründen einigten sich die beteiligten Planer trotz individueller Entwürfe auf einen eher eng gesteckten Gestaltungsrahmen, d.h. innerhalb einer Gebäudezeile durchgehende Traufhöhe und Dachneigung, einheitliche Dachdeckung mit Ziegel für die gesamte Anlage und das Prinzip der zweischichtigen Fassade an der Südseite. Beim Stadtteilzentrum Hötting-West war der Spielraum für die architektonische Gestaltung größer. Frei wählbar waren Wandhöhen, Traufenausbildung, Dachform und Dachmaterial, zwingend nur Baufluchten und Zahl der Vollgeschoße. Die Gestaltungscharakteristiken der einzelnen Fassaden sind unterschiedlich, eine Abstimmung erfolgte nur im Bereich der Nahtstellen. Die Zukunft wird zeigen, welches Maß an Pluralismus in der architektonischen Gestaltung kurzlebige Modeströmungen überdauert.

Ein weiteres wichtiges Element der Stadtgestaltung ist die Bildung von Straßen-, Platz- und Hofräumen. Im Stadtteilzentrum Hötting-West finden wir ein Beispiel für einen geschlossenen, gemeinschaftlichen eher privaten begrünten Innenhof.Bei der Bebauung des Areals des ehem.Ursulinenklosters im Stadtzentrum ist ein öffentlicher, befestigter, urbaner

Innenhof als städtischer Platz entstanden. Im Stadterneuerungsgebiet Wilten-Ost schafft die konsequente Anwendung der geschlossenen Bauweise neue differenzierte Straßenräume, deren Charakterisierung sich durch Abknicken des Straßenverlaufes, Versetzen der Häuserfluchten, Einengung der Straßenbreiten ergibt. Die Planung der Peergründe sieht zwischen den parallel zum Hang verlaufenden Baukörpern drei unterschiedlich gestaltete Straßenräume vor, die halböffentlicher Erschließungs-, Kommunikations- und Spielhof für die Bewohner und zugleich Teil des öffentlichen Fußwegenetzes sind.

Verstärkte Aufmerksamkeit kommt den bestehenden Baugebieten zu, wo Baulücken zur behutsamen Schließung bzw. noch freie größere Grundstücke zur Bebauung anstehen. Leitbild ist das Anknüpfen an bzw.das Weiterentwickeln von bestehenden städtebaulichen Strukturen.Der neue Bebauungsplan für das Stadterneuerungsgebiet Wilten-Ost versucht,die in der Umgebung großteils bereits realisierte Rasterbebauung der Gründerzeit fortzusetzen und gleichzeitig bestimmte Charakteristiken des öffentlichen Raumes dieses aus einem dörflichen Kern langsam gewachsenen Stadtteiles zu berücksichtigen. Auch bei der Bebauung anstelle des ehemaligen Ursulinenklosters wurde das städtebauliche Grundmuster der Blockrandbebauung weitergeknüpft und das Stadtgefüge um eine wichtige Fußwegverbindung und einen geschützten öffentlichen Platz bereichert.

Abschließend sei noch die Tendenz erwähnt, verstärkt die Vegetation bewußt als städtebauliches Ordnungs- und Identifikationselement einzusetzen. Die Bedeutung der Gestaltung des öffentl. Raumes für die Attraktivität und Wohnlichkeit einer Stadt drängt sich immer mehr ins Bewußtsein. Die Bepflanzung spielt dabei u.a. zur Charakterisierung bestimmter Bereiche eine wichtige Rolle. In Wilten-Ost soll die Anlage einer Baumreihe in Straßenmitte mit der entsprechenden Bodengestaltung eine zentrale Fußwegachse definieren. Einzelbäume im Stadtgefüge tragen entscheidend zur Prägung eines Raumes bei, so z.B.jener

Baum, der durch seine Dominanz das Ambiente eines gemeinschaftliches Innenhofs entscheidend mitbestimmt. Die Vegetation kann auch zur Stadtreparatur eingesetzt werden, in dem durch die Anlage von Alleen und Hecken wichtige Leitlinien und Raumbegrenzungen für ausfließende Stadträume geschaffen werden. Erschwerend wirkt sich beim Einsatz der Vegetation zur Gestaltung des Stadtraumes aus, daß im Gegensatz zum Gebauten ein Baum Jahrzehnte benötigt, bis er die beabsichtigte Wirkung entfalten kann.

Die vorangegangene Auswahl stadtgestalterischer Tendenzen ist sicher unvollständig, die fünf aufgezeigten Merkmale sind aber in Bezug auf die neueren Entwicklungen in Innsbruck von besonderer Bedeutung. Zwar stellen sie keine großartige Neuentdeckung dar, doch tragen sie dazu bei, nach den turbulenten und oft planlosen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte einerseits wertvolle städtische Strukturen behutsam wiederaufzunehmen und andererseits Qualität, Ordnung und Identifikation neu entstehen zu lassen.

BERICHTE DER ARBEITSKREISLEITER

Vier Themen konnten im Arbeitskreis zum Thema humane Aspekte angeschnitten werden; eine ausführliche Behandlung war aus zeitlichen Gründen nicht möglich.

Das erste Thema: "Wechselwirkung Mensch - Industriale Gesellschaft" machte auf unsere Leistungsgesellschaft, die auch ihre vorbilder in leistungsbezogenen Menschen (z.B. Sportler usw.) sucht, aufmerksam. Daraus resultiert die Zweckorientiertheit des heutigen Menschen. Außer Ach wird dabei die Sinnhaftigkeit unseres Tuns gelassen, aus dem Unbehagen entstehen muß.

Das zweite Thema: "Umsetzung von Lärmbelastungsgrenzwerten in die Praxis der Wohnumweltgestaltung" betonte die negativen medizinischen Aspekte, die Lärm auf den Menschen ausübt. Schall als meßbare Einheit wurde vom Lärm, der eine negative Erlebnisqualität aufweist, getrennt.

Als drittes Thema wurden die lufthygienischen Aspekte der Wohnumwelt behandelt, die Wirkung der Luftschadstoffe, die belästigende Auswirkungen haben, aber auch große negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit ausüben. Überschreitungen der lufthygienischen Grenzwerte erfährt im Winter bereits jedes Bundesland Österreichs.

Das vierte Thema befaßte sich mit der Wohnumwelt im Bewohnerurteil. Als Basis dienten experimentelle Untersuchungen in Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland, wobei der Verkehrsberuhigung besondere Beachtung geschenkt wurde.

Diese Aspekte, so wichtig sie sind, können unmöglich alle humanen Bereiche abdecken, die beim Wohnungsplan berücksichtigt werden müssen. Ich erinnere an weitere Disziplinen, wie die Soziologie, die Psychologie, die Klimatologie, die Ästhetik, um nur einige zu nennen. Wir wissen, daß of Vorschriften und Gesetze erlassen werden, ohne vorher alle Fachbereiche gleichwertig zu konsultieren und die Disziplinen, die humane Aspekte vertreten, werden in der Regeln nicht zugezogen. Die Bevölkerung, für die wir ja bauen und planen, müßte Mittelpunkt der Hinterfragung nach den Wohnbedürfnissen sein und nicht nur die Fachleute. Primär müßten also die Interessen der Bewohner im Vordergrund stehen. Unzulänglichkeiten der Wohnumwelt müßten durch die Verursacher der Störungen als unumgänglich bewiesen werden und nicht die Bewohner müßten gezwungen werden, den Beweis für teilweise unzumutbare Zustände zu erbringen.

Empfehlunglen, die alle humanen Aspekte berücksichtigten, müßten mit großer Umsicht formuliert werden und dürften nicht zu falschen Schlüssen verleiten. Die Arbeitsgruppe ist darum in der verfügbaren Zeit nicht in der Lage, Empfehlungen auszuarbeiten, die dem qualitativen Anspruch, den dieses Thema zweifellos hat, genügen würden. Es ist mir aber ein persönliches Anliegen darauf hinzuweisen, daß die Ausbildungsstätten, die Baufachleute ausbilden, vermehrt der ganzheitlichen Bildung, also der Berücksichtigung und Miteinbeziehung möglichst vieler Fachrichtungen ins Ausbildungsprogramm, Beachtung schenken. Behörden und Gesetzgeber müßten in ihren Bauvorschriften interdisziplinäre Kriterien einbeziehen und der Bewohner muß das Recht zugestanden bekommen, seine Umwelt mitbestimmen zu dürfen.

* *
*

Es war natürlich nicht möglich, alle Aspekte der städtischen Wohnumwelt in die Diskussion miteinzubeziehen. Wir haben uns auf einzelne Aspekte beschränkt, die ich kurz mit Schlagworten erläutern möchte. Es war dies das "Städtische Grün" in all seinen Ausprägungen, es war der Bereich "Kinder, heranwachsende, Jugendliche", es war der Bereich, der damit zusammenhängt "Spielorte, Spielplätze" und wir sind übergegangen zu einer neuen Entwicklung im Bereich der städtischen Wohnumwelt, die Wohnstraßen und die Verkehrsberuhigung und haben darüber ebenfalls diskutiert. Wir haben überraschenderweise Einigung über wesentliche Punkte erreicht, die z. T. sogar zusammen formuliert worden sind. Ich lese jetzt einen Text vor, der weitgehend unbestritten in der Arbeitsgruppe gewesen ist.

Zum Wohle von Kindern und Heranwachsenden ist dem bisher vernachlässigten "biologischen Maßstab" im Städtebau und in der Siedlungsplanung verstärkt Rechnung zu tragen: Rufweite, Sichtweite für das Erkennen, Bodenbeziehung, Beziehung zu Pflanzen und Tieren. Gärten, Kleingärten und sonstige Freiflächen sind für Kinder und Heranwachsende besonders wichtig. Vielgeschossige Gebäudeblöcke erweisen sich als ungünstig für das Hineinwachsen in die physische und soziale Umwelt.

Die Trennung von "freizeit" und "Arbeitszeit" ist umstritten, besonders was die Beziehung dieser beiden Begriffe zur "Wohnumwelt" betrifft. Andererseits ist der Freizeitbegriff ein Ansatzpunkt für kompensatorisches Planen.

Den Jugendlichen kann auf diesem Weg eine Möglichkeit geboten werden, außerhalb der Kommerzangebote zu lernen, wie man mit freie Zeit und freiem Raum umgeht.

Stadtteilarbeit in diesem Sinn kann zu selbstgeschaffenen "Freizeitzentren" führen, die laufend ihr Gesicht verändern. Pädagogen und Planer müssen sich aber auch gleichzeitig zurückziehen können und lernen, vieles, was geplant werden könnte, ungeplant und offen zu lassen.

Die Ausgrenzung von Spielorten im Siedlungskörper ist nur ein Behelf. Eigentlich sollte die Wohnung, die Wohnumwelt und die ganze Stadt Spielort sein.

Kinderspielplätze sind jedenfalls zu wenig. Spielorte sollten allen Bewohnern aller Altersstufen Anreize zu Bewegung, Erholung und Kulturaktivitäten bieten. Die Spielorte sollten von den Bewohnern selbst, oder im Zusammenwirken mit ihnen gestaltet werden.

Die verschiedenen Spielorte in einzelnen Stadtquartieren sollen mittels eines Systems von attraktiven Verbindungswegen vernetzt sein (Anregung: ÖNORM B 2607 "Spielplätze").

In die Siedlungsplanung sollen Zwischenstufen zwischen privater Grünfläche und öffentlichem Park stärker einbezogen werden. Halbprivate, öffentlich zugängliche Nachbarschafts- und Stadtviertelgärten, teilweise auch Landwirtschaftsflächen können von besonderem Nutzen für die Wohnbevölkerung sein. Vereine bieten sich als Träger für Erhaltung und Pflege an.

Verkehrsberuhigung durch Wohnstraßen, wie sie heute betrieben wird, hat nur örtliche Bedeutung.

Das zentrale Problem der Stadtplanung, die Reduktion des motorisierten Verkehrs im gesamten dichtbebauten Stadtgebiet zugunsten alternativer Verkehrsarten durch ein System von Anreizen und Restriktionen bleibt dadurch unberührt.

Es herrscht Einigkeit, daß der motorisierte Verkehr hinsichtlich Verkehrsmenge, Flächenverbrauch und Geschwindigkeit "eingebremst" werden muß. Der Beitrag der "Verkehrsbündelung" auf übergeordneten Hauptverkehrsstraßen zu dem Ziel, die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen und den Verkehr neu zu organisieren, wird mehrheitlich sehr skeptisch beurteilt.

Planung ist in der Regel darauf aus, Sicherheit zu schaffen. Menschliches Wohlbefinden hängt aber von einer Balance zwischen Sicherheits- und Freiheitswerten ab, die in dialektischem Widerspruch zueinander stehen.

Der Mensch ist nicht ausschließlich ein ökonomisch rational handelndes Wesen.

Lassen wir nicht die Ökonomen regieren!

Wir brauchen eine qualitative Planung für das Wohnen und die Wohnumwelt, - nicht eine quantitative.

* *
*

Die Probleme der Dörfer sind je nach Region verschieden. In Österreich etwa, ist die Problematik der entwicklungsschwachen ländlichen Räume in der Ostregion eine böllig andere, als die so teilweise als Fremdenverkehrshochburgen entwickelten Dörfer in Westösterreich. Empfehlungen können selbstverständlich diese Problematik nicht vollständig einfangen und berücksichtigen. Wir haben uns daher auf einige Schwerpunkte konzentriert und unsere Empfehlungen in 5 Punkten zu formulieren versucht.

(1) Die Menschen unserer Zeit leben mit dem Gefühl, in ein Netz von für sie undurchschaubaren, von anonymen Kräften beherrschten Abhängigkeiten verstrickt zu sein. Daher gewinnen gesellschaftspolitische Vorstellungen wie "Eigenständigkeit" und "solidarische Selbsthilfe" an Bedeutung. Die steigende Popularität, der sich die Dorferneuerungsbewegung erfreut, steht damit ohne Zweifel in engstem Zusammenhang. Neben Einstellungen, die das soziale Leben auf nachbarschaftlicher Ebene positiv beeinflussen, ist die gegenwärtige Dorferneuerungseuphorie auch mit nostalgischen Emotionen verquickt, die einer zeitgemäßen Bewältigung von Problemen oft hinderlich sind.

Allen Förderern der Dorferneuerung und allen Mitarbeitern wird daher empfohlen, dem Wort erneuerung in dem Bemühen Rechnung zu tragen, mit den Mitteln und Ausdrucksformen unserer Zeit an die Lösung der verschiedenen Aufgaben der Dorferneuerung heranzugehen.

Dorferneuerung ist eine umfassende Aufgabe zur Erneuerung des dörflichen Lebens und zur Schaffung der wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen, um der Bevölkerung eine volle Entfaltung in ihrem Ort zu ermöglichen.

Dorferneuerung muß Teil einer regionalen Struktur- und Raumordnungspolitik sein, die die dezentralisierten Siedlungsstrukturen nicht nur anerkennt, sondern wieder stärken kann.

(2) Dorferneuerung ist für die Bewohner des ländlichen Raumes ein Weg, um wieder Identität mit ihrem Lebensraum zu finden. Diese "immaterielle" Seite der Dorferneuerung stellt eine wichtige Voraussetzung für eine sinnvolle "materielle" Erneuerung dar. Sie verlangt, daß dem Kulturleben auf dem Dorf besondere Beachtung geschenkt wird. Dörfliche Kultur manifestiert sich anders als städtische Kultur. Ihre Ausdrucksform sind oft einfache, alltägliche Verhaltensweisen wie das Gespräch über den Zaun, das Zusammenkommen auf dem Dorfplatz, die verschiedenen dörflichen Feste usw. Die Förderung der Dorfkultur durch die Gebietskörperschaften sollte daher primär darauf gerichtet werden, das Dorf wieder kommunikationsfreundlich zu machen, etwa durch verkehrsberuhigende Maßnahmen, Revitalisierungen der Freiräume, die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen, Erhaltung der landschaftlichen Eigenheiten usw.

(3) Eine erfolgreiche Dorferneuerung setzt die aktive Beteiligung möglichst vieler Bewohner des Ortes voraus. Den Gemeinden und allen anderen entscheidenden Instanzen wird daher empfohlen, ihre Bürger zur Mitsprache, zur Mitarbeit und zu gemeinsamem Handeln bei der Dorferneuerung zu ermutigen.

(4) in Aktiv-Räumen besteht die zentrale Aufgabe der Dorferneuerung in der Gestaltung und Formung der geplanten Investitionen (Veränderungen unter Berücksichtigung der Interessen der dörflichen Gemeinschaft) sowie in der Bestärkung derjenigen Kräfte, die sich gegen eine zu starke Orientierung an orts- bzw. regionsfremden Interessen wenden.

In Passiv-Räumen soll Dorferneuerung zur wirtschaftlichen Belebung der Regionen beitragen. Aus diesem Grunde wird empfohlen, sie verstärkt als regionalpolitisches Mittel für wirtschaftliche Impulse in entwicklungsschwächeren Regionen einzusetzen (z.B. Belebung der regionalen Bauwirtschaft, Nutzung handwerklicher Fähigkeiten, Verwertung biogener Rohstoffe).

(5) Dorferneuerung soll möglichst umfassend ausgerichtet sein und darf nicht an der Grenze der Dörfer enden. Sie muß den funktionellen Stellenwert des Dorfes und der Region in einen sinnvollen Zusammenhang bringen und in Rechnung stellen, daß sich das Streben nach Eigenständigkeit nicht auf der untersten Ebene, sondern nur im Zusammenwirken aller räumlichen Ebenen verwirklichen läßt.

* *
*

Das Thema des Arbeitskreises hat gelautet "Wohnumwelt - Ökologie und Technik". Die Beiträge spannen sich in einem sehr weiten Bogen von utopischen Vorstellungen einer zukünftigen Lebensweise bis hin zu realistischen Ansätzen oder aber bereits bestimmten Realisationen.

Herr LUTZ, als erster Render, sieht in der globalen Ökologisierung die einzige Chance des Überlebens. Seine Vision von ÖKOPOLIS beruht auf punktuell bereits umgesetzte Einzelvorhaben. Er möchte vor allem die Grundbedürfnisse des Menschen in Übereinstimmung bringen mit einer optimalen, heute vielleicht noch fiktiven ökologischen Umweltgestaltung.

Herr ANDERLE bietet bereits handfeste, vom Ansatz her sehr überzeugende Lösungen am Beispiel des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Die Hoffnung ist begründet, daß man ein im wahrsten Sinne des Wortes ausgebeutetes malträtiertes Gebiet mit einer Einwohnerzahl von ungefähr fast so groß wie Österreich, wieder zum hochwertigen Lebensraum umfunktionieren kann.

Im Mittelpunkt der nachmittägigen regen Diskussion standen die Beiträge von Frau PECHINGER und den Herren KNOFLACHER, ÖSTERREICHER und ROSINAK. Wien ein roter Faden, den zu durchschneiden niemanden gelang, zog sich vom Anfang bis zum Ende das Thema des Individualverkehrs sowie der Befriedigung des Stellplatzbedarfes als ganz zentrales Problem durch die gesamte Diskussion. Wo liegt der Stellenwert, der einen Menschen veranlassen sollte, vom Besitz seines Autos Abstand zu nehmen?

Die Einflußnahme von außen - wie beispielsweise eben das Aufzwingen hoher Betriebskosten - verringert nur die bezogene Fahrleistung, nicht aber das Ansteigen des Motorisierungsgrades, führt also zu einem noch höheren Stellplatzbedarf. Die Motivation des Fahrzeugbesitzers mit logischen Argumenten geht schon wegen der damit unweigerlich verbundenen finanziellen Belastung ins Leere und nur regressive Maßnahmen sind wiederum politisch inopportun.

Aber nicht nur der fließende wie ruhende Verkehr sind zu den ungeliebten und mißratenen Kindern einer Wohlstandsgesellschaft geworden, deren Integration in eine Durchschnittsfamilie kaum mehr möglich geworden ist, die Inkongruenz von Ökologie und Technik tritt auf verschiedensten Ebenen ganz deutlich zu Tage. Es fehlt durchaus nicht an Lösungsvorschlägen für Detailprobleme, nur sind wir nicht in der glücklichen Situation, in der sich beispielsweise die Autoindustrie befindet: Dort wird ein Prototyp durch Jahre hindurch erprobt, und das in völliger Gleichschaltung in der Zielrichtung trotz einer ziemlich harten Konkurrenz. Und zwar bei einer relativ hohen Akzeptanz durch die Benützer.

In unserem Bereich wieder können wir nicht die einzelnen Meinungen anhand von Prototypen, also von Pilotprojekten, testen. Dazu fehlt die Zeit, dazu fehlt Geld, vor allem aber das Kennzeichen der industriellen Produktion, nämlich die Gleichartigkeit von Vorgabe und Produkt. Unsere Schere ist, wenn man diese begrifflich verstanden sehen will, mehrfacher Art:

1.) Die Zielsetzungen und Lösungswege sind teilweise unartikuliert, zumindes jedoch ambivalent.

2.) Die Motivation und Akzeptanz der Betroffenen fehlt meist.

3.) Ökonomische Zwänge schränken die Wunschvorstellungen ein.

4.) Die Wertreihung ist zeitweise problematisch und

5.) eine wesentliche Komponente zur Verwirklichung liegt in der politischen Machbarkeit und Opportunität.

Zudem ändern sich die Premissen oft viel zu schnell, um noch durch die Planung und eine bauliche Umsetzung wirkungsvoll aufgefangen werden zu können. Torroja hat ja schon gesagt, daß die geistige Hysteresis wesentlich langsamer ist als die technische. Die Ursache ist ja historisch bedingt, wie man weiß. Sie liegt in der Unterlassung einer Hilfestellung für die Technik durch die humanistische Intelligenz sowie der unterlassenen Inanspruchnahme des natürlichen Intellekts während eines Zeitraumes von fast 2.000 Jahren.

Der hohe Grad an Interdisziplinarität, das Maß an Vernetzung, ist nicht nur ein Kennzeichen der sinnvollen Aktivität von Fachleuten, gleiches müßte man natürlich Auch verlangen auf der Ebene der Laien. Ob hier Information allein ausreicht, ist noch nicht geklärt. Wahrscheinlich verlanglen wir von allen in zu kurzer Zeit zu viel, denken zu sehr an unsere eigene Entlassung aus der Verantwortung und schaffen dadurch eine Hypothek für unsere Nachkommen. Der persönliche Bezug ist leider noch etwas stark ausgeprägt, auch ein Relikt aus der Vergangenheit. Hier stellt sich ein direkter Vergleich mit den Fachspezialisten in ihrer Relation zu der Arbeit im interdisziplinären Team. Man weiß, daß das Individuum für sich wohl qualitätsverbesserne Maßnahmen wünscht und auch bei finanzieller Einschränkung setzt. Im Kollektiv hingegen fühlt sich der Mensch aber als Handelnder zu sehr eingeengt und teilweise auch ausgeliefert. Diese Fähigkeit zum vernetzten Denken des Laien wird auch eher skeptisch beurteilt, wobei man sich auf Beispiele aus der Verhaltensforschung bezieht.

Andere Beispiele wieder haben gezeigt, daß die Bereitschaft zu konzertierten privaten Aktivitäten durchaus erwartet werden kann, wenn von seiten einer Kommune beispielsweise eine Umgestaltung des Straßenraumes, also eine großräumige Umgestaltung, in Angriff genommen wird, wenn dann eben nur mehr der Zwang zur Vervollständigung im privaten Bereich noch bleibt.

Das Bauen auf der Wiese bringt Folgekosten, wie wir ja gestern gehört haben, auf der kommunalen Seite zwischem DM 5.000,- und DM 30.000,-; immerhin ein Betrag, der als sehr beträchtlich angesehen werden kann. Hier zeigt sich, wie auch in einem Referat ausgeführt wurde, der Vorteil psychologischer Einfühlung, also die "Planung der Planung", wie dies auch von einem Mitglied ausgedrückt wurde, also ein strategisches, taktisches Geschick bei der Vorgangsweise.

Aber auch eine Reihe rechtlicher und finanzieller Hemmnisse stellen sich bei der Einbeziehung umweltverbessernder Maßnahmen entgegen, wie dies die gemeinnützige Wohnungswirtschaft, wahrscheinlich zu Recht, behauptet. Dies geht aus dem Hinweis hervor, daß sich die Bauaktivität zu sehr auf den eigentlichen Objektsbestand beschränken muß und die Infrastruktur weitestgehend ausklammert.

Der zu starken Lokalisierung des Interesses und singulären Betrachttungsweise vieler Planer bei der Lösung "ihrer" Aufgabe muß ebenfalls entgegengearbeitet werden. Jeder Bau, sei er noch so klein, verändert die Umwelt im positiven wie im negativen Sinn. die Vielfalt der zu betrachtenden Prämissen - ich denke dabei nur an den einen Hinweis, daß das Stadtklima kleinräumige Änderungen thermischer Einflüsse, aber auch bestimmte Imissionssituationen schafft - sollten nach ihrer Wertung Bechtung finden.

Planer werden daher in der Zukunft Kenntnisse aufzuweisen haben, und das ist ja heute auch schon angeklungen, die sie dzt. sicher nicht von der Schule mitbringen; und umgekehrt müssen in der Zukunft die Hohen Schulen wieder die Aufgabe übernehmen, sich mehr an der Praxis zu orientieren.

Zusammenfassend kann ich somit feststellen, daß die Diskussionen, so rege sie auch waren, keine Lösung der anstehenden Problematik brachten. Dies zu erwarten, wäre auch vermessen; hingegen wurde der eigene Standpunkt innerhalb der oft divergierenden Fachmeinungen überprüft. Eine gewisse Resignation, manchmals ein Anschein einer Ohnmacht hinsichtlich der Lösbarkeit solcher komplexen Zusammenhänge hat sich wohl teilweise artikuliert. Ein Nachlassen in den Bemühungen um eine Lösung unseres Überlebensproblems wird jedoch nicht einmal in Erwägung gezogen.

* *
*

Der Arbeitskreis hat sich mit 2 Referaten beschäftigt, die am Vormittag gehalten wurden, und zwar von Herrn Hofrat WÜRTH "Der rechtliche Rahmen für die Wohnumweltgestaltung" und von Herrn Mag.WINDISCH "Volkswirtschaftliche Aspekte der Wohnumweltgestaltung in Stadt und Land". Im Rahmen der Diskussion gab es 4 wesentliche Diskussionsbeiträge, und zwar von Herrn Prof.Dr. GROSSHANS"Organisatorische und rechtliche Aspekte der Mieterbeteiligung bei der Wohnumweltgestaltung", dann von Herrn Dkfm.SCHERZ "Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zur Gestaltung der Wohnumwelt", von Herrn Mag.KNOTH "Wunschvorstellunlgen der öffentlichen Verwaltung" und schließlich von Herrn Mag.MEDINGER "Die Wohnumwelt im bau- und gewerbebehördlichen Verfahren". Wir haben uns, so weit es in der kurzen Zeit möglich war, eingehend mit den Diskussionsbeiträgen und Referaten beschäftigt und schließlich folgende 20 Empfehlungspunkte beschlossen:

(1) Vereinheitlichung der in den Raumordnungsgesetzen der Länder vorgesehenen Widmungen.

(2) Objektivierung der Immissionsgrenzen in den einzelnen Widmungsgebieten.

(3) Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

(4) Besserer Einbau der Verkehrsplanung in die Raumplanung ohne Rücksicht auf Kompetenzen.

(5) Die FGW wird ersucht zu untersuchen, inwiefern eine Stärkung der Rechte des Nachbarn in einzelnen Bauordnungen zur besseren Rechtsstaatlichkeit erfolgen müßte.

(6) Dem Problem der kommunalen Folgekosten sowie der sozialen Kosten muß eine hohe Priorität zukommen. Die FGW wird ersucht, die Kostenfaktoren an Hand konkreten Siedlungsprojekte zu untersuchen. Dazu ist eine "Normierung" der angestrebten und notwendigen Normalausstattung mit infrastrukturellen Einrichtungen und der angemessenen Kosten vorzunehmen.

(7) Die Gemeinden werden aufgefordert, im Bereich der Flächenwidmungs- und Bebauungspolitik den gegebenenfalls später anfallenden Erschließungsaufwand in die Planungen miteinzubeziehen und durch entsprechende Maßnahmen möglichst gering zu halten.

(8)Künftige Reformen der Wohnbauförderung haben bei der Bewertung der Kosten/Nutzenrelation der geförderten Objekte dem Aspekt der "sozialen Kosten" und der "Folgekosten" verstärkt Rechnung zu tragen. Die FGW wird ersucht, entsprechende Bewertungskriterien zu erarbeiten.

(9) Die Landesplanungen und die Gemeinden werden aufgefordert, bei der Betriebsansiedlung und beim Wohnungsbau auf eine ökonomische Verflechtung von Arbeits- und Wohnstätten Bedacht zu nehmen, um ein weiteres Ansteigen der Pendlerquoten und der Pendlerzeiten zu vermeiden.

(10) Es mögen die organisatorischen und rechtlichen Aspekte der Beteiligung der Wohnungsbenützer bei der Wohnumweltgestaltung untersucht werden, wie z.B. die Möglichkeiten, die sich in Form von "institutionalisierten Beiräten der Wohnungsbenützer" für eine kontinuierliche Zusammenarbeit anbieten und z.B. die Möglichkeiten, die sich im Rahmen projektorientierter, auch unmittelbarer Mitarbeit der Wohnungsbenützer bei der Gestaltung im Straßenbau, beim Hofbau, bei der Anlage von Gärten etc. darbieten.

(11) Es möge geprüft werden, inwieweit die Erfahrung der verschiedenen Bauträger im Bereich der Wohnumfeldgestaltung besser benützt werden können.

(12) Es mögen in diesem Zusammenhang und darüber hinaus generell die Fragen der Finanzierung der Verbesserung der Wohnumwelt geprüft werden.

(13) Es sollten die Möglichkeiten geprüft werden, inwieweit im Bereich der Vergesserung der Wohnumwelt, Mehrheitsbildungen der Benützer leichter erzielt werden können.

(14) Triviale Grundvoraussetzung für einen entscheidenden Fortschritt im Bereich der Verbesserung der Wohnumwelt ist ein größeres Verständnis und mehr Einsatzbereitschaft der politischen Entscheidungsträger für dieses Problem. Wohnumweltverbesserung muß in die allgemeine Stadtentwicklung integriert werden, durch Planung, Auflagen in Bauverfahren und durch Initiativen der Bürger.

(15) Bei Wohnumweltgestaltungsprojekten soll eine bessere Koordination zwischen Bund und Land erzielt werden. Einzelmaßnahmen sollen innerhalb der Kommunalverwaltung besser koordiniert werden (z.B. Einrichtung spezialisierter Dienststellen oder Einrichtung von Referaten innerhalb bestehender Abteilungen.

(16) Ausschöpfung der Bestimmungen der Bauordnungen, um die Herstellung bzw. Erhaltung von Grünflächen zu sichern (Anwendung im Baubewilligungsverfahren!).

(17) Berücksichtigung von Grünflächen in den Bebauungsplänen.

(18) Vermeidung bzw. Abänderung baurechtlicher Bestimmungen, die zur "Verbetonierung" von Grundflächen führen ("Rasensteine statt Asphalt").

(19) Vorschreibung verpflichtender Emissionsbegrenzungen für private Feuerungsanlagen.

(20) Verschräfung des Gewerberechtes hinsichtlich der Vorschreibung emissionsmindernder Maßnahmen nach dem jeweiligen Stand der Technik.

* *
*

Wir haben uns mit 4 Fragenbereichen beschäftigt:

- Was ist eigentlich Stadt?
- Was bestimmt das Bild dieser Stadt?
- Wo scheint das Bild der Stadt in Gefahr?

und ganz vorsichtig: wo sind Ansätze zur Steuerung der Stadtgestaltung?

Wir haben uns nach kurzer Diskussion entschieden, das Problem der Ortsbildgestlatung von Dörfern nicht weiter zu behandeln, weil das Dorf als Ergebnis einer spezifischen Prodiuktionsform anderen Kriterien unterliegt als die Stadt. Hingewiesen wurde in der Diskusison nur darauf, daß die Gefahr absehbar ist, daß jene Fehler, die in den Städten in den letzten 20 Jahren gemacht wurden, zukünftig auch in den Dörfern gemacht werden könnten.

Im Gegensatz zum Dorf ist die Stadt als ein Markt im echten Sinn des Wortes entstanden, als Umschlagplatz von Waren, mehr aber noch von Meinungen, Ideen und Ideologien. Märkte und Städte sind Austragungsort von Konflikten. In diesem Sinne ist die Stadt immer Brennpunkt von Auseinandersetzungen gesellschaftspolitischer und sozio-ökonomischer Gegebenheiten. Sie ist ein Ergebnis der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu jeder Epoche. Die Stadt ist damit nicht die Ansammlung von Häusern und Infrastruktureinrichtungen, sondern wesentlich mehr.

An der Gestaltung der Stadt waren immer verschiedene Gruppen als Träger ihrer Entwicklung beteiligt. Diese wird bestimmt von den Trägern der politischen Macht, der Verwaltung, Organisationen und Interessensvertretungen und den Grundbesitzern. Seit einigen Jahren werden diese entwicklungsträger durch eine neue "Gruppe" ergänzt, die zwar immer da war, die immer betroffen war, nämlich die Bürger, die sich nunmehr direkt in die Verfahren zur Gestaltung ihrer Umwelt und ihrer Stadt einschalten.

Waren es in der mittelalterlichen Stadt der Fürst oder Fürstbischof, die sich ihre Städte schufen und in ständiger Auseinandersetzung mit den Bürgern das Antlitz der Stadt prägten, so war es ab Beginn des 19. Jahrhunderts eine neue Wirtschaftsform und Verkehrsinfrastruktur, die die Entwicklung der Stadt des 19. Jahrhunderts einleitete. Die Erweiterungen unserer Städte in der Zwischenkriegszeit waren sehr stark unter den sozialpolitischen Geischtspunkten, wobei als Schlagwort der Begriff der Arbeiterwohnstätte zu nennen ist, zu sehen.

Der 2. Weltkrieg zerstörte binnen einiger Jahre bauliche Werte in den Städten, die in Jahrhunderten entstanden waren. Der Wiederaufbau muß als große europäische Kulturleistung angesehen werden. Die Stadterweiterung ab Mitte der 50er Jahr erfolgte auf der Grundlage der wiedergewonnenen Freiheit, der wirtschaftlichen Dynamik und der damit verbundenen Schaffung neuen Wohlstandes. Das Automobil, nunmehr allen Bevölkerungsgruppen zugänglich, führte u.a. zur flächenhaften Auflösung der Stadte und zur Auflösung städtebaulicher Raum- und Baustrukturen.

Ab Mitte der 70er Jahre setzte eine neue Kritik an der Großstadt ein. Sie führte zur Wiederentdeckung der Altstädte, zur Verstärkung der Bürgerbeteiligung und zur Demokratisierung des Planungs- und Entwicklungsprozesses. Neue gesetzliche Regelungen und Normierungen versuchten der Entwicklung einen entsprechenden Rahmen zu setzen.

Im Rahmen dieses offenen Planungsprozesses stellt sich naturgemäß immer wieder die Frage der ästhetischen Kompetenz wie auch die Frage nach der Enge bzw. Weite von Verordnungen für die konkrete Gestaltung von Bauten und städtebaulichen Räumen. Ein Problem schein vor allem darin zu liegen, daß die Auswirkungen von Stadtentwicklungskonzepten, Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, die naturgemäß die Stadtgestaltung bestimmen, als generelle Normen dem politisch verantwortlichen Entscheidungsträger nicht ausdrücklung und deutlich aufgezeigt werden können.

So entspannt sich die Diskussion in der Regel am Einzelobjekt und reduziert sich nicht selten auf Geschmacksfragen wie Dachneigung, Farbgestaltung und Materialwahl.

Als weiteres Problem wurde die Frage ausführlich diskutiert inwieweit es heute in einer offenen pluralistischen Gesellschaft überhaupt möglich ist, ein mehr oder weniger klar definiertes Leitbild als eine "Vision" zukünftiger Stadtgestaltung zu formulieren. Die Bandbreite der verschiedenen Ansätze reicht dabei mit all seinen negativen Auswüchsen bis hin zu der gegensätzlichen Auffassung, aufbauend auf einer Gesamtidee der Stadtgestaltung, sehr konkrete und rigide Festlegungen für die Detailgestaltung zu treffen. Über einige grundsätzliche Themenbereiche konnte als gemeinsamer Nennen Einigkeit erzielt werden:

- Der Wert und die Originalität einer Stadt als Ergebnis sozio-ökonomischer Entwicklungen soll erkannt und nur dort verändert werden, wo alte Werte durch neue Werte ersetzt werden.
- Die am Planungs- und Entwicklungsprozess beteiligten Gruppen wie Politiker, Experten, Bürgergruppen sollten verstärkt versuchen eine gemeinsame Sprache zu finden, die es zuläßt, Einzelinteressen in Gesamtinteressen einzubinden.
- Gestalterische Leitbilder und Konzepte sollten einen Rahmen bilden, um negative Auswüchse zu verhindern, qualitätsvolle Neuansätze jedoch zulassen, ja sogar herausfordern.
- Der Mensch hat ein legitimes Recht auf eine schöhe (gestaltete) Umwelt, da mit der Gestaltung des Lebensraumes ein Grundbedürfnis menschlichen Daseins befriedigt wird.

Bei der Betrachtung zweier extremer Stadtentwicklungspolitiken wie es sich in der italienischen Stadt als dem Schöpfungakt eines Fürsten oder Mäzen einerseits widerspiegelt und der Stadt der Neuzeit auf dem Hindergrund einer offenen pluralistischen Gesellschaft andererseits, so läßt sich daraus ableiten, daß die Stadtentwicklungspolitik der zukünftigen europäischen Stadt in der Mitte dieser beiden Extreme liegen köbnnte.

* *
*

Podiumsdiskussion

Am Vormittag den 26. September berichteten die Leiter der Arbeitskreise in einer Plenarsitzung über die Ergebnisse der Beratungen und trugen dort beschlossene Empfehlungen vor. Anschließend fand eine Podiumsdiskussion mit den Vertretern der drei im Österreichischen Nationalrat vertretenen politischen Parteien statt, die von Herrn Dr. Michael MAIR vom ORF - Landesstudio Salzburg - geleitet wurde.

Als Vertreter der SPÖ räumte AbgNR Wilhelm REMPLBAUER ein, daß die Zielsetzungen des Wohnbauförderungsgesetzes und des Alstadterhaltungsgesetzes nur teilweise erreicht wurden. Auch dem sozialpolitischen Aspekte konnte man nicht voll gerecht werden, da der soziale Wohnbau heute vielfach zu teuer ist. Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Wohnungsgesetzgebung kam nicht voll zum Tragen, das bewies leider die hohe Bauarbeitslosigkeit im vergangenen Winter. Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist die Durchleuchtung und Durchforstung der Förderungsbestimmungen. Hier muß man trachten, Verbesserungen zu erzielen. Die wohnungspolitische Diskussion muß auf der Basis eines breiten Konsens aller Beteiligten fortgesetzt werden.

AbgNR Dkfm. Dr.Otto KEIMEL von der ÖVP begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß heute vieles leichter wäre, hätten die Vorschläge der Forschungsgesellschaft rechtzeitig Beachtung gefunden. Bei der Gestaltung der Wohnumwelt müßten viele zusammenwirken, nämlich Politiker, Architekten, Wohnbauträger, aber auch die Wohnenden. Auf diese würde nur zu leicht vergessen, da sie nicht in einer Interessensvertretung zusammengefaßt sind. Dadurch sei die Planung der Wohnung und der Wohnumwelt vielfach zu theoretisch und ginge an den Wünschen der Familie und des Menschen vorbei. Der Politiker kann für alle Wünsche, die der Mensch an seine Umwelt hat, nur die Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht jede kleinste Einzelheit regeln.

AbgNR KommR Hermann EIGRUBER von der FPÖ forderte einerseits mehr Spielraum für die Bundesländer, mehr Föderalismus, räumte jedoch anderseits ein, daß es notwendig sei, manche Vorschriften, so z.B. Prüfvorschriften, bundesweit zu vereinheitlichen. Leider sei es auch vielfach zu Fehlplanungen gekommen, man habe in der Umgebung von Linz 22 Stock hohe Häuser gebaut, als diese in anderen Ländern, so Frankreich, schon wieder abgerissen wurden. Bei der Altstadtsanierung habe man in letzter Zeit Fortschritte gemacht. Es sei aber selbstverständlich notwendig, diese Zentren auch geschäftlich zu beleben. So trete nur der unerwartete Nebeneffekt auf, daß sich die Bewohner der revitalisierten Zentren von Wien, Linz und Salzburg durch diese Lokale in ihrer Ruhe gestört fühlen.

Zu Beginn der anschließenden diskussion stellt der Diskussionsleiter Dr. Mair fest, daß es sehr erfreulich sei, von der Absicht der Politiker zu hören, den Gesetzesdschunges zu durchforsten. Seitens der Forschungsgesellschaft lägen seit langem alle Grundlagen dafür vor.

Nach einer anregenden Diskussion sprach Präsident Prof. Dr.LIEPOLT die Schlußworte.

* *
*